



Hansestadt Stralsund



Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 Band II



Wirtschaftspläne
der Unternehmen
und der
Sondervermögen

Wirtschaftspläne 2011

Gemäß § 1 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik und § 73 Kommunalverfassung M-V sind die Wirtschaftspläne und neuesten testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen und Sondervermögen der Gemeinde dem Haushaltsplan beizufügen. Für Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Hansestadt Stralsund bis zu 50 % beteiligt ist, kann anstelle der Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne eine kurzgefasste Übersicht treten. Die Wirtschaftspläne sind entsprechend der Eigenbetriebsverordnung erstellt.

Vorlagennummer	Titel der Vorlage	Seite
<u>Wirtschaftspläne, die beraten sind (entsprechende Protokollauszüge sind beigefügt/bzw.werden nachgereicht)</u>		
GB 0157/10	SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	001
	SWS Energie GmbH	023
	SWS Netze GmbH	039
	SWS Telnet GmbH	050
	REWA – Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH	059
	SWS Entsorgung GmbH	077
	SWS Seehafen GmbH	091
	SWS Nahverkehr GmbH	104
GB 0158/10	Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH	119
GB 0185/10	WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH	136
GB 0183/10	Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	167
GB 0182/10	Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH	200
GB 0189/10	Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH	245
GB 0160/10	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	265
GB 0151/10	Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH	291
EB 0123/10	Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund	311
EB 0144/10	Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund	328
GB 0184/10	Theater Vorpommern GmbH	346
	Brunst-Weber-Stiftung (wird nachgereicht)	
<u>Kurzgefasste Übersichten</u>		
	Berufsförderungswerk Stralsund GmbH	373
	Ostsee - Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	374

Neueste testierte Jahresabschlüsse

(Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht und Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers)

Eigenbetrieb/Unternehmen/Stiftung

Beschlusnummer	Seite
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH Konzernabschluss GH 2010-V-10-0102 vom 26.10.2010 Jahresabschluss GH 2010-V-09-0092 vom 28.09.2010	001
SWS Energie GmbH	055
SWS Telnet GmbH	090
SWS Netze GmbH	103
REWA – Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH	125
SWS Seehafen Stralsund GmbH	157
SWS Nahverkehr Stralsund GmbH	177
SWS Stralsunder Entsorgungs GmbH	196
Wohlfahrtseinrichtungen der HST gemeinnützige GmbH GH 2010-V-08-0073 vom 24.08.2010	215
Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH GH 2010-V-07-0064 vom 27.07.2010	247
Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH GH 2010-V-08-0075 vom 24.08.2010	264
Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH GH 2010-V-08-0074 vom 24.08.2010	278
Stralsunder Innovation Consult GmbH	306
Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH GH 2010-V-10-0103 vom 26.10.2010	319
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH GH 2010-V-09-0091 vom 28.09.2010	334
Theater Vorpommern GmbH	360
Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH GH 2010-V-09-0093 vom 28.09.2010	371
Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof	384
Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund	404
Berufsförderungswerk Stralsund GmbH	427

Wirtschaftsplan 2011

der

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

000001

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

**zu TOP 4.2.2. GB 0157/2010 - SWS Stadtwerke Stralsund GmbH -
Wirtschaftsplan 2011**

Gäste: Herr Koos, Frau Harder, Herr Behrndt

Frau Bartel hinterfragt die angekündigte Ausarbeitung zur steuerlichen Optimierung. *Herr Koos* erläutert, dass in 1 - 2 Jahren eine volle Versteuerung des Einkommens erfolgen wird. Neuerdings muss die Hansestadt Stralsund für die Gewinne, die die SWS Stadtwerke GmbH nach Körperschafts- und Gewerbesteuer abführt, 15 % zusätzliche Kapitalertragssteuer entrichten. Die SWS Stadtwerke GmbH sucht nach einem Modell, wo die Hansestadt Stralsund diese Steuern sparen kann.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0157/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Hansestadt Stralsund
DER OB-ABBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungssaal
18408 Stralsund / PF 2145

000002

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0157/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 01.10.2010
Datum der Sitzung: 09.12.21010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: SWS Stadtwerke Stralsund GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Herr Rainer Behrndt · Sachbearbeiter

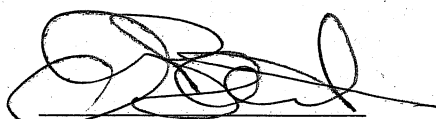
Die Vorlage wurde beraten mit _____ am _____

Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben _____ 13.10.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:



Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

000003

a) Problem

Gemäß § 73 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a der Kommunalverfassung Mecklenburg - Vorpommern hat die Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben wird. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft regelt in § 11 die Aufgaben der Gesellschafterversammlung. Dazu zählt gemäß Absatz 1 Ziffer 4 die Beschlussfassung über den vom Geschäftsführer aufgestellten Wirtschaftsplan einschließlich des fünfjährigen Finanzplanes.

Aufgrund der in § 71 Kommunalverfassung Mecklenburg - Vorpommern gesetzlich festgelegten Weisungsgebundenheit des Vertreters der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund in der Gesellschafterversammlung bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wird die Bestätigung des Wirtschaftsplanes zur Beratung und Beschlussfassung in die Beschlussgremien der Hansestadt Stralsund eingebracht.

b) Lösungsvorschlag

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird in Anwendung des § 71 Absatz 1 (Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen) der Kommunalverfassung Mecklenburg - Vorpommern auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Beratung und Beschlussfassung übergeben.

Dem Unternehmen wurde die Zielstellung der Alleingesellschafterin zum Wirtschaftsplan hinsichtlich des Jahresergebnisses und dessen Verwendung mitgeteilt. Danach soll im Geschäftsjahr 2011 gemäß Haushaltskonsolidierungskonzept angestrebt werden 3.000.000 Euro nach zu entrichtenden Steuern an die Alleingesellschafterin Hansestadt Stralsund auszuschütten und für die Folgejahre zu verstetigen. Mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan 2011 wird die vorgenannte Zielstellung angestrebt und dargestellt.

Seitens der Hansestadt Stralsund ist beginnend ab dem Jahr 2009 auf den Ausschüttungsbetrag Kapitalertragssteuer in Höhe von 15 % und hiervon ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % zu entrichten. Anzumerken ist insofern, dass der Hansestadt Stralsund auch bei einer Ausschüttung der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH in Höhe von 3.000.000 Euro im Haushalt nur 2.525.000 Euro zur Verfügung stehen. Es wird derzeit an einer steuerliche Optimierung seitens der Hansestadt Stralsund gearbeitet. Voraussetzung dafür ist eine positive Antwort auf die diesbezüglich gestellte verbindliche Anfrage an die Finanzbehörde. Diese liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Insbesondere zur Finanzierung der geplanten Investitionen und Liquiditätssicherung wurden im Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 Kreditaufnahmen in der Unternehmensgruppe festgesetzt und veranschlagt. Damit ist gemäß § 72 Kommunalverfassung M-V eine Zustimmung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Legitimation ihrer Vertreter in den Organen der Gesellschaft zur Kreditaufnahme notwendig.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen durch die Realisierung des anliegenden Wirtschaftsplanes keine haushaltrelevanten Ausgaben.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH wie folgt zu beschließen:

Die Gesellschafterversammlung bestätigt den vorliegenden Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: Oberbürgermeister

g) Anlage

Beschluss des Aufsichtsrates vom 27.09.2010

Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011



WIRTSCHAFTSPLAN 2011

Seite 1 bis 114
Stralsund, den 09. September 2010

Koos
Geschäftsführer

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
I. Stadtwerke Stralsund GmbH	
1.0. Vorbericht	5
1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen	5
1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten	5
1.3. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge	6
1.4. Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite	
1.5. Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage	6
1.6. Erfolgsübersicht Konzern	7
1.7. Personalplan Konzern	8
1.8. Finanzplan Kommune (Konzern)	9
2.0. Zusammenstellung	10
2.1. Erfolgsplan	11
2.2. Finanzplan	13
2.3. Stellenübersicht	14
2.4. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	15
2.5. Investitionsprogramm	16
II. SWS Energie GmbH	
1.0. Vorbericht	18
2.0. Zusammenstellung	20
2.1. Erfolgsplan	21
2.2. Finanzplan	23
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Stromvertrieb	24
2.3.2. Gasvertrieb	25
2.3.3. Wärmeversorgung	26
2.3.4. Sonstiges	27
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	28
2.5. Stellenplan	29
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	30
2.7. Investitionsprogramm	31
III. SWS Netze GmbH	
1.0. Vorbericht	35
2.0. Zusammenstellung	36
2.1. Erfolgsplan	37
2.2. Finanzplan	39
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Netze Stralsund	40
2.3.2. Netze Barth	41
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	42
2.5. Stellenplan	43
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	44
2.7. Investitionsprogramm	45

IV. SWS Telnor GmbH	
1.0. Vorbericht	46
2.0. Zusammenstellung	48
2.1. Erfolgsplan	49
2.2. Finanzplan	51
2.3. Stellenübersicht	52
2.4. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	53
2.5. Investitionsprogramm	54
V. REWA – Regionale Wasser- und Abwasser GmbH	
1.0. Vorbericht	55
2.0. Zusammenstellung	58
2.1. Erfolgsplan	59
2.2. Finanzplan	61
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Trinkwasserversorgung	62
2.3.2. Abwasserentsorgung	63
2.3.3. Verwaltung	64
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	65
2.5. Stellenplan	66
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	68
2.7. Investitionsprogramm	69
VI. SWS Entsorgung GmbH	
1.0. Vorbericht	73
2.0. Zusammenstellung	76
2.1. Erfolgsplan	77
2.2. Finanzplan	79
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Hoheitliche Müllentsorgung	80
2.3.2. Gewerbliche Müllentsorgung	81
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	82
2.5. Stellenplan	83
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	84
2.7. Investitionsprogramm	85

VII. SWS Seehafen GmbH

1.0. Vorbericht	87
2.0. Zusammenstellung	90
2.1. Erfolgsplan	91
2.2. Finanzplan	93
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Hafенbetrieb	94
2.3.2. Infrastruktur	95
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	96
2.5. Stellenplan	97
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	98
2.7. Investitionsprogramm	99

VIII. SWS Nahverkehr GmbH

1.0. Vorbericht	100
2.0. Zusammenstellung	103
2.1. Erfolgsplan	105
2.2. Finanzplan	106
2.3. Bereichserfolgspläne	
2.3.1. Fahrbetrieb / Vertrieb	107
2.3.2. Regiebetrieb / Verwaltung	108
2.4. Übersicht über Leistungsbeziehungen	109
2.5. Stellenplan	110
2.6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	111
2.7. Investitionsprogramm	112

IX. Abkürzungsverzeichnis	113
----------------------------------	------------

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen
Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

I. SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

1.0. Vorbericht

Gegenstand des Unternehmens der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ist gem. § 2 des Gesellschaftsvertrages die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die Personenbeförderung, der Betrieb des Stralsunder Hafens, die Abfallentsorgung und die Betätigung auf dem Gebiet der Telekommunikation. Die SWS ist eine Holdinggesellschaft, deren Unternehmenszweck durch die rechtlich eigenständigen Tochtergesellschaften durchgeführt wird.

Zu den verbundenen Unternehmen gehören die SWS Nahverkehr GmbH, die SWS Energie GmbH, die REWA - Regionale Wasser- und Abwasser GmbH und die SWS Seehafen GmbH, die SWS Entsorgung GmbH, sowie die SWS Telnat GmbH, eine 100 % -ige Tochtergesellschaft der SWS Energie GmbH. Aufgrund der durch das Energiewirtschaftsgesetz vorgegebenen rechtlichen Trennung der Energienetze wurde 2007 die SWS Netze GmbH, ebenfalls eine 100 % -ige Tochter der SWS Energie GmbH gegründet. Drittgesellschafter halten qualifizierte Minderheitsanteile an den Versorgungsunternehmen sowie der SWS Stralsunder Entsorgung GmbH.

Der Wirtschaftsplan 2011 der Stadtwerke Stralsund GmbH wird gemäß § 13 des Gesellschaftervertrages in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung Mecklenburg - Vorpommern erstellt.

Wesentliche Grundlage für den aufgestellten Wirtschaftsplan ist die erfolgreich abgeschlossene Umsetzung des Konzeptes zur strategischen Neuausrichtung der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH, insbesondere hinsichtlich der Bildung von Shared Services im Bereich der Holdinggesellschaft und den damit verbundenen Abschlüssen von Dienstleistungsverträgen für die Bereiche Kaufmännischer Service, Billing, Kundenservice, IT – Service sowie Personal und Rechtsservice.

Die Darstellung in den Plänen erfolgt auf Grund der o.g. Beziehungen für jedes Tochterunternehmen einzeln.

Der Wirtschaftsplan 2011 wurde aufgrund der bestehenden Planungen in den Tochtergesellschaften sowie auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen, insbesondere des GmbH – Gesetzes, des Handelsgesetzbuches, der Eigenbetriebsverordnung, sowie der Kommunalverfassung und des Haushaltsgrundsätzegesetzes erarbeitet.

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Der Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 weist einen Jahresgewinn von 3.144,5T€ aus, der sich aus den betrieblichen Erträgen in Höhe von 5.384 T€, den betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 5.599T€, dem Beteiligungsergebnis in Höhe von 5.483,5 T€, den Finanzergebnis in Höhe von -45,0 T€ und den Steuern in Höhe von 2.060 T€ ergibt. Im Beteiligungsergebnis ist die Ergebnisübernahme der SWS Nahverkehr GmbH in Höhe von -1.134 T€ enthalten.

Die Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund werden durch die Stadtwerke Stralsund GmbH auf der Grundlage gesetzlichen Gegebenheiten errechnet und abgeführt.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Wie aus der Erfolgsplanung ersichtlich, wird eine nahezu kontinuierliche Ergebnisentwicklung angestrebt. Dies ist allerdings stark anhängig vom wachsenden Konkurrenzkampf in den Ver- und Entsorgungsmärkten und vor allem von den stetig steigenden Steuern vom Einkommen und Ertrag, da die Verlustvorträge nahezu aufgebraucht sind. Die Unternehmensgruppe SWS baute in den Anfangsjahren steuerliche Verlustvorträge auf, die sich in den letzten Jahren bei der Gewinnermittlung steuermindernd auswirkten. Diese Verlustvorträge werden in den nächsten Jahren sukzessive aufgebraucht sein, so dass die Unternehmensgruppe nicht mehr nur der Mindestbesteuerung unterliegt, sondern ansteigend ab dem Jahr 2012/ 2013 voll ertragssteuerpflichtig sein wird. Aus den dann erhöhten Gewerbesteuern fließen der Stadt ca. 500 T€ zusätzliche zu.

Neben den durch die SWS zu entrichtenden Steuern vom Einkommen und Ertrag, hat die Hansestadt Stralsund beginnend ab dem Jahre 2009 auf den Ausschüttungsbetrag 15 % Kapitalertragssteuer zu entrichten, die durch steuerliche Mehreinnahmen nahezu kompensiert werden.

Die Darstellung der Umsatz- und Eigenkapitalrentabilität ergibt sich wie folgt:

	2011 Plan	2010 Plan	2009	2008	2007	2006	2005
Eigenkapitalrendite	12,8%	16,0%	16,0%	17,5%	15,9%	15,9%	18,0%
Gesamtkapitalrendite	12,0%	14,4%	14,4%	9,6%	10,4%	11,2%	9,2%
Beteiligungsrendite vor Verlustausgleich	39,9%	40,4%	40,4%	34,8%	35,6%	36,5%	36,3%

1.3 Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Im Finanzplan wurden bis zum Wirtschaftsjahr 2014 alle bekannten Zahlungsflüsse berücksichtigt. Nicht geplant wurden die Veränderungen in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowie die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem zentralen Cashpool der Unternehmensgruppe. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt im Planungszeitraum bei etwa 4.250 T€ jährlich. Dem gegenüber stehen Mittelabflüsse, die im Planjahr zu 600 T€ aus der Investitionstätigkeit und zu 3.288 T€ aus der Finanzierungstätigkeit erwachsen. Hierbei ist die Gewinnabführung an die Hansestadt Stralsund in Höhe von 3.020 T€ berücksichtigt.

1.4 Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

Die Investitionen im Wirtschaftsjahr wurden in Höhe von 600 T€ geplant. Investitionen betreffen Ersatzinvestitionen in Hard und Software mit 500 T€, sowie den Ausbau der SWS – eigenen Speicher Etage in der Hafenstraße 8. In den Folgejahren sind planmäßige Investitionen in die IT Landschaft der Unternehmensgruppe geplant.

Eine Kreditaufnahme ist für das Jahr 2011 nicht vorgesehen.

Für das Jahr 2011 ist vorgesehen, in Zusammenarbeit mit einem Partner zusammen eine Projektgesellschaft zum Aufbau und Betrieb einer Biogasanlage als weitere Tochtergesellschaft der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH zu gründen. Ein Grundsatzbeschluss dazu wurde in der Aufsichtsratssitzung der SWS gefasst und die Geschäftsleitung wurde beauftragt, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Bis zur Gründung der Gesellschaft sind die entsprechenden Verträge, sowie ein gesonderter Wirtschaftsplan zu erarbeiten und den notwendigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

1.5 Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Eine Veränderung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage sind nicht geplant.

Position	Mutter	Töchter					Enkel	
	SWS TEUR	SWS Energie TEUR	REWA TEUR	SWS Seehafen TEUR	SWS Nahverkehr TEUR	SWS Entsorgung TEUR	SWS Netze TEUR	SWS Telnet TEUR
1. Umsatzerlöse	4.655,0	75.282,6	18.578,5	3.181,0	3.788,0	8.501,6	19.915,3	740,0
2. Sonstige betriebliche Erträge	729,0	6.695,9	3.270,5	696,0	994,0	1.799,9	4.141,1	12,0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	60,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	5.384,0	82.038,5	21.899,0	3.877,0	4.782,0	10.301,5	24.056,4	752,0
3. Materialaufwand								
a) Aufwendungen f. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	0,0	56.328,2	1.766,0	273,0	1.202,0	568,5	8.836,9	3,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	1.923,1	3.286,6	302,0	135,0	4.577,6	10.566,7	75,0
	0,0	58.251,3	5.052,6	575,0	1.337,0	5.146,1	19.403,5	78,0
4. a) Löhne und Gehälter	2.725,0	2.295,9	5.016,3	1.267,0	2.485,0	1.721,1	309,7	200,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen dav. für Altersversorgung	575,0	439,0	1.035,5	277,0	615,0	382,3	48,4	39,0
	19,0	0,0	31,0	25,0	80,0	0,0	0,0	0,0
	3.300,0	2.734,9	6.051,8	1.544,0	3.100,0	2.103,4	358,1	239,0
5. Abschreibungen								
a) auf Sachanlagen	785,0	2.589,3	4.500,0	1.080,0	770,0	1.002,2	0,0	112,0
b) auf Vermögensgegenst.d. Umlaufverm. soweit diese die in der Kap.gesell.üblichen Abschr.überschreitet	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) auf Aufwendungen f.Ingangsetzung Gesch.betrieb	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
d) auf imm.Vermögensgegenst.d. Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	785,0	2.589,3	4.500,0	1.080,0	770,0	1.002,2	0,0	112,0
6. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	1.514,0	6.723,7	3.193,6	461,0	602,0	794,4	3.433,3	72,0
7. Erträge aus Beteiligungen	6.617,5	1.096,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Erträge aus Ausleih. des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge dav.aus verbund.Unternehmen	265,0	0,0	30,0	2,0	0,0	4,8	0,0	0,0
	10,0	0,0	30,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10. Abschreibungen a.Wertpapiere des UV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.134,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen dav. an verbundene Unternehmen	310,0	650,0	1.296,0	116,0	105,0	420,8	0,0	15,0
	40,0	0,0	0,0	0,0	5,0	0,0	0,0	0,0
13. Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	5.223,5	12.185,8	1.835,0	103,0	-1.132,0	839,4	861,5	236,0
14. Außerordentlicher Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag (auch Umlage)	2.060,0	501,3	75,0	0,0	0,0	60,0	0,0	0,0
18. Sonstige Steuern	19,0	4.245,1	25,0	23,0	2,0	15,6	1,0	0,6
19. a.Grd.GA-vertrag abgef.Gewinne	0,0	7.439,3	1.735,0	0,0		763,8	860,5	235,4
20. Erträge aus Verlustübernahme/GA-Vertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	1.134,0	0,0	0,0	0,0
21. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	3.144,5	0,0	0,0	80,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnisverwendung		Abführung über EAV	Abführung über 7 EAV	Ausschüttung an Gesellschafter im Folgejahr	Ausgleich über EAV	Abführung über EAV	Ausgleich über EAV von SWSE	Abführung über EAV an SWSE

**Personalplan - Konzern für das Jahr 2011
für SWS Stadtwerke Stralsund GmbH**

Gesellschaft	Tarifvertrag	Außertarifliche Angestellte	Tarifliche Angestellte	zus. Angestellte	Arbeiter / befristete Angestellte	Azubis	Insgesamt
Plan 2009							
SWS-Holding	Anlehnung AVEU	6,0	40,0	45,0	3,5	5,5	54,0
SWS Nahverkehr	Haustarifvertrag	2,0	9,0	11,0	69,0	1,0	81,0
SWS Seehafen	Haustarifvertrag	2,0	14,0	16,0	24,0	2,0	42,0
SWS Energie	Anlehnung AVEU	2,0	43,0	45,0	0,5	2,0	47,5
REWA	Anlehnung AVEU	2,0	117,0	119,0	1,0	8,0	128,0
SWS Entsorgung	Haustarifvertrag	3,0	63,0	66,0	0,0	6,0	72,0
SWS Telnet	Anlehnung AVEU	2,0	2,0	4,0	0,0	0,0	4,0
SWS Netze	Anlehnung AVEU	3,0	1,0	4,0	0,0	0,0	4,0
Konzernsumme		22,0	289,0	310,0	98,0	24,5	432,5
* incl. Geschäftsführer							
Plan Vorjahr							
SWS Nahverkehr	Haustarifvertrag	2,0	9,0	11,0	69,0	1,0	81,0
SWS Seehafen	Haustarifvertrag	2,0	14,0	16,0	24,0	3,0	43,0
SWS Energie	Anlehnung AVEU	2,0	43,0	45,0	0,5	2,0	47,5
REWA	Anlehnung AVEU	2,0	117,0	119,0	1,0	7,0	127,0
SWS Entsorgung	Haustarifvertrag	3,0	59,0	62,0	0,0	6,0	68,0
SWS Telnet	Anlehnung AVEU	2,0	2,0	4,0	0,0	0,0	4,0
SWS Netze	Anlehnung AVEU	3,0	1,0	4,0	0,0	0,0	4,0
Konzernsumme		16,0	245,0	261,0	94,5	19,0	374,5
Konzernsumme		32,0	490,0	522,0	189,0	38,0	749,0
Veränderungen:	Vorjahr / Planjahr	-10,0	-201,0	-212,0	-91,0	-13,5	-316,5

Hansestadt Stralsund

Vorschau kassenwirksame Einnahmen HST

Alle Angaben in TEUR

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Hansestadt Stralsund auswirken							
Nr.	Bezeichnung	Jahr 2009 <small>laufendes Jahr</small>	Jahr 2010 <small>(Planjahr)</small>	Jahr 2011 <small>(1. Folgejahr)</small>	Jahr 2012 <small>(2. Folgejahr)</small>	Jahr 2013 <small>(3. Folgejahr)</small>	Jahr 2014 <small>(3. Folgejahr)</small>
	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
1	Zuweisungen der Gemeinde						
	a zur Eigenkapitalaufstockung	0	0	0	0	0	0
	b zum Verlustausgleich	0	0	0	0	0	0
	c Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0
2	Darlehen der Kommune	0	0	0	0	0	0
	Ausgaben	5.003	4.594	5.073	5.053	5.053	5.053
1	Ablieferung an die Kommune						
	a von Gewinnen	3.000	2.648	3.020	3.000	3.000	3.000
	b von Konzessionsabgaben	2.003	1.946	2.053	2.053	2.053	2.053
	c von Verwaltungskostenbeiträgen	0	0	0	0	0	0
	d bei Eigenkapitalentnahmen	0	0	0	0	0	0
2	Tilgung von Darlehen der Kommune	0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahme Kommune		5.003	4.594	5.073	5.053	5.053	5.053
Nachrichtlich	Konzessionsabgabe Strom	1.408	1.351	1.450	1.450	1.450	1.450
	Konzessionsabgabe Gas	99	99	107	107	107	107
	Konzessionsabgabe Wasser <small>(nur HST)</small>	496	496	496	496	496	496

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr 2011**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR ⁴⁾
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>12.266,5</u>
- die Aufwendungen	<u>9.122,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>3.144,5</u>
- der Jahresverlust	<u>0,0</u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>4.250,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-600,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-3.288,3</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>0,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>3.503,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist 54,1 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	<u>20.689,2</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>22.349,6</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>22.400,0</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:

gez. Koos

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

⁴⁾ Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	4.081,4	4.449,0	4.655,0	4.630,0	4.695,0	4.750,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	859,0	670,7	729,0	733,9	740,2	745,7
5.	Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6.	Personalaufwand	2.915,4	3.062,0	3.300,0	3.391,2	3.527,6	3.669,5
	a) Löhne und Gehälter	2.427,0	2.553,9	2.725,0	2.828,2	2.941,8	3.060,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	488,5	508,1	575,0	563,0	585,7	609,4
	- davon für Altersversorgung	17,5	15,0	19,0	16,6	17,3	18,0
7.	Abschreibungen auf	698,1	785,0	785,0	785,0	785,0	785,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	698,1	785,0	785,0	785,0	785,0	785,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.443,3	1.360,1	1.514,0	1.493,8	1.521,6	1.550,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	5.418,8	5.699,0	6.617,5	5.860,9	5.793,1	5.762,7
	- davon aus verbundenen Unternehmen	5.418,8	5.699,0	6.617,5	5.860,9	5.793,1	5.762,7
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	324,9	219,9	265,0	239,9	239,9	239,9
	- davon aus verbundenen Unternehmen	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	480,0	310,0	310,0	310,0	310,0	310,0
	- davon an verbundene Unternehmen	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.147,3	5.521,4	6.357,5	5.484,7	5.324,0	5.183,9
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.200,0	1.150,0	1.134,0	567,0	0,0	0,0
18.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.200,1	1.710,1	2.060,0	2.010,1	2.060,1	2.110,1
22.	Sonstige Steuern	13,0	13,0	19,0	19,0	19,0	19,0
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	2.734,1	2.648,3	3.144,5	2.888,5	3.244,9	3.054,8

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0,0
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	0,0
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	3.020,0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	0,0
d) auf neue Rechnung vorzutragen	124,5		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	Hansestadt Stralsund	100,0	3.020,0
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	2.734,0	2.648,0	3.145,0	2.889,0	3.245,0	3.055,0
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	698,0	785,0	785,0	785,0	785,0	785,0
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-180,0	-180,0	-180,0	-180,0	-180,0	-180,0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-60,0	-60,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3.692,0	3.693,0	4.250,0	3.994,0	4.350,0	4.160,0
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.390,0	-1.634,0	-400,0	-200,0	-200,0	-200,0
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-300,0	-300,0	-200,0	-100,0	-100,0	-100,0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	1.283,0	200,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-407,0	-1.734,0	-600,0	-300,0	-300,0	-300,0
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-3.000,0	-2.648,0	-3.020,0	-3.000,0	-3.000,0	-3.000,0
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	200,0	900,0	0,0	0,0	0,0	0,0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-240,0	-240,0	-268,3	-268,3	-268,3	-268,3
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-3.040,0	-1.988,0	-3.288,3	-3.268,3	-3.268,3	-3.268,3
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 19, 23, 28)	245,0	-29,0	361,7	425,7	781,7	591,7
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	8.351,0	8.596,0	8.567,0	8.928,7	9.354,4	10.136,1
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode*	8.596,0	8.567,0	8.928,7	9.354,4	10.136,1	10.727,8

* inklusive Cashpool

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im lfd. Jahr Plan 2010		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des lfd. Jahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr 2011		Bemerkungen
		3	4	4	5			
1.	Geschäftsführer	1	AT	1	AT	1	AT	
2.	Sekretärin des GF	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	
3.	FBLtr. Beteiligungscontrolling	1	AT	1	AT	1	AT	
4.	Systemadministrator	1	VG 12	1	VG 13	1	VG 13	
5.	SB EDV-Organisation	3	VG 12;VG 10;VG11	3	2 VG 12;VG 10	3	2 VG 12;VG 10	
6.	FB-Ltr.Recht/Personal	1	AT	1	AT	1	AT	
7.	SB Gerichtl. Mahn-u. Klagewesen	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	
8.	1. SB Personalwesen	1	VG 12	1	AT	1	VG 12	
9.	SB Personalwesen	2	VG 10; VG 8	1	VG 10	1,8	VG 10; VG 6	
10.	Kaufmännischer Leiter	1	AT	1	AT	1	AT	
11.	FBLtr. Finanz-u. Rechnungswesen	1	AT	1	AT	1	AT	
12.	Buchhalter	7	VG 12; 2/ VG10; VG9; 2/VG 8; VG7	6	VG 12; VG10; VG9; 3/VG 8	6,1	VG 12; VG10; VG9; 4 VG 8; 2 VG 5	
13.	Kaufmännischer SB	0		0		0		
14.	Bau- u. Auftragsabrechner	0		0		0		
15.	Ltr. Marketing	1	AT	1	AT	1	AT	
16.	Marketingassistentin	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
17.	SB-Ltr. Billing	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
18.	SB Billing	3	1 VG10; 2VG 8	3	3 VG 8	3	1 VG 10; 2 VG 8	
19.	SB Außendienst	4	VG 7	4	1 VG 8; 3 VG 7	4	1 VG 8; 3 VG 7	
20.	1. SB Kundenservice	1	VG 13	1	VG 13	1	VG 13	
21.	SB Kundenservice	14	2/VG 10; VG9; 6/VG8;1VG7; 3/VG6;	15	VG 11; 2/VG 10;2/ VG9; 4/VG8; 2/VG7; 3/VG6	14,1	VG 11; 2/VG 10;2/ VG9; 4/VG8; 3/VG7; 5/VG6	
22.	Gesamt	46,0		45,0		45,0		
23.	befristet Beschäftigte	1,5	VG 5	3,0	VG 6; VG 1800,00	3,1	VG 6; VG 1800,00	
24.	AZUBI	5,5	1.-3. AJ	6,0	1.-3. AJ	6,0	1.-3. AJ	
25.		53,0		54,0		54,1		

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Übersicht

**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
 voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

- entfällt -

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007					
veranschlagt im Planjahr 2010					
Summe					
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme							
Beschreibung der Maßnahme: Neu - und Ersatzinvestitionen IT + BUG							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Investitionseinzahlungen	1.650,00	0,00	500,00	250,00	300,00	300,00	300,00
Summe Einzahlungen	1.650,00	0,00	500,00	250,00	300,00	300,00	300,00
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	1.650,00	0,00	500,00	250,00	300,00	300,00	300,00
<i>davon Grundstücke</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Gebäude</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Maschinen</i>	1.050,00	0,00	300,00	150,00	200,00	200,00	200,00
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	600,00	0,00	200,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00			
Summe Auszahlungen	1.650,00	0,00	500,00	250,00	300,00	300,00	300,00
<i>Nachrichtlich</i>							
<i>veranschlagte VE</i>	0,00		0,00				
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme							
Beschreibung der Maßnahme: Ausbau Speichergeschoß Hafestraße 8							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Investitionseinzahlungen	150,00	0,00	100,00	50,00	0,00	0,00	0,00
Summe Einzahlungen	150,00	0,00	100,00	50,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	150,00	0,00	100,00	50,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Grundstücke</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Gebäude</i>	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Maschinen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	50,00	0,00	0,00	50,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00			
Summe Auszahlungen	150,00	0,00	100,00	50,00	0,00	0,00	0,00
<i>Nachrichtlich</i>							
<i>veranschlagte VE</i>	0,00		0,00				
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

II. SWS Energie GmbH

1.0. Vorbericht

In der Stromversorgung ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren die Strombeschaffungskosten weiter steigen werden. Für 2010 rechnet die Gesellschaft mit einer Steigerung der Wechselquoten im Bereich der Privat- und Geschäftskunden. Das größte Risikopotenzial bzgl. der Kundenänderung liegt im Bereich der bundesweit operierenden Kettenkunden. Mit den neuen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird sich der Wettbewerbsdruck um Energiekunden jedoch weiter erhöhen. Eine Umlage der erhöhten Beschaffungsaufwendungen ist für alle Produkte vorgesehen.

Beim Netzaufwand Strom und Gas geht die Gesellschaft davon aus, dass die Entgelte im Durchschnitt um ca. 6 % steigen werden. Dieser Sachverhalt wurde in der Planung berücksichtigt.

In der Wärmeversorgung wird infolge des gezielten Wohnungsrückbaus und weiterer Sanierungsmaßnahmen der Absatz sinken. Die langfristigen Wärmelieferungsverträge ermöglichen über die Preisgleitklauseln im Wesentlichen auch mittelfristig eine Umlage steigender Beschaffungs- und Erzeugungsaufwendungen.

Auch in 2010 bewegt sich die SWS Energie GmbH in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Die rückläufige Bevölkerungszahl hält noch an, die Arbeitslosenquote bleibt wohl weiterhin auf einem hohen Niveau über dem Bundesdurchschnitt.

Ein Schwerpunkt für 2010 wird die Umsetzung der von der Regulierungsbehörde noch festzulegenden Abläufe zur Abwicklung der Prozesse der Liberalisierung des Messwesens sein. Der Entwurf der BNetzA befindet sich derzeit im Konsultationsverfahren.

Die Einführung von intelligenter Zählertechnik im Kleinkundenbereich ist durch die Messzugangsverordnung (MessZV) vom Oktober 2008 ab 01.01.2010 gesetzlich festgelegt. Die Einführung dieser Zählertechnik in Verbindung mit einer Zählerfernauslesung und die schrittweise Einbeziehung weiterer Sparten, wie z.B. Wasser und Wärme, stellt ebenfalls eine anspruchsvolle Aufgabe dar.

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Für das Geschäftsjahr 2011 plant die Gesellschaft mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 11.089 T€. Nach Abzug der Ökosteuer und der sonstigen Steuern in Höhe von 4.245 T€ wird ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach sonstigen Steuern in Höhe von 6.844 T€ ausgewiesen. Durch Hinzurechnung des kumulierten Ergebnisses aus den Gewinnabführungsverträgen der SWS Telnets GmbH und der SWS Netze GmbH in Höhe von 1.096 T€ fließt ein Betrag von 7.940 T€ in die Steuerberechnung ein. Für das Planjahr 2011 wird eine abzuführende Körperschaftsteuer in Höhe von ca. 501 T€ ermittelt. Auf der Grundlage des Gewinnabführungsvertrages wird ein abzuführender Gewinn von 7.439 T€ ausgewiesen. Der Anteil aus der Gewinnausschüttung für die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH beträgt 4.747 T€ und für die E.ON edis AG 2.693 T€.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Wie aus der Erfolgsplanung ersichtlich, sinken die Jahresüberschüsse ab dem Jahr 2011 ab. Dies liegt im zunehmenden Wettbewerb auf dem Energieversorgungsmarkt begründet.

Durch die SWS Energie GmbH werden im Planjahr 2011 501 T€ Steuern vom Einkommen und Ertrag entrichtet.

Die Darstellung der Eigenkapital-, Gesamt- und Umsatzrentabilität stellt sich wie folgt dar:

	Plan 2011 T€	Plan 2010 T€	Ist 2009 T€	Ist 2008 T€	Ist 2007 T€	Ist 2006 T€	Ist 2005 T€	Ist 2004 T€
Eigenkapitalrentabilität	61,42%	50,63%	77,43%	52,63%	52,08%	51,17%	56,24%	56,47%
Gesamtkapitalrentabilität	18,22%	15,10%	22,54%	15,47%	16,98%	17,31%	19,06%	17,85%
Umsatzrentabilität	9,96%	9,51%	13,77%	9,52%	11,03%	11,08%	14,29%	15,50%

Kennzahlenermittlung ohne Beteiligungsergebnisse

1.3 Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Im Finanzplan wurden bis zum Wirtschaftsjahr 2014 alle bekannten Zahlungsflüsse berücksichtigt. Nicht geplant wurden die Veränderungen in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowie die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem zentralen Cashpool.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt im Planungszeitraum bei jährlich ca. 7.000 T€.

1.4 Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

Die Investitionen im Wirtschaftsjahr wurden in Höhe von 3.139 T€ geplant. Die Baukostenzuschüsse für 2010 betragen 250 T€. Eine Kreditaufnahme ist nicht geplant.

1.5 Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Eine Veränderung des Eigenkapitals und der Kapitalrücklage sind nicht geplant.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr 2011**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbHGemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung
hat die Gesellschafterversammlung ²⁾durch Beschluss vom 23.09.2010 den Wirtschaftsplanfür das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR ⁴⁾
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>82.038</u>
- die Aufwendungen	<u>75.696</u>
- Erträge GAV	<u>1.096</u>
- Verlust GAV	<u>0</u>
- der Jahresgewinn	<u>7.439</u>
- der Jahresverlust	
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>10.028,6</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-2.889,1</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-8.911,3</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>0,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>700,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist 47,5 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres	<u>12.928,3</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>12.928,3</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>12.928,3</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Koos

Stralsund, 08.09.2009

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	73.101	73.021	75.283	74.688	74.378	74.173
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	57	50	60	60	60	60
4.	Sonstige betriebliche Erträge	6.684	5.877	6.696	6.646	6.596	6.546
5.	Materialaufwand	53.536	55.511	58.251	57.515	57.260	57.041
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	51.607	54.146	56.328	55.592	55.337	55.118
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.929	1.365	1.923	1.923	1.923	1.923
6.	Personalaufwand	2.797	2.848	2.735	2.735	2.735	2.735
	a) Löhne und Gehälter	2.317	2.378	2.296	2.296	2.296	2.296
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	479	471	439	439	439	439
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	2.403	2.445	2.589	2.600	2.620	2.640
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.403	2.445	2.589	2.600	2.620	2.640
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	1.544	1.450	1.557	1.557	1.557	1.557
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.093	5.159	5.167	5.167	5.167	5.167
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	75	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	621	575	650	650	650	650
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0

15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.922	10.958	11.089	11.170	11.045	10.989
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	260	231	1.096	240	249	257
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-699	-52	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	626	413	501	452	445	442
22.	Sonstige Steuern	4.476	4.593	4.245	4.245	4.245	4.245
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	8.381	6.132	7.439	6.713	6.604	6.559

vorgesehene**Behandlung des Jahresgewinns**

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	7.439	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	schafts- anteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	51%	4.747
2.	E.ON edis AG	49%	2.693
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH

		-in TEUR-					
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	8.381	6.132	7.439	6.713	6.604	6.559
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.403	2.445	2.589	2.600	2.620	2.640
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	18	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-608	0	0	0	0	0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.887	0	0	0	0	0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.935	0	0	0	0	0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	530	0	0	0	0	0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	11.676	8.577	10.029	9.313	9.224	9.199
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	32	0	0	0	0	0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	76	0	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.324	-1.906	-3.139	-2.500	-2.500	-2.500
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-7	0	0	0	0	0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-128	0	0	0	0	0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen (Einzahlungen (+) aus Ertragszuschüssen und Auflösungen (-) der	330	-568	250	250	250	250
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-2.021	-2.474	-2.889	-2.250	-2.250	-2.250
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-6.478	-6.132	-7.439	-6.713	-6.604	-6.559
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	5.291	0	0	0	0	0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-3.982	0	-1.472	-472	-472	-472
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-5.169	-6.132	-8.911	-7.185	-7.076	-7.031
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	4.486	-29	-1.772	-122	-102	-82
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	4.596	9.082	9.053	7.281	7.159	7.057
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	9.082	9.053	7.281	7.159	7.057	6.975

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH**Bereichserfolgsplan****Stromvertrieb**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	27.904	30.988	29.150	29.435	29.395	29.350
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	200	0	200	198	198	198
5.	Materialaufwand	23.592	26.117	24.981	24.628	24.531	24.463
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	23.592	26.112	24.981	24.628	24.531	24.463
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	5	0	0	0	0
6.	Personalaufwand	247	238	225	225	225	225
	a) Löhne und Gehälter	210	201	193	193	193	193
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	38	37	32	32	32	32
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	0	0	0	0	0	0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.176	1.226	1.101	1.101	1.101	1.101
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen		0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	28	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
	- davon an verbundene Unternehmen		0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.116	3.407	3.043	3.679	3.736	3.760
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	105	93	95	97	101	104
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	34	128	42	38	37	37
22.	Sonstige Steuern	2.731	2.667	2.473	2.473	2.473	2.473
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	456	706	623	1.265	1.327	1.353

Name des Betriebes/Unternehmens:							
SWS Energie GmbH							
Bereichserfolgsplan							
Gasvertrieb							
		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	25.024	23.736	23.748	23.488	23.358	23.303
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	178	28	178	181	181	181
5.	Materialaufwand	21.450	19.677	20.578	20.361	20.263	20.163
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	21.450	19.677	20.578	20.361	20.263	20.163
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	0	0	0
6.	Personalaufwand	218	211	198	198	198	198
	a) Löhne und Gehälter	184	178	170	170	170	170
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	33	33	27	27	27	27
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	0	0	0	0	0	0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	809	862	846	846	846	846
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	23	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.747	3.014	2.304	2.264	2.232	2.277
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	93	83	85	87	90	93
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	77	114	40	36	35	35
22.	Sonstige Steuern	1.737	1.925	1.762	1.762	1.762	1.762
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	1.026	1.059	588	553	525	573

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH**Bereichserfolgsplan****Wärmeversorgung**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	14.120	12.535	16.387	15.817	15.727	15.672
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	483	38	482	481	481	481
5.	Materialaufwand	7.596	8.960	11.852	11.784	11.724	11.674
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.415	8.230	10.671	10.603	10.543	10.493
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.181	730	1.181	1.181	1.181	1.181
6.	Personalaufwand	230	208	240	240	240	240
	a) Löhne und Gehälter	199	175	204	204	204	204
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	31	33	36	36	36	36
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	655	567	681	690	700	710
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	655	567	681	690	700	710
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	779	667	858	858	858	858
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	16	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	180	115	200	150	150	150
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.178	2.056	3.038	2.576	2.536	2.521
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	62	54	55	56	58	60
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	364	77	222	201	197	196
22.	Sonstige Steuern	2	0	0	0	0	0
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	4.874	2.033	2.871	2.432	2.397	2.386

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH**Bereichserfolgsplan****Sonstiges**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	6.053	5.761	5.997	5.947	5.897	5.847
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	57	50	60	60	60	60
4.	Sonstige betriebliche Erträge	5.823	5.811	5.836	5.786	5.736	5.686
5.	Materialaufwand	897	758	840	742	742	742
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	149	128	98	0	0	0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	748	630	742	742	742	742
6.	Personalaufwand	2.101	2.191	2.073	2.073	2.073	2.073
	a) Löhne und Gehälter	1.725	1.824	1.729	1.729	1.729	1.729
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung	377 0	367 0	344 0	344 0	344 0	344 0
7.	Abschreibungen auf	1.748	1.878	1.909	1.910	1.920	1.930
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.748	1.878	1.909	1.910	1.920	1.930
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	1.544	1.450	1.557	1.557	1.557	1.557
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.327	2.404	2.362	2.362	2.362	2.362
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0					
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	8	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	442	460	450	500	500	500
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.882	2.481	2.703	2.649	2.539	2.429
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	861	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-699	-52	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	151	93	197	178	175	174
22.	Sonstige Steuern	7	1	10	10	10	10
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	2.025	2.335	3.357	2.461	2.354	2.246

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH**Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen**

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich Strom	an Bereich Gas	an Bereich Wärme	an Bereich sonstiges	gesamt:
von Bereich Strom	0	0	895	0	895
von Bereich Gas	0	0	3.929	0	3.929
von Bereich Wärme	0	0	0	0	0
von Bereich sonstig	0	0	0	0	0
gesamt:	0	0	4.824	0	4.824

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Energie GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2		3		4		5	6
1	Geschäftsführer	1	1/AT	1	1/AT	1	1/AT	
2	Controller	1	AT	1	AT		in Personalunion durch SWSN	
3	Betriebslstr. Energieversorgung	1	AT	1	AT	1	AT	
4	Sekretärin	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	Sekretärin des Betriebslstr. EV
5	SB II Vertrieb	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	Vertriebscontrolling
6	SB Vertrieb	7	VG14;VG13;2VG12; VG11; VG10; VG6	7	VG14;VG13;2VG12; VG11; VG10; VG6	6	VG14;VG13;2VG12; 2VG11	Groß-kundenbetreuer
7	Betriebsleiter Netz	1	AT	1	AT		in Personalunion durch SWSN	
8	Fachbereichsleiter	1	AT	1	AT	1	AT	
9	Sekretärin Technik	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
10	SB-Ltr. Technischer Service	1	VG12	1	VG12	1	VG12	
11	Obermont.Schutz-,Fernwirk-, Fernmeldetechnik	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
12	SB-Ltr. Netzvertrieb	1	VG11	1	VG11	1	VG12	
13	SB Netzbetrieb					1	VG 7	
14	Technischer Sachbearbeiter	1	VG 9	1	VG 9	1	VG 9	
15	Monteur Meß- und Zählerwesen	3	VG 7; 2VG 8	3	VG 7; 2VG 8	3	VG 7; 2VG 8	
16	Prüfmeister	1	VG 11	1	VG 11	1	VG 11	
17	SB Netzplanung/nutzungsmanagement	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
18	SB-Ltr. Technischer Service	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
19	Projektleiter	1	VG 11	1	VG 11	1	VG 11	
20	SB Bauüberwachung	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
21	SB Grundsatz/Netz	1	VG 11	1	VG 11	1	1/VG 11	
22	Technische Sachbearbeiter	3	VG 11; VG 8; VG 7	3	VG 11; VG 8; VG 7	3	VG 11; VG 8; VG 7	Diebowski 1.7.08; Dähn 1.11.09 ATZ
23	Technische Zeichner	1	VG 7	1	VG 7			
24	Sachbearbeiter Gas	1	VG 6	1	VG 6	2	VG 6; VG7	
25	Meister im Netzbetrieb	2	VG 11	2	VG 11	2	1/VG 11; VG 11	
26	SB II Technischer Service	1	VG 7;	1	VG 7;	1	VG 7;	
27	Obermonteur im Netzbetrieb	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
28	Monteur Eilt im Netzbetrieb	3	VG 7	3	VG 7	4	VG 6; VG 7	
29	Netzmeister Gas	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
30	Obermonteur Gas	3	VG 8	3	VG 8	3	VG 8	Baus ATZ ab 1.11.08
31	Gasmonteur	2	VG 7	2	VG 7	2	VG 7	
32	Gesamt	46		46		45		
33	befristet Beschäftigte					0,5	VG 5	6 Mon. Betriebselektroniker
34	AZUBI	3	1.-3. AJ	3	1.-3. AJ	2	1.-3. AJ	2 Betriebselektroniker
insgesamt	Gesamt einschl.	49		49		47,50	*	

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Energie GmbH

Übersicht

**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
 voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

entfällt !!!!!!!!!!!!!

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 2010	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0	0	0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Summe Sparten Strom, Gas und Wärme

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	150	50	100	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	150	50	100	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	11.023	1.984	3.039	2.000	2.000	2.000	0
Summe Einzahlungen	11.173	2.034	3.139	2.000	2.000	2.000	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	11.173	2.034	3.139	2.000	2.000	2.000	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	193	180	13	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	11.173	2.034	3.139	2.000	2.000	2.000	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Sparte Strom

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	36	36	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	36	36	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	4.324	825	1.099	800	800	800	0
Summe Einzahlungen	4.361	861	1.099	800	800	800	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	4.361	861	1.099	800	800	800	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	108	103	4	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	4.361	861	1.099	800	800	800	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Sparte Gas

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	114	14	100	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	114	14	100	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	3.575	711	764	700	700	700	0
Summe Einzahlungen	3.689	725	864	700	700	700	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	3.689	725	864	700	700	700	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	60	55	4	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	3.689	725	864	700	700	700	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Sparte Wärme

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	3.123	448	1.175	500	500	500	0
Summe Einzahlungen	3.123	448	1.175	500	500	500	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	3.123	448	1.175	500	500	500	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	26	21	4	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	3.123	448	1.175	500	500	500	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

III. SWS Netze GmbH

1.0. Vorbericht

Grundlage für die Erlösentwicklungen in den jeweiligen Teilnetzen der Gesellschaft bilden die Beschlüsse der Bundesnetzagentur. Die Beschlusskammern 8 und 9 haben die dazugehörigen Bescheide im Dezember 2008, im ganzen laufenden Jahr 2009 sowie im Januar bzw. Mai 2010 erlassen. Der Bescheid zur Mehrerlösabschöpfung ist dem Unternehmen im November 2009 zugegangen. Im Rahmen des Verfahrens zur Festlegung der Mehrerlöse für die einzelnen Teilnetze hat sich die Gesellschaft in 2009 entschieden, die Mehrerlöse vollständig erlösobergrenzenmindernd im Jahr 2010 anrechnen zu lassen.

Hierzu wurden im Jahresabschluss 2009 Rückstellungen im Umfang der ermittelten Mehrerlöse gebildet, die wiederum nach Auffassung der Finanzverwaltung (Schreiben des Bundesfinanzministeriums an VKU) steuerrechtlich keine Berücksichtigung finden werden.

Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2011 werden die Umsetzung der Vorgaben der Regulierungsbehörde (Beschlusskammer 6 und 7) bzgl. der Abwicklung der Prozesse zur Liberalisierung des Messwesens sein. Die Gesellschaft geht davon aus, dass der Konsultationsentwurf der BNetzA zur Abbildung der Markttrollen Messdienstleister bzw. Messstellenbetreiber bis zum 30.06.2011 umzusetzen ist.

Mit Veröffentlichung vom 28. April 2010 legte die Beschlusskammer 6 die Marktregeln für die Durchführung der Bilanzkreisabrechnung Strom (MaBiS) fest. Dieser Beschluss regelt den Geschäftsprozess sowie die Datenformate der Bilanzkreisabrechnung, der zum 1. April 2011 umzusetzen ist.

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Für das Geschäftsjahr 2011 plant die Gesellschaft ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 861 T€. Nach Abzug der sonstigen Steuern wird ein Geschäftsergebnis von 860 T€ ausgewiesen, welches auf der Grundlage des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft SWS Energie GmbH abgeführt wird.

In die Ergebnisplanung sind die einzelnen Fakten und Daten der Tätigkeitsbereiche nach § 10 EnWG kritisch betrachtet und zusammengefasst worden.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Für das Planjahr 2011 weist die Gesellschaft einen Gewinn in Höhe von 860 T€ aus, der auf Grundlage des Gewinnabführungsvertrages durch die SWS Energie GmbH ausgeglichen wird.

1.3 Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Im Finanzplan wurden bis zum Wirtschaftsplanjahr 2014 alle bekannten Zahlungsflüsse berücksichtigt. Nicht geplant wurden die Veränderungen in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sowie die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem zentralen Cashpool.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt im Planungszeitraum bei jährlich 344 T€.

1.4 Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

Die SWS Netze GmbH hat nach Maßgabe der §§ 11 ff. EnWG und nach den §§ 6 und 7 des Pachtvertrages für das Strom- und Gasnetz einen Investitions- und Instandhaltungsplan aufzustellen. Der Netzbetreiber entscheidet eigenverantwortlich im Rahmen des Investitionsbudgets, das durch den Aufsichtsrat der SWS Energie GmbH genehmigt wird. Für das Planjahr 2014 wird die SWS Netze GmbH ein Investitionsvolumen in Höhe von 1.955 T€ beauftragen. Die zu vereinnahmenden Baukostenzuschüsse für 2011 betragen 120 T€.

1.5 Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Eine Veränderung des Eigenkapitals und der Kapitalrücklage sind nicht geplant.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr 2011**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbHGemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der
Kommunalverfassung hat die Gesellschafterversammlung

2)

durch Beschluss vom 23.09.2010 den Wirtschaftsplanfür das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR⁴⁾24.05623.1960860

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit

0,00,00,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,00,0520,0

4. Die Stellenübersicht weist 4 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

424,2424,2424,2Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Rohr

Stralsund, den 30.08.2010

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

Stralsund, 08.09.2010

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbH**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	22.192,4	19.579,7	19.915,3	19.543,7	19.399,3	19.254,8
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.488,3	3.535,6	4.141,1	4.191,1	4.241,1	4.291,1
5.	Materialaufwand	22.051,4	19.227,3	19.403,5	19.942,5	19.847,5	19.753,5
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.780,6	9.181,9	8.836,9	8.891,9	8.946,9	9.001,9
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.270,8	10.045,4	10.566,7	11.050,7	10.900,7	10.751,7
6.	Personalaufwand	331,2	322,3	358,1	358,1	358,1	358,1
	a) Löhne und Gehälter	298,4	285,5	309,7	309,7	309,7	309,7
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	32,8	36,8	48,4	48,4	48,4	48,4
	- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7.	Abschreibungen auf	-0,3	12,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-0,3	12,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	1.792,7	1.722,0	1.795,7	1.795,7	1.795,7	1.795,7
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.209,9	1.874,5	1.637,6	1.637,6	1.637,6	1.637,6
10.	Erträge aus Beteiligungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	6,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	6,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon an verbundene Unternehmen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-698,1	-42,8	861,5	0,8	1,4	1,0
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
18.	Außerordentliche Erträge		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22.	Sonstige Steuern	0,6	9,0	1,0	1,0	1,0	1,0
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-698,7	-51,8	860,5	-0,2	0,4	0,0

vorgesehene**Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes**

Behandlung des Jahresgewinns		Betrag in TEUR	Behandlung des Jahresverlustes		Betrag in TEUR
Verwendung			Verwendung		
a)	zur Tilgung des Verlustvortrages		a)	zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b)	zur Einstellung in Rücklagen		b)	aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c)	zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	860,5	c)	auf neue Rechnung vorzutragen	
d)	auf neue Rechnung vorzutragen				

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Energie GmbH	100%	860,5
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-699	-52	860	0	0	0
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge		0	0	0	0	0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	203	0	0	0	0	0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	1.772	0	0	0	0	0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.014	0	0	0	0	0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	52	-860	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.291	0	0	0	0	0
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0	0	0	0	0	0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	0	0	0	0	0	0
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	2.291	0	0	0	0	0
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	344	2.635	2.635	2.635	2.635	2.635
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.635	2.635	2.635	2.635	2.635	2.635

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich Netze Strom (§ 10 EnWG)**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	17.185	12.929	13.496	13.423	13.354	13.284
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	306	3.536	4.046	4.096	4.146	4.196
5.	Materialaufwand	14.732	13.336	13.532	14.262	14.242	14.223
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.918	7.624	7.560	7.615	7.670	7.725
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.815	5.712	5.972	6.647	6.572	6.499
6.	Personalaufwand	166	161	180	180	180	180
	a) Löhne und Gehälter	149	143	155	155	155	155
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	16	18	26	26	26	26
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	0	6	0	0	0	0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	6	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	6	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	1.659	1.580	1.668	1.668	1.668	1.668
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.478	1.488	1.358	1.408	1.408	1.408
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	4	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-541	-106	803	1	1	0
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
22.	Sonstige Steuern	0	8	1	1	1	1
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-541	-114	803	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich Netze Gas (§ 10 EnWG)**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	5.008	6.651	6.419	6.120	6.045	5.970
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.182	0	96	96	96	96
5.	Materialaufwand	7.319	5.892	5.871	5.681	5.605	5.530
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.863	1.558	1.277	1.277	1.277	1.277
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.456	4.334	4.594	4.404	4.328	4.253
6.	Personalaufwand	166	161	178	178	178	178
	a) Löhne und Gehälter	149	143	155	155	155	155
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	16	18	23	23	23	23
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	0	6	0	0	0	0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0	6	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	-6	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	133	142	127	127	127	127
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-268	387	280	230	230	230
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	2	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	2	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-158	63	58	0	1	1
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
22.	Sonstige Steuern	0	1	1	1	1	1
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	-158	62	58	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Netze GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1	0	0	0	0	0
von Bereich 2	0	0	0	0	0
von Bereich 3	0	0	0	0	0
von Bereich 4	0	0	0	0	0
gesamt:	0	0	0	0	0

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Netze GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	AT	AT	AT	
2	Prokurist	AT	AT	AT	
3	Leitende Angestellte	AT	AT	AT	
4	SB Netz	VG 7	VG 7	VG 7	
insgesamt		3	4	4	

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Netze GmbH

Übersicht

**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
 voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

entfällt !!!!!!!!!!!

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 2010	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)				entfällt !!!!!!!!!!!			
Beschreibung der Maßnahme:							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>							
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
<i>davon Grundstücke</i>							
<i>davon Gebäude</i>							
<i>davon Maschinen</i>							
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>							
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen							
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							

IV. SWS Telnnet GmbH

1.0. Vorbericht

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Für das Wirtschaftsjahr 2011 plant die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 752 TEUR. Für das Jahr 2010 wurden 736 TEUR Umsatzerlöse im Wirtschaftsplan eingestellt. Überwiegend wird die Gesellschaft die Erlöse aus der Vermarktung breitbandiger Übertragungswege erzielen. Weiterhin werden Erträge durch bereits abgeschlossene Dienstleistungsverträge generiert.

Die Aufwendungen werden im Geschäftsjahr 2011 516,6 TEUR betragen.

Für die Anmietung von Telekommunikationsanlagen sowie Übertragungswegen in vorgelagerten Netzen und die Beseitigung von Kabelbeschädigungen werden für das Geschäftsjahr 2011 im Materialaufwand Mittel in Höhe von 78 TEUR eingestellt.

Weiterhin rechnet die Gesellschaft in 2011 mit 4 Mitarbeitern. Es wurde hierfür ein Personalaufwand in Höhe von 239 TEUR vorgesehen. Für 2 Mitarbeiter ist eine Anhebung der Vergütungsgruppe von VG7 auf VG 8 zu Beginn des Geschäftsjahres geplant.

Es ergeben sich Abschreibungen auf Sachanlagen für das Jahr 2011 in Höhe von 112 TEUR. Für die AfA Ermittlung ist die AfA Tabelle für den Wirtschaftszweig „Fernmeldedienste“ Teil I Pkt. 2.5.2 (Glasfaserkabel) zugrunde gelegt .

Im Jahre 2011 sind betriebliche Aufwendungen in Höhe von 72 TEUR geplant.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Für das Wirtschaftsjahr 2011 plant die Gesellschaft ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 235,4 TEUR. Dies entspricht bezogen auf die Bilanzsumme des Jahres 2009 einer Gesamtkapitalrentabilität von 20 %.

Die Zinsen werden ca. 15 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr 2011 fallen keine Steuern für das Unternehmen an, da der Gesellschafter, die SWS Energie, mit der Gesellschaft im Jahr 2006 einen Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen hat.

1.3. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/ Finanzmittelfehlbeträge

Der Liquiditätsengpass im Verlauf des Geschäftsjahres 2011 wird über die Mittelbereitstellung aus dem Cashpool der SWS ausgeglichen. Die Gesellschaft ist in den Cashpool der SWS eingebunden und verfügt über eine Kreditlinie in Höhe von 230 TEUR.

Es ist geplant, in den Folgejahren die Entnahme aus dem Cashpool in Höhe von 200 TEUR kontinuierlich zurückzuzahlen.

1.4. Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

Die mit der Realisierung von Kundenanschlüssen verbundenen Baumaßnahmen werden projektbezogen so kalkuliert, dass sich die Investitionen für den jeweiligen Kundenanschluss über die Vertragslaufzeit refinanzieren.

Die Baumaßnahmen für Kundenanschlüsse werden nach Auftragserteilung vorgenommen.

Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2011 werden Investitionen bei der Realisierung von Kundenanschlüssen sein. Diese werden auf Grund von Kapazitätsengpässen erforderlich.

Für 2011 sind folgende Investitionen in Höhe von 115 TEUR geplant:

Netzerweiterung	35 TEUR
Kundenanschlüsse	50 TEUR
Komplettierung SDH-Technik	25 TEUR
BuG	<u>5 TEUR</u>
	115 TEUR

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2010 wird die Investitionsquote deutlich zurückgehen.
Die Finanzierung der Investitionen erfolgt über den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie über die Mittelbereitstellung aus dem Cashpool der SWS.

1.5. Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt seit Abschluss des Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages 2006 unverändert 895,9 TEUR. Die Kapitalrücklage hiervon beträgt 174,2 TEUR.
Es sind keine weiteren Veränderungen geplant.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr 2011**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWSTelnet GmbH**Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat die Gesellschafterversammlung**

2)

durch Beschluss vom 23.09.2010 den Wirtschaftsplanfür das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

	in TEUR ⁴⁾
- die Erträge	752,0
- die Aufwendungen	516,6
- der Jahresgewinn	235,4
- der Jahresverlust	

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	347,4
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	115,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	230,6

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	0,0
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung (Cashpool)	230,0

4. Die Stellenübersicht weist **4** Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres	895,8
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	895,8
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	895,8

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Sekulla

Stralsund, d en 30.08.2010

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

1) Nichtzutreffendes streichen

2) beschließendes Organ

3) nur, wenn Genehmigung erforderlich

4) Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Telnet GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	694,6	736,0	740,0	755,0	780,0	800,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	10,8	12,0	12,0	12,0	12,0	12,0
5.	Materialaufwand	71,4	65,0	78,0	78,0	79,0	81,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,1	3,0	3,0	3,0	3,0	4,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	71,3	62,0	75,0	75,0	76,0	77,0
6.	Personalaufwand	218,7	234,8	239,0	240,0	244,0	248,0
	a) Löhne und Gehälter	193,9	196,0	200,0	201,0	205,0	208,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	24,8	38,8	39,0	39,0	39,0	40,0
	- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7.	Abschreibungen auf	94,3	135,0	112,0	120,0	130,0	135,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	94,3	135,0	112,0	120,0	130,0	135,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	61,4	70,0	72,0	73,0	74,0	75,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	12,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	260,0	231,2	236,0	241,0	250,0	258,0
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22.	Sonstige Steuern	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	259,6	230,6	235,4	240,4	249,4	257,4

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	235,4	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Energie GmbH	100,0	235,4
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Telnnet GmbH

		-in TEUR-					
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	
	2009	2010	2011	2012	2014	2013	
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	259,7	230,6	235,4	240,4	249,4	257,4
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	94,3	135	112	120	130	135
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-13,4	0	0	0	0	0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	0	0	0	0	0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	0	0	0	0	0	0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	0	0	0	0	0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	340,6	365,6	347,4	360,4	379,4	392,4
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-46,6	-315	-115	-105	-105	-80
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-46,6	-315	-115	-105	-105	-80
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-289,1	-259,7	-230,6	-230,6	-235,4	-236,4
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (Cashpool SWS)	0	210	0	0	0	0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (Cashpool SWS)	0	0	0	-24	-38	-75
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-289,1	-49,7	-230,6	-254,6	-273,4	-311,4
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 28)	4,9	0,9	1,8	0,8	1	1
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	181,3	186,2	187,1	188,9	189,7	190,7
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	186,2	187,1	188,9	189,7	190,7	191,7

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Telnet GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres*	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1/ausser Tarif	1	1/ausser Tarif	
2	Technischer Leiter	1/ausser Tarif	1	1/ausser Tarif	
3	Kommunikationselektroniker	2/VG 7	2	2/VG 8	
insgesamt		0	4	0	

* 4 Stellen entsprechen 4 Vollzeitäquivalenten

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Telnet GmbH - entfällt -

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007					
veranschlagt im Planjahr 2010					
Summe					
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Telnet GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Sparte Telekommunikation							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	720	315	115	105	105	80	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	25	5	5	5	5	5	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	720	315	115	105	105	80	0
<i>Nachrichtlich</i>	0	0	0	0	0	0	0
veranschlagte VE	0			0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-720	-315	-115	-105	-105	-80	0
							0

V. REWA – Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

1.0 Vorbericht für den Wirtschaftsplan 2011

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Der Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2011 weist einen Jahresgewinn von 1.735.000,00 € aus, der sich zusammensetzt aus dem Trinkwasserbereich in Höhe von 1.305.100,00 € und im Abwasserbereich in Höhe von 429.900,00.

Durch den Abschluss des Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages mit der Stadtwerke Stralsund GmbH wird das Ergebnis von 1.735.000,00 € an die Stadtwerke Stralsund GmbH abgeführt, hier ist bereits die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag in Höhe von 75.000,00 € berücksichtigt, die gemäß § 16 KStG der Ausgleichzahlung zu versteuern sind.

Die Gewinnausschüttungen an die Mindergesellschafter werden durch die Stadtwerke Stralsund GmbH auf der Grundlage des Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages errechnet und abgeführt.

1.1.1 Aufwand

Der Aufwand des Erfolgsplanes setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

	<u>Gesamt</u>	<u>TW</u>	<u>AW</u>	<u>Verwaltung</u>
Material- und bezogene Leistungen	5.052,6 T€		1.077,1 T€	3.956,5 T€
Personalaufwand	6.051,8 T€		2.162,2 T€	2.426,1 T€
Abschreibungen	4.500,0 T€		1.710,0 T€	2.750,0 T€
sonst. Aufwendungen	3.193,6 T€		1.046,6 T€	1.077,2 T€
Zinsen und ä. Aufwendungen/ sonstige Steuern	1.321,0 T€		391,3 T€	927,7 T€
Steuer v. Einkommen u. Ertrag	75,0 T€		65,0 T€	10,0 T€

Es ist ersichtlich, dass die wesentlichen Kosten im Bereich der Abschreibung, Reparaturleistungen, des Personalaufwandes und Energiekosten liegen.

1.1.2. Erträge

Erträge aus dem Trinkwasserverkauf und der Abwasserentsorgung und -behandlung sowie aus Nebengeschäften wurden für das Geschäftsjahr 2011 wie folgt geplant:

Trinkwasserversorgung	8.665,3 T€
Abwasserentsorgung u. -behandlung	13.263,7 T€

1.1.2.1. Erträge Trinkwasserversorgung

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde ein Trinkwasserverkauf von 3.635 Tm³ geplant. Hier gab es eine Veränderung gegenüber dem Planjahr 2010 von + 85,0 Tm³.

Die Erträge aus dem Trinkwasserverkauf belaufen sich in Höhe von 5.634,3 T€. Die Erträge aus dem Grundpreis im Trinkwasser liegen bei 1.900,0 T€.

Für Nebengeschäfte im Trinkwasser einschließlich sonstige Erträge wurde ein Ertrag in Höhe von 1.131,0 T€ angesetzt. Die Erträge aus Nebengeschäften im Trinkwasserbereich setzen sich im Wesentlichen aus der Fertigstellung von Hausanschlüssen in Höhe von 160,0 T€ und Erträgen aus der Auflösung von passivierten Sonderposten, wie z.B. Fördermittel, Sonder AfA und Baukostenzuschüssen in Höhe von insgesamt 569,7 T€ zusammen. Weitere Erträge aus sonstigen Nebenleistungen sind in Höhe von 371,3 T€ zu erwarten. 30,0 T€ sollen aus aktivierten Eigenleistungen erzielt werden.

1.1.2.2. Erträge Abwasserentsorgung und –behandlung

Für das Geschäftsjahr 2011 werden Abwassermengen in Höhe von 3.245,5 Tm³ sowie die Niederschlagswassermengen von 4.886,4 Tm², die von bebauten und/oder befestigten Flächen des Grundstückes direkt in die öffentliche Abwasseranlage gelangen, geplant.

Die Erträge für die Abwasserentsorgung und –behandlung betragen für die Inanspruchnahme der öffentlichen zentralen Abwasseranlage 8.187,1 T€, für die öffentliche zentrale Abwasseranlage zur Beseitigung des Niederschlagswassers 1.808,0 T€ und für die abflusslose Gruben und Grundstückskleinkläranlagen 108,0 T€. Nebengeschäfte einschließlich sonstige Erträge wurden in Höhe von 3.160,6 T€ geplant. Davon sind 2.676,1 T€ Erträge aus Auflösung der Fördermittel, Rückstellungen, Baukostenzuschüsse und Abwasserbeiträge.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Ab dem Geschäftsjahr 2009 wurden in der Hansestadt Stralsund die unterschiedlichen Leistungen der Schmutzwasserentsorgung einerseits und der Niederschlagswasserbeseitigung andererseits in der Gebührenkalkulation geändert. Ausschlaggebend war, dass das Verhältnis zu den Kosten der gesamten Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung nicht mehr geringfügig ist.

Die Niederschlagswassergebühr in der Hansestadt Stralsund beträgt seit dem 01.01.2010 0,44 €/m².

Auch für die nächsten Jahre wurde mit einer Niederschlagswassergebühr von 0,44 €/m² in der Hansestadt Stralsund geplant. Die Schmutzwassergebühr in 2011 wird in der Hansestadt Stralsund von 2,15 €/m³ auf 2,25 €/m³ ansteigen. Ebenfalls kommt es in allen anderen Gemeinden zur Erhöhung der Abwassergebühr. Ursache hierfür ist die Veränderung der Auflösung der Abwasserbeiträge von 5 % auf 3 %. Die Erträge im Abwasser erhöhen sich dadurch um ca. 850.000,00 €.

Für die Umsetzung der Wirtschaftsplanung 2011 sind die Beschlüsse aller Gemeinden und Stadtparlamente im Jahr 2010 zu den geänderten Gebührensätzen mit Inkrafttreten zum 01.01.2011 erforderlich.

Die Darstellung der Umsatz- und Eigenkapitalrentabilität ergibt sich wie folgt:

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Gewinn}}{\text{Umsatzerlöse}}$$

2009

2011

$$\frac{1.667,0 \text{ T€}}{17.571,6 \text{ T€}} = 9,5 \% \quad \frac{1.735,0 \text{ T€}}{18.578,5 \text{ T€}} = 9,3 \%$$

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Eigenkapital}}$$

2009

2011

$$\frac{3.273 \text{ T€}}{23.974 \text{ T€}} = 13,65 \% \quad \frac{3.076 \text{ T€}}{23.974 \text{ T€}} = 12,8 \%$$

1.3 Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Im Geschäftsjahr 2009 war der Finanzmittelbestand am Ende der Periode von 3.056,0 T€.

Aufgrund der Rückzahlung von Finanzmittel im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition verändert sich der Finanzmittelbestand voraussichtlich zum Ende der Periode 2010 auf 1.121T€. Dieser wird auch unverändert für das Geschäftsjahr 2011 erwartet. Mit der Veränderung der Gewinnabführung in den kommenden Jahren ist ein Finanzmittelbestand von Null geplant.

1.4 Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

Die Investitionen im Geschäftsjahr wurden in Höhe von 2.223,0 T€ geplant. Die Entwicklung der Investitionen in dieser Höhe zeichnet sich auch in dem darauf folgenden Geschäftsjahr ab. Es ist von einer sinkenden Investitionstätigkeit auszugehen, jedoch wird ein höherer Reparatur- und Instandhaltungsaufwand für die kommenden Jahre geplant.

Die Kreditaufnahme im Geschäftsjahr 2011 beläuft sich in Höhe von 1.216,0 T€. Ab dem Geschäftsjahr 2013 wird sich das Kreditvolumen reduzieren.

1.5 Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Eine Steigerung der Kapitalrücklage in Form einer Rücklage für Investitionen ist für 2011 nicht geplant. Mit dem Rückgang der Abwasserbeiträge der Hansestadt Stralsund ist eine Gewinnabführung nur in Höhe von 1.000,00 T€ und die Bildung einer Rücklage in Höhe von 735,00 T€ ab dem Geschäftsjahr 2012 geplant.

Hansestadt Stralsund und Landgemeinden NVP

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung
hat die Gesellschafterversammlung ²⁾

durch Beschluss vom 15.09.2010 den Wirtschaftsplanfür das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen	in TEUR ⁴⁾
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>21.929,0</u>
- die Aufwendungen	<u>20.194,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>1.735,0</u>
- der Jahresverlust	<u>0,0</u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>2.766,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>585,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-3.351,0</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>1.216,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>900,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist 125,7 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres	<u>23.973,8</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>23.973,8</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>23.973,8</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:

Stralsund, 16.8.2010

gez. Müller
Geschäftsführung

1) Nichtzutreffendes streichen

2) beschließendes Organ

3) nur, wenn Genehmigung erforderlich

4) Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	17571,6	17379,0	18578,5	18625,2	18625,2	18905,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	70,7	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	3369,5	4050,0	3270,5	3270,5	3270,5	2990,5
5. Materialaufwand	4036,9	3459,0	5052,6	4946,1	4964,1	5064,1
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1895,5	1821,0	1766,0	1857,0	1883,0	1883,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2141,4	1638,0	3286,6	3089,1	3081,1	3181,1
6. Personalaufwand	5651,9	5778,0	6051,8	6231,0	6231,0	6231,0
a) Löhne und Gehälter	4735,3	4789,0	5016,3	5166,0	5166,0	5166,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	916,6	989,0	1035,5	1065,0	1065,0	1065,0
- davon für Altersversorgung	17,8	21,0	31,0	35,0	35,0	35,0
7. Abschreibungen auf	4984,0	4800,0	4500,0	4400,0	4300,0	4200,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4984,0	4800,0	4500,0	4400,0	4300,0	4200,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8. Konzessionsabgabe	636,1	633,0	663,6	663,6	663,6	663,6
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2430,1	2118,0	2530,0	2530,0	2530,0	2530,0
10. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12. Zinsen und ähnliche Erträge	28,9	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	18,1	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1546,2	1442,0	1296,0	1370,0	1452,0	1452,0
- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1755,5	3289,0	1835,0	1835,0	1835,0	1835,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66,2	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0
22.	Sonstige Steuern	22,3	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	1667,0	3189,0	1735,0	1735,0	1735,0	1735,0

vorgesehene**Behandlung des Jahresgewinns**

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0
b) zur Einstellung in Rücklagen	0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	0
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	1735,0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	0
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	Stadtwerke Stralsund GmbH	71,4	1365,0
2.	Übrige Gesellschafter	28,6	370
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

Bezeichnung	-in TEUR-					
	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1667,0	3189,0	1735,0	1735,0	1735,0	1735,0
2. Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4984,0	4800,0	4500,0	4400,0	4300,0	4200,0
3. Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-3139,0	-3926,0	-3208,0	-3208,0	-3208,0	-2900,0
4. Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	129,0	0	0	0	0	0
5. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0	0	0	0	0	0
6. Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-355,0	0	0	0	0	0
7. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-58,0	0	0	0	0	0
8. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-100,0	-261,0	-261,0	-111,0	-111,0	-111,0
9. Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10. Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3128,0	3802,0	2766,0	2816,0	2716,0	2924,0
11. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	50,0	0	0	0	0	0
12. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
13. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1753,0	-2537,0	-2223,0	-2350,0	-1240,0	-1495,0
14. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-7,0	0	0	0	0	0
15. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	191,0	0	0	0	0	0
16. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-86,0	0	0	0	0	0
17. Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	1747,0	0	0	0	891,0	973,0
18. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19. Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
20. Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
21. Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	1133,0	1636,0	2808,0	839,0	666,0	657,0
22. Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
23. Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	1275,0	-901,0	585,0	-1511,0	317,0	135,0
24. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
25. Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-1728,0	-1635,0	-1735,0	-1000,0	-1000,0	-1000,0
26. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	2580,0	1522,0	1216,0	1288,0	574,0	103,0
27. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-2654,0	-2788,0	-2832,0	-2714,0	-2607,0	-2162,0
28. Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-1802,0	-2901,0	-3351,0	-2426,0	-3033,0	-3059,0
29. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 28)	2601,0	0	0	-1121,0	0	0
30. Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31. Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	455,0	3056,0	3056,0	3056,0	1935,0	1935,0
32. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3056,0	3056,0	3056,0	1935,0	1935,0	1935,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Erfolgsplan****Sparte Trinkwasser**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	7919,9	7783,0	8128,3	8128,3	8128,3	8128,3
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	49,3	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	407,2	409,0	423,1	423,1	423,1	423,1
5.	Materialaufwand	1225,5	1072,0	1077,1	1092,0	1102,0	1102,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	841,1	805,0	714,9	818,0	828,0	828,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	384,4	267,0	362,2	274,0	274,0	274,0
6.	Personalaufwand	2041,0	2000,0	2162,2	2227,1	2227,1	2227,1
	a) Löhne und Gehälter	1721,4	1675,0	1805,4	1859,6	1859,6	1859,6
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	319,6	325,0	356,8	367,5	367,5	367,5
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	1709,0	1720,0	1710,0	1680,0	1670,0	1670,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1709,0	1720,0	1710,0	1680,0	1670,0	1670,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	636,1	633,0	663,6	663,6	663,6	663,6
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	313,5	259,0	383,0	383,0	383,0	383,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	1,8	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	487,6	397,0	377,3	397,0	397,0	397,0
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.965,5	2.141,0	2.208,2	2.138,7	2.138,7	2.138,7
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	45,3	65,0	65,0	65,0	65,0	65,0
22.	Sonstige Steuern	13,4	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	1.906,8	2.062,0	2.129,2	2.059,7	2.059,7	2.059,7

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Erfolgsplan****Sparte Abwasser**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(1. Folgejahr)	(1. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	9651,7	9596,0	10450,2	10496,9	10496,9	10776,9
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	21,4	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2757,7	3410,0	2637,6	2637,6	2637,6	2357,6
5.	Materialaufwand	2776,9	2365,0	3956,5	3835,1	3843,1	3943,1
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1039,6	998,0	1036,1	1024,0	1040,0	1040,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1737,3	1367,0	2920,4	2811,1	2803,1	2903,1
6.	Personalaufwand	2289,1	2259,0	2426,1	2540,4	2540,4	2540,4
	a) Löhne und Gehälter	1931,8	1890,0	2012,8	2108,3	2108,3	2108,3
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	357,3	369,0	413,3	432,1	432,1	432,1
	- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7.	Abschreibungen auf	3230,7	3040,0	2750,0	2680,0	2590,0	2490,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3230,7	3040,0	2750,0	2680,0	2590,0	2490,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1102,0	964,0	1077,2	1077,2	1077,2	1077,2
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	2,3	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1058,6	1045,0	918,7	973,0	1055,0	1055,0
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0,0	0,0	0,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.975,8	3.353,0	1.979,3	2048,8	2048,8	2048,8
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	20,9	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
22.	Sonstige Steuern	7,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	1.947,9	3.334,0	1.960,3	2029,8	2029,8	2029,8

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Erfolgsplan****Sparte Verwaltung**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	0	0	0	0	0	0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	204,6	231,0	209,8	209,8	209,8	209,8
5.	Materialaufwand	34,5	22,0	19,0	19,0	19,0	19,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14,8	18,0	15,0	15,0	15,0	15,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19,7	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
6.	Personalaufwand	1321,8	1519,0	1463,5	1463,5	1463,5	1463,5
	a) Löhne und Gehälter	1082,1	1224,0	1198,1	1198,1	1198,1	1198,1
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	239,7	295,0	265,4	265,4	265,4	265,4
	- davon für Altersversorgung	17,8	21,0	31,0	35,0	35,0	35,0
7.	Abschreibungen auf	44,3	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	44,3	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1014,6	895,0	1069,8	1069,8	1069,8	1069,8
10.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	24,8	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	18,1	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 2.185,8	- 2.205,0	- 2.352,5	- 2.352,5	- 2.352,5	- 2.352,5
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0
22.	Sonstige Steuern	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	- 2.187,7	- 2.207,0	- 2.354,5	- 2.354,5	- 2.354,5	- 2.354,5

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen**

Die Leistungsbeziehungen der Sparten untereinander sind wie folgt abgebildet:

	an Sparte Verwaltung	an Sparte Trinkwasser	an Sparte Abwasser	gesamt:
von Sparte Verwaltung	0	824,1	1530,4	2354,5
von Sparte Trinkwasser	0	0	0	0
von Sparte Abwasser	0	0	0	0
gesamt:	0	824,1	1530,4	2354,5

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr 1)		Bemerkungen
		3		4		5		
1	2							6
1.	Reinigungshilfe	1	VG 1	1	VG 1	1	VG 1	
2.	Rohrleger	1	VG 4	1	VG 4	1	VG 4	
3.	Werker Instandhaltung/ (einfach)	1	VG 4	1	VG 4	1	VG 4	
4.	Telefonist/in Zentrale / Rezeption	1	VG 4	1	VG 4	0	VG 4	
5.	Schlosser II	7	VG 5	7	VG 5	7	VG 5	
6.	Schaltwärter	12	VG 5	12	VG 5	12	VG 5	
7.	Betriebshandwerker	3	VG 5	2	VG 5	2	VG 5	
8.	SSW und HDSG Fahrer II	8	VG 5	8	VG 5	8	VG 5	
9.	Rohrnetzbauer	6	VG 5	5	VG 5	6	VG 5	
10.	Instandhalter	7	VG 5	6	VG 5	6	VG 5	
11.	Elektriker	1	VG 5	1	VG 5	0	VG 5	
12.	Sachbearbeiter III im kaufmännischen Bereich	1	VG 5	1	VG 5	1	VG 5	
13.	KfZ Mechaniker	0	VG 5	0	VG 5	1	VG 5	
14.	Schlosser I	3	VG 6	3	VG 6	3	VG 6	
15.	Elektriker I	1	VG 6	1	VG 6	2	VG 6	
16.	Spezialmonteur	1	VG 6	1	VG 6	1	VG 6	
17.	SSW und HDSG Fahrer I	2	VG 6	2	VG 6	2	VG 6	
18.	Rohrnetzbauer I	7	VG 6	8	VG 6	8	VG 6	
19.	Wasserlaborant	2	VG 6	2	VG 6	2	VG 6	
20.	Instandhalter I	3	VG 6	3	VG 6	3	VG 6	
21.	Sekretärin Abteilung	4	VG 6	5	VG 6	5	VG 6	
22.	SB II im kaufm. Bereich	1	VG 6	2	VG 6	2	VG 6	
23.	SBI im technischen Bereich	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
24.	Obermonteur Trinkwassernetz	3	VG 7	3	VG 7	3	VG 7	
25.	Obermonteur Abwassernetz	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
26.	Obermaschinist	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
27.	Vorhandwerker KFZ-Bereich	2	VG 7	2	VG 7	1	VG 7	
28.	Vorhandwerker Elektrobereich	2	VG 7	2	VG 7	2	VG 7	
29.	Vorarbeiter für Instandhaltung	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
30.	Buchhalter II	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
31.	Sachbearbeiter Personal	1	VG 7	1	VG 7	1	VG 7	
32.	SB I im kaufm. Bereich	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
33.	Vorhandwerker I Meß-u. Regelanlagen	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
34.	Vorhandwerker I Netzbetrieb	1	VG 8	1	VG 8	1	VG 8	
35.	Abnahmemeister	1	VG 9	1	VG 9	1	VG 9	

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr 1)		Bemerkungen
		3		4		5		
1	2							6
36.	Rohrnetzmeister II	1	VG 9	2	VG 9	1	VG 9	
37.	Schichtmeister I	2	VG 9	1	VG 9	0	VG 9	
38.	Sachbearbeiter II Anschlusswesen	2	VG 9	1	VG 9	1	VG 9	
39.	Meister Kfz Bereich	0	VG 9	0	VG 9	1	VG 9	
40.	Rohrnetzmeister I	1	VG 10	0	VG 10	1	VG 10	
41.	Meister Instandhaltung	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	
42.	Managementassistent in GF	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	
43.	Bau- und Auftragsabrechner II	1	VG 10	1	VG 10	1	VG 10	
44.	Meister I Wassergewinnung/-aufbereitung	2	VG 10	2	VG 10	2	VG 10	
45.	Abwassermeister APW/ABA	2	VG 10	2	VG 10	3	VG 10	
46.	SB I Anschlußwesen	2	VG 11	2	VG 11	2	VG 11	
47.	SB I DV	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
48.	Bau- und Auftragsabrechner	2	VG 12	2	VG 12	2	VG 12	
49.	Technischer Leiter Wasser	1	VG 12	1	VG 12	1	VG 12	
50.	Technischer Leiter Abwasser	0	VG 12	0	VG 12	1	VG 12	
51.	Sachgebietsleiter Anlagen und Betrieb	1	VG 13	1	VG 13	1	VG 13	
52.	Leiter II Buchhaltung und Rechnungsprüfung	1	VG 14	1	VG 14	1	VG 14	
53.	Abteilungsleiter II	5	VG 14	5	VG 14	5	VG 14	
54.	Abteilungsleiter I	1	VG 15	1	VG 15	1	VG 15	
55.	Prokuristin	1	Vertrag	1	Vertrag	1	Vertrag	
56.	Geschäftsführer	1	Vertrag	1	Vertrag	1	Vertrag	
57.	Auszubildende Industriekauffrau	3	-	2	-	3	-	
58.	Auszubildende Fachkraft Wasserversorgungstechnik	3	-	3	-	3	-	
59.	Auszubildende Elektroniker Energie und Gebäudetechnik	0	-	0	-	1	-	
60.	Auszubildende FK Rohr,- Kanal- und Industrieservice	1	-	1	-	1	-	
61.	geringfügig Verdienende	1	-	1	-	1	-	
insgesamt:		127	*	124	*	128	*	

1) Die im Planjahr ausgewiesenen 128 AK entsprechen 125,7 Stellen in Vollteiläquivalenten.

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

ENTFÄLLT

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2010	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 2011	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0	0	0	0	0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0	0	0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme: **Trinkwasser
davon Position Rohrnetze und Ausrüstungen**

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	477	0	138	139	100	100	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	477	0	138	139	100	100	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen z.B. Kredite und kurzfristige Finanzdisposition	1385	70	329	396	245	195	150
Summe Einzahlungen	1862	70	467	535	345	295	150
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	1862	70	467	535	345	295	150
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen und maschinelle Anlagen</i>	1862	70	467	535	345	295	150
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	1862	70	467	535	345	295	150
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme: **Trinkwasser
davon Position Wasserwerke und Ausrüstungen**

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen	in TEUR						
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	50	0	50	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	50	0	50	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen z.B. Kredite und kurzfristige Finanzdisposition	1965	0	160	565	300	690	250
Summe Einzahlungen	2015	0	210	565	300	690	250
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	2015	0	210	565	300	690	250
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen und maschinelle Anlagen</i>	2015	0	210	565	300	690	250
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	2015	0	210	565	300	690	250
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme: **Abwasser
davon Position Kanalnetze und Ausrüstungen**

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	906	0	426	220	130	130	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	906	0	426	220	130	130	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen z.B. Kredite und kurzfristige Finanzdisposition	3520	180	1080	990	425	340	505
Summe Einzahlungen	4426	180	1506	1210	555	470	505
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	4426	180	1506	1210	555	470	505
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen und maschinelle Anlagen</i>	4426	180	1506	1210	555	470	505
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	4426	180	1506	1210	555	470	505
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH**Investitionsübersicht**

Maßnahme

Beschreibung der Maßnahme: **Verwaltung**
davon Position Ausrüstungen Verwaltung

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen z.B. Kredite, kurzfristige Finanzdisposition, Eigenmittel	160	0	40	40	40	40	0
Summe Einzahlungen	160	0	40	40	40	40	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	160	0	40	40	40	40	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen und maschinelle Anlagen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	160	0	40	40	40	40	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	160	0	40	40	40	40	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

VI. SWS Entsorgung GmbH

Branchen und Markteinschätzung

Der Wettbewerb in der Entsorgung wird sich weiter verstärken. Die massiven Preiseinbrüche an den Rohstoffmärkten haben im Jahr 2009 bei vielen Entsorgungsunternehmen deutliche Auswirkungen, die auch in den Folgejahren nachwirken werden.

Nach wie vor ist es in der Branche üblich, bei Ausschreibungen mit nicht auskömmlichen Dumpingpreisen zu agieren. Als positiver Faktor dürfte sich aber hier zumindest für die Zukunft der vom Gesetzgeber eingeführte Mindestlohn bemerkbar machen.

Die Inbetriebnahme weiterer Anlagen für die Ersatzbrennstoffproduktion und Müllverbrennungsanlagen wird den Kampf um die Abfälle noch weiter verschärfen und Einfluss auf die Marktpreise haben.

Wesentlichen Einfluß auf die gesamte Entsorgungsbranche wird die Novellierung des bestehenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes haben. Derzeit liegt beim BMU dazu ein Arbeitsentwurf vor, der für die entsprechenden Gremien, b.B. den BDE, als Diskussionsgrundlage dient.

Im Marktgebiet der SWS Entsorgung GmbH sind einige weitere Wettbewerber aktiv, z.B. Veolia, Alba und weitere kleinere Unternehmen.

Ziel der SWS Entsorgung GmbH ist es als Komplettanbieter seine Marktanteile zu halten bzw. weiter auszubauen. Grundlage dafür sind umfassender Service, gute Qualität und angemessene Preise.

1. 1. Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen

Die Planung 2011 orientiert sich an den Ergebnissen von 2009 und der Hochrechnung 2010.

Es wird davon ausgegangen, dass alle Entsorgungssparten weiter bedient werden.

Die Abfallmengen 2011 wurden nach den Vorjahresmengen unter Berücksichtigung erkennbarer Tendenzen eingeschätzt. Die Erlöse aus den Vertragsgebieten Stralsund und Greifswald werden auf dem Vorjahresniveau liegen. Das Sammeln von Wertstoffen wird im Planjahr wieder zu positiven Ergebnissen führen, nachdem sich die Rohstoffpreis wieder etwas erholt haben. Die Vergütung von PPK wurde mit 60 €/t angesetzt.

Die sonstigen Erträge aus der Verpachtung der EBS-Anlage ergeben sich aus der maximalen Marge von 250 T€/a.

Insgesamt rechnet die Gesellschaft mit Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen von 10.302 T€ (Vorjahr 10.128 T€).

Der geplante Materialaufwand von 5.146 T€ (Vorjahr 5.115 T€) berücksichtigt die erwarteten Abfallmengen analog der Erlösseite und leicht steigende Preise für Treibstoff und Verbrauchsmaterial.

Die Personalkosten mit 2.103 T€ (Vorjahr 2.080 T€) berücksichtigen die Einarbeitungszeiten neuer gewerblicher Mitarbeiter. Im Planjahr werden mehrere langjährig Beschäftigte aus alters- oder gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand gehen.

Die Abschreibungen bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 794 T€ (Vorjahr 675 T€) sind den realen Kosten der Vorjahre angepasst und berücksichtigen die Leasingrate für 3 in 2010 angeschaffte Neufahrzeuge.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag mit 60 T€ enthalten die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für die Ausgleichszahlung an den Gesellschafter Nehlsen.

1.2. Entwicklung Jahresergebnisse

Auf Grundlage der unterstellten Annahmen rechnet die Gesellschaft im Planjahr mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 839 T€ (Vorjahr 832 T€). Unter Berücksichtigung des Ergebnisabführungsvertrages und der kalkulierten Besteuerung ergibt sich eine Gewinnabführung in Höhe von 762 T€. Der Anteil des Gesellschafters Nehlsen beträgt 258 T€. Auch in den Folgejahren ist mit Jahresüberschüssen auf ähnlichem Niveau zu rechnen.

1. 3. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/ Finanzmittelfehlbeträge

Die Gesellschaft hat einen soliden Finanzmittelbestand. Allerdings wird er in den Folgejahren um ca. 120 T€ zum gegenwärtigen Stand abnehmen, da der Mittelzufluß aus der Geschäftstätigkeit den Abfluß für Investitionen nicht vollständig decken kann.

1. 4. Entwicklung der Investitionen und Kredite

Für das Planjahr sind Investitionen für Behältertechnik und sonstige BGA in Höhe von 35 T€ vorgesehen und 70 T€ für Umbauten an Betriebsgebäuden und Sanitäreinrichtungen.. Auch in den folgenden Geschäftsjahren sind aus heutiger Sicht keine größeren Investitionen geplant.

Kreditaufnahmen sind nicht geplant. Die bestehenden Darlehen werden wie geplant getilgt. Der Finanzbedarf für die Gewinnausschüttung, die Investitionen und die Tilgung der Kredite erfolgt aus dem Cash.

1. 8. Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Bei der Höhe des Eigenkapitales sind keine Änderungen geplant.

Es ist keine Veränderung geplant. Der Kapitalrücklage geplant.

1. 12. Fünfjahresausblick / Risikobewertung

Durch die bestehenden, langfristigen Aufträge mit den Hauptauftraggebern und dem Betriebsführer/Pächter der EBS-Anlage sind im Fünfjahreszeitraum keine wesentlichen Änderungen bei den Umsätzen und Erträgen zu erwarten.

Der DSD Vertrag für die LVP – Erfassung läuft bis zum Jahresende 2014.

Dem zunehmenden Kostendruck kann durch weitere Kostenoptimierung begegnet werden sowie durch Schöpfung von Synergien bei der Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Mitgesellschafter Nehlsen. Insbesondere ist hier die Zusammenarbeit mit dem Vertrieb der einzelnen Nehlsen-Niederlassungen in Mecklenburg-Vorpommern gemeint. Ein kalkulierbares Risiko ist der nach wie vor anhaltende Bevölkerungsrückgang in der Hansestadt Stralsund. Die SWS Entsorgungs GmbH wird sich wie in der Vergangenheit diesem Umstand anpassen müssen.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Entsorgung GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
die Gesellschafterversammlung ²⁾

durch Beschluss vom 10.09.2010 den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR⁴⁾10.301,59.537,7763,80,0

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit

1.766,2-105,0-1.725,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,00,0500,04. Die Stellenübersicht weist 68 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

103,0103,0103,0Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Klingenberg

Stralsund, den 30.08.2010

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

1) Nichtzutreffendes streichen

2) beschließendes Organ

3) nur, wenn Genehmigung erforderlich

4) Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Entsorgung GmbH**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	9.114,2	8.246,7	8.501,6	8.490,0	8.485,0	8.500,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	13,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.182,8	1.881,2	1.799,9	1.765,0	1.755,0	1.760,0
5.	Materialaufwand	5.853,0	5.115,4	5.146,1	5.150,0	5.157,0	5.195,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	831,0	475,0	568,5	525,0	517,0	520,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.022,0	4.640,4	4.577,6	4.625,0	4.640,0	4.675,0
6.	Personalaufwand	2.107,0	2.080,4	2.103,4	2.085,0	2.085,0	2.085,0
	a) Löhne und Gehälter	1.735,8	1.702,1	1.721,1	1.710,0	1.710,0	1.710,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	371,2	378,3	382,3	375,0	375,0	375,0
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	998,3	1.004,2	1.002,2	1.000,0	995,0	995,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	998,3	1.004,2	1.002,2	1.000,0	995,0	995,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	775,0	675,4	794,4	775,0	775,0	775,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	11,4	6,6	4,8	10,0	12,0	15,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	475,4	427,1	420,8	415,0	395,0	375,0
	- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.113,1	832,0	839,4	840,0	845,0	850,0
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	60,9	60,0	60,0	65,0	70,0	75,0
22.	Sonstige Steuern	16,4	14,2	15,6	15,0	15,0	15,0
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	1.035,8	757,8	763,8	760,0	760,0	760,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	763,8	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Stadtwerke Stralsund	51	506
2.	Nehlsen GmbH & Co. KG	49	258
3.			
4.			
5.			
6.			

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Entsorgung GmbH

	Bezeichnung	-in TEUR-					
		Ist 2009 (Vorvorjahr)	Plan 2010 (Vorjahr)	Plan 2011 (Planjahr)	Plan 2012 (1. Folgejahr)	Plan 2013 (2. Folgejahr)	Plan 2014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.035,7	758,0	764,0	760,0	760,0	760,0
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	998,3	1.004,3	1.002,2	1.000,0	995,0	995,0
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-37,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5	Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	68,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-60,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-56,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.949,1	1.762,3	1.766,2	1.760,0	1.755,0	1.755,0
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	85,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.134,0	-60,0	-105,0	-75,0	-75,0	-75,0
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.049,0	-60,0	-105,0	-75,0	-75,0	-75,0
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-1.035,8	-757,8	-764,0	-760,0	-760,0	-760,0
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	1.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-957,0	-961,0	-961,0	-965,0	-969,0	-973,0
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-992,8	-1.718,8	-1.725,0	-1.725,0	-1.729,0	-1.733,0
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 28)	-92,7	-16,5	-63,8	-40,0	-49,0	-53,0
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.424,0	1.331,3	1.314,8	1.251,0	1.211,0	1.162,0
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.331,3	1.314,8	1.251,0	1.211,0	1.162,0	1.109,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Entsorgung GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich Hoheitliche Müllentsorgung im öffentl. Auftrag**

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014
1. Umsatzerlöse	4.651,6	4.275,7	4.329,5	4.310,0	4.315,0	4.320,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	21,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Materialaufwand	2.492,0	2.305,8	2.195,0	2.226,5	2.236,0	2.240,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	170,3	315,5	205,0	225,0	227,5	230,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.321,7	1.990,3	1.990,0	2.001,5	2.008,5	2.010,0
6. Personalaufwand	932,4	1.182,1	1.084,0	1.105,0	1.105,0	1.105,0
a) Löhne und Gehälter	782,1	923,7	885,0	900,0	900,0	900,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	150,3	258,4	199,0	205,0	205,0	205,0
- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf	116,5	116,3	116,0	115,0	114,0	113,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	116,5	116,3	116,0	115,0	114,0	113,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	646,0	480,3	627,4	625,0	625,0	625,0
10. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	20,4	0,0	0,0	0,0	0,0
davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	486,4	170,8	307,1	238,5	235,0	237,0
16. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	60,9	28,9	35,0	30,0	31,0	32,0
22. Sonstige Steuern	3,6	7,2	4,7	8,0	9,0	10,0
23. Jahresgewinn/Jahresverlust	421,9	134,7	267,4	200,5	195,0	195,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Entsorgung GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich gewerbliche Müllentsorgung**

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	4.462,6	3.971,0	4.172,1	4.180,0	4.170,0	4.180,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	13,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.161,1	1.881,2	1.799,9	1.765,0	1.755,0	1.760,0
5. Materialaufwand	3.361,0	2.809,6	2.951,1	2.923,5	2.921,0	2.955,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	660,7	352,1	363,5	300,0	289,5	290,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.700,3	2.457,5	2.587,6	2.623,5	2.631,5	2.665,0
6. Personalaufwand	1.174,6	898,3	1.019,4	980,0	980,0	980,0
a) Löhne und Gehälter	953,7	735,0	836,1	810,0	810,0	810,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	220,9	163,3	183,3	170,0	170,0	170,0
- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf	881,8	887,9	886,2	885,0	881,0	882,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	881,8	887,9	886,2	885,0	881,0	882,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	129,0	195,1	167,0	150,0	150,0	150,0
10. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	6,6	4,8	10,0	12,0	15,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	475,4	406,7	420,8	415,0	395,0	375,0
davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	601,9	661,2	532,3	601,5	610,0	613,0
16. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	28,4	25,0	35,0	39,0	43,0
22. Sonstige Steuern	12,8	9,7	10,9	7,0	6,0	5,0
23. Jahresgewinn/Jahresverlust	589,1	623,1	496,4	559,5	565,0	565,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Entsorgung GmbH**Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen**

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden.

entfällt

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1	0	0	0	0	0
von Bereich 2	0	0	0	0	0
von Bereich 3	0	0	0	0	0
von Bereich 4	0	0	0	0	0
gesamt:	0	0	0	0	0

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Entsorgung GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
		3	3	4	4	5	5	
1	1 Entsorger	5	1	8	1	10	1	6
		10	4	9	4	9	4	
		23	5	24	5	22	5	
		2	6	2	6	2	6	
	2 Instandsetzungs	1	1	2	1	2	1	
		1	5	1	5	1	5	
		1	6	1	6	1	6	
		2	7	3	7	3	7	
		2	8	1	8	1	8	
	3 Angestellte	4	5	4	5	5	5	
		6	8	6	8	6	8	
		1	10	1	10	1	10	
	4 Betriebsleiterin	1		1		1		
	5 AZUBI	6		5		6		
	6 Geschäftsführer	2		2		2		
insgesamt		67		70		72		

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Entsorgung GmbH

entfällt

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 2010	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0	0	0	0	0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0	0	0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Entsorgungs GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Ersatzinvestitionen Gebäude und Aussenanlagen							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	60	6	54	0	0	0	0
<i>davon Grundstücke</i>				0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	60	6	54	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	60	6	54	0	0	0	0
<i>Nachrichtlich</i>							
<i>veranschlagte VE</i>							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-60	-6	-54	0	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Entsorgungs GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Ersatzinvestitionen Behälter und sonstige BGA							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	175	0	35	35	35	35	35
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	175	0	35	35	35	35	35
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	175	0	35	35	35	35	35
<i>Nachrichtlich</i>							
<i>veranschlagte VE</i>	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-175	0	-35	-35	-35	-35	-35

VII. SWS Seehafen GmbH

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

1.1.1. Umsatz

<u>Vorjahr</u>	<u>Plan-Vorjahr</u>	<u>Plan-Jahr 2011</u>
2.621 T€	3.268 T€	3.181T€

Grundlage für den Planansatz 2011 war die Negativentwicklung 2009, verursacht durch den massiven Einbruch des Welthandels, der auch die internationale Hafenwirtschaft erfasst hatte. Eine leichte Erholung des Marktes zeichnet sich zwar im I. Halbjahr 2010 ab, lässt aber keine genaue Markteinschätzung für die Folgejahre zu. Besonders im Bereich der werthaltigen Umschlaggüter, wie Bleche, Stahl und Schrott ist keine kurzfristige Markterholung in Sicht.

Der Zusammenbruch der Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigprodukten dokumentiert sich mehr als deutlich in den Umschlagsergebnissen der deutschen Seehafenbetriebe, besteht doch gerade die originäre Aufgabe der Häfen in der Erbringung logistischer Dienstleistungen im Beschaffungs- und Versandprozess der industriellen Produktion.

Die Planung der Umschlagentwicklung im Seehafen Stralsund für das Jahr 2011 ist mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet, da kaum eines der mit dem Hafen kooperierenden Unternehmen bereit war oder in der Lage ist, einigermaßen verbindliche Zahlen zur künftigen Geschäftsentwicklung zu benennen.

Auf dem Gebiet des **Agrargüterumschlags** ist dies kein Novum, da bei den Gutarten Getreide, Ölsaaten und Düngemittel Ex- und Importe in Abhängigkeit von der Weltmarktsituation und der Nachfrage als Spotlieferungen gehandelt werden. Jährliche Schwankungen der Mengen sind daher nicht ungewöhnlich. Die Planung wird diesem Umstand mit den Zahlen gerecht, wobei der Agrarbereich als eines der Geschäftsfelder mit relativer Krisensicherheit einzuschätzen ist. Fallende Getreidepreise stehen zwar in engem Zusammenhang mit verminderten Exportaktivitäten, dennoch wird immer ein Grundbedarf der internationalen Ernährungswirtschaft zu decken sein. Kritisch zu betrachten sind die Entwicklungen der Marktanteile der in den Häfen des Landes agierenden Großhändler, insbesondere die Aktivitäten des Handelshauses Bohnhorst, das exklusiv über die eigenen Anlagen in Vierow umschlägt. Sollte Bohnhorst weitere Anteile zu Lasten der Getreide AG und der HaGe Nordland gewinnen, könnten Exportrückgänge bei Getreide auch in Stralsund die Folge sein.

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass die Kraftwerksgüter **Gips und Kalksteine** auch in 2011 erheblich zur Grundauslastung der Kaianlagen beitragen. Einerseits sprechen hierfür die vertraglich vereinbarten Mindestabnahmemengen von Gips zwischen Vattenfall und KNAUF als Hauptabnehmer und andererseits gibt es Signale, die Gips - Exporte Richtung Skandinavien sukzessive auszubauen (z.B. Finnland). Unsicherheiten bestehen jedoch auch hier, wie das Jahr 2009 zeigt: die angekündigten Jahresmengen von über 400 kt lag zum Jahresende 2009 nur bei 300 kt .

Größtes Problemfeld und damit die größte Planungsunsicherheit besteht im **Metallsektor**. Dies betrifft sowohl Bleche und Profile, als auch die gesamte Altmetallbranche.

Es gibt zwar im I. Halbjahr 2010 eine leichte Entwicklung, kann aber noch zu keiner positiven Entwicklung beitragen.

Um ein Jahresüberschuss zu erwirtschaften werden andere Geschäftsfelder, wie Vermietung und Verpachtung, verstärkt genutzt.

1.1.2. Aufwendungen

	<u>Vorjahr</u>	<u>Plan-Vorjahr</u>	<u>Plan-Jahr 2011</u>
Materialaufwand	452 T€	555 T€	575 T€
Sonstige Aufwendungen	392 T€	459 T€	461 T€

Angepasst an die gegenwärtige Situation und der voraussichtlichen Umschlagentwicklung sind Materialaufwendungen und sonstige Aufwendungen. Somit wird der im Hafenbetrieb erwirtschaftete Überschuss (313 T€) den Fehlbetrag im Bereich Infrastruktur (/./233 T€) ausgleichen und ein Jahresüberschuss von 80 T€ erzielt.

1.2. Entwicklung des Jahresergebnisses

Jahresüberschuss: 80 T€

Im Wirtschaftsjahr 2011 wird ein Ergebnis vor Steuern und Zinsen in Höhe von 217 T€ (laufendes Jahr 169 T€) angesetzt.

Die **Gesamtkapitalrendite** vor Steuern und Zinsen beträgt somit **1,0 %**.

Die **Umsatzquote** wird mit **82,05 %** angesetzt.

1.3. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

Finanzmittelbestand am Anfang des Planjahres:	167 T€
Finanzmittelbestand am Ende des Planjahres:	190 T€
Überschuss:	23 T€

1.4. Entwicklung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

1.4.1. Bereich Hafenbetrieb

Die Investitionen im Bereich Hafenbetrieb werden sich entsprechend der 2011 abzeichnenden wirtschaftlichen Lage entwickeln. Sie werden für Umschlagtechnik mit den dafür abzeichnenden Umschlaggeschäften aufgenommen.

Die vorausschauende Planung sieht hier ein Investitionsvolumen von

2011	1.020 T€
2012	1.100 T€
2013	1.010 T€
2014	1.120 T€ vor.

Die Finanzierung erfolgt seitens des Hafens durch Aufnahme entsprechender Kredite bzw. Eigenmittel.

1.4.2. Entwicklung der Kredite für Investitionen

Die Kreditaufnahme für Investitionen wird wie folgt vorgenommen:

2011	1.000 T€
2012	1.000 T€
2013	1.000 T€
2014	1.000 T€

1.4.3. Entwicklung der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Die Zahlungsfähigkeit wird durch die im Cash-Poolvertrag mit den Stadtwerken eingeräumte Dispo-Kreditlinie von 405 T€ sichergestellt.

1.5. Entwicklung des Eigenkapitals und der Kapitalrücklage

1.5.1. Entwicklung des Eigenkapitals

Das wirtschaftliche Eigenkapital wird sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

2009: 14.123 T€ laufendes Jahr: 14.000 T€ Planjahr:13.490T€
(voraussichtlich)

1.5.2. Entwicklung der Kapitalrücklagen

- Keine Veränderung -

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr**

für die Unternehmensgruppe SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen Stralsund GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der
Kommunalverfassung hat die Gesellschafterversammlung ²⁾

durch Beschluss vom 01.09.2010 den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan	in TEUR ⁴⁾
- die Erträge	<u>3.879,0</u>
- die Aufwendungen	<u>3.799,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>80,0</u>
- der Jahresverlust	<u>0,0</u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>518,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-1.045,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>550,0</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>1.000,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>405,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist 43 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	<u>14.123,0</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>14.000,0</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>13.490,0</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Ostenberg

Stralsund, den 30.08.2010

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen²⁾ beschließendes Organ³⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich⁴⁾ Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen Stralsund GmbH**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (3. Folgejahr)	2013 (3. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	2.621,00	3.268,00	3.181,00	3.369,00	3.445,00	3.605,00
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.	Sonstige betriebliche Erträge	926,00	716,00	696,00	801,00	813,00	783,00
5.	Materialaufwand	452,00	555,00	575,00	567,00	590,00	597,00
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	261,00	289,00	273,00	295,00	310,00	312,00
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	191,00	266,00	302,00	272,00	280,00	285,00
6.	Personalaufwand	1.484,00	1.711,00	1.544,00	1.747,00	1.782,00	1.818,00
	a) Löhne und Gehälter	1.204,00	1.389,00	1.267,00	1.417,00	1.445,00	1.474,00
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	280,00	322,00	277,00	330,00	337,00	344,00
	- davon für Altersversorgung	25,00	52,00	25,00	30,00	32,00	35,00
7.	Abschreibungen auf	1.169,00	1.090,00	1.080,00	1.125,00	1.140,00	1.218,00
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.169,00	1.090,00	1.080,00	1.125,00	1.140,00	1.218,00
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	1.169,00	1.090,00	1.080,00	1.125,00	1.140,00	1.218,00
	- davon nach § 254 HGB				0,00	0,00	0,00
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- davon nach § 254 HGB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8.	Konzessionsabgabe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	392,00	459,00	461,00	480,00	490,00	494,00
10.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	152,00	148,00	116,00	150,00	155,00	160,00
	- davon an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-102,00	23,00	103,00	103,00	103,00	103,00

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(3. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	Sonstige Steuern	26,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-128,00	0,00	80,00	80,00	80,00	80,00

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesell-schafts-anteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	100,00	80,00
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens: SWS Seehafen Stralsund GmbH

SWS Seehafen Stralsund GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2.009 (Vorvorjahr)	2.010 (Vorjahr)	2.011 (Planjahr)	2.012 (1. Folgejahr)	2.013 (2. Folgejahr)	2.014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	- 128	-	80	80	80	80
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.169	1.090	1.080	1.125	1.140	1.218
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	- 599	- 590	- 582	- 574	- 568	- 565
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 204	-	-	-	-	-
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-	-	-	-	-	-
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	46	60	80	80	90	90
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 34	50	50	60	60	60
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 36	20	30	20	35	30
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	-	-	-	-	-	-
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	214	470	518	591	587	673
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	231	-	-	-	-	-
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 44	- 1.100	- 1.000	- 1.000	- 1.000	- 1.100
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	-	20	100	10	20
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 24	-	25	30	35	35
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	-	-	-	-	-	-
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	-	-	-	-	-	-
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	163	1.100	1.045	1.130	1.045	1.155
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	-	-	-	-
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-	-	80	80	80	80
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	- 357	- 362	- 370	- 380	- 410	- 415
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	- 357	638	550	540	510	505
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	20	8	23	1	52	23
30	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	-	-	-	-	-	-
31	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	129	159	167	190	191	243
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	149	167	190	191	243	266

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen Stralsund GmbH**Bereichserfolgsplan****Betriebsbereich Hafенbetrieb, 1**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	2.312	2.985	2.871	3.039	3.115	3.265
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-	-	-	-	-	-
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-
4.	Sonstige betriebliche Erträge	171	189	141	192	196	198
5.	Materialaufwand	344	459	479	468	487	493
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	214	243	227	248	260	262
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	130	216	252	220	227	231
6.	Personalaufwand	1.337	1.585	1.402	1.614	1.646	1.679
	a) Löhne und Gehälter	1.081	1.281	1.147	1.304	1.329	1.356
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	256	304	255	310	317	323
	- davon für Altersversorgung	24	52	52	55	55	60
7.	Abschreibungen auf	433	370	360	382	388	398
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	433	370	360	382	388	398
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	433	370	360	382	388	398
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
8.	Konzessionsabgabe	-	-	-	-	-	-
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	351	405	416	422	431	435
10.	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	-	2	2	2	2	2
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	2	2	2	2	2
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-	-
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78	44	41	66	68	70
	davon an verbundene Unternehmen	-	-	-	-	-	-
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 60	313	316	281	293	390
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	-	-	-	-	-	-
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-	-	-	-
18.	Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-	-
19.	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
20.	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-	-	-
22.	Sonstige Steuern	2	3	3	3	3	3
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	- 62	310	313	278	290	387

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen Stralsund GmbH**Bereichserfolgsplan****Betriebsbereich Infrastruktur , 2**

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	309	283	310	330	330	340
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-	-	-	-	-	-
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-
4.	Sonstige betriebliche Erträge	755	527	555	609	617	585
5.	Materialaufwand	108	96	96	99	103	104
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	48	46	46	47	50	50
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	60	50	50	52	53	54
6.	Personalaufwand	147	126	142	133	136	139
	a) Löhne und Gehälter	123	108	120	113	116	118
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung	24	18	22	20	20	21
7.	Abschreibungen auf	736	720	720	743	752	820
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	736	720	720	743	752	820
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	736	720	720	743	752	820
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
8.	Konzessionsabgabe	-	-	-	-	-	-
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	41	54	45	58	59	59
10.	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-	-
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	74	104	75	84	87	90
	davon an verbundene Unternehmen	-	-	-	-	-	-
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 42	- 290	- 213	- 178	- 190	- 287
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	-	-	-	-	-	-
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-	-	-	-
18.	Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-	-
19.	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
20.	Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-
21.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-	-	-	-
22.	Sonstige Steuern	24	20	20	20	20	20
23.	Jahresgewinn/Jahresverlust	- 66	- 310	- 233	- 198	- 210	- 307

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	gesamt:
von Bereich 1	313,0	313,0	313,0
von Bereich 2	0,0	0,0	0,0
gesamt:			313,0

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Seehafen Stralsund GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1.	Geschäftsführer	1	1	1	1 AT
2.	kaufm. Ltrn	1	1	1	1 AT
3.	Ltr. Technik	1	1	1	1 AT
4.	Ltr. Hafенbetrieb	1	1	1	1 AT
5.	Ltr. Marketing/Vertrieb	1	1	1	1 AT
6.	Ltr. Hafенverwaltung/Infrastruktur	1	1	1	1 AT
7.	Mitarbeiter Hafенbetrieb	2	2	2	2 AT
8.	Mitarbeiter Hafentechnik	4	4	4	3 AT/1 Tarif I-VI-1
9.	Bearbeiter	1	1	1	1 AT
10.	Sachbearbeiter	2	3	2	2 K3
11.	Sekretärin	1	1	1	1 K3
12.	Meister	2	2	2	2 1 AT/1 T-4
13.	Kranfahrer	14	13	14	1 I-VI/2/ 8 I-VI/1/4 AT
14.	Hafенarbeiter m. handwerl. Qualifikation	4	4	4	3 AT/ 1 I-VI/2
15.	Hafенarbeiter	3	3	3	2 AT/ 1 I-VI/1
16.	Wäger	1	1	1	1 I-VI/1
17.	Auszubildender	3	2	2	2
insgesamt		43	42	42	

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Seehafen GmbH

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

- entfällt -

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2011	2012	2013	2014	2015 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2010	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 2011	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0	0	0	0	0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0	0	0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Seehafen Stralsund GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Umschlagstechnik							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	4370	0	1045	1130	1040	1155	0
Summe Einzahlungen	4370	0	1045	1130	1040	1155	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	4250	0	1020	1100	1010	1120	0
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	3300	0	800	800	800	900	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	950	0	220	300	210	220	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	120	0	25	30	30	35	0
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen	4370	0	1045	1130	1040	1155	0
<i>Nachrichtlich</i>							
<i>veranschlagte VE</i>							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

VIII. SWS Nahverkehr GmbH

1.0. Vorbericht

Die Hansestadt Stralsund hat für den Zeitraum vom 01.01.2007 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016 die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH mit der Erbringung von fahrplanmäßig festgelegten Verkehrsangeboten zur Bedienung der Allgemeinheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf der Grundlage der Definitionen in den EU-Richtlinien, betraut. Die SWS erfüllt damit eine im allgemeinen Interesse liegende Aufgabe mit der Zielsetzung, die Bedienung der Bevölkerung im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund mit Verkehrsleistungen im ÖPNV zu sichern, zu erweitern und zu verbessern und den Verkehr wirtschaftlich zu gestalten.

Die SWS bedient sich für die Erfüllung der Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes der SWS Nahverkehr GmbH, über die sie direkten Einfluss über den Organvertrag ausübt.

Die Betrauung erstreckt sich auf die Tätigkeiten der SWS, die diese im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Hansestadt Stralsund auf der Grundlage des Personenbeförderungsrechtes erbringt bzw. erbringen lässt. Dies schließt alle im Vertragsgebiet zu erbringenden Linienverkehre im öffentlichen Straßenpersonenverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG, die unter die Aufgabenträgerschaft der Hansestadt Stralsund fallen, mit ein.

Grundlage für die Betrauung ist unter anderem der Restrukturierungsplan 2007 bis 2011 der SWS Nahverkehr GmbH. Zentrales Ziel ist die Verbesserung des Ergebnisses auf ein Niveau eines „durchschnittlich gut geführten Unternehmens“ mit der Fähigkeit, Gewinne zu erwirtschaften.

1.1. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

Umsätze und Erträge

Die Umsatzerlöse für 2011 enthalten 2.750 TEUR Umsätze aus Fahrkartenverkauf. Dieser Planansatz ist aufgrund der Änderung der Tarifstruktur und der Fahrpreise seit dem 1. Dezember 2009, sowie durch zunehmende Fahrgastzahlen, realistisch. Die sonstigen Umsätze und sonstigen betrieblichen Erträge enthalten mit 224 TEUR Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Straßenpersonenverkehr nach der Ausgleichsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 140 TEUR für die Erstattung von Fahrgeldausfällen nach dem Sozialgesetzbuch für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr, 580 TEUR für Zahlungen nach dem Finanzausgleichsgesetz sowie 1.088 TEUR andere Umsätze und sonstige betriebliche Erträge. Für die Berechnung der Fahrgelderstattung nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches Neuntes Buch-, Kapitel 13 § 145 wurde ein betriebsindividueller Vomhundertsatz anerkannt. Das Testat der WIBERA AG, welches einen betriebsindividuellen Wert i.H.v. 7,91 % beinhaltet, gilt für die Jahre 2008 bis 2010. In 2011 muss der Schwerbehindertenquotient neu geprüft und testiert werden.

Materialaufwand

Für den Materialaufwand werden 1.337 TEUR benötigt. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen 1.202 TEUR, davon unter anderem 1.000 TEUR für Dieselkraftstoff und 82 TEUR für Strom-, Gas- und Wasserbezug und Niederschlagswassergebühr. 40 Prozent des Aufwandes für Kraftstoff betreffen den Bereich Fremdleistung. In den bezogenen Leistungen sind 75 TEUR für die alternative Bedienform -Anruf-Sammel-Taxi- vorgesehen.

Personalaufwendungen

Die Personalkostenplanung ergibt sich aus dem Stellenplan für das Jahr 2011. Die SWS Nahverkehr GmbH plant mit 81 Stellen. Mit 3 Mitarbeitern bestehen Altersteilzeitvereinbarungen, die im Zeitraum 2011 bis 2013 enden. Das Unternehmen hat das Ziel, die Tarifvereinbarung zur Altersteilzeitregelung in Abhängigkeit von der Gesamtkosteninanspruchnahme weiterzuführen. Lohnerhöhungen lt. Tarifvertrag sind zum 1. Januar 2011 und zum 1. August 2011 eingeplant. In 2010 wurden 7 befristete Arbeitsverträge für Busfahrer abgeschlossen. Mit 3 Mitarbeitern, die erwerbsunfähig bzw. altersbedingt verrentet sind, besteht eine Vereinbarung über geringfügige Beschäftigung. Die praktische Qualifizierung von einem kaufmännisch Auszubildenden wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages mit der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH weitergeführt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen wurden auf der Grundlage der Afa – Vorschau für bereits aktivierte Sachanlagen aus dem DV-System ermittelt. Hinzu kommen Abschreibungen für Investitionen in 2011 zur Weiterführung des Fahrgastinformationssystems in Verbindung mit der Veränderung des Vertriebssystems und für die geplante Ersatzinvestition von zwei Omnibussen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 602 T€. Davon entfallen unter anderem 175 TEUR auf die Mietzahlungen für den Betriebshof und 74 TEUR auf Versicherungen.

1.2. Entwicklung der Jahresergebnisse und Rentabilitäten

Die betriebs- und finanzwirtschaftliche Lage des Unternehmens wird von intensiven Bemühungen geprägt, durch Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Der Kostendeckungsgrad ist verbessert worden. In 2011 wird mit 80,8 % gerechnet. (Bundesdurchschnitt der Unternehmen des VDV 2008 Ost = 70,0 %, West = 77,6 %). Damit werden die Maßnahmen der Betrauungsregelung, die seit dem 1. Januar 2007 gilt, voll erfüllt. Das Dienstleistungsangebot wird den aktuellen Erfordernissen zweimal jährlich durch einen Sommer- und Winterfahrplan angepasst. Die Ergebnisplanung 2011 ist auf Basis der Trends der vergangenen Jahre wie, gestiegenen Preisen für Dieselmotorkraftstoff und der sonstigen Energiekosten, diversen Absenkungen von Ausgleichszahlungen und Zuschüssen und anderen ökonomischen Zwängen, wie Verbesserung von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Produktivität, erfolgt.

Die Gesellschaft rechnet mit einem Ergebnis vor Steuern von – 1.132 TEUR.

Auf der Grundlage des Organschaftsvertrages erfolgt die Verlustübernahme von 1.134 TEUR nach Steuern durch die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

1.3. Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse / Finanzmittelfehlbeträge

Das Unternehmen finanziert sich aus den Erlösen und den Abgeltungsleistungen nach § 148 SGB IX und den Ausgleichszahlungen lt. AusglVO M-V. Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH gleicht den Zuschussbedarf im Rahmen der Querverbundsfinanzierung im Auftrag der Hansestadt aus. Unterjährig werden Abschläge auf den voraussichtlichen Jahreszuschuss gezahlt. Die Steuerung der Liquidität durch den Cashpool der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH hat sich bewährt.

1.4. Entwicklung der Investitionen und der dafür benötigten Kredite

In 2011 sind Investitionen in Höhe von 779 T€ geplant. Sie beinhalten Ersatzinvestitionen für jeweils einen Gelenk- und Standardomnibus einschließlich der Ausrüstung mit Anzeigen-, Video- und Zähltechnik sowie die Ausstattung des gesamten Fuhrparks mit Videotechnik. Für 2011 ist die Fortführung der Erneuerung des Vertriebssystems und des rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) geplant. Finanziert werden die Maßnahmen durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 300 T€ sowie durch die Bereitstellung von GVFG-Mitteln und Mitteln aus Zuwendungen für Investitionen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Fördermittel nach GVFG für Fahrzeuginvestition wurden für die Jahre 2010 bis 2013 beantragt und in Höhe von 874 T€ genehmigt. Damit ist in den Folgejahren der kontinuierliche Ersatz von zwei KOM-Fahrzeugen jährlich gewährleistet.

1.5. Entwicklung des Eigenkapitales und der Kapitalrücklage

Das gezeichnete Kapital entspricht dem Stammkapital gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 28. November 2007 wurde eine Kapitalerhöhung von 35,41 € durchgeführt. Das gezeichnete Kapital beträgt 25,6 T€.

Das Eigenkapital beträgt 589,8 T€. In den Folgejahren ist keine Veränderung vorgesehen.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Stralsund****Zusammenstellung für das Jahr**

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbHGemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der
Kommunalverfassung hat die Gesellschafterversammlung ²⁾durch Beschluss vom 09.09.2010 den Wirtschaftsplanfür das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

	in TEUR ⁴⁾
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>5.916,0</u>
- die Aufwendungen	<u>5.916,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>0,0</u>
- der Jahresverlust	<u>0,0</u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-670,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-388,8</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>1.064,0</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>300,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>400,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist <u>80,5</u> Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	<u>589,8</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>589,8</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>589,8</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:gez. Vollert

Stralsund, 2. August 2010

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen²⁾ beschließendes Organ³⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich⁴⁾ Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	3.546,0	3.615,0	3.788,0	3.808,0	3.814,0	3.814,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.059,9	961,3	994,0	1.007,0	1.037,0	1.032,0
5.	Materialaufwand	1.176,4	1.278,0	1.337,0	1.340,0	1.363,0	1.357,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.033,9	1.143,0	1.202,0	1.204,0	1.223,0	1.217,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	142,5	135,0	135,0	136,0	140,0	140,0
6.	Personalaufwand	3.177,9	3.100,0	3.100,0	3.090,0	3.090,0	3.090,0
	a) Löhne und Gehälter	2.567,5	2.485,0	2.485,0	2.475,0	2.475,0	2.475,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	610,4	615,0	615,0	615,0	615,0	615,0
	- davon für Altersversorgung	98,5	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
7.	Abschreibungen auf	663,7	670,0	770,0	810,0	830,0	840,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	663,7	670,0	770,0	810,0	830,0	840,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	687,4	573,9	602,0	602,0	600,0	594,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	99,3	102,4	105,0	105,0	100,0	97,0
	- davon an verbundene Unternehmen	0,4	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.198,1	-1.148,0	-1.132,0	-1.132,0	-1.132,0	-1.132,0
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	1.199,4	1.150,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22.	Sonstige Steuern	1,3	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
23.	Jahresgewinn / Jahresverlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0,0
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	0,0
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	0,0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	0,0
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0,0		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	100	0
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH

	Bezeichnung	-in TEUR-					
		Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-1.199,0	-1.150,0	-1.134,0	-1.134,0	-1.134,0	-1.134,0
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	664,0	670,0	770,0	810,0	830,0	840,0
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-281,0	-315,0	-335,0	-360,0	-390,0	-395,0
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-28,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	97,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-43,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-87,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-877,0	-766,0	-670,0	-655,0	-665,0	-660,0
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	55,0	20,0	20,0	20,0	20,0	10,0
12	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-256,0	-1.324,6	-779,1	-554,4	-689,5	-477,0
14	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	34,0	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-44,0	-22,0	-39,6	-18,0	-7,8	0,0
17	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	94,0	773,8	409,9	236,6	280,4	27,8
20	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-117,0	-508,8	-388,8	-315,8	-396,9	-439,2
24	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
26	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	120,0	457,0	300,0	300,0	400,0	430,0
27	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-355,0	-356,0	-370,0	-430,0	-440,0	-460,0
28	Einzahlung aus dem Verlustausgleich durch Gesellschafter	1.249,0	1.150,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0
29	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.014,0	1.251,0	1.064,0	1.004,0	1.094,0	1.104,0
30	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 29)	20,0	-23,8	5,2	33,2	32,1	4,8
31	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
32	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	84,0	104,0	80,2	85,4	118,6	150,7
33	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	104,0	80,2	85,4	118,6	150,7	155,5

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich Fahrbetrieb/ Vertrieb**

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	383,1	315,0	380,0	380,0	380,0	380,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	368,7	350,0	370,0	400,0	430,0	420,0
5. Materialaufwand	1.024,7	1.103,0	1.180,0	1.180,0	1.180,0	1.180,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	941,0	1.053,0	1.100,0	1.100,0	1.100,0	1.100,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	83,7	50,0	80,0	80,0	80,0	80,0
6. Personalaufwand	2.716,2	2.635,0	2.635,0	2.625,0	2.625,0	2.625,0
a) Löhne und Gehälter	2.153,4	2.120,0	2.120,0	2.110,0	2.110,0	2.110,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	562,8	515,0	515,0	515,0	515,0	515,0
- davon für Altersversorgung	70,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
7. Abschreibungen auf	657,1	664,0	760,0	800,0	820,0	830,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	657,1	664,0	760,0	800,0	820,0	830,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	210,0	150,0	200,0	200,0	200,0	200,0
10. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Zinsen und ähnliche Erträge	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	98,9	98,0	100,0	100,0	95,0	92,0
davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.955,0	-3.985,0	-4.125,0	-4.125,0	-4.110,0	-4.127,0
16. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22. Sonstige Steuern	1,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
23. Jahresgewinn/Jahresverlust	-3.956,2	-3.987,0	-4.127,0	-4.127,0	-4.112,0	-4.129,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH**Bereichserfolgsplan****Bereich Regiebetrieb, Verwaltung, Management**

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	3.163,0	3.300,0	3.408,0	3.428,0	3.434,0	3.434,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	691,2	611,3	624,0	607,0	607,0	612,0
5. Materialaufwand	151,7	175,0	157,0	160,0	167,0	177,0
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	91,4	90,0	102,0	104,0	107,0	112,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	60,3	85,0	55,0	56,0	60,0	65,0
6. Personalaufwand	461,7	465,0	465,0	465,0	465,0	465,0
a) Löhne und Gehälter	376,5	365,0	365,0	365,0	365,0	365,0
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	85,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
- davon für Altersversorgung	28,7	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7. Abschreibungen auf	6,6	6,0	10,0	10,0	10,0	10,0
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6,6	6,0	10,0	10,0	10,0	10,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	477,3	423,9	402,0	402,0	416,0	394,0
10. Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12. Zinsen und ähnliche Erträge	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,4	4,4	5,0	5,0	5,0	5,0
davon an verbundene Unternehmen	1,1	4,4	5,0	5,0	5,0	5,0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.757,0	2.837,0	2.993,0	2.993,0	2.978,0	2.995,0
16. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	1.199,4	1.150,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0	1.134,0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22. Sonstige Steuern	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23. Jahresgewinn/Jahresverlust	3.956,2	3.987,0	4.127,0	4.127,0	4.112,0	4.129,0

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Nahverkehr GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Bereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	von Bereich Fahrbetrieb/ Vertrieb	von Bereich Verwaltung, Management	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich Fahrbetrieb/ Vertrieb	0,0	-4.127,0	0,0	0,0	-4.127,0
von Bereich Verwaltung, Management	4.127,0	0,0	0,0	0,0	4.127,0
von Bereich 3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
von Bereich 4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
gesamt:	4.127,0	-4.127,0	0,0	0,0	0,0

Stellenübersicht

für die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
1	2	3		4	5		6
1	BE Management						
	GB Management						
	Geschäftsführung	1	AT	1	1	AT	
	Managementassistentin	1	IVb	1	1	IVb	
	REWE/Debi/Kredi	1	Vb	1	1	Vb	
	REWE/Fibu/Statistik	1	Vc	1	1	Vc	
	REWE/MW	1	VIb	1	1	VIb	
	Fahrplan	1	Vb	1	1	Vb	
	Auszubildende (überbetrieblich)	1		2	1		
	GB Vertrieb						
	REWE Kasse	1	Vc	1	1	Vc	
2	BE Verkehr						
	GB Verkehr						
	Betriebsleiter	1	AT	1	1	AT	
	Einsatzleiter	3	Vc	3	2	Vc	1 x ATZ, befr. Verr.
	Kraftomnibusfahrer	62	F 4a	63	63	F 4a	2x Verkehrsaufsicht; 2 x ATZ ,
	GB Werkstatt						
	Werkstattleiter	1	III	1	1	III	
	Kfz-Mechanik	5	4 Lg 5a / 1 Lg 6a	5	5	4 Lg 5a / 1 Lg 6a	
	Kfz-Elektrik	1	Lg 5a	1	1	Lg 5a	
	Hausmeister	1	Lg 5a	1	1	Lg 5a	
	Auszubildende	0		0	0		
insgesamt:		81		82	81		

Name des Betriebes/Unternehmens:

SWS Nahverkehr GmbH**Übersicht****über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2010	2011	2012	2013	2014 ff.
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2010	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betriebes/Unternehmens:
SWS Nahverkehr GmbH

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme:							
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> 1 Solo, 1 Gelenk, Ausstattung KOM , RBL, sonstiges 1 Solo, 1 Gelenk, Ausstattung KOM , sonstiges 3 Solo, Ausstattung KOM , sonstiges 2 Solo, Ausstattung KOM , sonstiges 2 Solo, Ausstattung KOM, sonstiges </div>							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2011	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2012	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2013	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2014	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme 2015
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	1.758	774	410	237	281	28	28
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	2.545	551	369	318	409	449	449
Summe Einzahlungen	4.303	1.325	779	555	690	477	477
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	4.303	1.325	779	555	690	477	477
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	4.163	1.285	759	535	670	457	457
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	140	40	20	20	20	20	20
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0					
Sonstige Investitionsauszahlungen	4.303	1.325	779	555	690	477	477
Summe Auszahlungen							
<i>Nachrichtlich</i>	0			0	0	0	0
<i>veranschlagte VE</i>	0			0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
							0

VIII. Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibungen)
ALBA	Unternehmen der Entsorgungswirtschaft
AST	Anrufsammeltaxi
AT	außer Tarif
AVEU	Arbeitgeberverband der Versorgungs- und Energieunternehmen
AW	Abwasser
BAT	Bundesangestelltentarif
BHKW	Blockheizkraftwerk
BMTG	Bundesmanteltarif für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen
BnetzA	Bundesnetzagentur
DV	Datenverarbeitung
EBS	Ersatzbrennstoffe
EEG	Energieeinspeisegesetz
ERP	Enterprise Resource Planning (Software zur Unternehmensplanung – Buchhaltung)
Fa.	Firma
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechtes
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HAT	Haustarif
HEL	leichtes Heizöl
HGB	Handelsgesetzbuch
Hvt	Hauptverteiler
IT	Informationstechnologie
KWK	Kraft - Wärme – Kopplung
MBV	Müllbehandlungsanlage
MS - Netz	Mittelspannungsnetz
NEA	Norddeutsche Energieagentur mbH
NS - Netz	Niederspannungsnetz

NVS	Nahverkehr Stralsund GmbH
o.g.	oben genannte
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
REWA	Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
SEV	Stralsunder Energieversorgung GmbH
SHL	Stralsunder Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
StAUN	Staatliches Amt für Umwelt und Natur
SULO	SULO GmbH – Unternehmen Entsorgungswirtschaft
SWS	Stadtwerke Stralsund GmbH
SWSE	SWS Energie GmbH
SWSN	SWS Netze GmbH
SEG	SWS Stralsunder Entsorgungs GmbH
TW	Trinkwasser
Veolia	Veolia Environnement S.A. (französischer Umweltdienstleister)
VG	Vergütungsgruppe

Wirtschaftsplan 2011

der

**Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt
Stralsund gemeinnützige GmbH**

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

**zu TOP 4.2.3. GB 0158/2010 - Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund
GmbH - Wirtschaftsplan 2011**

Gast: Herr Behrndt

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zum Wirtschaftsplan 2011 der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund GmbH.

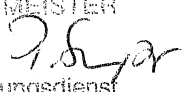
Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0158/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145



000120

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0158/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 14.09.2010
Datum der Sitzung: 09.12.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund GmbH -
Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Herr Rainer Behrndt · Sachbearbeiter

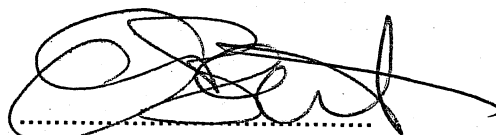
Die Vorlage wurde beraten mit _____ am _____

Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben _____ 29.09.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:



Dr. Badrow
Oberbürgermeister

000121

a) Problem

Gemäß § 73 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a der Kommunalverfassung M-V hat die Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt wird und der Wirtschaftsplan der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben wird. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft regelt in § 8 die Aufgaben der Gesellschafterversammlung. Dazu zählt gemäß Buchstabe h) die Genehmigung des durch den Geschäftsführer aufgestellten Wirtschaftsplanes und gemäß Buchstabe j, die Bestellung des Wirtschaftsprüfers. Der Wirtschaftsplan enthält die Festsetzung des Höchstbetrages aller Kredite zur Liquiditätssicherung auf 750.000 Euro.

Aufgrund der in § 71 Kommunalverfassung M-V gesetzlich festgelegten Weisungsgebundenheit des bevollmächtigten Vertreters der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund in der Gesellschafterversammlung bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wird die Bestätigung des Wirtschaftsplanes zur Beratung und Beschlussfassung die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund eingebracht.

b) Lösungsvorschlag

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird in Anwendung des § 71 Absatz 1 (Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen) der Kommunalverfassung M-V auf Empfehlung des Verwaltungsrates der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Beratung und Beschlussfassung übergeben. Geplant wird seitens der Geschäftsführerin im Planjahr sowie für die Folgejahre ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Auf den Haushaltsplan der Hansestadt Stralsund ergeben sich aus der Wirtschaftsplanung keine Auswirkungen.

d) Kosten

Auf den Haushaltsplan der Hansestadt Stralsund ergeben sich aus der Wirtschaftsplanung keine Auswirkungen.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 gemäß der Anlage zu beschließen. Die Geschäftsführerin wird beauftragt für und in den Folgejahren Maßnahmen für eine Ergebnisverbesserung vorzunehmen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: Oberbürgermeister

g) Anlage

Beschlüsse des Verwaltungsrates
Wirtschaftsplan für das Jahr 2011

Wohlfahrtseinrichtungen der
Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH

Verwaltungsrat

Beschluss

des Verwaltungsrates der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH (3. Sitzung vom 01. September 2010)

**Titel: Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterin, den
Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 der Wohlfahrtseinrichtungen
der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH mit den
protokollarisch aufgeführten Änderungen/Ergänzungen zu
bestätigen.**

Dieser Beschluss wurde von den anwesenden Verwaltungsratsmitgliedern mit
folgendem Abstimmungsergebnis gefasst:

Abstimmungsergebnis: 6 JA-Stimmen
0 NEIN-Stimmen
0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: WE-V-B-04/10

Stralsund, 01.09.2010

Ilse Bien
.....
Ilse Bien
Verwaltungsratsvorsitzende

000103



Stand: 25.08.2010

WIRTSCHAFTSPLAN

für das JAHR 2011

**Wohlfahrtseinrichtungen der
Hansestadt Stralsund
gemeinnützige GmbH**

1. Vorbericht
2. Zusammenstellung
3. Erfolgsplan
4. Bereichspläne (entfallen)
5. Finanzplan
6. Investitionsplan
7. Stellenübersicht
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Vorbericht

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH ist mit dem Ziel gegründet worden, das öffentliche Wohlfahrts- und Sozialwesen im weitesten Sinne zu fördern.

Gegenwärtig ist die umfassende soziale Betreuung von pflegebedürftigen Menschen die Hauptaufgabe.

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne der EST Richtlinien, Nr.8, Anlage 7.

Die Aufstellung des Erfolgsplanes erfolgte nach der für Pflegeeinrichtungen geltenden Pflegebuchführungsverordnung.

Ausgehend von der derzeitigen Belegung im Jahr 2010 liegt der Planung für das Jahr 2011 eine Kapazität von 480 Betten mit einer durchschnittlichen Auslastung von 98 % zugrunde.

„Am Mühlgraben“	120 Betten
„Rosa Luxemburg“	70 Betten
„Am Grünhain“	92 Betten
Seniorenhaus Brunnenau	98 Betten
„Am Stadtwald“	100 Betten

Im Jahr 2010 wurden für die Einrichtungen „Am Mühlgraben“ und „Am Grünhain“ neue Pflegesätze ausgehandelt, die auch für das Jahr 2011 Bestand haben. Für die Pflegeheime „Am Stadtwald“ und Seniorenhaus Brunnenau sowie für das neu eröffnete Pflegeheim „Am Grünhain“ wurden neue Investitionskosten mit dem Sozialministerium festgelegt.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen werden sich die Erträge im Jahr 2011 deutlich erhöhen.

Da die gesondert berechenbaren Investitionskosten aber fast ausschließlich für die Tilgung von Krediten und die anfallenden Zinsen zu verwenden sind, ist die Steigerung der Erträge ergebnisneutral.

Der jetzt bestehende Haustarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2010 und sichert den Beschäftigten einen Kündigungsschutz bis ins Jahr 2011 zu.

Da es weiterhin eine große Diskrepanz zwischen den in den Pflegesatzverhandlungen anerkannten und den tatsächlichen Personalkosten gibt, wird zurzeit von Seiten der Geschäftsführung keine Kündigung des unbefristeten Haustarifvertrags angestrebt.

So können auch mittelfristig ausgeglichene Ergebnisse angestrebt werden, wobei wir uns weiterhin bemühen werden, die Personalkosten vollumfänglich in den Pflegesatzverhandlungen umzusetzen.

Mit den geplanten Einnahmen und Ausgaben für das Planjahr wird die Liquidität der GmbH auch im Wirtschaftsjahr 2011 planmäßig gegeben sein.
Das ausgewiesene Eigenkapital wird sich planseitig im Jahr 2011 nicht verändern.

Das Anlagenvermögen wird sich planmäßig reduzieren, da die Neuanschaffungen geringer sein werden als die Abschreibungen.

Da die Sanierung überwiegend über einen Kredit finanziert wurde, wird sich die Eigenkapitalquote planmäßig weiter verringern.

Die Gesamtbausumme für die Sanierung hat sich durch nicht planbare Baumaßnahmen, die sich während der Sanierung ergaben, im Vergleich zu den Vorplanungen weiter erhöht.

Die DKB, die die Baumaßnahme finanziell begleitet, hat nach gründlicher Prüfung angeboten, den Kreditrahmen um 200 T€ zu erweitern, damit die auftretenden Mehrkosten ausgeglichen werden können. Die Mehrkosten und die zusätzliche Kreditfinanzierung sind im verhandelten Investitionskostensatz und in der Finanzplanung für 2011 und die Folgejahre bereits berücksichtigt.

Mit der erfolgten Sanierung des alten Pflegeheims „Käthe Kern“ konnten in dem entstandenen Gebäudekomplex ein Kindergarten, eine Arzt- und eine Zahnarztpraxis integriert werden.

Der Bezug dieser Einrichtungen erfolgt zum 01.10.2010.

Die Laufzeit der Ausnahmegenehmigung für das Pflegeheim „Franziska Tiburtius“ wurde in Absprache mit dem Amt für Jugend, Familie und Soziales bis zum 31.12.2010 verlängert. Sachstandsberichte an das Amt erfolgten regelmäßig.

Das Gebäude „Franziska Tiburtius“ wird gemäß dem Bürgerschaftsbeschluss 98-II-09-1469 an die Hansestadt Stralsund zurück übertragen werden, wenn sich kein praktikables Nutzungskonzept finden lässt.

Für das Jahr 2011 sind im Plan 190 T€ für Neuinvestitionen vorgesehen. Diese Mittel werden vorrangig für die Ausbesserung der Straße um das Pflegeheim „Am Grünhain“ und die Fertigstellung der Grünflächen verwendet.

Der Stellenplan ist den Vorgaben für das Pflegequalitätssicherungsgesetz angepasst. Die Einstellung von erneut 5 Auszubildenden im Jahr 2011 wurde im Plan berücksichtigt.

Insgesamt werden dann ab 01.09.2011 weiterhin 15 Auszubildende in der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH beschäftigt sein.

Änderungen im Stellenplan ergeben sich durch die Inbetriebnahme des Pflegeheims „Am Grünhain“.

Außerdem sind die drei Pflegeeinrichtungen „Am Stadtwald“, „Am Mühlgraben“ und das neu sanierte Pflegeheim „Am Grünhain“ zu einem Sozialzentrum „Am Grünhofer Bogen“ organisatorisch zusammengefasst worden. Das hierfür notwendige Konzept wird ebenfalls zurzeit erarbeitet, damit die sich ergebenden Synergieeffekte zum Wohle der Bewohner voll ausgenutzt werden können.

Das Ergebnis des im Sommer 2009 begonnenen und im Frühjahr 2010 fortgeführten Interessenbekundungsverfahrens wird maßgeblich die weitere Planung für das Unternehmen beeinflussen.

Insofern ist aus Sicht der Geschäftsführung der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH ein schneller Fortgang des Verkaufsverfahrens anzustreben.

Stralsund, 16.08.2010

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund
gemeinnützige GmbH**

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

	in TEUR ⁴⁾
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>13.175,0</u>
- die Aufwendungen	<u>13.175,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>0,0</u>
- der Jahresverlust	<u>0,0</u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>510,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	<u>-190,0</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-320,0</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf	<u>0,0</u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u>0,0</u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>750,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist 255 Stellen in Vollteiläquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	<u>6.858,0</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>6.398,0</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>6.398,0</u>

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

⁴⁾ Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund
gemeinnützige GmbH**

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	per 31.12.2009	2010	2011	2012	2013	2014
1. Umsatzerlöse	12316	11835	12.510	12520	12550	12580
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	69	60	50	50	50	50
5. Materialaufwand	3426	3335	3160	3195	3215	3215
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	640	615	640	650	650	650
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2786	2720	2520	2545	2565	2565
6. Personalaufwand	7585	7135	7560	7560	7590	7590
a) Löhne und Gehälter	6101	5755	6110	6110	6130	6130
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1484	1380	1450	1450	1460	1460
- davon für Altersversorgung	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen auf	1034	1080	1120	1100	1100	1100
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1034	1080	1120	1100	1100	1100
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	642	610	610	560	550	500
9. Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	585	635	865	830	820	820
11. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13. Zinsen und ähnliche Erträge	4	5	5	5	5	5
- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	310	275	420	400	380	360
- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0	0	0
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	per 31.12.2009	2010	2011	2012	2013	2014
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
19. Außerordentliche Erträge	68	0	0	0	0	0
20. Außerordentliche Aufwendungen	123	510	50	50	50	50
21. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
23. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	36	-460	0	0	0	0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes ^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund
gemeinnützige GmbH**

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	38,2	-460	0	0	0	0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	389,9	470	510	540	550	600
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1,5	460	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	20,5	0	0	0	0	0
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	53,5	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-136,4	0	0	0	0	0
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	130	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	367,2	600	510	540	550	600
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-616,9	-3915	-190	-140	-130	-150
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-616,9	-3915	-190	-140	-130	-150
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0	0	0	0	0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	300	3565	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-22,2	-250	-320	-400	-420	-450
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	277,8	3315	-320	-400	-420	-450

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	28,1	0	0	0	0	0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	322,8	350,9	350,9	350,9	350,9	350,9
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	350,9	350,9	350,9	350,9	350,9	350,9

Investitionsübersicht für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Sanierung Pflegeheim "Käthe Kern" - neu Pflegeheim "Am Grünhain"							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	1132	952	180	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	210	210	0	0	0	0	0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	922	742	180	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen (Kredit)	5362	5362	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	6494	6314	180	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	6494	6314	180	0	0	0	0
<i>davon Grundstücke</i>	605	425	180	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	5539	5539	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	350	350	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	6494	6314	180	0	0	0	0
<i>Nachrichtlich</i>	0	0	0	0	0	0	0
veranschlagte VE	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
							0

Stellenübersicht für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt
Stralsund gemeinnützige GmbH**

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	geplante Anzahl und Bewertung im lfd. Jahr - 2010	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des lfd. Jahres	geplante Anzahl und Bewertung im Planjahr - 2011	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1 Außertarif	Außertarif	1 Außertarif	
2	Kaufmännischer Leiter	1 TV-öD 12		1 TV-öD 12	
3	Technischer Leiter	1 TV-öD 12	TV-öD 12	1 TV-öD 12	
4	Personalleiter	1 TV-öD 12	TV-öD 12	1 TV-öD 12	
5	Leiter Pflegezentrum	1 TV-öD 12	TV-öD 12	1 TV-öD 12	
6	Heimleiter / Pflegedienstleiter	5 TV-öD 12	TV-öD 12	5 TV-öD 12	
7	Pflegedienstleiter/Stellvertreter	5 TV-öD K 9c/d	TV-öD K 9c/d	1 5 TV-öD K 9c/d	
8	Qualitätsbeauftragte/r	1 TV-öD 11	TV-öD 11	1 TV-öD 12	
9	MA Buchhaltung/Einkauf	3 TV-öD 8/9	TV-öD 8/9	3 TV-öD 8/9	
10	MA Lohnbuchhaltung	1 TV-öD 6/7	TV-öD 6/7	1 TV-öD 6/7	
11	Assistentin der GL	1 TV-öD 8	TV-öD 8	1 TV-öD 9	
12	MA Technik	1 TV-öD 9	TV-öD 9	1 TV-öD 9	
13	SB-Heimaufnahme	2 TV-öD 8	TV-öD 8	2 TV-öD 8	
14	MA EDV	1 TV-öD 6/8	TV-öD 6/8	1 TV-öD 6/8	
15	Betriebsrat	1 TV-öD	TV-öD	0 1 TV-öD	Entgelt frei, da z.Zt. nicht besetzt
16	Sozialpädagogin	1 TV-öD 8	TV-öD 8	1 TV-öD 8	
17	MA Soz.-Kulturelle Betreuung	14 TV-öD 6/8	TV-öD 6/8	14 TV-öD 6/8	
18	SB Heimbewohnerangeleg.	6 TV-öD 5	TV-öD 5	6 TV-öD 5	
19	Wohnbereichsleiter	10 TV-öD 9b/c	TV-öD 9b/c	9 9 TV-öD 9b/c	1 x umgelegt in Pos.20
20	Krankenschwester/Altenpfleger	70 TV-öD K 7a	TV-öD K 7a	69 71 TV-öD K 7a	
21	Pflegehelfer/Alltagsbegleiter	58 TV-öD K 3a/4a	TV-öD K 3a/4a	54 70 TV-öD K 3a/4a	
22	Alltagsbegleiter	13 TV-öD K 3a/4a	TV-öD K 3a/4a	13 0 TV-öD K 3a/4a	in Pos.21 integriert
23	Wäschehelfer	0 TV-öD 2	TV-öD 2	0 0 TV-öD 2	
24	Hausmeister	5 TV-öD 4	TV-öD 4	5 5 TV-öD 4	
25	Hausmeister/Kraftfahrer	2 TV-öD 4	TV-öD 4	2 1 TV-öD 4	
26	Servicekraft /Küchenhelfer	10 TV-öD 2/3	TV-öD 2/3	8 14 TV-öD 2/3	Erweiterung/Änderung Finanzordnung
27	Hauswirtschaft	9 TV-öD 2/3	TV-öD 2/3	7 7 TV-öD 2/3	
28	Betreuung (SGB XI § 87b)	16 TV-öD K 3a/4a	TV-öD K 3a/4a	16 16 TV-öD K 3a/4a	
29	nicht besetzt	0		0 0	
30	Auszubildende/r Altenpflege	15 TVAöD-P	TVAöD-P	15 15 TVAöD-P	
insgesamt		255	239	255	Differenz zum Plan 2010
					0

Name des Betriebes/Unternehmens:

Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2011	2012	2013	2014
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0	0	0	0	0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0	0	0	0	0
veranschlagt im Planjahr 20..	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0	0	0	0	0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0	0	0	0	0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

Wirtschaftsplan 2011

der

**WfbM Werkstatt für behinderte Menschen
Stralsund gemeinnützige GmbH**

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

zu TOP 4.2.6. GB 0185/2010 - WfbM GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Gäste: Herr Friesenhahn, Herr Roch, Frau Harder, Herr Behrndt

Herr Buxbaum interessiert sich für die entstehenden Kosten bei der beabsichtigten Umbenennung der WfbM GmbH. *Herr Friesenhahn* erklärt, dass diese Kosten im Investitionsvolumen für zu druckende Broschüren/Internetauftritte enthalten sind. *Herr Paul* hinterfragt den Grund der Umbenennung. *Herr Friesenhahn* erläutert umfassend das Ansinnen, für die WfbM GmbH einen geeigneten Namen zu finden, um den Werbe- und Öffentlichkeitsauftritt zu verbessern. Der Wunsch kommt aus dem Kreis der Mitarbeiter.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0185/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungssaal
18408 Stralsund / PF 2145

000137

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0185/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 29.09.2010
Datum der Sitzung: 18.11.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: WfbM GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

Die Vorlage wurde beraten mit

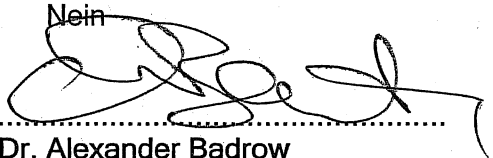
Verwaltungsrat	am	22.09.2010
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben	am	13.10.2010

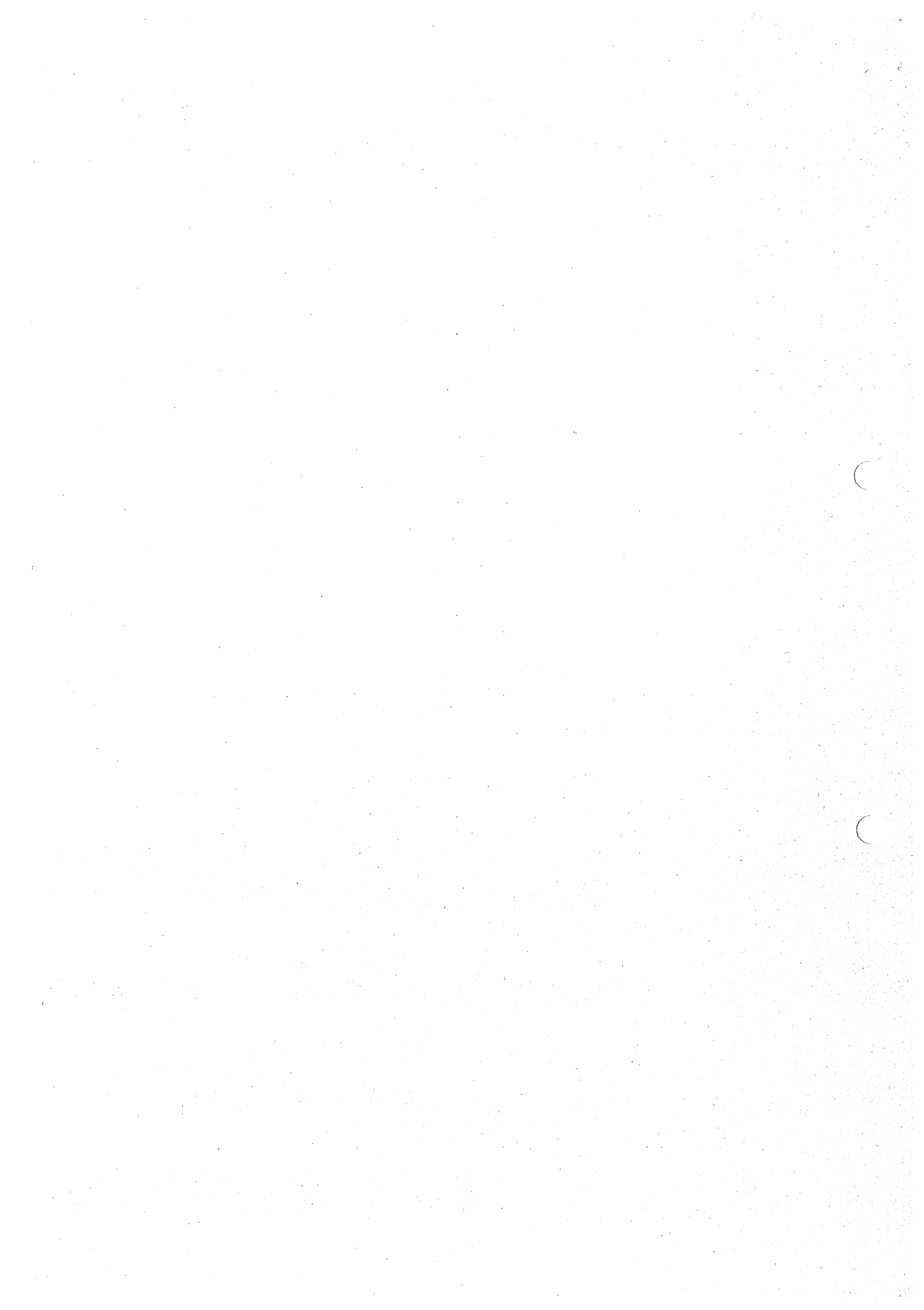
Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit:

Nein

Unterschrift des Einreichers:


Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister



a) Problem

Gemäß § 73 Kommunalverfassung M-V sowie § 8 des bestehenden Gesellschaftsvertrages der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen gemeinnützige GmbH hat die Geschäftsführung rechtzeitig für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen.

Der beiliegende Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 wurde in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften erarbeitet und durch den Verwaltungsrat auf seiner Sitzung der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen.

Aufgrund der in § 71 Kommunalverfassung M-V gesetzlich festgelegten Informationspflicht und Weisungsgebundenheit des bevollmächtigten Vertreters der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund in der Gesellschafterversammlung bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wird die Bestätigung des Wirtschaftsplanes zur Beratung und Beschlussfassung die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund eingebracht.

Mit Einreichung des städtischen Haushaltsplanes 2011 sind gemäß § 1 Punkt 10 der Gemeindehaushaltsverordnung die Wirtschaftspläne der Unternehmen, an denen die Hansestadt Stralsund mit beherrschendem Einfluss beteiligt ist, beizufügen.

b) Lösungsvorschlag

Es wird empfohlen, den vorliegenden Wirtschaftsplan 2011 der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH festzustellen.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen gemeinnützige Gesellschaft erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 des Unternehmens festzustellen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: umgehend

Zuständigkeit: bevollmächtigter Gesellschafter

g) Anlage

Wirtschaftsplan 2011

Beschluss des Verwaltungsrates

Verwaltungsrat der WfbM
Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH

**Beschluss des Verwaltungsrates
der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen
Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH**

Beschluss-Nr.: *WfbM – V 98 /2010*

Dem Verwaltungsrat der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH wurde der Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 vorgelegt.

Der Wirtschaftsplan 2011 umfasst 18 Seiten sowie die Anlage I und II (gesamt 24 Seiten).

Er enthält den Vorbericht, die Zusammenstellung, den Erfolgsplan, den Finanzplan, die Pläne für die einzelnen Bereiche (Bereichserfolgsplan, Bereichsfinanzplan), die Investitionsübersicht, eine Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes, die Stellenübersicht, eine Übersicht über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen sowie 2 Anlagen (Erläuterung zum Erfolgsplan, Erläuterung zur Stellenübersicht).

Der Verwaltungsrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2011 zu.

Der Verwaltungsrat empfiehlt dem Gesellschafter, den Wirtschaftsplan 2011 zu genehmigen.

Stralsund, den 22.09.2010



Michael Philippen
Vorsitzender des Verwaltungsrates

000140





Metallbereich



Küche



Wohnheim



Berufsbildungsbereich



Montage



Haus Fördergruppen

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

gemeinnützige Gesellschaft mbH

Wirtschaftsplan

2 0 1 1

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbericht	1-5
1. Zusammenstellung	6
2. Erfolgsplan	7-8
3. Finanzplan	9-10
4. Pläne für die einzelnen Bereiche	
a) Bereichserfolgsplan	11
b) Bereichsfinanzplan	12-13
5. Investitionsübersicht	14
6. Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes	15
7. Stellenübersicht	16-17
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	18
Anlagen	Nr.
Erläuterung zum Erfolgsplan	I
Erläuterung zur Stellenübersicht	II

Vorbericht

Allgemeines

Die Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH, nachfolgend WfbM Stralsund genannt, ist eine Einrichtung zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben. Im Mittelpunkt der Arbeit der WfbM Stralsund steht der behinderte Mensch.

Die WfbM Stralsund hat die Aufgabe und das Ziel, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der eingegliederten behinderten Menschen zu erhalten, weiter zu entwickeln und ihre Persönlichkeit zu stärken. Zu diesem Zweck werden verschiedene Gruppen im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich (z.B. Tischlerei, Wäscherei) unterhalten, wobei der unterschiedlichen Art der Behinderung und ihren Auswirkungen Rechnung getragen wird.

Unter dem Dach der WfbM Stralsund werden darüber hinaus ein Wohnheim für behinderte Menschen, ein Fördergruppenhaus für schwer mehrfach behinderte Menschen und der Bereich Ambulant betreutes Wohnen zur Unterstützung behinderter Menschen in der eigenen Häuslichkeit geführt.

Die WfbM Stralsund dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung.

Erfolgsplan

Die im Erfolgsplan ausgewiesenen Umsatzerlöse der WfbM Stralsund setzen sich aus den

- Betreuung- und Ausbildungserlösen
- Arbeitserlösen der Werkstätten
- Verpflegungserlösen

zusammen.

In der folgenden Übersicht sind das Ist 2009 sowie die geplanten Umsatzerlöse 2010 und 2011 dargestellt.

	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011
	<u>(Vorvorjahr)</u>	<u>(Vorjahr)</u>	<u>(W.-Jahr)</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
Betreuungs- und Ausbildungserlöse	4.222,1	4.347,0	4.368,9
Arbeitserlöse	664,0	650,0	659,0
Verpflegungserlöse	167,7	173,0	174,3
Gesamt	5.053,8	5.170,0	5.202,2

Ausgehend vom derzeitigen Belegungsstand, den voraussichtlichen Neuzugängen im Eingangs- und Berufsbildungsbereich (E-BBB), Wechseln von Teilnehmern des E-BBB in den Arbeitsbereich sowie Abgängen (Abbruch der Eingliederungsmaßnahme durch Krankheit, Schwangerschaft etc.) wird auch für 2011 mit einer vollen Auslastung der Kapazität der WfbM Stralsund geplant.

Ausgehend vom Ist 2009 werden sich im Vergleich zum Plan 2010 die Betreuungs- und Ausbildungserlöse um TEUR 124,9 erhöhen. Diese Entwicklung wird sich insbesondere durch die gestiegene Anzahl an Betreuungstagen und höhere Leistungsentgelte im Arbeits-, Wohnheim- und Fördergruppenbereich ergeben.

Die im Plan 2011 ausgewiesenen TEUR 4.368,9 Betreuungs- und Ausbildungserlöse bedeuten gegenüber dem Plan 2010 eine Erhöhung um TEUR 21,9. Diese Steigerung ist bedingt durch das ab dem 01.08.2010 gültige neu verhandelte Leistungsentgelt im Wohnheimbereich.

Die Arbeitserlöse für das Jahr 2011 werden in einer Höhe von TEUR 659 geplant. Die Planung beruht auf dem Niveau des Planjahres 2010 mit einem geringen Zuwachs von TEUR 9. Aufgrund der verhaltenen Nachfrage im Bereich einiger Werkstattbereiche in Verbindung mit dem derzeit gegebenen Angebotsprofil stellt die Akquise zusätzlicher Arbeitsaufträge einen schwierigen Prozess dar.

Bedingt durch die Neuverhandlungen mit dem Leistungsträger, sowie durch die gestiegene Anzahl an Betreuten werden sich die für das Jahr 2010 geplanten Verpflegungserlöse gegenüber dem Ist 2009 um TEUR 5,3 und gegenüber dem Plan 2010 um weitere TEUR 1,3 erhöhen.

Die Personalkosten sind der Hauptkostenblock der WfbM Stralsund. Diese werden nach dem Plan 2010 gegenüber dem Ist 2009 voraussichtlich von TEUR 5.236,4 auf TEUR 5.419,0 ansteigen. In dem Steigerungsbetrag von TEUR 182,6 sind die abzuführenden RV- und KV-Beiträge von TEUR 114,2 enthalten. Diese Aufwendungen werden von den Sozialversicherungsträgern in voller Höhe erstattet. Die Erstattungen sind im Erfolgsplan in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Weitere Gründe für die Personalkostenentwicklung liegen in erhöhten Belegungszahlen, der geplanten Inanspruchnahme von Altersteilzeiten sowie Aufwendungen zur Altersvorsorge und Tarifierhöhungen.

Gegenüber dem Plan 2010 ist ein weiterer Anstieg der Personalkosten um TEUR 18,0 für das Jahr 2011 zu erwarten. Gründe dafür sind Tarifierhöhungen und höhere Aufwendungen für Altersteilzeit. Durch die weggefallene Förderung seitens der Bundesagentur für Arbeit können künftig nur vereinzelt ATZ-Verträge bei dienstlichem oder betrieblichem Bedarf abgeschlossen werden, wenn die persönlichen Voraussetzungen ab dem 60. Lebensjahr vorliegen. Die Rückstellungen für ATZ-Arbeitsverhältnisse werden sich infolgedessen in den kommenden Jahren vermindern.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthielten bis 2010 die Erträge aus Auflösungen von Sonderposten. Aufgrund der geänderten Formblätter gem. EigVO werden diese ab 2011 unter Pos.8 ausgewiesen.

Die Jahresergebnisse werden sich nach der dargestellten Entwicklung im Erfolgsplan nicht verändern.

Eine ausreichende Liquidität der WfbM Stralsund ist durch die verhandelten Leistungs- und Verpflegungsentgelte gegeben.

Finanzplan

Der Finanzplan vermittelt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der WfbM Stralsund.

Der geplante Finanzmittelbestand 2011 erhöht sich gegenüber dem Plan 2010 um TEUR 51,3.

Die Erhöhung des Finanzmittelbestandes resultiert aus dem Kapitalabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 160,0 und aus dem Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR 74,9. Dem entgegen steht ein Mittelzufluss aus dem operativen Geschäft in Höhe von TEUR 286,2.

Die in den vergangenen Jahren erhaltenen Zuschüsse für Investitionen in das Sachanlagevermögen wurden passivisch in einen Sonderposten eingestellt. Der Sonderposten wird auf die Nutzungsdauer der jeweils bezuschussten Anlagegüter verteilt und entsprechend aufgelöst. Im Planjahr 2011 ergeben sich daraus Erträge in Höhe von TEUR 168,0, die zukünftig unter Pos. 3 des Finanzplanes ausgewiesen werden (bis 2010 in Pos.5 enthalten).

Das ausgewiesene Eigenkapital in der Zusammenstellung des Wirtschaftsplanes 2011 enthält nicht den Sonderposten für Investitionszuschüsse.

Die Finanzlage der WfbM Stralsund zeichnet sich im Planjahr 2011 durch eine hohe Eigenkapitalquote von 82,5 % aus, welche ein Indikator für eine sehr gute Eigenkapitalausstattung ist.

Vermögenslage

Die Vermögenslage kann als gut eingeschätzt werden. Eine Kennzahl dafür ist die hohe Anlagendeckung von 96,8 %.

Investitionsprogramm

Für das Jahr 2011 und Folgejahre sind nach derzeitigem Stand keine Investitionen in Baumaßnahmen und den Erwerb von Grundstücken geplant.

Dringende Ersatzinvestitionen werden im Bereich der Maschinen und geringwertigen Wirtschaftsgüter geplant, insbesondere für Arbeitsgeräte und Kraftfahrzeuge.

Stellenplan

Die personelle Ausstattung bzw. die vorgegebenen Stellenschlüssel für die WfbM Stralsund beruhen auf den Vorgaben des Landesrahmenvertrages für Mecklenburg-Vorpommern gem. § 79 Abs. 1 SGB XII.

Im Stellenplan werden bei voller Kapazitätsauslastung der WfbM Stralsund insgesamt 82 Vollzeitstellen ausgewiesen. Von dem im Stellenplan aufgeführten Personal nutzen fünf Mitarbeiter die Altersteilzeit. Davon befinden sich 2011 drei Mitarbeiter in der Ansparphase, ein Mitarbeiter ganzjährig und ein weiterer Mitarbeiter anteilig ab April in der Freistellungsphase der ATZ.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Zur Deckung der fortlaufenden Betriebskosten wurden auf der Grundlage des Landesrahmenvertrages für Mecklenburg-Vorpommern nach § 75 und § 79 SGB XII folgende Leistungsentgelte und Verpflegungssätze für die Werkstatt und das Wohnheim für behinderte Menschen in Neu Lüdershagen mit dem Kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern bzw. mit der Agentur für Arbeit ausgehandelt:

Werkstatt der WfbM (gesamt 318 Plätze) ab 01.04.2009 bis laufend

Arbeitsbereich (AB) WfbM (276 Plätze)	26,18 €/Tag/Platz
Eingangs- und Berufsbildungsbereich (E-BB) WfbM (42 Plätze)	34,19 €/Tag/Platz
Verpflegung pro Anwesenheitstag	2,78 €

Wohnheim für behinderte Menschen (35 Plätze) vom 01.08.2010 bis 31.07.2012

Leistungsentgelt:	54,70 €/Tag/Platz
Platzfreihaltevergütung:	50,76 €/Tag/Platz
Einzelvereinbarung (1 Platz) zzgl. zum Leistungsentgelt:	7,90 €/Tag/Platz

Ambulant betreutes Wohnen ab 01.01.2008 (33 Betreute)

Leistungsentgelt je Fachleistungsstunde a 75 min	38,80 €
--	---------

Fördergruppe unter dem Dach der WfbM (18 Plätze) ab 01.01.2010

Leistungsentgelt pauschalisiert	45,67 €/Tag/Platz
---------------------------------	-------------------

Vor Ablauf des laufenden Geschäftsjahres wird aufgrund der Ergebnisrechnung entschieden, ob die in den Leistungsentgelten enthaltenen kalkulierten Betriebskosten für das kommende Jahr deckend sind. Bei Negativentwicklung wird mit dem Leistungsträger neu verhandelt.

Die WfbM Stralsund verfügt über ein eigenständiges dokumentiertes Risikomanagement-Handbuch, um Risiken für die nächsten Jahre zu vermeiden. Es werden monatlich Auswertungen über Belegung, Personalbestand und Arbeitserlöse erstellt.

Innerhalb des laufenden Geschäftsjahres werden Planabweichungen analysiert und kommuniziert. Vierteljährlich wird eine Analyse der Erfolgsrechnung mit einer Erläuterung wesentlicher Planabweichungen zur Vorlage an die Gesellschafterin erstellt.

Regelmäßig erfolgt durch den Geschäftsführer eine Berichtserstattung über die Lage der Gesellschaft an den Verwaltungsrat.

Eine laufende Liquiditätskontrolle wird vorgenommen und die sich aus den Darlehensverbindlichkeiten ergebenden Verpflichtungen werden überwacht.

Des Weiteren ist im Land Mecklenburg-Vorpommern das Einzugsgebiet für die WfbM Stralsund festgelegt, so dass es zu keinen Fremdbelegungen kommen kann.

Die Gesellschaft ist nach DIN EN ISO 9001:2008 in verschiedenen Bereichen zertifiziert. Es erfolgt eine regelmäßige Kontrolle und Aktualisierung.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

7.272,5

7.272,5

0,0

0,0

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

286,2

-160,0

-74,9

51,3

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,0

0,0

0,0

0,0

4. Die Stellenübersicht weist 82 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

2.583,0

2.583,0

2.583,0

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens: WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse (ohne interne Leistungsverr.)	5.053,8	5.170,0	5.202,2	5.220,2	5.230,2	5.240,2
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	6,6	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,2	2,5	2,5	2,0	2,0	2,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	1.977,4	2.047,0	1.890,8	1.925,4	1.934,4	1.944,4
5.	Materialaufwand	-87,1	-88,3	-85,0	-89,0	-93,0	-97,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-69,0	-70,3	-70,0	-72,0	-74,0	-76,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18,1	-18,0	-15,0	-17,0	-19,0	-21,0
6.	Personalaufwand	-5.236,4	-5.419,0	-5.435,0	-5.471,5	-5.490,0	-5.507,2
	a) Löhne und Gehälter	-3.029,4	-3.062,0	-3.073,0	-3.094,0	-3.106,0	-3.117,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.207,0	-2.357,0	-2.362,0	-2.377,5	-2.384,0	-2.390,2
	- davon für Altersversorgung	-81,6	-86,0	-84,0	-85,0	-85,0	-85,0
7.	Abschreibungen auf	-430,6	-424,7	-450,7	-418,9	-404,4	-400,7
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-430,6	-424,7	-450,7	-418,9	-404,4	-400,7
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	0,0	0,0	168,0	138,4	138,4	138,4
9.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.283,3	-1.290,3	-1.288,5	-1.303,6	-1.315,8	-1.319,3
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	12,7	15,0	8,0	8,0	8,0	8,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8,1	-7,2	-6,1	-4,5	-3,0	-1,8
	- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5,2	6,0	7,2	7,5	7,8	8,0
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Außerordentliches Ergebnis	5,2	6,0	7,2	7,5	7,8	8,0
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23.	Sonstige Steuern	-4,6	-6,0	-7,2	-7,5	-7,8	-8,0
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes ^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages			
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	431,0	424,7	450,7	418,9	404,4	400,7
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	-168,0	-138,4	-138,4	-138,4
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-6,0	6,3	0,0	0,0	0,0	0,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-172,0	-177,2	0,0	0,0	0,0	0,0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	20,0	18,7				
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	32,0	42,0	3,5	-63,5	-113,4	-98,1
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-70,0	-36,1				
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	236,0	278,4	286,2	217,0	152,6	164,2
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	7,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-255,0	-265,0	-160,0	-160,0	-130,0	-150,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-248,0	-265,0	-160,0	-160,0	-130,0	-150,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-73,0	-73,5	-74,9	-76,5	-74,7	-12,5
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-73,0	-73,5	-74,9	-76,5	-74,7	-12,5

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-85,0	-60,1	51,3	-19,5	-52,1	1,7
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	762,0	736,7	676,6	727,9	708,4	656,3
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	677,0	676,6	727,9	708,4	656,3	658,0

Entfällt!

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

Bereichserfolgsplan

Betriebsbereich

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.	Materialaufwand	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6.	Personalaufwand		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Löhne und Gehälter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon für Altersversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7.	Abschreibungen auf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19.	Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0
21.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
22.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23.	Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0		0,0	0,0
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Entfällt!

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

Bereichsfinanzplan

Betriebsbereich

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisan- teile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0,0					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	0,0					
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0,0					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0		0,0	0,0	0,0	0,0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	davon	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Entfällt!

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Beschreibung der Maßnahme: Ersatzinvestitionen

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2011	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres 2012	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres 2013	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres 2014	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Einzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	600,0	0,0	160,0	160,0	130,0	150,0	0,0
<i>davon Grundstücke</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Gebäude</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Maschinen</i>	294,0	0,0	54,0	80,0	80,0	80,0	0,0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	306,0	0,0	106,0	80,0	50,0	70,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Auszahlungen	600,0	0,0	160,0	160,0	130,0	150,0	0,0
<i>Nachrichtlich</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>veranschlagte VE</i>	0,0			0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-600,0	0,0	-160,0	-160,0	-130,0	-150,0	0,0
							0,0

Entfällt!

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1		0,0	0,0	0,0	0,0
von Bereich 2	0,0		0,0	0,0	0,0
von Bereich 3	0,0	0,0		0,0	0,0
von Bereich 4	0,0	0,0	0,0		0,0
gesamt:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

lf. Nr	Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2		3		4		5	6
			Entgeltgruppe		Entgeltgruppe		Entgeltgruppe	
1	Geschäftsführer / Leiter der Einrichtung	1	GFG	1	GFG	1	GFG	
2	Werkstatteleiter	1	10	1	10	1	10	
3	Leiter Wohnen	1	10	1	9	1	9	
4	Wohnheimleiter	1	9	1	9	1	9	
5	Abt.-Ltr. Berufsbildg.	1	9	1	9	1	9	
6	Leiter Fördergruppe	1	8	1	8	1	8	
7	Leiter Produktion / Arbeitsbeschaffung	1	9	1	9	1	9	
8	Sozialpädagoge gesamt	3		3		3		
	davon :	2	9	2	9	2	9	
		1	8	1	8	1	8	
9	Haustechniker	2	8	2	8	2	8	
10	Gruppenleiter gesamt	35		35		35		
	davon :	1	4	1	4	1	4	
		9	6	10	6	10	6	
		20	8	20	8	20	8	
		5	9	4	9	4	9	
		47		47		47		

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund

lfd.Nr	Bezeichnung der Stelle		Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2		3		4		5	6
			Entgeltgruppe		Entgeltgruppe		Entgeltgruppe	
11	Betreuer gesamt	17		18		17		
	davon :	1	5	1	5	1	5	
		5	6	6	6	5	6	
		10	8	10	8	10	8	
		1	9	1	9	1	9	
12	Verwaltungsleiter	1	12	1	12	1	12	
13	Finanzbuchhalter	1	8	1	8	1	8	
14	Sachbearbeiter	4		3		4		
	davon :	3	8	2	8	3	8	
		1	9	1	9	1	9	
15	Buchhalter	1	8	1	8	1	8	
16	Koch gesamt	4	5	4	5	4	5	
17	Kraftfahrer gesamt	1	5	1	5	1	5	
18	Lagerist	2		2		2		
	davon :	1	6	1	4	1	4	
		1	4	1	4	1	4	
19	Raum - und grünflächenpflege	4		4		4		
	davon :	2	2	2	2	2	2	
		1	3	1	3	1	3	
		1	4	1	4	1	4	
	insgesamt	82		82		82		

Übersicht**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren

	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2010	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2011		0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im laufenden Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2011

	Erträge	Aufwendungen
	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse (ohne interne Leistungsverrechnung)	5.202.173,80	5.202,2
Betreuungs- und Ausbildungserlöse	4.368.873,80	
Arbeitserlöse der Werkstätten	659.000,00	
Verpflegungserlöse	174.300,00	
	<u>5.202.173,80</u>	
Betreuungs- und Ausbildungserlöse		
WfbM		
Arbeitsbereich (234 Betreute x 26,18 € x 365 K.Tg.)	2.236.033,80	
Berufsbildungsbereich (30 Betreute x 34,19 € x 365 K.Tg.)	374.380,50	
Fördergruppe (18 Betreute x 45,67 € x 365 K.Tg.)	300.051,90	
Integrationswerkstatt für psychisch Kranke		
Arbeitsbereich (42 Betreute x 26,18 € x 365 K.Tg.)	401.339,40	
Berufsbildungsbereich (12 Betreute x 34,19 € x 365 K.Tg.)	149.752,20	
Wohnheim (35 Bewohner x 54,70 € x 365 K.Tg.)	698.792,50	
Einzelvereinbarung (1 Bewohner x 7,90 € x 365 K.Tg.)	2.883,50	
Betreutes Wohnen (5.300 Fachleistungsstd./Jahr x 38,80 € für 33 Betreute)	205.640,00	
	<u>4.368.873,80</u>	
Arbeitserlöse der Werkstätten		
Landschaftspflege	299.000,00	
Metallbearbeitung	40.000,00	
Schneiderei	34.000,00	
Wäscherei	45.000,00	
Integrationswerkstatt für psychisch Kranke	72.000,00	
Tischlerei	52.000,00	
Graviererei	23.000,00	
Montage	55.000,00	
Aktenvernichtung	35.000,00	
Übrige	4.000,00	
	<u>659.000,00</u>	
Verpflegungserlöse		
WfbM		
Arbeitsbereich	132.000,00	
Berufsbildungsbereich	16.000,00	
Fördergruppe	10.500,00	
Integrationswerkstatt für psychisch Kranke		
Arbeitsbereich	14.500,00	
Berufsbildungsbereich	6.000,00	
	<u>179.000,00</u>	
Auszahlung Verpflegungsgeld ./.	4.700,00	
	<u>174.300,00</u>	

	Erträge	Aufwendungen
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.000,00	1,0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	2.500,00	2,5
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.890.800,00	1.890,8
Erstattung von Beiträgen zur Renten -und Krankenversicherung für die Betreuten	1.710.000,00	
Personalkostenerstattungen (ATZ, Zivi, AFG)	141.000,00	
Erträge aus Essenabgabe an Personal	17.500,00	
Periodenfremde Erträge	4.000,00	
Buchgewinne	0,00	
Erträge aus Essenabgabe an Gäste	2.000,00	
Spenden	3.500,00	
Erstattungen von Versicherungen	5.000,00	
Erstattung von Telefonkosten	1.500,00	
Übrige Erträge (u.a.Mieterträge)	6.300,00	
	<u>1.890.800,00</u>	
5. Materialaufwand	85.000,00	85,0
Aufwendungen f. Roh-,Hilfs-und Betriebsstoffe/bezog.Waren	70.000,00	
Aufwendungen f. bezogene Leistungen	15.000,00	
6. Personalaufwand	5.435.000,00	5.435,0
Löhne und Gehälter	3.073.000,00	
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.362.000,00	
	<u>5.435.000,00</u>	
Löhne und Gehälter		
Arbeiter und Angestellte	2.580.000,00	
Aufwendungen für Altersteilzeit	100.000,00	
Betreute WfbM		
Löhne	307.000,00	
Arbeitsförderungsentgelt	86.000,00	
	<u>3.073.000,00</u>	

Erträge AufwendungenSoziale Abgaben und Aufwendungen für
Altersversorgung und Unterstützung

Sozialabgaben	
Arbeiter und Angestellte	544.000,00
Berufsgenossenschaft	24.000,00
Betreute WfbM	1.710.000,00
Altersversorgung	84.000,00
	<u>2.362.000,00</u>

Die Aufwendungen für die Altersversorgung werden als Jahresbeitrag gezahlt.

Dazu wurde ein Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen.

Die Renten- und Krankenversicherung der Betreuten richtet sich nach dem Gesetz über die Sozialversicherung behinderter Menschen (SGB). Die hier aufgeführten Sozialabgaben werden neben den Leistungsentgelten in voller Höhe erstattet.

7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	450.700,00	450,7
--	-------------------	--------------

Software	3.000,00
Sachanlagen	447.700,00
	<u>450.700,00</u>
Sachanlagen	
Grundstücke, Bauten	249.000,00
Technische Anlagen und Maschinen	44.500,00
Andere Anlagen, BGA	154.200,00
	<u>447.700,00</u>

8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten	168.000,00	168,0
--	-------------------	--------------

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen (ohne interne Leistungsver.)	1.288.500,00	1.288,5
--	---------------------	----------------

Instandhaltungsaufwendungen	114.500,00
Lebensmittel/Verpflegungsgeld	230.000,00
Wirtschaftsbedarf	190.000,00
Wasser und Energie	178.000,00
Fremdbeförderung von Behinderten	263.000,00
Aufwendungen für Zivildienstleistende	60.000,00
Verwaltungsbedarf	42.500,00
Sonstige Personalkosten	26.000,00
Betreuungskosten	37.000,00
Versicherungen/Gebühren	51.000,00
Rechts-und Beratungskosten	13.000,00
EDV - Kosten	19.000,00
Mieten und Pachten	34.000,00
Beiträge	17.000,00
Übrige Aufwendungen	13.500,00
	<u>1.288.500,00</u>

Erträge Aufwendungen

Instandhaltungsaufwendungen	
Gebäude	22.500,00
Technische Anlagen, Maschinen	17.000,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.000,00
Kraftfahrzeuge	28.000,00
Wartungskosten	30.000,00
	<u>114.500,00</u>
Lebensmittel, Verpflegungsgeld	<u>230.000,00</u>
Es handelt sich um den Lebensmitteleinkauf für die Beköstigung der Betreuten.	
Wirtschaftsbedarf	
Betriebsbedarf	17.000,00
Reinigung	44.000,00
Treib- und Schmierstoffe	45.000,00
Gartenpflege	2.000,00
Mieten Geräte, Anl., Behälter	10.000,00
Werkzeuge und Kleingeräte	14.000,00
Frachtkosten	2.500,00
Arbeits- und Brandschutz, Kleidung	29.000,00
Aufw. für Abfallbes.	12.000,00
Kosten Sicherheitsdienst	11.000,00
Sonst. KfZ-Kosten	3.500,00
	<u>190.000,00</u>
Wasser und Energie	
Heizöl, Kohlen, Flüssiggas	78.000,00
Strom	68.000,00
Wasser, Abwasser, Kanalgebühren	32.000,00
	<u>178.000,00</u>
Fremdbeförderung von Behinderten	
Einsatz für Behindertentransport durch Kraftverkehr	<u>263.000,00</u>
Aufwendungen für Zivildienstleistende	<u>60.000,00</u>
Aufwand für Soldzahlungen, Kostenerstattungen wurden unter den sonstigen Erträgen aufgeführt.	
Verwaltungsbedarf	
Büromaterial	8.000,00
Öffentlichkeitsarbeit, Werbekosten	3.000,00
Bücher, Zeitschriften	1.500,00
Porto	2.000,00
Telefongebühren	15.000,00
Reisekosten	11.000,00
Km-Geld an Mitarbeiter	1.600,00
Kosten des Geldverkehrs	400,00
	<u>42.500,00</u>
Sonstige Personalkosten	
Mitarbeiter-Fortbildung	17.000,00
Honorare, Kosten Arbeitssicherheit	7.000,00
Jubiläumsszuwendungen, Sonstiges	2.000,00
	<u>26.000,00</u>

	Erträge	Aufwendungen
Betreuungskosten		
Lehr- und Lernmittel	6.000,00	
Medizinischer u. pflegerischer Bedarf	6.000,00	
Exkursionen, Fest, kulturelle Betreuung	12.500,00	
Freizeitmaßnahmen	8.000,00	
Therapeutischer Bedarf	4.500,00	
	<u>37.000,00</u>	
Versicherungen/Gebühren		
Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung		
KfZ-Versicherung		
Betriebsrechtsschutz		<u>51.000,00</u>
Gebäudeversicherung (Feuer, Wasser, Sturm)		
allgemeine Haftpflichtversicherung		
Unfallversicherung		
Rechts-und Beratungskosten		<u>13.000,00</u>
EDV - Kosten		<u>19.000,00</u>
Mieten und Pachten		
Hafenstraße		
Betreutes Wohnen		<u>34.000,00</u>
Dänholm		
Garagenpacht		
Beiträge		<u>17.000,00</u>
Übrige Aufwendungen		<u>13.500,00</u>
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.000,00	8,0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.100,00	6,1
Darlehenszinsen Landesarbeitsamt Nord (WfbM 120 Plätze)	3.200,00	
Darlehenszinsen Landesarbeitsamt Nord (WfbM 60 Plätze)	2.900,00	
	<u>6.100,00</u>	
23. Sonstige Steuern	7.200,00	7,2
Kraftfahrzeugsteuer	6.500,00	
Grundsteuer	500,00	
Stromsteuer	200,00	
	<u>7.200,00</u>	
Summe	<u>7.272,5</u>	<u>7.272,5</u>

Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinützige Gesellschaft mbH

Erläuterung zur Stellenübersicht

Werkstatt lt. Vereinbarung nach § 75 SGB XII ab 01.04.2009			
	Berufsbildungsbereich	Arbeitsbereich	Gesamt
	Vollzeitstellen	Vollzeitstellen	Vollzeitstellen
	318 Plätze		
Leitung Verwaltung	1,40	9,30	10,70
Betriebs- personal	1,20	7,89	9,09
Betreuung	7,35	27,60	34,95
sozial- therapeutischer Dienst	0,35	2,56	2,91
	10,30	47,35	57,65

Wohnheim lt. Vereinbarung nach § 75 SGB XII ab 01.08.2010		
	Vollzeitstellen	Gesamt Vollzeitstellen
		35 Plätze
Leitung Verwaltung	0,88	0,88
Betriebs- personal	2,33	2,33
Betreuung/ Pflege/ Nachtwache	9,46	9,46
		12,67

Bestehende Vereinbarungen nach § 75,79 SGB XII			
	Fördergruppe	Amb.betr.Wohnen	Gesamt
	Vollzeitstellen	Vollzeitstellen	Vollzeitstellen
	18 Plätze	5.300 Fl.Std.-33 Betreute	
Leitung Verwaltung	1,45	1,00	2,45
Betriebs- personal	0,23	0,34	0,57
Betreuung	5,00	3,66	8,66
	6,68	5,00	11,68

Vollzeitstellen insgesamt	82,00
----------------------------------	--------------

Wirtschaftsplan 2011

der

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der
Hansestadt Stralsund mbH**

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

zu TOP 4.2.5. GB 0183/2010 - LEG mbH - Wirtschaftsplan 2011

Gäste: Herr Habedank, Frau Harder, Herr Behrndt

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0183/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Hans-Joachim Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000168

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0183/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 29.09.2010
Datum der Sitzung: 18.11.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: LEG mbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

Die Vorlage wurde beraten mit	Aufsichtsrat	am	28.09.2010
	Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben	am	13.10.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:


.....
Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

a) Problem

Die Geschäftsführung der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH stellt jährlich, rechtzeitig vor Beginn eines Wirtschaftsjahres in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung einen Wirtschaftsplan einschließlich eines fünfjährigen Finanzplanes auf. Dieser ist gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen.

Der Wirtschaftsplan 2011 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft beraten und der Gesellschafterversammlung zur entsprechenden Beschlussfassung empfohlen.

Zur Finanzierung der geplanten Investitionsmaßnahmen wurden im Wirtschaftsplan entsprechende Kreditaufnahmen veranschlagt. Diese werden nur wirksam, sofern die Maßnahmen umgesetzt werden bzw. die Finanzierung durch geplante Fördermittelbescheide abgesichert sind. Damit ist gemäß § 72 Kommunalverfassung M-V eine Zustimmung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Legitimation der Vertreter der Hansestadt Stralsund in den Organen der Gesellschaft zur Kreditaufnahme notwendig. Aufgrund der in § 71 Kommunalverfassung M-V gesetzlich festgelegten Informationspflicht und Weisungsgebundenheit des bevollmächtigten Vertreters der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund in der Gesellschafterversammlung bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wird die Bestätigung des Wirtschaftsplanes zur Beratung und Beschlussfassung die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund eingebracht.

b) Lösungsvorschlag

Der Wirtschaftsplan 2011 der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH wurde in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften erstellt und im Aufsichtsrat beraten.

Mit Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung ist der Geschäftsführer noch einmal ausdrücklich auf eine Ergebnisverbesserung in den Folgejahren hinzuweisen, die kurz- und mittelfristig zu einer Ausschüttung von Gewinnen an die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund führt.

Relevante Planänderungen im Wirtschaftsjahr sind gegebenenfalls in einem Nachtragswirtschaftsplan, soweit nach § 14 Absatz 7 der Eigenbetriebsverordnung notwendig, darzustellen und zur Beschlussfassung in die entsprechenden Gremien einzubringen.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen aus der Abwicklung des Wirtschaftsplanes 2011 der LEG mbH keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

1.

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft

der Hansestadt Stralsund mbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 festzustellen.

2.

Die Geschäftsführung wird beauftragt, durch entsprechende Maßnahmen eine Ergebnisverbesserung im Wirtschaftsjahr 2011 und Folgende zu erreichen, die kurz- und mittelfristig zu einer Ausschüttung von Gewinnen an die Gesellschafterin führt.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: bevollmächtigter Gesellschafter

g) Anlage

Beschluss des Aufsichtsrates

Wirtschaftsplan 2011 der LEG mbH

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH

Beschluss Nr. 166/03/10

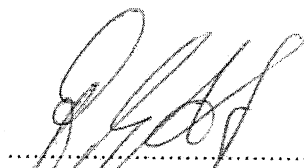
Der Aufsichtsrat der LEG mbH empfiehlt dem Gesellschafter, den Wirtschaftsplan 2011 der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 37.500 € zu beschließen.

Ja – Stimmen: 6

Nein – Stimmen: /

Enthaltungen: /

Stralsund, 28.09.2010



.....
Detlef Erbentraut
AR - Vorsitzender

000172

15.9.10

Wirtschaftsplan 2011

der

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH

Erstellung nach § 14 EigVo

	<u>Seite</u>
Vorbericht	2 - 5
1. Zusammenstellung	6
2. Erfolgsplan	7 - 8
3. Finanzplan	9 - 10
4. Pläne für die einzelnen Bereiche	
a) Bereichserfolgsplan	- Entfällt - 11
b) Bereichsfinanzplan	- Entfällt - 12 - 13
5.0 Investitionsübersicht	Maritimes Gewerbegebiet " Schwedenschanze" 14
5.1. Investitionsübersicht	Äußere Erschließung Bakenberg 15
5.2. Investitionsübersicht	Sanierung Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39 16
6. Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen	- Entfällt - 17
7. Stellenübersicht	18
8. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	19
9. Übersicht über Investitionen im Anlage- u. Umlaufvermögen	20
9.1. Maritimes Gewerbegebiet " Schwedenschanze"	21
9.2 Äußere Erschließung Bakenberg	22
9.3 Sanierung Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39	23
9.4 Erschließung B-Plan 30c, 2. BA	24
9.5 Bolzplatz Andershof	25
9.6 Projektentwicklung neuer Sportplatz FH	26
9.7 Projektentwicklung Erweiterung B 38	27

Stralsund,

08.09.2010



000173

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der HST mbH
 Hafenstraße 27
 18439 Stralsund

1. Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011 für die Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

1.1. Ausgangssituation

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst ein breites Spektrum von Betätigungsmöglichkeiten im Grundstücks- und Immobilienbereich sowohl die planerische Entwicklung von Grundstücken als auch deren Bebauung und Vermarktung, den reinen Grundstückshandel, wie auch Verwalter- und Projektsteuerungstätigkeiten.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde nach einem Fehlbetrag im Vorjahr ein Jahresüberschuss erzielt, der im Wesentlichen aus der gestiegenen Gesamtleistung des Unternehmens resultierte. Die verstärkte Nachfrage nach erschlossenen Baugrundstücken hält an. In der derzeitigen Entwicklung 2010 ist ein äußerst positiver Trend im Bereich der Grundstücksverkäufe zu verzeichnen. Das im Wirtschaftsplan veranschlagte Ergebnis wird als realisierbar eingeschätzt.

Wie bereits in den Vorjahren ist die Gesellschaft schwerpunktmäßig mit allen ihren Ressourcen in der sehr umfangreichen Erschließungsmaßnahme „Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzenshöhe“ involviert. Dies wird auch im Planjahr 2011 fortgeführt und abgeschlossen. Der Beginn der Erschließung „Maritimes Gewerbegebiet Schwedenschanze“ war bereits Bestandteil im Wirtschaftsplan 2010. Für diese Maßnahme werden Fördermittel eingeworben. Ein entsprechender Fördermittelantrag wurde von der Hansestadt Stralsund im Jahre 2009 gestellt. Die Projektentwicklung bzw. Investition ist abhängig vom Zeitpunkt der Erlangung eines rechtsgültigen Zuwendungsbescheides, welcher bis dato noch aussteht. Um mittelfristig neue attraktive Baugrundstücke am Immobilienmarkt platzieren zu können ist es notwendig neue Erschließungsflächen und Projektentwicklungen durch entsprechende Planungsverfahren auf den Weg zu bringen.

In der Fortführung der Realisierung des Zentralen Parkraumkonzeptes wird in 2011 ein weiteres Parkhaus von der Hansestadt Stralsund angepachtet und bewirtschaftet.

1.2. Stand und Entwicklung der Erfolgslage, der EK-Ausstattung und der Liquidität

Der Wirtschaftsplan 2011 zeigt die Erzielung positiver Jahresergebnisse in der kurz- und mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens auf.

	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Jahresergebnis	58.305	168.000	37.500	22.500	22.500	20.500

Im Erfolgsplan 2011 sind die Umsatzerlöse wie folgt prognostiziert:

Erlöse aus Grundstücksverkäufen	ca. T€ 1.367,0
aus Bewirtschaftungstätigkeit	ca. T€ 944,0
aus Parkhausbetrieb	ca. T€ 1.029,0.

Die erwarteten Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind stark von der Entwicklung am Immobilienmarkt abhängig und somit äußerst schwer kalkulierbar. Hier besteht ein erhebliches Vermarktungsrisiko. Planungssicherheit besteht im Bereich der Umsätze aus Bewirtschaftungstätigkeit, den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Der Anteil der Erlöse aus Vermietung und Verpachtung ist im Planjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Mittelfristig werden die bestehenden Verträge auf mögliche Anpassungsklauseln geprüft bzw. neue Verträge vorbereitet und geschlossen.

Die Erlöse aus Parkhausbetrieb sind Bestandteil der Budgetplanung der Parkhäuser und nach den Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelt. Hierbei wurde dem Parkhaus „Am Hafen“ eine vergleichsweise Entwicklung wie dem Parkhaus „Am Meeresmuseum“ unterstellt. Dem Anteil der Umsatzerlöse aus Parkhausbetrieb stehen etwa in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüber.

Die Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen resultiert aus dem Volumen der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Bestandsminderungen aus den geplanten Grundstücksverkäufen.

Die Sonstigen Betrieblichen Erträge beinhalten die ertragswirksame Erfassung des Investitionszuschusses für das „Maritime Gewerbegebiet Schwedenschanze“ i.H.v. T€ 1.284.

Der Materialaufwand i.H.v. T€ 3.081 berücksichtigt alle für das Planjahr vorgesehenen Investitionsmaßnahmen im Anlage- und Umlaufvermögen s.a. Übersicht Investitionen Anlage 9.0.

Der Personalaufwand i.H.v. T€ 331 berücksichtigt die Kosten für 6,65 Mitarbeiterkapazitäten.

Die Abschreibungen beinhalten ausschließlich planmäßige Abschreibungen im Anlagevermögen i.H.v. T€ 1.048.

Die Erträge aus Auflösungen von Sonderposten beinhalten die planmäßige Auflösung des Sonderpostens Hansa Gymnasium und B 30c 1. BA i.H.v. T€ 643 sowie die Auflösung des Sonderpostens B 30c 2. BA i.H.v. T€ 520 entsprechend den realisierten Verkäufen.

Im Sonstigen betrieblichen Aufwand i.H.v. T€ 2.115 ist der Aufwand der gewöhnlichen betrieblichen Tätigkeit der LEG mbH mit ca. T€ 180 und die Bewirtschaftungskosten der Parkhäuser mit ca. T€ 651 sowie die Einstellung / Zuführung in den Sonderposten i.H.v. T€ 1.284 für den Investitionszuschuss für das „Maritime Gewerbegebiet Schwedenschanze“ berücksichtigt.

Des Weiteren entfallen T€ 12,5 auf Zinsen und ähnliche Erträge. Der erforderliche Zinsaufwand für die bestehenden Kreditverbindlichkeiten beträgt T€ 657, der Anteil aus Parkhausbetrieb ist mit ca. T€ 373 veranschlagt. Weiterhin wurden Sonstige Steuern (Grundsteuern) i.H.v. T€ 20 ermittelt. Damit ergibt sich ein Jahresergebnis von T€ 37,5.

Die Eigenkapitalsituation i.V. mit der Eigenkapitalquote wird als konstant bewertet.

Sofern die Mittelzuflüsse den Planansätzen entsprechen ist eine angemessene Liquidität der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2011 zu erwarten. Um die Stabilität der Gesellschaft zu stärken ist zu empfehlen den erwarteten Jahresüberschuss 2010 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist berücksichtigt mit einer Höhe von T€ 250. Zur mittelfristigen Finanzierung für die Realisierung der geplanten Investitionen gemäß Anlage 9.0 werden Darlehen in einer Gesamthöhe von T€ 488 aufgenommen.

1.3. Geplante Investitionen

Gemäß 9.0 der Übersicht über Investitionen und Baumaßnahmen im Anlage- und Umlaufvermögen sind folgende Maßnahmen Bestandteil des Wirtschaftsplans 2011:

Investitionen des Anlagevermögens

Die Entwicklung „**Maritimes Gewerbegebiet Schwedenschanze**“ war bereits Bestandteil der Planungsunterlagen 2010 und ist auf Grund der ausstehenden Bescheidung des Zuwendungsgebers auf 2011 verschoben. Bereits in 2009 erfolgte die planerische Vorbereitung dieser Projektentwicklung. Die Maßnahme umfasst gemäß Investitionsübersicht 9.1 ein Volumen von T€ 1.436, der Anteil der beantragten Fördermittel mit einer Quote von 90 % beträgt T€ 1.284. Ein entsprechender Fördermitelantrag ist von der Hansestadt in 2009 gestellt. Mit einer positiven Bescheidung wird weiterhin gerechnet. Der Beginn der Investition ist abhängig vom Zeitpunkt der Erlangung eines rechtsgültigen

Zuwendungsbescheides. Zwischenzeitlich liegt eine Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus MV vor. Ebenfalls ist der Erschließungsvertrag mit der Hansestadt Stralsund rechtsgültig geschlossen. Die Erschließung umfasst Grundstücksflächen, welche sich im Eigentum der LEG befinden.

Die langfristige Umgestaltung des **Feriengebietes Bakenberg** wurde in den Vorjahren mit der Erstellung eines Rahmenplanes vorbereitet, welcher im Jahre 2006 Bestandskraft erlangte. Die Änderung des Flächen-Nutzungsplans ist seit 16.03.2009 rechtsgültig. In Planjahr 2011 sind gemäß Investitionsübersicht 9.2. T€ 300 für die äußere Erschließung des Gebietes vorgesehen. Hierbei wird in enger Zusammenarbeit mit dem ZWAR die überregionale Anbindung für Schmutzwasserversorgung erstellt. Dies ist eine entscheidende Vorbereitung für die innere Erschließung dieser Flächen. Eine mittelfristige Projekterweiterung ist vorgesehen, diese wird jährlich dem entsprechenden Planungsstand angepasst.

Die Nutzung der Objekte **Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39** wurde im Jahre 2009 wieder aufgenommen. Auf Grund des äußerst desolaten Zustandes konnte das Haus 1 bislang nicht genutzt werden. Nunmehr ist entsprechend der Investitionsübersicht 9.3. eine umfangreiche Sanierung mit einem Volumen von T€ 50 berücksichtigt. Die Bauleistungen sollen im 1. Halbjahr 2011 ausgeführt werden um im Anschluss auch dieses Haus der Vermietung zuzuführen.

Investitionen des Umlaufvermögens

Die Erschließungstätigkeit im landseitigen Bereich des Gewerbegebietes „**Maritimer Industrie- und Gewerbepark Franzeshöhe**“ - **B-Plan 30c** gemäß Investitionsübersicht 9.4 ist nach Vorliegen des rechtsgültigen Zuwendungsbescheides vom 16.04.2009 im August 2009 angelaufen. Im Planjahr umfasst dieses Projekt für den letzten Teilabschnitt Werkstraße ein Investitionsvolumen von T€ 1.175,0 der Anteil an Fördermittel beträgt T€ 1.063. Änderungen bzw. Verschiebungen in den einzelnen Kostengruppen sind entsprechend der aktuellen Kostenbilanz angepasst. Eine Anerkennung in Form eines Änderungsbescheides steht noch aus.

Die Vermarktung der entstehenden Gewerbeflächen ist angelaufen und Bestandteil der Erfolgsplanung. Die Problematik einer zukünftigen Gleisanbindung ist in der Ermittlung der Vermarktungsflächen berücksichtigt. Es ist noch mit den Stadtwerken Stralsund und der Hansestadt Stralsund zu verhandeln, wer letztendlich für den Eigenanteil und die nicht förderfähigen Kosten aufkommt um diese wichtige Ergänzung der Infrastruktur als Zukunftssicherung für den Frankenhafen zu gewährleisten.

Wie bereits im Vorfeld erwähnt ist es erforderlich neue Erschließungsflächen und Projektentwicklungen durch entsprechende Planungsverfahren auf den Weg zu bringen, um mittelfristig Baugrundstücke am Immobilienmarkt zu platzieren. Die nachfolgenden Investitionsmaßnahmen sind durch Planungsvorbereitungen geprägt und werden im Einzelnen erläutert.

Die Entwicklung des vorhandenen **Bolzplatzes Andershof** zu einem kleinen Wohngebiet mit Blickbeziehung zum Strelasund wurde in der Investitionsübersicht 9.5. mit einem Gesamtvolumen in Höhe von T€ 340 berücksichtigt. Wobei in den Jahren 2011 bis 2013 davon ausgegangen wird, dass mittels städtebaulichen Vertrags das B- Planverfahren durchgeführt wird, um dort letztendlich Planungs- und Baurecht zu schaffen. Im Jahre 2014 ist dann die Durchführung der Erschließungsleistungen und Parzellierungen der Wohngrundstücke mit einem Kostenaufwand in Höhe von T€ 250 vorgesehen.

Um den B- Plan 38 besser vermarkten zu können ist es zwingend notwendig mehr „Hinterland“ zu schaffen. Aus diesem Grund ist es beabsichtigt den vorhandenen Sportplatz der Fachhochschule Stralsund zu verlagern. Deshalb soll ein neuer Sportplatz südlich vom VEP 11 an der Parower Chaussee entstehen, um dann mit dem Land Mecklenburg Vorpommern einen Flächentausch mit dem vorhandenen Sportplatz der FHS vorzunehmen. Für diese **Projektentwicklung Neuer Sportplatz FH** wurde in der Investitionsübersicht 9.6. ein Gesamtvolumen in Höhe von T€ 630 berücksichtigt.

Des Weiteren muss, als **Projektentwicklung die Erweiterung des B 38**, der bisherige Sportplatz der FHS und noch ein unbebautes Ergänzungsgebiet des Berufsförderungswerkes als „Hinterland“ zum B- Plan 38 mittels städtebaulichen Vertrag ein B- Planverfahren durchgeführt werden um dort letzt-

endlich Planungs- und Baurecht zu schaffen. Dafür wurde in der Investitionsübersicht 9.7. ein Gesamtvolumen in Höhe von T€ 320 berücksichtigt. Im Jahre 2014 ist dann die Durchführung der Erschließungsleistungen und Parzellierungen der Grundstücke mit einem Kostenaufwand in Höhe von T€ 250 vorgesehen.

Zur Fortführung und Planung zukünftiger neuer Projektentwicklungen ist in den Folgejahren eine Kostenposition berücksichtigt.

Seit Oktober 2005 sind wir mit der Umsetzung des Zentralen Parkplatzkonzeptes der Hansestadt Stralsund beauftragt. Nach der Eröffnung und Inbetriebnahme des Parkhauses „Am Meeresmuseum“ im Oktober 2005 ist in 2008 das Parkhaus „Am Ozeaneum“ hinzugekommen. Beide Parkhäuser entwickeln sich entsprechend unserer Planerwartung. Mit dem Bau des Parkhauses „Am Hafen“ wurde begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich im Mai 2011. Zur Absicherung der Finanzierung der Einmalpacht wurde bereits in der derzeitigen Zinstiefphase in 2010 ein Forward-Darlehen in Höhe von T€ 3.305 aufgenommen. Diese Volumen ist die voraussichtlich ermittelte Höhe der Einmalpachtzahlung. Bei einer erforderlichen Erhöhung der Pachtvorauszahlung, bedingt durch eine Erhöhung der Baukostensumme liegt eine Finanzierungsbereitschaftserklärung bis zu einem Gesamtvolumen T€ 4.200 befristet bis zum 31.12.2010 von Seiten der finanzierenden Bank vor.



Gerd Habedank
Geschäftsführer

Wirtschaftsplan 2011

der

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Erstellung nach § 14 EigVo

	<u>Seite</u>
Vorbericht	2 - 5
1. Zusammenstellung	6
2. Erfolgsplan	7 - 8
3. Finanzplan	9 - 10
4. Pläne für die einzelnen Bereiche	
a) Bereichserfolgsplan	- Entfällt - 11
b) Bereichsfinanzplan	- Entfällt - 12 - 13
5.0 Investitionsübersicht	Maritimes Gewerbegebiet " Schwedenschanze" 14
5.1. Investitionsübersicht	Äußere Erschließung Bakenberg 15
5.2. Investitionsübersicht	Sanierung Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39 16
6. Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen	- Entfällt - 17
7. Stellenübersicht	18
8. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	19
9. Übersicht über Investitionen im Anlage- u. Umlaufvermögen	20
9.1. Maritimes Gewerbegebiet " Schwedenschanze"	21
9.2 Äußere Erschließung Bakenberg	22
9.3 Sanierung Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39	23
9.4 Erschließung B-Plan 30c, 2. BA	24
9.5 Bolzplatz Andershof	25
9.6 Projektentwicklung neuer Sportplatz FH	26
9.7 Projektentwicklung Erweiterung B 38	27

Stralsund,

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt
Stralsund mbH**

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

	in TEUR
- die Erträge	7.289,5
- die Aufwendungen	7.252,0
- der Jahresgewinn	37,5
- der Jahresverlust	

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾	1.207,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	-734,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	-114,0
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	359,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	488,0
- davon für Umschuldungen	
- Darlehensbetrag für das Parkhaus "Am Hafen"	4.200,0
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	250,0

4. Die Stellenübersicht weist 6,65 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres	6.802,8
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	6.970,8
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	7.208,3

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	2.654.467	2.507.000	3.340.000	2.873.000	2.823.000	2.563.000
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	598.580	3.330.000	1.490.000	-797.000	-835.000	550.000
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	5.139.541	1.963.000	1.284.000	0	0	0
	davon Auflösung SoPo	1.254.816	643.000				
5.	Materialaufwand	1.926.092	3.799.000	3.081.000	320.000	250.000	1.100.000
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.733.134	3.799.000	3.081.000	320.000	250.000	1.100.000
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	192.958	0	0	0	0	0
6.	Personalaufwand	313.120	327.000	331.000	336.000	336.000	336.000
	a) Löhne und Gehälter	259.105	267.000	270.000	274.000	274.000	274.000
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	54.014	60.000	61.000	62.000	62.000	62.000
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	1.092.656	1.053.000	1.048.000	1.045.000	1.045.000	1.045.000
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.092.656	1.053.000	1.048.000	1.045.000	1.045.000	1.045.000
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	0	0	1.163.000	1.163.000	1.143.000	843.000
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.374.792	1.755.000	2.115.000	863.000	868.000	872.000
	davon Einstellung / Zuführung SoPo	3.861.316	1.284.000	1.284.000	0	0	0
11.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	27.948	13.000	12.500	12.500	12.500	12.500
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	635.113	691.000	657.000	645.000	602.000	575.000

	- davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78.763	188.000	57.500	42.500	42.500	40.500
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliche Aufwendungen	9.837	0	0	0	0	0
21.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
23.	Sonstige Steuern	10.621	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	58.305	168.000	37.500	22.500	22.500	20.500

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns ^{1, 2)} **oder** **Behandlung des Jahresverlustes** ^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen	37.500		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	58	168	38	23	23	21
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.093	1.053	1.048	1.045	1.045	1.045
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.255	641	121	-1.163	-1.143	-843
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	19	-99	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	175	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-599					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	0	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-284					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-792	1.763	1.207	-96	-76	223
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	47	100	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlage- u. Umlaufvermögn	-73	-3.799	-3.081	-320	-250	-1.100
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	1.729	3.004	2.347	0	0	0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	1.729	3.004	2.347	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	1.703	-695	-734	-320	-250	-1.100
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	950	5.945	4.688	200	200	1.100
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-797	0	-4.200	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0	0	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-874	-6.244	-602	-1.033	-553	-574

24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-721	-299	-114	-833	-353	526
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	190	769	359	-1.249	-679	-352
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	970	1.160	1.929	2.288	1.039	361
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.160	1.929	2.288	1.039	361	9

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Bereichserfolgsplan

- Entfällt -

Betriebsbereich

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge						
5. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
6. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung						
7. Abschreibungen auf						
a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen - davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB - davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten - davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB - davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen						
11. Erträge aus Beteiligungen - davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens - davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern						
24. Jahresgewinn/Jahresverlust						

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Bereichsfinanzplan

- Entfällt -

Betriebsbereich

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung						
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens						
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen						
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit						
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)						

22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit						
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)						
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode						
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode						

Name des Betriebes/Unternehmens:
Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Nr.: 5.1

Investitionsübersicht							
Maßnahme: Äußere Erschließung Bakenberg							
Beschreibung der Maßnahme: Grundlage für spätere innere Erschließungsmaßnahmen zur weiteren Entwicklung des Feriengebietes Bakenberg							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0				
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0	0	0				
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0	0	0				
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0				
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0				
Sonstige Investitionseinzahlungen	1.167	867	300				
Summe Einzahlungen	1.167	867	300	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	0	0	0				
<i>davon Grundstücke</i>	749	749	0				
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0				
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0				
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	0	0	0				
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0				
Sonstige Investitionsauszahlungen	418	118	300				
Summe Auszahlungen	1.167	867	300	0	0	0	0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Name des Betriebes/Unternehmens:
Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfängliche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

- Entfällt -

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:
**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der
Hansestadt Stralsund mbH**

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1.	Geschäftsführer	1	1	1	
2.	Sekretariat	1	1	1	
3.	Verwaltung	2,65	2	2,65	1 MA im Erziehungsurlaub im lfd. Jahr
4.	Entwicklung	1	1	1	
5.	Buchhaltung / Finanzen	1	1	1	
insgesamt		6,65	6	6,65	

Anmerkung: Es werden grundsätzlich Festgehälter gezahlt, eine Tarifbindung besteht nicht.

Name des Betriebes/Unternehmens:
**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
 der Hansestadt Stralsund mbH**

Übersicht

**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
 voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren

	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2010					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2008					
veranschlagt im Planjahr 2011					
Summe					
<u>nachrichtlich:</u> Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

9.0 Übersicht über Investitionen und Baumaßnahmen des Anlage- und des Umlaufvermögens von 2011 bis 2014

für

(Name des Eigenbetriebs/ des Unternehmers)

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

	Investitions- maßnahmen Anlagevermögen	2011 in T-EURO				2012 in T-EURO				2013 in T-EURO				2014 in T-EURO				Gesamt in T-EURO
		Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	
9.1.	Schwedenschanze	1.436	142	1.284	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.436
9.2.	Bakenberg	300	225	0	75	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	300
9.3.	Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39 / Haus 1	50	50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50
	Σ	1.786	417	1.284	85	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.786

	Baumaßnahmen Umlaufvermögen	2011 in T-EURO				2012 in T-EURO				2013 in T-EURO				2014 in T-EURO				Gesamt in T-EURO
		Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	Gesamt	Darlehen	Zuschüsse*	Eigenmittel	
9.4.	B-Plan 30c - 2.BA	1.175	71	1.063	41	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.175
9.5.	Bolzplatz Andershof	30	0	0	30	30	0	0	30	30	0	0	30	250	250	0	0	340
9.6.	Projektentwicklung neuer Sportplatz FH	60	0	0	60	60	0	0	60	10	0	0	10	500	500	0	0	630
9.7.	Projektentwicklung Erweiterung B 38	30	0	0	30	30	0	0	30	10	0	0	10	250	250	0	0	320
	Sonstige Grundstücke u. zukünftige neue Projektentwicklungen	0	0	0	0	200	200	0	0	200	200	0	0	100	100	0	0	500
	Σ	1.295	71	1.063	161	320	200	0	120	250	200	0	50	1.100	1.100	0	0	2.965

Σ Σ	3.081	488	2.347	246	320	200	0	120	250	200	0	50	1.100	1.100	0	0	4.751
------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	------------	----------	------------	------------	------------	----------	-----------	--------------	--------------	----------	----------	--------------

Parkhaus "Am Hafen"	4.200	4.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.200
----------------------------	--------------	--------------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	--------------

Parkhaus "Am Hafen" Inbetriebnahme 2011, Sicherung der Konditionen über ein Forward-Darlehen in 2010, zahlungswirksam 2011

Sonstige Grundstücke: diverse

Grundstücke und zukünftige neue

Projektentwicklungen

Kreditaufnahme für Eigenanteil B 30c erfolgte in Höhe von T€ 600 in 2009 siehe Investitionsprogramm 9.4, damit ergibt sich ein Überschuss im Vermögensplan, welcher in den Folgejahren die erforderlichen Eigenmittel sichert

Investitionsplan

für Nr. 9.1. / Investitionsmaßnahme im Anlagevermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt
Stralsund mbH**

Voraussichtlicher Beginn
und Ende der Maßnahme:

2009

2012

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Maritimes Gewerbegebiet " Schwedenschanze "

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	1.727	1.436				
	a) davon Baumaßnahme / Erschließung	1.273	1.273				
	b) Erwerb von Grundstücken	191	0				
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0				
	d) Sonstige Kosten / Planung	264	163				
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	1.727	1.436				
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	1.284	1.284				
	b) Beiträge	0	0				
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	301	10				
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	142	142				
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0				
3.	Folgekosten insgesamt						
	davon Personalkosten						

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

³⁾ Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.2. / Investitionsmaßnahme im Anlagevermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt
Stralsund mbH**

Voraussichtlicher Beginn
und Ende der Maßnahme:

2011

2011

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Äußere Erschließung Bakenberg

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	1.167	300				
	a) davon Baumaßnahme / Erschließung	270	270				
	b) Erwerb von Grundstücken	749	0				
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0				
	d) Sonstige Kosten / Planung	148	30				
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	1.167	300				
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	0	0				
	b) Beiträge	0	0				
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	286	75				
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	881	225				
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0				
3.	Folgekosten insgesamt						
	davon Personalkosten						

1) Nichtzutreffendes streichen

2) Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

3) Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.3. / Investitionsmaßnahme im Anlagevermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme:

2011

2011

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Sanierung Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39 / Haus 1

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	50	50				
	a) davon Baumaßnahme / Erschließung	45	45				
	b) Erwerb von Grundstücken	0	0				
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0				
	d) Sonstige Kosten / Planung	5	5				
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	50	50				
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	0	0				
	b) Beiträge	0	0				
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	0	0				
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	50	50				
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0				
3.	Folgekosten insgesamt:						
	davon Personalkosten						

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

³⁾ Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.4. / Investitionsmaßnahme im Umlaufvermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt
Stralsund mbH**

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme:

2002
2011

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Erschließung B-Plan 30c - 2.BA

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	6.265	1.175	0	0	0	0
	a) davon Baumaßnahme/Erschließung	4.495	903				
	b) Erwerb von Grundstücken	850	0				
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0				
	d) Sonstige Kosten / Planung	920	272				
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	6.265	1.175				
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	4.292	1.063	0	0	0	0
	b) Beiträge	0	0				
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	1.373	41				
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	*** 600	71				
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0				
3.	Folgekosten insgesamt: (Mietkauf)						
	davon Personalkosten						

*** Kreditaufnahme erfolgt bereits in 2009 zur anteiligen Absicherung des Eigenanteils nach Jahresscheiben

1) Nichtzutreffendes streichen

2) Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

3) Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.5. / Investitionsmaßnahme im Umlaufvermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt
Stralsund mbH**

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme:

2011
2014

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Bolzplatz Andershof

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in-TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	340	30	30	30	250	0
	a) davon Baumaßnahme/Erschließung	250	0	0	0	250	
	b) Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0	0	0	0	
	d) Sonstige Kosten / Planung	90	30	30	30	0	
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	340	30	30	30	250	0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	0	0	0	0	0	
	b) Beiträge	0	0	0	0	0	
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	140	30	30	30	0	
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	200	0	0	0	250	
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0	0	0	0	
3.	Folgekosten insgesamt: (Mietkauf)						
	davon Personalkosten						

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

³⁾ Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.6. / Investitionsmaßnahme im Umlaufvermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme:

2011

2014

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Projektentwicklung neuer Sportplatz FH

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	630	60	60	10	500	0
	a) davon Baumaßnahme / Erschließung	540	10	20	10	500	
	b) Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0	0	0	0	
	d) Sonstige Kosten / Planung	90	50	40			
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	630	60	60	10	500	0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	0	0	0	0	0	
	b) Beiträge	0	0	0	0	0	
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	230	60	60	10	0	
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	400	0	0	0	500	
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0	0	0	0	
3.	Folgekosten insgesamt:						
	davon Personalkosten						

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

³⁾ Zuschußgebende Stelle

Investitionsplan

für Nr. 9.7. / Investitionsmaßnahme im Umlaufvermögen

Name des Betriebes/Unternehmens:

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme:

2011

2013

Genauere Bezeichnung der Maßnahme: Projektentwicklung Erweiterung B38

Nr.	Bezeichnung	Gesamt	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr
		alle in TEUR	2011	2012	2013	2014	2015
			(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)	(4. Folgejahr)
1.	Gesamtkosten	320	30	30	10	250	0
	a) davon Baumaßnahme / Erschließung	210	0	0	0	210	
	b) Erwerb von Grundstücken	40	30	10	0	0	
	c) Erwerb von Geschäftsanteilen	0	0	0	0	0	
	d) Sonstige Kosten / Planung	70	0	20	10	40	
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	70	30	30	10	250	0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen von..... ³⁾ Bewilligungsbescheid vom.....	0	0	0	0	0	
	b) Beiträge	0	0	0	0	0	
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	70	30	30	10	0	
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	0	0	0	0	250	
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0	0	0	0	0	
3.	Folgekosten insgesamt:						
	davon Personalkosten						

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Vgl. Ausführungsbestimmungen: Nach Art und Umfang unbedeutende Maßnahmen können unberücksichtigt bleiben; gleichartige Maßnahmen können zusammengefaßt werden.

³⁾ Zuschußgebende Stelle

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH

Beschluss Nr. 166/03/10

Der Aufsichtsrat der LEG mbH empfiehlt dem Gesellschafter, den Wirtschaftsplan 2011 der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 37.500 € zu beschließen.

Ja –Stimmen:

6

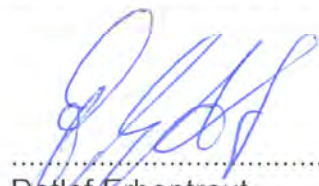
Nein – Stimmen:

1

Enthaltungen:

1

Stralsund, 28.09.2010



.....
Detlef Erbentraut
AR - Vorsitzender

1. Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011 für die Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH

1.1. Ausgangssituation

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst ein breites Spektrum von Betätigungsmöglichkeiten im Grundstücks- und Immobilienbereich sowohl die planerische Entwicklung von Grundstücken als auch deren Bebauung und Vermarktung, den reinen Grundstückshandel, wie auch Verwalter- und Projektsteuerungstätigkeiten.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde nach einem Fehlbetrag im Vorjahr ein Jahresüberschuss erzielt, der im Wesentlichen aus der gestiegenen Gesamtleistung des Unternehmens resultierte. Die verstärkte Nachfrage nach erschlossenen Baugrundstücken hält an. In der derzeitigen Entwicklung 2010 ist ein äußerst positiver Trend im Bereich der Grundstücksverkäufe zu verzeichnen. Das im Wirtschaftsplan veranschlagte Ergebnis wird als realisierbar eingeschätzt.

Wie bereits in den Vorjahren ist die Gesellschaft schwerpunktmäßig mit allen ihren Ressourcen in der sehr umfangreichen Erschließungsmaßnahme „Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe“ involviert. Dies wird auch im Planjahr 2011 fortgeführt und abgeschlossen. Der Beginn der Erschließung „Maritimes Gewerbegebiet Schwedenschanze“ war bereits Bestandteil im Wirtschaftsplan 2010. Für diese Maßnahme werden Fördermittel eingeworben. Ein entsprechender Fördermittelantrag wurde von der Hansestadt Stralsund im Jahre 2009 gestellt. Die Projektentwicklung bzw. Investition ist abhängig vom Zeitpunkt der Erlangung eines rechtsgültigen Zuwendungsbescheides, welcher bis dato noch aussteht. Um mittelfristig neue attraktive Baugrundstücke am Immobilienmarkt platzieren zu können ist es notwendig neue Erschließungsflächen und Projektentwicklungen durch entsprechende Planungsverfahren auf den Weg zu bringen.

In der Fortführung der Realisierung des Zentralen Parkraumkonzeptes wird in 2011 ein weiteres Parkhaus von der Hansestadt Stralsund angepachtet und bewirtschaftet.

1.2. Stand und Entwicklung der Erfolgslage, der EK-Ausstattung und der Liquidität

Der Wirtschaftsplan 2011 zeigt die Erzielung positiver Jahresergebnisse in der kurz- und mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens auf.

	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Jahresergebnis	58.305	168.000	37.500	22.500	22.500	20.500

Im Erfolgsplan 2011 sind die Umsatzerlöse wie folgt prognostiziert:

Erlöse aus Grundstücksverkäufen	ca. T€ 1.367,0
aus Bewirtschaftungstätigkeit	ca. T€ 944,0
aus Parkhausbetrieb	ca. T€ 1.029,0.

Die erwarteten Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind stark von der Entwicklung am Immobilienmarkt abhängig und somit äußerst schwer kalkulierbar. Hier besteht ein erhebliches Vermarktungsrisiko. Planungssicherheit besteht im Bereich der Umsätze aus Bewirtschaftungstätigkeit, den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Der Anteil der Erlöse aus Vermietung und Verpachtung ist im Planjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Mittelfristig werden die bestehenden Verträge auf mögliche Anpassungsklauseln geprüft bzw. neue Verträge vorbereitet und geschlossen.

Die Erlöse aus Parkhausbetrieb sind Bestandteil der Budgetplanung der Parkhäuser und nach den Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelt. Hierbei wurde dem Parkhaus „Am Hafen“ eine vergleichsweise Entwicklung wie dem Parkhaus „Am Meeresmuseum“ unterstellt. Dem Anteil der Umsatzerlöse aus Parkhausbetrieb stehen etwa in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüber.

Die Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen resultiert aus dem Volumen der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Bestandsminderungen aus den geplanten Grundstücksverkäufen.

Die Sonstigen Betrieblichen Erträge beinhalten die ertragswirksame Erfassung des Investitionszuschusses für das „Maritime Gewerbegebiet Schwedenschanze“ i.H.v. T€ 1.284.

Der Materialaufwand i.H.v. T€ 3.081 berücksichtigt alle für das Planjahr vorgesehenen Investitionsmaßnahmen im Anlage- und Umlaufvermögen s.a. Übersicht Investitionen Anlage 9.0.

Der Personalaufwand i.H.v. T€ 331 berücksichtigt die Kosten für 6,65 Mitarbeiterkapazitäten.

Die Abschreibungen beinhalten ausschließlich planmäßige Abschreibungen im Anlagevermögen i.H.v. T€ 1.048.

Die Erträge aus Auflösungen von Sonderposten beinhalten die planmäßige Auflösung des Sonderpostens Hansa Gymnasium und B 30c 1. BA i.H.v. T€ 643 sowie die Auflösung des Sonderpostens B 30c 2. BA i.H.v. T€ 520 entsprechend den realisierten Verkäufen.

Im Sonstigen betrieblichen Aufwand i.H.v. T€ 2.115 ist der Aufwand der gewöhnlichen betrieblichen Tätigkeit der LEG mbH mit ca. T€ 180 und die Bewirtschaftungskosten der Parkhäuser mit ca. T€ 651 sowie die Einstellung / Zuführung in den Sonderposten i.H.v. T€ 1.284 für den Investitionszuschuss für das „Maritime Gewerbegebiet Schwedenschanze“ berücksichtigt.

Des Weiteren entfallen T€ 12,5 auf Zinsen und ähnliche Erträge. Der erforderliche Zinsaufwand für die bestehenden Kreditverbindlichkeiten beträgt T€ 657, der Anteil aus Parkhausbetrieb ist mit ca. T€ 373 veranschlagt. Weiterhin wurden Sonstige Steuern (Grundsteuern) i.H.v. T€ 20 ermittelt. Damit ergibt sich ein Jahresergebnis von T€ 37,5.

Die Eigenkapitalsituation i.V. mit der Eigenkapitalquote wird als konstant bewertet.

Sofern die Mittelzuflüsse den Planansätzen entsprechen ist eine angemessene Liquidität der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2011 zu erwarten. Um die Stabilität der Gesellschaft zu stärken ist zu empfehlen den erwarteten Jahresüberschuss 2010 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist berücksichtigt mit einer Höhe von T€ 250. Zur mittelfristigen Finanzierung für die Realisierung der geplanten Investitionen gemäß Anlage 9.0 werden Darlehen in einer Gesamthöhe von T€ 488 aufgenommen.

1.3. Geplante Investitionen

Gemäß 9.0 der Übersicht über Investitionen und Baumaßnahmen im Anlage- und Umlaufvermögen sind folgende Maßnahmen Bestandteil des Wirtschaftsplans 2011:

Investitionen des Anlagevermögens

Die Entwicklung „**Maritimes Gewerbegebiet Schwedenschanze**“ war bereits Bestandteil der Planungsunterlagen 2010 und ist auf Grund der ausstehenden Bescheidung des Zuwendungsgebers auf 2011 verschoben. Bereits in 2009 erfolgte die planerische Vorbereitung dieser Projektentwicklung. Die Maßnahme umfasst gemäß Investitionsübersicht 9.1 ein Volumen von T€ 1.436, der Anteil der beantragten Fördermittel mit einer Quote von 90 % beträgt T€ 1.284. Ein entsprechender Fördermitelantrag ist von der Hansestadt in 2009 gestellt. Mit einer positiven Bescheidung wird weiterhin gerechnet. Der Beginn der Investition ist abhängig vom Zeitpunkt der Erlangung eines rechtsgültigen

Zuwendungsbescheides. Zwischenzeitlich liegt eine Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus MV vor. Ebenfalls ist der Erschließungsvertrag mit der Hansestadt Stralsund rechtsgültig geschlossen. Die Erschließung umfasst Grundstücksflächen, welche sich im Eigentum der LEG befinden.

Die langfristige Umgestaltung des **Feriengebietes Bakenberg** wurde in den Vorjahren mit der Erstellung eines Rahmenplanes vorbereitet, welcher im Jahre 2006 Bestandskraft erlangte. Die Änderung des Flächen-Nutzungsplans ist seit 16.03.2009 rechtsgültig. In Planjahr 2011 sind gemäß Investitionsübersicht 9.2. T€ 300 für die äußere Erschließung des Gebietes vorgesehen. Hierbei wird in enger Zusammenarbeit mit dem ZWAR die überregionale Anbindung für Schmutzwasserversorgung erstellt. Dies ist eine entscheidende Vorbereitung für die innere Erschließung dieser Flächen. Eine mittelfristige Projekterweiterung ist vorgesehen, diese wird jährlich dem entsprechenden Planungsstand angepasst.

Die Nutzung der Objekte **Hiddensee / Kloster, Kirchweg 39** wurde im Jahre 2009 wieder aufgenommen. Auf Grund des äußerst desolaten Zustandes konnte das Haus 1 bislang nicht genutzt werden. Nunmehr ist entsprechend der Investitionsübersicht 9.3. eine umfangreiche Sanierung mit einem Volumen von T€ 50 berücksichtigt. Die Bauleistungen sollen im 1. Halbjahr 2011 ausgeführt werden um im Anschluss auch dieses Haus der Vermietung zuzuführen.

Investitionen des Umlaufvermögens

Die Erschließungstätigkeit im landseitigen Bereich des Gewerbegebietes „**Maritimer Industrie- und Gewerbepark Franzenshöhe**“ - **B-Plan 30c** gemäß Investitionsübersicht 9.4 ist nach Vorliegen des rechtsgültigen Zuwendungsbescheides vom 16.04.2009 im August 2009 angelaufen. Im Planjahr umfasst dieses Projekt für den letzten Teilabschnitt Werkstraße ein Investitionsvolumen von T€ 1.175,0 der Anteil an Fördermittel beträgt T€ 1.063. Änderungen bzw. Verschiebungen in den einzelnen Kostengruppen sind entsprechend der aktuellen Kostenbilanz angepasst. Eine Anerkennung in Form eines Änderungsbescheides steht noch aus.

Die Vermarktung der entstehenden Gewerbeflächen ist angelaufen und Bestandteil der Erfolgsplanung. Die Problematik einer zukünftigen Gleisanbindung ist in der Ermittlung der Vermarktungsflächen berücksichtigt. Es ist noch mit den Stadtwerken Stralsund und der Hansestadt Stralsund zu verhandeln, wer letztendlich für den Eigenanteil und die nicht förderfähigen Kosten aufkommt um diese wichtige Ergänzung der Infrastruktur als Zukunftssicherung für den Frankenhafen zu gewährleisten.

Wie bereits im Vorfeld erwähnt ist es erforderlich neue Erschließungsflächen und Projektentwicklungen durch entsprechende Planungsverfahren auf den Weg zu bringen, um mittelfristig Baugrundstücke am Immobilienmarkt zu platzieren. Die nachfolgenden Investitionsmaßnahmen sind durch Planungsvorbereitungen geprägt und werden im Einzelnen erläutert.

Die Entwicklung des vorhandenen **Bolzplatzes Andershof** zu einem kleinen Wohngebiet mit Blickbeziehung zum Strelasund wurde in der Investitionsübersicht 9.5. mit einem Gesamtvolumen in Höhe von T€ 340 berücksichtigt. Wobei in den Jahren 2011 bis 2013 davon ausgegangen wird, dass mittels städtebaulichen Vertrags das B- Planverfahren durchgeführt wird, um dort letztendlich Planungs- und Baurecht zu schaffen. Im Jahre 2014 ist dann die Durchführung der Erschließungsleistungen und Parzellierungen der Wohngrundstücke mit einem Kostenaufwand in Höhe von T€ 250 vorgesehen.

Um den B- Plan 38 besser vermarkten zu können ist es zwingend notwendig mehr „Hinterland“ zu schaffen. Aus diesem Grund ist es beabsichtigt den vorhandenen Sportplatz der Fachhochschule Stralsund zu verlagern. Deshalb soll ein neuer Sportplatz südlich vom VEP 11 an der Parower Chaussee entstehen, um dann mit dem Land Mecklenburg Vorpommern einen Flächentausch mit dem vorhandenen Sportplatz der FHS vorzunehmen. Für diese **Projektentwicklung Neuer Sportplatz FH** wurde in der Investitionsübersicht 9.6. ein Gesamtvolumen in Höhe von T€ 630 berücksichtigt.

Des Weiteren muss, als **Projektentwicklung die Erweiterung des B 38**, der bisherige Sportplatz der FHS und noch ein unbebautes Ergänzungsgebiet des Berufsförderungswerkes als „Hinterland“ zum B- Plan 38 mittels städtebaulichen Vertrag ein B- Planverfahren durchgeführt werden um dort letzt-

endlich Planungs- und Baurecht zu schaffen. Dafür wurde in der Investitionsübersicht 9.7. ein Gesamtvolumen in Höhe von T€ 320 berücksichtigt. Im Jahre 2014 ist dann die Durchführung der Erschließungsleistungen und Parzellierungen der Grundstücke mit einem Kostenaufwand in Höhe von T€ 250 vorgesehen.

Zur Fortführung und Planung zukünftiger neuer Projektentwicklungen ist in den Folgejahren eine Kostenposition berücksichtigt.

Seit Oktober 2005 sind wir mit der Umsetzung des Zentralen Parkplatzkonzeptes der Hansestadt Stralsund beauftragt. Nach der Eröffnung und Inbetriebnahme des Parkhauses „Am Meeresmuseum“ im Oktober 2005 ist in 2008 das Parkhaus „Am Ozeaneum“ hinzugekommen. Beide Parkhäuser entwickeln sich entsprechend unserer Planerwartung. Mit dem Bau des Parkhauses „Am Hafen“ wurde begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme erfolgt voraussichtlich im Mai 2011. Zur Absicherung der Finanzierung der Einmalpacht wurde bereits in der derzeitigen Zinstiefphase in 2010 ein Forward-Darlehen in Höhe von T€ 3.305 aufgenommen. Dieses Volumen ist die voraussichtlich ermittelte Höhe der Einmalpachtzahlung. Bei einer erforderlichen Erhöhung der Pachtvorauszahlung, bedingt durch eine Erhöhung der Baukostensumme liegt eine Finanzierungsbereitschaftserklärung bis zu einem Gesamtvolumen T€ 4.200 befristet bis zum 31.12.2010 von Seiten der finanzierenden Bank vor.

Gerd Habedank
Geschäftsführer

Wirtschaftsplan 2011

der

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH

000200

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

**zu TOP 4.2.4. GB 0182/2010 - Stralsunder Wohnungsbau GmbH -
Wirtschaftsplan 2011**

Gäste: Herr Vetter, Herr Roch, Frau Harder, Herr Behrndt

Frau Jeworrek bittet um Veränderung des Schreibfehlers "2010" in der Problemdarstellung.
Dies wird von *Frau Harder* zugesichert.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0182/2010 entsprechend e)
Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu
beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Marschstadt Stralsund
DER ÜBERRÜCKERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000201

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0182/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 29.09.2010
Datum der Sitzung: 18.11.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: Stralsunder Wohnungsbau GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

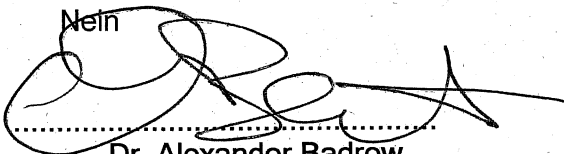
Die Vorlage wurde beraten mit	Aufsichtsrat	am	27.09.2010
	Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben	am	13.10.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit:

Nein

Unterschrift des Einreichers:



Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

000202

a) Problem

Die Geschäftsführung der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH stellt jährlich, rechtzeitig vor Beginn eines Wirtschaftsjahres in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung einen Wirtschaftsplan einschließlich eines fünfjährigen Finanzplanes auf. Dieser ist gemäß § 13 Punkt 4 des Gesellschaftsvertrages durch die Gesellschafterversammlung zu beschließen. Für die Tochtergesellschaft der SWG ist ebenfalls ein Wirtschaftsplan zur Kenntnisnahme beigelegt.

Der Wirtschaftsplan 2011 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 27.09.2010 beraten und der Gesellschafterversammlung zur entsprechenden Beschlussfassung empfohlen.

Als Jahresergebnis wird für das Wirtschaftsjahr 2011 ein Jahresgewinn von 1.733.200 Euro ausgewiesen, von dem eine Gewinnausschüttung an die Alleingesellschafterin in Höhe von 1.600.000 Euro vorgesehen ist. Dies entspricht der Vorgabe der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund (siehe Haushaltssicherungskonzept der Hansestadt Stralsund, Beschlussnummer 2009-IV-03-1149 vom 24.03.2009). Zudem soll im Wirtschaftsjahr 2011 gemäß Haushaltssicherungskonzept eine weitere Kapitalentnahme in Höhe von 4.000.000 Euro erfolgen. Im Vorbericht wird darauf verwiesen, dass sich daraus eine Verringerung der Investitionstätigkeit in 2011 ergibt. Ein in den Folgejahren erhöhter Bedarf an Kreditmitteln und den damit verbundenen Kosten belasten das zukünftige Ergebnis der Gesellschaft. Auf Grund der geplanten Kreditaufnahme und den im Rahmen des § 72 Kommunalverfassung M-V bestehenden Pflichten der Vertreter bei einer Kreditaufnahme ist eine Beschlussfassung durch die Bürgerschaft zu erwirken.

Mit Einreichung des städtischen Haushaltsplanes 2011 sind gemäß § 1 Punkt 10 der Gemeindehaushaltsverordnung die Wirtschaftspläne der Unternehmen, an denen die Hansestadt Stralsund mit beherrschendem Einfluss beteiligt ist, beizufügen.

b) Lösungsvorschlag

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH wird beraten und durch die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushaltsplan der Jahres 2011 beschlossen.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen mit der Abwicklung des Wirtschaftsplanes der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH für das Jahr 2011 keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen beschließt:

1.

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 festzustellen.

2.

Der bevollmächtigte Vertreter der Gesellschafterin Hansestadt Stralsund wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung eine Vorabausschüttung in maximal der Höhe des im Geschäftsjahr geplanten und im Geschäftsjahr erwirtschafteten Gewinn zu beschließen.

3.

Die Geschäftsführung wird beauftragt, durch entsprechende Maßnahmen eine Ergebnisverbesserung ab dem Wirtschaftsjahr 2012 in Höhe von jeweils 1.600.000 Euro anzustreben und umzusetzen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: bevollmächtigter Gesellschafter

g) Anlage

Wirtschaftsplan 2011 der SWG mbH

Beschluss des Aufsichtsrates

Beschluss 13/2010

Der Aufsichtsrat beschließt, dem Gesellschafter zu empfehlen, dem Wirtschaftsplan 2011 der SWG mbH in der Fassung vom 27.09.2010 zuzustimmen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.



Chill
Aufsichtsratsvorsitzende

14. 9. 10

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011

Die Hauptaufgabe der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH für das Planjahr 2011 und Folgejahre wird weiterhin in der Erhaltung und Bewirtschaftung des für die Unternehmensstrategie dauerhaft benötigten Wohnungsbestandes zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegen. Die demographische Entwicklung sowie die wirtschaftliche Situation hinterlassen ihre Spuren auf dem Wohnungsmarkt in der Hansestadt Stralsund. Die Nachfrage erfolgt gezielt nach saniertem Wohnraum in guter Lage. Es ist erforderlich, gutes und sicheres Wohnen zu gewährleisten und Wohnquartiere stabil und nachhaltig zu entwickeln. Schwerpunkt ist die Anpassung der Wohnungsbestände an die Wohnbedürfnisse der Mieter.

Die Bevölkerungsentwicklung in Stralsund ist leicht rückläufig. Als Risiken werden auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen gesehen. Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt.

Die Leerstandsquote hat sich in einzelnen Stadtgebieten erhöht. Vor allem bei großen Wohnungen in oberen Geschosslagen ohne Aufzug gestaltet sich die Vermietung immer schwieriger. Durch gezielte Rückbaumaßnahmen soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Der Wohnungsbestand der SWG mbH wird regelmäßig im Rahmen der Portfolioanalyse bewertet. Die in diesem Zusammenhang ermittelten Daten bilden die Grundlage für die weitere Verfahrensweise und den Umgang mit den Objekten. Hieraus ableitend werden Entscheidungen sowohl für Investitionen als auch für Desinvestitionen getroffen.

Die im Rahmen von Analysen aufgezeigten Leerstände sind überwiegend in unsanierten Objekten zu verzeichnen. Sie stellen ein erhebliches Potential an Überkapazitäten auf dem Wohnungsmarkt dar, woraus sich vor allem innerhalb der Bestands- und Umsatzentwicklung Risiken für das Unternehmen ableiten. Entsprechend der in den letzten Jahren gestiegenen Leerstandszahlen und der sich daraus ableitenden Prognoserechnungen sind für Objekte, die nicht für den dauerhaft benötigten Wohnungsbestand berücksichtigt werden, folgende Festlegungen getroffen worden:

- ⇒ Reduzierung des Bestandes durch Abriss im Rahmen des „Stadtumbauprogramm Ost“ mit Rückbauförderung
- ⇒ Abriss sonstiger nicht mehr vermietbarer Objekte ohne Rückbauförderung
- ⇒ „Abwohnen“ von Bestandswohnungen – spätere Entscheidung zum weiteren Umgang und
- ⇒ Verkauf von unrentablen Objekten

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2011

Die Hauptaufgabe der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH für das Planjahr 2011 und Folgejahre wird weiterhin in der Erhaltung und Bewirtschaftung des für die Unternehmensstrategie dauerhaft benötigten Wohnungsbestandes zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegen. Die demographische Entwicklung sowie die wirtschaftliche Situation hinterlassen ihre Spuren auf dem Wohnungsmarkt in der Hansestadt Stralsund. Die Nachfrage erfolgt gezielt nach saniertem Wohnraum in guter Lage. Es ist erforderlich, gutes und sicheres Wohnen zu gewährleisten und Wohnquartiere stabil und nachhaltig zu entwickeln. Schwerpunkt ist die Anpassung der Wohnungsbestände an die Wohnbedürfnisse der Mieter.

Die Bevölkerungsentwicklung in Stralsund ist leicht rückläufig. Als Risiken werden auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen gesehen. Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt.

Die Leerstandsquote hat sich in einzelnen Stadtgebieten erhöht. Vor allem bei großen Wohnungen in oberen Geschosslagen ohne Aufzug gestaltet sich die Vermietung immer schwieriger. Durch gezielte Rückbaumaßnahmen soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Der Wohnungsbestand der SWG mbH wird regelmäßig im Rahmen der Portfolioanalyse bewertet. Die in diesem Zusammenhang ermittelten Daten bilden die Grundlage für die weitere Verfahrensweise und den Umgang mit den Objekten. Hieraus ableitend werden Entscheidungen sowohl für Investitionen als auch für Desinvestitionen getroffen.

Die im Rahmen von Analysen aufgezeigten Leerstände sind überwiegend in unsanierten Objekten zu verzeichnen. Sie stellen ein erhebliches Potential an Überkapazitäten auf dem Wohnungsmarkt dar, woraus sich vor allem innerhalb der Bestands- und Umsatzentwicklung Risiken für das Unternehmen ableiten. Entsprechend der in den letzten Jahren gestiegenen Leerstandszahlen und der sich daraus ableitenden Prognoserechnungen sind für Objekte, die nicht für den dauerhaft benötigten Wohnungsbestand berücksichtigt werden, folgende Festlegungen getroffen worden:

- Reduzierung des Bestandes durch Abriss im Rahmen des „Stadtumbauprogramm Ost“ mit Rückbauförderung
- Abriss sonstiger nicht mehr vermietbarer Objekte ohne Rückbauförderung
- „Abwohnen“ von Bestandswohnungen – spätere Entscheidung zum weiteren Umgang und
- Verkauf von unrentablen Objekten

Nachdem in den Geschäftsjahren 2006 bis 2010 bereits 692 Wohnungen vom Markt genommen wurden, sieht die Planung den Rückbau von weiteren 264 Wohnungen mit einer Fläche von insgesamt 14.086 m² bis zum Jahr 2014 vor:

geplanter Abriss	Anzahl WE	m ² Wfl.	davon nicht über ISEK	
			Anzahl WE	m ² Wfl.
2011	115	6.568	15	562
2012	89	5.248	25	1.283
2013	<u>60</u>	<u>2.270</u>	<u>60</u>	<u>2.270</u>
	<u>264</u>	<u>14.086</u>	<u>100</u>	<u>4.115</u>

Ziel ist es, den Leerstand sowohl durch Rückbaumaßnahmen als auch durch gezielte Vermietung von leerstehenden Wohnungen zu minimieren.

Die im Rahmen des Rückbaus anfallenden Aufwendungen werden durch das Programm „Stadtumbau Ost“ durch Zuschüsse (50,00 €/m² rückgebaute Wohnfläche) gefördert. Das Förderprogramm ist zunächst befristet bis 2016.

Die Fortschreibung des Rahmenplanes im Zusammenhang mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept durch die Hansestadt Stralsund ist in Bearbeitung. Von Bedeutung ist die Erweiterung der Zielgebiete für Rückbaumaßnahmen auf den Bereich Knieper West. Durch die SWG mbH sind Rückbaumaßnahmen in diesem Stadtgebiet vorgesehen. Aufgrund der Förderung können diese auch realisiert werden. Die mit dem Abriss von Objekten verbundenen Kosten werden so teilweise kompensiert:

	Plan 2011 T€	Plan 2012 T€	Plan 2013 T€	Plan 2014 T€
Desinvestitionskosten:				
- Abrisskosten	373	350	237	0
- zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des Freizugs	<u>39</u>	<u>35</u>	<u>11</u>	<u>0</u>
Aufwendungen gesamt	412	385	248	0
abzüglich				
- Zuschüsse im Rahmen ISEK	<u>300</u>	<u>198</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
verbleibender Verlust	<u>112</u>	<u>187</u>	<u>248</u>	<u>0</u>

Für die Erhaltung des dauerhaft benötigten Wohnungsbestandes erfolgen auch zukünftig Investitionen in die Modernisierung von Objekten in guter Wohnlage. Bei der Auswahl der Objekte spielen Kriterien wie Standortqualität, Bauweise, Mieterstruktur und Wirtschaftlichkeit eine wesentliche Rolle. Der Entwicklung der Altersstruktur der Mieter entsprechend sind die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen anzupassen.

Aufgrund der gezielten Nachfrage nach sanierten Wohnungen in guter Lage wurde im Rahmen der Quartiersentwicklung im Bereich Frankenhof die Entscheidung für den Neubau von drei Wohngebäuden mit insgesamt 63 Wohneinheiten und ca. 4.526 m² Wohnfläche mit Aufzügen ausgestattet, getroffen. Bei dem Quartier handelt es sich um einen räumlich abgegrenzten Bereich, der in den Jahren 2006 und 2007 durch Abriss nicht mehr nutzbarer Gebäude beräumt wurde. Es liegt in unmittelbarer Altstadtnähe im erweiterten Sanierungsgebiet der Hansestadt Stralsund.

Das Gesamtvolumen für die drei Neubauten einschließlich einer Tiefgarage mit 109 Plätzen beträgt insgesamt 10.239 T€. Mit den Tiefbauarbeiten wurde bereits in 2009 begonnen. Aufgrund von archäologischen Ausgrabungen verzögerten sich die Baumaßnahmen. Die Gründung der Gebäude wurde geändert. Insgesamt führte dies zu einer Kostenerhöhung von 599 T€. Das gesamte Bauvorhaben erstreckt sich über 4 Bauabschnitte verteilt über die Jahre 2009 bis 2013.

Auswirkungen aus den vorangestellten Sachverhalten finden sich insbesondere im Planansatz in der Position „Umsatzerlöse gesamt“ wieder. Die Erlöse aus Mieteinnahmen, die aufgrund von Erlösschmälerungen wegen Leerstand negativ beeinflusst werden, können im Planjahr 2011 durch die ganzjährige Auswirkung der Mieterhöhung für die in 2010 modernisierten Objekte ausgeglichen werden.

Es ist eine deutliche Steigerung der Wohnnebenkosten zu verzeichnen. Die Erhöhung der gegenüber den Mietern abzurechnenden Betriebs- und Heizkosten führt bilanziell zu einer Steigerung der „Umsatzerlöse gesamt“.

Dem gegenüber stehen jedoch entsprechend höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich der Betriebs- und Heizkosten. Höhere Kosten im Bereich Instandhaltung/Instandsetzung resultieren hauptsächlich aus der aufwandsintensiven Instandsetzung der Wohnungen bei Mieterwechsel. Des Weiteren spiegeln sich in dieser Position die Kosten der geplanten Abrissmaßnahmen wider.

➔ sonstige betriebliche Erträge

Die Erhöhung der Erträge gegenüber dem Plan 2010 betrifft die Zuschussförderung für den Rückbau im Rahmen „Stadtumbau Ost“ sowie die bilanzielle Erfassung der Versicherungsansprüche aus der Insolvenzsicherung für Erfüllungsrückstände im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen.

➔ Personalaufwendungen

Die Planung der Personalkosten berücksichtigt Tarifierhöhungen und Leistungen für Berufsjahre in Anlehnung an den Manteltarifvertrag der Wohnungswirtschaft. Es bestehen 12 Altersteilzeitverträge im Blockmodell.

➔ sonstige betriebliche Aufwendungen

Die geplanten sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten ein jährliches Budget für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring in Höhe von 110,0 T€.

➔ Zinsaufwand

Die starke Reduzierung der Zinsaufwendungen wird sowohl durch Tilgung als auch durch die Umschuldung zu wesentlich günstigeren Konditionen realisiert.

➤ Steuern vom Einkommen und Ertrag

Aufgrund der Einschränkung der Verlustverrechnungsmöglichkeit im Bereich der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer ist auch zukünftig mit einer entsprechenden Steuerbelastung zu rechnen.

Bei der Ermittlung der Steuerbelastung für 2011 und Folgejahre wurde aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von einer steuerlichen Organschaft zwischen der SWG mbH und der Tochtergesellschaft SIC GmbH ausgegangen.

Entwicklung der Erfolgslage von 2011– 2014

Die Position „Umsatzerlöse gesamt“ beinhaltet die Erlöse aus Mieteinnahmen abzüglich Erlösschmälerungen aus Leerstand, die Erträge aus Betriebskosten-Umlagen (Abrechnung des jeweiligen Vorjahres) abzüglich Erlösschmälerungen aus Leerstand, die Verwaltungsgebühren aus der Betreuungstätigkeit für Dritte sowie die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens.

Die Planung der Mieteinnahmen berücksichtigt 2011 ein Mietausfallwagnis von 9,2 %. Es wird zunächst mit einer Stagnation der Leerstandsentwicklung gerechnet, die insbesondere auf die Marktbereinigung durch Rückbau von Wohnungen zurückzuführen ist. Aufgrund der demographischen sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist ab 2012 ein steigendes Mietausfallwagnis zu erwarten. Die geplanten Mehrerlöse aus Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen wirken sich erst ab 2013 aus, so dass ab 2013 wieder mit einer Steigerung der Mieterlöse insgesamt gerechnet wird.

Die Erhöhung der gegenüber den Mietern abzurechnenden Betriebs- und Heizkosten führt in den Jahren 2011 - 2014 jeweils zu einer Steigerung der „Umsatzerlöse gesamt“.

In der Entwicklung der Planposition „sonstige betriebliche Erträge“ spiegelt sich in den einzelnen Jahren der Zuschuss für rückgebaute Wohnungen gemäß Landesrichtlinien M-V (50 €/m² Wfl.) wider. Des Weiteren wirkt sich in dieser Position die Entwicklung der versicherten Wertguthaben der in Altersteilzeit beschäftigten Mitarbeiter aus.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen wirken sich aufwandserhöhend zum einen die Kosten des Rückbaus von Wohnungen und für in diesem Zusammenhang stehende Maßnahmen wie Sicherung der Verkehrspflichten, Umzugskosten der Mieter und ähnliches aus, zum anderen spiegeln sich hier die angekündigten Kostenerhöhungen bei den Betriebs- und Heizkosten wider. Ebenso führt der Mehraufwand bei der Instandsetzung der Wohnungen bei Mieterwechsel zu höheren Kosten.

In den Jahren 2011 und 2012 wirken sich die Umschuldungen von Darlehen zu wesentlich günstigeren Zinskonditionen erheblich aus. Negativ beeinflusst werden diese Einsparungen durch die erhöhte Kreditaufnahme für Investitionen ab 2011.

Jahresergebnisse

Die vorgesehene Verwendung der Jahresgewinne sieht wie folgt aus:

	2011 T€	2012 T€	2013 T€	2014 T€
Jahresgewinn	1.733	1.394	1.411	1.695
davon Ausschüttung an Gesellschafter	1.600	1.394	1.411	1.600
davon Vortrag auf neue Rechnung	133	-	-	95

Zusätzlich zur jährlichen Ausschüttung an den Gesellschafter erfolgt im Jahr 2011 eine Kapitalentnahme in Höhe von 4,0 Mio. € durch die Hansestadt Stralsund.

Die sich daraus ergebende Verringerung der Investitionstätigkeit in 2011 und in den Folgejahren sowie der erhöhte Bedarf an Kreditmitteln und den damit verbundenen Kosten belasten das zukünftige Ergebnis entsprechend.

Investitionsprogramm 2011 – 2014

Das geplante Investitionsprogramm für den Zeitraum 2011 bis 2014 weist eine Gesamthöhe von 17,9 Mio. € aus, die aus 11,8 Mio. € Kredite sowie 6,1 Mio. € Eigenmittel finanziert werden.

Vom ausgewiesenen Gesamtinvestitionsvolumen entfallen auf

	2011 T€	2012 T€	2013 T€	2014 T€
Neubau	3.020	3.085	600	0
Modernisierung	1.800	1.050	3.742	4.040
Ersatzinvestition	<u>150</u>	<u>150</u>	<u>150</u>	<u>160</u>
	4.970	4.285	4.492	4.200

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt über

	2011 T€	2012 T€	2013 T€	2014 T€
Kredite	3.980	3.000	2.330	2.500
Eigenmittel	990	1.285	2.162	1.700

Die Neubauinvestitionen betreffen ausschließlich die Neubebauung des Frankenhofes. Die Maßnahme läuft über 4 Bauabschnitte beginnend im Jahr 2009 und umfasst ein Investitionsvolumen von insgesamt 10,2 Mio. € (einschließlich Tiefgarage). Die Finanzierung erfolgt zu 5,5 Mio. € mit Fremdmittel und 4,7 Mio. € Eigenmittel. Die endgültige Fertigstellung ist in 2013 geplant.

Die Ausschreibung der Bauleistungen erfolgt teilweise jahresübergreifend für die Gesamtmaßnahme. Der Investitionsumfang für die Jahre 2010 bis 2012 ist daher insgesamt in Höhe von 8,6 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung im Plan 2010 dargestellt.

Die durch den Verzug im Bauablauf entstandene Verschiebung der Investitionskosten sowie die aufgrund von archäologischen Ausgrabungen und der notwendigen Änderung der Gründung der Gebäude entstandenen Mehrkosten sind im Plan 2011 als Ergänzung der Verpflichtungsermächtigung zu 2010 dargestellt.

Die Finanzierung der Neubauvorhaben wurde als Gesamtvereinbarung in 2010 getroffen, so dass der in Anlage 1 ausgewiesene Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen den Finanzierungsbedarf für dieses Neubauvorhaben nicht mehr enthält. Im Finanzplan hingegen sind die Zahlungszuflüsse entsprechend geplantem Baufortschritt im jeweiligen Jahr ausgewiesen.

Die Modernisierung in den Jahren 2011 und 2012 betrifft fast ausschließlich die Sanierung eines Gebäudekomplexes im Stadtgebiet Franken. Die Maßnahme umfasst 5 zusammenhängende Gebäude mit insgesamt 35 Wohnungen. Geplant ist ein Investitionsvolumen von 3,0 Mio. € (einschließlich Errichtung von Stellplätzen) verteilt über 3 Bauabschnitte beginnend in 2010. Die Finanzierung erfolgt mit 2,2 Mio. Fremdmitteln.

Da auch hier die Bauleistungen teilweise jahresübergreifend ausgeschrieben werden, ist der Investitionsumfang der Maßnahme mit insgesamt in Höhe von 3,0 Mio. € als weitere Verpflichtungsermächtigung im Plan 2011 dargestellt. Ebenso wird die Finanzierung als Gesamtvereinbarung abgeschlossen, so dass der in Anlage 1 ausgewiesene Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen den vollständigen Finanzierungsbedarf in Höhe von 2,2 Mio. € enthält. Im Finanzplan hingegen sind auch hier die Zahlungszuflüsse entsprechend dem geplanten Baufortschritt im jeweiligen Jahr abgebildet.

Für den Zeitraum 2011 bis 2014 sind Ersatzinvestitionen in Höhe von insgesamt 610 T€ geplant, die ausschließlich durch Eigenmittel finanziert werden.

Tilgung von Krediten

Im Jahr 2011 werden 7 Darlehen mit einer Gesamt-Restschuld von 22,5 Mio. € umgeschuldet.

	2011 T€	2012 T€	2013 T€	2014 T€
planmäßige Tilgung	3.509	4.122	4.332	4.446
Umschuldungen	<u>22.526</u>	<u>1.188</u>	<u>2.696</u>	<u>5.652</u>
	<u>26.035</u>	<u>5.310</u>	<u>7.028</u>	<u>10.098</u>

Der Kassenkredit in Höhe von 1.687 T€ dient der kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung.

Entwicklung der Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote wird sich aufgrund der Kapitalentnahme durch den Gesellschafter im Jahr 2011 sowie des dadurch notwendigen verstärkten Fremdmiteleinsatzes für Investitionen von 37,1 % in 2009 auf 36,5 % verringern.

Die Liquidität laut Finanzplan 2011 - 2014 ist unter Berücksichtigung der Aufnahme von Fremdmitteln für Modernisierungsvorhaben und Neubau gesichert.

Vetter
Geschäftsführer

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband

Hansestadt Stralsund

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan	in TEUR
- die Erträge	40.191,3
- die Aufwendungen	38.458,1
- der Jahresgewinn	1.733,2
- der Jahresverlust	-
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+6.951,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-4.570,0
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-5.129,5
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes	-2.748,5
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	25.005,7
- davon für Umschuldungen	22.525,7
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	4.072,0
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	1.687,0
4. Die Stellenübersicht weist 66,75 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus.	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	87.092,4
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	87.749,9
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	83.883,1

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am:

Stralsund, den 10.09.2010

.....

Erfolgsplan 2011

für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	36.788,1	36.835,2	37.468,5	38.062,2	38.609,9	39.045,1
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	137,7	38,0	739,0	96,0	257,0	359,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	94,5	72,1	56,0	51,0	52,0	50,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.630,7	1.272,1	1.799,3	1.588,4	1.271,9	1.151,8
5.	Materialaufwand	17.360,6	17.480,2	19.300,3	19.704,1	20.016,7	20.207,6
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.360,6	17.480,2	19.300,3	19.704,1	20.016,7	20.207,6
6.	Personalaufwand	3.504,3	3.516,4	3.628,3	3.626,7	3.639,3	3.613,2
	a) Löhne und Gehälter	2.892,7	2.908,3	2.958,8	2.957,6	2.967,1	2.937,8
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	611,6	608,1	669,5	669,1	672,2	675,4
	- davon für Altersversorgung	73,3	19,2	26,3	26,3	26,3	26,3
7.	Abschreibungen auf	7.022,0	5.950,1	5.809,2	5.912,3	6.107,5	6.187,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.022,0	5.950,1	5.809,2	5.912,3	6.107,5	6.187,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	840,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach Inanspruchnahme der Rücklage gemäß § 6 EStG	211,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) auf Sonderverlustkonto	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4 - 6 EigVo	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.908,5	1.911,5	2.194,9	2.115,9	2.024,0	1.910,3
11.	Erträge aus Beteiligungen	17,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	17,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	398,8	243,2	128,5	69,7	57,0	41,0

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.881,4	6.796,7	6.449,0	6.054,9	5.998,6	5.973,8
- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.390,7	2.805,7	2.809,6	2.453,4	2.461,7	2.755,0
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19. Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	94,2	261,7	237,0	212,0	213,0	233,0
23. Sonstige Steuern	716,7	730,3	839,4	847,5	837,5	826,9
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	1.579,8	1.813,7	1.733,2	1.393,9	1.411,2	1.695,1

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0,0
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	0,0
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	1.600,0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	0,0
d) auf neue Rechnung vorzutragen	133,2		

Finanzplan 2011

für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	1.579,8	1.813,7	1.733,2	1.393,9	1.411,2	1.695,1
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	7.022,0	5.950,1	5.809,2	5.912,3	6.107,5	6.187,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-310,2	-98,9	-98,9	-98,9	-98,9	-98,9
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-324,4	-95,0	-52,0	-35,0	-30,0	-20,0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0,0	62,0	-169,3	-101,9	-22,0	90,5
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-500,1	-38,0	22,8	15,6	3,3	4,1
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-648,6	-328,0	-294,0	-448,0	-362,0	-547,0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	29,9	-277,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</u>	6.848,4	6.988,9	6.951,0	6.638,0	7.009,1	7.310,8
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1.005,8	400,0	400,0	250,0	200,0	200,0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-7.055,9	-5.950,0	-4.970,0	-4.285,0	-4.492,0	-4.200,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	-100,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
19	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</u>	-6.050,1	-5.650,0	-4.570,0	-4.035,0	-4.292,0	-4.000,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-1.403,5	-1.600,0	-5.600,0	-1.527,1	-1.411,2	-1.600,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen einschließlich Umschuldungen	16.484,4	21.347,4	26.505,7	4.188,3	5.026,2	8.151,9
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten einschließlich Umschuldungen	-18.117,7	-22.783,6	-26.035,2	-5.310,1	-7.028,6	-10.098,4
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-3.036,8	-3.036,2	-5.129,5	-2.648,9	-3.413,6	-3.546,5
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-2.238,5	-1.697,3	-2.748,5	-45,9	-696,5	-235,7
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	11.753,2	9.514,7	7.817,4	5.068,9	5.023,0	4.326,5
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	9.514,7	7.817,4	5.068,9	5.023,0	4.326,5	4.090,8

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Bereichserfolgsplan 2011

Betriebsbereich e n t f ä l l t

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse						
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge						
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
6.	Personalaufwand						
	a) Löhne und Gehälter						
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf						
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen - davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB - davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten - davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB - davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen						
11.	Erträge aus Beteiligungen - davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens - davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen						
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen						
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19.	Außerordentliche Erträge						
20.	Außerordentliche Aufwendungen						
21.	Außerordentliches Ergebnis						
22.	Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23.	Sonstige Steuern						
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust						

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Bereichsfinanzplan 2011

Betriebsbereich e n t f ä l l t

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisan-teile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung						
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens						
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</u>						
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen						
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</u>						
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen einschließlich Umschuldungen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten einschließlich Umschuldungen						
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit						
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)						
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode						
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode						

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Investitionsübersicht 2011

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan) laufende Nr. der Finanzplanung Nr. 12

Beschreibung der Maßnahme: Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2011	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2012	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2013	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2014	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1.050,0	0,0	400,0	250,0	200,0	200,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Einzahlungen	1.050,0	0,0	400,0	250,0	200,0	200,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	21.480,5	3.533,5	4.970,0	4.285,0	4.492,0	4.200,0	0,0
<i>davon Grundstücke</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Neubau</i>	10.238,5	3.533,5	3.020,0	3.085,0	600,0	0,0	0,0
<i>davon Gebäude - Modernisierung -</i>	10.632,0	0,0	1.800,0	1.050,0	3.742,0	4.040,0	0,0
<i>davon Maschinen</i>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	610,0	0,0	150,0	150,0	150,0	160,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Auszahlungen	21.480,5	3.533,5	4.970,0	4.285,0	4.492,0	4.200,0	0,0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	12.682,0			4.135,0	600,0	0,0	0,0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-20.430,5	-3.533,5	-4.570,0	-4.035,0	-4.292,0	-4.000,0	0,0

Investitionsprogramm zum Finanzplan für das Jahr 2011 - 2015
für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstr. 27, 18439 Stralsund

Lfd.Nr. der Finanzplanung Anlage 3 Nr. 12: 12.1

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme: 2009 - 2013

Genauere Bezeichnung der Maßnahme:

Neubau von Wohngebäuden einschließlich Tiefgarage im Frankenhof

(Alle Angaben in TEUR)

			Gesamtkosten verteilen sich auf				
	Gesamt	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	
1.	Gesamtkosten	6.705,0	3.020,0	3.085,0	600,0	0,0	0,0
	davon						
	a) Baumaßnahmen	6.705,0	3.020,0	3.085,0	600,0	0,0	0,0
	b) Erwerb von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) Erwerb von beweglichen und immateriellen Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	d) Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen von Bewilligungsbescheid vom	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	2.205,0	520,0	1.085,0	600,0	0,0	0,0
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	4.500,0	2.500,0	2.000,0	0,0	0,0	0,0
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

3. **Folgekosten (p.a.):**

davon Personalkosten:

Investitionsprogramm zum Finanzplan für das Jahr 2011 - 2015
für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstr. 27, 18439 Stralsund

Lfd.Nr. der Finanzplanung Anlage 3 Nr. 12: 12.2

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme: jeweils innerhalb eines Planjahres
bzw. 2010 - 2012 (Gebäudekomplex
im Franken)

Genauere Bezeichnung der Maßnahme:

Sanierung von Wohngebäuden

(Alle Angaben in TEUR)

		Gesamtkosten verteilen sich auf					
	Gesamt	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	
1.	Gesamtkosten	14.632,0	1.800,0	1.050,0	3.742,0	4.040,0	4.000,0
	davon						
	a) Baumaßnahmen	14.632,0	1.800,0	1.050,0	3.742,0	4.040,0	4.000,0
	b) Erwerb von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) Erwerb von beweglichen und immateriellen Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	d) Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen von Bewilligungsbescheid vom	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	4.922,0	320,0	50,0	1.412,0	1.540,0	1.600,0
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	9.710,0	1.480,0	1.000,0	2.330,0	2.500,0	2.400,0
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

3. **Folgekosten (p.a.):**

davon Personalkosten:

Investitionsprogramm zum Finanzplan für das Jahr 2011 - 2015

für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstr. 27, 18439 Stralsund

Lfd.Nr. der Finanzplanung Anlage 3 Nr. 12: 12.3

Voraussichtlicher Beginn und
Ende der Maßnahme: jeweils innerhalb des Planjahres

Genauere Bezeichnung der Maßnahme:

Ersatzinvestitionen für Büro- und Geschäftsausstattung und immaterielle Vermögensgegenstände

(Alle Angaben in TEUR)

			Gesamtkosten verteilen sich auf				
		Gesamt	Jahr 2011	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015
1.	Gesamtkosten	760,0	150,0	150,0	150,0	160,0	150,0
	davon						
	a) Baumaßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Erwerb von Grundstücken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) Erwerb von beweglichen und immateriellen Gegenständen des Anlagevermögens	760,0	150,0	150,0	150,0	160,0	150,0
	d) Sonstige Kosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Finanzierung der Gesamtkosten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen von Bewilligungsbescheid vom	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Beiträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	c) nicht gedeckter Teil der Gesamtkosten (Eigenmittel)	760,0	150,0	150,0	150,0	160,0	150,0
	d) sonstige zweckgebundene Einnahmen (auch Kredite)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	e) Bereitstellung von Verpflichtungsermächtigungen im Planjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

3. **Folgekosten (p.a.):**

davon Personalkosten:

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

entfällt

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1	 				
von Bereich 2		 			
von Bereich 3			 		
von Bereich 4				 	
gesamt:					

Stellenübersicht 2011

für

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
1	2	3		4		5		6
	Geschäftsführung							
001	Geschäftsführer	1	AT	1	AT	1	AT	
002	Sekretärin	1	IV	1	IV	1	IV	
004	SB Neubau/Modernisierung	1	III	1	III	1	III	
005	Revisor	1	IVA	1	IVA	1	IVA	
054	Bauleiter	3	IV/V	3	IV/V	3	IV/V	2 ATZ aktive Phase
	Mahn-u.Rechtsabteilung							
003	Justitiar	1	AT	1	AT	1	AT	
036	SB Mahn-u.Rechtswesen	3	III	3	III	3	III	
037	Sozialarbeiter	2	III	2	III	2	III	
	Personal/Innere Dienste							
009	SB Pers./Eink./Hauptk.	1	III	1	III	1	III	
010	SB Lohn- u.Gehalt	1	IV	0,5	V	0,5	V	1 Abgang, 0,5 Zugang durch Umsetzung
011	SB Poststelle	0,75	III	0,75	III	0,75	III	
	Betriebswirt./Rechnungsw.							
016	Ltr.Betriebsw./Rechnungsw.	1	AT	1	AT	1	AT	
017	Sekretariat/Sachbearbeiter	1	IV	1	IV	1	IV	
018	SB Wirtschaftl.f.Investplanung	1	V	1	V	1	V	
019	SB Unternehmensfinanzierung/ Kapitalmarktbeschaffung/ Vermögenszuordnung/ Grundstückswesen	1	V	1	V	1	V	
020	SB Org./Datenverarbeitung	2	V	1,5	V	1,5	V	0,5 Abgang durch Umsetzung in 010
023	Gruppenlr.Rechnungswesen	1	VA	1	VA	1	VA	
024	SB Mietenbuchhaltung	2	IIIA	2	IIIA	2	IIIA	1 ATZ aktive Phase
025	SB Betriebskostenabrechnung	2	IIIA/III	2	IIIA/III	2	IIIA/III	
026	SB Rechnungseingang/ Archivierung	2,75	III/IIIA	2,75	III/IIIA	2,75	III/IIIA	3 ATZ aktive Phase
027	SB Kreditoren/ Debitoren/ Darlehensbuchhaltung	3	III/IIIA	3	III/IIIA	3	III/IIIA	
028	SB Bilanzierung/ Sanierung/ Abrechnung gegenüber Dritten	1	IIIA	1	IIIA	1	IIIA	
	Bestandsmanagement							
030	Leiter Bestandsmanagement/ Fremdverwaltung/ Drittverwaltg.	1	AT	1	AT	1	AT	
032	MA im Sekretariat	1	IV	1	IV	1	IV	1 ATZ aktive Phase
034	SB Bestandsmanagement	1	IV	1	IV	1	IV	
040	SB Service-Center	1,75	III	1,75	III	1,75	III	
071	SB Vermietung/ Kundenbetreuung/ Versicherung	1	III	1	III	1	III	

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
	Geschäftsstelle I Kn.W.				
042	SB Vermietung/ Kundenbetreuung	1 III	2 III	2 III	1 Zugang
044	SB Vermietung/ Kundenbetreuung	3 III	3 III	3 III	
045	SB Kleininstandhaltung/ Kundendienstleiter	2 IV	2 IV	2 IV	
046	Technischer Sachbearbeiter	2 III/A	2 III/A	2 III/A	1 ATZ aktive Phase
047	SB Service-Center	1,5 III	1,5 III	1,5 III	
	Geschäftsstelle II Hafenstr.				
049	SB Vermietung/ Kundenbetreuung	2 III/IV	3 III/IV	2 III/IV	
050	SB Kleininstandhaltung/ Kundendienstleiter	1 IV	1 IV	1 IV	1 ATZ aktive Phase
051	SB Wohnungsabnahme/-übergabe	1 III/A	1 III/A	1 III/A	1 ATZ aktive Phase
	Fremdverw./Drittverwaltg.				
075	A-Z Sachbearbeiter	3 IIIA/V/III	3 IIIA/V/III	3 IIIA/V/III	1 ATZ aktive Phase
076	Techn.Sachbearbeiter	1 III	1 III	1 III	
077	Assistenz SB	1 IIA	1 IIA	1 IIA	
	Gewerbe				
079	Vorarbeiter Maler	1 LG4	1 LG4	1 LG4	1 ATZ aktive Phase
080	Maler	1 LG3	1 LG3	1 LG3	
081	Maler	4 LG2	4 LG2	4 LG2	
082	Fussbodenleger	1 LG2	1 LG2	1 LG2	
083	Elektriker	2 LG2/LG3	2 LG2/LG3	2 LG2/LG3	
Summe		66,75	67,75	66,75	
	Auszubildende				
	1. Ausbildungsjahr	3	3	3	
	2. Ausbildungsjahr	3	3	3	
	3. Ausbildungsjahr	3	3	3	
Insgesamt		75,75	76,75	75,75	

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Hafenstraße 27, 18439 Stralsund

Übersicht

**über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en)	Vorjahre und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2011	2012	2013	2014	2015
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2010 (12.1)	8.610,0	2.660,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2011 (12.1)	1.025,0	425,0	600,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2011 (12.2)	3.047,0	1.050,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2011 gesamt	4.072,0	1.475,0	600,0	0,0	0,0
Summe	12.682,0	4.135,0	600,0	0,0	0,0
<u>nachrichtlich:</u> Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	2.200,0 *	1.000,0	0,0	0,0	0,0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	2.200,0	1.000,0	0,0	0,0	0,0

* Finanzierung für Neubau Frankenhof (12.1) in Höhe von insgesamt 5,5 Mio. € bereits im Planjahr 2010 enthalten und genehmigt;

Wirtschaftsplan 2011

der

**Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum
GmbH**

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 13.10.2010**

zu TOP 4.2.8 GB 0189/2010 - SIG GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Gäste: Herr Fürst, Herr Roch, Frau Harder, Herr Behrndt

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Beschlussvorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0189/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 18.10.2010

Hansstadt Stralsund
DER OBERSCHÜFFENREISER
10408 Stralsund
Büro des Bürgermeisters
der Bürgerschaft / Bürgerparlament
10408 Stralsund / PF 2145

000246

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0189/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 30.09.2010
Datum der Sitzung: 18.11.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: SIG GmbH - Wirtschaftsplan 2011

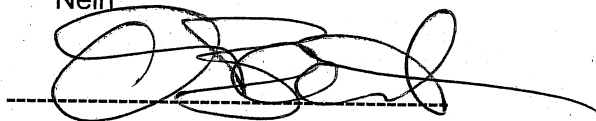
Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

Die Vorlage wurde beraten mit Ausschuss Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben
am 13.10.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:



Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

000247

11/16/2017 10:00 AM

11/16/2017 10:00 AM

a) Problem

Gemäß § 73 der Kommunalverfassung M-V in Verbindung mit § 11 des bestehenden Gesellschaftsvertrages der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH hat die Geschäftsführung rechtzeitig für jedes Wirtschaftsjahr in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan des Unternehmens ist von der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

Mit Einreichung des städtischen Haushaltsplanes 2011 sind gemäß § 1 Punkt 10 der Gemeindehaushaltsverordnung die Wirtschaftspläne der Unternehmen, an denen die Hansestadt Stralsund mit beherrschendem Einfluss beteiligt ist, beizufügen.

Der Wirtschaftsplan 2011 wurde durch den Geschäftsführer formal in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften erstellt. Er weist einen geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.000 Euro aus.

b) Lösungsvorschlag

Es wird empfohlen den beigefügten Wirtschaftsplan 2011 der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH zu beraten und zu beschließen. Im Wirtschaftsjahr sind durch den Geschäftsführer nach wie vor weiterhin Möglichkeiten zu generieren und zu prüfen, um eine kostendeckende Bewirtschaftung des Innovations- und Gründerzentrums zu erreichen und nachhaltig zu sichern.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen aus der Umsetzung des Wirtschaftsplanes 2011 keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH erhält die Weisung, dem beiliegenden Wirtschaftsplan 2011 in der Gesellschafterversammlung zu beschließen. Der Geschäftsführer ist zu beauftragen, weiterhin alle vertretbaren Maßnahmen einzuleiten, um mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu realisieren und dieses nachhaltig zu sichern.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: bevollmächtigter Gesellschafter

g) Anlage

Wirtschaftsplan 2011

**Stralsunder Innovations- und
Gründerzentrum GmbH**
Heinrich-Mann-Straße 11

D-18435 Stralsund
Telefon: 03831 367-500
Telefax: 03831 367-555
E-Mail : info@sig-hst.de
Internet: www.sig-hst.de

Wirtschaftsplan 2011

Stralsund, 21.09.2010

.....
Peter Fürst
Geschäftsführer

Gliederung

- 0 Vorbericht**
- 1 Zusammenstellung (Anlage 1, zu §14)**
- 2 Erfolgsplan (Anlage 2, zu §15)**
- 3 Finanzplan (Anlage 3, zu §16)**
- 4 Bereichserfolgsplan (Anlage 4a, zu §17)**
- 5 Bereichsfinanzplan (Anlage 4b, zu §17)**
- 6 Investitionsübersicht (Anlage 5, zu §16 Abs.3)**
- 7 Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen (Anlage 6, zu §17)**
- 8 Stellenübersicht (Anlage 7, zu §14)**
- 9 Übersicht über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen (Anlage 8 zu §14)**

0 Vorbericht

Die SIG Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH, Stralsund (kurz „SIG“) ist mit Gesellschaftervertrag vom 24. März 1997 errichtet worden.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichtes Stralsund erfolgte am 7. November 1997.

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und das Bewirtschaften eines Innovations- und Gründerzentrums in der Hansestadt Stralsund. Ziel ist die Förderung von innovativen Unternehmensgründungen, von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gesellschafter der SIG GmbH ist: **Hansestadt Stralsund**
mit einer Stammeinlage von
EUR 905.000,00

Die SIG GmbH beschäftigt im Jahr 2011 = 2 Angestellte, 1 Geschäftsführer

Mit der Finanzbuchhaltung ist die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH beauftragt. Die veranschlagten Umsatzerlöse orientieren sich am erzielten Erlös aus 2010.

Es werden die nachfolgenden betriebswirtschaftlichen Eckdaten für das Geschäftsjahr 2011 zum Ansatz gebracht:

<i>Umsatzerlöse</i>		165.000,00 EUR
• davon aus Vermietung	ca.	85.500,00 EUR
• davon aus Betriebskostenvorauszahlung	ca.	52.000,00 EUR
• davon aus Dienstleistungsabrechnungen (Telefon, Telefax, Internet, Kopierservice etc., Konferenzraumvermietung)	ca.	27.500,00 EUR
<i>Sonstige betriebliche Erträge</i> <i>(inklusive Erträge aus d. Auflösung des</i>		155.000,00 EUR
<i>Sonderpostens mit Rücklageanteil)</i>		
<i>Betriebliche Aufwendungen</i>		105.000,00 EUR
• Aufwendungen für Betrieb	ca.	57.400,00 EUR
- Wasser/Abwasser	6.000,00 EUR	
- Heizung	24.000,00 EUR	
- Restmüll	1.400,00 EUR	
- Reinigung	9.000,00 EUR	
- Verbrauchsmaterialien Sanitär	600,00 EUR	
- Strom	8.000,00 EUR	
- Versicherungen	2.800,00 EUR	
- Wach- und Sicherheitsdienst	2.000,00 EUR	
- Wartungen etc.	3.600,00 EUR	
• Aufwendungen für Dienstleistungen (Telefon, Telefax, Internet, Wartungspauschale Kopierer,		

Leasingpauschale Kopierer, Mietleasing KfZ. etc.)	ca. 12.700,00 EUR
• Sonstige betriebliche Aufwendungen	ca. 500,00 EUR
Reparatur Instandhaltung etc.	ca. 11.600,00 EUR
• Aufwendungen für Buchführung, Jahresabschluss, Wirtschaftsprüfer etc.	ca. 10.000,00 EUR
• Fremdleistungen	ca. 12.800,00 EUR

Personalaufwand

66.000,00 EUR

• Löhne und Gehälter.	ca. 54.000,00 EUR
• Gesetzliche Sozialaufwendungen	ca. 12.000,00 EUR

Zinsen und ähnliche Erträge

3.000,00 EUR

Steuern (Grundsteuern und Kfz-Steuern)

5.000,00 EUR

Mögliche Abschreibungen für das Gebäude, die Außenanlagen und die Ausstattung
(normale, lineare AfA auf den jeweiligen Eigenanteil der durchgeführten Investitionen)

ca. 152.000,00 EUR

Jahresgewinn/Jahresverlust

Mit den dargestellten wirtschaftlichen Eckdaten wird der **Jahresverlust** der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 **ca. 5.000,00 EURO** betragen.

Ursache dafür sind zum einen die generell schlechten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Forderungsausfälle; schlechtes Klima für innovative, technologieorientierte Existenzgründungen etc.) und zum anderen die Verfügbarkeit preisgünstiger Büro- und Gewerbeflächen in der Hansestadt Stralsund und Umgebung.

Weiterhin werden Existenzgründern sogenannte „Gründerzimmer“ zur Verfügung gestellt und mit der Gewährung von Staffelmieten günstige Rahmenbedingungen für Neugründungen geboten, die allerdings bei der SIG GmbH zu Einnahmedefiziten führen.

Eine marktübliche Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals entsprechend der Forderung des § 75 Wirtschaftsgrundsätze der Kommunalverfassung ist mit folgender Begründung nicht möglich: Der Gesellschaftszweck ist generell wirtschaftsfördernd im Sinne des Anreizens von regionalen innovativen, technologieorientierten Unternehmensgründungen.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

Zusammenstellung für das Jahr

2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

323.000,00

328.000,00

./ 5000,00

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

0,00

./ 1000,00

./ 1000,00

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,0

0,0

0,0

0,0

4. Die Stellenübersicht weist 2 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

699.000,00

694.000,00

689.000,00

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- davon an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	./ 23000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21.	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23.	Sonstige Steuern	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-28.000,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00	-5.000,00

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	5.000,00
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	./. 28000,00	./. 5000,00	./. 5000,00	./. 5000,00	./. 5000,00	./. 5000,00
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	152000,00	152000,00	152000,00	152000,00	152000,00	152000,00
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	./. 138000,00	./. 139000,00	./. 139000,00	./. 139000,00	./. 139000,00	./. 139000,00
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	13000,00	./. 10000,00	./. 11000,00	./. 9000,00	./. 9000,00	./. 9000,00
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	./. 3000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	7000,00	2000,00	3000,00	1000,00	1000,00	1000,00
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00	./. 1000,00
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
24 Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit						
25 Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	0,00	./ 1000,00	./ 1000,00	./ 1000,00	./ 1000,00	./ 10000,00
26 (+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27 (+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	205000,00	207000,00	206000,00	205000,00	204000,00	203000,00
28 Finanzmittelbestand am Ende der Periode	207000,00	206000,00	205000,00	204000,00	203000,00	202000,00

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1		0,00	0,00	0,00	0,00
von Bereich 2	0,00		0,00	0,00	0,00
von Bereich 3	0,00	0,00		0,00	0,00
von Bereich 4	0,00	0,00	0,00		0,00
gesamt:	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Stellenübersicht

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stralsunder Innovations- und

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1	1	1	ohne Vergütung
2	Haustechnischer Angestel.	1	1	1	EV
3	Sekretärin	1	1	1	EV
insgesamt		3	3	3	

Name des Betriebes/Unternehmens:
**Stralsunder Innovations- und
Gründerzentrum GmbH**

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
				
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
veranschlagt im Planjahr 20..	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<u>nachrichtlich:</u> Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Wirtschaftsplan 2011

der

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 15.09.2010**

**zu TOP 4.2.5. GB 0160/2010 - Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH -
Wirtschaftsplan 2011**

Gäste: Herr Steuer, Herr Boie, Frau Harder, Herr Behrndt

Herr Steuer macht Ausführungen zum Erfolgsplan. Daraus ist eine sehr hohe Konstanz der Umsatzerlöse in den Jahren 2009-2011 ersichtlich. Das angestrebte Ergebnis für 2011 entspricht etwa dem von 2010.

Herr Boie geht auf die Maßnahmen ein, die auch für 2011 eine volle Auslastung versprechen. In diesem Jahr gibt es einen Vertrag mit der TLG, in dem die SES Projektsteuerer ist. Dies entlastet die Trägerquote. Als Problem erwähnt *Herr Boie* den Einsatz von Firmen auf den Baustellen in Stralsund. Dadurch wird die Durchsetzung der Zeitpläne schwierig.

Herr John bittet um Erläuterungen zur Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 200 T€. *Herr Steuer* erklärt, das dazu alle Kosten außer dem Personalaufwand gehören. *Herr Boie und Herr Steuer* sichern Herrn John zu, die Aufspaltung in schriftlicher Form nachzureichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0160/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 zu beschließen.

Abstimmung: *9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen*

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 17.09.2010

Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000266

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0160/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 06.09.2010
Datum der Sitzung: 14.10.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Herr Rainer Behrndt · Sachbearbeiter
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

Die Vorlage wurde beraten mit
Aufsichtsrat am 18.08.2010
Ausschuss für Wirtschaft und
Gesellschafteraufgaben am 15.09.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:


Dr. Alexander Badrow
Oberbürgermeister

000267

a) Problem

Gemäß § 73 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a der Kommunalverfassung M-V hat die Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt wird und der Wirtschaftsplan der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben wird.

Die Hansestadt Stralsund ist mit 50 % (76.700 Euro) am Stammkapital (153.400 Euro) der Gesellschaft beteiligt. Gemäß § 73 Kommunalverfassung M-V hat die Gemeinde bei nichtmehrheitlicher Beteiligung auf die Umsetzung kommunalrechtlicher Vorschriften in der Gesellschaft hinzuwirken.

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird in Anwendung des § 71 Absatz 1 (Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen) der Kommunalverfassung M-V auf Empfehlung des Aufsichtsrates den städtischen Beschlussgremien zur Kenntnis, Beratung und Beschlussfassung übergeben.

b) Lösungsvorschlag

Der Wirtschaftsplan 2011 sowie die Beschlussfassung des Aufsichtsrates der SES GmbH wird der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zur Beratung und Beschlussfassung übergeben.

Als Jahresergebnis wird für das Wirtschaftsjahr 2011 ein Jahresgewinn von 54.900 Euro ausgewiesen sowie eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafterinnen mit je 27.000 Euro vorgesehen.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen aus der Abwicklung des Wirtschaftsplanes für das Haushaltsjahr 2011 keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 festzustellen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: umgehend

Zuständigkeit: Gesellschafterversammlung

g) Anlage

Wirtschaftsplan 2011

Beschluss des Aufsichtsrates

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Auszug aus dem Protokoll des Aufsichtsrates der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH am 18. August 2010 zu TOP 4,5,6,7 und 8

TOP 4

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse:

- a) Der Jahresabschluss der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH für das Jahr 2009, der eine Bilanzsumme von 1.091.436,79 Euro ausweist, wird festgestellt.
- b) Der Bilanzgewinn von 48 584,42 Euro wird wie folgt verwendet:

Ausschüttung an die Gesellschafter	37 800,00 Euro
Vortrag auf neue Rechnung	10 784,42 Euro

Anmerkung:

Ausstehende Rückzahlungen durch das Finanzamt in Höhe von ca. 10.000,00 Euro sind der SES noch nicht zugeflossen, somit noch nicht ausschüttbar.

Die Auszahlung wird zum 2. November 2010 erfolgen.

- c) Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
- d) Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
- e) Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2010 wird die Revision- und Treuhand-Kommanditgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft bestellt.

TOP 5

- a) Der Bericht des Aufsichtsrates über seine Tätigkeit im Jahre 2009 wird entsprechend der Vorlage verabschiedet.
- b) Der Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 gemäß § 42 a GmbH Gesetz wird entsprechend der Vorlage verabschiedet.

TOP 6

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 einschließlich seiner Anlagen in der Fassung vom 30. Juli 2010, deren Erfolgsplan einen voraussichtlichen Jahresgewinn von ca. 55 T-EURO ausweist, wird genehmigt.

000260 R.d.A.

Kardes

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH**WIRTSCHAFTSPLAN
für das Jahr 2011****I. Für den Wirtschaftsplan**

1. Zusammenstellung
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Pläne für die einzelnen Bereiche
 - a) Bereichserfolgsplan - entfällt -
 - b) Bereichsfinanzplan - entfällt -
5. Investitionsübersicht - entfällt -
6. Übersicht über die Bereiche des Eigenbetriebes - entfällt -
7. Stellenübersicht
8. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen - entfällt -

II. Für den Jahresabschluss

9. Bilanz
10. Gewinn- und Verlustrechnung
11. Finanzrechnung
12.
 - a) Anlagenübersicht
 - b) Forderungsübersicht
 - c) Verbindlichkeitenübersicht

Stralsund, den 30. Juli 2010

Boje



Steuer



000270

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
_____ ²⁾

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

1.461,0

1.406,1

54,9

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

69,0

0,0

92,4

-23,4

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

4. Die Stellenübersicht weist 13 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

345,1

376,1

364,1

6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ Nummer 10 des Finanzplans

⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans

⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans

⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans

⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

000271

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	1.506,7	1.452,4	1.459,0	1.400,0	1.389,4	1.390,2
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	13,0					
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	6,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
5.	Materialaufwand	654,5	565,9	568,0	531,0	535,9	541,1
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	654,5	565,9	568,0	531,0	535,9	541,1
6.	Personalaufwand	576,1	583,6	588,5	573,6	558,8	554,6
	a) Löhne und Gehälter	485,4	497,2	497,8	485,4	473,1	469,7
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	90,7	86,4	90,7	88,2	85,7	84,9
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf	4,1	3,3	3,5	3,5	3,5	3,5
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	4,1	3,3	3,5	3,5	3,5	3,5
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO						
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	204,7	203,7	211,4	207,4	207,3	207,3
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	2,8	18,0	1,0	1,0	1,0	1,0

000272

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10,9	14,0	5,4	5,2	5,0	4,8
- davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78,7	100,9	84,2	81,3	80,9	80,9
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41,5	33,0	28,7	26,7	26,7	26,7
23. Sonstige Steuern	0,9	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	36,3	67,3	54,9	54,0	53,6	53,6

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1,2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1,2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	54,0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0,9		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	Hansestadt Stralsund	50%	27,0
2.	BIG-STÄDTEBAU GmbH	50%	27,0
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Abs. 5 GemHVO Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	36,3	67,3	54,9	54,0	53,6	53,6
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	4,1	3,3	3,5	3,5	3,5	3,5
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-0,5					
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	10,3					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	10,3	12,0	10,6	10,0	9,9	10,0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	125,3					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	185,8	82,6	69,0	67,5	67,0	67,1
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-3,7					
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse						
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-75,0	-64,0	-87,0	-54,0	-54,0	-53,0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-160,2	-5,7	-5,4	-5,4	-5,8	-6,1

000274

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-235,2	-69,7	-92,4	-59,4	-59,8	-59,1
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-53,1	12,9	-23,4	8,1	7,2	8,0
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	643,8	590,7	603,6	580,2	588,3	595,5
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	590,7	603,6	580,2	588,3	595,5	603,5

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Bereichserfolgsplan

- entfällt -

Betriebsbereich

		-in TEUR-				
Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse					
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen					
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4.	Sonstige betriebliche Erträge					
5.	Materialaufwand					
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren					
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
6.	Personalaufwand					
	a) Löhne und Gehälter					
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung					
7.	Abschreibungen auf					
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen					
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB					
	- davon nach § 254 HGB					
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten					
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB					
	- davon nach § 254 HGB					
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO					
9.	Konzessionsabgabe					
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen					
11.	Erträge aus Beteiligungen					
	- davon aus verbundenen Unternehmen					
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
	- davon aus verbundenen Unternehmen					
13.	Zinsen und ähnliche Erträge					
	- davon aus verbundenen Unternehmen					
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens					
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
	davon an verbundene Unternehmen					
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit					
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen					
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme					
19.	Außerordentliche Erträge					
20.	Außerordentliche Aufwendungen					
21.	Außerordentliches Ergebnis					
22.	Steuern vom Einkommen und Ertrag					
23.	Sonstige Steuern					
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust					

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Bereichsfinanzplan

- entfällt -

Betriebsbereich

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisan- teile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung						
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens						
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forde-rungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind						
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit						
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens						
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen						
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen davon a) empfangene Ertragszuschüsse b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit						

000277

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführungen aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit						
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)						
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode						
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode						

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

- entfällt -

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme:							
Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	in TEUR
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
davon empfangene Ertragszuschüsse							
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
davon Grundstücke							
davon Gebäude							
davon Maschinen							
davon Büro- und Geschäftsausstattung							
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen							
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							

000279

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

- entfällt -

Übersicht über Leistungsbeziehungen zwischen den Betriebsbereichen

Die Übersicht kann je nach Umfang des Betriebes bzw. der Anzahl der Bereiche in verbaler oder grafischer Form dargestellt werden. Auf die Pflichtausführungen im Vorbericht wird hingewiesen. Erfolgen dort umfangreiche Ausführungen, kann auf eine separate Darstellung hier verzichtet werden.

Die Leistungsbeziehungen der Bereiche untereinander können wie folgt abgebildet werden:

Beispiel:

	an Bereich 1	an Bereich 2	an Bereich 3	an Bereich 4	gesamt:
von Bereich 1					
von Bereich 2					
von Bereich 3					
von Bereich 4					
gesamt:					

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführung	2 AT*)	2	2 AT	Einzelvertrag
2	Prokurist	1 AT	1	1 AT	Einzelvertrag
3	Projektleiter	2 Tarifgruppe V	2	1 Tarifgruppe V	Tarifvertrag **)
4	Assistenten	0 AT	0	0 AT	Einzelvertrag
5	Allgemeine Verwaltung	4 Tarifgruppe IIIA - V	5	4 Tarifgruppe IIIA - V	Tarifvertrag
6	Auszubildende	2 Tarifgruppe III - IIIA	2	2 Tarifgruppe III - IIIA	Tarifvertrag
7	Denkmalhof	1 Tarifgruppe AZ	1	1 Tarifgruppe AZ	Tarifvertrag
8	Quartiersmanager	0 AT	0	0 AT	Einzelvertrag
		2 AT	2	2 AT	Einzelvertrag
	*) Außertarifliche Bezahlung				
	**) Tarifvertrag für die Beschäftigten der Wohnungswirtschaft				
Insgesamt		14	15	13	

000281

Name des Betriebes/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

- entfällt -

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	In TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
veranschlagt im Planjahr 20..					
Summe					
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Bilanz für das Jahr 2009

Aktivseite		2009	2008
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	57,00	459,00
2.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
a)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	83.404,38	86.426,38
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören		
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6.	Verteilungsanlagen ¹⁾		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr		
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören		
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.454,12	3.447,12
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾		
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
6.	Sonstige Ausleihungen		
B.	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	13.081,25	
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren		
4.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	385.846,46	368.581,12
4.	Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen		
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	11.612,54	51.972,41
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	590.837,04	643.749,27
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	144,00	
		1.091.436,79	1.154.635,30

000283

Passivseite		2009	2008
A.	Eigenkapital		
I.	Stammkapital	153.400,00	153.400,00
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage	143.161,73	143.161,73
2.	Zweckgebundene Rücklage		
III.	Gewinn/Verlust		
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresgewinn/Jahresverlust	48.584,42	87.192,45
B.	Sonderposten		
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾		
II.	zum Anlagevermögen		
1.	empfangene Ertragszuschüsse		
2.	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
III.	Sonstige		
C.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
2.	Steuerrückstellungen	9.567,39	20.323,00
3.	Sonstige Rückstellungen	210.272,84	189.147,65
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	145.495,32	305.269,58
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.712,35	5.431,75
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.070,26	36.179,72
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	17.070,26	36.179,72
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	161.935,15	91.848,96
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen		
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	201.949,68	128.112,21
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	201.949,68	128.112,21
b)	aus Steuern		
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit		
E	Rechnungsabgrenzungsposten		
		1.091.436,79	1.154.635,30

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet sinngemäß Anwendung

³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Gewinn- und Verlustrechnung

1.	Umsatzerlöse	1.506.702,10
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	13.081,25
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	
4.	Sonstige betriebliche Erträge	6.563,38
5.	Materialaufwand	
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	654.517,14
6.	Personalaufwand	
	a) Löhne und Gehälter	485.291,42
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	90.752,67
	davon für Altersversorgung	
7.	Abschreibungen	
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.127,81
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB	
	davon nach § 254 HGB	
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	
9.	Konzessionsabgabe	
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	204.734,62
11.	Erträge aus Beteiligungen	
	davon aus verbundenen Unternehmen	
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	
	davon aus verbundenen Unternehmen	
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	2.813,67
	davon aus verbundenen Unternehmen	
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.991,86
	davon an verbundene Unternehmen	
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78.744,88
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	

000085

18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	<u> </u>
19.	Außerordentliche Erträge	<u> </u>
20.	Außerordentliche Aufwendungen	<u> </u>
21.	Außerordentliches Ergebnis	<u> </u>
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u> 41.482,30</u>
23.	Sonstige Steuern	<u> 870,61</u>
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust	<u> 36.391,97</u>

Name des Betriebs/Unternehmens:

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Finanzrechnung

		-in TEUR-	
	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Wirtschaftsjahr
		2008	2009
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	75.200,00	36.400,00
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	15.400,00	4.100,00
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen		
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-2.200,00	-500,00
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	136.600,00	10.300,00
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-15.900,00	10.300,00
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-425.100,00	125.300,00
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten		
10	Summe Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-216.000,00	185.900,00
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens		
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen		-3.700,00
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		
	davon		
	a) empfangene Ertragszuschüsse		
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen		
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	0,00	-3.700,00
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde	-57.000,00	-75.000,00
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	250.000,00	
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-5.600,00	-160.200,00
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	187.400,00	-235.200,00
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-28.600,00	-53.000,00
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands		
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	672.400,00	643.800,00
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	643.800,00	590.800,00

000287

Name des Betriebs/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Anlagenübersicht

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Restbuchwerte		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, sonstiges		
		Stand zum 31.12. 2009	Zugänge im Jahr 2009	Abgänge im Jahr 2009	Umbuchungen im Jahr 2009	Stand zum 31.12. 2009	Zuschreibungen im Jahr 2009	Abschreibungen im Jahr 2009	Umbuchungen im Jahr 2009	Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge 2009	Abschreibungen zum 31.12. 2009		Restbuchwerte am Ende des Jahres 2009	Restbuchwerte am Ende des Jahres 2008
I	Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.847,94				2.847,94	402,00	2.790,94			57,00	459,00		
2.	Gelastete Anzählungen													
	Summe immaterielle Vermögensgegenstände	2.847,94	0,00	0,00	0,00	2.847,94	402,00	2.790,94	0,00	0,00	57,00	459,00	0,00	
II	Sachanlagen													
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
a)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	444.122,82				444.122,82	3.022,00	360.718,44			0,00	86.426,38		
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges													
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten													
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten													
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören													
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ²⁾													
6.	Verteilungsanlagen ²⁾													
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen													
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr													
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören													
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.071,16	3.710,81			24.781,97	703,81	18.327,85			6.454,12	3.447,12		
11.	Gelastete Anzählungen und Anlagen im Bau	465.193,98	3.710,81	0,00	0,00	468.904,79	3.725,81	379.046,29	0,00	0,00	89.858,50	89.873,50	0,00	
	Summe Sachanlagen	468.041,92	3.710,81	0,00	0,00	471.752,73	4.127,81	381.837,23	0,00	0,00	89.915,50	90.332,50	0,00	
III	Finanzanlagen													
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen													
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen													
3.	Beteiligungen													
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht													
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens													
6.	Sonstige Ausleihungen													
	Summe Finanzanlagen													
	Summe Anlagevermögen	468.041,92	3.710,81	0,00	0,00	471.752,73	4.127,81	381.837,23	0,00	0,00	89.915,50	90.332,50	0,00	
	Summe Sonderposten³⁾													

¹⁾ Einschließlich aller aufgelaufener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.

²⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung

³⁾ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen.

000288

Name des Betriebs/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Forderungsübersicht

Ifd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigungen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres			
		31.12.2008	31.12.2009	2009	davon mit einer Restlaufzeit			
		in TEUR						bis zu einem Jahr
1	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	- davon							
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen							
	b) privatrechtliche Forderungen							
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	- davon							
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen							
	b) privatrechtliche Forderungen							
3	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	- davon							
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen							
	b) privatrechtliche Forderungen							
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen	369.545,56	385.846,46	0,00	356.695,72	29.150,74	0,00	
	- davon							
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	369.545,56	385.846,46		356.695,72	29.150,74		
	b) privatrechtliche Forderungen							
5	Sonstige Vermögensgegenstände							
	Summe Forderungen	51.007,97	11.612,54		11.612,54			
		420.553,53	397.459,00	0,00	368.308,26	29.150,74	0,00	

Name des Betriebs/Unternehmens:
Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Verbindlichkeitenübersicht

Ifd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12. 2009			Stand zum 31.12. 2009 (Nominalwert)	Abszinsung zum 31.12. 2009	Stand zum 31.12. 2009 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand-ähnliche Rechte besichert	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. 2008 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
in TEUR										
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	5.712,35	23.062,64	116.720,33	145.495,32		145.495,32			305.269,58
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				0,00		0,00			
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr				0,00		0,00			
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.070,26			17.070,26		17.070,26			36.179,72
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr				0,00		0,00			
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel				0,00		0,00			
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				0,00		0,00			
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				0,00		0,00			
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen	151.847,83	1.806,19	8.281,13	161.935,15		161.935,15			91.848,96
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	201.949,68			201.949,68		201.949,68			128.112,21
	davon:				0,00		0,00			
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	567,10			567,10		567,10			
b)	aus Steuern	201.382,58			201.382,58		201.382,58			
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit				0,00		0,00			
9.	Summe der Verbindlichkeiten	376.580,12	24.868,83	125.001,46	526.450,41	0,00	526.450,41	145.495,32		561.410,47

000290

Wirtschaftsplan 2011

der

Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 15.09.2010**

**zu TOP 4.2.3. GB 0151/2010 - Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH -
Wirtschaftsplan 2011**

Gäste: Herr Wojtasik, Herr Behrndt, Frau Harder

Herr Behrndt erklärt *Herrn Löwen* den Hintergrund der Formulierung auf Seite 2 (b) zur Ausräumung des Vorbehaltes.

Herr Buxbaum stellt die Frage, ob die für 2013 zu findende Erhöhung des Personals mit der Gaststätte oder mit dem Flugbetrieb zusammenhängt. *Herr Wojtasik* geht von einer Verpachtung der Gaststätte aus. Die Planstelle betrifft den Flugbetrieb. *Herr Wojtasik* ergänzt, dass im letzten Jahr eine Informationsveranstaltung mit Fluggesellschaften, Hoteliers und Tourismusverbänden stattfand, in der sich die Eingeladenen zum vorgestellten Konzept bekannten. Aus diesem Grund wurde das Vermarktungskonzept mit dem Ziel in Auftrag gegeben herauszufinden, welches Modell am Besten ist. Es sollen alle davon partizipieren, damit der Flughafen das Risiko für die Flüge nicht allein trägt. Vorverträge sind noch nicht abgeschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0151/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2011 zu beschließen.

Abstimmung: *5 Zustimmungen 3 Gegenstimmen 1Stimmenthaltungen*

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 17.09.2010

Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000292

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0151/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 24.08.2010
Datum der Sitzung: 09.12.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Herr Rainer Behrndt · Sachbearbeiter

Die Vorlage wurde beraten mit am
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben 15.09.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: Nein

Unterschrift des Einreichers:



Dr. Badrow
Oberbürgermeister

000293

a) Problem

Gemäß § 73 Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a der Kommunalverfassung M-V hat die Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt wird und der Wirtschaftsplan der Gemeindevertretung zur Kenntnis gegeben wird, soweit ihr unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens oder einer Einrichtung des privaten Rechts gehören bzw. die Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden die Mehrheit der Anteile besitzt. Letzteres ist der Fall, da neben der Hansestadt Stralsund (37,5 %), dem Landkreis Nordvorpommern (37,5 %) und der Stadt Barth (25 %) insgesamt die Anteile an der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH gehören.

Der Wirtschaftsplan wurde am 07.07.2010 durch die Gesellschafterversammlung beraten und beschlossen. Der Gesellschafterbeschluss erfolgte vorbehaltlich der Genehmigung der jeweiligen Beschlussgremien der Vertreter der Gemeinden in der Gesellschafterversammlung.

b) Lösungsvorschlag

Der Wirtschaftsplan 2011 entspricht den Vorschriften der Neufassung der Eigenbetriebsverordnung am 25.02.2008 des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Aufgrund des Flughafenbetriebes und der Beteiligungsverhältnisse ergibt sich zur Deckung des Jahresfehlbetrages für das Geschäftsjahr 2011 ein anteiliger Betrag der Hansestadt Stralsund in Höhe von 110.150 Euro. Dieser wird zur unterjährigen Sicherung der Liquidität im Laufe des Jahres als Vorschuss an die Gesellschaft gezahlt.

Die Bürgerschaft stimmt dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 zu und weist den Vertreter in der Gesellschafterversammlung an, die Geschäftsführung der Gesellschaft zu informieren, dass der Vorbehalt bezüglich des bereits gefassten Gesellschafterbeschlusses seitens der Hansestadt Stralsund ausgeräumt ist.

c) Alternativen

Es sind keine Alternativen vorgesehen.

d) Kosten

Seitens der Hansestadt Stralsund sind für das Geschäftsjahr 2011 finanzielle Mittel in Höhe des im Wirtschaftsplan vorgesehen Verlustausgleiches für die Gesellschaft bereitzustellen.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung beschließt:

1.

Die Beschlussfassung des Vertreters der Hansestadt Stralsund in der Gesellschafterversammlung der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH hinsichtlich der Zustimmung zum Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 der Gesellschaft in der Fassung vom 07.07.2010 gemäß der Anlage wird genehmigt.

2.

Der sich aufgrund des Beteiligungsverhältnisses (37,5 %) für das Geschäftsjahr 2011 aus dem Wirtschaftsplan zur Deckung des Jahresfehlbetrages von insgesamt 293.700 Euro

ergebende anteilige Betrag der Hansestadt Stralsund in Höhe von 110.150 Euro wird zur unterjährigen Sicherung der Liquidität der Gesellschaft im Laufe des Jahres als Vorschuss an die Gesellschaft gezahlt.

3.

Dem Geschäftsführer ist die Ausräumung des im Beschluss der Gesellschafterversammlung bestehenden Vorbehalts durch die Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund mitzuteilen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: Oberbürgermeister

g) Anlage

Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 07.07.2010

Wirtschaftsplan 2011 in der Fassung vom 07.07.2010

Beschlussvorlage der Geschäftsführung
der Gesellschafter

an die Gesellschafterversammlung

Titel / Thema: **Wirtschaftsplan 2011**

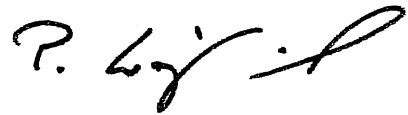
Beschlussvorschlag:

Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan 2011 in der Fassung vom 07.07.2010 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 293.700,00 Euro.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der entsprechenden Beschlussgremien der Gesellschafter.

Einreicher: Geschäftsführer

Unterschrift:



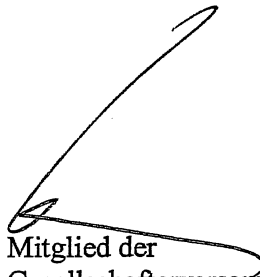
eingereicht am: 07.07.2010

Von der Gesellschafterversammlung am 07.07.2010 beschlossen .

Abstimmergebnis : -einstimmig-



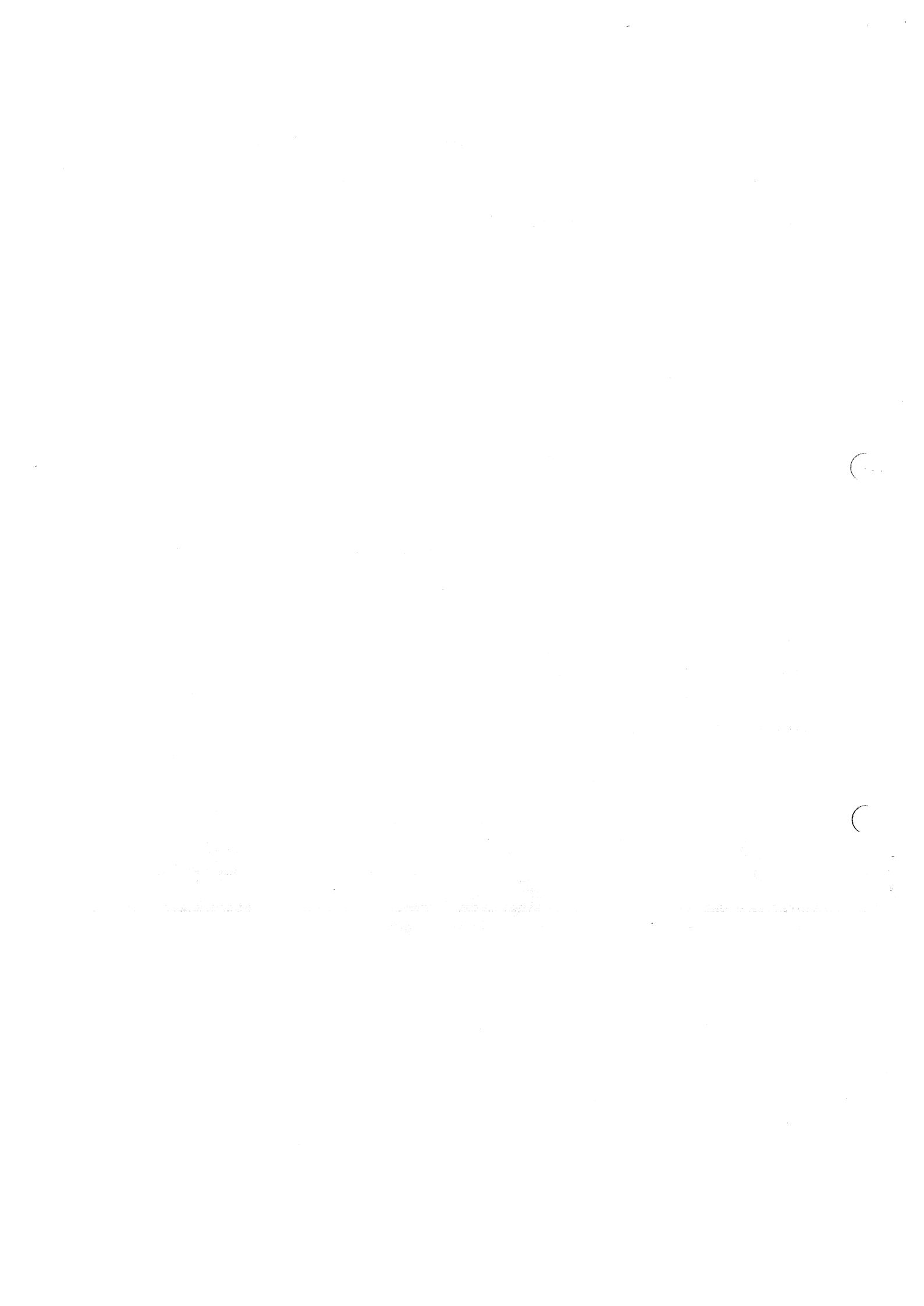
Vorsitzender der
Gesellschafterversammlung



Mitglied der
Gesellschafterversammlung



Schriftführer



Ostseeflughafen Stralsund Barth GmbH

Geschäftsführung

Barth, den 07.07.2010

Wirtschaftsplan 2011



**Paul Wojtasik
Geschäftsführer**

000297

1950

1951

1952

1953

1954

(

(

Inhaltsverzeichnis

1. **Vorbericht**
2. **Zusammenstellung**
3. **Erfolgsplan**
4. **Finanzplan**
5. **Stellenübersicht**
6. **Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**
7. **Investitionsplan**
8. **Anlagenübersicht**

Wirtschaftsplan 2011

Vorbericht

Mit der Übergabe des Zuwendungsbescheides am 25. November 2009 erhielt der Landkreis Nordvorpommern als Zuwendungsempfänger eine rechtsverbindliche Zusage zur Finanzierung des Vorhabens III. Ausbaustufe Ostseeflughafen Stralsund – Barth (Abfertigungsgebäude mit Tower und Flughafentechnik) in Höhe von **2.674.200,00 Euro**. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen gegeben, um den Flughafen in Barth weiter zu modernisieren. Die Region Stralsund / Nordvorpommern verfügt somit zum Ende die Planjahres über einen attraktiveren und leistungsfähigeren Flughafen.

Um nach Realisierung der Baumaßnahme den Bekanntheitsgrad zu erhöhen, ist mit Baubeginn ein Vermarktungskonzept in Auftrag gegeben worden.

III. Ausbaustufe

Auf der Grundlage der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn wurden bis zum 31.12.2009 276.295,52 Euro für Planungsleistungen und für den Ausbau des Nebengebäudes investiert.

Das geplante Investitionsvolumen einschließlich der nicht förderfähigen Kosten beträgt ca. 3.300.000,00 Euro (netto). Das LFI stellt den bewilligten Zuschuss in Höhe von 2.674.200,00 Euro wie folgt uns zur Verfügung:

- aus Mitteln für 2010, anzufordern bis zum 31.10.2010
mit einem Teilbetrag von 1.974.200,00 EUR
- aus Mitteln für 2011, anzufordern bis zum 31.10.2011
mit einem Teilbetrag von 700.000,00 EUR

Der Eigenanteil in Höhe von ca. 600.000,00 Euro wird

- a) aus der zweckgebundenen Rücklage in Höhe von 300.000,00 Euro
und
- b) über ein Darlehen der Sparkasse Vorpommern in Höhe von 300.000,00
finanziert.

Der Darlehensvertrag vom 29.09.2009 weist einen effektiven Jahreszins von 4,30% aus. Die Tilgungsbeträge werden erstmals am 30.07.2011 fällig. Sie betragen 5,788% des jährlichen Darlehensnennbetrages zuzüglich der durch die Rückzahlung ersparten Zinsen. Die jährliche Leistungsrate (Zinsen und Tilgung) beträgt somit 30.016,56 Euro. Der Kapitaldienst für die Kreditaufnahme wird aus den laufenden Kosten beglichen.

Die finanzielle Abwicklung des oben angeführten Vorhabens erfolgt auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Landkreis Nordvorpommern und der Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH.

Erfolgsplan

Der Erfolgsplan weist für das Geschäftsjahr 2009 einen Zuschuss der Gesellschafter zur Deckung des Jahresverlustes von 287.000,00 Euro aus. Der Jahresfehlbetrag betrug 270.031,47 Euro. Die Abweichung zum Planansatz beträgt damit 16.968,53 Euro.

Diese resultiert aus der Verzögerung des Baubeginns und damit geringeren Abschreibungen sowie dem noch nicht benötigten Kapitaldienst für das Vorhaben.

Der geplante Jahresfehlbetrag für das Planjahr beträgt 293.700,00 Euro. Er liegt damit im Rahmen der langfristigen Finanzplanung.

Im Jahr 2014 läuft die Zweckbindung für den II. Bauabschnitt, der 1994 abgeschlossen wurde, aus. Der Restbetrag „Sonderposten“ der aufzulösen ist, sind 32.700,00 Euro die letztmalig als Erträge ausgewiesen werden. Gleichzeitig enden die Abschreibungen, die auf 20 Jahre festgelegt waren.

Die Investitionszuschüsse für die III. Ausbaustufe werden aufgrund geänderter Bilanzierungsvorschriften direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgezogen. Ein Ausweis als Sonderposten darf nicht mehr erfolgen.

Finanzplan

Der Finanzplan weist für das Jahr 2009 einen Abfluss liquider Mittel in Höhe von 112.000,00 Euro aus. Für 2011 ist unter Berücksichtigung der Darlehensinanspruchnahme ein Finanzabfluss in Höhe von 325.100,00 Euro geplant.

Eigenkapital

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2009 erhöhte sich das Eigenkapital um 16.968,53 Euro auf 1.473.918,47 EUR.

Es wird sich im Planjahr 2011 voraussichtlich nicht verändern.

Durch die von den Gesellschaftern bereitgestellten Zuschüsse zur Deckung des Jahresverlustes war die Liquidität des Unternehmens stets gesichert.

Freiwillige nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderliche Aufwendungen des Unternehmens gibt es nicht.

Die Gesellschaft besitzt kein nicht betriebsnotwendiges Vermögen. Nicht betriebsnotwendige Geschäftsbereiche sind ebenfalls nicht vorhanden.

Das Budget für Werbemaßnahmen dient der Erarbeitung eines Vermarktungskonzeptes, der Aktualisierung der Homepage sowie der Anfertigung und dem Vertrieb von Flyern, um die Leistungen des Flughafens sowohl in der Region als auch außerhalb der Region darzustellen.

Die Entlohnung der Mitarbeiter orientiert sich z.T. am TVöD. Für die Flugleiter zahlt das Wirtschaftsministerium des Landes M-V einen Lohnkostenzuschuss. Sonderdienstverträge mit Vereinbarungen über eine Erfolgsbeteiligung etc. wurden nicht abgeschlossen.

Die Geschäftsanteile der Gesellschaft sind wie folgt verteilt:

Landkreis Nordvorpommern	37,5 %
Hansestadt Stralsund	37,5 %
Stadt Barth	25,0 %

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 30.060,00.

Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 25. September 2002.

Mit der Fertigstellung der Investitionsmaßnahmen und damit der Vollendung der Gesamtrekonstruktion des Flughafens werden Bedingungen geschaffen, die die weitere Entwicklung des Flughafens fördern. Der Flughafen wäre dann aufgrund der Länge der Start – und Landebahn sowie der Größe des Vorfeldes bei der derzeitigen Luftraumstruktur in der Lage Passagierflugzeuge mit einem max. Abfluggewicht bis 14 t (30 Sitze)

abzufertigen. Bei Einrichtung einer Kontrollzone würde sich die Sitzplatzkapazität der Flugzeuge auf 50 erhöhen.

Die Investitionsmaßnahme III. Ausbaustufe schafft sowohl für den Flughafen als auch in der Gastronomie neue Arbeitsplätze.

Gesellschafter und Geschäftsführung bemühen sich auch weiterhin intensiv um die Ansiedlung von Gewerbe, um so zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die Einnahmesituation zu verbessern.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Zusammenstellung für das Jahr 2011 für

Name des Betriebes/Unternehmens: Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat die Gesellschafterversammlung²⁾

durch Beschluss vom 07.07.2010 den Wirtschaftsplan

für d das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

Table with 2 columns: Description and Amount in TEUR. Rows include: 1. im Erfolgsplan (Erträge, Aufwendungen, Jahresgewinn, Jahresverlust), 2. im Finanzplan (Mittelzu-/Mittelabfluss), 3. Es werden festgesetzt (Gesamtbetrag Kredite, Verpflichtungsermächtigungen, Höchstbetrag Kredite), 4. Die Stellenübersicht weist 5 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus, 5. Der Stand des Eigenkapitals (betrag zum 31.12. des Vorjahres, betragt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich, betragt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich).

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters: Barth, den 07.07.2010 [Signature]

1) Nichtzutreffendes streichen
2) beschließendes Organ
3) nur, wenn Genehmigung erforderlich
4) Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für das Jahr 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

		-in TEUR-					
	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	57,0	60,0	60,0	144,0	205,0	205,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Sonstige betriebliche Erträge	233,8	195,0	206,0	206,0	206,0	75,0
5.	Materialaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6.	Personalaufwand	234,6	236,0	236,0	275,0	315,0	315,0
	a) Löhne und Gehälter	197,3	200,0	200,0	230,0	265,0	265,0
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	37,3	36,0	36,0	45,0	50,0	50,0
	- davon für Altersversorgung						
7.	Abschreibungen auf						
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	198,0	178,0	184,1	203,8	202,6	64,8
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon nach § 254 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.	Konzessionsabgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	130,8	119,0	122,4	140,0	147,9	150,0
10.	Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12.	Zinsen und ähnliche Erträge	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

000303

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	16,5	16,0	12,0	11,0	10,0
	- davon an verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-269,1	-294,5	-292,5	-280,8	-265,5	-259,8
16.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.	Außerordentliche Erträge						
19.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
20.	Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
21.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
22.	Sonstige Steuern	1,0	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
23.	Jahresfehlbetrag	270,1	295,5	293,7	282,0	266,7	261,0
24.	Erträge aus Verlustübernahme	287,0	295,5	293,7	282,0	266,7	261,0
25.	Jahresergebnis	16,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns

oder

Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	293,7
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.	Hansestadt Stralsund	37,50%	110,15
2.	Landkreis Nordvorpommern	37,50%	110,15
3.	Stadt Barth	25,00%	73,4
4.			
5.			
6.			

Finanzplan
für das Jahr 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:
Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

		-in TEUR-					
Bezeichnung		Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten *Jahresfehlbetrag	*270,1	*295,5	*293,7	*282,0	*266,7	*261,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	198	178	184,1	203,8	202,6	64,8
3	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-176	-161,9	-161,9	-161,9	-161,9	-32,7
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-0,8	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2,2					
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	8	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0					
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	<u>Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</u>	-238,7	-279,4	-271,5	-240,1	-226	-228,9
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
13	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-160,3	-2001	-1040	-15,3	-14,1	-14,1
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
19	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen *Auszahlung LFI	0	*2000	*700	0	0	0
20	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
21	(+) Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0

000305

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
22	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
23	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-160,3	-1	*-340,0	-15,3	-14,1	-14,1
24	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen **Zuschüsse der Gesellschafter	**287,0	**295,5	**293,7	**282,0	**266,7	**261,0
25	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
26	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	0	0	0	0	0	0
27	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	0	-20	-7,3	-20	-20	-20
28	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	287	275,5	286,4	262	246,7	241
29	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 23, 28)	-112	-4,9	-325,1	6,6	6,6	-2
30	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
31	(-) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	398	286	581,1	256	262,6	269,2
32	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	286	**581,1	256	262,6	269,2	267,2

*Finanzierung über Darlehen und Eigenmittel
aus Rücklage III. BA
**Darlehensauszahlung 300,0 T€

Kapitalflussrechnung in sinngemäßer Anwendung des DRS 2 mit indirekter Darstellung des Mittelzu- / Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit

Stellenübersicht

für das Jahr 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

		2010	Ist 2010	2011	
lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1	Geschäftsführer	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	1,0 lt. Vertrag	
2	Luftaufsichtspersonal	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	
3	Handwerk/Feuerwehr/ Tankdienst	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	2,0 lt. Vertrag	
	Retten u. Bergen	2 geringfügig Beschäftigte	2 geringfügig Beschäftigte	2 geringfügig Beschäftigte	
insgesamt		5,0	5,0	5,0	

000307

Name des Betriebes/Unternehmens:
Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH

Investitionsübersicht									
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)									
Beschreibung der Maßnahme:									
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	in TEUR	
Einzahlungen und Auszahlungen									
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0		0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen - Zuschuß LFI	2.700	2.000	700	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen									
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	↑ 3.244,80	2.161,30	1.040,00	15,3	14,1	14,1	14,1	0	0
davon Grundstücke				0	0	0	0	0	0
davon Gebäude und Aussenanlagen	2.831,50	2.153,00	635	0	0	0	0	0	0
davon Maschinen				0	0	0	0	0	0
davon Büro- und Geschäftsausstattung einschl. Tower-technik	413,3	8,3	405	15,3	14,1	14,1	14,1	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen									
Nachrichtlich veranschlagte VE			0	0	0	0	0	0	0
				0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Eigenanteil)	-544,8	-161,3	-340	-15,3	-14,1	-14,1	-14,1	0	0

000308

Name des Betriebes/Unternehmens:
**Ostseeflughafen Stralsund-Barth
GmbH**

Übersicht

**Über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

Verpflichtungsermächtigungen (VE-en) ¹⁾	Vorjahr und Planjahr ²⁾	davon zahlungswirksam im 1. Folgebjahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgebjahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgebjahr	davon zahlungswirksam im vierten Folgebjahr ⁴⁾
	2011	2012	2013	2014	2015
	in TEUR ³⁾				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2009	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0
veranschlagt im Planjahr 2011 u. 2012	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	700,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtbeitrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen; für das Planjahr ist die veranschlagte Gesamtsumme anzugeben.

³⁾ Die Angaben erfolgen in TEUR mit einer Dezimalstelle.

⁴⁾ Jahreszahlen eintragen

Name des Betrieb/Unternehmens:
Ostsee-Flughafen Stralsund - Barth GmbH

Anlagenübersicht 2011

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Abchreibungen, Wertberichtigungen		Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12.		Zurechnungen im Jahr		Abchreibungen im Jahr		Umbuchungen im Jahr		Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge		Abchreibungen zum 31.12.		Restbuchwerte am Ende des Jahres		Restbuchwerte am Ende des Jahres		Kontingenz		Wertminderung durch unentgeltliche Inlandhaltung, Abgaben, sonstige	
		Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr	Abgänge im Jahr	Umbuchungen im Jahr	Stand zum 31.12.	Zugänge im Jahr		Abgänge im Jahr
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	3,7	0,0	0,0	0,0	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,7	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	2,8		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten																								
2.	Geldwerte Anlagen	3,7	0,0	0,0	0,0	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,7	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	2,8		
1.2	Sachanlagen																								
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.280,2	0,0	0,0	0,0	1.280,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.280,2	0,0	918,3	918,3	0,0	0,0	249,9		
a)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	4.488,3	0,0	0,0	0,0	4.488,3	0,0	0,0	0,0	178,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4.488,3	0,0	4.747,7	4.747,7	0,0	0,0	12,4		
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenwege																								
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Nebenbauten																								
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten																								
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören																								
5.	Erzeugnisse, Gewinnungs- und Bezugsanlagen																								
6.	Verteilungsanlagen																								
7.	Gleisanlagen, Streckenartzung und Sicherheitsanlagen																								
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr																								
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 6 bis 9 gehören	113,3	73,7*	0,0	0,0	187,0	0,0	0,0	0,0	4,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	187,0	0,0	178,6	178,6	0,0	0,0	7,3		
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	188,8*	268,8*	0,0	0,0	455,1	0,0	0,0	0,0	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	455,1	0,0	453,8	453,8	0,0	0,0	0,3		
11.	Geldwerte Anlagen und Anlagen im Bau	6.041,6	340,0	0,0	0,0	6.381,6	0,0	0,0	0,0	145,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.381,6	0,0	4.475,2	4.475,2	0,0	0,0	1.906,4		
1.2	Finanzanlagen																								
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen																								
2.	Anteile an nicht verbundenen Unternehmen																								
3.	Beteiligungen																								
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht																								
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens																								
6.	Sonstige Ausleihungen																								
Summe Anlagevermögen		6.045,3	340,0	0,0	0,0	6.385,3	0,0	0,0	0,0	145,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.385,3	0,0	4.475,2	4.475,2	0,0	0,0	1.909,9		

1 Einmündlich oder auf Lebenszeit zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.
 2 Anlagen der Energie- und Wasserversorgung
 3 Die Begriffsbestimmung des § 15 AktG findet eingetraglich Anwendung
 * Nach dem Wirtschaftsjahr 2010 werden Zahlungen des LFI in Höhe von 2.000,0 TE erwartet. Nach den Regelungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sind diese direkt von den Anschaffungskosten abzuziehen.
 Das gleiche gilt für die im Planjahr fließenden Mittel.
 ** Flughafenstralsund 405,0 TE abzgl. 331,3 TE Zuschuss

000310

Wirtschaftsplan 2011

des

**Eigenbetriebes Städtischer Zentralfriedhof
der Hansestadt Stralsund**

EINGEGANGEN 04. Okt. 2010

378



an: Dezernat II

Auszug aus der Niederschrift
Betriebsausschuss am 14.09.2010

zu TOP 3.1.2 EB 0123/2010 - Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes
Städtischer Zentralfriedhof

Frau Kraksa-Röll merkt an, dass ihrerseits Fragen zu der Vorlage bestehen, sie zunächst aber noch Rücksprache mit ihrer Fraktion halten möchte; einer Zustimmung der Vorlage steht jedoch nichts entgegen.

Frau Schubert gibt einige kurze Erläuterungen und Ausführungen zum Wirtschaftsplan des Städtischen Zentralfriedhofes. Sie geht insbesondere auf die geplante Überarbeitung der Gebührensatzung sowie auf den Stellenplan ein und weist weiterhin darauf hin, dass mit den Mitarbeitern des Zentralfriedhofes bereits vereinbart wurde auch ab 2011 die 37-Stunden-Woche beizubehalten.

Auf Nachfrage von Herrn Hülse erläutert Frau Schubert, dass in den Personalkosten die Saisonkräfte bereits mit eingeplant sind. Zudem ist es vorteilhaft, Saisonkräfte zu beschäftigen, da diese in die niedrigste Entgeltgruppe eingruppiert und zudem nur nach Bedarf befristet beschäftigt werden. Weiterhin erläutert Frau Schubert, dass durch die gewerbliche Grabpflege wie bereits in der Vergangenheit Gewinne erwirtschaftet werden. Zusätzliche Dienstleistungen sind das "Rundumgeschäft"/"All-Inclusive-Service" auf dem Friedhof, d.h. wenn eine Grabstelle angeboten und das Grabnutzungsrecht verkauft wird, kann gleichzeitig die Pflege angeboten werden.

Herr Philippen möchte wissen, wie das Investitionsvolumen von 550.000 € finanziert werden soll. Frau Schubert erläutert, dass dies für die Sanierung der Trauerhalle genutzt wird, welche schrittweise bis 2016 realisiert werden soll. Eine Kostendeckung erfolgt über die regulären Gebühreneinnahmen; ein Förderantrag wurde leider abgelehnt.

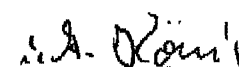
Der Ausschussvorsitzende Herr Philippen lässt über die Vorlage EB 0123/2010 wie folgt abstimmen:

Der Betriebsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage EB 0123/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
0 Stimmenthaltungen

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 04.10.2010


Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000312

Beschlussvorlage für den Eigenbetrieb

Titel: **Wirtschaftsplan 2011**
für den Eigenbetrieb
Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund

erarbeitet von: Dezernat II Herr Dieter Hartlieb, Senator und 1. Stellvertreter des OB
Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof, Frau Eva Schubert
Betriebsleiterin

Die Vorlage wurde mit folgenden Ausschüssen beraten:

Betriebsausschuss am: 14.09.2010

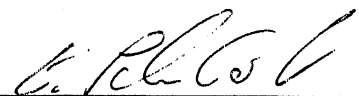
Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: nein

Unterschrift des Erarbeiters:



Senator und 1. Stellvertreter des OB



Betriebsleiterin

Beschlussvorlage für den Eigenbetrieb

Titel: **Wirtschaftsplan 2011**
für den Eigenbetrieb
Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund

erarbeitet von: Dezernat II Herr Dieter Hartlieb, Senator und 1.Stellvertreter des OB
Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof, Frau Eva Schubert
Betriebsleiterin

Die Vorlage wurde mit folgenden Ausschüssen beraten:

Betriebsausschuss am: 14.09.2010

Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit: nein

Unterschrift des Erarbeiters:



Senator und 1. Stellvertreter des OB



Betriebsleiterin

a) Problem

Der Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund hat gemäß §14 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO M-V, GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2020-2-46) vom 25.02.2008 vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan für 2011 ist nach § 5 EigVO M-V von der Bürgerschaft festzustellen.

b) Lösungsvorschlag

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund wurde auf der Grundlage der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird der Bürgerschaft zur Beratung und Feststellung nach § 5 (1), Ziffer 2 EigVO M-V übergeben.

Eine geltende Verwaltungsvorschrift für die Eigenbetriebsverordnung vom 25.02.2008 liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor. Die Erarbeitung des Wirtschaftsplanes basiert auf vorliegenden Mustern des Entwurfes für die Verwaltungsvorschrift "Hinweise zur Umsetzung der Eigenbetriebsverordnung " vom Mai 2010.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Der Hansestadt Stralsund entstehen aus der Abwicklung des Wirtschaftsplanes 2011 keine Kosten.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund wird gemäß Anlage festgestellt.

f) Terminstellungen / Zuständigkeiten

Termin : 01.01.2011
zuständig : Betriebsleitung des Eigenbetriebes

Büro Controlling
Rainer Behrndt
Az: 00.02.10.0001

13.07.2010

Dezernat II
Dieter Hartlieb

Stellungnahme zum Vorlagenentwurf EB 0123/2010

Dem Vorlagenentwurf Nr. EB 0123/2010 mit Bearbeitungsstand vom 12.07.2010 stimme ich

zu
 nicht zu

Begründung:

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund wurde auf der Grundlage des § 5 Absatz 3 der Betriebssatzung und der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird der Bürgerschaft zur Beratung und Feststellung nach § 5 (1), Ziffer 2 EigVO M-V übergeben. Eine geltende Verwaltungsvorschrift für die Eigenbetriebsverordnung vom 25.02.2008 liegt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vor. Die Erarbeitung des Wirtschaftsplanes basiert auf vorliegenden Mustern des Entwurfes zur Verwaltungsvorschrift "Hinweise zur Umsetzung der Eigenbetriebsverordnung" vom Mai 2010.

Der Wirtschaftsplan ist das wesentliche Planungs- und Finanzierungsinstrument des Eigenbetriebes und stellt nach der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft den Ermächtigungsrahmen für die Betriebsleitung dar. In der Vergangenheit aufgelaufenen Verluste wurden mit positiven Jahresergebnissen ausgeglichen. Es wird nunmehr für 2011 und die folgenden Jahre geplant notwendige Investitionen durchzuführen. Als wirtschaftliche Zielstellung werden ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Hinsichtlich der angesprochenen ggf. optional unterjährig abzuschließenden kreditähnlichen Rechtsgeschäfte wird darauf verwiesen, dass ggf. hierfür die Notwendigkeit der Einholung einer Einzelgenehmigung, soweit keine Genehmigungsfreiheit im Sinne der Verordnung über die Genehmigungsfreiheit von kommunalen Körperschaften vorliegt, besteht.

Soweit sich im Planjahr abzeichnet, dass sich vom Plan gravierende Abweichungen ergeben werden bzw. haben, wird auf die Verpflichtung gemäß § 14 Absatz 7 der Eigenbetriebsverordnung M-V einen Nachtragswirtschaftsplan aufzustellen verwiesen.

gez. Behrndt

000316

Wirtschaftsplan

2011

für den

Eigenbetrieb

Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund

Heinrich-Heine-Ring 77
18435 Stralsund

000317

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

**Wirtschaftsplan für das Jahr
2011**

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

Inhaltsverzeichnis:

0. Vorbericht
1. Zusammenstellung
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Investitionsübersicht
5. Stellenübersicht
6. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund

Vorbericht für das Jahr

2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

0. Rahmenbedingungen / Entwicklungen im Planungszeitraum

Die hoheitliche Aufgabe des kommunalen Bestattungswesens wird gegenwärtig auf dem Areal des Zentralfriedhofes mit einer Gesamtfläche von 28 ha erfüllt.

Die aus der Inanspruchnahme aktivierter Grabstätten resultierende Ertragsentwicklung wird durch das Bestattungsverhalten der Bürger, das sich in der Wahl der Beisetzungsart sowie der Grabstättenform äußert, durch Fallzahlen und notwendige Unterhaltungsmaßnahmen der Friedhofsanlage maßgeblich beeinflusst. Der Wirtschaftsplanung liegen die Veränderungen von Fallzahlen und das Bestattungsverhalten mit einer Zunahme der nicht für Bestattungen genutzten Flächen zu Grunde. Steigender Unterhaltungsaufwand, vorhandener Investitionsstau sowie eine sinkende Ausgabebereitschaft bzw. das Fehlen von Finanzmitteln für traditionelle Bestattungsformen verpflichten zu sparsamster Wirtschaftsführung mit parallel schrittweiser Herstellung einer Konkurrenzfähigkeit gegenüber privat initiierten Bestattungsalternativen.

1. Erträge und Aufwendungen

Die Wirtschaftsplanung weist eine längerfristige Kontinuität in Erträgen und Aufwendungen auf. Lediglich geringfügige Ertragssteigerungen werden prognostiziert, einhergehend mit der Steigerung der Personalkosten durch das Auslaufen der vereinbarten 37-h Woche ab 2013.

Auf Grund massiver Veränderungen im Bestattungsverhalten sowie diverser Konkurrenzangebote wird davon ausgegangen, daß trotz geplanter Gebührenanpassung keine relevante Steigerung der Umsatzerlöse erfolgen kann. Die Sicherung von Fallzahlen, eine Verschiebung innerhalb der Leistungsangebote und zusätzliche Dienstleistungen sollen die wirtschaftliche Stabilität wahren.

Ein sorgsamer Abgleich der innerhalb des Wirtschaftsjahres stark schwankenden Erträge mit den Aufwendungen wird jederzeit notwendig sein.

2. Jahresergebnisse

Die Wirtschaftsplanung weist für 2010 und die folgenden Jahre die vollständige Kostendeckung aus.

3. Finanzmittelüberschüsse / Finanzmittelfehlbeträge

In Abstimmung mit der Entwicklung des Rechnungsabgrenzungspostens für zukünftige Leistungen an Urnenwahlgräbern (§ 8 (5) 9) ist für die folgenden Jahre ein Zunahme an Finanzmitteln zu erwarten.

Geplant ist eine Verwendung von Teilen der Finanzmittelbestände für notwendige Investitionen. Die unterjährige Liquidität und eine Sicherheitsreserve für die stark schwankende Einnahmensituation bleibt erhalten.

4. Investitionen

Der Wirtschaftsplan weist für das Jahr 2011 Investitionsmaßnahmen in Höhe von gesamt 180T€ aus, davon 80 T€ für den zweiten Schritt der Sanierung der Trauerhalle gemäß Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2004-III-04-1062. Vorgesehen ist mit diesem Sanierungsabschnitt der Beginn der Inneraumsanierung Feierraum einschließlich Klimaschutzmaßnahmen. Die Investition ist mit dem Bauabschnitt 3 in Höhe von 100 T€, geplant für 2012, verbunden. Die nachfolgenden Sanierungsabschnitte Außensanierung Gebäudehülle, Innensanierung Urnenraum, Containersatzlösung Wirtschaftshof und Pavillion als Wartebereich können separat umgesetzt werden. Für die Gesamtinvestition Sanierung Trauerhalle wurden Baukosten in Höhe von 550 T€ veranschlagt. Die Umsetzung wird ausschließlich aus Eigenmitteln ohne Kreditaufnahme geplant, sich über den Planungshorizont hinaus, bis voraussichtlich zum Jahr 2016 hinziehen und nur umgesetzt, wenn geplante Finanzmittel entsprechend erwirtschaftet werden können.

Die Investitionen erfolgen zwecks Sicherung der Einnahmen und mit dem Ziel, die Folgekosten zu senken.

Die weiterhin im Wirtschaftsplan für 2011 eingestellten Investitionen in Höhe von 100T€ splitten sich zahlenmäßig auf, in Investitionen für eine schrittweise Erneuerung und Ergänzung von Technik, Infrastrukturmaßnahmen (Wasserleitung, Wegebau, Bänke, Mülleimer etc.), Grabanlagen und die Betriebsausstattung. Investitionsplanungen dienen der Erhaltung der Geschäftsfähigkeit, Neuinvestitionen zur Erweiterung werden nicht geplant.

Für finanzaufwendige und aus technischen Gegebenheiten sinnvoller zu leasende Friedhofstechnik ist neben den Anzahlungsbeträgen die Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen (Leasingverträge) vorgesehen.

5. Kredite

Kreditaufnahmen für Investitionen sind nicht geplant.

6. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Zur Zeit existiert ein Leasingvertrag für einen Rasentraktor, der nach Ablauf der Finanzierung zum Jahr 2012 übernommen werden soll.

Für 2011 sind Leasingverträge geplant, die nach Bedarf für einen weiteren Rasentraktor und den Fall des dringenden und schnellen Ersatzes wichtiger veralteter Friedhofstechnik zur Anwendung kommen.

Sie sind in der Wirtschaftsplanung optionaler Bestandteil der Investitionsübersicht und der geplanten Verpflichtungsermächtigungen .

7. Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Zur Sicherung der Liquidität wird der Rahmen für einen Kassenkredit auf die Höhe von 60T€ festgesetzt.

8. Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital wird auf der Grundlage der prognostizierten Jahresabschlüsse und unter Beachtung der geplanten Investitionen voraussichtlich stabil bleiben.

Eine Entnahme ist nicht geplant, eine geringfügige Erhöhung Planungsziel.

Erfolgsplan

für

2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

	Bezeichnung	-in TEUR-					
		Ist 2009 (Vorvorjahr)	Plan 2010 (Vorjahr)	Plan 2011 (Planjahr)	Plan 2012 (1. Folgejahr)	Plan 2013 (2. Folgejahr)	Plan 2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	988,7	960	980	980	1000	1000
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-	-	-	-	-	-
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-
4.	Sonstige betriebliche Erträge	49,1	26	45	45	45	45
5.	Materialaufwand	4,7	5	6	6	6	6
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4,7	5	6	6	6	6
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	-	-	-	-	-
6.	Personalaufwand	742,7	730	750	760	780	780
	a) Löhne und Gehälter	602,2	580	605	610	630	630
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	140,6	150	145	150	150	150
	- davon für Altersversorgung	-	-	-	-	-	-
7.	Abschreibungen auf	37,8	39	37	37	38	38
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	34,9	39	37	37	38	38
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	2,9	-	-	-	-	-
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	-	-	-	-	-	-
	- davon nach § 254 HGB	-	-	-	-	-	-
8.	Erträge aus Auflösung von Sonderposten nach § 21 (4-6) Eig.VO	-	-	-	-	-	-
9.	Konzessionsabgabe	-	-	-	-	-	-
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	235,2	200	220	213	215	215
11.	Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	-	-	-	-	-	-
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	7,3	2	0	2	2	2
	- davon aus verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-

000321

Bezeichnung	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
	(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-	-
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13,9	13	11	10	7	7
- davon an verbundene Unternehmen	-	-	-	-	-	-
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10,8	1	1	1	1	1
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	-	-	-	-	-	-
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-	-	-	-
19. Außerordentliche Erträge	-	-	-	-	-	-
20. Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-	-	-
21. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	-	-	-	-	-
23. Sonstige Steuern	0,7	1	1	1	1	1
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	10,1	0	0	0	0	0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns		oder	Behandlung des Jahresverlustes	
Verwendung	Betrag in TEUR		Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen			b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)			c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für

2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

	Bezeichnung	-in TEUR-					
		Ist 2009 (Vorvorjahr)	Plan 2010 (Vorjahr)	Plan 2011 (Planjahr)	Plan 2012 (1. Folgejahr)	Plan 2013 (2. Folgejahr)	Plan 2014 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	10,1	0	0	0	0	0
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	34,9	39	37	37	38	38
3	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
4	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-	-	-	-	-	-
6	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-	-	-	-	-	-
7	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	20,8	-	-	-	-	-
8	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	17	5	17	17	17	17
9	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	55,9	100	-	-	-	-
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-	-	-	-	-	-
11	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	138,7	144	54	54	55	55
12	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
13	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-49,2	-100	-180	-160	-100	-70
14	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-
15	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-
16	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-	-	-	-
17	Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
	davon a) empfangene Ertragszuschüsse	-	-	-	-	-	-
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-
18	Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-49,2	-100	-126	-106	-45	-15

000323

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
20	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	-	-	-	-
21	Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-	-	-	-	-	-
22	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	-	-	-	-	-	-
23	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-72,3	-28	-30	-30	-30	-30
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-72,3	-28	-30	-30	-30	-30
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	17,2	16	-102	-82	-20	10
26	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	-	-	-	-	-	-
27	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	315,6	332,8	348,8	246,8	164,8	144,8
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	332,8	348,8	246,8	164,8	144,8	154,8

Kapitalflussrechnung in sinngemäßer Anwendung des DRS 2 mit indirekter Darstellung des Mittelzu- / Mittelabflusses aus laufender Geschäftstätigkeit

000324

Name des Betriebes/Unternehmens:
Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

Investitionsübersicht									
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)									
Beschreibung der Maßnahmen: Sanierung der Trauerhalle als fortlaufende Sanierungsmaßnahme bis 2016, ständige Erneuerung Infrastruktur, Maschinen, technische Anlagen, Betriebsausstattung									
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres 2011	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres 2012	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres 2013	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres 2014	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	in TEUR	
Einzahlungen und Auszahlungen									
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon empfangene Ertragszuschüsse	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Investitions-einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Einzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	810	100	180	160	100	70	200		
davon Grundstücke			40	20	20	0			
davon Gebäude	550	100	80	100	0	70	200		
davon Maschinen	110		30	20	60	0			
davon Büro- und Geschäftsausstattung	70		30	20	20	0			
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Auszahlungen	810	100	180	160	100	70	200		
Nachrichtlich veranschlagte VE *1	92,5			22,5	22,5	22,5	22,5		
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-810	-100	-180	-160	-100	-70	-200		

*1 enthält die Leasingoption für dringend benötigte Friedhofstechnik

000325

Stellenübersicht

für 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:
Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
		2010				2011		
101	Betriebsleiterin	0,925	12	0,925	12	0,925	12	
	Verwaltung							
102	SB Verwaltung	0,925	9	0,925	9	0,925	9	
103	SB Finanzbuchhaltung	0,5	6	0	6	0,5	6	
	Bewirtschaftung							
200	MA Hallenwart	0,925	5	0,925	5	0,925	5	
300	SB Gärtnermeister/in	0,925	9	0,925	9	0,925	9	
301	Gärtner/in	0,5	5	0,5	5	0,5	5	
302	Gärtner/in	0,925	5	0,925	5	0,925	5	5 ATZ 3 (08/09-01/12)
303	Gärtner/in	0,925	5	0,925	5	0,925	5	
304	Gärtner/in	0,925	5	0,925	5	0,925	5	
305	Gärtner/in	0,75	5	0,75	5	0,75	5	
306	Gärtner/in	0,5	5	0,5	5	0,5	5	
310	Gärtner/in / Bestattungen	0,5	5	0	5	0,925	5	5 ATZ (12/2009-5/2014)
311	Gärtner/in / Kraftfahrer/in	0,925	6	0,925	6	0,925	6	5 ATZ 3 (03/08-05/09)
312	Gärtner/in / Kraftfahrer/in	0,925	5	0,925	5	0,925	5	
320	Gärtner/in/Baumpflege	0,925	5	0,925	5	0,925	5	
330	Gartenarbeiter/in	0,925	3	0,925	3	0,925	3	
331	Gartenarbeiter/in	0,925	3	0,925	3	0,925	3	
332	Gartenarbeiter/in	0,925	3	0	3	0,925	3	
340	Gartenarbeiter/in/Bestattungen	0,925	3	0,925	3	0,925	3	
341	Gartenarbeiter/in	0,925	3	0	3	0,5	3	
401	Gartenarbeiter/in*	0,925	2	0	2	0,5	2	1 Saisonkraft
402	Gartenarbeiter/in*	0,925	2	0	2	0,5	2	1 Saisonkraft
403	Gartenarbeiter/in*	0,925	2	0,925	2	0,925	2	1 Saisonkraft
404	Gartenarbeiter/in*	0,925	2	0,925	2	0,925	2	
405	Gartenarbeiter/in*	0,925	2	0,925	2	0,925	2	
Gesamt		21,25		16,55		20,40		

Name des Betriebes/Unternehmens: Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE'en) ¹⁾	Vorjahre ²⁾ und Planjahr	davon zahlungswirksam im 1. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 2. Folgejahr	davon zahlungswirksam im 3. Folgejahr	davon zahlungswirksam in weiteren Folgejahren
	2011	2012	2013	2014	2015
	in TEUR				
eingegangen im Wirtschaftsjahr 2007	2,5	-	-	-	-
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	-	-	-	-	-
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20..	-	-	-	-	-
veranschlagt im Planjahr 2011		22,5	22,5	22,5	22,5
Summe	2,5	22,5	22,5	22,5	22,5
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr	92,5	-	-	-	-
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen *1	92,5	22,5	22,5	22,5	22,5

*1 Verpflichtungsermächtigungen werden optional für Investitionen in Friedhofstechnik geplant, die eilig ersetzt werden muß, um den Geschäftsbetrieb zu sichern und deren Erneuerung regelmäßig wirtschaftlich sinnvoll ist

¹⁾ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

²⁾ Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

000327

Wirtschaftsplan 2011

des

**Eigenbetriebes Tourismuszentrale der
Hansestadt Stralsund**

000328

an: 80 Amt für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing

**Auszug aus der Niederschrift
Betriebsausschuss am 14.09.2010**

**zu TOP 3.1.1 EB 0144/2010 - Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb
Tourismuszentrale Hansestadt Stralsund**

Die Frage von Frau Kraska-Röll, warum beim Wirtschaftsplan der Tourismuszentrale nicht wie beim Wirtschaftsplan des Städtischen Zentralfriedhofes die Stellungnahme der Abteilung Controlling beigefügt ist, beantwortet Herr Kretzschmar dahingehend, dass diese vorhanden ist und bei Bedarf dem Betriebsausschuss vorgelegt werden kann. Weiterhin weist Herr Kretzschmar darauf hin, dass die Stellungnahme des Controlling grundsätzlich nicht in die Vorlage gehört. Zudem wäre ohne eine positive Stellungnahme des Controllings die Vorlage nicht in den Ausschuss gereicht worden.

Auf die Frage von Herrn Post erläutert Herr Kretzschmar, dass eine Abschätzung für die Entwicklung der Zimmervermittlung äußerst schwierig ist. Derzeit ist es so, dass ca. 20% der in Stralsund vermittelten Zimmer über den Tisch der Tourismuszentrale laufen, wobei hier ein großer Teil Gruppenreisen sind; die Vermittlung an Individualgäste ist nur ein Bruchteil dessen. Von der für die Vermittlung zuständigen Mitarbeiterin werden immerhin 10 bis 20% der hausinternen Umsätze erbracht. Die Art und Weise der Vermittlung spielt dabei eine große Rolle sowie aber auch der "Einkauf" der Objekte, hier bedarf es einer gewissen Überzeugungskraft Vermittler zu werden. Zudem ist nicht abzuschätzen, in wie weit in nächster Zukunft andere Anbieter auf dem Markt auftreten. Jedoch ist es in Stralsund so, dass es wenige große Hotels gibt und überwiegend Privatleute vermieten. Diese nutzen viele andere Möglichkeiten (z.B. Internet, Reiseanbieter), um ihre Objekte zu vermieten. Die Stralsunder Tourismuszentrale hat im Vergleich z.B. zu der Insel Usedom einen höheren Anteil an sogenannten "Walk-in"-Gästen. Dies sind die Gäste, die die Tourismuszentrale aufsuchen und für den gleichen Tag noch ein Zimmer vermittelt haben möchten. Dieser Bereich macht etwa 40% des Vermittlungsgeschäftes aus. Abschließend weist Herr Kretzschmar darauf hin, dass die Zimmervermittlung mehr als kostendeckend ist. Es ist auch beabsichtigt, im nächsten Jahr die Kostenstellenrechnung einzuführen, welche mit der Überarbeitung der betriebswirtschaftlichen Abrechnung (BWA) einhergehen wird. Es werden neue Konten geführt, so dass man bereits in der BWA Geschäftsbereiche erkennen sowie deren Rentabilität beurteilen kann. Viel detaillierter wird dies durch die Kostenstellenrechnung, was jedoch erfahrungsgemäß eine Zeit von mindestens einem Jahr benötigt, um solide Aussagen treffen zu können.

Herr Hülse weist darauf hin, dass die Tourismuszentrale, solange sie gewinnbringend ist, auch aufrecht erhalten werden sollte. Weiterhin möchte er wissen, warum der Erfolgsplan für das Jahr 2013 im Vergleich zum letzten Jahr geändert wurde. Herr Kretzschmar führt hierzu aus, dass der "Fehler" bereits im Jahr 2012 beginnt, da bei der Erstellung des Erfolgsplans das Jahr 2013 anhand des Jahres 2012 fortgeführt wurde. Jedoch ist in 2012 zu berücksichtigen, dass ein Wegfall der Fördergelder aus dem EU-Projekt "SeaSide" erfolgt und somit weniger Einnahmen erzielt werden. Jedoch findet 2012 in Stralsund der MV-Tag statt an dem sicherlich Veranstaltungen hängen, mit denen man Umsätze und ggf. auch Erlöse erzielen kann. Somit wurde der Erfolgsplan für 2012 zunächst in der Erwartung der Umsatzerlöse durch den MV-Tag nicht angepasst.

Weiterhin weist Herr Kretzschmar abschließend darauf hin, dass eine Steigerung der Umsatzerlöse für die Zukunft grundsätzlich nur möglich ist, wenn auch neue Aufgabenfelder für die Tourismuszentrale erschlossen werden, hierfür fehlt derzeit jedoch das nötige Personal.

Auf die Frage von Frau Kraska-Röll bestätigt Herr Kretzschmar, dass die Zimmerpreise in Stralsund recht hoch sind, diese jedoch betriebswirtschaftlich bedingt sind. Eine Einflussnahme auf die Preisgestaltung der Vermieter besteht seitens der Tourismuszentrale jedoch nicht.

Herr Post möchte wissen, ob es Visionen gibt, die Tourismuszentrale in einer anderen Rechtsform weiterzuführen. Herr Kretzschmar erläutert hierzu, dass sowohl die Vor- als auch Nachteile der verschiedenen Rechtsformen hinlänglich bekannt sind. Um eine Entscheidung über die sinnvollste Rechtsform der Tourismuszentrale treffen zu können, müsste zunächst noch einmal eine Diskussion über die genauen Aufgaben der Tourismuszentrale geführt werden. Zum Beispiel betrifft dies die Veranstaltungsstelle, für die derzeit Kosten für eine halbe Stelle eingeplant sind. Hier ist jedoch genau zu unterscheiden, ob die Tourismuszentrale der Veranstalter oder nur Koordinator der Veranstaltung ist. Sollte die Tourismuszentrale die Aufgaben eines Veranstalters wahrnehmen, ist die Organisation der Tourismuszentrale als Eigenbetrieb nicht die günstigste Variante. Die Personalflexibilität, der man als Umsetzer und Durchführer einer Veranstaltung bedarf, ist bei einem Eigenbetrieb nicht gegeben, da man z.B. auf kurzfristiges und temporäres Personal angewiesen ist. Wenn man als Verwalter einer Veranstaltung denkt, ist dies wieder ganz anders zu beurteilen. Eine private Rechtsform wie z.B. die GmbH als Verteiler städtischer Mittel und Koordinator und Richtungsgeber für Dritte ist immer kritisch, da die GmbH als Mitbewerber angesehen werden könnte, die im Zweifel ein Eigeninteresse hat, die Veranstaltung durchzuführen. Um hier eine endgültige Entscheidung treffen zu können, bedarf es zunächst einmal einer globalen Diskussion über die Tourismuszentrale und deren Aufgabenfelder.

Auf Bitte von Herrn Hülse erklärt Herr Kretzschmar, dass die "Werbegemeinschaft Stralsund" ein organisierter Verein ist, in der der Vorstand traditionell durch die Tourismuszentrale besetzt ist. Im Prinzip ist dieser Verein ein Zusammenschluss der wichtigsten touristischen Partner der Hansestadt und zunächst in der Gründungsphase mit der klaren Aussage, zusammen Messen zu bedienen und nur Messen zu bedienen. Mittlerweile hat sich dies dahingehend verändert, dass gemeinsam die Werbung der Hansestadt in Richtung Printmedien und das Herstellen von unterstützenden Dingen z.B. für Messeauftritte erfolgt. Es werden mehrere Treffen im Jahr durchgeführt, um abzustimmen auf welchen Messen und Märkten sich die Hansestadt und die touristischen Leistungsträger präsentieren. Hier sind auch alle "Großen" vertreten, wie das Deutsche Meereskundemuseum, das Ozeaneum, die Weiße Flotte, die Brauerei sowie die großen Hotels. Zunehmend wollen auch immer mehr kleine Unternehmen dem Verein beitreten, wobei der Verein jedoch verhindern möchte, eine große Werbepattform zu werden.

Es soll weiterhin ein Zusammenschluss der großen Leistungsträger bleiben, was durch eine relativ hohe Aufnahmegebühr (2000€) versucht wird.

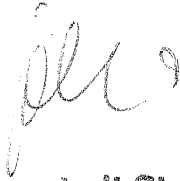
Der Ausschussvorsitzende Herr Philippen lässt über die Vorlage EB 0144/2010 wie folgt abstimmen:

Der Betriebsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage EB 0144/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltungen

Herr Post erläutert nach erfolgter Abstimmung, dass er dem Wirtschaftsplan 2011 der Tourismuszentrale nicht zustimmen konnte, da der Haushaltsplan 2011 noch nicht vorliegt.

Für die Richtigkeit der Angaben:



Stralsund, 04.10.2010

Hansesstadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Hauptamt
Büro des Präsidenten
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr. : EB 0144/2010
Beschluss-Nr. :
vom: 13.08.2010
Datum der Sitzung:

Beschlussvorlage des Eigenbetriebes

Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

Titel

**Wirtschaftsplan 2011
des kommunalen Eigenbetriebes
Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund**

Erarbeitet von

André Kretzschmar

Die Vorlage wurde beraten mit

Betriebsausschuss am 14.09.1020

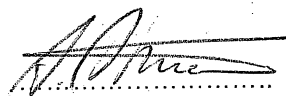
Anzahl der Ausfertigungen

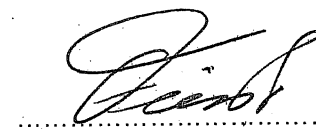
67

Öffentlichkeit

nein

Unterschrift des Einreichers


Betriebleiter


zuständiger Amtsleiter

000332

a) Problem

1. Vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Wirtschaftsplan aufzustellen, der von der Bürgerschaft festzustellen ist. Entsprechend wurde für den Eigenbetrieb „Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund“ der Wirtschaftsplan 2011 auf der Grundlage der §§ 3; 14; 15; 16 der Landesverordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden vom 25.02.2008 (EigVO) erarbeitet.

2. Gemäß § 5 EigVO entscheidet ausschließlich die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund über die Feststellung des Wirtschaftsplanes.

b) Lösungsvorschlag

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund“ wird von der Bürgerschaft festgestellt. Zur Durchsetzung der öffentlichen Aufgaben, d. h. aller Tätigkeiten, die entsprechend der Betriebssatzung und den touristischen Leitlinien die Tourismuswirtschaft in der Hansestadt Stralsund fördern, wird dem Eigenbetrieb ein Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt in Höhe von

218.000 €

gewährt.

c) Alternativen

Es sind keine Alternativen vorgesehen.

d) Kosten

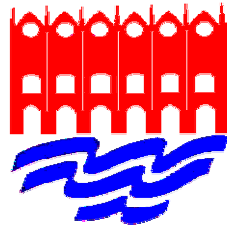
Zuweisung 2011	218.000 €
Deckung	Gemeindehaushalt der Hansestadt Stralsund

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:
die Feststellung des Wirtschaftsplanes 2011 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund“ gemäß Anlage.

f) Terminstellungen / Zuständigkeiten

Termin	01.01.2011
zuständig	Betriebsleitung des Eigenbetriebes



Wirtschaftsplan 2011

für den

Eigenbetrieb

Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

Alter Markt 9
18439 Stralsund

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund



Wirtschaftsplan für das Jahr 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

Inhaltsverzeichnis:		1
	Vorbericht	2 - 3
1.	Zusammenstellung	4
2.	Erfolgsplan	5 - 6
3.	Finanzplan	7 - 8
4.	Bereichserfolgspläne	<i>entfällt</i>
	4.a Bereichserfolgsplan	<i>entfällt</i>
	4.b Bereichsfinanzplan	<i>entfällt</i>
5.	Stellenübersicht	9
6.	Investitionsübersicht	10
7.	Übersicht über Verpflichtungsermächtigungen	<i>entfällt</i>

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund



Vorbericht für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

0. Rahmenbedingungen

Durch die Hansestadt Stralsund wurde dem kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale die Aufgabe des touristischen Marketings und der Gästebetreuung übertragen mit dem Ziel, Stralsund so bekannt zu machen, dass das Gästeaufkommen und die touristischen Umsätze jährlich wachsen und neue Arbeitsplätze entstehen. Da sowohl das touristische Marketing als auch die Information der Gäste vor Ort eine Non-Profit-Leistung darstellen, erhält die Tourismuszentrale jährlich einen Kapitalzuschuss von der Gemeinde. Dank wachsender Umsatzerlöse konnte der Kapitalzuschuss im Laufe der Jahre von 259 TEUR auf 218 TEUR (Plan 2011) reduziert werden. Der Deckungsbeitrag durch selbsterwirtschaftete Mittel der Tourismuszentrale liegt über 73,66%. Der touristische Erfolg drückt sich auch in den Kennzahlen des Statistischen Landesamtes aus: Die Übernachtungen stiegen von ca. 200.000 im Jahr 1993 auf 378.386 im Jahr 2009.

Diese positive Entwicklung ist neben dem Welterbestatus und der inzwischen gut ausgebauten Infrastruktur mit spektakulären Neubauten wie Rügenbrücke und Ozeaneum auch der kontinuierlichen und leistungsorientierten Arbeit der Tourismuszentrale zuzuschreiben. Zur Festigung der Kooperation zwischen den touristischen Leistungsträgern und der Tourismuszentrale wurde die Werbegemeinschaft Hansestadt Stralsund gegründet, die einen Rahmen für gemeinsame Marketingaktivitäten bildet und aufgrund des Umlageverfahrens eine Kostensenkung herbeiführt. Weitere erfolgreich agierende überregionale Kooperationen bewirken durch Synergieeffekte größere Bekanntheit bei sinkendem Aufwand.

Die Rahmenbedingungen haben sich weitestgehend bewährt und sollten beibehalten werden. Jedoch gilt es die Signale auf Seiten des touristischen Angebotes zu beachten. Einrichtungen wie das Ozeaneum haben eine so große Strahlkraft, dass Gruppengeschäft zunehmend direkt zwischen Anbieter und Nachfrager realisiert wird und damit Erlöse auf Seiten der Tourismuszentrale ausfallen. Ebenso führt die gute Auslastung der Hotels dazu, dass Gruppen und Tagungen, die über die Tourismuszentrale anfragen wegen mangelnder Kapazität oder zu hoher Preise nicht in vollem Umfang vermittelt werden können.

1. Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen

Die Entwicklung zeigt deutlich eine positive betriebswirtschaftliche Tendenz. D.h. die Umsatzerlöse werden gesteigert, wobei natürlich ein höherer Aufwand entsteht. Im Ergebnis wird das Betriebsergebnis verbessert, d. h. der Zuschussbedarf wird reduziert.

Sinkende Gesamteinnahmen in den Folgejahren sind durch die Veränderungen des Zuflusses von Fördermitteln aus dem EU Projekt „SeaSide“ bedingt. Weiterhin belastet die Bildung von Rückstellungen für die Altersteilzeit der Planstelle 04 weiterhin die Aufwandsseite. Deutlich wird der Wegfall dieser Belastung ab dem Jahr 2013.

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund



Vorbericht für das Jahr 2011

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

2. Entwicklung der Investitionen

Investitionen werden nur in dem Umfang getätigt, wie es die Aufrechterhaltung eines reibungslosen und effektiven Betriebes erfordert, und betreffen somit vorrangig Hard- und Software. Die Wirtschaftspläne 2011 und 2012 sehen Investitionen von jeweils 4 TEUR und 4,5 TEUR vor.

3. Entwicklung der Kredite

Es wurden und werden keine Kredite aufgenommen.

4. Entwicklung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital beträgt für den Fall des exakten Erreichens des Jahresergebnisses im Vorjahr des Planjahres 191.621,43 Euro. Veränderungen des gezeichneten Kapitals von 25.600,00 Euro und der Kapitalrücklage von 166.021,43 Euro sind nicht geplant. Eventuelle Zuzahlungen zur Deckung eines höheren Vorjahresfehlbetrages erhöhen das Eigenkapital im Planjahr.

5. Rücklagen

Eine allgemeine Rücklage wird jährlich aus dem Kapitalzuschuss von der Gemeinde gebildet und dient ausschließlich dem monatlichen Ausgleich des geplanten negativen Betriebsergebnisses. Werden die Mittel aus dem Gemeindehaushalt nicht verbraucht, verbleiben sie in der allgemeinen Rücklage und dienen der Reduzierung des Zuschusses im Folgejahr.

6. Abschreibungen

Seit 2007 werden Geringwertige Anlagegüter aktiviert und auf 5 Jahre abgeschrieben (i.S. des Steuerrechts).

6. Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen zur Erfüllung von Verträgen über ein Jahr hinaus

6.1. Mietvertrag: 30 TEUR/Jahr bis Ende 2011

6.2. Vertrag über Altersteilzeit Planstelle 04 bis 3/2016: 20 TEUR bis 2012, 10 TEUR in 2013

6.3. Vertrag über Altersteilzeit Planstelle 01 bis 2/2011: Auflösung der Rückstellung in Höhe von 22 TEUR

Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾

Hansestadt Stralsund



Zusammenstellung für das Jahr

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat

2)

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR⁴⁾

609,6

827,6

-218,0

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit

-194,0

28,0

218,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne Umschuldungen) auf
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,0

0,0

0,0

4. Die Stellenübersicht weist _____ 9,00 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

190.997,3

192.245,6

191.621,4

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am³⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ beschließendes Organ

³⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

⁴⁾ Angabe in Tausend Euro mit einer Dezimalstelle. Dies ist für alle Muster zu beachten.

Erfolgsplan

für

2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	766,5	570,4	575,0	594,2	576,0	576,0
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen	-1,3	0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	72,6	36,6	31,1	10,1	7,6	7,6
5.	Materialaufwand	487,6	311,4	308,9	303,1	310,5	310,5
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	408,12	225,4	223,9	219,1	217,5	217,5
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	79,4	86,0	85,0	84,0	93,0	93,0
6.	Personalaufwand	454,2	414,4	414,5	419,2	386,9	386,9
	a) Löhne und Gehälter	366,1	332,0	330,0	335,0	310,4	310,4
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	88,1	82,4	84,5	84,2	76,5	76,5
	- davon für Altersversorgung	10,5	12,0	12,5	12,5	12,0	12,0
7.	Abschreibungen auf	7,6	6,0	4,0	4,5	4,0	4,0
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5,5	6,0	4,0	4,5	4,0	4,0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	2,0	0	0	0	0	0
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	1,6	0	0	0	0	0
	- davon nach § 254 HGB	0	0	0	0	0	0
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	0	0	0	0	0	0
9.	Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0	0
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	115,7	98,7	100,2	98,0	101,7	100,7
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des	0	0	0	0	0	0
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	1,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
	- davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0	0	0	0	0
	- davon an verbundene Unternehmen						
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-222,8	-220,0	-218,0	-217,0	-216,0	-215,0
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	0	0	0	0
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0
19.	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
20.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
21.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0
23.	Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-222,8	-220,0	-218,0	-217,0	-216,0	-215,0

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	0
b) zur Einstellung in Rücklagen	0	b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	218
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)	0	c) auf neue Rechnung vorzutragen	0
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0		

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

Finanzplan

für

2011

Name des Betriebes/Unternehmens:

Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund



-in TEUR-

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-222,8	-220,0	-218,0	-217,0	-216,0	-215,0
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	7,6	6,0	4,0	4,5	4,0	4,0
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	4,4	0	0	0	0	0
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	60,3	-6,2	20	27,5	-27,7	-27,5
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-26,6	0	0	0	0	0
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-177,1	-220,2	-194,0	-185,0	-239,7	-238,5
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-9,9	-5,9	-6,0	-4,0	-4,5	-4,0
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	10,5	15,3	34,0		0	0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	0,6	9,4	28,0	-4,0	-4,5	-4,0

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	223,0	220	218	217,0	216,0	215,0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0	0	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	0	0	0	0	0	0
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	223,0	220,0	218,0	217,0	216,0	215,0
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	46,5	9,2	52	28,0	-28,2	-27,5
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	0
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	123,3	169,8	179,0	231,0	259,0	230,8
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	169,8	179,0	231,0	259,0	230,8	203,3



Stellenübersicht

für 2011

Name des Betriebes/Unternehmens:
Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres		Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
1	2	3		4		5		6
01	Betriebsleiter	1,00	12	0,50	12	0,50	12	ATZ5 3/09 - KW 2/11
01a	Betriebsleiter	0,00	0	1,00	12	1,00	12	
02a	SB Marketing, Vertrieb, Veranstaltungen	1,00	9	0,00	9	1,00	9	
03	Arbeitsgruppenleiter Information, Verkauf	1,00	8	1,00	8	1,00	8	ATZ5 (12/09-03/16)
04	Arbeitsgruppenleiter touristische Leistungen	1,00	8	1,00	8	1,00	8	
05	SB Information Verkauf	1,00	5	1,00	5	1,00	5	
06	SB Gruppenreisen, Messen	1,00	6	1,00	6	1,00	6	
07	SB Gestaltung, Gästeführungen	0,75	6	0,75	6	0,75	6	
08	SB Information Verkauf	1,00	5	1,00	5	1,00	5	
09	SB Information Verkauf	0,75	5	0,75	5	0,75	5	
	Gesamt	8,50		8,00		9,00		

ATZ5:
 Blockmodell mit Nachbesetzung in der Freistellungsphase in Vollzeit
 - Ausweisung mit 0,5 Stelle und KW-Vermerk zum Ende der Freistellungsphase
 - Ausweisung einer neuen 1,0 Stelle und Angabe des Beginns und des Endes der Freistellungsphase der o.g. Stelle



Investitionsübersicht

Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)

Beschreibung der Maßnahme: Fortlaufende Investition in Büroeinrichtung, sonst.Büro- und Geschäftsausstattung, Software

	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsfolgejahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen							
in TEUR							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>							
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
<i>davon Grundstücke</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Gebäude</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Maschinen</i>	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	-28,4	-5,9	-6,0	-4,0	-4,5	-4,0	-4,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen	-28,4	-5,9	-6,0	-4,0	-4,5	-4,0	-4,0
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE	0	0	0	0	0	0	0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-28,4	-5,9	-6,0	-4,0	-4,5	-4,0	-4,0

Anlage zum Wirtschaftsplan 2011
des
Eigenbetriebes der Hansestadt Stralsund

Tourismuszentrale
der Hansestadt Stralsund

Kapitalzuschuss aus dem Gemeindehaushalt gemäß Wirtschaftsplan 2011

in Höhe von € 218.000 zur Gewährleistung der Liquidität des Eigenbetriebes
jeweils zum 15. des Monats auf das Konto der Tourismuszentrale

Kto. Nr.100077412

Sparkasse Vorpommern BLZ 150 505 00

Monat	Zuschusssumme in €	%-Anteil
Januar	20.000	9,17
Februar	21.000	9,63
März	20.000	9,17
April	21.000	9,63
Mai	17.000	7,80
Juni	17.000	7,80
Juli	17.000	7,80
August	10.000	4,59
September	12.000	5,50
Oktober	15.000	6,88
November	25.000	11,47
Dezember	23.000	10,55
Gesamt	218.000	100

000345

Wirtschaftsplan 2011

der

Theater Vorpommern GmbH

000346

an: 02.1 Büro Controlling

**Auszug aus der Niederschrift
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben am 27.10.2010**

**zu TOP 4.2.2. GB 0184/2010 - Theater Vorpommern GmbH - Wirtschaftsplan
2011**

Gäste: Herr Westphal, Frau Harder

Frau Jeworrek hinterfragt die Bedeutung von Theaterwohnungen und deren im Wirtschaftsplan wiedergegebenen finanzielle Auswirkungen. *Herr Westphal* erklärt, dass Theaterwohnungen für die Unterbringung von darstellenden Gästen und Gästen im Bereich der Ausstattung vorgehalten werden, um Übernachtungskosten für die Nutzung von Hotels zu minimieren. Diese sind zwischenzeitlich aufgrund des überzogenen Ausmaßes gekündigt. Der erwähnte Anstieg der Raumkosten ist durch die steigenden Energiekosten, Reinigungskosten usw. zu erklären. *Frau Jeworrek* weist auf verschiedene Unklarheiten in diesem Kapitel hin. *Frau Harder* und *Herr Westphal* geben Erklärungen dazu.

Die Gäste beantworten die Frage von *Herrn Löwen* zur künftigen Leitungsstruktur der Theaters. Dabei wird an einen Beschluss der Bürgerschaft erinnert, in dem der Gesellschafter beauftragt wurden zu prüfen, ob die Geschäftsführung von einer Person bestritten werden kann. Diese Person sollte ein gewisses Anforderungsprofil besitzen. Die beiden derzeitigen Geschäftsführer werden entsprechend dem Beschluss des Hauptausschusses weiterhin befristet bis zum 31.03.2011 beschäftigt.

Herrn Löwen interessiert, ob es eine abschließende Haltung bzgl. des Prüfauftrages gibt. Dies wird von *Herrn Westphal* und *Frau Harder* verneint. Aufgrund der einzuplanenden Kosten muss der jetzige Schritt der befristeten Weiterbeschäftigung der Geschäftsführer getätigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage GB 0184/2010 entsprechend e) Beschlussempfehlung im Rahmen der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 200. zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.11.2010

Hansestadt Stralsund
DER OBERBÜRGERMEISTER
Hauptamt
Büro des
der Bürgerschaft / Sitzungsdienst
18408 Stralsund / PF 2145

000347

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Vorlagen-Nr.: GB 0184/2010
Beschluss-Nr.:
Bearbeitungsstand vom: 18.10.2010
Datum der Sitzung: 18.11.2010

Beschlussvorlage für den Gesellschafter

Titel: Theater Vorpommern GmbH - Wirtschaftsplan 2011

Erarbeitet von: Büro Controlling · Herr Gerd-Peter Roch · Leiter Büro Controlling
Büro Controlling · Frau Marion Harder · Sachbearbeiterin

Die Vorlage wurde beraten mit

Aufsichtsrat	am	05.10.2010
Ausschuss für Wirtschaft und Gesellschafteraufgaben	am	27.10.2010

Die Anzahl der Ausfertigungen: 67

Öffentlichkeit:

Nein

Unterschrift des Einreichers:


Dr. Alexander Badrow

a) Problem

Die Geschäftsführung der Theater Vorpommern GmbH stellt gemäß Gesellschaftsvertrag jährlich, rechtzeitig vor Beginn des Geschäftsjahres in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften einen Wirtschaftsplan einschließlich eines fünfjährigen Finanzplanes auf. Dieser ist gemäß § 20 Punkt 15 des Gesellschaftsvertrages von der Gesellschafterversammlung festzustellen.

Auf Grund der in § 71 Kommunalverfassung M-V gesetzlich festgelegten Weisungsgebundenheit des bevollmächtigten Vertreters der Gesellschafterversammlung bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, wird die Information und Bestätigung des Wirtschaftsplanes 2011 zur Beratung und Beschlussfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund eingebracht.

Aufmerksam zu machen sind auf die in der Finanzplanung ab dem Jahr 2012 dargestellten erheblichen Fehlbeträge, die kurzfristig zu einer bilanziellen Überschuldung und eine drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft führen werden. Die jeweiligen Begründungen entnehmen Sie dem Vorbericht.

Hier wird auf den Prüfauftrag und damit verbundene Entscheidungen über notwendige Strukturmaßnahmen zur Zukunftssicherung der Theater Vorpommern GmbH verwiesen, an denen derzeit noch gearbeitet wird.

b) Lösungsvorschlag

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2011 ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung M-V aufgestellt und wird in Anwendung der §§ 71, 72 und 73 der Kommunalverfassung M-V zur Information, Beratung und Beschlussfassung übergeben.

Der Wirtschaftsplan wurde auf der Sitzung des Aufsichtsrates am 05.10.2010 bestätigt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Im Vergleich dazu wurden in Abstimmung mit der Hansestadt Greifswald geringfügige erforderliche Änderungen im Vorbericht veranlasst.

Relevante Planänderungen im Wirtschaftsjahr (wie Auswirkungen aus dem FAG-Erlass, hier liegen bisher noch keine konkreten Berechnungen und Zahlen vor, Auswirkungen aus den beabsichtigten Kooperationen usw.) sind gegebenenfalls in einem Nachtragswirtschaftsplan darzustellen und zur Beschlussfassung in die entsprechenden Gremien einzubringen.

c) Alternativen

Es ist keine Alternative vorgesehen.

d) Kosten

Für das Haushaltsjahr 2011 sind durch die Hansestadt Stralsund finanzielle Mittel in Höhe von 3.080,0 TEuro bereitzustellen.

e) Beschlussempfehlung

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung, beschließt:

1.

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2011 festzustellen.

2.

Notwendige Planänderungen im Wirtschaftsjahr sind in einem Nachtragswirtschaftsplan darzustellen und zur Beschlussfassung in die entsprechenden Gremien einzubringen.

f) Terminstellung/Zuständigkeit

Termin: sofort

Zuständigkeit: bevollmächtigter Vertreter

g) Anlage

Wirtschaftsplan 2011 der Theater Vorpommern GmbH

Beschluss Aufsichtsrat

Beschlussvorschlag Nr. ThVo A 18/2010 - Wirtschaftsplan 2011 -

Der Aufsichtsrat bestätigt in seiner Sitzung am 05. Okt. 2010 den Wirtschaftsplan 2011 und empfiehlt den Gesellschaftern, dem Wirtschaftsplan 2011 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Ja-Stimmen: 6
Enthaltung: 1


Prof. Dr. Joecks
Aufsichtsratsvorsitzender

05.10.2010

z. Hd.
Frau Harder

000351


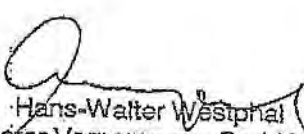
VORBERICHT ZUM WIRTSCHAFTSPLAN 2011

Der Wirtschaftsplan der Theater Vorpommern GmbH für das Jahr 2011 wurde nach den neuesten Formvorschriften des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern (Verwaltungsvorschrift EigVO) erstellt, einschließlich der erstmals am 30. Sept. 2009 dem Theater vorgestellten Formblätter für das Investitionsprogramm. Der Wirtschaftsplan 2011 enthält folgende Bestandteile:

1. Allgemeine Erläuterungen
2. Erfolgsplan
3. Finanzplan
4. Investitionsübersicht
5. Stellenübersicht
6. Entwicklung des Eigenkapitals und Veränderung der Rücklagen
7. Wesentliche Verträge
8. Darstellung der Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt

Hinweis: Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen können aufgrund der kaufmännischen Rundung Differenzen auftreten.

Greifswald, den 22. Sept. 2010

 
Dr. Rainer Steffens Hans-Walter Westphal
Geschäftsführer Theater Vorpommern GmbH

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Wirtschaftsplan 2011 ist in einer Phase aufzustellen, in dem sich die Theater Vorpommern GmbH in einer wirtschaftlichen Problemlage befindet. Diese besondere Lage wurde durch den Aufsichtsrat in seiner 110. Sitzung vom 16.03.2010 gem. § 7 Geschäftsordnung des Aufsichtsrates (GOAR) bzw. § 7 der Geschäftsführeranweisung des Aufsichtsrates (GAAR) festgestellt. Seit diesem Beschluss bedürfen kostenauslösende Maßnahmen der Geschäftsführung grundsätzlich der Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Die wirtschaftliche Problemlage des Unternehmens basiert insbesondere auf Tarifsteigerungen, welche im Jahr 2009 gegriffen haben. Trotz eines damals noch wirksamen Haustarifvertrages und einiger Einsparmaßnahmen wurde nicht verhindert, dass in 2009 ein Jahresverlust in Höhe von 228,8 T€ entstanden ist. Zu dem erheblichen Verlust im Jahr 2009 hatten auch die Ostseefestspiele beigetragen. Im Jahr 2009 waren an den Spielorten am Hafen Stralsund und im Museumshafen Greifswald beide Produktionen ("Land des Lächelns" und „Der widerspenstigen Zähmung“) sehr defizitär. Dies basierte insbesondere auch in den hohen Kosten für die Herrichtung der Spielstätten, z.B. durch den jeweiligen Bau von Bühnen und Tribünen. Aus diesem Grunde waren die 2010 vorgesehenen Großproduktionen der Ostseefestspiele im Februar abgesagt worden. Es wurde stattdessen in den beiden großen Häusern in Stralsund und Greifswald "Carmina Burana" und "Symphonik Pink Floyd" aufgeführt. Allein die Besucherzahl in den großen Häusern war (überraschend) hoch, was durch Abstecher nach Bergen/Rügen, Heringsdorf/Usedom und Erding/Nordvorpommern noch verstärkt worden ist. Es ist daher für das Jahr 2011 der Ausbau der im Jahre 2010 erfolgreichen Form der Ostseefestspiele angedacht. Hierbei ist insbesondere vorgesehen, die Zahl der Abstecher noch dadurch zu erhöhen, dass neben den genannten bisherigen Spielorten zusätzlich noch Konzerte an Spielorten auf dem Darß und in Dargun gegeben werden sollen. Inhaltlich ist insofern an eine Fortsetzung des im Jahre 2008 recht erfolgreich eingeführten Konzepts "La Bella Musica" gedacht, wobei eine Zusammenstellung berühmter Opernstücke zur Aufführung gelangen soll.

Weiter waren im Jahr 2010 zwei Tournées sehr erfolgreich. So hat sowohl das Orchester auf einer Japantournee als auch das Musiktheater in einem Gastspiel in Malmö/Schweden erhebliche Zuschauerzahlen generieren können. Für das Jahr 2011 ist wiederum eine Japantournee des Orchesters in Aussicht gestellt. Die Vertragsverhandlungen werden derzeit geführt.

Eine weitere Besonderheit, auf welche noch hinzuweisen ist, ist dass die Ausweisung des Wirtschaftsjahres 2012 zweifach erfolgen muss, nämlich einmal unter der Annahme eines Haustarifvertrages und einmal unter der Annahme, dass es einen solchen Haustarifvertrag eben nicht mehr geben wird.

Die Darstellung der wirtschaftlichen Prognose für die Jahre 2013/2014 ist insofern sehr zurückhaltend zu bewerten, da die Geschäftsführung aufgrund der Beschlüsse der Bürgerschaften in Greifswald und Stralsund und des Landkreises Rügen gehalten ist, die Möglichkeit einer weiteren Selbständigkeit der Theater Vorpommern GmbH und der dafür notwendigen strukturellen Veränderungen zu prüfen. Darüber hinaus umfassen die entsprechenden Prüfaufträge der Gesellschafter auch die Möglichkeit, Strukturveränderungen durch eine Kooperation/Fusion mit anderen Theatern zu untersuchen. Da das Ergebnis der Prüfungen noch nicht vorliegt, können Darlegungen für die Folgejahre 2012 bis 2014 nur unter der Annahme einer Selbständigkeit der Theater Vorpommern GmbH und ohne vorzunehmende notwendige Strukturveränderungen getätigt werden.

2. Erfolgsplan

Entwicklung der wichtigsten Erträge

Im Hinblick auf die Entwicklung der wichtigsten Erträge ist insbesondere auf die unterschiedlichen Zahlen zwischen dem Ist 2009 und dem Plan 2010 zu verweisen. Unter dem Konto 8100 (Gastspiele im Haus) wurde im Jahr 2009 ein Ist in Höhe von 659,6 T€ erreicht. Die Erhöhung im Planansatz 2010 auf 850,0 T€ erfolgte wegen der zu erwartenden Einnahmen aus Gastspielen in der Stadthalle.

Weiterhin ist von Bedeutung, dass im Konto 8101 (Eigene Vorstellungen in HGW/HST/ Putbus) im Jahre 2009 tatsächliche Einnahmen in Höhe von 1.024,7 T€ erzielt worden sind und im Planansatz 2010 jedoch nur von Einnahmen von 850,0 T€ ausgegangen worden ist. Hierbei fand Berücksichtigung, dass die großen Produktionen der Sommerbespielung im Hafen Stralsund und am Museumshafen Greifswald ersatzlos gestrichen wurden und deshalb geringere Einnahmen aus den eigenen Vorstellungen als realistisch anzusehen sind.

Erwähnenswert ist ebenfalls eine Abweichung der Zahlen zwischen dem Ist 2009 und dem Plan 2010 betreffend das Konto 8102 (Abstecher). Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden durch Abstecher lediglich 64,2 T€ erwirtschaftet, wohin gegen für das Wirtschaftsjahr 2010 ein Planansatz in Höhe von 220,0 T€ festgelegt wurde. Dies beruht darauf, dass im Jahr 2009 eine ursprünglich angedachte Japantournee des Orchesters nicht stattgefunden hat, was jedoch im Jahre 2010 nicht nur geplant, sondern auch durchgeführt worden ist. Zusätzlich fand im Jahr 2010 noch die Malmö-Tournee des Musiktheaters statt. Daraus ergibt sich der deutlich höhere Planansatz 2010 gegenüber dem Ist-Ansatz in 2009.

Im Wirtschaftsjahr 2011 ist - wie dargelegt - eine Vermehrung der durchzuführenden Abstecher vorgesehen und damit eine Fortführung des Konzeptes 2010 über die Bespielung der bisherigen Abstecherorte Bergen/Rügen, Endingen/Nordvorpommern, Ahlbeck und Heringsdorf/Usedom hinaus und damit eine Ausdehnung auf weitere Spielorte, wie z.B. Dargun oder den Darß beabsichtigt. Erste Gespräche hierfür wurden schon geführt.

Darüber hinaus wurden die voraussichtlichen Einnahmen aus der Vermietung des Kaisersaales um 3,0 T€ erhöht, da davon ausgegangen wird, dass eine Vermietung des Kaisersaales im Jahr 2011 häufiger, leider aber gleichzeitig die des großen Saals des Theaters sowie des Theaterfoyers seltener erfolgen wird (vgl. die Entwicklung in den Konten 8106 und 8407).

Umsatzerlöse	IST 2009	Plan 2010	Plan 2011	T€			
				Plan 2012 mit HTV	Plan 2012 ohne HTV	Plan 2013	Plan 2014
8100 Gastspiele im Haus	659,6	850,0	850,0	850,0	850,0	850,0	850,0
8101 Eigene Vorstellungen in HGW/HST/Putbus	1.024,7	850,0	900,0	900,0	900,0	900,0	900,0
Sonstige Einnahmen	214,1	408,5	355,5	355,5	355,5	355,5	355,5
Gesamt	1.898,4	2.108,5	2.105,5	2.105,5	2.105,5	2.105,5	2.105,5

Hinsichtlich der Rückstellungen ist anzumerken, dass eine Reduzierung von 382,0 T€ nach dem Planansatz 2010 auf 170,0 T€ für den Planansatz 2011 erfolgen soll. Bei diesen Rückstellungen handelt es sich um die notwendigen Rückstellungen für den Fall, dass wider Erwarten aufgrund vertragswidrigen Verhaltens die Haustarifverträge gekündigt werden würden.

	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
Sonstige Erträge	238,9	166,5	160,3	160,3	160,3	160,3	160,3
Erträge a. d. Auflösung von Rückstellungen	84,2	392,0	170,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Entwicklung der wichtigsten Aufwendungen

Personalaufwendungen

Unter Berücksichtigung der bereits fest vereinbarten Tarifsteigerungen für das Jahr 2011 hätte bei dem auch aufgrund der Haustarifverträge gleich bleibenden Arbeitnehmerstand von Personalkosten in Höhe von 13.058,7 T€ ausgegangen werden müssen. Die Personalkosten für die Arbeitnehmer konnten aber von 13.125,3 T€ auf 12.781,6 T€ reduziert werden (wird unter Ziff. 5 "Stellenübersicht" näher erläutert werden), was eine Einsparung von 343,7 T€ darstellt. Zu diesen Kosten für das fest angestellte Personal sind dann noch Kosten für Gäste/Aushilfen in Höhe von 300,0 T€ eingeplant.

Bei dem Planansatz für "Aufwendungen für eigenes Ensemble" sind für die Kosten der Geschäftsführung die höheren Gehälter der früheren Geschäftsführer erfasst. Dies beruht darauf, dass derzeit noch nicht geklärt ist, wie die Leitungsstruktur ab 2011 aussehen und welche Aufwendungen hierfür anfallen werden.

Für eventuell anfallende Abfindungen für ausgeschiedene Unternehmensangehörige wird in 2010 eine Rückstellung gebildet.

	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
Aufw. für eigenes Ensemble	12.159,0	12.425,3	12.781,6	12.563,7	13.389,8	13.589,8	13.789,8
Aufw. für Honorare	716,2	582,0	300,0	300,0	300,0	300,0	300,0
Personalaufwendungen	12.875,2	13.007,3	13.081,6	12.863,7	13.689,8	13.889,8	14.089,8

Inszenierungsaufwendungen

Zwischen den Inszenierungsaufwendungen für das Jahr 2009 in Höhe von 711,2 T€ und dem Planansatz für das Jahr 2010 in Höhe von 436,2 T€ gibt es deshalb eine erhebliche Differenz, weil die großen Sommerbespielungen am Hafen Stralsund und am Museumshafen Greifswald im Februar 2010 gestrichen worden sind. Die Absage dieser großen Sommerbespielungsinszenierungen hat sich zwar auch auf die anderen in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Positionen ausgewirkt, jedoch nicht in dieser Deutlichkeit.

Für den Wirtschaftsplan 2011 musste gegenüber dem Planansatz 2010 aus wirtschaftlichen Gründen erneut eine Reduzierung in Höhe von ca. 56,0 T€ und damit auf einen Gesamtbetrag in Höhe von 380,2 T€ stattfinden.

An dieser Stelle soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass unter dem Konto 4001 (Leihgebühr für Inszenierungsbedarf) die Reduzierung von 50,0 T€ im Jahr 2010 auf 20,0 T€ im Jahr 2011 insbesondere deshalb vertretbar ist, da unter diesem Konto die Miete und Instandhaltungskosten für die "Ursula B." enthalten waren, welche zwischenzeitlich abgewrackt und der Mietvertrag beendet worden ist.

T€

Inszenierungsaufwendungen	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
4001 Leihgebühr für Inszenierungsbedarf	210,7	50,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
4002 Verbrauchsmaterial Kulissenfundus	7,6	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
4003 Verbrauchsmaterial Kostümfundus	28,6	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
4004 Verbrauchsmaterial Bühnentechnik	3,7	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
4005 Verbrauchsmat. Werkstätten	13,5	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
4006 Bühnenbild	162,6	90,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
4007 Kostüme	46,8	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
4008 Maske	7,4	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1	10,1
4009 Requisite	19,5	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7
4010 Ton	30,3	29,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
4011 Beleuchtung	20,8	20,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
4900 Gema-Geb., Urheberrechte	39	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
4902 Tantämen, Notenmaterial	120,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Inszenierungsaufwendungen	711,2	436,2	380,2	380,2	380,2	380,2	380,2

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zu den Raumkosten ist auszuführen, dass aus Einspargründen zwei Theaterwohnungen gekündigt worden sind, so dass sich die Raumkosten dadurch leicht verringert haben.

Bei den Fahrzeugkosten ist der für 2010 in Ansatz gebrachte Plan in Höhe von 38,5 T€ auf 45,6 T€ erhöht worden, womit das Ist aus dem Jahr 2009 leicht überschritten wird. Dies erfolgt aufgrund der Tatsache, dass der Planansatz 2010 in Höhe von 38,5 T€ tatsächlich nicht zu halten ist. Bereits mit Stand 08/2010 war ein tatsächlicher Verbrauch von 35,2 T€ zu verzeichnen, weshalb nach der Hochrechnung auf 12/2010 von tatsächlichen Kosten 2010 in Höhe von 43,2 T€ ausgegangen werden muss. Aus diesem Grunde erfolgt die Erhöhung des Ansatzes für 2011 auf die angegebenen 45,6 T€.

Bei der Position Werbekosten erfolgt erneut eine Reduzierung auf jetzt 249,8 T€ für das Jahr 2011. Hiermit wird Ansätzen aus dem Konsolidierungskonzept der früheren Geschäftsführung Rechnung getragen.

In der Position Reise- und Transportkosten hat sich zwischen dem Ist des Jahres 2009 und dem Plan 2010 eine erhebliche Aufstockung von 714,9 T€ auf 896,5 T€ ergeben. Dies begründet sich insbesondere in den großen Tourneen, die das Orchester (Japan) und das Musiktheater (Malmö) unternommen haben. Da im Jahr 2011 nur eine Tournee des Orchesters in Japan angedacht wird, konnte eine Reduzierung auf den Ansatz in Höhe von 835,0 T€ getätigt werden. Zu dieser Position sind aber auch die Gastspielkosten zu beachten. Spiegelbildlich zu den vermehrten Einnahmen aus den Gastspielen (Konto 8100) sind die erhöhten Ausgaben im Bereich Reise- und Transportkosten zu berücksichtigen. Darüber hinaus wurden aber auch die Reisekosten für Gäste reduziert. Da eben weniger Gäste für die Produktionen eingeplant werden, konnten insofern auch weniger Reisekosten angesetzt werden.

Im Bereich der Reparaturen und Instandhaltungen beruht die Reduzierung zwischen den Planansätzen 2010 und 2011 von 258,4 T€ auf 216,7 T€ u.a. auf der Umstrukturierung der Ausweisung der Betriebskosten der Stadthalle (siehe oben). Unter dieser Position sind aber auch die Instandhaltungen der Musikerinstrumente erfasst. Hier muss darauf geachtet werden, dass die Instandhaltungskosten gerade auch wegen der unklaren Regelung im Tarifvertrag gering gehalten werden. Insbesondere sind hier hohe Kosten für die Klavierstimmung beinhaltet.

Hier muss nach Alternativen gesucht werden, insbesondere ist die Verwendung von Synthesizer bei den Proben anzudenken.

"Sonstige betriebliche Aufwendungen" wurden gegenüber dem Ansatz 2010 auf nunmehr 363,0 T€ herabgesetzt und damit entsprechen diese wiederum dem Niveau des Ist-Standes 2009 mit 369,4 T€.

T€							
Sonstige betriebliche Aufwendungen	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
Raumkosten	613,4	809,1	854,6	861,8	861,8	869,0	877,2
Steuern, Versicherungen, Beiträge	73,1	85,5	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
Fahrzeugkosten	45,1	38,5	45,6	46,1	46,1	46,6	47,1
Fremdfahrzeuge/Busse	25,2	30,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Werbekosten	357,6	285,5	249,8	253,9	253,9	258,0	261,6
Reise- und Transportkosten	714,9	896,5	835,0	835,0	835,0	835,0	835,0
Reparaturen u. Instandhaltungen	259,8	258,4	216,7	220,9	220,9	225,2	229,4
Sonstige betriebl. Aufwendungen	369,4	403,1	363,0	363,6	363,6	365,2	366,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.458,5	2.807,1	2.671,2	2.687,8	2.687,8	2.705,5	2.723,2

Abschreibungen

Die Abschreibungen wurden anhand der aktuellen Wirtschaftsgüter aus der Anlagenbuchhaltung ermittelt.

T€							
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
Abschreibungen	172,2	170,0	160,0	150,0	150,0	150,0	150,0

Entwicklung der Jahresergebnisse

Die Entwicklung der Jahresergebnisse ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle.

T€							
	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
Jahresergebnisse	-228,4	38,9	0,3	101,6	-724,5	-882,2	-1.099,9

3. Finanzplan

Entwicklung Finanzmittelbestand

Die allgemeine Liquiditätslage im Jahre 2010 war von der Sorge geprägt, dass der Stand zum Beginn der Periode 2010 in Höhe von 594,8 T€ bis zum Ende der Periode zum 31.12.2010 auf ca. 300,0 T€ zurückgehen könnte, wie sich dies aus dem ursprünglichen Wirtschaftsplan 2010 vom 21. November 2009 ergibt. In dem von der neuen Geschäftsführung mit Stand Juni 2010 überarbeiteten Wirtschaftsplan 2010 war eine Liquidität zum 31.12.2010 in Höhe von ca. 388,0 T€ angenommen worden. Nach der Entwicklung mit Stand 31.08.2010 ist mit einem Ergebnis hinsichtlich der Liquidität zum 31.12.2010 in Höhe von ca. 520,0 T€ auszugehen.

Nach diesem aktuellen Finanzplan kann davon ausgegangen werden, dass auch Ende der Periode 2011 noch eine Liquidität in Höhe von ca. 473,0 T€ erwartet werden kann.

Ein Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit ist wegen der nur in geringem Umfang geplanten Investitionen auch nur in einem entsprechend geringen Rahmen zu erwarten. Auf die wenigen Investitionen wird gesondert im Bereich unter Ziffer 4 "Investitionsübersicht" eingegangen werden.

Die Gesellschaft verfügt über einen eingeräumten Kontokorrent, welcher jedoch bisher bewusst nicht in Anspruch genommen worden ist und eine solche Inanspruchnahme auch derzeit nicht als notwendig angesehen wird.

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte, wie Leasing, Anmietungen etc. sind nur in relativ geringen Maßen vorhanden. Die Kosten für die Mietwohnungen ergeben sich aus den jeweiligen Konten unter Nr. 4210. Darüber hinaus sind aus dem Fuhrpark drei Fahrzeuge geleast, wobei es sich um einen größeren Lkw sowie zwei kleinere Pkw handelt.

							T€
Mittelzu- und Mittelabfluss	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
aus lfd. Geschäftstätigkeit	-312,0	-173,1	-9,7	251,6	-574,5	-732,2	-949,9
aus Investitionstätigkeit	-153,2	-33,0	-37,3	-150,0	-150,0	-150,0	-150,0
aus Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	594,8	388,7	473,0	574,6	-251,5	-1.133,7	-2.233,6

4. Investitionsübersicht

Im Wirtschaftsjahr 2011 sind Gesamtinvestitionen in Höhe von 37,3 T€ vorgesehen. Wir verweisen insofern auf das gesonderte Formular mit der Übersicht der Investitionen 2011. Von besonderer finanzieller Bedeutung ist die Anschaffung eines Havariepultes „Congo“ für den Großen Saal in Greifswald in Höhe von 10,0 T€. Es ist üblich, dass zur Absicherung des Spielbetriebes an jedem Spielort ein solches Havariepult vorgehalten wird. Da die beiden Systeme in den Theaterhäusern Stralsund und Greifswald nicht kompatibel sind, ist ein Wechsel im Falle des Ausfalls nicht möglich. Aufgrund des Alters des Hauptpultes in Greifswald ist auch die Wahrscheinlichkeit einer entsprechenden Havarie erhöht. Die Investition war bereits für das Wirtschaftsjahr 2010 angemeldet, konnte jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Lage nicht umgesetzt werden. Im Falle einer solchen Havarie und bei Fehlen eines entsprechenden Havariepultes müssten Vorstellungen ausfallen, was wiederum mit finanziellen Einbußen verbunden wäre.

5. Stellenübersicht

Im Stellenplan sind für das Jahr 2011 284,3 festangestellte Mitarbeiter, 0,75 nur vorübergehend beschäftigte Mitarbeiter und 5 Auszubildende vorgesehen (vgl. Stellenübersicht). Aufgrund der abgeschlossenen Haustarifverträgen, welche eine Laufzeit bis Ende 2011 haben und in dieser Zeit ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen bzw. Nichtverlängerungen beinhaltet, kann im Planzeitraum keine Veränderung hinsichtlich der Stellenanzahl vorgenommen werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 sind die Planungen so angelegt, dass bis zum Ablauf des 30.05.2011 die Geschäftsführung weiterhin aus zwei Geschäftsführern besteht und deren Gehälter gleichbleibend zu 2010 sind. Ab dem 01.06.2011 ist im Stellenplan dann nur noch der Verbleib eines Geschäftsführers vorgesehen.

Im Bereich der Solisten im Musiktheater hat sich in 2010 folgende Veränderung ergeben. Ab September 2010 gibt es über die bisher vorhandenen neun Stellen eine Stelle mehr, so dass auch im Wirtschaftsjahr 2011 bis einschließlich Juli der Stellenplan zehn Stellen im Musiktheater umfasst. Im Wirtschaftsplan 2011 ist weiter berücksichtigt, dass im Musiktheater auch ab September 2011 wieder zehn Stellen besetzt werden. Eine solche Maßnahme kann insgesamt Einsparungen von ca. 25,0 T€ erbringen. Würden im Spielplan 2011 enthaltene und ab September 2011 aufzuführende Produktionen ohne die drei Teilspielzeitverträge durchgeführt werden müssen, würden erneute Belastungen im Gästetat in Höhe von ca. 50,0 T€ anfallen. Aufgrund der möglichen Ersparnis in Höhe von 25,0 T€ wird die Annahme einer Wiederbesetzung der drei Solisten im Musiktheater ab September 2011 für realistisch gehalten.

Im Jahr 2011 sind sowohl im Bereich TVöD als auch im Bereich NVBühne und im TVK-Bereich Tarifsteigerungen vorgesehen, wie sie sich aus der nachfolgenden Tabelle ergeben.

6. Entwicklung des Eigenkapitals und Veränderungen der Rücklagen

Trotz des Abbaus des Eigenkapitals zum Stichtag 31.12.2009, der insbesondere durch den erheblichen Verlust von 228,4 T€ erfolgt ist, ist prognostisch ab 2010 mit einer Stabilisierung der Eigenkapitalentwicklung auf dem Stand von ca. 324,0 T€ zu rechnen. Eine Prognose über das Jahr 2011 hinaus kann derzeit nicht abgegeben werden.

Die Kapitalrücklagen in Höhe von 1.331,6 T€ werden in gleicher Höhe beibehalten.

T€							
Eigenkapital	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
I. Gezeichnetes Kapital	109,2	109,2	109,2	109,2	109,2	109,2	109,2
II. Kapitalrücklage	1.331,6	1.331,6	1.331,6	1.331,6	1.331,6	1.331,6	1.331,6
III. Verlustvortrag	-927,3	-1.155,7	-1.116,8	-1.116,5	-1.014,9	-1.739,4	-2.621,6
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-228,4	38,9	0,3	101,6	-724,5	-882,2	-1.099,9
Eigenkapital	285,1	324,0	324,3	425,9	-298,6	-1.180,8	-2.280,7

7. Wesentliche Verträge

Wir verweisen auf die anliegende Liste der wesentlichen Verträge, die insofern auch mit der Liste identisch ist, die im Jahresabschluss 2009 eingestellt worden ist.

Verträge, die größer als 5% des Gesamtaufwandes der Theater Vorpommern GmbH wären, sind nicht vorhanden.

8. Darstellung der Finanz- und Leistungsbeziehungen zur Stadt

Wie sich aus der nachfolgenden Tabelle ergibt, wurden die Zuschüsse der Gesellschafter der Theater Vorpommern GmbH zum Jahreswechsel 2009 auf 2010 angepasst. In einer 2009 ausgelaufenen Verwaltungsvereinbarung war der Zuschuss des Landkreises Rügen zunächst auf 230,0 T€ p.a. festgeschrieben worden und der entsprechende Anteil der beiden Hansestädte Greifswald und Stralsund zusammen auf 6.238,8 T€. Da die Verwaltungsvereinbarung ausgelaufen ist, werden nunmehr die Zuschüsse entsprechend den gesellschaftsvertraglichen Verpflichtungen erbracht, so dass der Landkreis Rügen ab dem Jahr 2010 einen erhöhten Zuschuss in Höhe von 308,0 T€ p.a. und die Hansestädte Greifswald und Stralsund einen um den entsprechenden Betrag reduzierten Zuschuss in Höhe von zusammen 6.160,0 T€ p.a. zahlen müssen.

Zuschüsse	IST	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009	2010	2011	2012	2012	2013	2014
				mit HTV	ohne HTV		
8000 Zuschuss Land	7.262,5	7.321,5	7.381,5	7.441,5	7.441,5	7.501,5	7.501,5
8001 Zuschuss Kommune	6.238,0	6.160,0	6.160,0	6.160,0	6.160,0	6.160,0	6.160,0
8003 Zuschuss LKR Rügen	230,0	308,0	308,0	308,0	308,0	308,0	308,0
Gesamt	13.730,5	13.789,5	13.849,5	13.909,5	13.909,5	13.969,5	13.969,5

Wichtige Verträge

- Mit Wirkung zum 1. August 1994 wurde ein unbefristeter **Mietvertrag** über die mietfreie Anmietung von kulturellen Einrichtungen, hier Theatergebäude und zwei weitere Gebäude, zwischen der Hansestadt Greifswald und dem Theater geschlossen.
- Zum 1. Januar 2005 hat die Hansestadt Greifswald mit dem Theater einen unbefristeten **Mietvertrag** über die mietfreie Anmietung von kulturellen Einrichtungen, hier zweigeschossiges Gebäude sowie fünf Garagen, vereinbart.
- Mit Datum vom 23. Februar 2007 haben die Projektgesellschaft Stadthalle Greifswald mbH (PGS) und das Theater für die Dauer von zehn Jahren, mit dem Recht der Verlängerung des Pachtverhältnisses, einen **Pachtvertrag** für die so genannte „Stadthalle“ geschlossen. Die Übergabe und Nutzung erfolgte in 2009. Die jährliche Pacht beträgt für den gesamten Pachtgegenstand Tsd. € 20,0 zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.
- Zwischen der Hansestadt Stralsund und dem Theater wurden mit Wirkung zum 1. August 1994 zwei unentgeltliche **Pachtverträge** für das in der Hansestadt Stralsund gelegene Theatergebäude und die Theaterwerkstatt mit sämtlichen Einrichtungsgegenständen und baulichen Anlagen geschlossen. Mit dem Abschluss der Sanierung des denkmalgeschützten Theatergebäudes wurde dieser Vertrag einvernehmlich aufgehoben. Das Mietverhältnis wurde auf der neuen vertraglichen Grundlage vom 5. Mai 2009 fortgesetzt und ist auf unbestimmte Zeit geschlossen; die Vermietung erfolgt weiterhin unentgeltlich.
- Mit Datum vom 14. April 2009 haben die Hansestadt Stralsund und das Theater auf unbefristete Zeit einen **Mietvertrag** über eine mit zwei Gebäuden bebaute Teilfläche zur Einlagerung von Requisiten und Dekorationen aller Spielstätten des Theaters geschlossen. Die Übergabe und Nutzung erfolgte zum 1. Januar 2009 zu einem symbolischen jährlichen Mietzins von insgesamt Tsd. € 1,1.
- Der Landkreis Rügen und das Theater haben zum 1. Januar 2006 einen **Pachtvertrag** zur unentgeltlichen Überlassung des in Putbus gelegenen Theaters mit sämtlichen Einrichtungsgegenständen und baulichen Anlagen auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Pachtverhältnis endet mit dem Ausscheiden des Landkreises aus der Gesellschaft.
- Am 15. Januar 2010 haben der Deutsche Bühnenverein - Bundesverband der Theater und Orchester -, deren Mitglied das Theater ist, und die Deutsche Orchestervereinigung e. V. einen bis zum 31. Dezember 2011 geltenden **Haustarifvertrag** für die Musiker des Orchesters abgeschlossen. Dieser enthält Abweichungen, Ergänzungen und Einschränkungen zum Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchestern vom 31. Oktober 2009 (TVK) in seiner jeweils geltenden Fassung.
- Ferner haben am 15. Januar 2010 der Deutsche Bühnenverein und die Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger einerseits sowie die Vereinigung deutscher Operchöre und Bührentänzer e. V. andererseits einen bis zum 31. Dezember 2011 geltenden **Haustarifvertrag** für die dem Normalvertrag **Bühne** unterliegenden Mitarbeiter abgeschlossen. Dieser enthält Abweichungen, Ergänzungen und Einschränkungen zum Normaltarifvertrag **Bühne** vom 15. Oktober 2002 in seiner jeweils geltenden Fassung.
- Am 17. März 2010 haben der Kommunale Arbeitgeberverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V. für die Beschäftigten des Theaters, deren Arbeitsverhältnisse durch den **Tarifvertrag öffentlicher Dienst**

(TVöD) in der jeweils geltenden Fassung geregelt sind, rückwirkend zum 1. Januar 2010 einen bis 31. Dezember 2011 geltenden Tarifvertrag vereinbart.

- Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 besteht ein **Kooperationsvertrag** zwischen dem Theater und der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz sowie der Vorpommerschen Landesbühne Anklam. Ziel der Vereinbarung ist eine möglichst aufeinander abgestimmte regionale Vernetzung.

[Redacted]

Zusammenstellung für das Jahr 2011

für

Theater Vorpommern GmbH

Gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der EigVO MV LV.m. § 64 Abs. 1 der KV MV hat

2

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2011 festgestellt:

Es betragen

	In TEUR
1. im Erfolgsplan	
- die Erträge	<u>16.285,3</u>
- die Aufwendungen	<u>16.285,0</u>
- der Jahresgewinn	<u>0,3</u>
- der Jahresverlust	<u> </u>
2. im Finanzplan	
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ²⁾	<u>-9,7</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾	<u>-37,3</u>
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾	<u>0,0</u>
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾	<u>-47,0</u>
3. Es werden festgesetzt	
- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	<u> </u>
- davon für Umschuldungen	<u> </u>
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	<u> </u>
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung	<u>127.900,0</u>
4. Die Stellenübersicht weist <u>284,3</u> Stellen in Vollzeitäquivalenten aus	
5. Der Stand des Eigenkapitals	
- betrug zum 31.12. des Vorjahres	<u>285,1</u>
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich	<u>324,0</u>
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich	<u>324,3</u>
6. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:	<u> </u>

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

HGW/HST, 23.09.2010

²⁾ beschließendes Organ
³⁾ Nummer 10 des Finanzplans
⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans
⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans
⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans
⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Theater Vorpommern GmbH

in TEUR

Bezeichnung	Jahr	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Umsatzerlöse	1.898,4	2.108,5	2.105,5	2.105,5	2.105,5	2.105,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3. Anders aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	14.081,6	14.338,0	14.179,8	14.069,8	14.129,8	14.129,8
5. Materialaufwand	706,1	436,2	380,2	380,2	380,2	380,2
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
6. Personalaufwand	12.873,5	13.007,3	13.081,6	13.689,8	13.889,8	14.089,8
a) Löhne und Gehälter	10.422,7	10.407,3	10.465,3	10.952,8	11.111,8	11.281,7
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.450,8	2.600,0	2.616,3	2.737,0	2.778,0	2.808,1
- davon für Altersversorgung	439,4					
7. Abschreibungen auf:	172,2	170,0	160,0	150,0	150,0	150,0
a) Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	172,2	170,0	160,0	150,0	150,0	150,0
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
- davon nach § 254 HGB						
8. Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EStG						
9. Konzessionsabgabe						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.469,3	2.796,6	2.660,6	2.677,2	2.694,9	2.712,6
11. Erträge aus Beteiligungen						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
- davon aus verbundenen Unternehmen						
13. Zinsen und ähnliche Erträge	15,3	5,0				
- davon aus verbundenen Unternehmen						
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
- davon an verbundene Unternehmen						
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-225,8	41,4	2,9	-721,9	-879,6	-1.097,3

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorvorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
17. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19. Außerordentliche Erträge						
20. Außerordentliche Aufwendungen						
21. Außerordentliches Ergebnis						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6
24. Jahresgewinn / Jahresverlust	-228,4	-38,9	0,3	-724,5	-882,2	-1.099,9

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns oder Behandlung des Jahresverlustes

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,3	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

Gesellschafter	Gesellschaftsanteile in %	Betrag in TEUR
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		

Finanzplan
für

Theater Vorpommern GmbH

-in TEUR-

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-228,4	38,9	0,3	724,5	-882,2	-1.089,9
2. Abschreibungen (+) Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	172,2	170,0	150,0	150,0	150,0	150,0
3. Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen						
4. Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-0,5					
5. Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)						
6. Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-30,3					
7. Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-300,2	-382,0	-170,0	0,0	0,0	0,0
8. Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14,6					
9. Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten						
10. Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-312,0	-173,1	-9,7	-574,5	-732,2	-949,9
11. (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,5					
12. (-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen						
13. (+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	-153,7	-33,0	-37,3	-150,0	-150,0	-150,0
14. (-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
15. (+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
16. (-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
17. (+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen						
davon						
a) empfangene Ertragszuschüsse						
b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter						
18. (-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen						
19. Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-153,2	-33,0	-37,3	-150,0	-150,0	-150,0

Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2009 (Vorjahr)	2010 (Vorjahr)	2011 (Planjahr)	2012 (1. Folgejahr)	2013 (2. Folgejahr)	2014 (3. Folgejahr)
20 (+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
21 (-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)						
22 (+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen						
23 (-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten						
24 Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
25 Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	-465,2	-206,1	-47,0	-724,5	-882,2	-1.099,9
26 (+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands						
27 (t) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.060,0	594,8	520,0	473,0	-251,5	-1.133,7
28 Finanzmittelbestand am Ende der Periode	594,8	388,7	473,0	-251,5	-1.133,7	-2.233,6

Theater Vorpommern GmbH

Investitionsübersicht

Maßnahmenbezeichnung Beschreibung der Maßnahme	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz der Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres			Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
				Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des vierten Wirtschaftsjahres	
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen davon empfangene Ertragszuschüsse davon Beiträge und einmalige Einlagen Nutzungsberechtigter							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitions-einzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	637,3		37,3	150	150	150	150
davon Grundstücke							
davon Gebäude							
davon Maschinen							
davon Büro- und Geschäftsausstattung	637,3		37,3	150	150	150	150
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen	637,3	0	37,3	150	150	150	150
Nachrichtlich							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-637,3	0	-37,3	-150	-150	-150	-150

Investitionen 2011

Technische Direktion

Erweiterung Absaugung Schlosserei	950,00 €
Samtaushang Decker Stralsund	1.200,00 €
Erbstühl für Portal Stralsund (schwarz/weiss)	1.600,00 €
<i>Gesamt</i>	<i>3.750,00 €</i>

Beleuchtung

Havariepult Congo Greifswald	10.000,00 €
<i>Gesamt</i>	<i>10.000,00 €</i>

Ton

4 x Thon XL (Transportkisten für lose Stative)	500,00 €
Beschallungssystem (Acustikline Seeburg 15" + Amp + Fluggeschirr (Ersatz für Entnahme Ausrüstung Rubenowsaal)	5.500,00 €
Stairville Traverse Pro Set (Traverse für Beschallung)	1.500,00 €
Mikrofone, div. Audiogeräte (Erneuerung überalteter und defekter Geräte)	6.000,00 €
<i>Gesamt</i>	<i>13.500,00 €</i>

<i>Sonstiges</i>	<i>10.000,00 €</i>
------------------	--------------------

<i>Investitionen insgesamt</i>	<i>37.250,00 €</i>
--------------------------------	--------------------

Übersicht

über die aus den Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (V.E.m.)	Vorjahr ¹ und Planjahr	davon	davon	davon	davon
		Zahlungswirkung im 1. Folgejahr	Zahlungswirkung im 2. Folgejahr	Zahlungswirkung im 3. Folgejahr	Zahlungswirkung in weiteren Folgejahren
in TEUR					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20...					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20...					
eingegangen im Wirtschaftsjahr 20...					
veranschlagt im Planjahr 20...					
Summe					
nachrichtlich: Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im jeweiligen Jahr					
davon für zahlungswirksam werdende Verpflichtungsermächtigungen					

¹ Es sind in chronologischer Reihenfolge alle Wirtschaftsjahre aufzuführen, in denen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt waren, aus deren Inanspruchnahme Auszahlungen in Folgejahren fällig werden.

² Anzugeben ist die Höhe der tatsächlich eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen.

Stellenübersicht

für

Theater Vorpommern GmbH

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
1. Arbeitnehmer (nicht vorübergehend beschaffen)¹⁾					
1	Geschäftsführung	2 Sondervertr.	2	1 Sondervertr.	1x kw ab 01.06.2011
2	Abteilungsleiter Publika	1 TVaD 11	1	1 TVaD 11	
3	Mitarbeiter Geschäftsführer	2 TVaD 8	2	2 TVaD 8	
4	Choreografie	0 NV Bühne-Solo	0	0 NV Bühne-Solo	
5	Dramaturg	2 NV Bühne-Solo	2	2 NV Bühne-Solo	
6	Musikdramaturg	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
7	Dramaturgie-Assist.	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
8	Dramat.-Assist./Allg. V.	0,5 TVaD 3	0,5	0,5 TVaD 3	
9	Chatsportent	1 NV Bühne-Solo	3	1 NV Bühne-Solo	
10	KBB	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
11	Leiter Öffentlichk.	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
12	Stv. Ltr. Öffentlichk.	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
13	Mit. Ostseerespiele	1 NV Bühne-Solo	1	0 NV Bühne-Solo	kw. ab 01.07.2010
14	Ausstellung/OA/Dramaturg	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
15	Werbung	1 TVaD 7	1	1 TVaD 7	
16	Abenddienst	0,875 TVaD 3	0,875	0,875 TVaD 3	
17	Einladendienst	0,8 TVaD 3	0,8	0,8 TVaD 3	
18	Tageskasse	2 TVaD 6	2	2 TVaD 6	
19	Tageskasse	1 TVaD 5	1	1 TVaD 5	
20	Besucherdienst	1 TVaD 8	1	1 TVaD 8	
21	Besucherdienst	0,75 TVaD 6	0,75	0,75 TVaD 6	
22	Besucherdienst/Kasse	1 TVaD 5	1	0 TVaD 5	kw. ab 01.07.2010
23	Verwaltungsorganisation	1 TVaD 6	1	1 TVaD 6	
24	Leiter Rechnungswesen	1 TVaD 9	1	1 TVaD 9	
25	Rechnungswesen	1 TVaD 8	1	1 TVaD 8	
26	Personalleiter	1 TVaD 9	1	1 TVaD 9	
27	Lohnbuchhaltung	1 TVaD 9	1	1 TVaD 9	
28	Lohnbuchhaltung	1 TVaD 8	1	1 TVaD 8	
29	Lohnbuchhaltung	1 TVaD 6	1	1 TVaD 6	
30	TD	1 NV Bühne-T	1	1 NV Bühne-T	
31	Ltr. Ausstattungswerkst.	1 NV Bühne-T	1	1 NV Bühne-T	
32	Sekr. TD	1 TVaD 8	1	1 TVaD 8	
33	Hausbetriebsmeister	1 TVaD 5	1	1 TVaD 5	
34	Hausmeister	1 TVaD 3	1	1 TVaD 3	
35	Theaterpädagogin	2 NV Bühne-Solo	2	1 NV Bühne-Solo	kw. ab 01.08.2010
36	Schauspielleitung	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
37	Leiter Schauspielmusik	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
38	Regie-Ass.	2 NV Bühne-Solo	2	2 NV Bühne-Solo	
39	Inspizient/Souffleur	4 NV Bühne-Solo	4	4 NV Bühne-Solo	
40	Schauspieler	17 NV Bühne-Solo	17	17 NV Bühne-Solo	
41	Überspielleiter	0 NV Bühne-Solo	0	1 NV Bühne-Solo	Befristung bis 31.07.11
42	Regie-Ass.	2 NV Bühne-Solo	2	1 NV Bühne-Solo	kw. ab 01.07.2010
43	Korrepititor	2 NV Bühne-Solo	2	2 NV Bühne-Solo	
44	Inspizient/Souffleur	3 NV Bühne-Solo	3	3 NV Bühne-Solo	
45	Solisten	9 NV Bühne-Solo	9	10 NV Bühne-Solo	3x Befr. bis 31.07.11
46	Chefdirigent	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
47	Kapellmeister	1 NV Bühne-Solo	1	0 NV Bühne-Solo	
48	Studienleiter	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
49	Orchesterbüro	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
50	Musiker	62 TVK	60	60 TVK	
51	Orchesterwart	1 TVaD 3	1	1 TVaD 3	
52	Orchesterwart	1 TVaD 4	1	1 TVaD 4	
53	Ballett-Direktor	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
54	Trainingsmeister	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
55	Korrepititor	1 NV Bühne-Solo	1	1 NV Bühne-Solo	
56	Tänzer	13 NV Bühne-Tanz	13	13 NV Bühne-Tanz	

57.	Chordiraktor	1	NV Bühne-Solo	1	1	NV Bühne-Solo
58.	Sänger	25	NV Bühne-Chor	25	25	NV Bühne-Chor
59.	Ausstattungsleiter	1	NV Bühne-Solo	1	1	NV Bühne-Solo
60.	Kostümdirektor	1	NV Bühne-Solo	1	1	NV Bühne-Solo
61.	Gewandmeisterin	4	NV Bühne-T	4	4	NV Bühne-T
62.	Schneiderei	2	TV&D 7	2	2	TV&D 7
63.	Schneiderei	4,625	TV&D 6	4,625	4,625	TV&D 6
64.	Schneiderei	2	TV&D 5	2	2	TV&D 5
65.	Kostümmalererei	1	NV Bühne-T	1	1	NV Bühne-T
66.	Ankleider	3,75	TV&D 5	3,75	3,75	TV&D 5
67.	Ankleiderin/Schneiderin	2,75	TV&D 6	2,75	2,75	TV&D 6
68.	Modistin	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
69.	Mäntel	7	NV Bühne-T	7	7	NV Bühne-T
70.	Bühnenobermeister	2	TV&D 9	2	2	TV&D 9
71.	Bühnenmeister	4	TV&D 9	4	4	TV&D 9
72.	Bühnenmeister	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
73.	Bühnentechniker	4	TV&D 6	4	4	TV&D 6
74.	Bühnentechniker	17	TV&D 5	17	17	TV&D 5
75.	Leiterin der Beleuchtung	1	TV&D 10	1	1	TV&D 10
76.	Beleuchtungsmeister	3	NV Bühne-T	3	3	NV Bühne-T
77.	Beleuchtungsmeister	1	TV&D 9	1	1	TV&D 9
78.	Beleuchtungsmeister	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
79.	Stellwerker	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
80.	Beleuchter	6	TV&D 6	6	6	TV&D 6
81.	Beleuchter	2	TV&D 5	2	2	TV&D 5
82.	Veranstaltungstechniker	1	NV Bühne-T	1	1	NV Bühne-T
83.	Leiter der Requisite	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
84.	Requisite	5	TV&D 5	5	5	TV&D 5
85.	Ton Leitung	1	NV Bühne-T	1	1	NV Bühne-T
86.	Tonmeister	2	TV&D 8	2	2	TV&D 8
87.	Ton Techniker	2	TV&D 5	2	2	TV&D 5
88.	Ton/Beleuchtung	1	TV&D 9	1	1	TV&D 9
89.	Malsaalvorstand	1	NV Bühne-T	1	1	NV Bühne-T
90.	Theatermaler	2,5	NV Bühne-T	2,5	2,5	NV Bühne-T
91.	Malsaal	0,75	TV&D 5	0,75	0,75	TV&D 5
92.	Schlosserei	2	TV&D 6	2	2	TV&D 6
93.	Tischlerei	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
94.	Tischlerei	1	TV&D 5	1	1	TV&D 5
95.	Deko/Fundus	1	TV&D 5	1	1	TV&D 5
96.	Leiter Deko	1	TV&D 6	1	1	TV&D 6
97.	Deko	1	TV&D 5	1	1	TV&D 5
98.	Kraftfahrer Ltj.	1	TV&D 8	1	1	TV&D 8
99.	Kraftfahrer	1	TV&D 6	1	0	TV&D 6
100.	Reinigung	2	TV&D 2	2	2	TV&D 2
101.	Pfortner/Hauswart	1	TV&D 4	1	1	TV&D 4
insgesamt		291,3		289,3	284,3	
2. Arbeitnehmer (vorübergehend beschäftigt)¹⁾						
1.	Schneiderei	0		0	0,75	TV&D 5
2.	Schneiderei	1	TV&D 5	0	0	vom 01.07.-31.10.2010
						vom 01.01.-30.04.2010
insgesamt		1		0	0,75	
3. Auszubildende						
1.	Theatermaler/Plastker	1	oberbetriebl.	1	1	oberbetriebl.
2.	Mediengestalter Bild/Ton	1	oberbetriebl.	1	0	oberbetriebl.
3.	Fachkraft Veranstaltungst.	1	TV&D-Azubi	1	1	TV&D-Azubi
4.	Fachkraft Veranstaltungst.	0	TV&D-Azubi	0	1	TV&D-Azubi
5.	Bürokauffrau	1	TV&D-Azubi	1	1	TV&D-Azubi
6.	Maskenbildner	1	TV&D-Azubi	1	1	TV&D-Azubi
insgesamt		5		5	5	

¹⁾ Als vorübergehend beschäftigte gelten Arbeitnehmer, deren Dienstleistung auf insgesamt höchstens sechs Monate im Jahr begrenzt ist.

Kurzgefasste Übersicht über die Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung für die

Berufsförderungswerk Stralsund gemeinnützige GmbH

nach § 2 Abs. 2 Ziffer 5 Gemeindehaushaltsverordnung

Stammkapital der Gesellschaft	664.679,45 €
Gesellschafter der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH:	
Land Mecklenburg- Vorpommern	352.280,12 €
Landesversicherungsanstalt M-V	153.387,56 €
Bundesversicherungsanstalt	153.387,56 €
Hansestadt Stralsund (0,76 %)	5.112,92 €
Berufsförderungswerk Hamburg GmbH	511,29 €

Gegenstand des Unternehmens ist die berufliche Rehabilitation Behinderter im Sinne des Sozialgesetzes. Aufgabe ist es, den Behinderten durch umfangreiche Qualifizierung die Ausübung eines angemessenen, ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechenden Berufes oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Unternehmen arbeitet ausschließlich gemeinnützig und wohltätig.

Strukturelle Daten

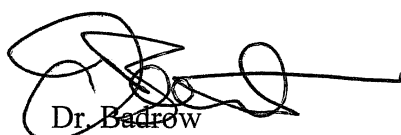
in T€	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
-------	------	------	------	------	------	------	------	------

Umsatzerlöse	14.158	14.962	15.457	14.929	13.349	12.156	13.182	15.080
Jahresüberschuss	96	132	304	170	-93	-329	1.100	1.984
Bilanzsumme	84.402	85.373	83.973	82.457	79.786	78.335	77.153	77.289

Angestellte	176	182	181	176	162	188	198	215
Auszubildende	3	3	3	4	5	4	4	4

Die Gesellschaft ist zu 100 % am Integrationsunternehmen Dienstleistungszentrum Stralsund gemeinnützige GmbH (DZS), Stralsund, beteiligt. Das Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft betrug zum 31.12.2009 rund 434 T€ (Vorjahr: 383 T€) der Jahresüberschuss rund 50 T€ (Vorjahr: 33 T€).

Finanzielle Auswirkungen sind nach derzeitigem Erkenntnisstand aus der Gesellschafterfunktion der Hansestadt Stralsund auf ihren Haushaltsplan für das Wirtschaftsjahr 2011 nicht zu erwarten.


Dr. Badrow

Kurzgefaßte Übersicht über die Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der

Ostsee-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (OBVG)

nach § 2 Abs. 2 Ziff. 5 GemHVO

Neben der Hansestadt Stralsund (HST) mit 11 Prozent sind die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) zu 51 Prozent und das Land Mecklenburg-Vorpommern (Land) zu 38 Prozent Gesellschafter der OBVG.

Bei der OBVG handelt es sich um eine Mantelgesellschaft als Ergebnis der Privatisierung des Vermögens und der Umfirmierung der ehemaligen Volkswerft GmbH, Stralsund.

Gegenstand des Unternehmens ist

- das Halten und Verwalten von Beteiligungen an anderen Unternehmen,
- die Forschung, Entwicklung, Herstellung und der Vertrieb von industriellen Erzeugnissen, Technologien und Verfahren, insbesondere im Bereich des Schiffbaus,
- die Planung und Errichtung von industriellen Anlagen, die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere im Bereich des Schiffbaus.

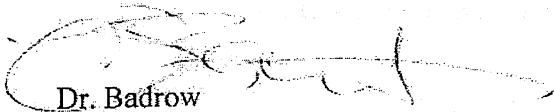
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die Geschäftstätigkeit der OBVG besteht in der Erfüllung der bis zum Zeitpunkt der zweiten Privatisierung entstandenen vertraglichen Verpflichtungen der ehemaligen Volkswerft GmbH.

Aus dem Gesellschaftsvertrag besteht für HST keine Nachschussverpflichtung. Außer dem Haftungsrisiko in Höhe des Stammkapitalanteils sind für HST aus ihrer Beteiligung an der OBVG keine haushaltsrelevanten Risiken/Verpflichtungen gegeben.

Die Gesellschafter haben auf der Versammlung vom 24. Juli 2000 die Auflösung der OBVG zum 31. Dezember 2000 beschlossen. Dementsprechend dauert das Liquidationsverfahren an.

Ein Liquidationserlös für HST ist aufgrund der Vermögenssituation der OBVG nicht zu erwarten, zumal die Finanzierung sämtlicher Verpflichtungen der Gesellschaft ausschließlich durch Mitgeschafter BvS und Land erfolgt.



Dr. Badrow

Jahresabschlüsse der Unternehmen

Konzernabschluss

2009

SWS Stadtwerke Stralsund

GmbH

**Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister**

**Beschluss
des Hauptausschusses der Bürgerschaft**

**Titel: SWS Stadtwerke Stralsund GmbH - Konzernabschluss 2009
GH 0156/2010**

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Gesellschafterversammlung stellt den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 229.027.098,34 Euro und mit einem Konzernbilanzgewinn in Höhe von 4.137.309,88 Euro fest.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-10-0102

Datum: 26.10.2010


Dr. Badrow


The seal is circular with the text 'HANSESTADT STRALSUND' around the top edge and the number '1' at the bottom. In the center is a shield containing a cross above a stylized tree or torch.

SWS Stadwerke Stralsund GmbH, Stralsund
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite			Passivseite	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.425.346,29	3.228.568,92		
2. geleistete Anzahlungen	10.342,80	255.340,01		
3. Geschäfts- oder Firmenwert aus der Kapitalkonsolidierung	112.293,03	123.522,34		
	3.547.982,12	3.607.431,27		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	43.164.051,42	44.712.051,74		
2. technische Anlagen und Maschinen	140.639.816,68	145.697.760,57		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.189.589,46	2.122.672,81		
4. Fahrzeuge für den Personenverkehr	3.519.604,73	3.966.908,73		
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.216.925,62	1.942.560,41		
	193.729.987,91	198.441.954,26		
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	5.056,66	3.500,00		
2. Rückdeckungsansprüche	1.152.382,57	941.572,71		
	1.157.439,23	945.072,71		
	198.435.409,26	202.994.458,24		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	233.552,59	236.817,40		
2. fertige Erzeugnisse	15.290,90	1.913,00		
	248.843,49	238.730,40		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.555.273,41	10.283.660,41		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	742.114,65	899.511,60		
3. sonstige Vermögensgegenstände	2.941.364,41	2.195.667,61		
	10.238.752,47	13.378.839,62		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19.369.069,38	9.413.986,92		
	29.856.665,34	23.031.556,94		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	735.023,74	499.685,49		
	229.027.098,34	226.525.700,67		
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	7.670.000,00	7.670.000,00		
II. Kapitalrücklage	26.588.256,25	26.588.256,25		
III. Gewinnrücklagen				
1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBiG	735.653,90	735.653,90		
2. Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	43.439,82	43.439,82		
3. andere Gewinnrücklagen	680.024,09	946.024,09		
IV. Konzernbilanzgewinn	4.137.309,88	2.555.215,64		
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	16.241.603,19	16.241.603,19		
	56.096.287,13	54.780.192,89		
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	45.536.008,38	47.230.264,90		
C. Empfangene Ertragszuschüsse	37.329.875,36	38.568.928,18		
D. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.937.688,99	1.819.647,99		
2. Steuerrückstellungen	1.105.916,87	1.241.789,78		
3. Rückstellung für latente Steuern	2.016.306,98	2.152.077,93		
4. sonstige Rückstellungen	9.816.311,05	10.148.633,47		
	14.876.223,89	15.362.149,17		
E. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 7.564.344,82; i.Vj. T€ 9.086)	60.433.292,52	60.004.200,60		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 6.955.378,46; i.Vj. T€ 7.380)	7.117.482,96	7.383.872,79		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 157.198,05; i.Vj. T€ 47)	157.198,05	46.923,47		
4. sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 6.542.553,45; i.Vj. T€ 2.533) (davon aus Steuern € 1.680.757,46; i.Vj. T€ 1.168) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 3.582,04; i.Vj. T€ 15)	6.542.553,45	2.533.463,17		
	74.250.526,98	69.968.460,03		
F. Rechnungsabgrenzungsposten	938.176,60	615.705,50		
	229.027.098,34	226.525.700,67	229.027.098,34	226.525.700,67

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	102.894.714,94	95.393.343,99
2. Verminderung des Bestands an fertigen Erzeugnissen	13.377,90	-1.829,95
3. andere aktivierte Eigenleistungen	352.515,84	420.396,10
4. sonstige betriebliche Erträge	8.111.286,52	9.127.990,42
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	47.290.935,40	46.258.867,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.827.071,74	9.234.631,60
	58.118.007,14	55.493.499,50
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	15.639.489,23	15.408.801,04
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 233.091,80; i.Vj. T€215)	3.177.853,79	3.138.739,52
	18.817.343,02	18.547.540,56
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11.752.238,59	11.782.379,81
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	9.687.138,63	8.874.333,76
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	245.296,96	529.242,81
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.060.852,03	2.937.866,32
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.181.612,75	7.833.523,42
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.698.194,71	903.123,98
13. sonstige Steuern	82.355,15	83.952,90
14. Jahresüberschuss	8.401.062,89	6.846.446,54
15. Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn	4.084.968,65	2.372.665,77
16. Konzernjahresüberschuss	4.316.094,24	4.473.780,77
17. Konzerngewinnvortrag	2.555.215,64	1.081.434,87
18. Ausschüttungen	3.000.000,00	3.000.000,00
19. Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	266.000,00	0,00
20. Konzernbilanzgewinn	4.137.309,88	2.555.215,64

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2009

1. Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2009 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Bestimmungen der §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB gegliedert. Soweit es der Übersicht dient, wurde von Wahlrechten Gebrauch gemacht.

Entsprechend der Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen wurden in der Bilanz dem Anlagevermögen der Posten „Fahrzeuge für den Personenverkehr“ hinzugefügt.

2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlussstichtag

In den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH wurden folgende Gesellschaften einbezogen (Konsolidierungskreis):

	Anteil	Eigenkapital zum 31.12.2009 Euro	Jahres- ergebnis 2009 Euro
SWS Nahverkehr GmbH	100,00 %	589.796,05	-1.199.376,00 ¹⁾
SWS Seehafen Stralsund GmbH	100,00 %	7.175.439,77	-128.252,78
REWA Regionale Wasser- und Abwasser- gesellschaft Stralsund mbH	71,43 %	23.973.838,22	1.666.965,89 ¹⁾
SWS Energie GmbH	51,00 %	12.928.261,65	8.381.417,13 ¹⁾
SWS Telnet GmbH ²⁾	51,00 %	895.839,12	259.668,64
SWS Netze GmbH ²⁾	51,00 %	424.217,49	-699.062,48
SWS Entsorgungs GmbH	51,00 %	2.911.078,67	1.035.745,07 ¹⁾
¹⁾ vor Ergebnisabführung bzw. Verlustübernahme aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages			
²⁾ mittelbar über die SWS Energie GmbH			

Alle Gesellschaften haben ihren Sitz in Stralsund.

Die Gesellschaften stehen unter der einheitlichen Leitung der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH gemäß § 290 Abs. 1 HGB bzw. die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH übt einen beherrschenden Einfluss gemäß § 290 Abs. 2 HGB aus. Zwischen der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH und den Tochtergesellschaften SWS Nahverkehr GmbH, REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, SWS Energie GmbH, SWS Seehafen Stralsund GmbH und SWS Entsorgungs GmbH sowie zwischen der SWS Energie GmbH und ihren

Tochterunternehmen SWS Telnet GmbH und SWS Netze GmbH bestanden im Geschäftsjahr Beherrschungs- bzw. Organschafts- und Ergebnisabführungsverträge.

Die SWS Energie GmbH bildet mit der SWS Telnet GmbH und der SWS Netze GmbH einen Teilkonzern im handelsrechtlichen Sinne. Auf die Aufstellung eines gesonderten Teilkonzernabschlusses und eines Teilkonzernlageberichtes wird unter Anwendung des § 291 HGB verzichtet.

Die SWS Telnet GmbH und die SWS Netze GmbH sind 100%ige Töchter der SWS Energie GmbH und wurden im Wege der Vollkonsolidierung nach der Buchwertmethode auf die SWS Energie GmbH in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzernabschlussstichtag, 31. Dezember 2009, entspricht gemäß § 299 Abs. 1 HGB dem Abschlussstichtag des Mutterunternehmens. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen sind ebenfalls auf den Konzernabschlussstichtag aufgestellt.

3. Konsolidierungsmethoden

Die Erstkonsolidierung der Tochterunternehmen SWS Seehafen Stralsund GmbH und REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH erfolgte zum 01. Januar 1993. Zum 28. Oktober 1993 erfolgte die erstmalige Einbeziehung der SWS Energie GmbH in den Konzernabschluss sowie zum 01. Januar 1994 die der SWS Nahverkehr GmbH. Die SWS Entsorgungs GmbH wurde erstmalig zum 01. Januar 2005 in den Konzernabschluss einbezogen. Die Erstkonsolidierung der 100%igen Töchter, SWS Telnet GmbH bzw. SWS Netze GmbH, auf die SWS Energie GmbH, erfolgte zum 12. Mai 2000 bzw. zum 01. Januar 2008. Die Erstkonsolidierung erfolgte jeweils zum Erwerbszeitpunkt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Buchwertmethode durchgeführt, wobei mit Ausnahme für die SWS Entsorgungs GmbH, unabhängig von der angewandten Methode (Buchwert- bzw. Neubewertungsmethode), aufgrund von Art und Umfang der Vermögenswerte und Schulden der einzubeziehenden Unternehmen zum Erstkonsolidierungszeitpunkt keine abweichenden Wertansätze zu ermitteln waren. Auch für die SWS Entsorgungs GmbH ist zum Erstkonsolidierungszeitpunkt nicht von wesentlich anderen Wertverhältnissen zwischen buchmäßigem bzw. neubewertetem Eigenkapital auszugehen.

Die aus der Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen verbleibenden aktivischen Unterschiedsbeträge wurden bzw. werden planmäßig abgeschrieben (REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH 1 TEUR bzw. SWS Entsorgungs GmbH 168 TEUR). Der passivische Unterschiedsbetrag (SWS Seehafen Stralsund GmbH T€ -29 TEUR) wurde 1993 zum Verlustausgleich aufgelöst.

Bei der Schuldenkonsolidierung werden die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den konsolidierten Abschluss einbezogenen Unternehmen aufgerechnet.

Bei der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden die Aufwendungen und Erträge zwischen den in den konsolidierten Abschluss einbezogenen Unternehmen aufgerechnet.

Eine Zwischenergebniseliminierung ist nicht erforderlich, da Zwischenergebnisse im Wesentlichen nicht angefallen sind.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Ansatz und Bewertung im Konzern erfolgten einheitlich nach den gesetzlichen Vorschriften des 3. Buches des HGB und nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der Muttergesellschaft. Abweichungen der Einzelabschlüsse von der konzerneinheitlichen Bilanzierung und Bewertung wurden – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung – in der Handelsbilanz II angepasst.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr mit der Ausnahme unverändert, dass die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Anschlussbeiträge im Abwasserbereich ab 2009 regelmäßig mit 3 % p. a. (bisher 5 % p. a.) vom Ursprungsbetrag aufgelöst werden. Dies kommt den damit kor-

respondierenden Abschreibungssätzen näher. Die Herabsetzung des Auflösungssatzes wirkte sich 2009 mit T€ 887 negativ auf die Ertragslage aus. Des Weiteren wurde die Aktivierungsrichtlinie für Abwasserrohrleitungsnetze überarbeitet und präzisiert. Hierdurch werden Baumaßnahmen tendenziell eher als Erhaltungsmaßnahmen zu qualifizieren sein. Insgesamt führen diese Maßnahmen unter Beachtung von IDW HFA 3/1997 zu einem verbesserten Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Vorjahreszahlen sind bezüglich der anderen Gewinnrücklagen (+ 600 TEUR) und des Konzernbilanzgewinns (- 600 TEUR) insoweit angepasst, als der Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns 2007 des Mutterunternehmens entsprechend berücksichtigt wurde.

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs-/ Herstellungskosten bzw. zu fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Für die Abschreibungen wurden die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern zu Grunde gelegt. Für geringwertige Vermögensgegenstände ist analog den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ein Sammelposten gebildet worden.

Der Firmenwert resultierte aus der Erstkonsolidierung der SWS Entsorgungs GmbH zum 01. Januar 2005. Der Firmenwert wird über 15 Jahre linear abgeschrieben.

Die Finanzanlagen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen sind mit dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital ausgewiesen.

Die Vorräte wurden zu Einkaufspreisen bzw. zu fortgeschriebenen Durchschnittspreisen unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennbetrag bewertet. Möglichen Ausfallrisiken wird durch Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen. Die Forderungen enthalten zudem das Körperschaftsteuerguthaben, bilanziert zum Barwert.

Die Kassenbestände und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert bilanziert.

Der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen wurde entsprechend der Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst.

Empfangene Ertragszuschüsse werden branchenbezogen jährlich mit Sätzen von 3 % und 5 % bzw. entsprechend der Nutzungsdauer der jeweiligen bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst.

Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zu Grunde. Als Rechnungsgrundlagen dienen die Richttafeln von Dr. Heubeck aus dem Jahr 2005. Die Pensionsverpflichtungen sind nach dem Teilwertverfahren mit dem Rechnungszinsfuß von 6 % p. a. entsprechend § 6 a EStG berechnet worden.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die Summe der Steuerrückstellungen aus den Einzelabschlüssen der konsolidierten Unternehmen.

Die Rückstellung für latente Steuern wurde gemäß der §§ 274 und 306 HGB im Wesentlichen unter Berücksichtigung der rückgängig gemachten Sonderabschreibungen passiviert. Ab 2008 beträgt der berücksichtigte Steuersatz 30 %.

Die sonstigen Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und den gesetzlichen Vorschriften gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden nach versicherungsmathematischen bzw. kaufmännischen Grundsätzen gebildet. Als Rechnungsgrundlagen für Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen kamen Zinssätze von 5,5 % p. a. zur Anwendung.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

In den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen enthalten, soweit sie einen Aufwand bzw. Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen.

5. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

5.1 Angaben zu Posten der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr 2009 sind entsprechend § 268 Abs. 2 HGB im beigefügten Bruttoanlagenspiegel dargestellt (Seite 11 des Anhanges). Zur Entwicklung des Firmenwertes wird auf Abschnitt 3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verwiesen.

Die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 742,1 TEUR beinhalten in Höhe von 509,1 TEUR Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit dem Entsorgungsbereich und in Höhe von 2,9 TEUR Forderungen aus der Versorgung mit Fernwärme. 221,6 TEUR resultieren aus der Trinkwasser- und der Abwasserentsorgung. Aus dem Fahrkartenverkauf des Nahverkehrs an die Tourismuszentrale waren zum Bilanzstichtag noch 5,3 TEUR offen und für die Beförderung von Schülern zum Schwimmunterricht schuldete die Gesellschafterin noch 3,2 TEUR.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt Stralsund. Es handelt sich mit 696,7 TEUR um zuviel gezahlte Vorauszahlungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag. 460,2 TEUR betreffen abgeführte bzw. von verzinnten Geldanlagen außerhalb des Cash-Pools von Kreditinstituten einbehaltene anrechenbare Kapitalertragsteuern nebst Solidaritätszuschlag von 5,5 %.

Des Weiteren stehen zum Bilanzstichtag noch 190,5 TEUR Körperschaftsteuerguthaben zu Buche, die durch das Finanzamt ratierlich bis 2017 auszuführen sind.

Noch nicht abzugsfähige Vorsteuern aus Eingangsrechnungen valutieren mit 637,3 TEUR.

Auf Grund eines Urteils des Bundesfinanzhofes vom 18. September 2008 ändert sich für Energie- und Wasserversorgungsunternehmen die bisherige Praxis zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Guthaben aus der Verbrauchsabrechnung. Ergibt sich aus der Jahresverbrauchsabrechnung ein Guthaben, ist die Umsatzsteuerkorrektur zukünftig erst bei Auszahlung des Betrages an den Kunden zulässig. Da die Jahresrechnungen für Strom, Gas und Wasser erst im Wirtschaftsjahr 2010 erstellt wurden, ergaben sich noch nicht abzugsfähige Umsatzsteuern aus Guthaben in Höhe von 738,2 TEUR.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betragen vorwiegend bis zu einem Jahr. Langfristig bis zum Jahr 2017 ist die Forderung aus dem Körperschaftsteuerguthaben mit 190,5 TEUR.

Der Posten Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten enthält im Wesentlichen mit 17.470,4 TEUR das Guthaben des Cash-Pool.

Seit dem 01. Mai 1999 bedient sich der Stadtwerkeverbund eines zentralen Cash-Managements, um kurzfristige Liquiditätsüberhänge oder -engpässe im Rahmen des Konzerns auszugleichen und eine günstigere Verzinsung zu nutzen.

Die Konzernmutter (SWS Stadtwerke Stralsund GmbH) und die Tochtergesellschaften hatten die Deutsche Bank AG, Filiale Stralsund, beauftragt, die hier geführten Bankkonten der beteiligten Gesellschaften (Ursprungskonten) täglich auf Null zu stellen, indem alle Umsätze gleichmäßig ausgebucht und mit der vereinbarten Valuta auf das Zielkonto (Poolkonto), das bei der Muttergesellschaft verwaltet wird, übertragen werden. Die Konzernmutter verfügt für das Cash-Pool-Konto über eine gemeinsame Kreditlinie von derzeit 5.500 TEUR.

Die SWS Entsorgung GmbH und die SWS Telnet GmbH sind seit August 2006 bzw. Oktober 2006 in den Cash-Pool integriert, die SWS Netze GmbH erst ab Januar 2008.

Der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen enthält Zuführungen von 1.279,2 TEUR. Auflösungen und Abgänge erfolgten in Höhe von 2.906,5 TEUR.

Die Zuführungen betreffen mit 458,6 TEUR Baukostenzuschüsse für die Erschließung des Versorgungsbereiches und für Trinkwasserhausanschlussleitungen sowie Abwasserleitungen und Investitionszuschüsse von staatlichen Stellen.

Auf Grund des BMF-Schreibens vom 27. Mai 2003 werden unter dem Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen auch vereinnahmte Baukostenzuschüsse für Trink- und Abwasser ausgewiesen, die in den Vorjahren unter den empfangenen Ertragszuschüssen bilanziert wurden.

Die Auflösung der Baukostenzuschüsse erfolgt abschreibungskonform entsprechend der Nutzungsdauer und der gewählten Abschreibungsmethode der bezuschussten Vermögensgegenstände über die Umsatzerlöse.

Die Erträge aus der Auflösung der Investitionszuschüsse werden unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ ausgewiesen.

Zugänge in Höhe von 93,8 TEUR betreffen vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr M-V, Rostock, ausgeleitete Fördermittel für die Anschaffung von einem KOM.

Die Zugänge in Höhe von 726,8 TEUR resultieren aus Städtebaufördermitteln für das Projekt Türmchenspeicher Hafestraße 8. Nach dem Umbau und der Innensanierung des Speichers soll von dort aus die Kälte- und Wärmeversorgung des nahegelegenen Ozeaneums erfolgen.

Die Zuführungen zu den empfangenen Ertragszuschüssen betragen 1.064,5 TEUR. Der Posten verringerte sich zudem um Auflösungen in Höhe von 2.303,5 TEUR.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen 51 Personen, davon 21 in Ruhe. Im Geschäftsjahr wurden 48 TEUR in Anspruch genommen bzw. aufgelöst und 166 TEUR zugeführt.

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 1.105,9 TEUR (i. Vj. 1.241,8 TEUR) entfallen in Höhe von 137,7 TEUR auf Rückstellungen für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag 2006 und in Höhe von 60,6 TEUR auf die Gewerbesteuer 2006 sowie in Höhe von 150,1 TEUR auf die Gewerbe- und in Höhe von 8,3 TEUR auf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für das Jahr 2007.

Des Weiteren sind auf Grund der in 2007 erfolgten Betriebsprüfung für die Jahre 2001-2005 Rückstellungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 16,0 TEUR und für die Gewerbesteuer in Höhe von 11,5 TEUR enthalten. Die Rückstellungen konnten zum Bilanzstichtag angepasst werden, da die entsprechenden Bescheide des Finanzamtes im März 2010 zugegangen sind.

Für das Jahr 2008 stehen nach einer Teilinanspruchnahme noch 159,4 TEUR für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag zu Buche. Für das Jahr 2009 wurden 538,2 TEUR Gewerbesteuer und 24,1 TEUR Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag zurückgestellt.

Die Rückstellung für latente Steuern wurde im Geschäftsjahr 2009 mit 165,7 TEUR aufgelöst. Zugeführt wurden 29,9 TEUR.

Der durchschnittliche konzerneigene Steuersatz beträgt 30 %.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit von 2.066,9 TEUR, für unterlassene Instandhaltung von 1.147,8 TEUR, für ein Gaspreissicherungsgeschäft für die gesamte Vertragslaufzeit in Höhe von 1.746,1 TEUR, für die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern 460,4 TEUR, für ausstehende Rechnungen von 360,3 TEUR, für Abwasserabgaben von 364,1 TEUR, für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen 290,8 TEUR und für eventuelle Rückzahlungsverpflichtungen für zu hoch vereinnahmte Netznutzungsentgelte von 1.928,5 TEUR.

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 25.416,7 TEUR durch Ausfallbürgschaften der Gemeinden bzw. des Landkreises Nordvorpommern und der Hansestadt Stralsund, durch Sicherungsabtretungen, durch Grundschuldbestellungen und durch Globalzession von Forderungen besichert.

Zur Absicherung des Zinsrisikos wurden für 18 langfristige Investitionsdarlehen Zinsswapverträge über 25.983,3 TEUR abgeschlossen. Der Marktwert (mark-to-market-Methode) zum 31. Dezember 2009 beträgt -1.784 TEUR. Für eine offene Zinssicherung sowie ein Swapgeschäft zur Gaspreissicherung wurde entsprechend Risikovorsorge durch Rückstellungsbildung getroffen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 157,2 TEUR ergeben sich im Wesentlichen aus noch ausstehenden Zahlungen für Konzessionsabgaben Strom, Gas und Wasser in Höhe von 108,5 TEUR.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer in Höhe von 182,3 TEUR, aus Umsatzsteuerverpflichtungen des Organkreises Stadtwerke der Monate November und Dezember 2008 in Höhe von 1.408,6 TEUR sowie des Seehafens in Höhe von 58,7 TEUR. Des Weiteren sind in dieser Bilanzposition u. a. noch Verbindlichkeiten gegenüber Minderheitsgesellschaftern in Höhe von 2.954,9 TEUR, aus noch auszahlenden Löhnen und Gehältern in Höhe von 63,4 TEUR enthalten.

5. 2 Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Für die nachfolgenden Erläuterungen wurde zur besseren Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Spartenrechnung Bezug genommen.

Die Gegenüberstellung der Umsatzerlöse nach Sparten zeigt folgende Entwicklung:

	2009 T€	2008 T€	Veränderung T€
Energieversorgung (Strom, Gas, Wärme, Telekommunikation)	68.924	61.001	7.923
Wasserver- und Abwasserentsorgung	18.833	18.328	505
Personennahverkehr	3.447	3.582	-135
Seehafen	2.592	3.632	-1.040
Entsorgung	9.077	8.830	247
Holding	22	20	2
	102.895	95.393	7.502

Die Zunahme der Umsatzerlöse in der Sparte Energieversorgung liegt vor allem im Gas- und Wärmeabsatz begründet, der auf eine im Vergleich zum Vorjahr günstigere, d. h. kältere Witterung im Winter zurückzuführen ist. Die Energieversorgung enthält auch die Umsatzerlöse aus Netzentgelten für die Nutzung des Strom- und Gasnetzes durch Energievertriebsunternehmen. Die hier realisierten Mehrerlöse resultieren im Wesentlichen aus den Netzentgelten des im Jahr 2009 gepachteten Barther Strom- und Gasnetzes.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse in der Sparte Wasserver- und Abwasserentsorgung ergibt sich im Wesentlichen aus gesteigerten Erlösen in der Abwasserentsorgung. Ab dem 01. Januar 2009 erfolgt eine getrennte Berechnung der Entsorgung von Schmutz- und Niederschlagswasser in der Hansestadt Stralsund.

Die leicht gestiegenen Erlöse in der Sparte Entsorgung sind auf erhöhte Entgelte, die ihre Grundlagen in den Preisanpassungsklauseln der Entsorgungsverträge haben, zurückzuführen.

Maßgebend für den Rückgang der Umsatzerlöse im Seehafen war der Rückgang im Güterumschlag, insbesondere bei Blechen und Profilen, aber auch der Rückgang des Umschlages von Baustoffen. Dieser negative Trend wurde abgemildert durch den deutlichen Anstieg beim Umschlag von Frostware und auf Grund der erhöhten Nachfrage der Holz- und Sägewerksindustrie nach Holz.

Als andere aktivierte Eigenleistungen werden aktivierte Fertigungs- und Gemeinkosten in Höhe von 352,5 TEUR ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Investitionszuwendungen, Erträge aus Leistungen nach den Finanzausgleichsgesetz von 596,4 TEUR, Erträge aus Mieteinnahmen von 193,4 TEUR, Zinszuschüsse und Fördermittel in Höhe von 154,8 TEUR, Erträge aus Sachbezügen von 158,1 TEUR, Erträge aus Schadenersatz und Mahnkosten/Entsperrung von 144,3 TEUR sowie Erträge aus der Weiterberechnung von Leistungen (im Wesentlichen aus der Verpachtung der MBV-/EBS- Anlage) von 2.235,1 TEUR. Die im Posten enthaltenen periodenfremden Erträge betragen 557 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Konzessionsabgaben von 2.180,4 TEUR, für Mieten, Pachten und Leasing von 1.076,9 TEUR, für Gebühren und Beiträge von

152,4 TEUR, für Rechts- und Beratungsaufwendungen von 431,3 TEUR, für Werbung von 328,2 TEUR, für Reparaturen an Gebäuden und Umschlagsgeräten sowie für die Reinigung der Gebäude in Höhe von 209,4 TEUR, Abwassereinleitungsgebühren von 338,5 TEUR, Aufwendungen für Versicherungen von 492,9 TEUR und für bezogene Leistungen, sonstige Fremdleistungen und EDV-Leistung Dritter in Höhe von 970,3 TEUR. Die im Posten enthaltenen periodenfremden Aufwendungen betragen 1.723 TEUR, davon 1.262 TEUR aus Zuführung zur Rückstellung für zu hoch vereinnahmte Netznutzungsentgelte.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 1.698,2 TEUR betreffen im Wesentlichen mit 947,5 TEUR die Gewerbesteuer und mit 886,7 TEUR die Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag für das Jahr 2009. Die Rückstellung für latente Steuern wurde im Jahr 2009 um 135,8 TEUR verringert, was zur Minderung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag führt.

6. Sonstige Angaben

6.1 Abschlussprüferhonorar

Das Abschlussprüferhonorar in Höhe von 137,7 TEUR setzt sich wie folgt zusammen:

	Konzern	SWS	Gesamt Töchter	Gesamt
	T€	T€	T€	T€
Abschlussprüfungsleistungen	10,0	17,0	97,7	124,7
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0	11,7	11,7
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Leistungen (Seminare)	0,0	0,0	1,3	1,3
Gesamt	10,0	17,0	110,7	137,7

6.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Über die in der Bilanz ausgewiesenen Schuldposten hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Art der finanziellen Verpflichtung	Zeitraum		
	2010 T€	2011-2014 T€	nach 2014 T€
Verpflichtungen aus Leasingverträgen	447	902	57
Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Pachtverträgen	619	2.300	7.396

Das Bestellobligo aus Investitionen beträgt zum Konzernabschlussstichtag 3.744 TEUR.

Der Konzern ist für die Beschäftigten des Nahverkehrs Mitglied der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern (ZMV), die die Beiträge im Umlageverfahren erhebt. Im Geschäftsjahr 2009 betragen der Umlagesatz 1,3 % und der Zusatzbeitrag 4,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen im Geschäftsjahr 2009 76 TEUR.

Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG ist für die Erfüllung der zugesagten Leistungen einzustehen (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Hinsichtlich der Durchführung der ÖPNV-Leistungen in der Hansestadt Stralsund ist mit der Hansestadt Stralsund eine Betrauungsvereinbarung geschlossen. Die im Konzern auszugleichenden Kosten sollen auf Basis des beschlossenen Restrukturierungsplanes bis 2011 dem Kriterium eines „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens“ entsprechen.

6. 3 Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden im Konzern im Durchschnitt 402 Mitarbeiter, davon 166 Angestellte und 236 gewerbliche Arbeitnehmer, beschäftigt. Im Geschäftsjahr 2009 wurden im Konzern im Durchschnitt 21 Lehrlinge ausgebildet.

6. 4 Aufsichtsrat des Mutterunternehmens

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Mitglieder an:

Herr Rolf Peter Zimmer (Vorsitzender)	Rentner Mitglied der Bürgerschaft
Herr Thomas Haack (Stellvertreter)	Selbständiger Handelsvertreter Mitglied der Bürgerschaft
Herr Detlef Lindner	Zollbeamter Mitglied der Bürgerschaft
Herr Jürgen Oschmann	Angestellter Mitglied der Bürgerschaft (bis 06.12.2009)
Herr Markus Berberich	Geschäftsführer Stralsunder Brauerei GmbH Mitglied der Bürgerschaft (bis 06.12.2009)
Herr Bernd Buxbaum	Ingenieur für Fernmeldewesen / Beamter Mitglied der Bürgerschaft (ab 07.12.2009)
Herr Niklas Rickmann	Pädagoge Mitglied der Bürgerschaft (ab 07.12.2009)

Dem Aufsichtsrat des Mutterunternehmens wurden insgesamt Bezüge in Höhe von 4,6 TEUR gewährt.

6. 5 Geschäftsführung des Mutterunternehmens

Geschäftsführer des Mutterunternehmens ist Herr Dipl.-Ing. Christian Koos.

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers des Mutterunternehmens wurde gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a HGB und in analoger Anwendung des § 286 Abs. 4 HGB zulässig verzichtet.

6. 6 Geschäfte mit nahe stehenden Personen

Sämtliche wesentlichen Geschäfte des Geschäftsjahres 2009 mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand (-) / Ertrag (+) 2009 in TEUR
Stralsunder Wohnungsgesellschaft mbH	- Mietvertrag FD 8 und FD 7	-445
Liegenschaftsentwicklungs- gesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	- IT-Dienstleistungsvertrag	7
	- Pachtvertrag Lagerfläche/Liegeplätze	-46
Hansestadt Stralsund	- Konzessionsabgaben/Grundstückstauschvertrag	-2.158
	- Vermietung Übertragungswege/Internetverbindung	
	- Strom-, Gas-, Wärmelieferverträge	
	- Beförderung Schüler zum Schwimmunterricht	
	- Abfallwirtschaftsverträge	
	- Mietvertrag; Grundstückskaufvertrag	
	- Wasserliefer- u. Abwasserentsorgungsvertrag	20.099

6. 7 Ergänzende Angaben zur Konzernkapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds ergibt sich nach dem Kassenbestand (19 TEUR) und den Guthaben bei Kreditinstituten (19.350 TEUR) und entspricht dem Konzernbilanzposten B. III.

Als größere Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen des Geschäftsjahres sind mit 1.782 TEUR die Errichtung von Gebäuden und Anlagen Hafenstraße 8 „Türmchenspeicher“ zur Versorgung des Ozeaneums sowie der Bau bzw. Umbau von baulichen und technischen Entsorgungsanlagen mit 1.029 TEUR zu nennen.

Die Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter betreffen die (Vorab-) Ausschüttungen an die Hansestadt Stralsund als Gesellschafterin des Mutterunternehmens von 3.000 TEUR bzw. die (Vorab-) Ausgleichszahlungen nach den Ergebnisabführungsverträgen für die Minderheitsgesellschafter der SWS Energie GmbH, der SWS Entsorgungs GmbH sowie der REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH von 2.235 TEUR.

6. 8 Ergänzende Angaben zum Konzerneigenkapitalpiegel

Der Betrag, der am Konzernabschlussstichtag 31. Dezember 2009 zur Ausschüttung an den Gesellschafter des Mutterunternehmens zur Verfügung steht, besteht aus dem Bilanzgewinn 2009 (8.747 TEUR) und einem Teil der anderen Gewinnrücklagen (80 TEUR, soweit diese nicht mit 600 TEUR zweckgebunden sind) des Mutterunternehmens.

Stralsund, den 15.07.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

**Konzernanlagenspiegel der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund
für das Geschäftsjahr 2009**

	<u>Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>				<u>Abschreibungen</u>					<u>Buchwerte</u>		
	Stand am 31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.870.205,96	163.338,64	416.168,40	204.611,78	7.245.101,22	3.641.637,04	382.722,67	0,00	204.604,78	3.819.754,93	3.425.346,29	3.228.568,92
2. geleistete Anzahlungen	255.340,01	171.171,19	-416.168,40	0,00	10.342,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.342,80	255.340,01
3. Geschäfts- und Firmenwert aus der Kapitalkonsolidierung	168.439,58	0,00	0,00	0,00	168.439,58	44.917,24	11.229,31	0,00	0,00	56.146,55	112.293,03	123.522,34
	7.293.985,55	334.509,83	0,00	204.611,78	7.423.883,60	3.686.554,28	393.951,98	0,00	204.604,78	3.875.901,48	3.547.982,12	3.607.431,27
<u>II. Sachanlagen</u>												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	67.371.730,39	210.365,14	392.695,00	219.790,85	67.754.999,68	22.659.678,65	1.963.285,15	0,00	32.015,54	24.590.948,26	43.164.051,42	44.712.051,74
2. technische Anlagen und Maschinen	254.710.950,24	2.599.222,03	578.198,10	550.533,50	257.337.836,87	109.013.189,67	8.144.341,59	0,00	459.511,07	116.698.020,19	140.639.816,68	145.697.760,57
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12.299.297,49	448.023,21	255.079,77	913.109,55	12.089.290,92	10.176.624,68	616.889,87	0,00	893.813,09	9.899.701,46	2.189.589,46	2.122.672,81
4. Fahrzeuge für den Personenverkehr	8.356.385,87	202.800,00	0,00	300.521,34	8.258.664,53	4.389.477,14	633.770,00	0,00	284.187,34	4.739.059,80	3.519.604,73	3.966.908,73
5. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.942.560,41	3.515.761,87	-1.225.972,87	15.423,79	4.216.925,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.216.925,62	1.942.560,41
	344.680.924,40	6.976.172,25	0,00	1.999.379,03	349.657.717,62	146.238.970,14	11.358.286,61	0,00	1.669.527,04	155.927.729,71	193.729.987,91	198.441.954,26
<u>III. Finanzanlagen</u>												
1. Beteiligungen	3.500,00	1.556,66	0,00	0,00	5.056,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.056,66	3.500,00
2. Rückdeckungsansprüche	941.572,71	561.641,18	0,00	350.831,32	1.152.382,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.152.382,57	941.572,71
	945.072,71	563.197,84	0,00	350.831,32	1.157.439,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.157.439,23	945.072,71
	352.919.982,66	7.873.879,92	0,00	2.554.822,13	358.239.040,45	149.925.524,42	11.752.238,59	0,00	1.874.131,82	159.803.631,19	198.435.409,26	202.994.458,24

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund

Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2009

		2009	2008
		T€	T€
1.	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteil von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	8.401	6.847
2.	+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	11.752	11.782
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-486	2.027
4.	- Auflösung/Abgang des Sonderpostens	-2.973	-2.934
5.	- Auflösung/Abgang der Ertragszuschüsse	-2.304	-3.138
6.	+/- Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-92	557
7.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.895	-5.279
8.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.325	-25
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1. bis 8.)	19.518	9.837
10.	- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-335	-408
11.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	422	0
12.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-6.976	-11.340
13.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	351	0
14.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-563	-245
15.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe 10. bis 14.)	-7.101	-11.993
16.	- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-5.235	-5.373
17.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	13.469	14.551
18.	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-13.040	-14.373
19.	+ Einzahlungen von Investitionszuschüssen	1.279	4.267
20.	+ Einzahlungen von Ertragszuschüssen	1.065	1.146
21.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe 16. bis 20.)	-2.462	218
22.	= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9.; 15.; 21.)	9.955	-1.938
23.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.414	11.352
24.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe 22. und 23.)	19.369	9.414

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund

Konzerneigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2009

	Mutterunternehmen									Minderheitsgesellschafter				Konzerneigenkapital	
	Gezeichnetes Kapital	Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Eigene Anteile, die zur Einziehung bestimmt sind	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital gemäß Konzernbilanz	Eigene Anteile, die nicht zur Einziehung bestimmt sind	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis			Eigenkapital
						Ausgleichsposten aus der Fremdwährungs-umrechnung	andere neutrale Transaktionen					Ausgleichsposten aus der Fremdwährungs-rechnung	andere neutrale Transaktionen		
Stand am 31.12.2008	7.670.000,00 €	0,00 €	26.588.256,25 €	4.280.333,45 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	38.538.589,70 €	0,00 €	38.538.589,70 €	16.241.603,19 €	0,00 €	0,00 €	16.241.603,19 €	54.780.192,89 €
Ausgabe von Anteilen										0,00 €				0,00 €	0,00 €
Erwerb / Einbeziehung eigener Anteile										0,00 €				0,00 €	0,00 €
Gewinnanteil										0,00 €	-4.084.968,65 €			-4.084.968,65 €	-4.084.968,65 €
Änderungen des Konsolidierungskreises										0,00 €				0,00 €	0,00 €
Übrige Veränderungen (Vorab-) Ausschüttung				-3.000.000,00 €				-3.000.000,00 €		-3.000.000,00 €					-3.000.000,00 €
Konzern-Jahresüberschuss				4.316.094,24 €				4.316.094,24 €		4.316.094,24 €	4.084.968,65 €			4.084.968,65 €	8.401.062,89 €
Übriges Konzernergebnis										0,00 €				0,00 €	0,00 €
Stand am 31.12.2009	7.670.000,00 €	0,00 €	26.588.256,25 €	5.596.427,69 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	39.854.683,94 €	0,00 €	39.854.683,94 €	16.241.603,19 €	0,00 €	0,00 €	16.241.603,19 €	56.096.287,13 €

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Im Jahr 2009 setzte sich die drastische Schwächung der globalen Wirtschaftsentwicklung, die bereits im Jahr 2008 begonnen hatte, zunächst fort und resultierte in einer Rezession der Weltwirtschaft. Welthandel und Weltproduktion brachen abrupt und kräftig ein. Regierungen und Notenbanken sahen sich gezwungen, mit umfangreichen und unkonventionellen Maßnahmen Finanzmärkte und Wirtschaft zu stabilisieren.

Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wurde aufgrund der hohen Bedeutung des Außenhandels von dem drastischen Einbruch der weltweiten Nachfrage vergleichsweise stark belastet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2009 um 3,5 % gegenüber dem Vorquartal. Ab dem zweiten Vierteljahr zeigte sich wieder ein positives Wachstum, das zunächst von dem durch staatliche Förderanreize gestützten privaten Konsum und später von wieder anziehenden Exporten getrieben wurde. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung war allerdings im Winterhalbjahr 2008/2009 so stark, dass bezogen auf das Gesamtjahr 2009 das reale Bruttoinlandsprodukt um 5,0 % gegenüber 2008 schrumpfte.

Vor dem Hintergrund der stark rezessiven Wirtschaftsentwicklung zeigte sich der Arbeitsmarkt erstaunlich robust. Die unerwartet moderate Anpassung der Beschäftigung wurde maßgeblich durch höhere Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeit getragen, die die Tarifpartner, insbesondere im stark von der Rezession betroffenen verarbeitenden Gewerbe, in der Vergangenheit vereinbart hatten, sowie durch die staatlich unterstützte Kurzarbeit. Die Entwicklung der Verbraucherpreise verlief entsprechend der schwachen Wirtschaftsdynamik moderat. Die zeitweise negativen Inflationsraten ergaben sich maßgeblich durch statistische Effekte aufgrund der im Vorjahr extrem stark gestiegenen Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren auch in Stralsund und in der Region Vorpommern zu spüren. Dies betraf insbesondere den Schiffbau, die entsprechenden Zulieferbetriebe und die Hafenwirtschaft. Bei den Mittelstandsbetrieben und den Handwerksbetrieben war die allgemeine Auftragslage, gestützt durch staatliche Konjunkturmaßnahmen, zufrieden stellend.

Die Arbeitslosenquote lag im Bereich der Agentur für Arbeit Stralsund Ende des Jahres 2009 bei ca. 15 %. Sie liegt aber immer noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Der Energieverbrauch 2009 war in Deutschland so niedrig wie vor 40 Jahren. Er lag mit 13.341 Petajoule (455,2 Mio. t SKE) um 6,0 % unter dem des Vorjahres. Entscheidend beeinflusst wurde die Verbrauchsentwicklung durch den starken konjunkturellen Einbruch.

Verbrauchssteigernd und damit dämpfend auf die negative Gesamtentwicklung wirkte sich die im Vergleich zum Vorjahr leicht kühlere Witterung aus. Der Bedarf an Heizenergien erhöhte sich um ca. 2 %, lag damit aber immer noch um ca. 6 % unter dem langjährigen Durchschnitt.

Der Erdgasverbrauch verringerte sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5 %. Der Erdgaseinsatz in Kraftwerken sank infolge des insgesamt niedrigeren Strombedarfs um 11 %. Der Anteil des Erdgases am gesamten Energieverbrauch betrug 21,8 %.

Der Verbrauch an Steinkohle lag 18 % unter dem Vorjahreswert und erreichte damit ein Jahrhunderttief. Steinkohle deckte 2009 rund 11 % des inländischen Energiebedarfes.

Ebenso deckte Braunkohle 11 % des deutschen Energiebedarfes, an der Stromerzeugung hatte sie einen Anteil von 25 %.

Die deutschen Kernkraftwerke erzeugten 2009 135 Milliarden Kilowattstunden, dies entspricht einem Anteil von ca. 23 % der inländischen Stromerzeugung.

Die Erneuerbaren Energien steigerten ihren Beitrag zur Energiebilanz 2009 um rund 3 %. Der Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 8,1 % im Vorjahr auf 8,9 %. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Biomasse (ca. 75 %) und Windenergie (ca. 11,5 %).

Der Wettbewerb im Energiebereich hat 2009 weiter zugenommen. Trotzdem kommt die Monopolkommission gemäß § 62 Abs. 1 EnWG in ihrem Sondergutachten 2009 zur Einschätzung der Strom- und Gasmärkte zu der Aussage, dass die Wechselquoten noch gering sind. Über alle Kundensegmente beträgt die Wechselquote im Strombereich 10 % und im Gasbereich nur 1 %.

Geänderte Gesetze und Verordnungen, die den Energiebereich betreffen, sind in 2009 in Kraft getreten. Mit dem Ziel, die Energieeffizienz im Gebäudebereich zu steigern, werden ab 2009 die energetischen Anforderungen an Gebäude um durchschnittlich 30 % erhöht. Dies regelt die Novelle von Energieeinspargesetz und -verordnung.

Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz wurden novelliert.

Alle Unternehmen der Energiebranche sind konfrontiert mit den Vorgaben zur Umsetzung der GPKE, der Geli und der GABI Gas. Ein weiteres Thema in der Branche ist die Liberalisierung des Messwesens, hier insbesondere die EDV-seitige Abwicklung der Prozesse beim Wechsel eines Messdienstleisters bzw. eines Messstellenbetreibers.

Die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung werden nach wie vor als kommunale Pflichtaufgaben gesehen, wobei die Daseinsfürsorge im Vordergrund steht.

Trotz Durchführung von kommunalen Pflichtaufgaben muss davon ausgegangen werden, dass die Kartellbehörden der Länder sich künftig mit der Überprüfung der Trinkwasserpreise beschäftigen werden.

Die strategische Herausforderung für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung besteht in einer zukunftsorientierten Modernisierung, insbesondere durch wettbewerbsgerechte Organisationsformen und interkommunale Kooperationen.

Zum 01.01.2009 wurde in Stralsund die Gebührensplittung zwischen Schmutzwasser und Niederschlagswasser eingeführt.

Bis spätestens zum Jahr 2013 muss ein Lösungsweg zur Verwertung des anfallenden Klärschlammes aufgezeigt werden.

In der Entsorgungsbranche haben auch im Jahr 2009 die seit Jahren bekannten Probleme bzw. Fragen die Diskussion bestimmt. Daseinsfürsorge vs. freierer Marktzugang, die Zukunft der getrennten Erfassung, die Abgrenzung stofflicher Verwertung vs. energetischer Verwertung, wem gehört der zunehmend wertvollere Inhalt der Mülltonnen.

Der im 2. Halbjahr 2008 einsetzende Sinkflug bei vielen Rohstoffpreisen hatte auch noch in 2009 große Auswirkungen auf die Entsorgungsbranche. Erst zur Mitte des Jahres haben sich die Preise für wichtige Sekundärrohstoffe, wie z. B. Altpapier und Schrott, erholt.

Mit klaren Worten hat das Bundesverfassungsgericht mit einer Grundsatzentscheidung vom 18.06.2009 die kommunale Entsorgungszuständigkeit für Abfälle aus privaten Haushalten bestätigt.

Nach langer Diskussion ist die „5. Novelle zur Verpackungsverordnung“ am 01.01.2009 in Kraft getreten.

Mit dem Bundesratsbeschluss vom 13.02.2009 wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass ab 01.01.2010 für die gesamte Entsorgungsbranche ein Mindestlohn von 8,02 €/Stunde gilt. Dies sollte mehr Fairness im Wettbewerb bringen.

Die negativen Entwicklungen im globalen Maßstab führten zu einem bisher einmaligen Einbruch im internationalen Seeverkehr. Neben dem Containerverkehr zwischen Europa und Asien litt in großem Maßstab der Warenaustausch im Ostseeraum unter massiven Verlusten. Der RoRo und Fährverkehr in den deutschen Häfen sank um 27 %. In den Häfen von Mecklenburg-Vorpommern ging der Gesamtumschlag um 18 % zurück, im Stralsunder Seehafen betrug der Rückgang 21 %. In Stralsund war der Umschlag für die Werftindustrie mit einem Minus von 81,5 % besonders stark betroffen.

Weiter positiv hat sich die Zusammenarbeit mit dem Energiekonzern Vattenfall Europe Generation AG im Bereich Kalksandstein/Gips-Umschlag entwickelt.

Nach wie vor ist der Seehafen Stralsund der führende Universalhafen in Vorpommern. Ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil ist die Gleisinfrastruktur im Hafengelände.

Auch im Jahr 2009 konnte der ÖPNV den Kostendeckungsgrad weiter steigern, er beträgt jetzt 79,4 %. Die Ziele des bis 2011 laufenden Restrukturierungsplanes konnten somit erreicht werden.

Da in den kommenden Jahren die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen nicht einfacher werden (z. B. weitere Kürzungen bei den Abgeltungsleistungen), besteht die Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation von kommunalen Verkehrsunternehmen. Die Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr in den Gebietskörperschaften Hansestadt Stralsund, Landkreis Vorpommern und Landkreis Rügen unterstützen eine gutachterliche Stellungnahme im Hinblick auf künftige Zusammenarbeit.

Trotz der aufgeführten schwierigen Rahmenbedingungen war der Geschäftsverlauf im Jahr 2009 für den Konzern Stadtwerke Stralsund sehr erfolgreich.

2. Energieversorgung

Umsatzerlöse und Absatz (nicht konsolidiert)

	2009		2008	
	Erlöse (TEUR)	Absatz (MWh)	Erlöse (TEUR)	Absatz (MWh)
Stromversorgung	27.021	171.651	25.932	156.109
Gasversorgung	19.984	404.357	19.768	432.768
Wärmeversorgung	15.481	140.763	14.501	129.002
Ertragszuschüsse	608	–	592	–
Nebengeschäfte	5.539	–	5.540	–
Gesamt	68.633		66.333	

Während die Stromabsatzmengen an Kunden im Stralsunder Netzgebiet um 5.765 MWh zurückgingen, konnte der Absatz an Kunden in anderen Netzgebieten um 21.325 MWh deutlich erhöht werden.

Die Steigerung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus dem Stromhandel.

Der Gasabsatz an Dritte sank um 28.411 MWh. Der Rückgang bei den Sonderabnehmern konnte durch Mengensteigerungen bei den Tarifkunden nicht vollständig ausgeglichen werden.

Die Gaserlöse liegen mit 216 TEUR über denen des Vorjahres. Zu Beginn des Jahres wurden die Erdgaspreise für alle Produkte um 0,20 ct/kWh (netto) erhöht. Wegen der stark rückläufigen HEL Referenzwerte und der Beschaffungsaufwendungen erfolgte zum 01.04.2009 eine Preissenkung um 1,01 ct/kWh (netto) sowie in der Grund- und Ersatzversorgung um 0,81 ct/kWh (netto) und zum 01.10.2009 erfolgte eine weitere Preisreduzierung um 0,30 ct/kWh (netto).

Die Wärmeabgabemenge erhöhte sich um 10,1 %. Maßgebliche Ursachen waren witterungsbedingte Einflüsse und der Zugewinn weiterer Fernwärmeobjekte.

Beschaffung und Produktion

Der Strombezug für die Kundenversorgung, die Lieferung der Netzverluste an die SWS Netze GmbH und des Eigenbedarfs mit 158 GWh erfolgte zu 61 % von der E.ON edis AG, 8 % des Gesamtbezuges stammen aus örtlichen BHKW-Anlagen. Die wesentlichen Restmengen wurden durch den Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe Transmission geliefert sowie verbleibende Restmengen am Spotmarkt gehandelt.

	2009 MWh	2008 MWh
Eigenerzeugung Strom	6.709	6.299
Eigenerzeugung Wärme	84.450	70.137

Investitionen

Im Jahr 2009 wurden Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 2.324 TEUR realisiert, davon 930 TEUR für den Strombereich, 721 TEUR für den Gasbereich, 652 TEUR für die Fernwärme und 21 TEUR für sonstige Geschäftsausstattung. Die Finanzierung erfolgte über den Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und über die Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung der Energiezentrale für das Ozeaneum.

3. Energieverteilung

Umsatzerlöse und Absatz (nicht konsolidiert)

	2009		2008	
	Erlöse (TEUR)	Netzabsatz (MWh)	Erlöse (TEUR)	Netzabsatz (MWh)
Netznutzung Strom	12.305	200.648	10.670	208.422
Netznutzung Gas	6.932	563.706	5.646	574.803
Nebengeschäfte	4.986	-	3.345	
Gesamt	24.223		19.661	

Der Bereich Energieverteilung hatte zum 01.01.2008 als rechtlich selbstständige Einheit das operative Geschäft aufgenommen.

Die Erlöse resultieren mit 19.237 TEUR im Wesentlichen aus den Einnahmen für die Netznutzung durch Energievertriebsgesellschaften.

Die Erträge aus dem Nebengeschäft ergeben sich aus den Regularien der EEG- und KWK-Gesetze.

4. Wasserver- und Abwasserentsorgung

Absatz und Umsatz (nicht konsolidiert)

	2009		2008	
	in Mio. m ³	Erlöse in TEUR	in Mio. m ³	Erlöse in TEUR
Trinkwasserversorgung	3.603	7.703	3,600	7.746
Abwasserentsorgung	3.242	9.411	3,279	7.993

Im Berichtszeitraum blieben die Trinkwasserpreise unverändert bei 1,55 €/m³ (netto). Entgegen dem Trend der Vorjahre sind die Absatzmengen nicht weiter gesunken.

Mit Beschluss der Bürgerschaft vom 09.10.2008 wurde die Gebührensplitting zwischen Schmutzwasser- und Niederschlagswasser für die Hansestadt Stralsund zum 01.01.2009 eingeführt. Die Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme der öffentlichen zentralen Abwasseranlage in der Hansestadt Stralsund wurde zum 01.01.2009 von 2,30 €/m³ auf 2,15 €/m³ gesenkt. Die Niederschlagswassergebühr beträgt 0,44 € pro Jahr je vollem Quadratmeter versiegelter angeschlossener Grundstücksfläche.

Beschaffung und Produktion

	2009 Mio. m ³	2008 Mio. m ³
Wasserförderung	3,978	3,993

Die Wasserförderung erfolgte aus 10 Wasserwerken. Die Wassergewinnung erfolgte aus insgesamt 49 Brunnen.

Investitionen

Bei den Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen sind im Wirtschaftsjahr insgesamt Investitionen von 1.760 TEUR getätigt worden. Dies betrifft mit 692 TEUR den Trinkwasserbereich, mit 1.018 TEUR den Abwasserbereich und mit 50 TEUR die Verwaltung.

5. Entsorgungswirtschaft

Umsatz (nicht konsolidiert)

	2009		2008	
	Mengen in t	Erlöse in TEUR	Mengen in t	Erlöse in TEUR
Input MBV/EBS-Anlage	66.000		70.000	
Verwertung, Sortierung, Beseitigung, Transport	59.985	9.114	54.937	8.872

Obwohl die Müllreststoffmengen aus der Abfallverwertung der MBV-/EBS Anlage rückläufig sind, konnten die Umsatzerlöse leicht gesteigert werden. Grund dafür sind Preiserhöhungen durch vertraglich vereinbarte Preisanpassungsklauseln in den Entsorgungsverträgen.

Im Zusammenhang mit dem Pachtvertrag über die MBV-/EBS-Anlage wurden Pächterlöse von 1.564 TEUR erzielt.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 1.134 TEUR investiert. Der wesentliche Teil der Investmittel betrifft den Umbau der MBV-/EBS-Anlage mit 515 TEUR, die Errichtung einer EBS-Lagerhalle mit 514 TEUR und der Bau einer separaten Zufahrt für den Kleinanliefererplatz mit 51 TEUR. In Behältertechnik und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 54 TEUR investiert.

6. Hafenumschlag und Lagerwirtschaft

Umschlag und Umsatz

	2009		2008	
	Umschlag in Mio. Tonnen	Umsatz in TEUR	Umschlag in Mio. Tonnen	Umsatz in TEUR
See- u. Landumschlag	1,123	1.598	1,433	2.638
Hafenentgelte		352		385
Lagerleistungen, Miete		671		639

Wegen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gab es 2009 deutliche Rückgänge bei den Hauptgutarten Bleche -18,5 %, Baustoffe -75,5 %, Kalksteinen -57,4 % und Getreide mit -76,1 %. Diese Negativentwicklung konnte durch Umschlagssteigerungen bei anderen Gütern, wie z. B. Frostware 506,6 %, Holz 53,6 %, Gips 4,4 % und Dünger 6,4 %, in geringem Maße kompensiert werden.

Investitionen

Im Jahr 2009 wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt. Sie betreffen u. a. mit 9 TEUR Software, 20 TEUR technische Anlagen/Geräte und 4 TEUR für geringwertige Wirtschaftsgüter.

7. Öffentlicher Personennahverkehr

Beförderungsleistung und Umsatz

	2009		2008	
	Beförderte Personen in Tsd.	Erlöse in TEUR	Beförderte Personen in Tsd.	Erlöse in TEUR
Beförderungsleistung	4.428	2.704	4.523	2.705
Sonstige Leistungen	-	842	-	1.004

Trotz weiter rückläufiger Beförderungszahlen konnten die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau gehalten werden. Zum 01.12.2009 wurden die Fahrpreise und die Tarifstruktur geändert. Die 2-Fahrten-Karte/ermäßigt und die 8-Fahrten-Karte werden nicht mehr angeboten. Neu im Sortiment sind die 7-Fahrten-Karte und die 7-Fahrten-Karte ermäßigt.

Der Kostendeckungsgrad konnte weiter gesteigert werden. Er liegt in 2009 bei 79,4 % (Vorjahr 79,2 %) und ist Beleg für die anhaltend positive Entwicklung.

Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betreffen im Wesentlichen den Ersatz eines Standard-Linienbusses mit 203 TEUR, Videotechnik und sonstige Hardware für die Busse mit 25 TEUR, 13 TEUR für sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung und 10 TEUR für Software. Die Finanzierung des Busses erfolgte unter Berücksichtigung ausgereicher Fördermittel teilweise über Kredit in Höhe von 120 TEUR.

8. Telekommunikation

Umsatz

	2009		2008	
	Anzahl Übertra- gungswege	Erlöse in TEUR	Anzahl Übertragungs- wege	Erlöse in TEUR
LWL - Verbindungen	86	695	86	765

Im Geschäftsjahr 2009 wurden weitere 2 Mbit/s Übertragungswege durch Kunden gekündigt. Ursache hierfür ist die Bereitstellung leistungsfähiger DSL-Produkte durch große Telekommunikationsunternehmen. Durch intensive Vertriebsarbeit gelang es aber im Gegenzug neue Verträge abzuschließen.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen für Kundenanschlüsse und Übertragungstechnik in Höhe von 47 TEUR getätigt.

9. Personal- und Sozialbereich

Mit ihrer Leistungsfähigkeit, Flexibilität und ihrer Motivation haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter maßgeblich zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und zum Erfolg des Konzerns Stadtwerke Stralsund beigetragen.

Mitarbeiter	31.12.2009	31.12.2008
Anzahl der Mitarbeiter	417	424
Anzahl der Auszubildenden	22	26
Entwicklung Personalaufwand	2009 in TEUR	2008 in TEUR
Lohn- u. Gehalt	15.639	15.409
Soziale Abgaben	3.178	3.139
Personalaufwand gesamt	18.817	18.548

In fast allen Bereichen des Konzerns gab es 2009 Lohn- und Tarifsteigerungen aufgrund bestehender Haustarifverträge oder in Anlehnung an Branchentarifverträge.

Die Sicherung und Erweiterung der fachlichen Kompetenzen der Mitarbeiter steht in allen Unternehmensbereichen im Vordergrund, um den weiterhin steigenden Anforderungen des Wettbewerbs gerecht zu werden. Den Mitarbeitern wurde im Rahmen von internen und externen Weiterbildungsmaßnahmen Gelegenheit zu beruflichen Qualifikationen gegeben.

Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und Arbeitnehmervvertretung gewährleisten stabile, soziale Arbeitsbedingungen. Es existiert ein Konzernbetriebsrat. Ein kooperativer Führungsstil fördert das eigenverantwortliche und motivierte Handeln der Mitarbeiter.

In allen Unternehmensbereichen spielt die Arbeitssicherheit eine wesentliche Rolle. Regelmäßige Arbeitsstättenbegehungen finden statt. Alle Betriebsstätten und Bürogebäude sind gemäß der Arbeitsstättenverordnung gestaltet.

10. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH (SWS) ist die Holdinggesellschaft der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund. Alleinige Gesellschafterin der SWS ist die Hansestadt Stralsund.

Die SWS hält Beteiligungen an der SWS Energie GmbH mit 51 %, an der REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH mit 71,43 %, an der SWS Entsorgungs GmbH mit 51 % sowie jeweils 100 % an der SWS Nahverkehr GmbH und SWS Seehafen Stralsund GmbH.

Die SWS Telnets GmbH und die SWS Netze GmbH sind jeweils 100%ige Töchter der SWS Energie GmbH. Mit beiden Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Mit der SWS Energie GmbH, der REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, der SWS Entsorgungs GmbH und der SWS Nahverkehr GmbH bestanden im Berichtsjahr körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Organschaften.

Alle Tochtergesellschaften werden als vollkonsolidierte Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen.

Zwischen der Hansestadt Stralsund und der SWS besteht seit 2007 unverändert ein Betrauungsvertrag. Er beinhaltet Tätigkeiten im straßengebundenen ÖPNV im Gebiet der Hansestadt Stralsund. Bezug nehmend auf den Organschaftsvertrag zwischen der SWS Nahverkehr GmbH und der SWS wurde die SWS Nahverkehr GmbH mit der Umsetzung des Betrauungsvertrages beauftragt. Für den ÖPNV wurden zum 01.01.2009 die Liniengenehmigungen für weitere 8 Jahre verlängert.

Das zweite Jahr seit Bestehen der SWS Netze GmbH war von wichtigen Entscheidungen gekennzeichnet, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft in den kommenden Jahren prägen werden. Mit Wirkung zum 01.01.2009 hat die SWS Netze GmbH von der Stadtwerke Barth GmbH die Strom- und Gasnetze gepachtet.

Im Genehmigungsverfahren wurde durch die Bundesnetzagentur die Erlösgrenze für das Stromnetz Stralsund im Effizienzverfahren ermittelt. Für die Ermittlung der Erlösobergrenzen in den Teilnetzen Gas Stralsund, Strom Barth und Gas Barth kam das vereinfachte Verfahren gemäß § 24 EnWG zur Anwendung.

Auf der Grundlage eines BGH-Urteils vom 14.08.2008 führte die Bundesnetzagentur Mitte des Jahres das angekündigte Verfahren zur Ermittlung der Mehrerlöse durch. Die Mehrerlöse beziehen sich auf den Zeitraum von der Beantragung bis zur Genehmigung der jeweiligen Netzentgelte. Mit der Feststellung der Mehrerlöse unterbreitete die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern den Vorschlag, die ermittelten Mehrerlöse pauschal um ein Drittel zu senken. Voraussetzung für den Abschlag der Mehrerlöse war der Rechtsmittelverzicht. Unter Abwägung der Chancen und Risiken nahm die Gesellschaft den Vorschlag an und zog alle Beschwerden im Rahmen der Entgeltgenehmigung zurück.

B. Darstellung der Lage

1. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme beträgt 229,0 Mio. EUR und hat sich somit um 2,5 Mio. EUR erhöht.

Das Anlagevermögen beträgt rd. 86,6 % an der Konzern-Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquote lag unter Berücksichtigung von 60 % der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse bei 46,2 % (Vorjahr 46,9 %).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 429 TEUR erhöht.

Die Finanzierung des Unternehmens war jederzeit gesichert. Durch das Poolen aller Bankkonten des Unternehmens musste im Geschäftsjahr die vereinbarte Kreditlinie nicht in Anspruch genommen werden. Der Konzern hat im Geschäftsjahr 2009 einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 20,3 Mio. EUR (Vorjahr 9,8 Mio. EUR) erwirtschaftet.

Unter Berücksichtigung des Mittelabflusses aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 7,9 Mio. EUR (Vorjahr 12 Mio. EUR) und des Mittelabflusses aus der Finanzierungstätigkeit von -2,5 Mio. EUR (Vorjahr 0,2 Mio. EUR), ergibt sich ein Finanzmittelbestand von 19,4 Mio. EUR (Vorjahr 9,4 Mio. EUR).

Insgesamt wurden im Jahr 2009 von der SWS an die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund (Vorab-) Ausschüttungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR auf der Basis des handelsrechtlichen Einzelabschlusses vorgenommen. Im Ergebnis ergab sich ein Konzernbilanzgewinn von 4,1 Mio. EUR. (Vorjahr 2,6 Mio. EUR)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken um 266,4 TEUR.

Zur Minimierung der Zinsbelastung und der Begrenzung des Zinsänderungsrisikos werden im Konzern Finanzderivate eingesetzt. Hierbei handelt es sich um Swaps, die - bis auf eine Ausnahme - nur in Verbindung mit einem Grundgeschäft, in Euro und mit Banken erstklassiger Bonität abgeschlossen werden.

2. Ertragslage

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Betriebsergebnis	14.180	12.917	1.263
Finanzergebnis	-2.816	-2.409	-407
Neutrales Ergebnis	-1.265	-2.758	1.493
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.698	-903	-795
Jahresüberschuss	8.401	6.847	1.554
Minderheitenanteile am Gewinn	-4.085	-2.373	-1.712
Konzernjahresüberschuss	4.316	4.474	-158

3. Kennzahlenvergleich

	2009	2008
Jahresüberschuss	8.401 T€	6.847 T€
Finanzergebnis	-2.816 T€	-2.409 T€
EK-Rentabilität (Basis: durchschn. EK)	15,2 %	12,7 %
GK-Rentabilität	9,9 %	8,6 %
Umsatzrentabilität	8,2 %	7,2 %
Liquiditätsgrad I	91,3 %	49,4 %
Anlagendeckung	28,3 %	27,0 %
Verschuldungsgrad (Basis: wirtschaftl. EK)	116,4 %	113,2 %
Cashflow (Veränderung Finanzmittelfonds)	9.955 T€	-1.938 T€

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Aus Konzernsicht ergaben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag.

D. Hinweise auf wesentliche Risiken und Chancen

Wesentliche Risiken sind nach wie vor dem politischen, rechtlichen und regulatorischen Umfeld zuzuordnen. In den Konzernbereichen wird ein softwaregestütztes Risikomanagementsystem geführt. Zu den Aufsichtsratssitzungen erfolgt regelmäßig die Berichterstattung.

Es ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise auch das Geschäftsjahr 2010 beeinflussen. Insbesondere wird davon die Hafenwirtschaft betroffen sein.

Der Energiebereich ist z. Z. mit den größten Risiken behaftet. Der Wettbewerb um Energiekunden wird noch weiter zunehmen.

Die hohe Volatilität der Preise im Energiebezug in den letzten Monaten an den Beschaffungsmärkten wird erhalten bleiben. Daraus ergeben sich größere Risiken aber auch Chancen. Für den Strombereich wurde die Beschaffungsstrategie in einem Risikohandbuch definiert. Für den Gasbereich wird die Beschaffungsstrategie zur Zeit überarbeitet.

In den letzten Monaten wurden verschiedene Projekte geprüft, die eine umweltfreundliche Energieerzeugung vor Ort betreffen. Ziel ist es, sich zumindest teilweise unabhängig von der allgemeinen Ölpreisentwicklung zu machen. Favorisiert wird der Bau eines Biomassekraftwerkes zur Erzeugung von Biogas mit Erdgasqualität in Verbindung mit dem Bau mehrerer Kleinblockheizkraftwerke. Die Gründung einer Gesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung der SWS und einem privaten Investor wird vorbereitet.

Ein wichtiges Thema ist die Verlängerung der Konzessionsverträge Strom und Gas.

Für den Stromnetzbereich birgt die Umsetzung der Anforderungen, die sich aus dem § 216 EnWG zur Einführung elektronischer Zähler ergeben, ein noch unüberschaubares Kostenrisiko in sich.

In den Jahren 2011 und 2012 erfolgen die Kostenprüfungen und die Effizienzbestimmung für die Teilnetze Strom und Gas. Auf dieser Grundlage erfolgt die Festlegung der Erlösobergrenze für die zweite Anreizregulierungsperiode.

Mehrere Risiken aber auch Chancen ergeben sich aus der umzusetzenden Kreisgebiets- und Funktionalreform. Davon sind insbesondere die Entsorgung und der öffentliche Personennahverkehr betroffen. Aufgrund künftiger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen besteht die Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation von kommunalen Verkehrsunternehmen. Die Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr in den Gebietskörperschaften Hansestadt Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und Landkreis Rügen unterstützen eine gutachterliche Stellungnahme, um mögliche Optimierungspotentiale im Rahmen einer Kooperation zu identifizieren.

Im Bereich des Kundenservice sowie im IT-Dienstleistungsbereich ergeben sich höhere Anforderungen durch die komplexer gewordenen Prozesse. Im IT-Bereich ist dies mit ständigen Investitionen in Hard- und Software verbunden. Die Entwicklung der Prozesskosten ist im Hinblick auf die Marktfähigkeit kontinuierlich zu prüfen.

Chancen ergeben sich für die Unternehmensgruppe durch weitere Dienstleistungsangebote in verschiedenen Bereichen, um die Marktposition weiter zu festigen.

Die anderen branchenspezifischen Risiken wurden eingangs des Lageberichts aufgeführt.

Im Ergebnis der Risikobetrachtungen des Geschäftsjahres 2009 lässt sich die Aussage treffen, dass Entwicklungen, die im Sinne des KonTraG bestandsgefährdend sein könnten oder geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund wesentlich zu beeinträchtigen, nach unserer Einschätzung auch für die nähere Zukunft derzeit nicht zu erkennen sind.

E. Weitere Entwicklung

Ziel der Unternehmensgruppe ist es, weiterhin durch eine kundenorientierte Ausrichtung, die Marktführerschaft in Stralsund bzw. in der Region zu verteidigen, um somit für den Gesellschafter dauerhaft eine angemessene Rendite zu erwirtschaften.

Die Unternehmensnachrichten und Wirtschaftskennzahlen zu Beginn des Jahres 2010 lassen einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung erkennen.

Der schon seit einigen Jahren laufende, auf einen längeren Zeitraum ausgerichtete strategische Planungsprozess als Steuerungsinstrument der Unternehmensgruppe, wird jährlich überarbeitet und an die sich verändernden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen angepasst.

In allen Unternehmensbereichen werden ständig Möglichkeiten gesucht, wie dem weiter steigenden Kosten- und Wettbewerbsdruck zu begegnen ist. Insbesondere bei den Ver- und Entsorgern sind neue Lösungen gefragt, um Prozesse effektiver zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit anderen Stadtwerken auf horizontaler Ebene wird dabei eine bedeutende Rolle spielen.

Der Konzern verfügt über gute Voraussetzungen, um sich aktiv in diese Prozesse einzubringen und um letztendlich weitere Wertschöpfungen zu erzielen.

Die möglichen Auswirkungen der umzusetzenden Gebietsreform sind dabei entsprechend zu berücksichtigen. Durch wegfallende steuerliche Verlustvorträge wird die Steuerbelastung in den Folgejahren deutlich höher ausfallen. Mögliche Optimierungsvarianten werden zurzeit untersucht.

Die Gesellschaft geht auch künftig von der Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite des eingesetzten Kapitals aus. Angestrebt wird ein haushaltswirksames Ergebnis von 3 Mio. € für die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund.

Stralsund, 15.07.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der

**SWS Stadtwerke Stralsund GmbH,
Stralsund,**

aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und dem Gesellschaftsvertrag liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und dem Gesellschaftsvertrag und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 06. August 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert Diegelmann
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Jahresabschluss

2009

SWS Stadtwerke Stralsund

GmbH

**Beschluss
des Hauptausschusses der Bürgerschaft**

**Titel: Stadtwerke Stralsund GmbH - Jahresabschluss 2009
GH 0095/2010**

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Stralsund mbH, beschließt:

Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung wird angewiesen in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1.

Der durch die WIKOM Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG geprüfte Jahresabschluss 2009 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.660.346,90 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 55.116.417,68 Euro wird festgestellt, der Lagebericht der Geschäftsführung wird genehmigt. Der Bilanzgewinn in Höhe von 8.747.341,67 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.

2.

Den Betrag von 500.000 Euro an die Alleingeschafterin auszuschütten. Der Termin ist in Abstimmung mit dem Geschäftsführer in Abhängigkeit vom Ergebnis des Antrages auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft beim Finanzamt Stralsund durch den Vertreter in der Gesellschafterversammlung festzulegen.

3.

Den Betrag in Höhe von 1.000.000,00 zur Sicherung der Eigenanteile für das Zukunftsvorhaben "Biogasanlage Stralsund" zweckgebunden in die Gewinnrücklage einzustellen.

4.

Der Bericht des Aufsichtsrates wird zur Kenntnis genommen.

Dem Geschäftsführer, Herrn Koos, wird Entlastung erteilt.

5.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird Entlastung erteilt.

6.

Die Gesellschafterversammlung bestellt die WIKOM AG zur Prüfung des Jahresabschlusses sowie Lageberichts und Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2010.

7.

Der städtische Vertreter in der Gesellschafterversammlung wird ermächtigt, in Abhängig von der Gewinnsituation der Gesellschaft im November/ Dezember des Geschäftsjahres 2010 in der Gesellschafterversammlung, eine dem Wirtschaftsplan entsprechende Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn bzw. der Auflösung der Gewinnrücklage zu beschließen, soweit die Höhe des erwirtschafteten Gewinnes eine Vorabausschüttung nicht zulässt.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-09-0092

Datum: 28.09.2010


Dr. Badrow


The seal is circular with the text "HANSESTADT STRALSUND" around the perimeter. In the center is a shield containing a cross above a stylized figure. Below the shield is the number "1".

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

Passivseite

	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	7.670.000,00	7.670.000,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	746.566,00	428.937,00	II. Kapitalrücklage	5.252.201,95	5.252.201,95
2. geleistete Anzahlungen	4.050,00	255.340,01	III. Gewinnrücklagen		
	750.616,00	684.277,01	andere Gewinnrücklagen	680.024,09	946.024,09
II. Sachanlagen			IV. Bilanzgewinn	8.747.341,67	6.820.994,77
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.991.764,25	5.178.747,25		22.349.567,71	20.689.220,81
2. technische Anlagen und Maschinen	13.111,00	17.604,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	3.839.324,59	3.205.596,13
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	537.551,62	333.244,51	C. Rückstellungen		
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.549.056,04	1.479.831,14	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	276.158,00	241.138,00
	8.091.482,91	7.009.426,90	2. Steuerrückstellungen	1.105.916,88	1.202.364,79
III. Finanzanlagen			3. sonstige Rückstellungen	1.917.351,12	1.843.626,42
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	16.572.886,44	16.572.886,44		3.299.426,00	3.287.129,21
2. Rückdeckungsansprüche	367.670,92	137.954,73	D. Verbindlichkeiten		
	16.940.557,36	16.710.841,17	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.217.111,26	3.469.696,22
	25.782.656,27	24.404.545,08	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	395.919,95	218.122,66
B. Umlaufvermögen			3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00	414,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	17.581.181,51	8.133.771,89
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.539,25	12.062,20	5. sonstige Verbindlichkeiten	4.412.466,66	2.069.521,65
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.760.217,39	6.863.624,65	(davon aus Steuern € 1.440.261,21; Vorjahr € 943.789,54)		
3. sonstige Vermögensgegenstände	1.833.433,16	1.392.323,79	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 1.358,81; Vorjahr € 3.733,24)		
	11.604.189,80	8.268.010,64		25.606.679,38	13.891.526,42
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17.694.987,16	8.355.044,09	E. Rechnungsabgrenzungsposten	21.420,00	22.680,00
	29.299.176,96	16.623.054,73			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34.584,45	68.552,76			
	55.116.417,68	41.096.152,57		55.116.417,68	41.096.152,57

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	4.500.621,52	4.085.369,46
2. sonstige betriebliche Erträge	639.796,43	685.221,18
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.590.302,48	2.496.782,77
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 13.738,84; Vorjahr € 10.501,00)	463.614,48	413.180,94
	3.053.916,96	2.909.963,71
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	591.738,71	480.234,35
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.501.145,65	1.526.411,37
6. Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen € 0,00; Vorjahr € 80.000,00)	0,00	80.000,00
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	6.999.159,44	6.637.288,84
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 2.672,34; Vorjahr € 1.885,49)	223.347,07	499.080,72
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 98.762,11; Vorjahr € 390.239,79)	267.385,03	533.185,49
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	1.199.376,00	1.249.184,02
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.749.362,11	5.287.981,26
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.081.115,31	1.282.327,89
13. sonstige Steuern	7.899,90	8.263,78
14. Jahresüberschuss	4.660.346,90	3.997.389,59
15. Gewinnvortrag	6.820.994,77	5.823.605,18
16. Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	266.000,00	0,00
17. Ausschüttung	3.000.000,00	3.000.000,00
18. Bilanzgewinn	8.747.341,67	6.820.994,77

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009 SWS STADTWERKE STRALSUND GMBH

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden nach den Bestimmungen der §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Für die Abschreibungen wurde die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Die Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung sind mit dem Aktivwert (geschäftsplanmäßiges Deckungskapital) ausgewiesen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nominalwert bilanziert.

Der Ausweis der Rechnungsabgrenzungsposten entspricht den Vorschriften des § 250 HGB.

Die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen erfolgt im gleichen Prozentsatz, zu dem die geförderten Anlagegegenstände abgeschrieben werden.

Für die Rückstellungen der Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse, die Rückstellungen für Pensionen und die Jubiläumsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Gutachten vor.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen berücksichtigen die vollen Aufstockungsbeträge. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bzw. Jubiläumsvpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck 2005 G mit dem Teilwert der Verpflichtungen bilanziert. Der Berechnung liegt ein Rechnungszinssatz von 6 % bzw. 5,5 % zugrunde.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen ausgewiesen.

III. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

Die Entwicklungen des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr 2009 sind im Anlagenspiegel dargestellt. Die Angaben sind Bestandteil des Anhangs.

Die Gesellschaft ist an folgenden Unternehmen beteiligt:

	Anteil %	Eigenkapital zum 31.12.2009 (EUR)	Beteiligungsansatz zum 31.12.2009 (EUR)	Jahresergebnis 2009 (EUR)
SWS Nahverkehr GmbH ¹⁾	100	589.796,05	589.796,06	-1.199.376,00
SWS Seehafen Stralsund GmbH	100	7.175.439,77	7.766.327,03	-128.252,78
REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH ¹⁾	71,4	23.973.838,22	645.502,77	1.666.965,89
SWS Energie GmbH ¹⁾	51	12.928.261,65	5.918.170,88	8.381.417,13
SWS Entsorgungs GmbH ¹⁾	51	2.911.078,67	1.653.089,70	1.035.745,07

¹⁾ Jahresergebnis vor Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages

Die Rückdeckungsansprüche in Höhe von 367,7 TEUR betreffen die Insolvenzversicherungen der Mitarbeiter, die nach 2004 Altersteilzeitverträge abgeschlossen haben. Am 31.12.2009 bestanden mit 11 Mitarbeitern der SWS GmbH Altersteilzeitverträge nach dem Blockmodell.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betragen bis zu einem Jahr.

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen von 9.760,2 TEUR (i. Vj. 6.863,6 TEUR) sind Forderungen aus Gewinnabführungsverträgen gegen die SWS Energie GmbH in Höhe von 5.659,0 TEUR (i. Vj. 3.493,8 TEUR), gegen die REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH in Höhe von 847,0 TEUR (i. Vj. 877,9) und gegen die SWS Entsorgungs GmbH in Höhe von 1.035,7 TEUR (i. Vj. 804,1 TEUR) enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 1833,4 TEUR (i. Vj. 1.392,3 TEUR) enthalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 1.821,4 TEUR gegen das Finanzamt Stralsund. Davon betreffen 627,3 TEUR (i. Vj. 737,1 TEUR) Vorsteuerbeträge, die erst im einem Voranmeldungszeitraum des Folgejahres abzugsfähig sind.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 3.839,3 TEUR betrifft mit 2.595,4 TEUR (i. Vj. 2.688,5 TEUR) Investitionszuschüsse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern für den Betriebshof Lüdershagen und mit 1.243,9 TEUR (i. Vj. 517,0 TEUR) die Zuwendung von Städtebaufördermitteln für die Sanierungsmaßnahme Speicher Hafenstraße 8. Der Speicher Hafenstraße 8, der sich im Sanierungsgebiet „Altstadtinsel“ befindet, wurde von der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH mit Notarvertrag vom 30.10.2007 von der Hansestadt Stralsund käuflich erworben. Nach dem Umbau und der Innensanierung soll von dort aus die Kälte – und Wärmeversorgung des nahegelegenen Ozeaneums erfolgen.

Der Sonderposten für GVFG – Mittel wurde im Geschäftsjahr mit 93,1 TEUR aufgelöst. Die Auflösung des Investitionszuschusses für den Speicher erfolgt mit der Aktivierung der Investitionsmaßnahme voraussichtlich Mitte 2010.

Die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 276,2 TEUR (i. Vj. 241,1 TEUR) betreffen die Anwartschaften von 13 aktiven Mitarbeitern und 3 Rentenbeziehern.

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 1.105,9 TEUR (i. Vj. 1.202,4 TEUR) entfallen in Höhe von 24,1 TEUR auf Rückstellungen für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag 2009, in Höhe von 538,2 TEUR auf die Gewerbesteuer 2009, in Höhe von 159,4 TEUR auf Rückstellungen für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag 2008 sowie in Höhe von 150,1 TEUR auf die Gewerbe- und in Höhe von 8,3 TEUR auf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für das Jahr 2007.

Da die letzten vorliegenden Bescheide des Finanzamtes zur Körperschaft- und Gewerbesteuer das Jahr 2005 betreffen, sind auch noch für das Jahr 2006 die Rückstellungen für die Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag in Höhe von 137,7 TEUR und Gewerbesteuer in Höhe von 60,6 TEUR enthalten. Außerdem sind im Rahmen der 2007 stattgefundenen steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2001-2005 für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag sowie Gewerbesteuer in Höhe von 16,0 TEUR bzw. 11,5 TEUR zurückgestellt worden.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1.917,4 TEUR (i. Vj. 1.843,6 TEUR) entfallen im Wesentlichen auf Aufwendungen für die geplante Instandhaltung des ÖPNV Betriebshofes mit 525,4 TEUR, auf zu erwartende Aufwendungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen in Höhe von 272,9 TEUR, auf die Kosten für die Erstellung, Prüfung und Veröffentlichung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie Steuererklärungen mit 43,8 TEUR. Für Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse, Urlaubsrückstellungen und andere Arbeitnehmeransprüche sind Rückstellungen von 1.035,3 TEUR gebildet worden.

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:
(Vorjahreswerte sind in Klammern angegeben)

	Gesamt in €	bis 1 Jahr fällig in €	2 bis 5 Jahre fällig in €	über 5 Jahre fällig in €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.217.111,26 (3.469.696,22)	269.200,24 (1.103.524,78)	1.073.180,96 (715.580,96)	1.874.730,06 (1.650.590,48)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	395.919,95 (218.122,66)	234.898,00 (216.456,16)	160.911,16 (1.666,50)	110,79 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	17.581.181,51 (8.133.771,89)	17.581.181,51 (8.133.771,89)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0,00 (414,00)	0,00 (414,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Sonstige Verbindlichkeiten	4.412.466,66 (2.069.521,65)	4.412.466,66 (2.069.521,65)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
davon aus Steuern	1.440.261,21 (943.789,54)	1.440.261,21 (943.789,54)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	25.606.679,38	22.497.746,41	1.234.092,12	1.874.840,85

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 3.217,1 TEUR sind 1.066,2 TEUR besichert durch Ausfallbürgschaften der Hansestadt Stralsund und 850,0 TEUR durch Grundschuldbestellungen. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind keine Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool Zielkonto enthalten.

Zur Finanzierung des Speichergebäudes wurde in 2008 ein Tilgungsdarlehen über 1.400,0 TEUR aufgenommen. Der Darlehensvertrag läuft bis zum 30.06.2023. Tilgungsbeginn war der 30.09.2008. Die Restschuld zum 31.12.2009 betrug 1.300,0 TEUR. Zur Zinssicherung wurde auf der Basis des deutschen Rahmenvertrages für Finanztermingeschäfte mit der Bank in Höhe des Darlehensbetrages für den Zeitraum bis zum 30.06.2018 ein Zins-Swap vereinbart.

Zwei bestehende Darlehen zur Finanzierung des Betriebshofes Lüdershagen (Restschuld zum Umschuldungszeitpunkt 895 TEUR) wurde nach Ablauf der Zinsbindung in ein neues Darlehen (Aufnahmebetrag 895 TEUR) umgeschuldet. Besichert ist das Darlehen durch eine Grundschuld.

In den ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 17.581,2 TEUR (i. Vj. 8.133,8 TEUR) sind Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool von 15.408,9 TEUR enthalten.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 4.412,5 TEUR (i. Vj. 2.069,5 TEUR) enthalten im Wesentlichen mit 211,0 TEUR Verbindlichkeiten gegen die Mitgesellschafter der REWA, mit 368,4 TEUR Verbindlichkeiten gegen die Nehlsen GmbH & Co. KG, Bremen, als Mitgesellschafter der SWS Entsorgungs GmbH und mit 2.375,4 TEUR Verbindlichkeiten gegen die E.ON edis AG als Mitgesellschafter der SWS Energie GmbH aus organschaftlicher Ausgleichszahlung. 1.440,3 TEUR sind Verbindlichkeiten aus Lohn- und Umsatzsteuern.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse in Höhe von 4.500,6 TEUR betreffen im Wesentlichen mit 3.326,2 TEUR die Erlöse aus den kaufmännischen Dienstleistungsverträgen mit der SWS Energie, der SWS Telnet GmbH, der REWA GmbH und der SWS Entsorgungs GmbH, mit 188,2 TEUR die Weiterberechnungen von Versicherungsprämien aus bestehenden Rahmenverträgen an die Tochtergesellschaften und mit 966,4 TEUR die Weiterberechnung aufgrund von abgeschlossenen IT-Dienstleistungsverträgen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von insgesamt 639,8 TEUR resultieren im Wesentlichen aus Pachteinnahmen für den Betriebshof Lüdershagen von 178,8 TEUR, aus Weiterberechnungen an die Tochtergesellschaften aus abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen zur juristischen Beratung, Weiterberechnungen von Aufwendungen zur Gestaltung der konzerneigenen Kundenzeitschrift „Lokales Extrablatt“ und sonstigen Weiterberechnungen in Höhe von 289,9 TEUR und aus Erträgen der Auflösung des Sonderpostens für erhaltene Investitionszuschüsse für den ÖPNV- Betriebshof Lüdershagen in Höhe von 93,1 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 1.501,1 TEUR enthalten im Wesentlichen monatlich zu zahlende Mieten an die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH (SWG) für das Kundenzentrum Frankendamm 8 in Höhe von 244,7 TEUR und an die SWS Energie GmbH für die Nutzung der Räumlichkeiten im Frankendamm 7 in Höhe von 93,9 TEUR, Aufwendungen für Versicherungen in Höhe von 202,7 TEUR, für EDV- Leistung Dritter und Prüfung und Beratung 236,8 TEUR und für Werbung und Marketing und sonstige Dienstleistungen wie Briefdienst u. ä. in Höhe von 215,6 TEUR.

Die Erträge aus Gewinnabführungen in Höhe von 6.999,2 TEUR betreffen mit 5.020,4 TEUR die SWS Energie GmbH, mit 1.311,4 TEUR die Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH (REWA) und mit 667,3 TEUR die SWS Entsorgungs GmbH.

Die Aufwendungen für die Verlustübernahme in Höhe von 1.199,4 TEUR werden gemäß dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der SWS Nahverkehr GmbH von der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH übernommen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 1.081,1 TEUR betreffen im Wesentlichen mit 947,5 TEUR die Gewerbesteuer und mit 133,9 TEUR die Körperschaftsteuer zzgl. Solidaritätszuschlag für das Jahr 2009.

IV. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen Geschäfte des Geschäftsjahres 2009 mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Nahе stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand (-) / Ertrag (+) 2009 in Euro
SWS Energie GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	2.742.916,00
	IT-Dienstleistungsvertrag	671.809,48
	Dienstleistungsvertrag Recht	56.913,75
	Mietvertrag FD 8 (Vertrieb)	73.756,20
	Pachtvertrag Heizhäuser	10.882,80
	Cah-Pool Vertrag (CP Zinsen)	-61.889,90
	Mietvertrag FD 7	-93.946,40
	Strom u.Gas FD 8/Baustrom Speicher	-20.318,16
REWA GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	337.808,52
	IT-Dienstleistungsvertrag	77.422,96
	Dienstleistungsvertrag Recht	21.069,85
	Dienstleistungsvertrag Lohnabrechnung	7.479,00
SWS Netze GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	95.000,00
	IT-Dienstleistungsvertrag	64.069,80
	Dienstleistungsvertrag Recht	5.268,45
SWS Nahverkehr GmbH	Pachtvertrag Betriebshof	178.783,17
	IT-Dienstleistungsvertrag	26.967,46
	Dienstleistungsvertrag Recht	1.970,50
	Dienstleistungsvertrag Lohnabrechnung	5.774,75
SWS Telnet GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	15.420,00
	Vermietung Übertragungswege TK- Anlagen	-28.057,31
	Dienstleistungsvertrag Recht	715,00
SWS Entsorgungs GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	135.000,00
	IT-Dienstleistungsvertrag	70.516,93
SWS Seehafen Stralsund GmbH	IT-Dienstleistungsvertrag	13.063,60
Stralsunder Wohnungsgesellschaft mbH	Mietvertrag FD 8	-244.680,00
Liegenschaftsentwicklungs- gesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	IT-Dienstleistungsvertrag	6.840,35

V. Ergänzende Angaben

Haftungsverhältnisse

Die Deutsche Bank AG, Filiale Stralsund, hat dem Konzern Stadtwerke Stralsund im Rahmen des Cash-Pool eine Kreditlinie von 5.500 TEUR (bis Oktober 2009 7.158 TEUR) eingeräumt.

Voraussetzung für die Bereitstellung eines Barkredites in dieser Höhe war die rechtsverbindlich unterzeichnete Ownership-Erklärung der Hansestadt Stralsund vom 15. Dezember 1998. Hierin erklärt die Hansestadt Stralsund, ihre 100%ige Beteiligung an der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH während der Laufzeit des Kredites nicht aufzugeben oder zu verringern.

Durch die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH wurde ihrerseits an die am Cash-Pool beteiligten Tochtergesellschaften zur Sicherung und Gewährleistung der eingebrachten finanziellen Mittel eine der jeweiligen Beteiligung entsprechende Ownership-Erklärung abgegeben.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das Bestellobligo zum 31. Dezember 2009 beträgt TEUR 586.

Aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bestehen Verpflichtungen mit TEUR 4.978 (davon an verbundene Unternehmen T€ 752).

Arbeitnehmerschaft

Im Jahresdurchschnitt waren 49 Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Koos.

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Mitglieder an:

Herr Rolf Peter Zimmer (Vorsitzender)	Rentner Mitglied der Bürgerschaft
Herr Thomas Haack (Stellvertreter)	Selbständiger Handelsvertreter Mitglied der Bürgerschaft
Herr Detlef Lindner	Zollbeamter Mitglied der Bürgerschaft
Herr Jürgen Oschmann	Angestellter Mitglied der Bürgerschaft (bis 06.12.2009)
Herr Markus Berberich	Geschäftsführer Stralsunder Brauerei GmbH Mitglied der Bürgerschaft (bis 06.12.2009)
Herr Bernd Buxbaum	Ingenieur für Fernmeldewesen / Beamter Mitglied der Bürgerschaft (ab 07.12.2009)
Herr Niklas Rickmann	Pädagoge Mitglied der Bürgerschaft (ab 07.12.2009)

Dem Aufsichtsrat wurden Bezüge in Höhe von 4,6 TEUR gewährt.

Konzernabschluss

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH stellt einen Konzernabschluss, der im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt wird, auf.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der Gesellschaft.

V. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt folgende Ergebnisverwendung vor:

Aus dem Bilanzgewinn wurden bereits 3.000.000,00 EUR an die Alleingesellschafterin Hansestadt Stralsund vorab in 2009 ausgeschüttet. Aus dem danach verbleibenden Bilanzgewinn von 8.747.341,67 EUR soll eine weitere Ausschüttung an die Alleingesellschafterin Hansestadt Stralsund

mit 500.000,00 EUR erfolgen und der Restbetrag mit 8.247.341,67 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Stralsund, den 26.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH
Stralsund

Anlagenspiegel 2009

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2009	31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.322.718,28	136.645,61	416.168,40	0,00	1.875.532,29	893.781,28	235.185,01	0,00	0,00	1.128.966,29	746.566,00	428.937,00
2. geleistete Anzahlungen	255.340,01	164.878,39	-416.168,40	0,00	4.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.050,00	255.340,01
	1.578.058,29	301.524,00	0,00	0,00	1.879.582,29	893.781,28	235.185,01	0,00	0,00	1.128.966,29	750.616,00	684.277,01
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.601.344,67	794,00	0,00	0,00	7.602.138,67	2.422.597,42	187.777,00	0,00	0,00	2.610.374,42	4.991.764,25	5.178.747,25
2. technische Anlagen und Maschinen	891.943,79	0,00	0,00	0,00	891.943,79	874.339,79	4.493,00	0,00	0,00	878.832,79	13.111,00	17.604,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	854.954,87	113.513,04	255.079,77	3.872,70	1.219.674,98	521.710,36	164.283,70	0,00	3.870,70	682.123,36	537.551,62	333.244,51
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.479.831,14	1.324.304,67	-255.079,77	0,00	2.549.056,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.549.056,04	1.479.831,14
	10.828.074,47	1.438.611,71	0,00	3.872,70	12.262.813,48	3.818.647,57	356.553,70	0,00	3.870,70	4.171.330,57	8.091.482,91	7.009.426,90
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	16.572.886,44	0,00	0,00	0,00	16.572.886,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.572.886,44	16.572.886,44
2. Rückdeckungsansprüche	137.954,73	280.051,42	0,00	50.335,23	367.670,92	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	367.670,92	137.954,73
	16.710.841,17	280.051,42	0,00	50.335,23	16.940.557,36	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.940.557,36	16.710.841,17
	29.116.973,93	2.020.187,13	0,00	54.207,93	31.082.953,13	4.712.428,85	591.738,71	0,00	3.870,70	5.300.296,86	25.782.656,27	24.404.545,08

A. Allgemeine Entwicklung von Wirtschaft und Branche

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Nach dem dramatischen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009, als durch den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers die Welt in einen Schockzustand versetzt wurde und die deutsche Wirtschaft um insgesamt 6 % schrumpfte, hat sich die Weltwirtschaft und ebenso die deutsche Wirtschaft wieder merklich erholt. Im zweiten Quartal 2009 ist die deutsche Wirtschaft nach vier Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsaktivität wieder um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen und hat im dritten Quartal sogar um 0,7 % zugelegt, im vierten Quartal dann allerdings stagniert. Dennoch ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 um 5 % gesunken und die Erholung hauptsächlich den Impulsen der extrem lockeren Geldpolitik sowie den Konjunkturpaketen zu verdanken.

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH konnte trotz der ungünstigen äußeren Rahmenbedingungen die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre auch in 2009 fortsetzen.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren in der Region besonders im maritimen Bereich zu spüren. In Stralsund betraf dies die Volkswerft sowie deren Zulieferbetriebe und die Hafenwirtschaft. Bei den Handwerksbetrieben und den mittelständischen Betrieben waren in 2009 die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht so extrem spürbar.

Trotzdem ist in Stralsund und der Region das wirtschaftliche Umfeld nach wie vor schwierig. Dies zeigt sich auch in der mit 15,1 % immer noch sehr hohen Arbeitslosenquote, sie liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Alle Beteiligungsunternehmen der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH haben erfolgreich dazu beigetragen, dass die Unternehmensgruppe für die Kunden in der Hansestadt Stralsund und den Umlandgemeinden als zuverlässiger Partner rund um die Bereiche Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Hafenwirtschaft sowie für Infrastrukturleistungen im Bereich Telekommunikation ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern konnte.

Die erbrachten Infrastrukturleistungen durch die Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund sind Voraussetzungen dafür, dass weitere Gewerbeansiedlungen möglich wurden bzw. erfolgen können.

Trotz zum Teil widriger Rahmenbedingungen behaupten sich dennoch die kommunalen Unternehmen nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in der öffentlichen Meinung. Nach einer Kundenbefragung des VKU geben 59 % der Bundesbürger an, dass wenn es um die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser, um die Abfallentsorgung und den öffentlichen Personennahverkehr geht, sie den öffentlichen Unternehmen gegenüber rein privaten Unternehmen den Vorrang geben.

2. Energiewirtschaft

Der Verband kommunaler Unternehmen, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben Anfang 2009 vor den wirtschaftlichen Auswirkungen einer überzogenen Regulierung gewarnt, da durch die bisherige Regulierung der Handlungsspielraum für Unternehmen der Branche bereits erheblich eingeschränkt wurde.

Die Intensität des Wettbewerbes auf dem Energiemarkt ist nach wie vor hoch. Die Kunden sind preissensibler aber auch wechselwilliger geworden. Sie konnten vom zunehmenden Preiskampf der Anbieter profitieren. Die Wechselrate zu fremden Stromanbietern hat weiter zugenommen. Der Aufwand für die Kundenrückgewinnung wird größer.

Im Gasbereich ist das Wechselverhalten der Kunden noch überschaubar, es wird sich aber in den kommenden Jahren wie im Strombereich entwickeln.

Nach den Rekordwerten des Ölpreises im Jahr 2008 gab es einen deutlichen Preisverfall. Während der Ölpreis im ersten Quartal durchschnittlich nur bei ca. 40,00 €/hl lag, bewegt er sich aktuell bei ca. 55,00 €/hl. Tendenziell ist von weiter steigenden Preisen für Öl und Steinkohle auszugehen. Der Verbrauch an Primärenergieträgern ist in Deutschland 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 % gesunken.

Mit 13.000 Petajoule ist dies der niedrigste Wert seit Anfang der siebziger Jahre in Deutschland. Dieser Wert widerspiegelt den Einbruch der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Der Verbrauch von Erdgas und Steinkohle sowie von Mineralölprodukten war von der Rezession besonders betroffen. Die kommende Entwicklung in der Energiebranche wird maßgeblich von den Vorgaben zur Umsetzung der GPKE, der Geli und der GABI Gas geprägt sein. Die Liberalisierung des Messwesens, insbesondere die Abwicklung der Prozesse beim Wechsel eines Messdienstleisters bzw. des Messstellenbetreibers, stellt für die Branche eine große Herausforderung dar.

3. Wasser- und Abwasserversorgung

Die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung werden nach wie vor als kommunale Pflichtaufgaben gesehen, wobei die Daseinsvorsorge im Vordergrund steht.

Trotz Durchführung von kommunalen Pflichtaufgaben muss davon ausgegangen werden, dass die Kartellbehörden der Länder sich künftig mit der Überprüfung der Trinkwasserpreise beschäftigen werden. Eine kartellrechtliche Missbrauchsverfügung liegt bislang nur in Hessen vor.

Die strategische Herausforderung für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung besteht in einer zukunftsorientierten Modernisierung, insbesondere durch wettbewerbsgerechte Organisationsformen und interkommunale Kooperationen. Es ist angedacht, im Jahr 2010 eine Klärschlammverwertungs GmbH mit mehreren Kooperationspartnern zu gründen. Bis zum Jahr 2013 muss ein Lösungsweg zur Verwertung des anfallenden Klärschlammes aufgezeigt werden.

Zum 01.01.2009 wurde in Stralsund die Gebührensplittung zwischen Schmutzwasser und Niederschlagswasser eingeführt. Alle Grundstückseigentümer der Hansestadt Stralsund wurden an der Ermittlung der versiegelten angeschlossenen Grundstücksflächen beteiligt. Die gesplitteten Gebühren wurden von den Kunden als gerecht angenommen, es gab nur wenige Widersprüche.

4. Entsorgungswirtschaft

Die deutsche Entsorgungswirtschaft stand 2009 vor großen Herausforderungen. Der Konjunkturunbruch ist an der Entsorgungsbranche nicht spurlos vorübergegangen. Insbesondere Firmen, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt bei Industrie- und Gewerbeabfällen haben, mussten Margenrückgänge hinnehmen. Besser sah es bei Unternehmen aus, die überwiegend im Bereich der Entsorgung von Hausmüll tätig waren.

Auch im Jahr 2009 haben die seit Jahren bekannten Probleme bzw. Fragen die Diskussionen in der Branche bestimmt. Daseinsfürsorge vs. freier Marktzugang, die Zukunft der getrennten Erfassung, die Abgrenzung stofflicher Verwertung vs. energetischer Verwertung, wem gehört der zunehmend wertvollere Inhalt der Tonnen.

Mit klaren Worten hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 18.06.2009 die kommunale Entsorgungszuständigkeit für Abfälle aus privaten Haushalten bestätigt. Private Abfallbesitzer dürfen somit nicht gewerbliche Entsorger mit der Verwertung ihrer Abfälle beauftragen.

Der im zweiten Halbjahr 2008 einsetzende Sinkflug der Rohstoffpreise hatte auch noch 2009 große Auswirkungen in der Branche. Das Papiergewerbe hatte mit zweistelligen Absatzeinbußen zu kämpfen. Damit sank der entsprechende Orderbedarf an Altpapier. Der Preisverfall war noch zu Beginn des Jahres 2009 dramatisch. Erst Mitte des Jahres erreichte das Preisniveau für Altpapier wieder den Wert von ca. 40,00 €/t.

Zum 01.01.2009 ist die Fünfte Verordnung zur Novellierung der Verpackungsverordnung in Kraft getreten. Ziel ist es, dass alle Verpackungen, die in den Verkauf gelangen und zur Abgabe an private Haushalte bestimmt sind, in einem dualen System lizenziert sind.

Seit dem 13.02.2009 gilt für die Entsorgungsbranche das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und seit dem 01.01.2010 der gesetzliche Mindestlohn von 8,02 €/ Stunde.

Die Branche der Entsorgungswirtschaft ist weiterhin stark fragmentiert und besteht neben einigen wenigen großen und überregional tätigen Dienstleistern aus vielen kleinen, überwiegend regional tätigen Unternehmen. Der in den vergangenen Jahren begonnene Konzentrationsprozess hat sich weiter fortgesetzt.

5. Hafenwirtschaft

Die negativen Entwicklungen im globalen Maßstab führten zu einem bisher einmaligen Einbruch im internationalen Seeverkehr. Neben dem Containerverkehr zwischen Europa und Asien litt in großem Maßstab der Warenaustausch im Ostseeraum unter massiven Verlusten. Der RoRo und Fährverkehr in den deutschen Häfen sank um 27 %. In den Häfen von Mecklenburg – Vorpommern ging der Gesamtumschlag um 18 % zurück, im Stralsunder Seehafen betrug der Rückgang 21 %. Diese Zahlen bestätigen die stark gefallene Nachfrage nach Dienstleistungen in den Bereichen Transport und Umschlag.

Besonders stark waren die Umschlagsrückgänge für die Werftindustrie (- 81,5 %).

Charakteristisch für das Jahr 2009 war ebenso der brach liegende Umschlag von Schrott. Durch die inzwischen wieder deutlich gestiegenen Schrottpreise zeichnet sich für diesen Bereich in 2010 eine Entspannung ab.

Die Entwicklung des Umschlages von Baustoffen folgte auch 2009 dem Trend der Vorjahre. Der stetige Rückgang ist Ausdruck dafür, dass aktuell keine größeren regionalen Bauvorhaben realisiert werden.

Weiter positiv hat sich die Kooperation mit dem Energiekonzern Vattenfall Europe Generation AG im Bereich Kalksandstein/Gips-Umschlag entwickelt.

Einen deutlichen Anstieg gab es beim Umschlag von Frostware infolge von Zukäufen der fischverarbeitenden Industrie der Region außerhalb der Ostsee in Vorbereitung auf die vorgesehenen, weiteren Reduzierungen der Fangquoten.

Eine anziehende Nachfrage der Holz- und Sägewerksindustrie hatte ebenso positive Auswirkungen auf den Umschlag.

Nach wie vor ist der Seehafen Stralsund der führende Universalhafen in Vorpommern.

Ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil des Standortes Stralsund ist die Eisenbahninfrastruktur im Hafengelände, so dass dem Trend zum bahnsseitigen Vor- und Nachlauf der Güter entsprochen werden kann.

6. Öffentlicher Nahverkehr

Im Geschäftsjahr 2009 konnten die ÖPNV-Dienstleistungen mit einem weiter gestiegenen Kostendeckungsgrad von 79,4 % erbracht werden. Damit liegt der ÖPNV im Plan zur Erreichung der Ziele des bis 2011 laufenden Restrukturierungsplanes. Die Kosten konnten im Vergleich zu den Vorjahren weiter optimiert werden, hilfreich war dabei die Preisentwicklung von Dieselmotoren.

Weitere Kürzungen gab es bei Abgeltungsleistungen, insbesondere bei Zahlungen für die Beförderung von schwerbehinderten Menschen nach § 148 SGB IX.

Durch Kooperationen mit anderen Verkehrsunternehmen konnten Parallelverkehre vermieden und Kosten weiter gesenkt werden.

Aufgrund gestiegener Herausforderungen und zukünftiger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen besteht die Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation von kommunalen Verkehrsunternehmen. Die Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr in den Gebietskörperschaften Hansestadt Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und Landkreis Rügen unterstützen eine gutachterliche Stellungnahme, um mögliche Optimierungspotenziale im Rahmen einer Kooperation zu identifizieren.

B. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Wichtige Vorgänge grundsätzlicher Bedeutung

Das zweite Jahr seit Bestehen der SWS Netze GmbH war von wichtigen Entscheidungen gekennzeichnet, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft in den kommenden Jahren prägen werden.

Mit Wirkung zum 01.01.2009 hat die SWS Netze GmbH von der Stadtwerke Barth GmbH die Strom- und Gasnetze gepachtet.

Im Genehmigungsverfahren wurde durch die BNetzA die Erlösobergrenze für das Stromnetz Stralsund im Effizienzverfahren ermittelt. Für die Ermittlung der Erlösobergrenze in den Netzen Gas Stralsund, Strom Barth und Gas Barth kam das vereinfachte Verfahren gemäß § 24 EnWG zur Anwendung.

Auf der Grundlage des BGH-Urteils vom 14.08.2008 führte die Bundesnetzagentur Mitte des Jahres das angekündigte Verfahren zur Ermittlung der Mehrerlöse durch. Die Mehrerlöse beziehen sich auf den Zeitraum der Beantragung bis zur Genehmigung der jeweiligen Netzentgelte. Mit Feststellung der Mehrerlöse unterbreitete die BNetzA den Netzbetreibern den Vorschlag, die ermittelten Mehrerlöse pauschal um ein Drittel zu senken. Voraussetzung für den Abschlag der Mehrerlöse war der Rechtsmittelverzicht. Unter Abwägung aller Chancen und Risiken nahm die Gesellschaft den Vorschlag der BNetzA an und zog alle Beschwerden im Rahmen des Entgeltgenehmigungsverfahrens zurück. Im Ergebnis dieser Einigung wurde eine Rückstellung in Höhe von 1.560 T€ im Jahresabschluss zum 31.12.2009 der SWS Netze GmbH berücksichtigt.

Für den ÖPNV wurden zum 01.01.2009 die Liniengenehmigungen für weitere acht Jahre verlängert.

2. Beteiligungen und Ergebnisse

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ist die Holdinggesellschaft der Stadtwerkegruppe. Zum Unternehmensverbund gehören folgende Tochterunternehmen:

SWS Seehafen Stralsund GmbH	100,0 %
SWS Nahverkehr GmbH	100,0 %
REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH	71,4 %
SWS Energie GmbH	51,0 %
SWS Entsorgungs GmbH	51,0 %

Mit diesem Unternehmensverbund sowie ergänzend der SWS Telnat GmbH und der SWS Netze GmbH als 100%ige Tochterunternehmen der SWS Energie GmbH ist die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ein kommunales Ver- und Entsorgungs- sowie Infrastruktur-Dienstleistungsunternehmen. Mit den Tochterunternehmen bestehen außer mit der SWS Seehafen Stralsund GmbH Ergebnisabführungsverträge.

Die Aufgabe der Holding besteht insbesondere in der Leitung des Konzerns, dem Erbringen von konzerninternen Dienstleistungen (Personal, Recht, IT, Finanzbuchhaltung, Billing, Kundenservice) und in der Steuerungs- und Controllingfunktion.

Die operative Geschäftstätigkeit der jeweiligen Kerngeschäfte obliegt den Tochterunternehmen.

Das Ergebnis der Tochtergesellschaften hat sich wie folgt entwickelt:

(Alle Angaben in TEUR)	Plan	Ist	davon anteilig SWS
SWS Energie GmbH	5.447	8.381	5.020
REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH	1.635	1.667	1.311
SWS Entsorgungs GmbH	781	1.035	667
SWS Seehafen Stralsund GmbH	150	-128	0
SWS Nahverkehr GmbH	<u>- 1.200</u>	<u>- 1.199</u>	<u>- 1.199</u>
	6.813	9.756	<u>5.799</u>

Damit liegt das Ergebnis mit 9.756 TEUR um 2.943 TEUR über dem für das Geschäftsjahr 2009 geplanten Wert. Der den Minderheitsgesellschaftern zustehende Gewinn beträgt 4.085 TEUR.

Um die Zahlungsfähigkeit der SWS Nahverkehr GmbH zu gewährleisten, wurden der Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres 2009 liquide Mittel als Vorschuss auf die Ausgleichszahlung von der Muttergesellschaft zur Verfügung gestellt.

Das seit 1999 existierende Cash-Managementsystem innerhalb des Konzerns hat sich weiterhin zum Vorteil aller Gesellschaften bewährt. Das Poolkonto wird bei der Muttergesellschaft geführt. Mit den Tochterunternehmen sind entsprechende Kreditlinien vertraglich vereinbart. Die Verzinsung erfolgt zu marktgerechten Konditionen.

3. Investitionen

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 1.741 TEUR getätigt. Dies betrifft im Wesentlichen die Investitionen in das Speichergebäude im Zusammenhang mit der Energiezentrale für das Ozeaneum sowie Hard- und Softwarekomponenten für den IT – Bereich zur Realisierung der Anforderungen aus den Dienstleistungsverträgen mit den Tochtergesellschaften.

C. Darstellung der Lage

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage ist durch die Erhöhung der Bilanzsumme um 14.020 TEUR gekennzeichnet. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem um 1.069 TEUR gestiegenem Anlagevermögen durch die Investitionen in das Speichergebäude, den um 3.338 TEUR im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Forderungsbestand und aus dem um 9.338 TEUR gestiegenen Barvermögen.

Das Anlagevermögen ist zu 86,7 % (i. Vj. 84,8 %) durch das bilanzielle Eigenkapital gedeckt. Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH behandelt hinsichtlich der wirtschaftlichen Betrachtungsweise den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zudem in Höhe von 60 % als Eigenkapital. Die Anlagenintensität beträgt 46,8 % (i. Vj. 59,4 %). Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen betreffen im Wesentlichen mit 301 TEUR Investitionen zur Erfüllung der IT-Dienstleistungsverträge und 1.324 TEUR für das Speichergebäude zur Errichtung einer Energiezentrale für das Ozeaneum. 113 TEUR Investitionsmittel wurden für allgemeine Betriebs- und Geschäftsausstattung eingesetzt.

Die Finanzlage der Gesellschaft konnte weiter verbessert werden. Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von 4.660 TEUR wurden Vorabauschüttungen von insgesamt 3.000 TEUR an die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund vorgenommen.

Dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit 13.838 TEUR stehen insgesamt Mittelabflüsse von 4.498 TEUR gegenüber.

Am Ende des Geschäftsjahres 2009 ergibt sich somit ein Finanzmittelfonds von 17.695 TEUR, davon sind 15.409 TEUR von den Tochtergesellschaften im Cashpool angelegt.

Der Cashpool-Saldo der Gesellschaft war, bis auf wenige Tage, im positiven Bereich. Der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH verfügt über eine eingeräumte Kontokorrentkreditlinie des finanzierenden Kreditinstitutes mit 5.500 TEUR.

2. Ertragslage

Ertragslage im Vorjahresvergleich

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.501	4.085	416
Sonstige betriebliche Erträge	611	649	-38
Personalaufwand	3.054	2.910	144
Abschreibungen	592	480	112
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.499	1.526	-27
Betriebsergebnis	-33	-182	149
Beteiligungsergebnis	5.800	5.468	332
Zinsergebnis	-44	-34	-10
Finanzergebnis	5.756	5.434	322
Neutrales Ergebnis	26	70	-44
Ergebnis der Geschäftstätigkeit	5.749	5.322	427
Sonstige Steuern und Ertragsteuern	1.089	1.325	-236
Jahresüberschuss	4.660	3.997	663

Für das Geschäftsjahr 2009 liegt die Gesamtkapitalrendite (Jahresüberschuss zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital zzgl. 60% des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der langfristigen Kreditverbindlichkeiten) bei 16,7 % (i. Vj. 15,3 %), die Eigenkapitalrendite beträgt 20,9 % (i. Vj. 19,3 %).

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage folgt insgesamt guten Grundsätzen.

3. Personalentwicklung

Die Entwicklung des Mitarbeiterbestandes stellt sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Mitarbeiter	55	51
Azubis	6	6
Gesamt	61	57

Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind wesentliche Voraussetzungen für ein zukunftsorientiertes Unternehmen. Um den Anforderungen zur Erfüllung der Dienstleistungsverträge gerecht zu werden, wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Seminare und Schulungen besucht.

Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und der Arbeitnehmervertretung gewährleiten stabile soziale Arbeitsbedingungen.

In Anlehnung an den Tarifabschluss des Arbeitgeberverbandes Energiewirtschaftlicher Unternehmen AVEU erfolgte ab 01.06.2009 eine Tarifierhöhung um 3,62 %.

D. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Nach dem Abschlussstichtag 31. Dezember 2009 sind keine berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

E. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die wesentlichen Risiken sind in einem systematisch gestützten Risk-Monitor erfasst. Die Entwicklung der Risiken wird kontinuierlich überwacht und Steuerungsmaßnahmen werden entsprechend abgeleitet.

Es ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise das Geschäftsjahr 2010 beeinflussen werden. Insbesondere wird davon die Hafenwirtschaft betroffen sein.

Die weiteren branchenspezifischen Risiken wurden eingangs des Lageberichts aufgeführt.

Der Markt der Energieversorgung bleibt weiterhin stark in Bewegung und der Wettbewerb wird an Schärfe zunehmen.

Etlliche Risiken aber auch Chancen ergeben sich aus der zu erwartenden Kreisgebiets- und Funktionalreform. Davon sind insbesondere die Entsorgungswirtschaft und der öffentliche Personennahverkehr betroffen.

In der Energiewirtschaft ist die Verlängerung der Konzessionsverträge ein wichtiges Thema.

Die Unternehmensgruppe SWS Stadtwerke Stralsund GmbH betrachtet den Umwelt- und Klimaschutz als wichtigen Faktor in den Unternehmenszielen. Gleichzeitig geht es um umwelt- und ressourcenschonende Strom- und Wärmeerzeugung. Durch gezielte Investitionen in diesem Bereich soll die Abhängigkeit von der allgemeinen Ölpreisentwicklung verringert werden.

In fast allen Beteiligungsgesellschaften hat der weiterhin anhaltende Bevölkerungsrückgang Auswirkungen auf die Erträge. Der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie der Schutz der Umwelt, dem auch wir uns verpflichtet fühlen, führen bei einer großen Anzahl von Kunden zu rückläufigen Verbräuchen.

F. Ausblick

Die Unternehmensnachrichten und Wirtschaftskennzahlen zu Beginn des Jahres 2010 lassen einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung erkennen.

Der schon seit einigen Jahren laufende, auf einen längeren Zeitraum ausgerichtete strategische Planungsprozess als Steuerungsinstrument der Unternehmensgruppe, wird jährlich überarbeitet und an die sich verändernden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen angepasst.

In allen Unternehmensbereichen werden ständig Möglichkeiten gesucht, wie dem weiter steigenden Kosten- und Wettbewerbsdruck zu begegnen ist. Insbesondere bei den Ver- und Entsorgern sind neue Lösungen gefragt, um Prozesse effektiver zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit anderen Stadtwerken auf horizontaler Ebene wird dabei eine bedeutende Rolle spielen.

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH verfügt über gute Voraussetzungen, um sich aktiv in diese Prozesse einzubringen und um letztendlich weitere Wertschöpfungen zu erzielen.

Die möglichen Auswirkungen der ausstehenden Gebietsreform sind dabei entsprechend zu berücksichtigen.

Die Gesellschaft geht auch künftig von der Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite des eingesetzten Kapitals aus. Angestrebt wird ein haushaltswirksames Ergebnis von 3 Mio. € für die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund.

Durch wegfallende steuerliche Verlustvorträge wird die Steuerbelastung in den Folgejahren deutlich höher ausfallen. Mögliche Optimierungsvarianten werden zurzeit untersucht.

Stralsund, den 26.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
An die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**SWS Stadtwerke Stralsund GmbH,
Stralsund,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 Abs. 1 und 4 des Gesellschaftsvertrages i. V. mit § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des La-

geberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Schwerin, den 21. Mai 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

SWS Stadtwerke Stralsund GmbH

Bericht des Aufsichtsrates zum Geschäftsjahr 2009

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres 2009 in ordentlichen Sitzungen sowie durch schriftliche Berichte regelmäßig und umfassend über die Geschäftslage, wesentliche Risiken und die strategischen Pläne informiert. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Geschäftsführung überwacht sowie die Aufgaben wahrgenommen und Entscheidungen getroffen, die ihnen nach Gesetz und Satzung übertragen sind.

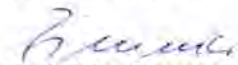
Insgesamt haben im Berichtsjahr vier Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Alle wichtigen Vorgänge, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden ausführlich erörtert und besprochen. Im Vordergrund standen neben dem Jahresabschluss vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft, die Untersuchung von Kooperationsmodellen zwischen den Verkehrsunternehmen der Hansestadt Stralsund und der Landkreise Nordvorpommerns und Rügens, die Tarifpolitik für den ÖPNV, die Ausrichtung des Sponsoring / Marketing, die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2010 und die mittelfristige Planung sowie Personalentwicklung.

Der Jahresabschluss 2009 und der Lagebericht sind von der WIKOM AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfbericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH für das Geschäftsjahr 2009 und schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag von 1.000.000,00 Euro zur Sicherung der Eigenanteile für das Zukunftsvorhaben „Biogasanlage Stralsund“ zweckgebunden in die Gewinnrücklage einzustellen und den verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 7.247.341,67 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss von 4.660.345,90 Euro wurden 2.734.000,00 Euro an die Alleingesellschafterin Hansestadt Stralsund vorab ausgeschüttet. Weitere 266.000,00 Euro wurden aus dem Vorjahresgewinn ausgeschüttet. Die Geschäftsführung schlägt vor, eine weitere Ausschüttung in Höhe von 500.000,00 Euro zum 01.12.2010 vorzunehmen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Bericht des Aufsichtsrates zur Kenntnis zu nehmen, den Jahresabschluss 2009 festzustellen, den Lagebericht zu genehmigen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank für die im Geschäftsjahr 2009 geleistete Arbeit aus.

Der Aufsichtsrat



Rolf Peter Zimmer

Der Vorsitzende

Stralsund, 5. Juli 2010

Jahresabschluss

2009

SWS Energie GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Energie GmbH, Stralsund
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite					
	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00	3.000.000,00
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	344.545,23	389.427,23	II. Kapitalrücklage	7.668.231,27	7.668.231,27
II. Sachanlagen			III. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	266.489,09	282.733,09	1. Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	1.233.452,79	1.233.452,79
2. technische Anlagen und Maschinen	29.362.297,86	30.024.931,57	2. Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	85.176,11	85.176,11
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	139.346,00	179.994,00	3. andere Gewinnrücklagen	933.222,26	933.222,26
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	814.145,01	172.562,15	IV. Gewinnvortrag	8.179,22	8.179,22
	30.582.277,96	30.660.220,81	V. Jahresüberschuss	0,00	0,00
III. Finanzanlagen				12.928.261,65	12.928.261,65
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.146.638,00	1.146.638,00	B. Empfangene Ertragszuschüsse	6.164.453,14	6.442.132,96
2. Beteiligungen	5.056,66	3.500,00	C. Rückstellungen		
3. Rückdeckungsansprüche	186.614,10	135.367,74	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	544.801,00	511.708,00
	1.338.308,76	1.285.505,74	2. Steuerrückstellungen	0,00	39.425,00
	32.265.131,95	32.335.153,78	3. sonstige Rückstellungen	2.767.271,56	4.695.523,35
B. Umlaufvermögen				3.312.072,56	5.246.656,35
I. Vorräte			D. Verbindlichkeiten		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	158.423,47	156.272,13	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.952.861,75	10.643.220,72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon gegenüber Gesellschaftern € 91.829,33; Vorjahr € 0,00)	3.650.983,76	4.619.914,88
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.233.726,81	8.113.913,14	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegenüber Gesellschaftern € 7.292.362,87; Vorjahr € 4.866.811,46)	8.980.515,32	7.465.759,84
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen Gesellschafter € 9.790.278,03; Vorjahr € 5.135.241,33)	10.607.673,36	6.377.452,02	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon gegenüber Gesellschaftern € 0,00; Vorjahr € 8.976,25)	0,00	8.976,25
3. sonstige Vermögensgegenstände	714.581,30	483.561,54	5. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 32.470,82; Vorjahr € 33.752,39) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00; Vorjahr € 0,00)	169.187,91	177.078,42
	14.555.981,47	14.974.926,70		24.753.548,74	22.914.950,11
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	168.363,77	10.513,79			
	14.882.768,71	15.141.712,62			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.435,43	55.134,67			
	47.158.336,09	47.532.001,07		47.158.336,09	47.532.001,07

SWS Energie GmbH, Stralsund

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	73.100.784,32	70.998.333,26
darin enthaltene Stromsteuer	2.731.069,91	2.735.176,38
darin enthaltene Erdgassteuer	1.736.569,81	1.930.361,15
	68.633.144,60	66.332.795,73
2. andere aktivierte Eigenleistungen	57.024,19	66.558,62
3. sonstige betriebliche Erträge	6.684.171,41	8.012.917,08
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	51.607.134,87	52.049.595,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.928.775,05	1.809.739,57
	53.535.909,92	53.859.334,99
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.317.490,28	2.375.843,76
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 52.544,12; Vorjahr € 20.754,00)	479.027,37	459.084,43
	2.796.517,65	2.834.928,19
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.403.316,63	2.608.776,33
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.636.965,90	6.584.829,74
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	259.668,64	289.140,32
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 61.889,90; Vorjahr € 174.105,22)	74.525,81	193.481,48
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	699.062,48	1.642.726,57
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 1.414,76; Vorjahr € 184,84)	621.475,11	556.163,33
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.015.286,96	6.808.134,08
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	625.732,04	320.902,58
14. sonstige Steuern	8.137,79	9.349,75
15. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	8.381.417,13	6.477.881,75
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00

SWS Energie GmbH, Stralsund

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die ergänzenden Vorschriften des GmbHG, DMBilG und des EnWG wurden beachtet. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden nach den Bestimmungen der §§ 266 und 275 Abs. 2 HGB gegliedert. Soweit Posten vom gesetzlichen Wortlaut abweichen, wurde der Ausweis in Übereinstimmung mit § 265 Abs. 6 HGB von uns vorgenommen. Im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB wurde die Gliederung erweitert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die SWS Energie GmbH ist Eigentümerin der Strom- und Gasnetze, ist im Bereich der Elektrizitätsversorgung, der Gasversorgung und Wärmeversorgung tätig. Die SWS Netze GmbH ist eine 100%ige Tochtergesellschaft. Die Strom- und Gasnetze werden an die SWS Netze GmbH verpachtet. Die SWS Energie GmbH erbringt für die Netzgesellschaft technische Services.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen und in der Stromsparte um Sonderabschreibungen nach Fördergebietsgesetz, bewertet.

Bei den planmäßigen Abschreibungen werden Immobilien linear, Mobilien sowohl linear, als auch degressiv abgeschrieben. Der Wechsel von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten genutzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr des Zuganges in voller Höhe als Aufwand behandelt. Anlagegüter, deren Anschaffungskosten 150,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, werden ab 2008 grundsätzlich in einen Sammelposten eingestellt und linear über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung sind mit dem Aktivwert (geschäftsplammäßiges Deckungskapital) ausgewiesen.

Die Vorräte für Lagermaterial, Heizöl und Flüssiggas sind zu fortgeschriebenen Durchschnittspreisen bewertet.

Bei den Forderungen wurden in angemessenem Umfang Wertberichtigungen vorgenommen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sowie die liquiden Mittel sind zum Nominalbetrag bewertet.

In den empfangenen Ertragszuschüssen sind Hausanschlusskosten, Baukostenzuschüsse und Fördermittel ausgewiesen. Die empfangenen Ertragszuschüsse bis 2002 werden mit jeweils 5 % zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Ab 2003 werden die Ertragszuschüsse in Abhängigkeit der Nutzungsdauer der aktivierten Anlagegüter aufgelöst. Ab 2008 erfolgt die Auflösung wieder mit 5 % zugunsten der Umsatzerlöse.

Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Für die Rückstellungen der Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse, die Rückstellungen für Pensionen und die Jubiläumsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Gutachten vor.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen berücksichtigen die vollen Aufstockungsbeträge. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bzw. Jubiläumsvpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck 2005 G mit dem Teilwert der Verpflichtungen bilanziert. Der Berechnung liegt ein Rechnungszinssatz von 6 % bzw. 5,5 % zugrunde.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

III. Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist insgesamt im Anlagenspiegel (Anlage 3, Blatt 7) aufgezeigt.

Unter den Finanzanlagen ist u. a. die 100%ige Beteiligung mit 722 T€ an der SWS Telnet GmbH, Stralsund, die Beteiligung an der SWS Netze GmbH, Stralsund, mit 425 T€ sowie die Beteiligung an der local energy GmbH mit 9,9 % bzw. T€ 5 ausgewiesen.

Die Gewinnabführung 2009 der SWS Telnet GmbH aufgrund des Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages an die SWS Energie GmbH beträgt 260 T€.

Die Aufwendungen für die Verlustübernahme in Höhe von 699 T€ werden gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der SWS Netze GmbH von der SWS Energie GmbH übernommen.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Einzelwertberichtigungen in Höhe von 435 T€ und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 119 T€ ausgewiesen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen enthalten mit 222 T€ Forderungen gegen die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH aus Vorsteuern, die erst im Folgejahr abziehbar sind.

Die vereinnahmten Ertragszuschüsse verringerten sich infolge der verminderten Investitionstätigkeit bei Zugängen von 330 T€ und Auflösungen von 608 T€ um 278 T€.

Die Höhe der gebildeten Pensionsrückstellungen beträgt 544.801,00 €.

Für Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse, Urlaub und andere Arbeitnehmeransprüche sind Rückstellungen von 632.128,00 € gebildet.

Unter den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen mit 1.746.084,13 € Rückstellungen für drohende Verluste aus einem Gaspreissicherungsgeschäft und mit 381.780,68 € sind Jahresabschlusskosten, Kosten für Steuererklärungen, ausstehende Wärmedienst- und Kälteabrechnungen sowie Bilanzkreisabrechnungen bilanziert.

Die im Vorjahr gebildete Drohverlustrückstellung für ein Gaspreissicherungsgeschäft wurde für die verbleibende Vertragslaufzeit entsprechend angepasst.

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich wie folgt:

Verbindlichkeit	insgesamt	bis 1 Jahr fällig	2 - 5 Jahre fällig	> 5 Jahre fällig
	€	€	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	11.952.861,75	1.711.091,75	5.646.769,92	4.595.000,08
<i>Vorjahr</i>	<i>10.643.220,72</i>	<i>3.789.991,02</i>	<i>3.078.229,70</i>	<i>3.775.000,00</i>
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und				
Leistungen	3.650.983,76	3.649.901,21	1.082,55	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>4.619.914,88</i>	<i>4.617.539,85</i>	<i>2.375,03</i>	<i>0,00</i>
3. Verbindlichkeiten gegenüber				
verbundenen Unternehmen	8.980.515,32	8.980.515,32	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>7.465.759,84</i>	<i>7.465.759,84</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
5. sonstige Verbindlichkeiten	169.187,91	169.187,91	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>177.078,42</i>	<i>177.078,42</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	24.753.548,74	14.510.696,19	5.647.852,47	4.595.000,08

Die Umsatzerlöse in Höhe von 68.633 T€ enthalten im Wesentlichen 27.021 T€ Stromerlöse, 19.984 T€ Gaserlöse, 15.481 T€ Erlöse aus Fernwärmeverkauf, 5.539 T€ Erlöse aus Nebengeschäften sowie 608 T€ Erlöse ergeben sich aus der Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen.

Aus aktivierten Eigenleistungen beträgt der Erlös 57 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 6.684 T€ beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Verpachtung des Strom- und Gasversorgungsnetzes, Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen, Erträge aus dem Dienstleistungsvertrag sowie Erträge aus Mahnkosten.

Sonstige betriebliche Erträge werden mit den verbundenen Unternehmen in Höhe von 5.761 T€ erzielt.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe beziehen sich im Wesentlichen auf den Strombezug, den Netznutzungsaufwand, den Erdgasbezug, den Wärmebezug sowie die Umlage für EEG- und KWK-Aufwand.

Die im Geschäftsjahr angefallenen periodenfremden Aufwendungen unter dem Materialaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 439 T€ betreffen im Wesentlichen Aufwendungen aus der Abrechnung der Mehr- und Mindermengen Gas mit 243 T€ sowie mit 176 T€ Nachzahlungen aus Energiesteuer.

Aufgrund der in Vorjahren vorgenommenen Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz (insgesamt 6.378 T€) ergaben sich im Geschäftsjahr geringere Abschreibungen in Höhe von 291.306,71 €.

IV. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen Geschäfte des Geschäftsjahres 2009 mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand (-) /Ertrag (+) 2009
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	Strom- und Gaslieferverträge	20.318 €
	Mietvertrag FD 7	93.946 €
	Cash-Poolvertrag	61.890 €
	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	-2.742.916 €
	IT-Dienstleistungsvertrag	-671.809 €
	Dienstleistungsvertrag Recht	-56.914 €
	Mietvertrag FD 8	-73.756 €
	Pachtvertrag Heizhäuser	-10.883 €
REWA GmbH	Strom- und Gaslieferverträge	901.027 €
	Dienstleistungsvertrag GIS	13.083 €
SWS Netze GmbH	Stromliefervertrag BHKW	-2.726.301 €
	Mehr- und Minderabrechnung Strom	-14.580 €
	Netznutzung Strom	-8.402.428 €
	Netznutzung Gas	-5.472.114 €
	Mehr- und Minderabrechnung Gas	-259.557 €
	Planungsleistungen nach HOAI	-191.165 €
	Netzverluste Strom	442.424 €
	Stromeinspeisung BHKW	485.128 €
	Erdgasliefervertrag	11.728 €
	Netzservicevertrag	5.073.270 €
	Pachtvertrag	3.645.650 €
	Konzessionsabgabe	1.544.338 €
	Mietvertrag	18.789 €
Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	435.000 €	
SWS Nahverkehr GmbH	Strom- und Gaslieferverträge	63.179 €
	Vertrag über Tanken und Waschen	-2.960 €
SWS Seehafen Stralsund GmbH	Strom- und Gaslieferverträge	143.903 €
	Lagervertrag	-28.546 €
SWS Entsorgungs GmbH	Strom- und Gaslieferverträge	350.603 €
SWS Telnnet GmbH	Mietvertrag	14.091 €
	Vermietung Übertragungs- wege/TK-Anlagen	-38.173 €
Hansestadt Stralsund	Strom-, Gas-, Fernwärmelieferverträge	2.638.740 €
	Konzessionsabgabe	-1.544.338 €
E.ON edis AG	Netzaufwendungen	-304.880 €
	Vertrag über Ausbildung Lehrlinge	-19.352 €
	Stromeinkauf Beistellung	-12.126 €
Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH	Miete Frankendamm 7	-200.400 €

Die Angaben der dargestellten Geschäfte mit nahe stehenden Personen – mit Ausnahme der Hansestadt Stralsund, der E.ON edis AG sowie der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH – entsprechen den Angeberpflichtungen mit verbundenen Unternehmen größeren Umfanges, die gemäß § 10 Abs. 2 EnWG darzustellen sind.

V. Ergänzende Angaben

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen bestehen Verpflichtungen mit 2.153 T€ davon 2.004 T€ gegenüber verbundenen Unternehmen.

Es besteht ein Bestellobligo in Höhe von 1.674 T€ für die Heizzentrale am Ozeaneum.

Arbeitnehmerschaft

Im Jahresdurchschnitt waren 39 Mitarbeiter beschäftigt, davon 24 nichtgewerbliche Mitarbeiter und 15 gewerbliche Mitarbeiter.

Geschäftsführer ist Herr Dipl.-Ing. Christian Koos.

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Mitglieder an:

Herr Rolf Peter Zimmer (Vorsitzender)	Rentner (bis 02.12.2009)
Herr Peter Paul (Vorsitzender)	selbstständiger Elektromeister (ab 02.12.2009)
Herr Hans Hellmuth (stellv. Vorsitzender)	Vorstand Netzbetrieb E.ON edis AG (bis 31.03.2009)
Herr Bernd Dubberstein (stellv. Vorsitzender)	Vorstandsvorsitzender E.ON edis AG (ab 01.04.2009)
Herr Dr. Andreas Reichel	Vorstand Personal/Recht E.ON edis AG
Herr Detlef Lindner	Zollbeamter Hauptzollamt Stralsund (bis 02.12.2009)
Herr Olaf Hölbing	Lehrer Bildungszentrum Nord-Ost Stralsund (bis 02.12.2009)
Herr Peter Friesenhahn	Rechtsanwalt (ab 02.12.2009)
Herr Niklas Rickmann	Pädagoge (ab 02.12.2009)

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden Bezüge von insgesamt 6.000,00 € gezahlt.

Konzernabschluss

Mutterunternehmen ist mit 51 % die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund. Die SWS Energie GmbH wird in den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH einbezogen.

Die SWS Energie bildet mit der SWS Telnet GmbH, Stralsund, und der SWS Netze GmbH, Stralsund, einen Teilkonzern im handelsrechtlichen Sinne. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes wird unter Anwendung des § 291 HGB verzichtet.

Abschlussprüferhonorar

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der Gesellschaft.

Ergebnisabführungsverträge

Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der SWS Energie GmbH und der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH und zwischen der SWS Telnet GmbH und der SWS Energie GmbH sowie der SWS Netze GmbH und der SWS Energie GmbH.

Stralsund, den 19.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

SWS Energie GmbH
Stralsund

Anlagenpiegel 2009

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2009	31.12.2008	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	932.920,42	6.650,00	0,00	0,00	939.570,42	543.493,19	51.532,00	0,00	0,00	595.025,19	344.545,23	389.427,23
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	528.999,15	0,00	0,00	0,00	528.999,15	246.266,06	16.244,00	0,00	0,00	262.510,06	266.489,09	282.733,09
2. technische Anlagen und Maschinen	68.993.578,93	1.603.973,52	50.260,08	140.393,55	70.507.418,98	38.968.647,36	2.280.035,08	0,00	103.561,32	41.145.121,12	29.362.297,86	30.024.931,57
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	980.233,41	20.547,55	0,00	51.944,97	948.835,99	800.239,41	55.505,55	0,00	46.254,97	809.489,99	139.346,00	179.994,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	172.562,15	699.084,71	-50.260,08	7.241,77	814.145,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	814.145,01	172.562,15
	70.675.373,64	2.323.605,78	0,00	199.580,29	72.799.399,13	40.015.152,83	2.351.784,63	0,00	149.816,29	42.217.121,17	30.582.277,96	30.660.220,81
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.146.638,00	0,00	0,00	0,00	1.146.638,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.146.638,00	1.146.638,00
2. Beteiligungen	3.500,00	1.556,66	0,00	0,00	5.056,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.056,66	3.500,00
3. Rückdeckungsansprüche	135.367,74	126.889,36	0,00	75.643,00	186.614,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	186.614,10	135.367,74
	1.285.505,74	128.446,02	0,00	75.643,00	1.338.308,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.338.308,76	1.285.505,74
	72.893.799,80	2.458.701,80	0,00	275.223,29	75.077.278,31	40.558.646,02	2.403.316,63	0,00	149.816,29	42.812.146,36	32.265.131,95	32.335.153,78

SWS Energie GmbH, Stralsund

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Gesamtwirtschaftliche und Branchenentwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat zur Jahresmitte 2009 ihre tiefste Rezession in der Nachkriegsgeschichte überwunden. Nach dem dramatischen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009, als der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers die Welt in eine dramatische Krise versetzte und die deutsche Wirtschaft um 6 % schrumpfte, hat sich die deutsche Wirtschaft wieder merklich erholt. Im zweiten Quartal 2009 ist die deutsche Wirtschaft nach vier Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsaktivität wieder um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen und hat im dritten Quartal sogar um 0,7 % zugelegt, im vierten Quartal dann allerdings stagniert. Dennoch ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 um 5 % gesunken und die Erholung hauptsächlich den Impulsen der extrem lockeren Geldpolitik sowie den Konjunkturpaketen zu verdanken.

Die Stimmung bei den Unternehmen hat sich in den letzten Monaten weiter verbessert. Der Ifo-Geschäftsklima- und Einkaufsmanagerindex für die deutsche Industrie ist bis zuletzt gestiegen. So hat die Nachfrage nach Investitionsgütern seit Jahresmitte 2009 deutlich angezogen.

Die Intensität des Wettbewerbs auf dem Energiemarkt ist nach wie vor hoch. Die Kunden sind weiterhin preissensibel und wechselwillig. In der Stromversorgung ging die Wechselrate im Verlauf des Kalenderjahres von 180 Kunden/Monat auf ca. 50 Kunden/Monat zurück. Das Verhältnis Kundenrückgewinnung zu Kundenverlust beträgt derzeit 1:4.

Eine weitere Entwicklung ist die steigende Bedeutung von Ökostrom, der bundesweit verstärkt nachgefragt wird.

In der Gasversorgung liegen die Wechselquoten deutlich unter denen des Strombereiches.

Die Auswirkungen der Rezession bekam die SWS Energie GmbH nur bedingt zu spüren. Die Region ist im Wesentlichen touristisch geprägt. Große Unternehmen im produzierenden Gewerbe, wie die Volkswerft, bilden die Ausnahme. Die Auftragslage der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der Handwerksbetriebe im Stralsunder Raum war 2009 überwiegend positiv.

Die Auswirkungen der Werftenkrise haben Ende des Jahres die Volkswerft erreicht. Dies betrifft auch die Zulieferindustrie im Werftumfeld. 2010 wird ein sehr schwieriges Jahr für diesen Wirtschaftsbereich. Da die Werft kein Kunde der SWS Energie GmbH mehr ist, haben die Probleme nur mittelbar Auswirkungen. So ist z. B. mit weiterem Personalabbau zu rechnen und entsprechend wird die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote von 15,1 % in der Hansestadt Stralsund wieder steigen.

Der Gesellschaft ist es trotz des verschärften Wettbewerbs um Energiekunden auch im Jahr 2009 gelungen, wiederum ein gutes Ergebnis zu erreichen.

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die Umsetzung der von der BNetzA erlassenen Verordnung BK 6-06-009 zur „Darstellung der Geschäftsprozesse zur Anbahnung und Abwicklung der Netznutzung bei der Belieferung von Kunden mit Elektrizität“ und die BK 7-06-067 „Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas“ erfolgte strukturell und informationstechnisch bereits im vergangenen Geschäftsjahr.

Die im Vorjahr noch existierenden EDV-technischen Probleme bei der automatisierten Abwicklung von Kundenwechselprozessen sind weitestgehend beseitigt.

Die 2-Mandanten-Trennung zwischen den Geschäftsbereichen Versorgung und Netze wurde, unter Einhaltung der Vorgaben der GPKE, ebenfalls im abgelaufenen Geschäftsjahr realisiert.

Für die Umsetzung der rechtlichen Anforderungen des Smart Meterings wurden die Voraussetzungen zum 01.01.2010 geschaffen.

Der Absatz an endverbrauchende Stromkunden erhöhte sich um 15,6 GWh (+9,7 %) gegenüber 2008. Die Ursache sind im Wesentlichen Neukunden im Groß- und Gewerbekundenbereich außerhalb des Netzgebietes der SWS Netze GmbH.

Bei Großkunden, größeren Gewerbekunden und Bündelkunden werden Stromlieferverträge zunehmend über Energieberater bundesweit angefragt. Neu ist, dass nun auch einzelne Gewerbekunden durch Energieberater gebündelt ausgeschrieben werden.

Bezeichnend für den Wettbewerb ist aber auch, dass etliche Mitbewerber mit Niedrigpreisen am Markt agieren.

In der Sparte Strom wurden, mit Berücksichtigung der Stromsteuer, Umsatzerlöse in Höhe von 27.021 T€ erzielt (Vorjahr 25.932 T€).

Aufgrund der weiter gestiegenen Beschaffungspreise und der EEG-Umlagen wurden zum 01.01.2009 die Preise in der Grund- und Ersatzversorgung um 1,50 ct/kWh (netto) und für die Sonderprodukte (ohne Leistungsmessung) um 1,15 ct/kWh (netto) angehoben.

Zum 01.01.2010 sind die EEG-Umlagekosten von 1,22 ct/kWh auf 2,047 ct/kWh (netto) weiter gestiegen.

Der Gasabsatz je Kunde hat sich im Geschäftsjahr 2009 witterungsbedingt erhöht. Durch den gleichzeitigen Kundenverlust zu Wettbewerbern im Bereich der Privat- und Gewerbekunden sowie durch Energieeinsparmaßnahmen verbleibt insgesamt aber ein Minderabsatz von 28.411 MWh bzw. 6,6 %.

Die Anzahl der Gradtage lag im Geschäftsjahr bei +327 Gradtagen gegenüber 2008. In der Langfristbetrachtung waren die 3.783 Gradtage des Jahres 2009 mit -201 Gradtagen unter dem Niveau des 30-jährigen Mittelwertes.

Die Gaserlöse mit 19.984 T€ liegen mit 216 T€ leicht über denen des Vorjahres. Die SWS Energie GmbH erhöhte die Erdgaspreise für alle Erdgasprodukte zum 01.01.2009 in Höhe von 0,20 (0,30 bei „local extra“) ct/kWh (netto). Die Erdgaspreise wurden aufgrund der stark rückläufigen HEL-Referenzwerte und der Beschaffungsaufwendungen zum 01.04.2009 um 1,01 ct/kWh (netto), in der Grund- und Ersatzversorgung um 0,81 ct/kWh (netto) sowie erneut zum 01.10.2009 um 0,30 ct/kWh (netto) gesenkt.

Die bisherigen Belastungen aus dem Swap-Geschäft zur Absicherung der Gaspreise entsprechen den in 2008 gebildeten Rückstellungen.

Die eigene Wärmeerzeugung und der Fremdbezug von Wärme haben sich 2009 insbesondere witterungsbedingt um 10,1 % erhöht. Durch den Zugewinn weiterer Objekte in der Wärmeversorgung konnte der Rückgang des Wärmeabsatzes durch fortlaufende Sanierungen der Hauseigentümer, höhere Leerstände und fortgeführte Rückbaumaßnahmen von Wohnblöcken im Fernwärmenetz der Gesellschaft in den Stadtteilen Knieper und Grünhufe nicht nur ausgeglichen, sondern sogar ein Mehrabsatz erreicht werden.

Der Strombezug für die Kundenversorgung, die Abrechnung der Netzverluste an die SWS Netze GmbH und des Eigenbedarfs mit 158 GWh (inkl. EEG-Bedarf) erfolgte zu 61 % von der E.ON edis AG. 8 % des Gesamtbezuges stammen aus örtlichen, umweltschonenden BHKW-Anlagen, davon 6,3 GWh aus dem eigenen BHKW.

Die wesentlichen Restmengen wurden durch den Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe Transmission (EEG Bänder) geliefert sowie verbleibende kleine Restmengen am Spotmarkt gehandelt.

Für die SWS Energie GmbH erhöhten sich infolge der stark gestiegenen Handelspreise an der Strombörse EEX die spezifischen Beschaffungsaufwendungen für Strom, bereinigt um das Handelsergebnis auf dem Spotmarkt sowie die Nachforderung aus der EEG-Umlage aus Vorjahren um 12,1 %.

Der Erdgasbezug sank gegenüber dem Vorjahr infolge der geringfügig gesunkenen HEL-Referenzpreise um ca. 7 %.

Die benötigte Wärme von insgesamt 154 GWh wurde zu 55 % in eigenen Anlagen erzeugt. Die übrigen Wärmemengen wurden auf der Grundlage eines Wärmeliefervertrages von der E.ON Hanse Wärme GmbH geliefert.

Auch im Geschäftsjahr 2009 lagen die Investitionsschwerpunkte im Bereich der Neuanschlüsse und bei den Ersatzinvestitionen für das Strom- und Gasnetz sowie im Bereich der Wärme in der Errichtung der Energiezentrale für das Ozeaneum.

Im Jahr 2009 wurden Investitionen in Sachanlagen in Höhe von 2.324 T€ realisiert, davon 930 T€ für den Strombereich, 721 T€ für das Gasnetz, 652 T€ für die Fernwärme und 21 T€ für sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Finanzierung erfolgte über den Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und über die Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung der Energiezentrale in Höhe von 1.700 T€.

Die Entwicklung des Mitarbeiterbestandes ohne Geschäftsführer stellt sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
nichtgewerbliche Mitarbeiter	33	34
gewerbliche Mitarbeiter	19	18
Azubis	2	2
Gesamt	54	54

Von den 54 Mitarbeitern sind 5 Mitarbeiter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Mit 8 Mitarbeitern wurden Altersteilzeitverträge abgeschlossen.

Die Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband Energiewirtschaftlicher Unternehmen (AVEU) wurde mit Wirkung ab 01.01.2009 gekündigt.

In Anlehnung an den Tarifabschluss des AVEU erfolgte eine Tarifierhöhung ab 01.06.2009 um 3,62 %. Trotz dieser Tarifsteigerung reduzierte sich der Personalaufwand um 1,3 % aufgrund geringerer Rückstellungszuführungen.

Um den gravierenden Änderungsprozessen in der Energiewirtschaft gerecht zu werden, wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Schulungen und Seminare besucht. Schwerpunkte waren z. B. das Portfoliomanagement, der Energieeinkauf und die spartenübergreifende Monteursausbildung.

Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und der Arbeitnehmervertretung gewährleisten stabile soziale Arbeitsbedingungen.

Alle Betriebsstätten und Büroarbeitsplätze sind gemäß der Arbeitsstättenverordnung ausgestattet.

Durch Besichtigungen der Arbeitsstätten mit der Berufsgenossenschaft und dem Arbeitsmedizinischen Dienst konnten durch den Arbeitsausschuss weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingeleitet werden.

Die SWS Energie GmbH hält 100 % der Anteile an der SWS Telnet GmbH, einem Dienstleistungsunternehmen für breitbandige Übertragungsnetze in der Hansestadt Stralsund. Trotz eines hart umkämpften Telekommunikationsmarktes hat sich die SWS Telnet GmbH auch in 2009 weiterhin positiv entwickelt. Über den Ergebnisabführungsvertrag erfolgt eine Gewinnabführung für 2009 in Höhe von 260 T€.

Die SWS Energie GmbH hält ebenso 100 % der Anteile der SWS Netze GmbH. Die SWS Netze GmbH pachtet von der SWS Energie GmbH das Strom- und Gasnetz. Es existiert ein Ergebnisabführungsvertrag. Für das Geschäftsjahr 2009 ergibt sich ein Verlustausgleich in Höhe von 699 T€. Das Ergebnis der SWS Netze wurde maßgeblich von der Thematik Mehrerlösabschöpfung (nach dem Verfahren der Bundesnetzagentur) und periodenübergreifenden Saldierung beeinflusst. Auf die Rückabwicklung der vorgenommenen Auskehrung von Mehrerlösen, insbesondere an die SWS Energie GmbH im Vorjahr, wurde von der SWS Netze verzichtet.

Die Leistungsbeziehungen zwischen beiden Gesellschaften sind entsprechend vertraglich geregelt.

Die SWS Energie GmbH hält 9,9 % der Geschäftsanteile an der local energy GmbH, einem Marketingdienstleistungsunternehmen von 19 Energieversorgungsunternehmen der Regionen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Diese horizontale Kooperationsgemeinschaft ist für die Stärkung der Wettbewerbsposition aller Partner von strategischer Bedeutung.

Wirtschaftliche Lage zum Bilanzstichtag

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vorjahresvergleich um 374 T€ auf 47.158 T€. Dabei verringerte sich das Sachanlagevermögen leicht um 78 T€. Die Finanzanlagen erhöhten sich leicht um 52 T€.

Der Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen verringerte sich erheblich um 4.880 T€. Im Wesentlichen ist dies auf zweimalige Gaspreissenkungen im Geschäftsjahr 2009, bei gleichgebliebenen Abschlagszahlungen der Kunden, zurückzuführen. Hieraus ergaben sich im Zuge der Jahresverbrauchsabrechnung entsprechende Guthaben auf den Kundenkonten.

Die Cashpool-Forderung erhöhte sich um 4.329 T€.

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung von 60 % der passivierten empfangenen Ertragszuschüsse liegt auf dem Vorjahresniveau bei 35,3 %.

Den im Geschäftsjahr zugegangenen empfangenen Ertragszuschüssen in Höhe von 330 T€ stehen Auflösungen von 608 T€ gegenüber.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bewegen sich mit 3.651 T€ um 969 T€ unter dem Vorjahresniveau.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 1.309 T€.

In der Stromsparte steht den Mehrerlösen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 1.089 T€ ein Mehraufwand auf der Beschaffungsseite für Strombezug und Netznutzung in Höhe von 3.378 T€ gegenüber.

Im Stromhandel konnte ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung von 456 T€ erzielt werden, das jedoch im Wesentlichen aufgrund des gestiegenen Materialaufwandes unter dem des Vorjahres von 1.132 T€ liegt.

Die Tätigkeit Stromnetzeigentümer erwirtschaftete ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung von 1.094 T€ und liegt damit in etwa auf Vorjahresniveau.

Der Gashandel trägt mit einem Ergebnis von 1.027 T€ zum Gesamtergebnis der SWS Energie bei.

Die Tätigkeit Gasnetzeigentümer konnte hauptsächlich aufgrund geringerer Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen und geringerer sonstiger betrieblicher Aufwendungen ein um 210 T€ erhöhtes Ergebnis von 934 T€ verzeichnen.

Die Rohmarge ist in der Summe aller Sparten um 787 T€ gesunken, dennoch liegt sie deutlich über den Erwartungen.

Im Wärmegeschäft betragen die Erlöse 15.481 T€, sie liegen damit um 6,8 % über denen des Vorjahres.

Der Gesamtaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist in 2009 um insgesamt 0,9 % niedriger ausgefallen, die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen ist gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % gestiegen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhten sich zum Vergleichszeitraum um 119 T€

Die Abschreibungen verringerten sich um 205 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen leicht um 52 T€

Nach Abzug des negativen Zinsergebnisses von 547 T€ (Vorjahr -363 T€) und der sonstigen Steuern von 8 T€ weist die SWS Energie GmbH ein Jahresergebnis vor Ertragsteuern und Gewinnabführung von 9.007 T€ aus (Vorjahr 6.799 T€).

Der Plan der SWS Energie GmbH sah ein Jahresergebnis von 5.447 T€ vor.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage folgt insgesamt guten Grundsätzen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 waren keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zu verzeichnen.

Hinweise auf die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Für eine optimale Risikobewertung und -dokumentation verwendet die SWS Energie GmbH ein DV-gestütztes Risk-Monitor-System.

Durch die hohe Volatilität der Preise auf den Beschaffungsmärkten ergeben sich Risiken aber auch neue Chancen.

Für den Strombereich wurde die Beschaffungsstrategie überarbeitet. Ein Risikohandbuch Strombeschaffung ist Grundlage des Handelns.

Gleichzeitig bietet der Wettbewerb bei Neuverträgen Chancen auf sinkende Beschaffungspreise. Chancen ergeben sich auch aus den Möglichkeiten eines diversifizierten Beschaffungsportfolios (z. B. Spot- und Terminhandel).

Das kartellrechtliche Verbot von langfristigen Gas-Lieferverträgen zwischen Versorgern führt zu geringerer Planungssicherheit.

Die zukünftige energetische Versorgung des Fernwärmegebietes Knieper/Grünhufe unter Einbeziehung Erneuerbarer Energien auf Basis von Biomasse und/oder Biogas wird weiterhin untersucht. Mitte des Jahres 2010 soll das Konzept zur Entscheidungsfindung vorliegen.

Risiken für die Gesellschaft ergeben sich aus dem zunehmend aggressiver werdenden Wettbewerb um Energiekunden. Ähnlich wie im Strombereich wird auch im Gasbereich die Wechselquote der Kunden noch deutlich zunehmen.

Durch das Unbundling sind vorhandene Synergieeffekte weggefallen. Die Prozessabläufe sind wesentlich komplexer und zeitintensiver geworden.

Derzeit bestehen jedoch keine Risiken, die den Bestand der SWS Energie GmbH grundsätzlich gefährden.

Ausblick

Um künftig wettbewerbsfähig zu bleiben und dem steigenden Kostendruck entgegenzuwirken, ist eine Strategie zu entwickeln, wie durch sinnvolle Kooperationen weitere Synergieeffekte genutzt werden können.

Möglicher Ansatzpunkt ist die Energiebeschaffung, hier werden im local energy Verbund entsprechende Untersuchungen vorgenommen.

Im Jahr 2009 wurden alle IT-technischen Maßnahmen abgeschlossen, die mit der Umsetzung des 2- Mandanten-Modells notwendig waren.

Inwieweit die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise noch Einfluss auf die Wirtschaftsunternehmen in Stralsund und der Region haben, bleibt abzuwarten.

Deutlich zu spüren sind die negativen Auswirkungen bei den regionalen Zulieferern des Schiffbaus.

Da im Kundenportfolio die Anzahl der durch die Krise besonders gefährdeten Unternehmen überschaubar ist, sollte die SWS Energie GmbH in der Lage sein, trotz allgemeiner reduzierter Wirtschaftstätigkeit weiterhin stabile Cashflows generieren zu können.

Die Gesellschaft geht auch in den nächsten Jahren von einer angemessenen Gewinnerwartung aus, die sich tendenziell auf dem Niveau der letzten Jahre einstellen wird.

Stralsund, den 19.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

SWS Energie GmbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wert-

ansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt.

Schwerin, den 21. Mai 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Erläuterungen der Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen
Rechnungslegung (§ 10 Abs. 3 EnWG) für das Geschäftsjahr 2009

A. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die SWS Energie GmbH hat nach § 10 Abs. 3 EnWG für folgende Tätigkeiten intern jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen:

- Stromnetzeigentümer,
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors,
- Gasnetzeigentümer,
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors,
- Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors.

Die Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors beinhalten die Wärmeversorgung, die Strom- und Wärmeerzeugung in Koppelproduktion in einem Blockheizkraftwerk (BHKW), den EEX- und OTC-Stromhandel, den Netzservice und das Betreiben einer Erdgastankstelle. Wegen der engen Verbindung zur Wärmeerzeugung wird die Stromerzeugung außerhalb des Stromsektors geführt. Die eigene Stromerzeugung stellt einen unwesentlichen Beitrag zum Stromaufkommen im Netz der SWS Energie GmbH dar.

Die Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009 sind analog dem handelsrechtlichen Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB sowie des GmbHG aufgestellt worden. Für die Gewinn- und Verlustrechnungen wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Die Bilanzen sind nach § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnungen wurden nach § 275 HGB aufgestellt. Die einzelnen Eigenkapitalposten sind im Posten „Zugeordnetes Eigenkapital“ zusammengefasst.

Im Unternehmen der SWS Energie GmbH wird mit dem ERP - System kVASy von der Firma SIV.AG, Rostock-Roggentin, gearbeitet. Mit der kVASy - Software werden die einzelnen Geschäftsfelder über die Geschäftsbereiche abgebildet. Bei den für das Gesamtunternehmen geführten Konten werden alle Buchungen mit geschäftsbereichsbezogenen Kontierungen versehen, die es jederzeit ermöglichen, eine Zuordnung zu den einzelnen Geschäftsbereichen über die Kostenrechnung vorzunehmen. Die Kostenerfassung erfolgte über eine direkte

Zuordnung zu den einzelnen Unternehmensbereichen nach § 10 EnWG auf Strom-, Gasnetzeigentümer, Strom-, Gasversorgung sowie sonstige Aktivitäten (Wärmeerzeugung/-versorgung, OTC- und EEX-Stromhandel, Netzservice, Erdgastankstelle).

Soweit möglich wurden auch die Kosten der gemeinsamen Funktionsbereiche des Unternehmens sachgerecht durch eine Vorabverteilung direkt zugeordnet. Alle übrigen Aufwendungen des Geschäftsjahres, die nicht direkt den auszuweisenden Tätigkeiten zugeordnet werden konnten, wurden über die Geschäftsbereiche 100 und 140 erfasst. Diese so erfassten Kosten der spartenübergreifenden Tätigkeiten der GB 100 und 140 wurden auf die Geschäftsbereiche der zu erstellenden Tätigkeitenabschlüsse nach § 10 EnWG anhand von Umlageschlüsseln sachgerecht verteilt. Im Wesentlichen finden für die spartenübergreifenden Tätigkeiten die Verteilschlüssel Zählpunkt, Restbuchwerte Anlagevermögen, Spartenabsatz, Spartenumsatz, Netzlängen, Mitarbeiteranzahl, Gewerbeertrag sowie ein gewichteter Mischschlüssel Anwendung. Aufgrund der Anwendung der Schlüssel können sich im Centbereich Differenzen ergeben.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden zu diesem Zweck die Jahresabschlussdaten aus dem Buchhaltungs- und Kostenrechnungssystem kVASy verwendet und in eine separate Kalkulationstabelle übernommen. Nach hier hinterlegten Schlüsseln werden die nicht direkt zugeordneten Werte auf die Sparten der Tätigkeitenabschlüsse verteilt. Das Ergebnis aus direkt zugeordneten und umgelegten bzw. verteilten Beträgen wird aufgrund händischer Erfassung in das Tabellenkalkulationssystem Excel als Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der jeweiligen Tätigkeit gezeigt. Die vorgenommenen Verteilungen sind aufgrund der verschiedenen EDV-Programme und Bearbeitungsstufen sehr komplex. Die Aufbewahrungsfristen für die Unterlagen werden eingehalten.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die im Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind maßgebend für die Erstellung der Tätigkeitenabschlüsse. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte werden einheitlich ausgeübt. Soweit folgend nicht gesondert auszuweisen, wird auf die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen.

C. Zuordnungsregeln

Tätigkeitenbilanzen

Das Anlagevermögen wurde direkt den Tätigkeitsbereichen Stromnetzeigentümer, Gasnetzeigentümer, andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors, andere Tätigkeiten innerhalb

des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors zugeordnet. Die Restbuchwerte der allgemeinen Geschäftsbereiche werden im Rahmen der Tätigkeitsabschlüsse anhand des Verhältnisses der Restbuchwerte-Sparte zu Restbuchwerte-Anlagevermögen (gesamt) auf die Geschäftsbereiche umgelegt. Des Weiteren fand der Schlüssel Netzlängen für die Verteilung im GB Netz allgemein seine Anwendung. Aus den sich ergebenden Verhältnissen der Restbuchwerte wurden die Anlagenspiegel für die einzelnen Tätigkeiten entwickelt. Die Anlagenspiegel sind diesen Erläuterungen der Entflechtung der Tätigkeitsbereiche beigefügt.

Die Vorräte wurden den jeweiligen Tätigkeiten direkt zugeordnet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie gegen verbundene Unternehmen wurden den Geschäftsbereichen der Tätigkeiten direkt zugeordnet. Der ausgewiesene Anteil des allgemeinen Geschäftsbereiches (GB 100) wurde entsprechend dem Schlüssel Spartenumsatz aufgeteilt.

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die sonstigen Vermögensgegenstände wurden nach dem Verteilschlüssel Gewerbeertrag umgelegt, da es sich dabei um Steuererstattungsansprüche der Gesellschaft handelt.

Der Posten Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten wurde nach dem Verteilungsschlüssel Spartenumsatz aufgeteilt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten, die nicht direkt verteilt werden konnten, wurden nach dem Verteilungsschlüssel Spartenumsatz zugeordnet.

Das Eigenkapital wird als Residualgröße nach der direkten Zuordnung der empfangenen Ertragszuschüsse, Rückstellungen und Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die empfangenen Ertragszuschüsse wurden direkt den Tätigkeiten zugeordnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden entsprechend des Personalkostenschlüssels auf die Geschäftsbereiche und die Tätigkeiten aufgeteilt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden weitestgehend direkt zugeordnet. Bei den übrigen Rückstellungen für Jahresabschluss- und Beratungskosten sowie für ausstehende Rechnungen wurde der Umsatzaktivitätenschlüssel angewendet.

Der Anteil der jeweiligen Sparte an den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurde nach dem Verteilungsschlüssel Restbuchwerte Anlagevermögen ermittelt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten wurden zum Teil direkt zugeordnet. Soweit notwendig wurde der Vorjahresausweis angepasst. Die nicht direkt zuordenbaren Beträge wurden entsprechend des Verteilungsschlüssels Umsatzaktivitäten zugewiesen.

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Gesamt €	bis 1 Jahr €	von 1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €
1. gegenüber Kreditinstituten	11.952.861,75	1.711.091,75	5.646.769,92	4.595.000,08
- Stromnetzeigentümer	4.512.165,76	695.467,41	2.260.583,25	1.556.115,09
- Gasnetzeigentümer	4.057.316,70	625.360,79	2.032.705,06	1.399.250,84
- innerhalb des Stromsektors	0,00	0,00	0,00	0,00
- innerhalb des Gassektors	0,00	0,00	0,00	0,00
- außerhalb des Strom- und Gassektors	3.383.379,29	390.263,54	1.353.481,60	1.639.634,14
2. aus Lieferungen und Leistungen	3.650.983,76	3.649.901,21	1.082,55	0,00
- Stromnetzeigentümer	118.517,71	118.517,71	0,00	0,00
- Gasnetzeigentümer	10.017,04	8.934,49	1.082,55	0,00
- innerhalb des Stromsektors	1.550.125,85	1.550.125,85	0,00	0,00
- innerhalb des Gassektors	2.264.172,88	2.264.172,88	0,00	0,00
- außerhalb des Strom- und Gassektors	-291.849,73	-291.849,73	0,00	0,00
3. gegenüber verbundenen Unternehmen	8.980.515,32	8.980.515,32	0,00	0,00
- Stromnetzeigentümer	252.468,56	252.468,56	0,00	0,00
- Gasnetzeigentümer	271.403,04	271.403,04	0,00	0,00
- innerhalb des Stromsektors	2.829.331,22	2.829.331,22	0,00	0,00
- innerhalb des Gassektors	2.837.819,70	2.837.819,70	0,00	0,00
- außerhalb des Strom- und Gassektors	2.789.492,79	2.789.492,79	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	169.187,91	169.187,91	0,00	0,00
- Stromnetzeigentümer	0,00	0,00	0,00	0,00
- Gasnetzeigentümer	0,00	0,00	0,00	0,00
- innerhalb des Stromsektors	34.123,02	34.123,02	0,00	0,00
- innerhalb des Gassektors	2.686,38	2.686,38	0,00	0,00
- außerhalb des Strom- und Gassektors	132.378,51	132.378,51	0,00	0,00
Summe Verbindlichkeiten gesamt	24.753.548,74	14.510.696,19	5.647.852,47	4.595.000,08

Tätigkeitengewinn- und Verlustrechnungen

Die Zuordnung der Umsatzerlöse zu den jeweiligen Tätigkeiten basiert auf den Ausgangsrechnungen des Geschäftsjahres für abgesetzte Mengen sowie der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse.

Die Aufteilung der anderen aktivierten Eigenleistungen wurde direkt vorgenommen.

Eindeutig zuordenbare sonstige betriebliche Erträge, Materialaufwendungen, Personalaufwendungen, sonstige betriebliche Aufwendungen sowie sonstige Steuern werden direkt zugeordnet. Die Ermittlung des Personalaufwandes erfolgte auf der Grundlage der Personalaufwendungen der direkt den Sparten zuordenbaren Beschäftigten.

Nicht direkt zuordenbare Erträge und Aufwendungen werden unter Zuhilfenahme folgender Schlüssel auf die Sparten verteilt:

- Restbuchwerte Anlagevermögen,
- Spartenumsatz,
- Netzlängen,
- Personal,
- Gewerbeertrag,
- gewichteter Mischschlüssel.

Die Abschreibungen werden aus dem Anlagevermögen direkt den Sparten bzw. Tätigkeiten zugeordnet.

Der Posten sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurde nach dem Verhältnis der Spartenumsätze auf die Tätigkeiten aufgeteilt.

Grundlage für die Aufteilung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen bildet das Verhältnis der Restbuchwerte Anlagevermögen. Der durchschnittliche Zinssatz für die Darlehen beträgt für das Geschäftsjahr 2009 ca. 5 % p. a.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wurden auf der Grundlage des Gewerbeertrages ermittelt.

D. Zusätzliche Angaben

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen je Tätigkeit gliedern sich wie folgt:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	Gesamt €	bis 1 Jahr €	von 1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €
1. aus Leasingverträgen	149.493	73.835	75.658	0
- Stromnetzeigentümer	0	0	0	0
- Gasnetzeigentümer	0	0	0	0
- innerhalb des Stromsektors	11.282	5.572	5.710	0
- innerhalb des Gassektors	9.872	4.876	4.996	0
- außerhalb des Strom- und Gassektors	128.339	63.387	64.952	0
1. aus Mietverträgen	2.004.002	200.401	801.600	1.002.001
- Stromnetzeigentümer	0	0	0	0
- Gasnetzeigentümer	0	0	0	0
- innerhalb des Stromsektors	151.246	15.125	60.498	75.623
- innerhalb des Gassektors	132.340	13.234	52.936	66.170
- außerhalb des Strom- und Gassektors	1.720.416	172.042	688.166	860.208
Summe sonstige finanzielle Verpflichtungen gesamt	2.153.495	274.236	877.258	1.002.001

Stralsund, den 19. April 2010

Christian Koos
Geschäftsführer

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Darstellung der Bilanzen nach § 10 Abs. 3 EnWG

Aktiva

	Tätigkeit Stromnetz- eigentümer	Tätigkeit Gasnetz- eigentümer	Andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors	SWS Energie GmbH
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009
	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.769,55	16.386,87	0,00	0,00	323.388,81	344.545,23
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.058,00	27.965,59	0,00	0,00	210.465,50	266.489,09
2. technische Anlagen und Maschinen	13.062.671,54	11.790.280,22	0,00	0,00	4.509.346,10	29.362.297,86
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	4.383,00	541,00	5.523,21	4.852,27	124.046,52	139.346,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	72.261,13	101.247,80	0,00	0,00	640.636,08	814.145,01
	13.167.373,67	11.920.034,61	5.523,21	4.852,27	5.484.494,20	30.582.277,96
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	240.546,00	240.546,00	665.546,00	1.146.638,00
2. Beteiligungen	0,00	0,00	2.528,33	2.528,33	0,00	5.056,66
3. Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00	186.614,10	186.614,10
	0,00	0,00	243.074,33	243.074,33	852.160,10	1.338.308,76
	13.172.143,22	11.936.421,48	248.597,54	247.926,60	6.660.043,11	32.265.131,95
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00	0,00	0,00	158.423,47	158.423,47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	2.500.343,87	625.293,88	108.089,06	3.233.726,81
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen Gesellschafter)	383.112,25 (285.129,88)	338.505,42 (252.648,90)	3.639.655,11 (3.376.349,15)	3.337.451,64 (3.228.750,49)	2.908.948,94 (2.647.399,61)	10.607.673,36 (9.790.278,03)
3. sonstige Vermögensgegenstände	76.246,18	62.729,30	30.313,48	113.979,54	431.312,80	714.581,30
	459.358,42	401.234,72	6.170.312,46	4.076.725,06	3.448.350,81	14.555.981,47
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.552,42	4.033,83	50.544,78	46.744,45	62.488,30	168.363,77
	463.910,85	405.268,54	6.220.857,24	4.123.469,51	3.669.262,57	14.882.768,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	40,19	35,61	2.012,84	950,92	7.395,87	10.435,43
	13.636.094,25	12.341.725,63	6.471.467,62	4.372.347,03	10.336.701,55	47.158.336,09

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Darstellung der Bilanzen nach § 10 Abs. 3 EnWG

Passiva (EK als Residualgröße)

	Tätigkeit Stromnetz- eigentümer	Tätigkeit Gasnetz- eigentümer	Andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors	SWS Energie GmbH
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009
	€	€	€	€	€	€
A. Zugeordnetes Eigenkapital	4.938.377,43	5.662.739,21	1.921.198,68	-2.571.047,80	2.976.994,12	12.928.261,65
B. Empfangene Ertragszuschüsse	3.811.710,57	2.337.720,57	0,00	0,00	15.022,00	6.164.453,14
C. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	35.867,90	31.427,76	477.505,34	544.801,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. sonstige Rückstellungen	2.854,22	2.529,08	100.820,95	1.807.288,10	853.779,22	2.767.271,56
	2.854,22	2.529,08	136.688,84	1.838.715,86	1.331.284,57	3.312.072,56
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.512.165,76	4.057.316,70	0,00	0,00	3.383.379,29	11.952.861,75
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon gegenüber Gesellschaftern)	118.517,71 (0,00)	10.017,04 (0,00)	1.550.125,85 (39.428,59)	2.264.172,88 (0,00)	-291.849,73 (52.400,74)	3.650.983,76 (91.829,33)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegenüber Gesellschaftern)	252.468,56 (220.630,86)	271.403,04 (195.497,39)	2.829.331,22 (2.510.802,35)	2.837.819,70 (2.312.102,20)	2.789.492,79 (2.053.330,03)	8.980.515,32 (7.292.362,87)
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon gegenüber Gesellschaftern)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
5. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	0,00 (0,00) (0,00)	0,00 (0,00) (0,00)	34.123,02 (2.921,72) (0,00)	2.686,38 (2.570,71) (0,00)	132.378,51 (26.978,40) (0,00)	169.187,91 (32.470,82) (0,00)
	4.883.152,03	4.338.736,78	4.413.580,10	5.104.678,97	6.013.400,87	24.753.548,74
	13.636.094,25	12.341.725,63	6.471.467,62	4.372.347,03	10.336.701,55	47.158.336,09

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnungen nach § 10 Abs. 3 EnWG

	Tätigkeit Stromnetz- eigentümer	Tätigkeit Gasnetz- eigentümer	Andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors	SWS Energie GmbH
	2009	2009	2009	2009	2009	2009
	€	€	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse	376.628,68	228.095,40	25.172.840,29	23.287.800,96	19.567.779,26	68.633.144,60
2. andere aktivierte Eigenleistungen	18.262,49	38.761,70	0,00	0,00	0,00	57.024,19
3. sonstige betriebliche Erträge	3.321.075,26	1.871.747,52	200.272,49	177.572,75	1.113.503,38	6.684.171,41
	3.715.966,43	2.138.604,62	25.373.112,79	23.465.373,72	20.681.282,64	75.374.340,20
4. Materialaufwand	0,00	0,00	23.592.099,33	21.450.415,57	8.493.395,02	53.535.909,92
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00	0,00	23.591.955,33	21.450.415,57	6.564.763,97	51.607.134,87
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	0,00	144,00	0,00	1.928.631,05	1.928.775,05
5. Personalaufwand	0,00	0,00	247.393,67	217.708,00	2.331.415,98	2.796.517,65
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00	209.628,51	184.479,95	1.923.381,83	2.317.490,28
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	37.765,17 (3.244,52)	33.228,05 (2.842,20)	408.034,16 (46.457,40)	479.027,37 (52.544,12)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	866.471,26	807.813,46	95,71	84,26	728.851,95	2.403.316,63
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.436.686,20	119.656,25	1.176.364,79	809.491,89	3.094.766,77	6.636.965,90
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	105.311,68	92.705,43	61.651,53	259.668,64
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen)	1.962,81 (1.935,25)	1.739,21 (1.714,79)	27.812,30 (21.486,77)	22.623,01 (19.871,24)	20.388,49 (16.881,84)	74.525,81 (61.889,90)
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00	699.062,48	699.062,48
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen)	232.478,84 (615,81)	209.043,80 (553,74)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	179.952,47 (245,21)	621.475,11 (1.414,76)
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.182.292,95	1.003.830,33	490.283,26	1.103.002,44	5.235.877,99	9.015.286,96
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	84.953,10	69.892,66	33.775,13	76.002,97	361.108,17	625.732,04
14. sonstige Steuern	2.878,47	0,00	193,11	169,91	4.896,30	8.137,79
15. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	1.094.461,37	933.937,66	456.315,02	1.026.829,55	4.869.873,52	8.381.417,13
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenpiegel - Tätigkeit Stromnetzeigentümer

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.329,87	0,00	0,00	0,00	0,00	8.329,87	3.560,32	0,00	0,00	0,00	3.560,32	4.769,55	4.769,55
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.761,61	0,00	0,00	0,00	0,00	30.761,61	1.575,61	1.128,00	0,00	0,00	2.703,61	28.058,00	29.186,00
2. technische Anlagen und Maschinen	27.786.517,27	786.138,08	22.866,82	12.760,70	0,00	28.582.761,47	14.683.896,46	848.587,62	0,00	12.394,15	15.520.089,93	13.062.671,54	13.102.620,81
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	77.840,67	2.683,50	0,00	0,00	0,00	80.524,17	71.242,67	4.898,50	0,00	0,00	76.141,17	4.383,00	6.598,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	13.992,71	141.103,02	-75.592,83	7.241,77	0,00	72.261,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	72.261,13	13.992,71
Summe Sachanlagen	27.909.112,26	929.924,60	-52.726,01	20.002,47	0,00	28.766.308,38	14.756.714,74	854.614,12	0,00	12.394,15	15.598.934,71	13.167.373,67	13.152.397,52
Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	27.917.442,13	929.924,60	-52.726,01	20.002,47	0,00	28.774.638,25	14.760.275,06	854.614,12	0,00	12.394,15	15.602.495,03	13.172.143,22	13.157.167,07

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenpiegel - Tätigkeit Gasnetzeigentümer

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18.615,74	0,00	0,00	0,00	0,00	18.615,74	2.228,87	0,00	0,00	0,00	2.228,87	16.386,87	16.386,87
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	137.691,37	0,00	0,00	0,00	0,00	137.691,37	105.254,78	4.471,00	0,00	0,00	109.725,78	27.965,59	32.436,59
2. technische Anlagen und Maschinen	24.898.000,68	626.311,56	27.393,26	51.516,36	0,00	25.500.189,14	12.966.409,92	792.545,58	0,00	49.046,58	13.709.908,92	11.790.280,22	11.931.590,76
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.125,35	675,00	0,00	0,00	0,00	1.800,35	1.124,35	135,00	0,00	0,00	1.259,35	541,00	1,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	33.425,77	95.215,29	-27.393,26	0,00	0,00	101.247,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	101.247,80	33.425,77
Summe Sachanlagen	25.070.243,17	722.201,85	0,00	51.516,36	0,00	25.740.928,66	13.072.789,05	797.151,58	0,00	49.046,58	13.820.894,05	11.920.034,61	11.997.454,12
Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	25.088.858,91	722.201,85	0,00	51.516,36	0,00	25.759.544,40	13.075.017,92	797.151,58	0,00	49.046,58	13.823.122,92	11.936.421,48	12.013.840,99

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenspiegel - andere Tätigkeiten innerhalb des Stromsektors

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	2.216,67	-2.216,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. technische Anlagen und Maschinen	0,00	68,90	-68,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	43.767,86	664,06	0,00	0,00	0,00	44.431,92	36.771,37	2.137,34	0,00	0,00	38.908,71	5.523,21	6.993,96
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	43.767,86	732,95	-68,90	0,00	0,00	44.431,92	36.771,37	2.137,34	0,00	0,00	38.908,71	5.523,21	6.993,96
Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	240.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.546,00	240.546,00
2. Beteiligungen	1.750,00	778,33	0,00	0,00	0,00	2.528,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.528,33	1.750,00
3. Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	242.296,00	778,33	0,00	0,00	0,00	243.074,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	243.074,33	242.296,00
Summe Anlagevermögen	286.063,86	3.727,95	-2.285,56	0,00	0,00	287.506,25	36.771,37	2.137,34	0,00	0,00	38.908,71	248.597,54	249.289,96

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenspiegel - andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	2.216,67	-2.216,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. technische Anlagen und Maschinen	0,00	68,90	-68,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	38.906,90	580,50	0,00	0,00	0,00	39.487,40	32.761,28	1.873,86	0,00	0,00	34.635,13	4.852,27	6.149,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	38.906,90	649,40	-68,90	0,00	0,00	39.487,40	32.761,28	1.873,86	0,00	0,00	34.635,13	4.852,27	6.149,00
Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	240.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240.546,00	240.546,00
2. Beteiligungen	1.750,00	778,33	0,00	0,00	0,00	2.528,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.528,33	1.750,00
3. Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	242.296,00	778,33	0,00	0,00	0,00	243.074,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	243.074,33	242.296,00
Summe Anlagevermögen	281.202,90	3.644,39	-2.285,56	0,00	0,00	282.561,73	32.761,28	1.873,86	0,00	0,00	34.635,13	247.926,60	248.445,00

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenpiegel - Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	905.974,81	2.216,67	4.433,33	0,00	0,00	912.624,81	537.704,00	51.532,00	0,00	0,00	589.236,00	323.388,81	368.270,81
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	360.546,17	0,00	0,00	0,00	0,00	360.546,17	139.435,67	10.645,00	0,00	0,00	150.080,67	210.465,50	221.110,50
2. technische Anlagen und Maschinen	16.309.060,98	191.386,09	137,79	76.116,49	0,00	16.424.468,37	11.318.340,98	638.901,88	0,00	42.120,59	11.915.122,27	4.509.346,10	4.990.720,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	818.592,63	15.944,50	0,00	51.944,97	0,00	782.592,16	658.339,74	46.460,86	0,00	46.254,97	658.545,64	124.046,52	160.252,04
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	125.143,67	462.766,40	52.726,01	0,00	0,00	640.636,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	640.636,08	125.143,67
Summe Sachanlagen	17.613.343,45	670.096,98	52.863,80	128.061,46	0,00	18.208.242,78	12.116.116,39	696.007,74	0,00	88.375,56	12.723.748,58	5.484.494,20	5.497.226,21
Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	665.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	665.546,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	665.546,00	665.546,00
2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückdeckungsansprüche	135.367,74	126.889,36	0,00	75.643,00	0,00	186.614,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	186.614,10	135.367,74
Summe Finanzanlagen	800.913,74	126.889,36	0,00	75.643,00	0,00	852.160,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	852.160,10	800.913,74
Summe Anlagevermögen	19.320.232,00	799.203,01	57.297,14	203.704,46	0,00	19.973.027,69	12.653.820,39	747.539,74	0,00	88.375,56	13.312.984,58	6.660.043,11	6.666.410,76

SWS Energie GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Anlagenspiegel -

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand 31.12.2009	Anfangsstand 31.12.2008	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand 31.12.2009	am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2009	am Ende des vorh. Geschäftsjahres 31.12.2008
	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	932.920,42	6.650,00	0,00	0,00	0,00	939.570,42	543.493,19	51.532,00	0,00	0,00	595.025,19	344.545,23	389.427,23
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	528.999,15	0,00	0,00	0,00	0,00	528.999,15	246.266,06	16.244,00	0,00	0,00	262.510,06	266.489,09	282.733,09
2. technische Anlagen und Maschinen	68.993.578,93	1.603.973,52	50.260,08	140.393,55	0,00	70.507.418,98	38.968.647,36	2.280.035,08	0,00	103.561,32	41.145.121,12	29.362.297,86	30.024.931,57
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	980.233,41	20.547,55	0,00	51.944,97	0,00	948.835,99	800.239,41	55.505,55	0,00	46.254,97	809.489,99	139.346,00	179.994,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	172.562,15	699.084,71	-50.260,08	7.241,77	0,00	814.145,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	814.145,01	172.562,15
Summe Sachanlagen	70.675.373,64	2.323.605,78	0,00	199.580,29	0,00	72.799.399,13	40.015.152,83	2.351.784,63	0,00	149.816,29	42.217.121,17	30.582.277,96	30.660.220,81
Summe Anlagenspiegel	71.608.294,06	2.330.255,78	0,00	199.580,29	0,00	73.738.969,55	40.558.646,02	2.403.316,63	0,00	149.816,29	42.812.146,36	30.926.823,19	31.049.648,04
Finanzanlagen													
1. Anteile	1.146.638,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.146.638,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.146.638,00	1.146.638,00
2. Beteiligungen	3.500,00	1.556,66	0,00	0,00	0,00	5.056,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.056,66	3.500,00
3. Rückdeckungsansprüche	135.367,74	126.889,36	0,00	75.643,00	0,00	186.614,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	186.614,10	135.367,74
Summe Finanzanlagen	1.285.505,74	128.446,02	0,00	75.643,00	0,00	1.338.308,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.338.308,76	1.285.505,74
Summe Anlagenspiegel/Finanzanlagen	72.893.799,80	2.458.701,80	0,00	275.223,29	0,00	75.077.278,31	40.558.646,02	2.403.316,63	0,00	149.816,29	42.812.146,36	32.265.131,95	32.335.153,78

Bericht des Aufsichtsrates der SWS Energie GmbH zum Geschäftsjahr 2009

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die SWS Energie GmbH trotz des zunehmenden Wettbewerbs um Energiekunden und der ungünstigen konjunkturellen Entwicklungen infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfolgreich im Energiemarkt behaupten können.

Der Aufsichtsrat der SWS Energie GmbH hat sich während des Geschäftsjahres in ordentlichen Sitzungen sowie durch schriftliche Berichte regelmäßig und umfassend über die Geschäftslage, wesentliche Risiken und die strategischen Pläne der Gesellschaft sowie ihrer Tochtergesellschaften, SWS Netze GmbH und SWS Telnet GmbH, informiert. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Geschäftsführung überwacht sowie die Aufgaben wahrgenommen und Entscheidungen getroffen, die ihnen nach Gesetz und Satzung übertragen sind.

Insgesamt haben im Berichtsjahr vier Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Alle wichtigen Vorgänge, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden ausführlich erörtert und besprochen. Im Vordergrund standen neben dem Jahresabschluss vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft, die Energiebeschaffung, die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2010 und die mittelfristige Planung sowie Personalentwicklung, die Umsetzung der Anforderungen aus dem Energiewirtschaftsgesetz und den Energieversorgungsverordnungen, die Energiepreispolitik sowie die strategische Ausrichtung der Wärmeerzeugung und -versorgung.

Der Jahresabschluss 2009 und der Lagebericht sind von der WIKOM AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfbericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 und stimmt dem Ergebnis der Abschlussprüfer zu.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2009 festzustellen, den Lagebericht zu genehmigen sowie der Geschäftsführung Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWS Energie GmbH Dank und Anerkennung für die geleistete und erfolgreiche Arbeit aus.

Stralsund, 23. Juni 2010

Der Aufsichtsrat


Peter Paul
Vorsitzender des Aufsichtsrates
SWS Energie GmbH

Jahresabschluss

2009

SWS Telnet GmbH

Tochterunternehmen der
SWS Energie GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Telnet GmbH, Stralsund
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

Passivseite

	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.881,11	4.881,11	I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
II. Sachanlagen			II. Kapitalrücklage	671.638,00	671.638,00
1. technische Anlagen und Maschinen	940.967,00	986.092,00	III. Gewinnvortrag	174.201,12	174.201,12
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.844,00	74.544,00		895.839,12	895.839,12
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	14.066,90	0,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	12.699,00	13.450,00
	1.012.877,90	1.060.636,00	C. Rückstellungen		
	1.017.759,01	1.065.517,11	sonstige Rückstellungen	30.824,00	35.311,80
B. Umlaufvermögen			D. Verbindlichkeiten		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	180,00	0,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	23.988,74	16.321,99	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.778,09	17.411,31
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen Gesellschafter € 0,00; Vorjahr € 877,88)	193.168,82	185.728,25	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegenüber Gesellschaftern € 258.934,87; Vorjahr € 295.638,42)	268.530,59	306.098,50
	217.157,56	202.050,24	4. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 2.862,78; Vorjahr € 2.547,42) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00; Vorjahr € 619,05)	3.300,21	3.881,04
II. Guthaben bei Kreditinstituten	5.234,44	4.337,38		300.788,89	327.390,85
	222.392,00	206.387,62			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	87,04			
	1.240.151,01	1.271.991,77		1.240.151,01	1.271.991,77

SWS Telnnet GmbH, Stralsund
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	694.617,75	764.889,28
2. sonstige betriebliche Erträge	10.863,18	9.278,15
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	118,94	50,54
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	71.271,85	106.738,42
	71.390,79	106.788,96
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	193.891,32	185.205,47
b) soziale Abgaben	24.824,56	24.123,14
	218.715,88	209.328,61
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	94.324,23	104.174,49
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	61.393,12	66.846,52
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 385,78; Vorjahr € 2.692,47)	385,78	2.692,47
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 0,00; Vorjahr € 0,00)	0,05	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	260.042,64	289.721,32
10. sonstige Steuern	374,00	581,00
11. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn	259.668,64	289.140,32
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00

SWS Telnet GmbH, Stralsund

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. In der Bilanz wurden Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert, um die Klarheit der Darstellung zu vergrößern. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet.

Bei den planmäßigen Abschreibungen werden Mobilien linear auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150,00 € werden als Aufwand behandelt. Anlagengüter, deren Anschaffungskosten 150,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, werden ab 2008 grundsätzlich in einen Sammelposten eingestellt und linear über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind unter Beachtung des Ausfallrisikos, die liquiden Mittel sind zum Nominalbetrag bewertet.

Im Sonderposten für Investitionszuschüsse sind Zuschüsse bzgl. des LWL-Kabelverteilers passiviert. Die Auflösung erfolgt pauschal mit 5 % p.a.

Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

III. Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist insgesamt im folgenden Anlagenspiegel aufgezeigt.

Die Forderungen haben jeweils eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Darin enthalten sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 193.168,82 €, davon 438,57 € Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. In den Forderungen enthalten sind 181.414,24 € aus Cashpool-Guthaben.

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 €, die Kapitalrücklage ist mit 671.638,00 € dotiert.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten 6.200,00 € für Beratung und Jahresabschlussprüfung und 1.350,00 € Beiträge zur Berufsgenossenschaft sowie 23.274,00 € Personalarückstellungen.

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich wie folgt:

	insgesamt	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	€	fällig €	fällig €	fällig €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	180,00	180,00	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	28.778,09	28.778,09	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>17.411,31</i>	<i>17.411,31</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	268.530,59	268.530,59	0,00	0,00
(davon gegenüber Gesellschaftern)	(258.934,87)	(258.934,87)	(0,00)	(0,00)
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(1.063,60)	(1.063,60)	(0,00)	(0,00)
<i>Vorjahr</i>	<i>306.098,50</i>	<i>306.098,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>(davon gegenüber Gesellschaftern)</i>	<i>(295.638,42)</i>	<i>(295.638,42)</i>	<i>(0,00)</i>	<i>(0,00)</i>
4. sonstige Verbindlichkeiten	3.300,21	3.300,21	0,00	0,00
(davon aus sozialer Sicherheit)	(0,00)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
(davon aus Steuern)	(2.862,78)	(2.862,78)	(0,00)	(0,00)
<i>Vorjahr</i>	<i>3.881,04</i>	<i>3.881,04</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	300.788,89	300.788,89	0,00	0,00

Die Umsatzerlöse ergeben sich im Wesentlichen aus der Vermietung breitbandiger Übertragungswege. Sie wurden sämtlich im Inland realisiert. Enthalten ist die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit T€ 1.

Die sonstigen betrieblichen Erträge berücksichtigen mit 8 T€ vor allem die Verrechnung von Sachbezügen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigen u. a. mit 15 T€ die Mietaufwendungen für die Büroräume, mit 15 T€ Aufwendungen aus dem Dienstleistungsvertrag mit der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, mit 7 T€ Aufwendungen für Prüfung und Beratung, mit 8 T€ Leasingaufwendungen.

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus Mietverträgen mit 121 T€ und aus Leasingverträgen mit 17 T€.

IV. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentliche Geschäfte des Geschäftsjahres 2009 mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Nahe stehende Person	Wesentlicher Vertrag	Aufwand (-) / Ertrag (+)
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	Vermietung Übertragungswege/TK-Anlagen	28 T€
	Kaufm. und jur. DLV	-15 T€
SWS Energie GmbH	Vermietung Übertragungswege/TK-Anlagen	38 T€
	Mietvertrag	-14 T€
REWA GmbH	Vermietung Übertragungswege/TK-Anlagen	20 T€
SWS Nahverkehr GmbH	Vermietung Übertragungswege/TK-Anlagen	7 T€
SWS Entsorgungs GmbH	Vermietung Übertragungswege/TK-Anlagen	8 T€
SWS Seehafen Stralsund GmbH	Vermietung Übertragungswege	4 T€
Hansestadt Stralsund	Vermietung Übertragungswege/Internetverbindung	66 T€

Die SWS Telnet GmbH wird in den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH einbezogen.

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

V. Ergänzende Angaben

Im Jahresdurchschnitt waren 2 nichtgewerbliche Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsführer sind Herr Christian Koos und Herr Martin Sekulla.

Verantwortlich für die kaufmännische Geschäftsführung ist Herr Koos, die Bereiche Geschäftsentwicklung und Vertrieb verantwortet Herr Sekulla.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 140 T€.

Mutterunternehmen ist mit 100 % die SWS Energie GmbH, Stralsund.

Stralsund, den 23.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

Martin Sekulla
Geschäftsführer

SWS Telnor GmbH, Stralsund

Anlagenspiegel 2009

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009	31.12.2008	Zugänge	Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.592,11	0,00	0,00	5.592,11	711,00	0,00	0,00	711,00	4.881,11	4.881,11
II. Sachanlagen										
1. technische Anlagen und Maschinen	1.535.788,18	30.222,83	0,00	1.566.011,01	549.696,18	75.347,83	0,00	625.044,01	940.967,00	986.092,00
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	183.306,14	2.276,40	0,00	185.582,54	108.762,14	18.976,40	0,00	127.738,54	57.844,00	74.544,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	14.066,90	0,00	14.066,90	0,00	0,00	0,00	0,00	14.066,90	0,00
	1.719.094,32	46.566,13	0,00	1.765.660,45	658.458,32	94.324,23	0,00	752.782,55	1.012.877,90	1.060.636,00
Summe Anlagevermögen	1.724.686,43	46.566,13	0,00	1.771.252,56	659.169,32	94.324,23	0,00	753.493,55	1.017.759,01	1.065.517,11

SWS Telnet GmbH, Stralsund

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Gesamtwirtschaftliche und Branchenentwicklung

Der Telekommunikationsmarkt hat sich auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise im Geschäftsjahr 2009 rückläufig entwickelt. Nach Prognosen des BITKOM (Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.) ging das Marktvolumen im Jahr 2009 in Deutschland um 3,6 % zurück.

Für die Telekommunikationsbranche in Deutschland wird für das Jahr 2010 ein weiteres Abschmelzen des Umsatzes am Markt in Höhe von ca. 1,1 % prognostiziert. Diese Entwicklung trifft auch auf den Wirtschaftsraum Stralsund zu.

Dem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck, ausgelöst durch Aktivitäten großer Telekommunikationsunternehmen, begegnet die Gesellschaft durch den bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur. Die leistungsfähige Breitbandinfrastruktur bildet die Grundlage für die angebotenen Produkte. Nach Abschluss der Errichtung der LWL-Backbone`s wurden Investitionen im Accessbereich ausschließlich nach Vorlage der Kundenaufträge realisiert. Dabei ist die Gesellschaft bestrebt, mit den Kunden möglichst langfristige Verträge auszuhandeln. Weiterhin werden Möglichkeiten der Mitverlegung von Leerrohren mit anderen Medien genutzt, um in Zukunft Übertragungstechnische Linien kostengünstig errichten zu können.

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Das Geschäftsjahr 2009 ist trotz der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für das Unternehmen SWS Telnet GmbH erfolgreich verlaufen. Das Geschäft der Gesellschaft hat sich gut entwickelt. Das Unternehmen hat die Vorgaben aus dem Wirtschaftsplan erreicht und somit die an sie gestellten Erwartungen des Gesellschafters, der SWS Energie GmbH, in 2009 erfüllt. Die Erlöse der SWS Telnet GmbH sanken im Vergleich zum Vorjahr um 69 T€ auf 705 T€. Dies entspricht einem Rückgang von 8,9 %. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 260 T€ und fiel um 29 T€ geringer aus als im Vorjahr.

Auf Grund des am 21. November 2006 abgeschlossenen Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages wird das Jahresergebnis an die Muttergesellschaft abgeführt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden weitere 2 Mbit/s Übertragungswege durch Kunden gekündigt. Ursache hierfür ist die Bereitstellung leistungsfähiger DSL-Produkte durch große Telekommunikationsunternehmen. Dieser Entwicklung konnte die Gesellschaft mit der Vermarktung eines eigenen Internetproduktes für Businesskunden begegnen.

Im Zuge der noch immer unsicheren gesamtwirtschaftlichen Erwartungen hat das Unternehmen die Vertriebsarbeit intensiviert, um mit weiteren Vertragsabschlüssen nachhaltig die Umsatzziele in der Zukunft zu sichern. Es konnte mit dem Unternehmen Kabel Deutschland ein 5-Jahresvertrag über die Anbindung von insgesamt 16 Kopfstationen in der Hansestadt Stralsund abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Investitionen für Kundenanschlüsse, Netzerweiterungen sowie Übertragungstechnik in Höhe von 46,6 T€ bzw. 16,6 % der geplanten Mittel aus dem Bauprogramm getätigt.

Die Investitionsquote wird auf Grund der Realisierung der Übertragungswege für das Unternehmen Kabel Deutschland im Geschäftsjahr 2010 deutlich zunehmen.

Wirtschaftliche Lage zum Bilanzstichtag

Der Anteil des Anlagevermögens liegt mit 82,1 % nur knapp unterhalb des Vorjahresniveaus (83,8 %). Eine langfristige Finanzierung des Anlagevermögens ist gesichert. Die Eigenkapitalquote ist um 1,8 Prozentpunkte gegenüber 2008 auf 72,2 % gestiegen. Insgesamt kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als gut eingeschätzt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 waren keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zu verzeichnen.

Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2010 wird keine wesentliche Umsatzsteigerung erwartet. Es wurden einige Verträge mit hohen Vertragslaufzeiten durch Kunden nachverhandelt und marktübliche Preisanpassungen vereinbart. Ab 2011 ist mit einer Belebung des Telekommunikationsmarktes zu rechnen. Mit der Strategie „gezielt wachsen“ ist die Gesellschaft auch in ökonomisch schwierigen Zeiten stabil aufgestellt.

Aus heutiger Sicht ist im Geschäftsjahr 2010 ein Umsatz in Höhe von mindestens 680 T€ durch bereits erfolgreich akquirierte Verträge zu erwarten.

Mit weiteren Kunden laufen Verhandlungen über die Bereitstellung von Übertragungswegen bzw. über Bandbreitenerhöhungen vorhandener Kundenanbindungen.

Zusätzlich stehen wir mit unseren Kooperationspartnern in Verhandlungen, um weitere Übertragungswege mit hoher Bandbreite überregional zu vermarkten.

Auf Grund der gestiegenen Nachfrage an Produkten und Dienstleistungen kann von einer Steigerung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2010 und einem weiterhin stabilen positiven Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung ausgegangen werden.

Hinweise auf die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Risiken für die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft bestehen bei außerordentlichen Kündigungen der Verträge durch Kunden innerhalb der Vertragslaufzeit. Erlösminderungen können im Einzelfall durch die Gesamtheit der Verträge aufgefangen werden.

Da die SWS Telnet GmbH in der Hansestadt Stralsund über ein sehr gut dimensioniertes LWL-Netz verfügt, ist nicht zu erwarten, dass Wettbewerber im Produktsegment breitbandiger Übertragungswege preiswertere Angebote anbieten werden.

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Unternehmensgruppe SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt. In dieses wurde die Gesellschaft integriert. Somit ist die frühzeitige Identifikation von Risiken mit entsprechenden Handlungsoptionen gesichert.

Risiken für die künftige Entwicklung, die den Bestand des Unternehmens gefährden könnten, sind gegenwärtig nicht ersichtlich.

Stralsund, den 23.04.2010

Christian Koos
Geschäftsführer

Martin Sekulla
Geschäftsführer

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
an die SWS Telnet GmbH**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**SWS Telnet GmbH,
Stralsund,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. von § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend

den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Schwerin, den 02. Mai 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

SWS Netze GmbH

Tochterunternehmen der
SWS Energie GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Netze GmbH, Stralsund
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

Passivseite

	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	252,00	453,00	I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Sachanlagen andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	190,00	254,00	II. Kapitalrücklage	400.000,00	400.000,00
	442,00	707,00	III. Verlustvortrag	-782,51	-782,51
			IV. Jahresüberschuss	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen				424.217,49	424.217,49
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. Rückstellungen		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.088.258,04	33.380,18	sonstige Rückstellungen	2.677.980,43	905.587,77
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon gegen die Gesellschafterin € 1.680.157,82; Vorjahr € 2.597.503,52)	4.655.304,74	3.276.933,31			
3. sonstige Vermögensgegenstände	0,00	36,73	C. Verbindlichkeiten		
	5.743.562,78	3.310.350,22	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	400,00	250,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.010.726,48	1.170.818,62
	5.743.562,78	3.310.350,22	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon gegenüber der Gesellschafterin € 431.709,40 Vorjahr € 784.543,42)	625.678,91	805.636,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten	644.266,51	291.754,00	4. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 4.785,20; Vorjahr € 4.107,95) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00; Vorjahr € 0,00)	5.242,98	4.546,77
				2.642.048,37	1.981.251,96
	6.388.271,29	3.602.811,22	D. Rechnungsabgrenzungsposten	644.025,00	291.754,00
	6.388.271,29	3.602.811,22		6.388.271,29	3.602.811,22

SWS Netze GmbH, Stralsund
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	24.223.361,52	19.660.798,62
2. sonstige betriebliche Erträge	457.351,92	42.334,03
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.892.028,33	10.199.904,14
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.270.763,39	8.732.619,72
	21.162.791,72	18.932.523,86
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	298.406,85	214.045,38
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 0,00; Vorjahr € 0,00)	32.753,29	23.870,60
	331.160,14	237.915,98
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	265,00	215,49
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.891.188,06	2.230.166,00
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 6.568,78; Vorjahr € 55.276,57)	6.693,42	55.977,77
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 598,07; Vorjahr € 399,66)	610,93	399,66
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-698.608,99	-1.642.110,57
10. sonstige Steuern	453,49	616,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	699.062,48	1.642.726,57
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00

SWS Netze GmbH, Stralsund

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und des GmbHG aufgestellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet.

Geringwertige Vermögensgegenstände bis 150,00 € werden ab 2008 im Jahr des Zuganges als Aufwand behandelt. Anlagengüter, deren Anschaffungswerte 150,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, werden ab 2008 grundsätzlich in einen Sammelposten eingestellt und linear über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind unter Beachtung des Ausfallrisikos, die liquiden Mittel sind zum Nominalbetrag bewertet.

Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

III. Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist insgesamt im Anlagenspiegel (Seite 2 des Anhangs) aufgezeigt.

Die Forderungen haben jeweils eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Darin enthalten sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 4.655.304,74 €.

Die von der Gesellschaft im eigenen Namen für eigene Rechnung erhobenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden im Rahmen der passiven Rechnungsabgrenzung abgegrenzt und über einen bestimmten Zeitraum von 20 Jahren erfolgswirksam aufgelöst. Die Weiterleitung der Beträge an die Netzverpächter wird als Vorauszahlung auf das Pachtentgelt behandelt und im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und fristengleich aufwandswirksam.

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 €; die Kapitalrücklage ist mit 400.000,00 € dotiert.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten 1.560.175,66 € für Mehrerlösabschöpfung, 264.042,97 € für periodenübergreifende Saldierung, 16.000,00 € für Abschluss- und Prüfungskosten und 45.562,38 € für Personalverpflichtungen sowie übrige Rückstellungen mit 792.199,42 €.

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich wie folgt:

	insgesamt	bis zu 1 Jahr	2 - 5 Jahre	über 5 Jahre
	€	fällig €	fällig €	fällig €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	400,00	400,00	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>250,00</i>	<i>250,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.010.726,48	2.010.726,48	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>1.170.818,62</i>	<i>1.170.818,62</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	625.678,91	625.678,91	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>805.636,57</i>	<i>805.636,57</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
4. sonstige Verbindlichkeiten	5.242,98	5.242,98	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	<i>4.546,77</i>	<i>4.546,77</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	2.642.048,37	2.642.048,37	0,00	0,00

In den Rechnungsabgrenzungsposten befinden sich die von der SWS Netze im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erhobenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten, die vertragsgemäß an die SWS Energie weitergeleitet werden. Im Geschäftsjahr wurden 373.982,44 € zugeführt und 21.711,44 € aufgelöst.

Die Umsatzerlöse ergeben sich im Wesentlichen aus den Netzentgelten für die Strom- und Gasnetze. Sie wurden sämtlich im Inland realisiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge berücksichtigen mit 439.823,59 € vor allem die Auflösung von Rückstellungen sowie andere betriebliche Erträge.

Der Materialaufwand wird maßgebend vom Netzaufwand für vorgelagerte Netze, der Strom-einspeisung der Anlagenbetreiber und dem Pacht- und Netzserviceaufwand bestimmt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigen im Wesentlichen die abzuführende Konzessionsabgabe in Höhe von 1.792.689,92 € für die Netze Stralsund und Barth sowie Beratungsleistungen und Aufwendungen für Dienstleistungen in Höhe von 700.342,47 €. Darüber hinaus sind periodenfremde Aufwendungen von 1.262.233,66 € im Zusammenhang mit der Verpflichtung aus der Mehrerlösabschöpfung enthalten.

IV. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen im Geschäftsjahr getätigten Geschäfte mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand (-)/ Ertrag (+) 2009
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	Anteilige Betriebshaftpflicht	-18.368 €
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	-95.000 €
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	IT-Dienstleistungsvertrag	-68.270 €
SWS Energie GmbH	Stromliefervertrag BHKW	2.726.301 €
SWS Energie GmbH	Mehr- und Minderabrechnung Strom	14.580 €
SWS Energie GmbH	Lieferantenrahmenvertrag Strom	8.402.428 €
SWS Energie GmbH	Lieferantenrahmenvertrag Gas	5.472.114 €
SWS Energie GmbH	Mehr- und Minderabrechnung Gas	259.557 €
SWS Energie GmbH	Planungsleistungen nach HOAI	191.165 €
SWS Energie GmbH	Netzverluste Strom	-442.424 €
SWS Energie GmbH	Stromeinspeisung BHKW	-485.128 €
SWS Energie GmbH	Erdgasliefervertrag	-11.728 €
SWS Energie GmbH	Netzservicevertrag	-5.073.270 €
SWS Energie GmbH	Pachtvertrag	-3.645.650 €
SWS Energie GmbH	Konzessionsabgabe	-1.544.338 €
SWS Energie GmbH	Mietvertrag	-18.789 €
SWS Energie GmbH	Kaufmännischer Dienstleistungsvertrag	-435.000 €
E.ON edis AG	Netznutzungsvertrag	-2.459.284 €

Die Angaben der dargestellten Geschäfte mit nahe stehenden Personen – mit Ausnahme der E.ON edis AG – entsprechen den Angabeverpflichtungen mit verbundenen Unternehmen, die gemäß § 10 Abs. 2 EnWG darzustellen sind.

Weiterhin werden im Rahmen des Netzpachtvertrages mit der SWS Energie GmbH die erhobenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten weitergeleitet.

Die SWS Netze GmbH wird in den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Zum Bilanzstichtag bestehen die folgenden sonstigen finanziellen Verpflichtungen:

	2010 fällig €	in 2011 - 2014 fällig €	nach 2014 fällig €
Pachtvertrag mit der SWS Energie GmbH	3.645.649,61	7.291.299,22	0,00
Pachtvertrag mit der Stadtwerke Barth GmbH	737.011,00	0,00	0,00
Netzservicevertrag mit der SWS Energie GmbH	5.073.270,11	10.146.540,22	0,00
Netzservicevertrag mit der Stadtwerke Barth GmbH	786.626,00	0,00	0,00
Kaufmännische Betriebsführungsverträge	530.000,00	1.305.000,00	0,00
Leasing	14.568,58	32.118,80	0,00
	10.787.125,30	18.774.958,24	0,00

Im Jahresdurchschnitt waren drei nichtgewerbliche Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsführer ist Herr Dipl.-Ing. Steffen Rohr, Prokurist ist Herr Dipl. Betriebswirt (FH) Heiko Bischof.

Mutterunternehmen ist mit 100 % die SWS Energie GmbH, Stralsund. Zwischen der SWS Netze GmbH und der SWS Energie GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Stralsund, den 03.05.2010

Steffen Rohr
Geschäftsführer

SWS Netze GmbH Anlagenspiegel 2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte		
	Anfangsstand	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Zuschüsse	Endstand	Anfangsstand	Zugang	Umbuchungen	Abgang	Endstand	Restbuchwerte	Restbuchwerte
	31.12.2008 €	€	€	€	€	31.12.2009 €	31.12.2008 €	€	€	€	31.12.2009 €	31.12.2009 €	31.12.2008 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	604,00	0,00	0,00	0,00	0,00	604,00	151,00	201,00	0,00	0,00	352,00	252,00	453,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	604,00	604,00	0,00	0,00	0,00	604,00	151,00	201,00	0,00	0,00	352,00	252,00	453,00
II. Sachanlagen													
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	318,49	0,00	0,00	0,00	0,00	318,49	64,49	64,00	0,00	0,00	128,49	190,00	254,00
Summe Sachanlagen	318,49	0,00	0,00	0,00	0,00	318,49	64,49	64,00	0,00	0,00	128,49	190,00	254,00
Summe Anlagevermögen gesamt	922,49	604,00	0,00	0,00	0,00	922,49	215,49	265,00	0,00	0,00	480,49	442,00	707,00

SWS Netze GmbH, Stralsund

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Gesamtwirtschaftliche und Branchenentwicklung

Das zweite Jahr im Bestehen der SWS Netze GmbH war von wichtigen Entscheidungen gekennzeichnet, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gesellschaft und für die Branche in den kommenden Jahren prägen werden.

Zum Jahreswechsel 2008/2009 ergingen die Bescheide zur Festlegung der Erlösobergrenzen (EOG) für die Strom- und Gasnetze in der 1. Periode der Anreizregulierung von der BNetzA. Mit dieser Festlegung wurde der Erlöspfad für die Gasnetze im Zeitraum 2009 bis 2013 und für die Stromnetze im Zeitraum 2009 bis 2014 abgesteckt.

Im Genehmigungsverfahren wurde die Erlösobergrenze für das Stromnetz Stralsund im Effizienzvergleichsverfahren ermittelt. Für die Ermittlung der Erlösobergrenze in den anderen drei Netzen kam das vereinfachte Verfahren (§ 24 EnWG) zur Anwendung. Im vereinfachten Verfahren wird ein Effizienzwert von 87,5 % vorgegeben.

Für das Gasnetz Stralsund wurde mit Bescheid vom 05.12.2008 eine Erlösobergrenze von 5.736 T€ ermittelt. Im Stromnetz Stralsund legte die Beschlusskammer 9 der BNetzA in ihrem Schreiben vom 26.03.2009 sowohl den Effizienzwert in Höhe von 87,6 % fest als auch die Erlösobergrenze in Höhe von 8.724 T€. Für die Netze Barth ergingen die Bescheide im Rahmen des vereinfachten Verfahrens am 10.12.2008 (Strom) und am 02.12.2008 für Gas. Die Erlösobergrenzen wurden für das Gasnetz mit 757 T€ und für das Stromnetz 1.559 T€ festgelegt.

Auf der Grundlage des BGH-Urteils vom 14. August 2008 führte die Bundesnetzagentur Mitte des Jahres das angekündigte Verfahren zur Ermittlung der Mehrerlöse für die Strom- und Gasnetze durch. Die Mehrerlöse beziehen sich auf den Zeitraum der Beantragung bis zur Genehmigung der jeweiligen Netzentgelte. Mit Feststellung der Mehrerlöse unterbreitete die BNetzA den Netzbetreibern den Vorschlag die ermittelten Mehrerlöse pauschal um ein Drittel abzusenken. Voraussetzung für den Abschlag der Mehrerlöse war der Rechtsmittelverzicht. Unter Abwägung aller Chancen und Risiken nahm die Gesellschaft den Vorschlag der BNetzA an und zog alle Beschwerden im Rahmen der Entgeltgenehmigung zurück. Im Ergebnis dieser Einigung wurde im Jahresabschluss 2009 die Rückstellung um 1.262 T€ auf 1.560 T€ erhöht.

Die kommende Entwicklung in der Energiebranche wird maßgeblich von den Vorgaben zur Umsetzung der GPKE, der Geli und der GABi Gas geprägt sein. Die Liberalisierung des Messwesens, hier insbesondere die Abwicklung der Prozesse beim Wechsel eines Messdienstleisters bzw. Messstellenbetreibers stellt für die Branche als auch für die Gesellschaft zukünftig eine große Herausforderung dar. Die Prozesse werden im Jahr 2010 umzusetzen sein.

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Mit Wirkung zum 01.01.2009 pachtete die SWS Netze GmbH die Strom- und Gasnetze der Stadtwerke Barth GmbH. Damit übernahm die Gesellschaft als verantwortlicher Netzbetreiber den Betrieb der Barther Netze auf der Grundlage des EnWG und ist Ansprechpartner gegenüber der Bundesnetzagentur. Die erste Jahreshälfte war weitestgehend dadurch gekennzeichnet, die bestehenden Geschäftsprozesse in Bezug auf die Netzübernahme anzupassen bzw. zu ergänzen und weitere Vorgaben der BNetzA, wie zum Beispiel GABI Gas und die Abrechnung der Mehr- und Mindermengen bei der Gasnetzbilanzierung, umzusetzen. Nach zweijähriger Vorbereitungszeit wurde im Mai 2009 die Mandantentrennung zum 01.01.2009 erfolgreich abgeschlossen. Somit werden die Vorgaben, die sich aus dem informativischen Unbundling ergeben, umgesetzt.

Gegen die Bescheide der Beschlusskammern 8 und 9 zur Festlegung der Erlösobergrenze Strom und Gas für die Netze Stralsund legte die SWS Netze GmbH form- und fristgerecht Beschwerde ein, da die tatsächlichen Kosten für Netzverluste, vorgelagertes Netz sowie aus der Abwicklung der KWK-Einspeisung keine Berücksichtigung fanden. Im Zuge der Erhebung der Mehrerlöse wurden diese Beschwerden zurückgezogen.

Neben der Mehrerlösabschöpfung werden der Erweiterungsfaktor, die periodenübergreifende Saldierung sowie die Entwicklung der vorgelagerten Netzentgelte Einfluss auf die Erlösobergrenze 2010 haben. Der beantragte Erweiterungsfaktor für die EOG Strom wurde durch die BNetzA genehmigt. Für das Gasnetz wurde dieser Antrag abgelehnt. Für die periodenübergreifende Saldierung aus dem Jahr 2008 liegt für das Stromnetz noch keine Genehmigung der Beschlusskammer 8 vor. Da Netzbetreiber im Dezember 2009 die Netzentgelte für das Kalenderjahr 2010 gegenüber der BNetzA anzeigen und veröffentlichen müssen, wurden für die offenen Positionen der periodenübergreifenden Saldierung Strom und der Kosten vorgelagertes Netz Annahmen getroffen. Der Bescheid zur periodenübergreifenden Saldierung Gas ist am 24.11.2009 für die jeweiligen Netze ergangen. Die daraus erwachsenen Beträge sind in den Netzentgelten für 2010 berücksichtigt worden.

Im Kalenderjahr 2009 stellt sich die Absatz- und Umsatzentwicklung in den jeweiligen Netzen wie folgt dar:

Netze Stralsund	2008	2009	Abweichung	
			MWh	%
Strom	MWh	MWh	MWh	%
Einspeisung	213.040	205.953	-7.087	-3,44
Absatz	208.422	200.648	-7.774	-3,87
Verlust	-4.618	-5.305	-687	12,95
Gas				
Einspeisung	566.260	579.278	13.018	2,25
Ausspeisung	574.803	563.706	-11.097	-1,97
Verlust		-15.572	-15.572	
Gewinn	8.543		-8.543	

Netze Barth	2008	2009	Abweichung	
Strom	MWh	MWh	MWh	%
Einspeisung	-	25.426	25.426	100,00
Absatz	-	24.264	24.264	100,00
Verlust	-	-1.162	-1.162	100,00
Gas				
Einspeisung	-	48.944	48.944	100,00
Ausspeisung	-	48.062	48.062	100,00
Verlust	-	-882	-882	100,00

Die SWS Netze GmbH, in der Funktion des Netzbetreibers für die Netze Stralsund und Barth, ist Auftraggeber für Investitionsmaßnahmen im Strom- und Gasbereich laut Pachtverträgen vom 13.12.2007 und 15.12.2008. Die Auftragsvergabe bewegte sich im Rahmen des genehmigten Wirtschaftsplanes 2009 und erfolgt auf Namen und Rechnung des jeweiligen Netzeigentümers. Auf dieser Grundlage wird die Bilanzierung beim Netzeigentümer vorgenommen. Die Investitionsschwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2009 lagen in den Bereichen Neuanschlussprogramm sowie bei den Ersatzinvestitionen.

Im Jahr 2009 wurden Investitionen in Sachanlagen für die Netze Stralsund in Höhe von 1.652 T€ realisiert, davon entfallen 930 T€ auf den Strombereich und 722 T€ auf den Gasbereich.

Die Entwicklung des Mitarbeiterbestandes ohne Geschäftsführer stellt sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2008</u>	<u>31.12.2009</u>
nichtgewerbliche Mitarbeiter	2	3
Gesamt	2	3

Um den gravierenden Änderungsprozessen in der Energiewirtschaft gerecht zu werden, wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Schulungen und Seminare besucht. Schwerpunkte waren z. B. die Umsetzung der GPKE und Geli Gas.

Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und der Arbeitnehmervertretung gewährleisten stabile soziale Arbeitsbedingungen.

Alle Betriebsstätten und Büroarbeitsplätze sind gemäß der Arbeitsstättenverordnung ausgestattet.

Durch Besichtigungen der Arbeitsstätten mit der Berufsgenossenschaft und dem Arbeitsmedizinischen Dienst konnten durch den Arbeitssicherheitsausschuss weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingeleitet werden.

Wirtschaftliche Lage zum Bilanzstichtag

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um 2.785 T€ auf 6.388 T€. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf den hohen Bestand an Guthaben im Cashpool der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH zum Stichtag zurückzuführen.

Die SWS Netze GmbH als Netzbetreiber weist auf der Grundlage des abgeschlossenen Pachtvertrages über das Strom- und Gasnetz kein nennenswertes Anlagevermögen nach § 266 (2) A. II. HGB aus.

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden die Abführungen der vereinnahmten Ertrags- und Baukostenzuschüsse an die Netzeigentümer SWS Energie GmbH und Stadtwerke Barth GmbH abgegrenzt.

Die Eigenkapitalquote verringerte sich durch den Anstieg der Bilanzsumme von 11,8 % (Vorjahr) auf 6,7 %.

Die Rückstellungen wurden maßgeblich von der Thematik Mehrerlösabschöpfung (nach dem Verfahren der Bundesnetzagentur) und periodenübergreifenden Saldierung beeinflusst. Auf die Rückabwicklung der vorgenommenen Auskehrung von Mehrerlösen, insbesondere an die SWS Energie GmbH im Vorjahr, wurde verzichtet.

Verbindlichkeiten bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.642 T€.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten korrespondiert im Wesentlichen mit der aktiven Rechnungsabgrenzung und beziffert die Höhe der vereinnahmten Ertrags- und Baukostenzuschüsse für die angepachteten Netze Stralsund und Barth der SWS Netze GmbH, abzüglich der planmäßigen Auflösung.

Die Umsatzerlöse weisen das regulierte Netzentgelt der Sparten Strom und Gas für die jeweiligen Netze sowie die Erlöse aus dem KWK- und EEG-Geschäft aus.

Insbesondere durch die Netzübernahmen Barth liegt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Umsatzerlöse von 4.562 T€ vor. In der Strom- und Gasnetzsparte werden Umsatzerlöse in Höhe von 19.237 T€ ausgewiesen. Gleichfalls ist ein temperaturbedingter Mehrabsatz im Gasbereich zu verzeichnen. In den Umsatzerlösen ist die erhobene Konzessionsabgabe in Höhe von 1.793 T€ enthalten. Laut Pachtvertrag wird die Konzessionsabgabe vom Netzbetreiber erhoben und an die Verpächter (SWS Energie GmbH und Stadtwerke Barth GmbH) des Strom- und Gasnetzes gezahlt. Für die Netze Stralsund ist ein Betrag in Höhe von 1.545 T€ zu entrichten. Auf den Verpächter Stadtwerke Barth GmbH entfallen Zahlungen in Höhe von 248 T€.

Im Gesamtaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe finden sich die Aufwendungen aus der BHKW- und EEG-Stromeinspeisung sowie der Netzaufwand der vorgelagerten Netze. Die Summe dieser Aufwendungen stieg von 10.200 T€ (Vorjahr) auf einen Betrag von 10.892 T€.

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden im Wesentlichen die Aufwendungen aus den Pachtverträgen und den Netzserviceverträgen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen in 2009 3.891 T€ (Vorjahr 2.230 T€). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen mit 1.262.233,66 € aus der Zuführung zur Rückstellung für die Mehrerlösabschöpfung.

Nach Abzug des Zinsergebnisses und der sonstigen Steuern weist die SWS Netze GmbH einen Jahresverlust in Höhe von 699 T€ aus. Das Jahresergebnis wird auf der Grundlage des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages von der SWS Energie GmbH ausgeglichen.

Unter Berücksichtigung des Ergebnisabführungsvertrages sowie der Einbindung in das Cash-Management der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag geordnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 waren keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zu verzeichnen.

Ausblick

Im Jahr 2010 sollen alle IT-technischen Maßnahmen abgeschlossen werden, die die Liberalisierung des Messwesens mit sich bringt.

Das Geschäftsjahr 2010 wird durch die negativen Auswirkungen der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst werden. Momentan ist noch nicht absehbar, wie lange diese rezessiven Tendenzen anhalten werden. Es ist wahrscheinlich, dass sich die wirtschaftlichen Auswirkungen auch auf den Netzabsatz in 2010 auswirken. In welchem Ausmaß wird u. a. vom Überleben wichtiger Branchen, wie zum Beispiel des Schiffs- und Stahlbaues, abhängen.

Durch eine stabile Pachtzahlung der SWS Netze GmbH an den Anlageneigentümer der Strom- und Gasnetze in der Hansestadt Stralsund, die SWS Energie GmbH, sowie an die Stadtwerke Barth GmbH, als Eigentümer der Energienetze in Barth, ist eine weiterhin stabile, Substanz erhaltende Investitionstätigkeit abgesichert.

Die Gesellschaft geht in 2010 von einem Planergebnis in Höhe von -52 T€ aus.

In den Jahren 2011 (Basis 2010) und 2012 (Basis 2011) erfolgen die Kostenprüfungen und die Effizienzwertbestimmung für die Gas- bzw. Stromnetze. Auf dieser Grundlage erfolgt die Festlegung der Erlösobergrenzen für die zweite Anreizregulierungsperiode, die sich auf den Zeitraum 2013 – 2017 bezieht.

Hinweise auf die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Um künftig wettbewerbsfähig zu bleiben und dem steigenden Kostendruck entgegenzuwirken, ist eine Strategie zu entwickeln, wie durch weitere sinnvolle Kooperationen Synergieeffekte genutzt werden können. Dabei soll die begonnene Kooperation mit der Stadtwerke Barth GmbH weiter ausgebaut werden.

Für eine optimale Risikobewertung und -dokumentation verwendet die SWS Netze GmbH ein DV-gestütztes Risk-Monitor-System.

Durch den Beschluss der BNetzA zur Festlegung der Erlösobergrenzen besteht ein nur geringes Risiko, die genehmigten Netzentgelt-Erlöse im Rahmen der Anreizregulierungsperioden nicht in voller Höhe zu vereinnahmen. Auf mögliche Schwankungen im Netzabsatz kann durch jährliche Preisanpassung reagiert werden.

Auf der Kostenseite bestehen Risiken in den Bereichen:

- vorgelagerte und vermiedene Netzentgelte
- Netzverlustkosten
- Mehrerlösabschöpfung
- Entgelte für Dienstleistungsverträge, z. B. Netzservicevertrag.

Im Fall der Erhöhung der vorgelagerten und vermiedenen Netzentgelte kann im Rahmen der ARegV auch in der 1. Regulierungsperiode durch Netzentgeltanpassung ab 2010 gegengesteuert werden.

Die tatsächlichen Netzverlustkosten stiegen im Wesentlichen in Folge der Strompreisentwicklung im Vergleich zu den genehmigten Kosten deutlich an. Ein ähnlicher Trend wird sich trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fortsetzen. Diese Kostenentwicklung kann nur durch Kostensenkung in den Dienstleistungsbereichen kompensiert werden.

In 2010 wird die Mehrerlösabschöpfung die Erlösobergrenzen Strom und Gas für die Netze Stralsund maßgeblich beeinflussen. Zur Absicherung dieses Risikos hat die Netzgesellschaft Rückstellungen in Höhe von 1.560 T€ gebildet.

Die Umsetzung der Anforderungen, die sich aus dem § 216 EnWG zur Einführung elektronischer Zähler („Smart Meter“) ergeben, birgt derzeit ein noch überschaubares Kostenrisiko. Eine Verschärfung der politischen Vorgaben zur Beschleunigung der Markteinführung elektronischer Zähler ist jedoch nicht auszuschließen. Dies würde zukünftig eine verstärkte Kostenbelastung bewirken, die nicht unmittelbar in die genehmigte Erlösobergrenze übernommen werden kann.

Trotz weiter steigender Anforderungen bei der Umsetzung der Vorgaben der BNetzA zur Abwicklung der Prozesse auf dem liberalisierten Energiemarkt wird sich die Netzgesellschaft mit den Dienstleistungsunternehmen auseinandersetzen, um den durch die ARegV vorgegebenen Kostensenkungspfad umzusetzen.

Derzeit bestehen jedoch keine Risiken, die den Bestand der SWS Netze GmbH grundsätzlich gefährden.

Stralsund, den 03.05.2010

Steffen Rohr
Geschäftsführer

SWS Netze GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Darstellung der Bilanz nach § 10 Abs. 3 EnWG

Aktiva	Elektrizitäts- verteilung	Gasverteilung	SWS Netze GmbH		Elektrizitäts- verteilung	Gasverteilung	SWS Netze GmbH
	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009		31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009
	€	€	€		€	€	€
A. Anlagevermögen				A. Zugeordnetes Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	126,00	126,00	252,00		-623.423,66	1.047.641,15	424.217,49
II. Sachanlagen				B. Rückstellungen			
andere Anlagen, Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	95,00	95,00	190,00	sonstige Rückstellungen	1.774.070,26	903.910,17	2.677.980,43
	221,00	221,00	442,00	C. Verbindlichkeiten			
B. Umlaufvermögen				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	273,33	126,67	400,00
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.746.209,07	264.517,41	2.010.726,48
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	712.591,28	375.666,76	1.088.258,04	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	447.353,12	178.325,79	625.678,91
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.700.929,06	1.954.375,68	4.655.304,74	(davon gegenüber der Gesellschafterin)	(310.421,31)	(121.288,09)	(431.709,40)
3. sonstige Vermögensgegenstände	(794.953,33)	(885.204,49)	(1.680.157,82)	4. sonstige Verbindlichkeiten	-46.853,94	52.096,92	5.242,98
	-2.272,00	2.272,00	0,00	(davon aus Steuern)	(3.159,54)	(1.625,66)	(4.785,20)
	3.411.248,34	2.332.314,44	5.743.562,78	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(0,00)	(0,00)	(0,00)
II. Guthaben bei Kreditinstituten	-113.961,92	113.961,92	0,00		2.146.981,58	495.066,79	2.642.048,37
	3.297.286,42	2.446.276,36	5.743.562,78	D. Rechnungsabgrenzungsposten	396.076,00	247.949,00	644.025,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	396.196,76	248.069,75	644.266,51				
	3.693.704,18	2.694.567,11	6.388.271,29		3.693.704,18	2.694.567,11	6.388.271,29

SWS Netze GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 10 Abs. 3 EnWG

	Elektrizitäts-	Gasverteilung	SWS Netze GmbH
	verteilung		
	2009	2009	2009
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	17.184.641,99	7.038.719,53	24.223.361,52
2. sonstige betriebliche Erträge	305.801,24	151.550,68	457.351,92
	17.490.443,23	7.190.270,21	24.680.713,44
	0,00	0,00	
3. Materialaufwand	14.732.270,64	6.430.521,08	21.162.791,72
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.917.742,70	1.974.285,63	10.892.028,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.814.527,94	4.456.235,45	10.270.763,39
4. Personalaufwand	165.580,07	165.580,07	331.160,14
a) Löhne und Gehälter	149.203,43	149.203,43	298.406,86
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung)	16.376,65 (0,00)	16.376,65 (0,00)	32.753,30 (0,00)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	132,50	132,50	265,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.137.048,56	754.139,50	3.891.188,06
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen)	4.281,28 (4.184,64)	2.412,14 (2.384,14)	6.693,42 (6.568,78)
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen)	389,19 (380,97)	221,74 (217,10)	610,93 (598,07)
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-540.696,44	-157.912,55	-698.608,99
10. sonstige Steuern	226,75	226,74	453,49
11. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn / ausgeglichener Verlust	-540.923,19	-158.139,29	-699.062,48
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00

SWS Netze GmbH, Stralsund
Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009
Erläuterungen zur Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der
internen Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2009

Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Mit Gründung der SWS Netze GmbH betreibt die Gesellschaft seit dem 01.01.2008 das Strom- und Gasverteilungsnetz der SWS Energie GmbH in der Hansestadt Stralsund und zum 01.01.2009 wurden die Strom- und Gasnetze der Stadtwerke Barth GmbH in Barth im Rahmen der Pachtlösung übernommen. Somit ist die Gesellschaft erstmals im Geschäftsjahr 2009 als Netzbetreiber in Stralsund und Barth tätig. Nach § 10 Abs. 3 EnWG hat der Netzbetreiber für die Netze tätigkeitsbezogen intern jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors nimmt die Gesellschaft nicht wahr.

Die Tätigkeitenabschlüsse zum 31. Dezember 2009 sind analog dem handelsrechtlichen Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB aufgestellt worden. Für die Gewinn- und Verlustrechnungen wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Die Bilanzen sind nach § 266 HGB gegliedert. Die Gewinn- und Verlustrechnungen wurde nach § 275 HGB aufgestellt. Die Eigenkapitalpositionen sind im Posten „zugeordnetes Eigenkapital“ zusammengefasst.

Im Unternehmen der SWS Netze GmbH wird mit dem ERP - System kVASy von der Firma SIV AG gearbeitet. Die Grundstruktur der kVASy - Software für die einzelnen Netze bilden auf der ersten Ebene die bilanzierenden Einheiten. Geschäftsbereiche und Kostenstellen stellen die zweite und dritte Ebene dar. Bei den für das Gesamtunternehmen geführten Konten werden alle Buchungen mit geschäftsbereichsbezogenen Kontierungen versehen, die es jederzeit ermöglichen, eine Zuordnung zu den einzelnen Geschäftsbereichen über die Kostenrechnung vorzunehmen. Die Kostenerfassung erfolgte über eine direkte Zuordnung zu den einzelnen Unternehmensbereichen nach § 10 EnWG. Soweit möglich wurden auch die Kosten der gemeinsamen Funktionsbereiche des Unternehmens sachgerecht durch eine Vorabverteilung direkt zugeordnet. Alle übrigen Aufwendungen des Geschäftsjahres, die nicht direkt den auszuweisenden Tätigkeiten zugeordnet werden konnten, wurden für die

Netze Stralsund über den Geschäftsbereich 400 und für die Netze Barth über den Geschäftsbereich 401 erfasst. Die so erfassten Kosten der netzübergreifenden Tätigkeit der Geschäftsbereiche 400 und 401 wurden auf die Geschäftsbereiche der zu erstellenden Tätigkeitsabschlüsse nach § 10 EnWG anhand von Umlageschlüsseln sachgerecht verteilt. Im Wesentlichen finden für die netzübergreifende Tätigkeit die Verteilschlüssel Zählpunkt, Spartenabsatz, Spartenumsatz und Netzlängen Anwendung.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden zu diesem Zweck die Jahresabschlussdaten aus dem Buchhaltungs- und Kostenrechnungssystem kVASy verwendet und in eine separate Kalkulationstabelle übernommen. Nach hier hinterlegten Schlüsseln werden die nicht direkt zugeordneten Werte auf die Netze der Tätigkeitsabschlüsse verteilt. Das Ergebnis aus direkt zugeordneten und umgelegten bzw. verteilten Beträgen wird aufgrund händischer Erfassung in das Tabellenkalkulationssystem Excel als Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der jeweiligen Tätigkeit gezeigt. Die vorgenommenen Verteilungen sind aufgrund der verschiedenen EDV-Programme und Bearbeitungsstufen sehr komplex. Die Aufbewahrungsfristen für die Unterlagen werden eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die im Anhang des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2009 beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind maßgebend für die Erstellung der Tätigkeitsabschlüsse. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte werden einheitlich ausgeübt. Soweit folgend nicht gesondert auszuweisen, wird auf die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses verwiesen.

Zuordnungsregeln

Tätigkeitenbilanzen

Durch die abgeschlossenen Pachtverträge wird in der SWS Netze GmbH kein nennenswertes Anlagevermögen ausgewiesen.

Vorräte werden in den jeweiligen Tätigkeiten nicht ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Forderungen gegen verbundene Unternehmen sowie sonstige Vermögensgegenstände wurden den Geschäftsbereichen der Tätigkeiten direkt zugeordnet. Die Umsätze aus den jeweiligen Netzen bildeten die Verteilungsgrundlage für den ausgewiesenen Teil der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der die allgemeinen Funktionsbereiche (GB 400, GB 401) betraf.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist im Rahmen des § 10 Abs. 3 EnWG die abgeführten Ertrags- und Baukostenzuschüsse an die Verpächter der Strom- und Gasnetze aus.

Das Eigenkapital wird als Residualgröße nach der direkten Zuordnung der Rückstellungen, Verbindlichkeiten und im passiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzten Bau- und Ertragszuschüsse, die direkt den Netzen und in der Folge den Tätigkeiten zugeordnet werden, auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen wurden direkt zugeordnet. Bei den Rückstellungen für Jahresabschluss- und Beratungskosten wurde der Umsatzaktivitätenschlüssel angewendet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, aus Lieferungen und Leistungen, gegenüber verbundenen Unternehmen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten wurden direkt zugeordnet und sind insgesamt in 2010 fällig.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die vereinnahmten Ertrags- und Baukostenzuschüsse der Strom- und Gasverteilungsnetze Stralsund und Barth aus.

Tätigkeitengewinn- und Verlustrechnungen

Die direkte Zuordnung der spartenbezogenen Umsatzerlöse für die Netze Stralsund und Barth erfolgt über die Nebenbuchhaltung „Verbrauchsabrechnung“ des ERP-Systems kVASy. Die Umstellungsquote für die Marktkommunikation per INVOIC beträgt zum Stichtag 31.12.2009 ca. 70 %. In den letzten beiden Jahren wurden 80 Lieferanten auf den elektronischen Rechnungsversand per INVOIC umgestellt.

Eindeutig zuordenbare sonstige betriebliche Erträge, Materialaufwendungen, Personalaufwendungen, sonstige betrieblichen Aufwendungen sowie sonstige Steuern werden direkt zugeordnet.

Nicht direkt zuordenbare Erträge und Aufwendungen werden unter Zuhilfenahme folgender Schlüssel auf die Sparten verteilt:

- Zählpunkt
- Spartenumsatz
- Personal

Der Posten sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurde nach dem Verhältnis der Spartenumsätze auf die Tätigkeiten aufgeteilt.

Zusätzliche Angaben

Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen die Elektrizitäts- bzw. Gasverteilung wie folgt:

	2010 fällig €	in 2011 - 2014 fällig €	nach 2014 fällig €
Elektrizitätsverteilung	6.186.732,79	10.582.473,94	0,00
Gasverteilung	4.600.392,51	8.192.484,30	0,00
	10.787.125,30	18.774.958,24	0,00

Stralsund, den 03.05.2010

Steffen Rohr
Geschäftsführer

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
An die SWS Netze GmbH**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

**SWS Netze GmbH,
Stralsund,**

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages i. V. mit § 13 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend

den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben nach unserer Beurteilung zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Schwerin, den 10. Mai 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

REWA

Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft

Stralsund mbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH
Stralsund

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	31.12.2009		31.12.2008	Passivseite	31.12.2009		31.12.2008
	€	€	T€		€	€	T€
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		256.885,00	315	I. Gezeichnetes Kapital	70.000,00		70
II. Sachanlagen				II. Kapitalrücklage	21.162.712,09		21.163
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.352.607,46		13.901	III. Gewinnvortrag	2.741.126,13		2.741
2. technische Anlagen und Maschinen	95.499.105,00		98.863	IV. Jahresüberschuss	0,00		0
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	777.296,76		795				
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	830.767,67		245				
		110.459.776,89	113.805	B. Sonderposten für Sonderabschreibungen auf Sachanlagen gemäß § 4 Fördergebietsgesetz		23.973.838,22	23.974
III. Finanzanlagen							
Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung		223.513,14	328	C. Sonderposten für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen		3.446.912,00	3.684
		110.940.175,03	114.448				
B. Umlaufvermögen				D. Empfangene Ertragszuschüsse		21.272.086,43	22.080
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						30.322.967,00	31.284
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.170.770,17		1.049	E. Rückstellungen			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.811,81		2	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	179.422,00		162
3. Forderungen gegen Gesellschafter - davon gegen verbundene Unternehmen: € 2.577.480,42 (Vorjahr: € 129.867,64)	2.653.700,40		140	2. sonstige Rückstellungen	1.917.480,00		1.993
4. sonstige Vermögensgegenstände	308.271,66		108			2.096.902,00	2.155
		4.145.554,04	1.299	F. Verbindlichkeiten			
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		556.413,86	405	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.125.261,35		31.202
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.429,50	46	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	236.055,68		479
				3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	99.707,50		104
				4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: € 1.104.827,94 (Vorjahr: € 1.037.243,59)	1.262.212,11		1.169
				5. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern: € 56.089,30 (Vorjahr: € 56.693,86) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00 (Vorjahr: € 0,00)	1.809.630,14		67
						34.532.866,78	33.021
		115.645.572,43	116.198			115.645.572,43	116.198

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	T€
1. Umsatzerlöse	17.571.606,94	16.190
2. andere aktivierte Eigenleistungen	70.687,60	70
3. sonstige betriebliche Erträge	3.369.523,60	4.411
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.895.571,47	1.904
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.141.374,19	1.979
	4.036.945,66	3.883
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.735.317,62	4.505
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	916.623,00	904
- davon für Altersversorgung € 17.758,00; Vorjahr: € 16.623,00		
	5.651.940,62	5.409
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.983.957,42	5.010
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.066.204,93	3.155
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.927,79	80
- davon aus verbundenen Unternehmen € 18.125,94; Vorjahr: € 69.345,40		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.546.184,78	1.478
- davon an verbundene Unternehmen € 0,00; Vorjahr: € 0,01		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.755.512,52	1.816
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.197,66	65
12. sonstige Steuern	22.348,97	23
13. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn	1.666.965,89	1.728
14. Jahresüberschuss	0,00	0

**ANHANG
für das Geschäftsjahr 2009**

der

**REWA Regionale Wasser- und
Abwassergesellschaft Stralsund mbH**

Stralsund

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, Stralsund, ist bezüglich der Bilanzierung und Bewertung der Vermögens- und Schuldposten entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Beachtung des GmbH-Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt worden.

Es handelt sich bei der Gesellschaft um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB. Jahresabschluss und Lagebericht sind jedoch in entsprechender Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB aufgestellt worden, so dass größenabhängige Erleichterungen nicht in Anspruch genommen werden können.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

B. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Die Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinander folgenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen, wird grundsätzlich beibehalten.

Die Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr mit der Ausnahme unverändert, dass die unter den Ertragszuschüssen ausgewiesenen Anschlussbeiträge im Abwasserbereich ab dem Geschäftsjahr 2009 regelmäßig mit 3 % p. a. (bisher 5 % p. a.) vom Ursprungsbetrag aufgelöst werden. Dies kommt den damit korrespondierenden Abschreibungssätzen näher. Die Herabsetzung des Auflösungssatzes wirkte sich 2009 mit T€ 887 negativ auf die Ertragslage aus. Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr die Aktivierungsrichtlinie für Rohrleitungsnetze überarbeitet und präzisiert. Diese regelt nunmehr detailliert, wie vor Erarbeitung des Leistungsverzeichnisses einer Baumaßnahme zu prüfen ist und welche Teile der Baumaßnahmen Herstellungs- bzw. Erhaltungsaufwendungen darstellen. Hierdurch werden Baumaßnahmen tendenziell eher als Erhaltung zu qualifizieren sein und zu Mehraufwendungen führen. Insgesamt wird durch diese Maßnahmen gemäß IDW HFA 3/1997 zulässig ein verbessertes Bild der Vermögens- Finanz- und Ertragslage gewährleistet.

Im Einzelnen wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Abschreibungen werden mit steuerlich zulässigen Sätzen nach der linearen Methode vorgenommen. Im Bereich der Netze werden ab 2004 die Zugänge aufgrund von Baumaßnahmen je politischer Gemeinde unterteilt nach 1. und 2. Halbjahr als ein Vermögensgegenstand zusammengefasst.

Genau wie im Vorjahr werden Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis einschließlich 150,00 € (netto) im Zeitpunkt ihrer Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Anlagegüter mit Anschaffungskosten von über 150,00 € (netto) bis 1.000,00 € (netto) werden ab 2008 in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten entsprechend § 6 Abs. 2a S 1 EStG eingestellt. Dieser Sammelposten wird – beginnend mit dem Jahr der Anschaffung – dann in jedem Geschäftsjahr zu einem Fünftel abgeschrieben. Auf die bisherigen besonderen Aufzeichnungspflichten wird vollständig verzichtet.

Bei Abschreibungen auf Zugänge im Bereich der Netze wendet die Gesellschaft ab 2004 eine Vereinfachungsregelung dergestalt an, dass der Abschreibungsbeginn für sämtliche Zugänge des 1. Halbjahres der 1. April und für sämtliche Zugänge des 2. Halbjahres der 1. Oktober ist.

Die Finanzanlagen enthalten den Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung in der Höhe des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals, d. h. der verzinslichen Ansammlung der geleisteten Sparanteile der Versicherungsprämien (zuzüglich etwa vorhandener Guthaben aus Überschussbeteiligungen).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden zum Nennwert oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfall- und Kreditrisikos in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % gebildet.

Die übrigen Vermögensgegenstände (sonstige Vermögensgegenstände, Forderungen gegen Gesellschafter und verbundene Unternehmen, Rechnungsabgrenzungsposten) wurden zum Nennwert bewertet. Das strenge Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Das gezeichnete Kapital wurde zum Nennbetrag angesetzt.

Die Kapitalrücklage wurde gebildet durch den Eigenkapitalanteil aus der Liquidation der Nordwasser GmbH i. L., Rostock.

Der Sonderposten für Sonderabschreibungen auf Sachanlagen gemäß § 4 Fördergebietsgesetz betrifft die Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen, die über den Sonderposten als "indirekte Abschreibung" passiviert wurden und nach Ablauf des Begünstigungszeitraums der geförderten Vermögensgegenstände unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutzungsdauer jährlich anteilig gewinnerhöhend aufgelöst werden.

Der Sonderposten für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen betrifft Zuschüsse für investive Maßnahmen zum Nennbetrag. Der Posten enthält Fördermittel der öffentlichen Hand und die verrechenbare Abwasserabgabe. Ab dem Geschäftsjahr 2003 werden auch Baukostenzuschüsse für die Erschließung des Versorgungsbereichs und Trinkwasserhausanschlüsse sowie Baukostenzuschüsse für Abwasserleitungen passiviert. Die ertragsmäßige Berücksichtigung durch die Erträge aus der Auflösung erfolgt zeitanteilig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der geförderten Sachanlagengüter.

Die bis zum 31. Dezember 2002 empfangenen Ertragszuschüsse sind zum Nennwert angesetzt und werden seither jährlich mit einem einheitlichen Satz von 5 % des Ursprungsbetrages gewinnerhöhend aufgelöst. Es handelt sich hierbei um Baukostenzuschüsse, die gemäß § 6 und § 7 der Wasserlieferungsbedingungen der Gesellschaft (zu § 9 AVBWasserV) von den Grundstückseigentümern für die Erschließung des Versorgungsbereiches bis zum Jahr 2002 erhoben worden sind. Weiterhin sind in diesem Posten Baukostenzuschüsse für Abwasserleitungen und -anlagen, die bis 2002 erhoben wurden, sowie Anschlussbeiträge aufgrund von Satzungen der jeweiligen Kommunen enthalten.

Die ab dem Jahr 2003 empfangenen Zuschüsse werden aufgrund des BMF-Schreibens vom 27. Mai 2003 als Kapitalzuschüsse behandelt, unter den Sonderposten für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen und entsprechend des Abschreibungsverlaufes der geförderten Sachanlagengüter aufgelöst.

Bis zum 31. Dezember 2008 wurden die Ertragszuschüsse für Anschlussbeiträge im Abwasserbereich in Anlehnung an die EigVO vom 14. September 1998 jährlich mit einem Zwanzigstel (5 % p. a.) aufgelöst. Nach § 21 der neu gefassten EigVO vom 25. Februar 2008 ist die Auflösung des Passivpostens ergebniswirksam über die Restnutzungsdauer des finanzierten Vermögensgegenstandes vorzunehmen. Ab dem 01. Januar 2009 erfolgt insofern die Auflösung der Ertragszuschüsse für Anschlussbeiträge im Abwasserbereich jährlich mit einem reduzierten Satz von 3 % p. a. der Ursprungsbeträge gewinnerhöhend.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind ausreichend bemessen und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in der Höhe notwendig. Die Bewertung der Pensionsrückstellung erfolgte mit dem steuerlichen Teilwert gemäß § 6a EStG. Der Teilwert der Pensionsverpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen sowohl nach den Rechnungsgrundlagen „Richttafeln 1998“ als auch den „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. K. Heubeck bei dem steuerlich vorgeschriebenen Rechnungszinsfuß von 6,0 % p. a. berechnet. Für Altersteilzeitrückstellungen kommt ein Rechnungszinsfuß von 5,5 % p. a. zur Anwendung.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Aufwendungen und Erträge werden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

C. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände im Jahr 2009 ist im folgenden Anlagenspiegel dargestellt.

ANLAGENSPIEGEL

REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH Stralsund

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 31.12.2008	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2009	Buchwert 31.12.2009	Buchwert 31.12.2008
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.617.663,70	7.460,06	175.638,08	0,00	1.449.485,68	1.302.509,70	65.727,06	175.636,08	1.192.600,68	256.885,00	315.154,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	<u>1.617.663,70</u>	<u>7.460,06</u>	<u>175.638,08</u>	<u>0,00</u>	<u>1.449.485,68</u>	<u>1.302.509,70</u>	<u>65.727,06</u>	<u>175.636,08</u>	<u>1.192.600,68</u>	<u>256.885,00</u>	<u>315.154,00</u>
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.926.183,39	64.165,07	193.309,22	0,00	22.797.039,24	9.024.735,04	451.712,28	32.015,54	9.444.431,78	13.352.607,46	13.901.448,35
2. technische Anlagen und Maschinen	162.824.542,65	890.355,69	327.974,97	41.054,43	163.427.977,80	63.961.551,65	4.287.248,12	319.926,97	67.928.872,80	95.499.105,00	98.862.991,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.114.041,38	163.121,96	191.108,63	0,00	3.086.054,71	2.319.201,38	179.269,96	189.713,39	2.308.757,95	777.296,76	794.840,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>245.267,39</u>	<u>634.736,73</u>	<u>8.182,02</u>	<u>-41.054,43</u>	<u>830.767,67</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>830.767,67</u>	<u>245.267,39</u>
Summe Sachanlagen	<u>189.110.034,81</u>	<u>1.752.379,45</u>	<u>720.574,84</u>	<u>0,00</u>	<u>190.141.839,42</u>	<u>75.305.488,07</u>	<u>4.918.230,36</u>	<u>541.655,90</u>	<u>79.682.062,53</u>	<u>110.459.776,89</u>	<u>113.804.546,74</u>
Gesamt	<u>190.727.698,51</u>	<u>1.759.839,51</u>	<u>896.212,92</u>	<u>0,00</u>	<u>191.591.325,10</u>	<u>76.607.997,77</u>	<u>4.983.957,42</u>	<u>717.291,98</u>	<u>80.874.663,21</u>	<u>110.716.661,89</u>	<u>114.119.700,74</u>
III. Finanzanlagen											
1. Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung	<u>327.970,16</u>	<u>86.142,68</u>	<u>190.599,70</u>	<u>0,00</u>	<u>223.513,14</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>223.513,14</u>	<u>327.970,16</u>
	<u>191.055.668,67</u>	<u>1.845.982,19</u>	<u>1.086.812,62</u>	<u>0,00</u>	<u>191.814.838,24</u>	<u>76.607.997,77</u>	<u>4.983.957,42</u>	<u>717.291,98</u>	<u>80.874.663,21</u>	<u>110.940.175,03</u>	<u>114.447.670,90</u>

Der Forderungsspiegel stellt sich wie folgt dar:

	Gesamtbetrag TEuro	davon mit einer Restlaufzeit	
		kleiner 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.170,8	1.170,8	0,0
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12,8	12,8	0,0
Forderungen gegen Gesellschafter	2.653,7	2.653,7	0,0
Sonstige Vermögensgegenstände	308,3	308,3	0,0
Summe	4.145,6	4.145,6	0,0

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von TEuro 2.653,7 (Vorjahr: TEuro 139,8). Diese bestehen gegen die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund, in Höhe von TEuro 2.577,5 (Vorjahr: TEuro 129,9) sowie gegen verschiedene Gemeinden/Städte in Höhe von TEuro 76,2 (Vorjahr: TEuro 9,9). Bei den Forderungen gegen die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH handelt es sich zugleich um Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Die Forderungen gegen die übrigen Gesellschafter sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft im Voraus geleistete Zahlungen für Beiträge und Versicherungen, die Aufwand für das Jahr 2010 darstellen.

Die Gesellschaft hat ein Gezeichnetes Kapital in Höhe von Euro 70.000.

Bezüglich der Kapitalrücklage ist festzustellen, dass die Gesellschaft mit Übertragungsvertrag vom 14. Dezember 1995 das dem Ver- und Entsorgungsgebiet zugeordnete Vermögen im Rahmen der Rekommunalisierung und Liquidation der Nordwasser GmbH i. L., Rostock, mit Ablauf des 31. Dezember 1993 übernommen hat.

Die ursprüngliche Kapitalrücklage in Höhe von Euro 29.036.823,98 (DM 56.791.091,43) aus der endgültigen Übertragungsbilanz hat sich durch Entnahmen in Vorjahren von insgesamt Euro 7.874.111,89 auf Euro 21.162.712,09 zum Bilanzstichtag vermindert.

Die Sonderabschreibungen nach § 4 Fördergebietsgesetz werden aufgrund der Inanspruchnahme des Wahlrechtes nach § 281 HGB als "indirekte Abschreibungen" passivisch als Sonderposten ausgewiesen. Nach Ablauf des jeweiligen Begünstigungszeitraumes von fünf Jahren der einzelnen Anlagengegenstände wird entsprechend der Restnutzungsdauer dieser Anlagengegenstände der Sonderposten linear gewinnerhöhend aufgelöst.

Bei dem Sonderposten für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen handelt es sich zum einen um Fördermittel der öffentlichen Hand (TEuro 15.544,2) und die verrechnete Abwasserabgabe (TEuro 1.022,1). Zum anderen werden ab dem Geschäftsjahr 2003 die Baukostenzuschüsse für die Erschließung des Versorgungsgebietes und für Trinkwasserhausanschlussleitungen sowie Baukostenzuschüsse für Abwasserleitungen unter diesem Posten ausgewiesen (TEuro 4.705,8).

Gemäß der Stellungnahme HFA 1/1984 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. sowie in Anlehnung an die EigVO erfolgt die ertragsmäßige Berücksichtigung dieser zweckgebundenen Investitions- und Kapitalzuschüsse zeitanteilig entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zuschussgeförderten Anlagegüter.

Die empfangenen Ertragszuschüsse setzen sich zusammen aus bis 2002 erhaltenen Baukostenzuschüssen im Wasser- und Abwasserbereich (TEuro 3.432) sowie Anschlussbeiträgen im Abwasserbereich (TEuro 26.891) und werden in Anlehnung an die EigVO sowie an die Stellungnahme HFA 1/1984 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. in einem gesonderten Passivposten eingestellt und jährlich mit 5 % bzw. ab 2009 3 % (nur Anschlussbeiträge) aufgelöst.

Gemäß versicherungsmathematischen Gutachten vom 07. Januar 2010 wurden der Pensionsrückstellung Euro 17.758,00 zugeführt, so dass sich diese zum Bilanzstichtag auf Euro 179.422,00 beläuft.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>Euro</u>
Abwasserabgaben 2008, 2009	364.100,00
Unterlassene Instandhaltung	551.400,00
Altersteilzeitverpflichtungen	605.551,00
Weitere Rückstellungen	<u>396.429,00</u>
	<u>1.917.480,00</u>

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die Angaben im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten nachfolgend in einem Verbindlichkeitspiegel dargestellt:

	davon mit einer Restlaufzeit			
	<u>Gesamtbetrag</u>	kleiner 1 J.	1 bis 5 J.	größer 5 J.
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.125,3	2.899,1	9.767,4	18.458,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	236,1	236,1	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	99,7	99,7	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.262,2	1.262,2	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1.809,6	1.809,6	0,0	0,0
Summe	34.532,9	6.306,7	9.767,4	18.458,8

Neben den Ausfallbürgschaften sind für einen wesentlichen Teil der Bankverbindlichkeiten Gleichbehandlungserklärungen gegeben worden.

Die durch Ausfallbürgschaften der beteiligten Städte und Gemeinden gesicherten Darlehen valutieren am Bilanzstichtag in Höhe von Euro 9.371.146,56.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in Höhe von TEuro 99,7 (Vorjahr: TEuro 103,8) zugleich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEuro 1.262,2 (Vorjahr: TEuro 1.169,2). Diese bestehen aus Verbindlichkeiten gegenüber der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund, in Höhe von TEuro 1.104,8 (Vorjahr: TEuro 1.037,2) sowie Verbindlichkeiten gegenüber verschiedenen Gemeinden/Städten in Höhe von TEuro 157,4 (Vorjahr: TEuro 132,0). Die Verbindlichkeiten gegenüber der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH sind zugleich Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Eventuelle Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, Wechsel- und Schuldbürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen sind nicht vorhanden. Somit sind keine Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB vorhanden, die eine Vermerkplicht unter der Bilanz erforderlich machen.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse ohne die Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen und ohne die übrigen Erträge teilen sich hinsichtlich der Betriebsbereiche wie folgt auf:

	<u>2009</u> Euro	<u>2008</u> Euro	<u>2007</u> Euro	<u>2006</u> Euro
Wasserversorgung	7.702.661,78	7.745.924,36	7.651.261,53	7.844.820,48
Abwasserentsorgung	9.209.528,10	7.993.265,45	7.950.738,78	8.070.039,30
Insgesamt	<u>16.912.189,88</u>	<u>15.739.189,81</u>	<u>15.602.000,31</u>	<u>15.914.859,78</u>

Die Umsatzerlöse aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen betragen Euro 456.506,98 (Vorjahr: Euro 448.906,15).

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von Euro 3.369.523,60 (Vorjahr: Euro 4.411.495,66) enthalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von Euro 113.323,32 sowie Erträge aus bereits abgeschriebenen Forderungen (Euro 772,75). Weiterhin sind Gewinne aus Anlagenabgängen (Euro 4.179,43) und sonstige periodenfremde Erträge in Höhe von Euro 20.102,94 enthalten. Die Erträge aus der Auflösung empfangener Ertragszuschüsse (ohne Baukostenzuschüsse) belaufen sich im Geschäftsjahr 2009 auf Euro 1.330.371,00 (Vorjahr: Euro 2.178.461,73), aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen (ohne Baukostenzuschüsse) auf Euro 1.079.144,75 (Vorjahr: Euro 1.054.849,46) und aus der Auflösung des Sonderpostens für Sonderabschreibungen auf Sachanlagen auf Euro 237.542,00 (Vorjahr: Euro 237.545,00).

Der Materialaufwand beträgt Euro 4.036.945,66 Hierbei sind TEuro 878,9 (Vorjahr: TEuro 841,7) an Aufwand für Strombezug und TEuro 1.345,0 (Vorjahr: TEuro 1.202,5) für Instandhaltungen enthalten.

Im Personalaufwand sind Euro 17.758,00 an Aufwendungen für Altersversorgung enthalten (Vorjahr: Euro 16.623,00).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von Euro 3.066.204,93 (Vorjahr: Euro 3.155.297,01) sind periodenfremde Aufwendungen enthalten durch Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (Euro 133.019,70) und durch Abschreibungen auf Forderungen (Euro 11.432,36).

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten Zinserträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von Euro 18.125,94.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag resultieren aus dem am 20. November 2002 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag. Die Ausgleichszahlungen an Minderheitsgesellschafter sind in Höhe von 20/17 als eigene Einkünfte zu versteuern.

Der Posten "Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn" beinhaltet die vollständige Abführung des im Geschäftsjahr 2009 erzielten Gewinns in Höhe von Euro 1.666.965,89 an die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH aufgrund des am 20. November 2002 geschlossenen Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrages einschließlich der Änderung vom 21. November 2006.

E. Sonstige Angaben

I. Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Über die in der Bilanz ausgewiesenen Schuldposten und die - soweit vorhanden - unter der Bilanz auszuweisenden Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB hinaus bestehen langfristige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen mit folgenden Belastungen:

	2010	2011 -2013	jährlich nach 2013
	Euro	Euro	Euro
Verpflichtung aus Leasingverträgen	168.881,92	178.121,08	3.665,20
Verpflichtung aus Kundenservice- und Abrechnungsleistungen	335.000,00	1.005.000,00	335.000,00
Verpflichtung aus Dienstleistungs- vertrag für Datenverarbeitung	78.000,00	234.000,00	78.000,00
Verpflichtung aus Vertrag über juristische Beratungen	22.000,00	66.000,00	22.000,00
	<u>603.881,92</u>	<u>1.483.121,08</u>	<u>438.665,20</u>
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>435.000,00</u>	<u>1.305.000,00</u>	<u>435.000,00</u>

Die Verpflichtungen im Zusammenhang mit begonnenen Investitionsvorhaben belaufen sich zum Bilanzstichtag auf TEuro 1.384,5 (Vorjahr: TEuro 263,4).

II. Beeinflussung des Jahresergebnisses

Der Sonderposten für Investitions- und Kapitalzuschüsse zum Anlagevermögen wurde im Geschäftsjahr mit Euro 1.206.060,62 (Vorjahr: Euro 1.193.482,30) und die empfangenen Ertragszuschüsse, bestehend aus Baukostenzuschüssen bis 2002 und Anschlussbeiträgen, mit Euro 1.695.610,00 (Vorjahr: Euro 2.543.700,73) aufgelöst.

Der Sonderposten für Sonderabschreibungen auf Sachanlagen gemäß § 4 FördergebietsG wurde in Höhe von Euro 237.542,00 (Vorjahr: 237.545,00) aufgelöst.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2008 aufgrund der Gebührensplittung und der damit verbundenen Gebührenkalkulation erhöht.

III. Ertragsteuerspaltung

Die Körperschaftsteuer und der Solidaritätszuschlag für 2009 entstehen durch die vertraglich vereinbarten Ausgleichszahlungen an die Minderheitsgesellschafter; diese hat die REWA GmbH gem. § 16 Körperschaftsteuergesetz in Höhe von 20/17 der zu leistenden Zahlungen als eigenes Einkommen zu versteuern. Die Höhe der Steuern beträgt Euro 66.197,66.

IV. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Im Jahresdurchschnitt waren folgende nach Gruppen differenzierte Mitarbeiter beschäftigt:

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Angestellte	37,50	36,50
Arbeiter	<u>73,50</u>	<u>74,50</u>
<u>Insgesamt</u>	<u>111,00</u>	<u>111,00</u>
zusätzlich in ATZ-Phase	4,75	6,00

Die Berechnung erfolgt entsprechend § 267 (5) HGB als Mittel aus den Mitarbeiterzahlen am 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12. ohne Auszubildende und ohne Geschäftsführer, jedoch inklusive Teilzeitbeschäftigte.

V. Angaben zu den Organen der Gesellschaft und Gesamtbezüge

Als Geschäftsführer ist bestellt:

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jürgen Müller, Stralsund,
Alleiniger Geschäftsführer der REWA GmbH.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2009 folgende Personen an:

Herr Dr. Alexander Badrow (Vorsitzender) ab 24. Juni 2009

Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund,

Herr Hans-Jörg Vellguth (Vorsitzender) bis 23. Juni 2009

Rentner,

Herr Ralf Drescher (stellvertretender Vorsitzender)

Landrat des Landkreises Nordvorpommern,

Herr Dietmar Eifler

Bürgermeister der Gemeinde Steinhagen, Projektleiter Controlling
beim Landkreis Nordvorpommern,

Herr Christian Griwahn

Bürgermeister der Gemeinde Velgast, Leiter der Geschäftsstelle SWG,

Herr Peter Paul

Elektromeister,

Herr Michael Philippen ab 12. Oktober 2009

Maler und

Herr Gero Schreiber bis 11. Oktober 2009

Rentner.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2009 TEuro 7,1 (Vorjahr: TEuro 5,5).

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung ist:

Herr Lothar Schimmelpfennig

Rentner

Stellvertreter:

Herr Karldiether Wegner

Bürgermeister der Stadt Richtenberg.

VI. Gewährung von Vorschüssen und Krediten sowie eingegangene Haftungsverhältnisse

Es wurden keine Vorschüsse und Kredite an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat gewährt; ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

VII. Im Berichtsjahr getätigte Geschäfte mit nahe stehenden Personen

Sämtliche wesentlichen im Geschäftsjahr getätigten Geschäfte mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Nahe stehende Personen	Wesentliche Verträge	Erträge (+) und Aufwendungen (-) 2009
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH (Hauptgesellschafter)	Kundenservice- und Abrechnungsleistungen für die Wasserver- und Abwasserentsorgung	-337.808,52 €
	IT-Dienstleistungsvertrag	-77.422,96 €
	Dienstleistungsvertrag juristische Beratung	-21.069,85 €
	Dienstleistungsvertrag Lohnabrechnung	-7.479,00 €
	Kurierdienstvertrag	-3.592,92 €
	sonstige Dienstleistungen (Umstellung Niederschlagswasser)	-2.093,84 €
SWS Energie GmbH	Stromliefervertrag	- 878.912,14 €
	Gasliefervertrag	- 22.115,48 €
	Dienstleistungen GIS	-13.083,20 €
SWS Entsorgungs GmbH	Entsorgungsverträge	-15.397,70 €
SWS Nahverkehr GmbH	Dienstleistungsvertrag Tanken	-85.968,41 €
SWS Telnet GmbH	Dienstleistungsvertrag Telefon	-20.028,87 €
Hansestadt Stralsund	Lieferung von Wasser	5.040.823,91 €
	Abwasserentsorgung (als beauftragter Dritter)	6.697.304,32 €
	Konzessionsabgabe	- 504.158,22 €
	Grundstückstausch	- 109.711,68 €

Nahe stehende Personen	Wesentliche Verträge	Erträge (+) und Aufwendungen (-) 2009
26 Städte und Gemeinden (Mitgesellschafter)	Abwasserentsorgung (als beauftragter Dritter)	1.643.553,98 €
	Konzessionsabgabe	- 131.939,79 €
	Lieferung Wasser	2.198.087,12 €

Zudem wurden im Geschäftsjahr Verträge mit der Hansestadt Stralsund über die Finanzierung der Schmutz-, Trink- und Regenwasserentwässerungsanlagen im Zuge der städtebaulichen Gesamtmaßnahme „Altstadinsel“ der Hansestadt Stralsund vom 18. Juni sowie 10., 21. und 24. Juli 2009 geschlossen. Die REWA GmbH erhielt für die Errichtung der v. g. Anlagen, die nach Fertigstellung und Abnahme in das Anlagevermögen übergehen, Vorfinanzierungsmittel von gesamt TEuro 1.747, die bis zum 31. Dezember 2010 zurückzuführen sind.

VIII. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden in Form von Swaps zur Zinsabsicherung eingesetzt. Die durch Zinsswaps abgesicherten Darlehen valutierten zum Bilanzstichtag mit 10.316,8. TEuro.

F. Konzernabschluss des Mutterunternehmens

Der Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2009 wird in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund, einbezogen. Die Offenlegung erfolgt im elektronischen Bundesanzeiger unter HRB 1565.

G. Vorschlag über die Verwendung des Ergebnisses

Aufgrund des am 20. November 2002 geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages (gültig ab 01. Januar 2002), dem die Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2002 zugestimmt hat und der am 23. Dezember 2002 in das Handelsregister beim Amtsgericht Stralsund eingetragen wurde, einschließlich der Änderung vom 21. November 2006, wird der gesamte Gewinn der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2009 an die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, Stralsund, abgeführt. Daher ergibt sich für das Jahr 2009 ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 0,00.

Stralsund, 22. März 2010

REWA Regionale Wasser- und
Abwassergesellschaft Stralsund mbH
18439 Stralsund

Jürgen Müller
Geschäftsführer

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

der
Regionale Wasser- und Abwasser-
gesellschaft Stralsund mbH
18439 Stralsund

A. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs in 2009

1. Entwicklung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsbranche sowie die Gesamtentwicklung

Die Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH (REWA GmbH) hat sich – wie in den vergangenen Jahren – die Durchsetzung der kommunalen Pflichtaufgaben zur qualitätsgerechten Trinkwasserversorgung sowie Abwasserreinigung und -ableitung auch für das Geschäftsjahr 2009 zur Hauptaufgabe gemacht.

Die Gesellschaft führt die regionale Wasserversorgung sowie Abwasserreinigung und -ableitung für die Kundengruppen der Privathaushalte, Wohnungsbaugenossenschaften inklusive Mietwohnungen, der Gewerbeunternehmen, Industrie, Landwirtschaft sowie für die öffentlichen Einrichtungen der Hansestadt Stralsund und Teile des Landkreises Nordvorpommern durch.

Insgesamt wurden im Versorgungsgebiet der REWA GmbH 83.705 (Vorjahr 84.138) Einwohner mit qualitätsgerechtem Wasser versorgt, gleiches trifft zu für die Abwasserentsorgung, Aufbereitung und Abfuhr von Kleinkläranlagen.

Die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wird nach wie vor als kommunale Pflichtaufgabe angesehen, wobei die Daseinsvorsorge im Vordergrund steht.

Trotz Durchführung von kommunalen Pflichtaufgaben muss davon ausgegangen werden, dass die Kartellbehörden der Länder sich zukünftig mit der Überprüfung der Trinkwasserpreise beschäftigen werden. Eine kartellrechtliche Missbrauchsverfügung liegt bislang nur in Hessen vor.

Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung hat die abnehmende Bevölkerungszahl, der Rückgang der Gewerbebetriebe, Industrie und Landwirtschaft Einfluss auf die öffentliche Wasserversorgung.

Es ist angedacht, im Jahr 2010 eine Klärschlammverwertungs GmbH zu gründen. Kooperationspartner zur Klärschlammverwertung sollen sein: der ZV Grevesmühlen, der ZV „Kühlung“ Bad Doberan, die EURAWASSER Nord GmbH, Rostock, mit dem Warnow Wasser und Abwasserverband, die REWA GmbH und die Schweriner Abwasserentsorgung.

Vor Inkrafttreten der neuen Klärschlammverordnung wurde eine neue Düngemittelverordnung in Kraft gesetzt, die alle Abwasserbetriebe vor große Probleme stellt. Bis zum Jahr 2013 muss ein Lösungsweg zur Verwertung des anfallenden Klärschlammes aufgezeigt werden. Alle Partner arbeiten intensiv an einer konzeptionellen Lösung.

Mit Beschluss der Bürgerschaft vom 09.10.2008 wurde die Gebührensplitting zwischen Schmutzwasser- und Niederschlagswasser für die Hansestadt Stralsund zum 01.01.2009 beschlossen. Alle Grundstückseigentümer der Hansestadt Stralsund wurden an der Ermittlung der versiegelten angeschlossenen Grundstücksflächen beteiligt. Durch die zielstrebige Arbeit der Mitarbeiter der REWA GmbH wurden die Abschläge zur Beseitigung des Niederschlagswassers je vollem Quadratmeter versiegelter angeschlossener Fläche für das Geschäftsjahr 2009 eingestellt und mit dem Gebührenbescheid verrechnet.

Die Benutzungsgebühr für die Inanspruchnahme der öffentlichen zentralen Abwasseranlage in der Hansestadt Stralsund wurde zum 01.01.2009 gesenkt von 2,30 €/m³ Wassermenge auf 2,15 €/m³ Wassermenge und die Niederschlagswassergebühr beträgt je vollem Quadratmeter versiegelter angeschlossener Grundstücksfläche 0,44 € pro Jahr.

Die Abrechnungsergebnisse zeigen, dass die gesplitteten Gebühren von den Kunden als gerecht angenommen wurden. Es gab nur wenige Widersprüche. Korrekturen wurden durchgeführt, so dass sich die ermittelten Berechnungsflächen verkleinerten.

Im Jahr 2009 traten keine größeren Störungen in den Trinkwasserversorgungsnetzen auf. Die gute Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern wurde fortgeführt und eine umfangreiche Eigenkontrolle getätigt. Rohrnetzspülungen wurden in einer Länge von 23,2 km durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 3.602.562 m³ Trinkwasser verkauft, so dass sich der Trinkwasserverkauf um 2.961 m³ gegenüber dem Vorjahr erhöhte. Die Verluste im Rohrnetz sind gegenüber dem Vorjahr von 4,95 % auf 4,67 % gesunken.

Vorteilhaft wirken sich der gemeinsame Einsatz der Außendienstmitarbeiter und der juristischen Abteilung der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH in Bezug auf die offenen Forderungen aus.

Der von der Gesellschafterversammlung beschlossene und am 19.12.2002 eingetragene Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag (siehe Handelsregister Blatt 1743) hat auch für das Geschäftsjahr 2009 seine Gültigkeit.

2. Entwicklung der Umsatzerlöse und der Versorgungs- sowie Entsorgungsleistung

Für das Geschäftsjahr 2009 kann eingeschätzt werden, dass eine stabile Trinkwasserversorgung sowie Abwasserbeseitigung und -reinigung erfolgte.

Die durchgeführten Investitionsmaßnahmen an Haupttransportleitungen in der Trinkwasserversorgung sowie die Sanierung der Abwasserkanäle in der Hansestadt Stralsund und im Umland führten nicht zur Beeinträchtigung der Ver- und Entsorgung.

Die meisten Baumaßnahmen wurden mit den Tochterunternehmen der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH, dem Bauamt der Hansestadt Stralsund und den Bauämtern der Landkreise sowie den Investoren koordiniert.

Das Investitionsgeschehen wurde in Höhe von 1.759.839,51 € realisiert. Durch die Geschäftsführung wurden die Regelungen zur Aktivierung für Rohrleitungsnetze auf gesetzlicher Grundlage zur Abgrenzung der Herstellungs- und Erhaltungsaufwendungen überarbeitet und präzisiert. Dies führte im Geschäftsjahr 2009 dazu, dass Teile der Investitionen bei entsprechender Überprüfung im Ergebnis tatsächlich als Erhaltungsaufwendungen zu qualifizieren waren.

a) Wasserversorgung

Für das Geschäftsjahr 2009 ist ein Trinkwasserverkauf von 3.602.562 m³ zu verzeichnen. Die daraus resultierenden Erlöse in 2009 belaufen sich auf 7.265.798,46 €.

Die Wasserförderung erfolgte aus 10 Wasserwerken, 1 Druckstation sowie 49 Rohwasserbrunnen und 19 Reinwasserbehälter.

Das Projekt über die wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist im Jahr 2009 weitergeführt worden. Die Wasserbedarfsprognose für den Zeitraum bis zum Jahr 2020 wird erstellt.

b) Abwasserentsorgung

Im Sinne der Daseinsvorsorge obliegt den Gemeinden die Abwasserbeseitigung und -reinigung als Pflichtaufgabe. Dies bedeutet, dass die Gemeinden verpflichtet sind, die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land zu erfüllen und umzusetzen.

Alle Gemeinden haben satzungsrechtlich geregelt, wie im eigenen Wirkungskreis gemäß § 2 Abs. 2 KV Mecklenburg-Vorpommern die gesetzlichen Forderungen erfüllt werden.

Hierzu gibt es Satzungen für die Abwasserbeseitigung, für die Kanalbaubeiträge, dort wo Kläranlagen und Netze errichtet wurden und für Abwassergebühren. Diese werden regelmäßig von der REWA GmbH einschließlich der zugrunde liegenden Kalkulation vorbereitet und von den Gemeinden mit der Maßgabe beschlossen, dass die REWA GmbH die gesetzlichen Bestimmungen der Abwasserentsorgung und -ableitung sowie das Reinigen und die Schlammbehandlung vertragsgemäß durchführt und für den Kunden im Auftrage der jeweiligen Gemeinde die Gebührenrechnungen erstellt und das Inkasso vornimmt.

Hierzu sind jeweils zwischen den Städten bzw. Gemeinden und der REWA GmbH Entsorgungsverträge bzw. öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen worden.

Die Kalkulation der vertragsgemäßen Entgelte für die wirtschaftliche Abwasserbeseitigung durch die REWA GmbH erfolgt kostendeckend. Mit dem Geschäftsjahr 2009 wurde die gesplittete Abwassergebühr in der Hansestadt Stralsund eingeführt. Mit allen Gemeinden gibt es Gespräche im Jahr 2010 zur Änderung der Abwassergebühren aufgrund der Veränderungen der Selbstüberwachungsverordnung M-V sowie unter Berücksichtigung einer geänderten Auflösung von Kanalbaubeiträgen.

Wir gehen davon aus, dass es insoweit in fast allen Gemeinden Gebührenerhöhungen geben wird.

Das gewünschte Ziel der Durchsetzung des Anschluss- und Benutzerzwanges hat sich aufgrund der Zusammenarbeit mit den Unteren Wasserbehörden und dem ständigen Datenaustausch der Amtsverwaltungen verbessert.

Von der REWA GmbH werden zur Zeit auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrages, der öffentlich-rechtlichen Verträge bzw. der abgeschlossenen Entsorgungsverträge 22 Kläranlagen, 317 Abwasserpumpwerke, 673 km Abwasserhauptrohrleitungen sowie 120 km Abwasserdruckrohrleitungen, 15 Regenwasserrückhaltebecken im gesamten Einzugsgebiet der REWA GmbH bewirtschaftet.

Die Erlöse aus der Abwasserentsorgung für die Inanspruchnahme der öffentlichen zentralen Abwasseranlagen für das Geschäftsjahr 2009 belaufen sich auf 9.186.320,91 € (Vorjahr: 7.553.747,29 €).

Die Abfuhr aus Kleinkläranlagen, vollbiologischen Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben erfolgt zum größten Teil über die Auftragsvergabe an private Entsorgungsunternehmen. Alle anfallenden Abwasser und Schlammengen wurden ordnungsgemäß der Entsorgungsannahmestelle der Kläranlage Stralsund zugeführt, gereinigt und der landwirtschaftlichen Verwertung mit dem dazugehörigen Nachweis übergeben.

Es muss angemerkt werden, dass der Aufwand der REWA GmbH an Klärschlammabfuhr aus Kleingartenanlagen drastisch angestiegen ist. Die Hansestadt Stralsund hat eine wasserrechtliche Allgemeinverfügung zur Untersagung von Abwassereinleitungen aus Kleinkläranlagen in Gewässer und in das Grundwasser ab dem 01.01.2010 erlassen. Es muss in Zukunft davon ausgegangen werden, dass aus 62 Kleingartenanlagen maximal 4.716 abflusslose Gruben zu entsorgen sind. Es wurden hierzu umfangreiche Abnahmen und Druckprüfungen durchgeführt. In den Beratungen mit den Vorständen der Kleingartenanlagen wurden machbare Wege der Abwasserbeseitigung seitens der REWA GmbH aufgezeigt, die nach wie vor mit Problemen verbunden sind. Durch die kooperative Zusammenarbeit mit den Vorständen und Gartenverbänden wurden 830 abflusslose Gruben (Gärten) zum 31.12.2009 entsorgt.

Der Landkreis Nordvorpommern hat am 06. August 2009 eine Allgemeinverfügung zur Untersagung von Einleitungen in Gewässer und in das Grundwasser aus unzureichenden Grundstücksabwasseranlagen (Kleinkläranlagen) verabschiedet.

Durch umfangreiche Bereitstellung von Informationsmaterial, Vorortgespräche und öffentliche Sitzungen wurden alle Bürgermeister und Ämter sowie Eigentümer auf diese Herausforderung aufmerksam gemacht.

Die Satzungen der Gemeinden, die eine Regelabfuhr beinhalten, müssen auf die Gegebenheiten der vollbiologischen Anlagen geändert werden. Große Probleme entstehen bei der Abfuhr der abflusslosen Gruben bezüglich des Schlammgehaltes. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der vollbiologischen Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben ansteigen wird.

Im Versorgungsgebiet der REWA GmbH werden zurzeit 155 abflusslose Gruben, 1.108 Kleinkläranlagen und 505 vollbiologische Kleinkläranlagen entsorgt.

Die daraus resultierenden Erlöse betragen 103.620,95 € (Vorjahr: 116.049,01 €).

Gemeinsam mit den Gemeinden, der Wohnungsbaugesellschaft mbH Richtenberg und der Unteren Wasserbehörde laufen konzeptionelle Untersuchungen zur Umrüstung von Mehrkammerkläranlagen mit mehreren Abnehmern zu vollbiologischen Kleinkläranlagen. Angebote wurden eingeholt und die Gespräche wurden 2009 fortgesetzt.

3. Investitionen

Die Schwerpunkte für die Investitionsmaßnahmen des Geschäftsjahres 2009 lagen mit einem Zugang zum Sachanlagevermögen:

- im Bereich Wasserwerke Stadt/Land	345.419,71 €
- im Bereich Rohrnetz Stadt/Land	346.152,30 €
- im Bereich Abwasser Stadt	873.201,86 €
- im Bereich Abwasser Land	145.313,22 €
- im Bereich Verwaltung	<u>49.752,42 €</u>
	1.759.839,51 €

Dies bedeutet, dass im Geschäftsjahr 2009 für Investitionen im Trinkwasserbereich ein Zugang von 691.572,01 € und für den gesamten Abwasserbereich von 1.018.515,08 € und in der Verwaltung 49.752,42 € zu verzeichnen war.

4. Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Die Finanzierungstätigkeit in der laufenden Geschäftstätigkeit der REWA GmbH beruht hauptsächlich auf dem Zugang von Kapital-, Investitions- und Ertragszuschüssen sowie der Aufnahme und Tilgung von Krediten.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit deckt den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden Kredite in Höhe von 2.580 T€ für die Investitionstätigkeit aufgenommen. Die Bestätigung erfolgte durch den Aufsichtsratsbeschluss und Gesellschafterbeschluss. Vorfinanzierungsmittel wurden zudem von der Hansestadt Stralsund von 1.747 T€ gewährt. Die Planung 2009 zur Gesamtkreditierung belief sich auf 3.778 T€.

Im Bereich der Investitionsvorhaben sind wiederum für das Geschäftsjahr 2010 umfangreiche Investitionsmaßnahmen im Trinkwasser- und Abwasserbereich geplant. Sie belaufen sich im Trinkwasserbereich auf 941 T€ (Vorjahr: 1.230 T€), im Abwasserbereich auf 1.546 T€ (Vorjahr: 1.405 T€) und für die Ausrüstung sind Mittel in Höhe von 50,00 T€ (Vorjahr: 50 T€) vorgesehen.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Jahresdurchschnitt 2009 waren in der REWA GmbH insgesamt 116,75 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Geschäftsjahr 2009 haben je ein Azubi die Ausbildung als Fachkraft für Wasserversorgungstechnik, als Elektroniker für Energie und Gebäudetechnik, als Industriekauffrau sowie als Fachkraft für Abwassertechnik abgeschlossen. Zum 01.08.2009 wurden drei neue Ausbildungsverträge unterschrieben.

In den zurückliegenden Jahren haben wir grundsätzlich über die Lehrlingsausbildung und Meisterqualifikation einen hohen Ausbildungsstand erreicht.

Weiterbildungspläne wurden erstellt und Seminare für Leiter und Mitarbeiter angeboten. Schulungen für die Leitungskräfte und Mitarbeiter sind der Garant dafür, dass die neuen Herausforderungen gemeistert werden können und sich die REWA GmbH am Markt behauptet.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter in der REWA GmbH liegt bei 43 Jahren.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden zwei Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Zum 31.12.2009 bestehen 13 gültige Altersteilzeitverträge. Die notwendigen Rückstellungen wurden mit entsprechenden Gutachten in den Jahresabschluss eingestellt.

6. Umweltschutz

Durch die Abarbeitung der Abwasserbeseitigungskonzepte leistet die REWA GmbH einen nicht unerheblichen Anteil zur Umsetzung der Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Um Haftungsfragen entgegenzuwirken, sind wir dem gesetzlichen Klärschlammfonds der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung beigetreten. Durch die Planungs- und Inves-

titionsmaßnahmen und den Aufbau von Trennsystemen werden Gewässerschutzmaßnahmen im großen Umfang realisiert.

Die Klärschlammabeseitigung erfolgte 2009 ohne Probleme. Klärschlammberichte werden durch die Firma Reterra Service GmbH, Gut Sophienwald, Seestraße 2a, 50374 Erftstadt, geliefert.

Mit dem Schaugarten für Kleinkläranlagen, der Beratung sowie durch das Versenden von Broschüren an die Eigentümer von Kleinkläranlagen leisten wir auch im ländlichen Bereich einen großen Anteil am Umweltschutz. Der aus den Abwasserkanälen entnommene Schlamm wird in der Kläranlage Stralsund aufbereitet, gewaschen und der daraus gewonnene Kies verarbeitet. Vorgeschriebene Grenzwerte konnten im Wesentlichen stetig eingehalten werden.

Bis Ende 2013 ist der Anschluss der Ortschaften Vogelsang und Kramerhof an die zentrale Entsorgung vorgesehen. Die Erneuerung der Kläranlage Velgast ist im Geschäftsjahr 2010 geplant.

Großes Augenmerk legen wir ab dem Jahr 2009 auf die Umsetzung der Allgemeinverfügungen für die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung der Hansestadt Stralsund und des Landkreises Nordvorpommern.

7. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Im Jahr 2009 erfolgte durch die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ein Stadtwerke Workshop zur strategischen Ausrichtung der Unternehmens-Gruppe.

Weiterhin wurden die Kooperationsverträge mit der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, der Wohnungsbaugesellschaft mbH Richtenberg, den privaten Wohnungsvermietern, der SWS Energie GmbH, der Wohnungsbaugenossenschaft Volkswerft Stralsund eG und der Wohnungsbaugenossenschaft Aufbau eG fortgeführt.

Im August 2009 haben wir die Genehmigung zum Probetrieb zur biologischen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen in den zwei Faultürmen der Kläranlage Stralsund erhalten. Ziel ist es, einen energieautarken Betrieb der Kläranlage zu ermöglichen. Der Probetrieb läuft, erste Auswertungen erfolgen Mitte 2010.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur weist im langfristig gebundenen Vermögen ein Anlagevermögensbestand in Höhe von 110.940,2 T€ auf.

Das mittel-/kurzfristig gebundene Vermögen hat die Höhe von 4.705,4 T€. Daraus resultierend weist das Gesamtvermögen einen Stand zum 31.12.2009 von 115.645,6 T€ aus.

Die Kapitalstruktur setzt sich aus dem langfristig verfügbaren Kapital in Höhe von 97.654,0 T€ und dem mittel-/kurzfristig verfügbaren Kapital in Höhe von 17.991,6 T€ zusammen.

Hieraus ergibt sich ein Gesamtkapital von 115.645,6 T€.

2. Ertragslage

Die Summe aller Aufwendungen ohne Steuern im Geschäftsjahr 2009 beträgt 19.307,6 T€ unterteilt nach Trinkwasser 7.272,1 T€ und Abwasser 12.035,5 T€.

Die Betriebserträge nach der G u V ohne die Zinserträge betragen 21.011,8 T€ unterteilt nach Trinkwasser 8.448,0 T€ und Abwasser 12.563,8 T€.

Hieraus resultiert ein Gesamtbetriebsergebnis in Höhe von 1.704,2 T€.

Nach Abzug von Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 66,2 T€ und zuzüglich der Zinserträge von 28,9 T€ ist das Ergebnis nach Steuern im Geschäftsjahr 2009 1.667 T€.

III. Hinweise auf wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

1. Bestandsgefährdende Risiken der zukünftigen Entwicklung

Aus heutiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass es keine bestandsgefährdenden Risiken für die zukünftige Entwicklung gibt.

Es darf jedoch nicht unterschätzt werden, dass die Modernisierung, d. h. der Abschluss von Kooperationsverträgen gleicher und unterschiedlicher Branchen um die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung keinen Bogen machen wird. Hieraus abgeleitet muss eingeschätzt werden, dass alle Ver- und Entsorger im umliegenden Gebiet sowie auf den Markt drängende Betreibergesellschaften zu beobachten sind. Die Kreisgebietsreformen sind in ihren Auswirkungen zu beachten.

Aus Sicht der REWA GmbH ist die Einführung der Kreisgebietsreform als Chance für die weitere Entwicklung zu sehen.

2. Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch nicht endgültig abzuschätzen, welchen Einfluss die Ereignisse auf die Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung haben werden. Anzumerken ist, dass wichtige Wirtschaftszweige, wie z. B. die SWS Seehafen Stralsund GmbH, die Volkswerft Stralsund GmbH sowie das Baugewerbe, mit Auswirkungen zu rechnen haben; dieses wirkt sich im Umkehrschluss auf den Trinkwasserverkauf und auf die Annahme im Abwasser aus.

Negativ auswirken könnten sich aus Sicht der Geschäftsführung der REWA GmbH die wachsende Anzahl der Insolvenzen, der Bevölkerungsrückgang und die abnehmende Zahlungsmoral.

Immer mehr mittelständische Unternehmen schrumpfen zu kleinen Handwerksbetrieben zusammen und große Ansiedlungen von Industrie sind in unserer Region nicht zu erkennen, das bezieht sich auch auf den Tourismus.

Die Ertragslage aus der Wasserver- und Abwasserentsorgung ist wesentlich abhängig vom durchschnittlichen Verbrauch der Industrie, des landwirtschaftlichen Gewerbes und der Einwohner unseres Versorgungsgebietes.

Es ist darauf zu achten, dass die Abwasserbeiträge auch künftig durch die Hansestadt Stralsund in vollem Umfang beigebracht werden, um eine Refinanzierung der Investitionen zu gewährleisten.

Das Anlagevermögen hat unterschiedliche normative Nutzungsdauern. Es ist abzusehen, dass zukünftig die notwendigen Instandhaltungen nicht unerheblich ansteigen werden.

Die geplante Veränderung der Auflösungssätze für Abwasserbeiträge wirkt sich im Abwasserbereich nicht unerheblich auf die Entgelte für die Abwasserentsorgung durch die REWA GmbH sowie die Gebührenkalkulationen der Städte und Gemeinden aus. Die Gebühren müssen insofern in fast allen Kommunen angepasst werden, um eine Unterdeckung zu vermeiden. Ziel ist es, in einem fünfjährigen Kalkulationszeitraum für alle Gemeinden die Veränderungen der Auflösung und die Anforderung der Selbstüberwachungsverordnung in der Gebührenkalkulation anzupassen.

Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft besitzen, werden derzeit jedoch nicht gesehen.

IV. Zusammenfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung beurteilt den Jahresabschluss zum 31.12.2009 als Beweis einer stabilen Ertragslage und geht aufgrund der vorliegenden Planung davon aus, dass das Unternehmen auch zukünftig positive Ergebnisse erzielt. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet.

B. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

I. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2009 (§ 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB)

Die Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes in Mecklenburg-Vorpommern von 0,018 €/m³ auf 0,05 €/m³ geförderten Trinkwassers hatte zur Folge, dass die Grundpreise im Trinkwasser um 10 % ab dem Geschäftsjahr 2010 angepasst wurden.

II. Voraussichtliche Entwicklung (§ 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB)

Die Prognose für die Geschäftsentwicklung der nächsten zwei Geschäftsjahre stellt sich wie folgt dar:

a) Wasserversorgung:

Die weitere Entwicklung für die nächsten zwei Geschäftsjahre in der Wasserversorgung ist in Bezug auf die technische Bereitstellung und Aufbereitung der Trinkwasserressourcen als gesichert einzuschätzen. Anzumerken ist jedoch, dass für eine zur Zeit noch nicht gesicherte Trinkwasserschutzzone (Wasserwerk Hohendorf – Status Vorbehaltsgebiet) die Sicherung durch Antragstellung vorbereitet wird.

Die Kundenbedürfnisse und die Kundennähe sind auch zukünftig von wesentlicher Bedeutung.

Zur Sicherung der Trinkwasservorräte ist im Wasserwerk Lüssow dem Sulfatanstieg im Trinkwasser große Aufmerksamkeit zu widmen. Die Grenzwertüberschreitung ist derzeit durch das Amt für Öffentliche Sicherheit, Gesundheit und Umwelt der Hansestadt Stralsund genehmigt.

Mit dem Urteil des Bundesgerichtshofes zur Wasserpreiskontrolle ist der öffentliche Druck auf die Preisgestaltung der Branche bundesweit deutlich gestiegen. Neben Hessen dürfen auch in anderen Bundesländern die Landeskartellbehörden die Wasserpreise verschärft ins Visier nehmen. Wir gehen davon aus, dass die Preise der REWA GmbH nach der zugrundeliegenden Kalkulation einer entsprechenden Prüfung standhalten würden.

b) Abwasserentsorgung:

Der Abwasserentsorgung ist auch in den nächsten zwei Jahren die überwiegende Konzentration zu widmen.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Situation wird man, wie auch in den zurückliegenden Jahren, immer wieder Anpassungen bei der Abwassergebühr vornehmen müssen.

Die Zusammenfassung technisch getrennter Anlagen eines kommunalen Aufgabenträgers, die der Erfüllung derselben öffentlichen Aufgabe dienen, in einer öffentlichen Einrichtung im rechtlichen Sinne sieht das KAG M-V jetzt ausdrücklich als „Normalfall“ an (§ 2 Abs. 2). Grundsätzlich haben die Kommunen hier also nach wie vor ein weiteres Organisationsermessen. Es bedarf hierzu der Entscheidungen durch die Kommunen.

Das Abwasserbeseitigungskonzept der Hansestadt Stralsund wurde bis zum Jahr 2020 erarbeitet und bildet die Grundlage weiteren Handelns der Hansestadt Stralsund und wird entsprechend den Erfordernissen und Anforderungen ständig aktualisiert.

In den ländlichen Bereichen werden sich die Baumaßnahmen zur Umrüstung und zum Neubau von Kleinkläranlagen fortsetzen. Der Bau zentraler Anlagen größer als 150 EGW ist abgeschlossen. Über 20 vollbiologische Kleinkläranlagen bis 50 EGW sind bis zum Jahr 2013 umzusetzen, dies trifft auch für Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben zu. Tourenpläne müssen für die Geschäftsjahre 2010 bis 2013 angepasst werden, genauso wie die Gebührenkalkulationen.

Vorausschauend ist die Rahmenrichtlinie der Klärschlammverordnung ins Auge zu fassen, um die sich daraus abzuleitenden Anforderungen für die nächsten Jahre vorzubereiten, hinzu-

kommt, dass die neue Düngemittelverordnung in Kraft gesetzt wurde. Sichere und langfristige Klärschlammabfuhrungswege müssen aufgezeigt werden.

c) **Kooperations- und Dienstleistungsverträge:**

Weitere Kooperationsverträge mit der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH in Bezug auf Investitionen, technisches Anschlusswesen und die Durchführung des Bereitschaftsdienstes wären sinnvoll, um zusätzliche Kostenvorteile zu nutzen.

Zur ordnungsgemäßen Klärschlammverwertung ist angedacht, eine Klärschlammverwertungs GmbH bis zum 01.07.2010 zu gründen, in der die REWA GmbH Gesellschafter werden sollte.

Insgesamt wird auch für 2010 und 2011 nach der Wirtschaftsplanung mit weiter positiven Ergebnissen gerechnet, die nach dem Organschafts- und Ergebnisabführungsvertrag an die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH abzuführen sind.

III. Forschung und Entwicklung (§ 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB)

In Bezug auf die Trinkwasserverordnung werden Eigenkontrollen im Wasserwerk Lüssow durchgeführt, um sicherzustellen, dass die zu prüfenden Parameter nicht überschritten werden. Eine Zertifizierung unseres Labors ist vorhanden. Für den Sulfatanstieg wurde eine Studie erarbeitet und mit dem Gesundheitsamt ausgewertet, neue Grenzwerte wurden bestätigt.

Stralsund, 22. März 2010

REWA
Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft
Stralsund mbH
18439 Stralsund

Jürgen Müller
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt

ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, 07. April 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates der REWA GmbH zum Geschäftsjahr 2009 an die Gesellschafterversammlung

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres 2009 in ordentlichen Sitzungen sowie durch schriftliche Berichte regelmäßig und umfassend über die Geschäftslage, wesentliche Risiken und die strategischen Pläne informiert.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Geschäftsführung überwacht sowie die Aufgaben wahrgenommen und Entscheidungen getroffen, die ihnen nach Gesetz und Satzung übertragen sind.

Insgesamt haben im Berichtsjahr fünf Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Alle wichtigen Vorgänge, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden ausführlich erörtert und besprochen.

Im Vordergrund stand neben dem Jahresabschluss vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft und dem quartalsweise dargestellten Lagebericht des Geschäftsführers

- die Investitionen insbesondere der Leitungsneubau in der Hansestadt Stralsund sowie die Fertigstellung des Reinwasserbehälters im Wasserwerk Lüssow
- die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2010, die mittelfristige Planung und Personalentwicklung
- Abschluss Pachtvertrag zum Schutz der Wasserfassung Hohendorf
- Auswertung zum Stand der Klärschlammverwertung und Co-Vergärung
- Vorschlag zum Gesellschaftervertrag „Klärschlamm-Kooperation M-V GmbH“
- Die gutachterliche Stellungnahme der PwC zur Thesaurierungsmöglichkeit finanzieller Mittel
- Positive Auskunft vom Finanzamt Stralsund in Bezug auf Gewinnrücklagen für den Abwasserbereich Stralsund
- die Grundpreiserhöhung im Trinkwasser zum 01.01.2010

In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung vom 21. Januar 2010 hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft die Darlehensgewährung und die Sponsoringleistungen in Vorjahren an die SHV Marketing GmbH, Stralsund, unter Anhörung des Geschäftsführers aufgearbeitet und ausgewertet. Vorausgegangen waren staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen den Geschäftsführer und den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden.

In diesem Zusammenhang wurde nach dem uns vorliegenden Sitzungsprotokoll festgestellt, dass ein Vermögensentzug bei der Gesellschaft nicht stattgefunden hat. Soweit die Darlehen zinslos gewährt wurden, werden entgangene Zinserträge von € 2.607,69 beziffert. Im Ergebnis hat der Aufsichtsrat dem Geschäftsführer weiterhin das Vertrauen ausgesprochen. In Abwägung aller Umstände wurde unter Würdigung seiner langjährigen erfolgreichen Tätigkeit für die Gesellschaft eine Abmahnung erteilt und die Zahlung des Zinsschadens aufgegeben.

Nach unserer Prüfung ist der Zahlungseingang bei der Gesellschaft erfolgt. Auskunftsgemäß ist das Strafverfahren gegen den Geschäftsführer eingestellt worden.

Der Jahresabschluss 2009 und der Lagebericht sind von der WIKOM AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfbericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht der REWA GmbH für das Geschäftsjahr 2009 und schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 115.645.572,43 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Bericht des Aufsichtsrates zur Kenntnis zu nehmen, den Jahresabschluss 2009 festzustellen, den Lagebericht zu genehmigen und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank für die im Geschäftsjahr 2009 geleistete Arbeit aus.

Stralsund, 27. Mai 2010


Dr. Alexander Badrow
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Jahresabschluss

2009

SWS Seehafen Stralsund GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Seehafen Stralsund GmbH

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2009

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die SWS Seehafen Stralsund GmbH ist ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund GmbH.

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterhaltung, Entwicklung sowie der Betrieb des Seehafens Stralsund.

1.1. Marktposition

Die negativen Wirtschaftsentwicklungen im globalen Maßstab führten zu einem bisher einmaligen Einbruch im internationalen Seeverkehr. Neben dem Containerverkehr zwischen Europa und Asien litt in großem Maßstab der Warenaustausch im Ostseeraum unter massiven Verlusten. Feederverkehre mit Destination Russland gingen um fast 50 % zurück, der RoRo und Fährverkehr in den deutschen Häfen sank um 27 %. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe für die Wirtschaftsleistung, für den Gesamtwert aller hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen sank in Deutschland in 2009 um 5 %.

Entwicklung in den Häfen Mecklenburg – Vorpommerns

Die Zahlen für den Umschlag in den Häfen Mecklenburg – Vorpommerns weisen für 2009 einen Rückgang beim Gesamtumschlag in Höhe von 18 % aus und bestätigen die stark gefallene Nachfrage nach Dienstleistungen des Transports und Umschlags.

Für die einzelnen Standorte in Mecklenburg – Vorpommern ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild:

Rostock – ÜSH:	- 21 %
Wismar:	- 5 %
Stralsund:	- 21 %
Sassnitz:	- 27 %
Greifswald:	+ 9 %
Wolgast:	+ 9 %
Anklam:	- 17 %
Ueckermünde:	- 36 %
Vierow:	+ 85 %

Der Umschlagverlust in Rostock und in Sassnitz ist vor allem auf den Einbruch bei rolender Ladung zurückzuführen. In Rostock kommen Rückgänge bei flüssiger Ladung und im konventionellen Bereich hinzu, wogegen die überdurchschnittliche Abnahme beim Fährverkehr in Sassnitz (~ 40 %) durch den Umschlag für das Projekt NORDSTREAM etwas kompensiert werden konnte.

Wismars Umschlagminus fiel vor allem durch ein Anziehen der Holznachfrage moderater aus.

Vierow und Wolgast profitierten davon, dass die Krise begrenzten Einfluss auf den Agrarbereich und den Export von Getreide hatte, obwohl der Weltmarkt von niedrigen Preisen generell, vor allem für Weizen gekennzeichnet war. In Vierow als Exklusivstandort für den Agrargroßhandel Bohnhorst wurde verstärkt Getreide aus dem polnischen Hinterland verladen – die sehr günstigen Aufkaufpreise bei den polnischen Erzeugern und der Transport mit polnischen Spediteuren führten dazu, dass selbst der Vorlauf der Ladung per LKW aus dem Raum Breslau – Kattowitz nach Vierow wirtschaftlich darstellbar war.

	Stralsund	Sassnitz	Ladebow	Vierow	Wolgast	Anklam	Uecker- münde
	[t]	[t]	[t]		[t]	[t]	[t]
Umschlag 2009	1.123.418	3.680.733	286.764	830.562	460.372	86.405	97.881
Umschlag 2008	1.433.193	5.019.065	262.359	448.122	422.531	104.564	153.952
Umschlag 2007	1.492.436	4.776.765	287.466	298.454	421.000	124.197	175.680
Veränderung auf	79%	73%	109%	185%	109%	83%	64%

Tabelle 1: Umschlagentwicklung in den Häfen in Vorpommern, Zahlen SHS gemäß Angaben SIS SHS (Abweichung gegenüber LHMV Statistik beim Landumschlag).

Die Umschlagzahlen in Vierow sind Ausdruck der Vertriebsaktivitäten von Bohnhorst, die sich u. a. auch auf Zukäufe osteuropäischen Getreides zur Beimischung für den internationalen Markt konzentrieren. Die Zuwächse in Wolgast (~ 38.000 t) lassen sich vor allem durch die verstärkten Exporte der ATR GmbH erklären, die zusammen mit der Getreide AG und der Raiffeisen AG in Wolgast verlädt.

Greifswalds Umschlagplus (~ 24.000 t) resultiert aus gestiegenen Importen von Mineralölprodukten sowie aus Stammholz- und Futtermittelverladungen. Futtermittel für den regionalen Bedarf mussten importiert werden, da mit der Stilllegung der Ölmühle Lubmin der als Futtermittel eingesetzte Rapskuchen aus der Ölsaatenverpressung nicht zur Verfügung stand.

1.2. Geschäftsverlauf

Durch diese negative Gesamtentwicklung musste auch die SWS Seehafen Stralsund GmbH einen Umschlagrückgang von ca. 21 % bzw. ca. 300.000 t hinnehmen. Gegenüber dem Vorjahr sank der Umschlag bei

Blechen / Profilen	auf	18,5 %
Getreide		76,1 %
Baustoffen		75,5 %
Kalksteinen		57,4 %
Schrott		0,0 %

Hauptursache für die insofern angespannte wirtschaftliche Situation des Unternehmens ist der Einbruch beim Umschlag von Blechen/Profilen für die Werftindustrie (- 81,5 %), die das Cluster Seehafen-OSZ empfindlich getroffen hat – aus Sicht der Erlöse für das Unternehmen und mit Blick auf die Beschäftigungssituation im Hafenbetrieb, denn das Handling von Metallen sorgte für eine kontinuierliche Auslastung des Stammpersonals. Charakteristisch für die derzeitige Situation der deutschen und internationalen Stahlindustrie war und ist der Umschlag von Schrott – keines der beiden angesiedelten Unternehmen war im Im- und Exportgeschäft in 2009 aktiv.

Die Entwicklung des Umschlags von Baustoffen folgte auch 2009 dem Trend der Vorjahre. Der stetige Rückgang ist Ausdruck dafür, dass aktuell keine größeren regionalen Bauvorhaben realisiert werden. Das erzielte Umschlagergebnis verkörpert den „normalen“ regionalen Bedarf der Straßenmeistereien und Gemeinden für Instandhaltung und kleinere Ausbaumaßnahmen.

Die Negativentwicklung konnte nur durch Umschlagsteigerungen bei

Dünger	um	6,4 %
Gips		4,4 %
Holz		53,6 %
Frostware		506,6 %

in geringem Maße kompensiert werden.

Die Kooperation mit dem Energiekonzern Vattenfall Europe Generation AG (VE-G) zeigt einmal mehr, wie bedeutsam langfristig ausgehandelte Verträge und Kundenbindung durch Investitionen für den Standort sind (Kalksandstein/Gips-Umschlag).

Ebenfalls profitieren konnte die SWS Seehafen Stralsund GmbH von der anziehenden Nachfrage der Holz- und Sägewerksindustrie.

Einen deutlichen Anstieg gab es beim Umschlag von Frostware infolge von Zukäufen der fischverarbeitenden Industrie der Region außerhalb der Ostsee in Vorbereitung auf die vorgesehenen, weiteren Reduzierungen der Fangquoten.

2. Ertragslage

Aufgrund des Umschlagsrückganges gingen im Vergleich zum Vorjahr die Umsatzerlöse von T€ 3.662 um 28,4 % auf T€ 2.621 zurück.

Dabei war der Rückgang der Erlöse um T€ 1.040 (- 39,4 %) aus dem Güterumschlag mit insgesamt T€ 1.598 (Vj. T€ 2.638) ausschlaggebend.

Die übrigen Erlöse aus Hafenbenutzungsentgelten, Mieten und Pachten sowie Lagerleistungen blieben nahezu konstant bzw. erhöhten sich leicht.

Der Umschlagentwicklung schuldend wurden Maßnahmen zur Kostensenkung eingeleitet.

Materialaufwendungen (z. B. im Instandhaltungs- und Fremdpersonalbereich) wurden insgesamt um 42 %, Personalkosten um 10 % und sonstige betriebliche Aufwendungen (z. B. Sicherheitsleistungen durch eigenen Personaleinsatz) um insgesamt 49 % gesenkt.

Aus den Vorjahren ist der Gesellschaft ein Gewinnvortrag von T€ 377 verblieben. Im Geschäftsjahr entstand trotz aller eingeleiteten Maßnahmen ein Jahresfehlbetrag von T€ 128.

3. Personal- und Sozialbereich

Die SWS Seehafen Stralsund GmbH beschäftigte inklusive Geschäftsführer durchschnittlich 14 Angestellte sowie 26 Arbeiter und 3 Auszubildende.

Die Mitarbeiter verfügen über nachfolgende Ausbildungen:

Hochschulabschluss	2 Mitarbeiter
Fachhochschulabschluss	5 Mitarbeiter
Facharbeiter	33 Mitarbeiter
Auszubildende	3

Ab April 2009 wurde zur Kostenminimierung und Vermeidung von Stellenabbau Kurzarbeit eingeführt.

4. Vermögens- und Finanzlage

Der wirtschaftlichen Situation geschuldet wurden alle nicht dringend erforderlichen Investitionen auf spätere Zeiträume verschoben.

Auch der Beginn der Planungsarbeiten für das Vorhaben „Gleisanbindung Frankenhafen“ verschiebt sich in das Jahr 2010.

Die Quote des wirtschaftlichen Eigenkapitals stieg von 62,0 % auf 63,0 %. Es wurde ein Cashflow (Jahresergebnis zzgl. Abschreibungen auf Sachanlagen abzgl. Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse) von T€ 420 (Vorjahr T€ 733) erwirtschaftet.

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen wurde nahezu vollständig durch Eigenkapital und mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

Zum Stichtag wurde die Unterdeckung vom Vorjahr in Höhe von T€ 68 auf T€ 5 reduziert. Aufgrund der Tilgungen wurden die mittel- und langfristigen Bankverbindlichkeiten um T€ 357 verringert, damit sank der Verschuldungsgrad auf 37 % (Vorjahr 38 %).

Die Finanzierung des Unternehmens war jederzeit gesichert. Die im Rahmen des Stadtwerkeverbundes eingeräumte Kreditlinie wurde nur zeitweilig in Anspruch genommen. Die Vermögens- und Finanzlage folgt zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 insoweit guten Grundsätzen.

5. Nachtragsbericht

Beim Investitionsvorhaben „Erweiterung Südhafen, 3. Bauabschnitt“ macht die Gesellschaft Planungs- und Ausführungsmängel geltend. Zur Zeit wird die Sach- und Rechtslage gutachterlich geprüft.

6. Risikobericht

Die sich bereits Ende 2008 andeutenden Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise haben die maritime Logistikwirtschaft im Geschäftsjahr 2009 mit voller Härte getroffen. Alle Bereiche der internationalen Verkehrswirtschaft, alle Transportmodi haben erhebliche Verluste in 2009 hinnehmen müssen.

Der die Ostsee dominierende Ro/Ro- und Fährverkehr sank um ca. 27 %, die Containerschifffahrt musste Umschlagrückgänge von ca. 25 % hinnehmen und der Umschlag von Massengütern nahm um ca. 14 % ab. Die Zahlen sind Ausdruck der deutlich gesunkenen Wirtschaftsleistung in Deutschland – das BIP ging in 2009 um 5 % zurück (Statistisches Bundesamt, 13.01.2010).

Die Marktrisiken beschränken sich im Erleben der Krise mit Blick auf die Umschlagentwicklung dabei nicht auf einzelne Gutarten. Die gesamte Ex- und Importwirtschaft, sämtliche Stoff- und Materialströme, Halbzeug- und Fertigprodukttransporte, die die Dienst-

leistung Umschlag und Lagerhaltung benötigen, erweisen sich derzeit in ihrem Volumen als unkalkulierbar. Aussagen zu künftigen Entwicklungen werden durch die Verladerschaft derzeit nicht oder nur unter Vorbehalt getroffen.

Häfen, Reedereien, Spediteure, Eisenbahnverkehrsunternehmen etc. sind direkt abhängig von der Entwicklung des globalen Marktes und können als Dienstleister keinen Einfluss auf die Nachfrage nach Transportleistungen nehmen. Da es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise um eine den gesamten Welthandel beeinflussende, nicht nur einzelne Segmente und ausgewählte Gutarten treffende Rezession handelt, stellt sich auch kaum die Frage nach Umschlagalternativen.

Für den Standort Stralsund besteht durch die direkte logistische Verflechtung mit dem deutschen Schiffbau ein erhebliches Risikopotential. Eine Haupteinnahmequelle und hauptsächliches Feld des Personaleinsatzes bildet der Umschlag von Blechen und Profilstahl. Sollte es den Werften/OSZ nicht gelingen, neue Aufträge zu akquirieren, Nischen im Bereich Spezialbau und Off-Shore-Technologie zu besetzen, hätte dies unmittelbare Folgen für die SWS Seehafen Stralsund GmbH.

Risikopotential für den Standort besteht auch in der Dichte an Hafenstandorten im Landteil Vorpommern (8!). Bei bestimmten Gutarten im konventionellen Bereich gibt es bereits heute einen ruinösen Wettbewerb.

Ein weiterer Risikofaktor für das Unternehmen besteht weiterhin im Bereich der Anforderungen des Umweltschutzes.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auflagen im Zusammenhang mit dem Umschlag und der Lagerung von Gütern im Hafen immer höher werden. Die Erfüllung der von den Behörden gestellten Bedingungen wird immer schwieriger und auch kostenintensiver.

Extreme Witterungseinflüsse, wie Zufrieren des Hafens bzw. Ansteuerungen, sowie unnatürliche Forderungsausfälle bilden ein zusätzliches Risiko für die Liquidität des Unternehmens.

7. Prognosebericht

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft nur sehr langsam erholen wird. Frühestens 2013 könnte das Niveau der Jahre 2007/2008 wieder erreicht sein.

Vor diesem Hintergrund eine Prognose zur Umschlag- und Umsatzentwicklung im Seehafen Stralsund für 2010 abzugeben, erweist sich als schwierig, zumal es sich bei nahezu allen Umschlagaktivitäten um Spotgeschäfte in der internationalen Trampschifffahrt handelt.

Es gibt außer beim Export von Gips und einer pönanalisierten Umschlagmenge der Interseroh MAB Rostock GmbH keine längerfristigen Umschlag- und Lagerverträge, die Ex- oder Importmengen und damit kontinuierliche Beschäftigung garantieren. Der Pachtvertrag mit der Scholz AG, gezeichnet im November 2008, definiert zwar für 2010 einen Monatsumschlag von 4.000 t, angesichts der Krise im Stahl- und Schrottmarkt wird die Realisierung sehr schwierig werden.

Auch außerhalb von Krisensituationen gibt es seitens der Kundschaft kaum verlässliche Aussagen zu möglichen Jahresumschlagmengen. Die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Situation noch verschärft. Weder der Agrarbereich noch die Baustoff- und Schrottwirtschaft sind derzeit in der Lage, das in 2010 zu erwartende Umschlagaufkommen zu benennen.

Nach umfassenden Gesprächen mit Kunden sowie auf Vorjahreswerten basierenden Annahmen wird für 2010 ein Umschlagvolumen von insgesamt ca. 1,15 Mill. t erwartet. Das bedeutet einen Zuwachs gegenüber 2009 von 3 %.

Da der Umschlag von Blechen für den Schiffbau an diesem Zuwachs nicht beteiligt sein wird, muss auch für 2010 mit einem ähnlich negativen Ergebnis wie im abgelaufenen Geschäftsjahr geplant werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Lage 2011 und 2012 leicht verbessern wird, so dass bis 2013 wieder mit einer positiven Ertragslage gerechnet wird. Flankierend erfolgen ein strenges Kostenmanagement, verstärkte Anstrengungen zur nachhaltigen Kundenbindung und die Nutzung des Instrumentes der Kurzarbeit. Die Liquidität der Gesellschaft ist mittelfristig durch eigene Reserven sowie die Einbindung in das Cashpooling der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH gesichert.

Stralsund, 24.02.2010

Wolfgang Ostenberg
Geschäftsführer

SWS Seehafen Stralsund GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	2.556.500,00	2.556.500,00
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.680.259,80	1.693.438,00	II. Gewinnrücklagen		
II. Sachanlagen			Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	4.370.416,34	4.370.416,34
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.185.936,58	16.874.191,21	III. Gewinnvortrag	376.776,21	261.042,64
2. technische Anlagen und Maschinen	3.331.802,00	3.684.795,00	IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-128.252,78	115.733,57
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	412.665,00	509.994,00		7.175.439,77	7.303.692,55
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.890,00	8.890,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		
III. Finanzanlagen				11.579.167,00	12.178.412,00
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	305.056,06	280.650,15	C. Rückstellungen		
	21.924.609,44	23.051.958,36	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	648.613,00	628.983,00
B. Umlaufvermögen			2. sonstige Rückstellungen	100.937,00	155.311,00
I. Vorräte				749.550,00	784.294,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.743,56	4.834,72	D. Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.523.147,12	2.881.983,41
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	316.537,23	367.799,50	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.170,09	58.280,50
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.470,09	3.966,12	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16.517,69	4.085,98
3. Forderungen gegen Gesellschafter	148.460,31	123.060,53	4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.386,16	7.752,22
4. sonstige Vermögensgegenstände	4.776,36	1.893,26	5. sonstige Verbindlichkeiten	125.359,15	130.102,72
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			(davon aus Steuern € 72.570,64; Vorjahr € 83.876,01)		
	1.472,20	6.400,69	(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 38,23; Vorjahr € 221,49)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten				2.705.580,21	3.082.204,83
	305,79	428,46	E. Rechnungsabgrenzungsposten		
				199.638,00	211.738,26
	480.243,99	496.719,41			
	484.459,75	507.954,82			
	1.472,20	6.400,69			
	484.459,75	507.954,82			
	305,79	428,46			
	22.409.374,98	23.560.341,64		22.409.374,98	23.560.341,64

SWS Seehafen Stralsund GmbH
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.620.645,83	3.661.989,91
2. sonstige betriebliche Erträge	926.464,22	1.039.996,92
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	261.348,71	334.413,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	190.950,68	439.957,98
	452.299,39	774.371,75
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.204.259,79	1.350.760,53
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 44.803,36; Vorjahr € 51.501,17)	279.793,95	307.237,28
	1.484.053,74	1.657.997,81
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.169.476,20	1.171.976,69
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	392.206,21	773.255,95
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 698,52; Vorjahr € 11.268,96)	703,49	11.417,69
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 139,90; Vorjahr € 65,26)	151.925,83	196.882,38
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-102.147,83	138.919,94
10. sonstige Steuern	26.104,95	23.186,37
11. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-128.252,78	115.733,57

SWS Seehafen Stralsund GmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages unter Beachtung der für große Kapitalgesellschaften geltenden deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt. Unsere Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Abgrenzungsposten wurden zum 1. Januar 2009 aus der Bilanz des Vorjahres übernommen. Die Bewertungsmethoden aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 wurden unverändert übernommen.

Die Angaben in Klammern betreffen die unveränderten Vorjahreszahlen.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind die gesetzlich vorgesehenen „davon-Vermerke“ statt in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung im Anhang wiedergegeben worden. Für die Gewinn- und Verlustrechnung haben wir das Gesamtkostenverfahren beibehalten.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 der SWS Seehafen Stralsund GmbH wurden dem elektronischen Bundesanzeiger übersandt und am 24. August 2009 veröffentlicht. Im Amtsblatt der Hansestadt Stralsund erfolgte die Veröffentlichung am 07. August 2009.

II. Erläuterungen einzelner Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2009

Die Zusammensetzung und die Entwicklung des **Anlagevermögens** ergeben sich im Einzelnen aus dem Anlagenspiegel, der als **Anlage 1 diesem Anhang** beigefügt ist.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen sind entsprechend den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern linear zeitanteilig berechnet. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden bei der Software über 3 bis 5 Jahre und bei den Nutzungsrechten über 99 Jahre abgeschrieben. Den Abschreibungen bei Gebäuden und baulichen Anlagen werden Nutzungsdauern zwischen 10 und 50 Jahren, bei den technischen Anlagen und Maschinen zwischen 10 und 60 Jahren und bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 5 und 10 Jahren zugrunde gelegt. Ab 2008 werden Anlagengüter mit Anschaffungskosten bis zu 150 € als Betriebsausgaben sofort abgesetzt. Für alle anderen Anlagengüter, deren Anschaffungskosten mehr als 150 € aber nicht mehr als 1.000 € betragen, wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die **Finanzanlagen** beinhalten den Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung für die Pensionszusage.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch eine ordnungsgemäße Inventur ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Sämtliche **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die Bewertung der Forderungen erfolgt zum Nennwert unter Berücksichtigung des einzelfallbezogenen und allgemeinen Ausfall- und Kreditrisikos (Einzel- und Pauschalwertberichtigung). Die Forderungen enthalten auch Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 10 (T€ 4) und Forderungen gegen Gesellschafter, die aus einer Cash-Pool-Vereinbarung in Höhe von T€ 148 (T€ 123) resultieren.

Der **Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten** sind zu Nennwerten bilanziert.

Das **gezeichnete Kapital** in Höhe von € 2.556.500 entspricht dem Stammkapital gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages.

Die **Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG** in Höhe von T€ 4.370 (T€ 4.370) wurde in der DM-Eröffnungsbilanz gemäß § 27 Abs. 2 Satz 3 DMBilG gebildet und darf nur zum Ausgleich von Verlusten oder zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden. Sie kann aufgelöst oder in eine freie Rücklage umgegliedert werden, soweit sie nicht zur Deckung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens benötigt wird.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** von T€ 11.579 (T€ 12.178) resultiert aus Investitionszuschüssen des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Verbindung mit Mitteln des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“.

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Abschreibungen der geförderten Vermögensgegenstände und betrug im Geschäftsjahr T€ 599 (T€ 532).

Rückstellungen wurden für alle zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken gebildet, soweit der Rückstellungsanlass aus dem Geschäftsjahr herrührt. Die Bewertung erfolgt in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach den steuerlichen Regelungen unter Anwendung des Teilwertverfahrens mit einem Rechnungszinsfuß von 6 % entsprechend der Heubeck Richttafeln 2005 G ermittelt.

Die Zusammensetzung und die Entwicklung der Rückstellungen ergeben sich im Einzelnen aus dem Rückstellungsspiegel, der als **Anlage 2 diesem Anhang** beigefügt ist.

Die Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** ergeben sich aus dem Verbindlichkeitspiegel, der als **Anlage 3 diesem Anhang** beigefügt ist.

Die **Verbindlichkeiten** beinhalten T€ 17 (T€ 4) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen, gegenüber der Gesellschafterin T€ 4 (T€ 8) und T€ 73 (T€ 84) aus Steuern sowie T€ 37 (T€ 44) aus Verbindlichkeiten für Lohnzahlungen.

Der passive **Rechnungsabgrenzungsposten** in Höhe von T€ 200 (T€ 212) enthält zeitanteilig abgegrenzte Kostenbeteiligungen.

Sonstige **finanzielle Verpflichtungen** bestehen im Rahmen von T€ 72 (T€ 70) aus Miet- und Leasingverpflichtungen, davon T€ 25 in 2010.

Aus dem Investitionsvorhaben „Erweiterung Südhafen, 3. Bauabschnitt“ besteht zum Bilanzstichtag noch ein Obligo in Höhe von ca. T€ 100.

Die Gesellschaft haftet in Höhe der im Rahmen eines über die Deutsche Bank AG abgewickelten konzerninternen Cash-Pools und den darin vereinbarten möglichen Kreditlinien. Die Kreditlinien über alle Konzerngesellschaften sind in der Cash-Pool-Vereinbarung in Höhe von maximal T€ 5.500 vereinbart. Zum Bilanzstichtag besteht keine Kreditinanspruchnahme, so dass ein Risiko nicht besteht.

III. Erläuterung einzelner Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** teilen sich wie folgt auf:

	<u>2009</u> T€	<u>2008</u> T€
Umschlag	1.598	2.638
Hafenentgelte	352	385
Mieten/Pachten/Lagerleistungen etc.	671	639
	2.621	3.662

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind T€ 599 (T€ 532) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen enthalten sowie T€ 204 (T€ 0) aus dem Verkauf von Anlagevermögen und T€ 11 (T€ 109) aus Versicherungsschädigungen.

Der **Materialaufwand** von T€ 452 (T€ 774) gliedert sich wie folgt:

	<u>2009</u> T€	<u>2008</u> T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren - davon von verbundenen Unternehmen:	261 169	334 173
Aufwendungen für bezogene Leistungen - davon von verbundenen Unternehmen:	191 19	440 24

Im **Personalaufwand** von T€ 1.484 (T€ 1.658) sind Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von T€ 45 (T€ 51) enthalten.

Den **Abschreibungen** von T€ 1.169 (T€ 1.172) steht die Auflösung des Investitionszuschusses mit T€ 599 (T€ 532) gegenüber. Außerplanmäßige Abschreibungen sind im Berichtsjahr nicht entstanden.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betragen T€ 392 (T€ 773).

IV. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen im Geschäftsjahr getätigten Geschäfte mit nahe stehenden Personen (ohne verbundene Unternehmen, soweit diese keine außen stehenden Gesellschafter haben) können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand(-)/ Ertrag(+)
SWS Energie GmbH	Stromliefervertrag	-85 T€
	Gasliefervertrag	-22 T€
	Wärmeliefervertrag	-37 T€
	Lagervertrag	29 T€
REWA GmbH	Lieferung Wasser/Entsorgung Abwasser	-25 T€
SWS Entsorgungs GmbH	Abfallentsorgung	-19 T€
SWS Telnet GmbH	Dienstleistungsvertrag Telefon	-4 T€
Hansestadt Stralsund	Mietvertrag	6 T€
	Grundstückskaufvertrag	201 T€
Liegenschafts- Entwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund GmbH	Pachtvertrag Lagerfläche/Liegeplätze	-46 T€

Als Grundlage für die Infrastrukturinvestitionen der Gesellschaft hat die Hansestadt Stralsund zudem ein Nießbrauchsrecht und Nutzungsrechte an Grundstücks- und Wasserflächen eingeräumt.

Derivative Finanzinstrumente werden in Form von Swaps zur Zinsabsicherung eingesetzt. Die durch Zinsswaps abgesicherten Darlehen valutierten zum Bilanzstichtag mit T€ 2.040.

Die SWS Seehafen Stralsund GmbH wird in den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH einbezogen.

Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Ostberg, Stralsund

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2009 folgende Mitglieder an:

Herr Detlef Lindner (Vorsitzender)	Stralsund, Beamter im Hauptzollamt,
Herr Rolf-Peter Zimmer (ab Okt. 2009) (stellvertretender Vorsitzender)	Stralsund, Dipl.-Ingenieur, Pensionär,
Herr Jürgen Suhr (ab Okt. 2009)	Stralsund, Wirtschaftsingenieur,
Herr Jürgen Oschmann (bis Sept. 2009)	Stralsund, Angestellter im Grone Bildungszentrum,
Herr Karl-Heinz Rojahn (bis Sept. 2009)	Stralsund, Vorruehändler.

Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von T€ 5 (T€ 4) angefallen.

Für die in der Bilanz ausgewiesene Pensionsrückstellung sind T€ 185 (T€ 189) für einen ehemaligen Geschäftsführer der Gesellschaft enthalten. Laufende Pensionen an diesen ehemaligen Geschäftsführer wurden in Höhe von T€ 16 (T€ 17) gezahlt.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Zahl der beschäftigten Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
	Anzahl	Anzahl
gewerbliche Mitarbeiter	26	26
Angestellte (ohne den Geschäftsführer)	13	13
Auszubildende	<u>3</u>	<u>3</u>
	42	42

Stralsund, den 24.02.2010

Wolfgang Ostenberg
Geschäftsführer

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2009

Anlage 1 zum Anhang

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte		
	Stand	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand	Stand	Zugänge	Abgänge	Stand	Stand	Stand
	31.12.2008				31.12.2009	31.12.2008			31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Software	38.898,90	2.990,00	0,00	0,00	41.888,90	32.515,90	2.642,00	0,00	35.157,90	6.731,00	6.383,00
2. Nutzungsrechte	1.920.934,10	0,00	0,00	0,00	1.920.934,10	233.879,10	19.819,00	0,00	253.698,10	1.667.236,00	1.687.055,00
3. geleistete Anzahlungen	0,00	6.292,80	0,00	0,00	6.292,80	0,00	0,00	0,00	0,00	6.292,80	0,00
gesamt	1.959.833,00	9.282,80	0,00	0,00	1.969.115,80	266.395,00	22.461,00	0,00	288.856,00	1.680.259,80	1.693.438,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	21.541.520,46	9.709,10	0,00	-26.481,63	21.524.747,93	4.667.329,25	671.482,10	0,00	5.338.811,35	16.185.936,58	16.874.191,21
2. technische Anlagen und Maschinen	6.961.450,70	441,00	0,00	0,00	6.961.891,70	3.276.655,70	353.434,00	0,00	3.630.089,70	3.331.802,00	3.684.795,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.695.767,81	24.770,10	0,00	-28.772,77	1.691.765,14	1.185.773,81	122.099,10	-28.772,77	1.279.100,14	412.665,00	509.994,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.890,00	0,00	0,00	0,00	8.890,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.890,00	8.890,00
gesamt	30.207.628,97	34.920,20	0,00	-55.254,40	30.187.294,77	9.129.758,76	1.147.015,20	-28.772,77	10.248.001,19	19.939.293,58	21.077.870,21
III. Finanzanlagen											
	280.650,15	24.405,91	0,00	0,00	305.056,06	0,00	0,00	0,00	0,00	305.056,06	280.650,15
	32.448.112,12	68.608,91	0,00	-55.254,40	32.461.466,63	9.396.153,76	1.169.476,20	-28.772,77	10.536.857,19	21.924.609,44	23.051.958,36

Rückstellungsspiegel zum 31. Dezember 2009

Anlage 2 zum Anhang

	Vortrag	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand
	31.12.2008				31.12.2009
	€	€	€	€	€
1. Pensionsrückstellungen	628.983,00	16.241,82	0,00	35.871,82	648.613,00
2. sonstige Rückstellungen					
a) Rechts- und Gutachterkosten	20.000,00	12.429,09	0,00	0,09	7.571,00
b) Instandhaltung	74.500,00	37.092,56	0,00	0,56	37.408,00
c) Abschluss- und Prüfungskosten	18.200,00	17.310,59	889,41	17.800,00	17.800,00
d) Urlaubsrückstellungen	11.411,00	11.410,92	0,08	4.188,00	4.188,00
e) Berufsgenossenschaft	22.000,00	22.000,00	0,00	20.000,00	20.000,00
f) Archivierung	2.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00
g) ausstehende Rechnungen	7.200,00	0,00	0,00	4.770,00	11.970,00
	155.311,00	100.243,16	889,49	46.758,65	100.937,00
	784.294,00	116.484,98	889,49	82.630,47	749.550,00

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2009

	Gesamtbetrag €	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.523.147,12	369.424,30	1.154.595,75	999.127,07
{ 31.12.2008}	{2.881.983,41}	{366.648,08}	{1.235.409,67}	{1.279.925,66}
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	36.170,09	36.170,09	0,00	0,00
{ 31.12.2008}	{58.280,50}	{58.280,50}	{0,00}	{0,00}
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16.517,69	16.517,69	0,00	0,00
{ 31.12.2008}	{4.085,98}	{4.085,98}	{0,00}	{0,00}
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.386,16	4.386,16	0,00	0,00
{ 31.12.2008}	{7.752,22}	{7.752,22}	{0,00}	{0,00}
5. sonstige Verbindlichkeiten	125.359,15	125.359,15	0,00	0,00
{ 31.12.2008}	{130.102,72}	{130.102,72}	{0,00}	{0,00}
Gesamt	2.705.580,21	551.857,39	1.154.595,75	999.127,07

Davon besichert:

Sicherheiten zu 1:

- Grundschild über 971 T€ zugunsten der Deutsche Bank AG auf das Grundstück Freifläche Südhafen
- Grundschild über 400 T€ zugunsten der HSH Nordbank AG auf das Grundstück Hafenstraße 20
- Grundschild über 1.020 T€ zugunsten der HSH Nordbank AG auf das Grundstück Seglerhafen
- Sicherungsübereignungen des darlehensfinanzierten Sachanlagevermögens
- Abtretung von Miet-, Pacht- und Leasingforderungen zugunsten der HSH Nordbank AG

zu 2. bis 5.

Es bestehen keine grundpfandrechtlichen bzw. anderen Sicherheiten, mit Ausnahme der branchenüblichen Eigentumsvorbehalte der Lieferanten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die SWS Seehafen Stralsund GmbH

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

SWS Seehafen Stralsund GmbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages i. V. mit §§ 11 ff. KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und §§ 11 ff. KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des La-

geberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 dargestellten Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Ertragslage der Gesellschaft sowie die ausgeführten Risiken der zukünftigen Entwicklung hin.

Schwerin, den 19. März 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

1. Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesrechnungshof M-V hat mit Schreiben vom 04.05.2010 dazu folgendes festgestellt:

„Der Landesrechnungshof gibt den Prüfungsbericht nach eingeschränkter Prüfung frei (§ 16 Abs. 3KPG).“

2. Gesellschafter

Die Gesellschafterversammlung hat am 27.04.2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Jahresabschluss 2009 wird festgestellt.

Der Lagebericht wird genehmigt.

Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wird für das Jahr 2009 Entlastung erteilt.

Jahresabschluss

2009

SWS Nahverkehr Stralsund GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Nahverkehr GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	31.12.2009 (in €)	31.12.2008 (in €)	Passiva	31.12.2009 (in €)	31.12.2008 (in €)
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00
Software	<u>10.117,00</u>	<u>3.278,00</u>	II. Kapitalrücklage	<u>564.196,05</u>	<u>564.196,05</u>
II. Sachanlagen				<u>589.796,05</u>	<u>589.796,05</u>
1. Fahrzeuge für den Personenverkehr	3.474.611,00	3.921.915,00	B. Sonderposten für Investitions- zuwendungen zum Anlagevermögen		
2. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nummer 1 gehören	147.027,00	144.236,00	1. Sonderposten für Investitions- zuschüsse	1.493.757,00	1.681.246,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	12.886,00	10.192,00	2. Sonderposten für Investitions- zulagen	<u>58,00</u>	<u>72,00</u>
	<u>3.634.524,00</u>	<u>4.076.343,00</u>		<u>1.493.815,00</u>	<u>1.681.318,00</u>
III. Finanzanlagen			C. Rückstellungen		
Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung	<u>69.528,35</u>	<u>59.629,93</u>	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	158.855,00	143.942,00
	<u>3.714.169,35</u>	<u>4.139.250,93</u>	2. sonstige Rückstellungen	<u>304.861,09</u>	<u>362.856,13</u>
B. Umlaufvermögen				<u>463.716,09</u>	<u>506.798,13</u>
I. Vorräte			D. Verbindlichkeiten		
Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>54.078,73</u>	<u>60.143,87</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.035.472,03	2.270.950,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 331.468,33 €; i.Vj. 354 T€		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	140.028,15	153.876,81	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	109.911,52	165.394,91
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	899.396,47	1.012.161,44	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 109.911,52 €; i.Vj. 165 T€		
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>55.589,66</u>	<u>52.949,52</u>	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16.018,78	32.263,79
	<u>1.095.014,28</u>	<u>1.218.987,77</u>	davon gegenüber Gesellschaftern 4.856,88 €; i.Vj. 22 T€		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>10.969,81</u>	<u>7.801,66</u>	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 16.018,78 €; i.Vj. 32 T€		
	<u>1.160.062,82</u>	<u>1.286.933,30</u>	4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>92.409,23</u>	<u>90.757,83</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 92.409,23 €; i.Vj. 91 T€		
	<u>0,00</u>	<u>627,71</u>	davon aus Steuern 35.442,05 €; i.Vj. 27 T€		
			davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 11.196,52 €; i.Vj. 11 T€	<u>2.253.811,56</u>	<u>2.559.366,65</u>
			E. Rechnungsabgrenzungsposten		
				<u>73.093,47</u>	<u>89.533,11</u>
Summe Aktiva	<u>4.874.232,17</u>	<u>5.426.811,94</u>	Summe Passiva	<u>4.874.232,17</u>	<u>5.426.811,94</u>

SWS Nahverkehr GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009		2008	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		3.546.043,55		3.709.304,80
2. sonstige betriebliche Erträge		1.059.926,92		1.048.554,95
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.033.896,61		1.288.491,98	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>142.532,91</u>	1.176.429,52	<u>166.397,05</u>	1.454.889,03
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	2.567.475,49		2.519.774,37	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 98.503,40 €; i.Vj. 112.207,40 €	<u>610.446,05</u>	3.177.921,54	<u>629.169,27</u>	3.148.943,64
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		663.677,07		636.440,05
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		687.395,64		685.118,98
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 114,36 €; i.Vj. 1.390,75 €		740,90		6.153,60
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen 428,79 €; i.Vj. 1.118,22 €;		<u>99.313,33</u>		<u>86.245,40</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.198.025,73		-1.247.623,75
10. sonstige Steuern		1.350,27		1.560,27
11. Erträge aus Verlustübernahme		<u>1.199.376,00</u>		<u>1.249.184,02</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0,00		0,00

SWS NAHVERKEHR GMBH

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

I. Allgemeine Angaben

Die SWS Nahverkehr GmbH ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 und Abs. 4 Handelsgesetzbuch. Der Jahresabschluss wurde laut Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Die weitergehenden Formvorschriften (Verordnung über die Gliederung von Jahresabschlüssen von Verkehrsunternehmen vom 27. Februar 1968, zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Juli 1988) wurden beachtet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen erfolgen linear unter Berücksichtigung der amtlichen AfA-Tabellen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Seit dem Geschäftsjahr 2008 wird für geringwertige Vermögensgegenstände ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre linear abgeschrieben wird.

Zur Absicherung der Ansprüche aus Altersteilzeit besteht eine Rückdeckungsversicherung, die gemäß dem amtlichen Hinweis H 6a Abs. 23 EStR bewertet wurde und unter den Finanzanlagen ausgewiesen ist.

Die Vorräte sind zu fortgeschriebenen Durchschnittspreisen bewertet. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind unter Beachtung des Kredit- und Ausfallrisikos zu Nennwerten angesetzt. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennbetrag bilanziert.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem Stammkapital gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages.

Der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen enthält erhaltene Investitionszuschüsse und -zulagen. Die Auflösung erfolgt im gleichen Prozentsatz, zu dem die geförderten Anlagenegegenstände abgeschrieben werden.

Die Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Die Pensionsrückstellung ist nach den Grundsätzen des § 6a EStG i.V.m. Richtlinie 6a EStR gebildet worden. Der Teilwert der Pensionsrückstellung ergibt sich aus einem versicherungsmathematischen Gutachten vom 7. Januar 2010. Die im Juli 2005 veröffentlichten biometrischen Rechnungsgrundlagen „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. K. Heubeck sind Rechnungsgrundlage für die Pensionsrückstellung. Der Rechnungszinsfuß beträgt 6,0 %

p.a. Für die Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen kommt ein Rechnungszinsfuß von 5,5 % p.a. zur Anwendung. Die übrigen sonstigen Rückstellungen sind in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet worden.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

III. Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist insgesamt im folgenden Anlagenspiegel Seite 7 aufgezeigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben jeweils eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 891.603,46 €, davon aus Verlustübernahme 2009 in Höhe von 749.376,00 € sowie übrige Forderungen in Höhe von 195.617,81 € enthalten. Darüber hinaus bestehen weitere Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 7.793,01 €.

Der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen betrifft mit 1.493.757,00 € noch nicht aufgelöste Investitionszuschüsse und mit 58,00 € noch nicht aufgelöste Investitionszulagen. Die Gesellschaft hat für die Anschaffung von einem KOM-Fahrzeug mit Fahrzeugausrüstung Fördermittel in Höhe von insgesamt 93.845,00 € erhalten.

Die Rückstellungen enthalten im Wesentlichen 158.855,00 € für Pensionen, 129.049,00 € für Altersteilzeit und ähnliche Verpflichtungen, 35.500,00 € für Tantieme, 33.550,00 € für unterlassene Instandhaltung, 22.000,00 € für Abschluss- und Prüfungskosten, 16.147,09 € für Jubiläumszuwendungen, 16.000,00 € für internen Aufwand Jahresabschluss und 15.000,00 € für mögliche Ansprüche ehemaliger Mitarbeiter aus der Zusatzversorgungskasse.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten untergliedern sich wie folgt:

Verbindlichkeit	insgesamt €	bis zu einem Jahr €	mehr als fünf Jahre €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.035.472,03	331.468,33	1.704.003,70
2. aus Lieferungen und Leistungen	109.911,52	109.911,52	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16.018,78	16.018,78	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	92.409,23	92.409,23	0,00
	<u>2.253.811,56</u>	<u>549.807,86</u>	<u>1.704.003,70</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Sicherungsübereignung der finanzierten KOM besichert. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen bei der Deutsche Kreditbank AG, der Sparkasse Vorpommern und der Pommerschen Volksbank eG zur laufenden Investitionsfinanzierung.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich mit 11.161,90 € im Wesentlichen um übrige Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten und in Höhe von 4.856,88 € um Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter.

Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von 3.546.043,55 € erzielt. Darin enthalten sind Erträge von 2.704.472,42 € aus Fahrleistungen, 354.956,68 € aus Leistungen für Dritte, 142.829,21 € gemäß § 145 Abs. 3 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch - (SGB IX), davon 6.994,01 € aus 2008, sowie 234.326,00 € nach der Verordnung über Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr (AusglVO M-V) vom 08. Dezember 2008 und 109.459,24 € sonstige Umsätze. Die Leistungen für Dritte umfassen u. a. in Höhe von 137.345,39 € den Verkauf von Dieselkraftstoff, AdBlue und Heizöl an die Kraftverkehrsgesellschaft mbH Ribnitz-Damgarten, die Omnibusse auf dem Betriebshof abstellt, und mit 88.700,87 € den Verkauf von Dieselkraftstoff an verbundene Unternehmen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich im Wesentlichen mit 596.458,32 € aus FAG-Mitteln des Landes zur Stützung des ÖPNV sowie mit 281.348,00 € aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszulagen und -zuschüsse, mit 45.641,61 € aus anderen betrieblichen Erträgen, mit 31.877,26 € aus Versicherungsentschädigungen, mit 31.445,75 € aus Mieteinnahmen und mit 30.350,00 € aus Anlagenverkauf.

Erträge aus Verlustübernahme ergaben sich auf der Grundlage des Organschaftsvertrages mit der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH in Höhe von 1.199.376,00 €.

Das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss aufstellt, ist die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH in Stralsund. Dieser wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und offengelegt.

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar erfolgen im Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

IV. Ergänzende Angaben

Sämtliche wesentlichen im Geschäftsjahr getätigten Geschäfte mit nahe stehenden Personen (ohne verbundene Unternehmen, soweit diese keine außen stehenden Gesellschafter haben) können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Ertrag	Aufwand
SWS Energie GmbH	Stromliefervertrag		25.251,77 €
	Gasliefervertrag		37.928,19 €
	Vertrag über Tanken und Waschen	2.960,46 €	
REWA GmbH	Vertrag über Tanken und Waschen	86.000,41 €	
SWS Telnet GmbH	Betriebsführung und Vermietung		
	Telekommunikationsanlage		5.155,23 €
	Mietvertrag LWL-Kabel		2.124,00 €
Hansestadt Stralsund	Beförderung Schüler zum Schwimmunterricht	35.355,13 €	

Im Jahresdurchschnitt waren 80 Mitarbeiter (ohne Geschäftsführerin) beschäftigt. Davon ist ein Arbeitnehmer befristet erwerbsunfähig bis zum 30. April 2010 und zwei Mitarbeiter wurden unbefristet erwerbsunfähig verrentet. Sieben Arbeitnehmer sind befristet eingestellt. Es bestehen drei Verträge über geringfügige Beschäftigung mit Senioren, die im Unternehmen tätig waren.

Sonstige über einen längeren Zeitraum bestehende finanzielle Verpflichtungen resultieren aus dem Pachtvertrag Betriebshof. Der Pachtzins ergibt sich aus den tatsächlichen Aufwendungen des Verpächters und betrug 179 T€ in 2009. Der Pachtvertrag hat eine Laufzeit von 30 Jahren, beginnend ab 1. Januar 1995 mit einer weiteren Option von 15 Jahren. Der jährlich zu erwartende Pachtzins hat in Abhängigkeit von den Aufwendungen des Verpächters eine sinkende Tendenz. Es bestehen Verträge über Dienstleistungen im Bereich Datenverarbeitung, Lohnabrechnung, zur juristischen Beratung und der Vertretung vor den Gerichten. Die Aufwendungen betragen ca. 36 T€ jährlich. Darüber hinaus bestehen in den nächsten 4 Jahren Verpflichtungen aus Leasingverträgen in einer Gesamthöhe von 191 T€.

Die Gesellschaft ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern (ZMV), die die Beiträge im Umlageverfahren erhebt. Im Geschäftsjahr 2009 betragen der Umlagesatz 1,3 % und der Zusatzbeitrag 4,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen im Geschäftsjahr 2009 76 T€.

Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die SWS Nahverkehr GmbH für die Erfüllung der zugesagten Leistungen ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Zur Erfüllung der sich aus der Betrauungsvereinbarung ergebenden Verpflichtungen bedient sich die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH der SWS Nahverkehr GmbH, über die sie direkten Einfluss mittels des Beherrschungsvertrages ausübt. Die der Gesellschaft auszugleichenden Kosten sollen auf Basis des von den Gremien der Gesellschaft beschlossenen Restrukturierungsplanes bis 2011 dem Kriterium eines „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens“ entsprechen.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 20. Oktober 2009 wurde der Aufsichtsrat neu bestellt. Er hat nunmehr folgende Mitglieder:

Herr Marc Quintana Schmidt (Vorsitzender)	Rechtsanwalt
Herr Olaf Hölbing (stellvertr. Vorsitzender)	Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik
Herr Eckehard Nitschke	Diplom-Kaufmann, im Ruhestand
Herr Frank Lange	Beamter
Herr Christoph Löwen	Diplom-Ingenieur für Raumplanung, Kreisplaner
Herr Manfred Butter	Diplom-Ingenieur E.-Mechaniker, im Ruhestand

Die Aufsichtsratsmitglieder haben im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung in Höhe von 3.225,00 € erhalten.

Für folgende bisherige Mitglieder des Aufsichtsrates endet ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat:

Frau Ute Nitz	Diplom-Bauingenieurin, Projektkoordinatorin
Herr Christian Koos	Diplom-Ingenieur, Geschäftsführer der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH
Herr Wolfgang Häusler	Diplom-Ingenieur, im Ruhestand

Die Aufsichtsratsmitglieder haben im Geschäftsjahr 2009 eine Vergütung in Höhe von 1.800,00 € erhalten.

Geschäftsführer bis zum 30. Juni 2009 war Herr Wolfgang Pohsin, der altersbedingt in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Geschäftsführerin seit dem 1. Juli 2009 ist Frau Jutta Vollert.

Die Pensionsrückstellung für ein ehemaliges Mitglied des Geschäftsführungsorganes beträgt zum Bilanzstichtag 159 T€. Pensionen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 8 T€ gezahlt.

Stralsund, den 8. März 2010

Jutta Vollert
Geschäftsführerin

SWS Nahverkehr GmbH Anlagenspiegel 2009

	<u>Anschaffungs- und Herstellungskosten</u>					<u>Abschreibungen</u>				<u>Buchwerte</u>	
	Anfangs- stand	Zugang	Umbu- chung	Abgang	Endstand	Anfangs- stand	Zugang	Abgang	Endstand	Restbuch- werte am Ende des Geschäfts- jahres	Restbuch- werte am Ende des vorange- gangenen Geschäfts- jahres
	31.12.2008 €	€	€	€	31.12.2009 €	31.12.2008 €	€	€	31.12.2009 €	31.12.2009 €	31.12.2008 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Software	<u>111.143,35</u>	<u>9.592,97</u>	<u>0,00</u>	<u>28.973,70</u>	<u>91.762,62</u>	<u>107.865,35</u>	<u>2.748,97</u>	<u>28.968,70</u>	<u>81.645,62</u>	<u>10.117,00</u>	<u>3.278,00</u>
II. Sachanlagen											
1. Fahrzeuge für den Personenverkehr	7.241.126,72	202.800,00	0,00	300.521,34	7.143.405,38	3.319.211,72	633.770,00	284.187,34	3.668.794,38	3.474.611,00	3.921.915,00
2. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nummer 1 gehören	950.607,27	25.011,32	0,00	4.729,58	970.889,01	806.371,27	22.220,32	4.729,58	823.862,01	147.027,00	144.236,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	138.121,44	18.298,78	0,00	16.314,28	140.105,94	127.929,44	4.937,78	5.647,28	127.219,94	12.886,00	10.192,00
	<u>8.329.855,43</u>	<u>246.110,10</u>	<u>0,00</u>	<u>321.565,20</u>	<u>8.254.400,33</u>	<u>4.253.512,43</u>	<u>660.928,10</u>	<u>294.564,20</u>	<u>4.619.876,33</u>	<u>3.634.524,00</u>	<u>4.076.343,00</u>
III. Finanzanlagen											
Aktivwert einer Rückdeckungsversicherung	<u>59.629,93</u>	<u>44.151,81</u>	<u>0,00</u>	<u>34.253,39</u>	<u>69.528,35</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>69.528,35</u>	<u>59.629,93</u>
Anlagevermögen gesamt	<u>8.500.628,71</u>	<u>299.854,88</u>	<u>0,00</u>	<u>384.792,29</u>	<u>8.415.691,30</u>	<u>4.361.377,78</u>	<u>663.677,07</u>	<u>323.532,90</u>	<u>4.701.521,95</u>	<u>3.714.169,35</u>	<u>4.139.250,93</u>

SWS NAHVERKEHR GMBH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Die SWS Nahverkehr GmbH, ein Unternehmen der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund, ist mit der Erbringung der Verkehrsdienstleistungen des öffentlichen Personennahverkehrs beauftragt. Gegenstand des Unternehmens ist neben der geschäftsmäßigen Beförderung von Personen die Instandhaltung von Kraftfahrzeugen.

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Das wirtschaftliche Umfeld und die allgemeinen Rahmenbedingungen waren im Geschäftsjahr 2009 vor allem durch die Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Die betriebs- und finanzwirtschaftliche Lage der SWS Nahverkehr GmbH war von intensiven Bemühungen geprägt, durch Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Kürzungen von Abgeltungsleistungen (insbesondere Zahlungen für die Beförderung von schwerbehinderten Menschen nach § 148 SGB IX) mussten aufgefangen werden. Positiv wirkte sich dagegen die Entwicklung des Preisniveaus für den Einkaufspreis von Dieselkraftstoff aus. Im Durchschnitt wurden 20,85 Cent je Liter weniger gezahlt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

2. Dienstleistung

Die Verkehrsdienstleistung wurde auf Basis von Liniengenehmigungen gemäß des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) § 42 durchgeführt. Es wird Schülerverkehr für Schwimmunterricht nach PBefG § 43 gefahren. Die Liniengenehmigungen wurden vom 01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2016 wiedererteilt. Es wird weiterhin Mietomnibusverkehr nach § 49 PBefG und Verkehr nach Freistellungs-Verordnung von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu und von Einrichtungen, die der Betreuung dieses Personenkreises dienen, durchgeführt.

Das Nebengeschäft, Instandhaltung und Serviceleistungen für Kraftfahrzeuge, wurde kontinuierlich weiter betrieben.

Zwischen der Hansestadt Stralsund und der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH wurde ab dem 01. Januar 2007 ein Betrauungsvertrag abgeschlossen. Er beinhaltet Tätigkeiten im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Hansestadt Stralsund. Bezug nehmend auf den Organschaftsvertrag zwischen der SWS Nahverkehr GmbH und der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH (§ 1 Abs. 1 b) wurde die SWS Nahverkehr GmbH mit der Umsetzung des Betrauungsvertrages beauftragt.

3. Umsatzentwicklung des Unternehmens

Die SWS Nahverkehr GmbH beförderte im Geschäftsjahr 2009 im Linienverkehr 4,4 Mio. Personen. Das sind 2,1 % weniger als im Vorjahr. Ursache ist der demografische Wandel. Dies zeigt sich im geringeren Verkauf von ermäßigten Zeitfahrtausweisen und in weniger Beförderungsfällen von schwerbehinderten Menschen, die unentgeltlich den ÖPNV nutzen.

Die betrieblichen Erträge verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 161 T€. Davon entfallen auf den Bereich der Umsatzerlöse Mindereinnahmen in Höhe von 163 T€, die unter anderem auf verminderte Umsätze für die Leistung für Dritte, zurückzuführen sind. Eine weitere Ursache sind weniger Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr und weniger Abgeltzahlungen für die Beförderung von schwerbehinderten Menschen.

Die folgende Aufstellung macht die Entwicklung der Umsätze im Vergleich zum Vorjahr deutlich.

Umsätze gesamt	-	4,4 Prozent
davon: Umsätze Fahrleistungen	+/-	0,0 Prozent
Abgeltungsleistungen	-	12,9 Prozent
sonstige Umsätze	-	18,7 Prozent

Abgeltungsleistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz sind in Mecklenburg-Vorpommern mit der Verordnung über die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr vom 08. Dezember 2008 neu geregelt worden. Dies führt in den Folgejahren zu geringeren Einnahmen. Die Abgeltungsleistungen nach SGB IX sind aufgrund einer Prüfung und Testierung des Nachweises für den Schwerbehindertenquotienten für das Unternehmen ebenfalls erheblich zurückgegangen. Die Umsätze aus der Leistung für Dritte und sonstiges sind um 107 T€ gegenüber dem Vorjahr geringer. Wesentliche Ursache ist der durchgereichte Einkaufspreis für den Verkauf von Dieselmotorkraftstoff an Dritte.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert. Es waren Mehreinnahmen von 11 T€ zu verzeichnen.

4. Finanzierung des Unternehmens

Das Unternehmen finanzierte sich 2009 aus den Erlösen und den Abgeltungsleistungen nach § 148 SGB IX und den Ausgleichsleistungen lt. AusglVO M-V. Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH gleicht den Zuschussbedarf im Rahmen der Querverbundsfinanzierung im Auftrag der Hansestadt aus. Unterjährig werden Abschläge auf den voraussichtlichen Jahreszuschuss gezahlt.

Die Steuerung der Liquidität durch den Cashpool der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH hat sich bewährt.

5. Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen

Die Ersatzinvestition von einem Standard-Linienbus konnte realisiert werden. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgte unter Berücksichtigung ausgereicherter Fördermittel über Kredit. Das neu angeschaffte KOM-Fahrzeug ist entsprechend den gesetzlichen Auflagen zur EURO 5 Norm mit der neuen SCR Dieselmotortechnik ausgerüstet.

6. Beschaffung

Der durchschnittliche Einkaufspreis für Dieselmotorkraftstoff verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 20,85 Cent je Liter. Damit verminderten sich die Kraftstoffkosten je Wagenkilometer um 8,0 Cent. Die Veränderungen der Preise für die anderen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe traten im prognostizierten Rahmen ein.

7. Umweltschutz

Durch die SWS Nahverkehr GmbH werden alle Fahrzeuge mit den gesetzlich gültigen Euro Normen gefahren. Der in 2009 angeschaffte KOM ist mit der neuen Mercedes-Benz Blue Tec®, das ist die wirtschaftliche SCR Dieselmotortechnik mit Zukunft, ausgerüstet. EURO 5 ist die nächste Stufe der europäischen Abgasemissionsgrenze

für schwere Nutzfahrzeuge. Gegenüber der aktuellen EURO 4-Stufe bedeutet EURO 5 eine weitere Reduzierung der Stickoxide (NOx). Beim Einsatz in Bussen bewirkt die SCR-Technologie, dass der Motor auf niedrige Partikelemission und niedrigen Kraftstoffverbrauch ausgelegt ist.

8. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2009 waren im Unternehmen 80 Mitarbeiter (ohne Geschäftsführerin) beschäftigt. Die Fluktuation und die Altersteilzeitvereinbarungen werden im Wesentlichen zur Ergebnisverbesserung ausgenutzt. Als Ersatz für zwei unbefristete Erwerbsunfähigkeitsverrentungen und eine befristete Verrentung bis zum 30. April 2010, wurden Neueinstellungen mit zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen vorgenommen. Die Altersstruktur konnte dadurch geringfügig verbessert werden.

93 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über die Berechtigung, Kraftomnibusse zu fahren.

Im Unternehmen gilt seit dem 01. Januar 2006 zur Entlohnung ein Haustarifvertrag auf Basis des Spartentarifvertrages für Nahverkehrsunternehmen in MV.

Es bestehen mit drei Arbeitnehmern Altersteilzeitverträge auf gesetzlicher und tariflicher Grundlage.

Es gibt keine Häufungen von Betriebsunfällen und es gab keine Anerkennung von Berufskrankheit.

Der Krankenstand ist gegenüber 2008 um 68 Krankentage zurückgegangen und liegt somit bei ca. 8,1 %.

9. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Geschäftsführerwechsel

Mit Wirkung vom 01. Juli 2009 trat der Geschäftsführer, Herr Wolfgang Pohsin, in den altersbedingten Ruhestand.

Neue Geschäftsführerin ist Frau Jutta Vollert.

Branchen- und Haustarifvertrag

Der seit dem 01. Januar 2006 gültige Haustarifvertrag (HTV) ist auf der Grundlage des Branchentarifvertrages, der zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband M-V e. V. und der Gewerkschaft ver.di abgeschlossen wurde, entwickelt worden. Der HTV entspricht den betrieblichen Erfordernissen. Gemäß § 20 Abs. 4 TV-NVS wurde das Ergebnis des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunalen Arbeitgebern ab dem 01. Januar 2009 übernommen.

Einführung neuer Fahrpreise

Ab dem 01. Dezember 2009 wurden die Fahrpreise und die Tarifstruktur geändert. Die Notwendigkeit zur Veränderung der seit Dezember 2007 geltenden Preise bestand unter anderem in den allgemeinen Preissteigerungen. Die Tarifstruktur wurde im Hinblick auf die in 2010 geplante Veränderung des Vertriebssystems angepasst. Die 2-Fahrten-Karte/ermäßigt und die 8-Fahrten-Karte werden nicht mehr angeboten. Neu im Sortiment sind die 7-Fahrten-Karte und die 7-Fahrten-Karte ermäßigt.

Schwerbehindertenzählung

In 2008 wurde die WIBERA AG mit der Prüfung und Testierung des Nachweises für den Schwerbehindertenquotienten nach § 148 Abs. 4 SGB IX beauftragt. In Absprache mit dem Ministerium fand abweichend von der neuen Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern die

erste Erhebungsperiode vom 18. Februar 2008 bis zum 03. September 2008 statt. Der ermittelte Wert i. H. v. 7,91 % liegt mit 1,65 Prozenten unter dem bisherigen und ist mit Schreiben vom 25. März 2009 vom Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung M-V bestätigt worden.

Strategische Ausrichtung der Unternehmensgruppe Stadtwerke Stralsund

Die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH ist mit der Erbringung von fahrplanmäßig festgelegten Verkehrsangeboten zur Bedienung der Allgemeinheit im öffentlichen Personennahverkehr durch die Hansestadt Stralsund betraut worden. Mit der Umsetzung der Betrauung ist die SWS Nahverkehr GmbH beauftragt worden. Voraussetzung für die Realisierung ist ein Restrukturierungsplan für die SWS Nahverkehr GmbH, in dem bis 2011 Restrukturierungsziele vorgegeben sind.

Aufgrund gestiegener Herausforderungen und zukünftiger wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen besteht die Notwendigkeit der Vernetzung und Kooperation von kommunalen Verkehrsunternehmen. Die Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr in den Gebietskörperschaften Hansestadt Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und Landkreis Rügen unterstützen eine gutachterliche Stellungnahme, um mögliche Optimierungspotentiale im Rahmen einer Kooperation zu identifizieren.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage der Gesellschaft ist durch die Optimierung des Leistungsangebotes gekennzeichnet. Die Ersatzinvestition von Omnibussen wird weitergeführt. Die Summe der Bilanz hat um 553 T€ abgenommen.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden mit 300 T€ durchgeführt. Es sind im Wesentlichen 26 Solo- und 7 Gelenkbusse im Einsatz.

Abschreibungen wurden mit 664 T€ vorgenommen. Es errechnet sich eine Anlagenintensität von 76,2 %. Damit ist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 0,1 Prozentpunkte zu verzeichnen.

2. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch Abschlüsse auf die voraussichtliche Verlustübernahme im Rahmen des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH gesichert.

Der Eigenkapitalanteil verbesserte sich um 1,2 Prozentpunkte auf 12,1 % der Bilanzsumme. Der Wert ist, bedingt durch den Organschaftsvertrag mit der Gesellschafterin, als ausreichend zu bezeichnen.

Die relative Deckung des langfristig gebundenen Vermögens durch Eigenkapital hat sich um 1,6 Prozentpunkte auf 15,9 % erhöht. Insgesamt stehen zur Finanzierung ausreichend langfristige Mittel zur Verfügung.

3. Ertragslage

Im Jahr 2009 wurden bedarfsgerechte Anpassungen der ÖPNV-Leistung vorgenommen. Ein Absenken der Nachfrage ist im Bereich der alternativen Bedienform AST zu verzeichnen. Dadurch verringerten sich u. a. die ermittelten eigenen Fahrplankilometer um 64 Tkm. Die Erträge aus Fahrleistungen erhöhten sich im Bereich des Stadtlinienverkehrs aufgrund von Mehreinnahmen aus der Fahrpreiserhöhung ab

01. Dezember 2009 um 31 T€. Insgesamt reduzierten sich die Erträge aus Fahrleistungen um T€ 1.

Der Zuschuss durch die Gesellschafterin (Erträge aus Verlustübernahme) beträgt 1.199 T€.

Der Gesamtkostendeckungsgrad des Unternehmens beträgt 79,4 % (Vorjahr 79,2 %) und konnte nicht nennenswert verbessert werden.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Durch extreme winterliche Bedingungen zu Beginn des Jahres 2010 wurde an einem Tag der Busverkehr zeitweise eingestellt. Bis zur Normalisierung der Straßenverhältnisse wurden einige Endhaltestellen und in den Wohngebieten Grünhufe und Viermorgen ganze Streckenabschnitte nicht bedient. Für diesen Zeitraum ist eine verstärkte Nutzung des ÖPNV zu verzeichnen gewesen, was zu einmalig hohen Umsätzen aus Fahrkartenverkauf führte.

Parallel ist durch die extremen Witterungsbedingungen eine Zunahme von registrierten Schadensfällen an KOM-Fahrzeugen eingetreten.

Ab 01. Januar 2010 beträgt die durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales festgelegte Insolvenzgeldumlage, die allein von den Unternehmen aufgebracht werden muss, 0,41 Prozent. Das ist das Vierfache des Vorjahreswertes und belastet das Budget außerordentlich.

D. Künftige Entwicklung, Chancen und wesentliche Risiken

Auf der Grundlage des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 24. Juli 2003 (C-230/00, „Altmark-Trans“) hat die Hansestadt Stralsund, die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH mit der Erbringung der ÖPNV-Leistungen in der Hansestadt betraut. Die SWS GmbH bedient sich für die Erfüllung dieser Aufgabe der SWS Nahverkehr GmbH. Das Unternehmen erbringt Verkehrsleistungen auf der Grundlage eigenwirtschaftlicher Liniengenehmigungen nach den §§ 42 und 43 PBefG, die ab 01. Januar 2009 für weitere acht Jahre bis zum 31. Dezember 2016 Gültigkeit haben. Die Betrauung durch die Hansestadt ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der weiteren Entwicklung des Unternehmens.

Eine bestimmende Größe für die betriebswirtschaftliche Entwicklung ist der zur Anwendung kommende Vergütungstarifvertrag, der den betrieblichen Möglichkeiten und dem Restrukturierungsplan entspricht und hohe Planungssicherheit bringt.

Im Wirtschaftsjahr 2009 konnte die qualitativ und quantitativ gute ÖPNV-Dienstleistung bei gutem Ergebnis gewährleistet werden. Durch Kooperationen mit Verkehrsunternehmen, die auch weiterhin ausgebaut werden müssen, konnten Parallelverkehre vermieden und Kosten gespart werden.

Für 2010 plant das Unternehmen eine Erneuerung des Vertriebssystems mit kontrolliertem Einstieg sowie die Einführung eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL). Des Weiteren soll das dynamische Fahrgastinformationssystem erweitert werden. Das Unternehmen erhofft, durch technische Innovation und mehr Serviceorientierung eine Steigerung der Attraktivität zu erreichen.

Die Gebietskörperschaft Hansestadt Stralsund sowie die Landkreise Nordvorpommern und Rügen streben eine stärkere Kooperation der in ihrem Besitz befindlichen ÖPNV-Unternehmen an. Es wurde ein Gutachten zur „Entwicklung und Bewertung von Kooperationsmodellen für die ÖPNV-Unternehmen“ in Auftrag gegeben. Als Ergebnis liegt eine Handlungsempfehlung zur Kooperation in Form der Bildung eines „Gemeinsamen Tochterunternehmens“ vor. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund hat mit Beschluss vom 03. Dezember 2009 weitergehende Untersuchungen in Bezug auf die Kooperationsvariante „Gründung eines gemeinsamen Tochterunternehmens“ sowie die Fusion der betreffenden Verkehrsunternehmen im Rahmen einer von der Landesregierung beabsichtigten Landkreisneuordnung zu veranlassen. Der Kreistag Rügen hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2009 beschlossen, die aus dem Gutachten gegebene Handlungsempfehlung zur Kooperation „Gemeinsames Tochterunternehmen“ weiter zu verfolgen und die beiden Kooperationsmodelle Fusion und Tochterunternehmen weiter zu untersuchen. Mit Datum vom 01. März 2010 erfolgte die Beschlussfassung durch den Landkreis Nordvorpommern mit weitergehenden Untersuchungen zur vorgeschlagenen Kooperationsvariante „Gründung eines gemeinsamen Tochterunternehmens“ (alternativ eine Verschmelzung), die Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe von Nordvorpommern, Stralsund und Rügen weiter voranzutreiben.

1. Wirtschaftliche Bestandsgefährdung

Zur frühzeitigen Erkennung sowie zur Vermeidung bzw. Kontrolle und Steuerung von Risiken nutzt die SWS Nahverkehr GmbH ein unternehmensspezifisches Risikomanagement (Risikohandbuch). Elemente dieses Systems sind das Controlling, das Vertragsmanagement und das Frühwarnsystem (Risikoberichterstattung). Damit ist sicher gestellt, dass Risiken zeitnah erfasst und Steuermechanismen festgelegt werden. Das Risikomanagement wird jährlich auf seine Aktualität geprüft und gegebenenfalls ergänzt bzw. überarbeitet.

2. Rechtliche Bestandsgefährdung

Insbesondere die Aspekte der Finanzierungspflichten sowie der Erhalt des steuerlichen Querverbundes zwischen der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH und der SWS Nahverkehr GmbH nehmen eine herausragende Rolle ein.

Risiken könnten sich aus der weiteren demografischen Entwicklung im Bediengebiet für den ÖPNV ergeben.

Weitere rechtliche Bestandsgefährdungen sind nicht erkennbar.

Die Vorgaben der Restrukturierung, die den Zeitraum 2007 bis 2011 umfassen, sind bisher erfüllt worden. Gegenüber dem Status quo konnte eine Ergebnisverbesserung um 233 T€ erreicht werden, das entspricht 81,2 % des Restrukturierungszieles.

Die SWS Nahverkehr GmbH hat mit der Fahrpreisänderung zum 01. Dezember 2009 begonnen, das Tarifsysteem zu vereinfachen. Mit den in 2010 geplanten Investitionsmaßnahmen zur Schaffung eines neuen Vertriebssystems, verbunden mit der Einführung „Einstieg vorne“ werden die Tarifbedingungen weiter vereinfacht und Serviceorientierung erreicht.

Das Unternehmen wird mit der Einführung eines Betriebsleitsystems und der Weiterführung des dynamischen Informationssystems richtungsweisende innovative Maßnahmen für den Fahrgast durchführen.

Stralsund, den 08. März 2010

Jutta Vollert
Geschäftsführerin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

SWS Nahverkehr GmbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein

den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 23. März 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

SWS Entsorgungs GmbH

Unternehmensgruppe
Stadtwerke Stralsund
GmbH

SWS Entsorgungs GmbH, Stralsund
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite	31.12.2009	31.12.2008	Passivseite	31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00
Software	745,00	1.242,00	II. Gewinnrücklagen	2.808.078,67	2.808.078,67
II. Sachanlagen				2.911.078,67	2.911.078,67
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.558.495,90	4.312.369,90	B. Rückstellungen		
2. technische Anlagen und Maschinen	6.200.714,56	6.353.545,56	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	129.840,00	132.213,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	253.606,42	222.437,64	2. sonstige Rückstellungen	99.605,84	157.158,99
4. Anlagen im Bau	0,00	36.009,73		229.445,84	289.371,99
	11.012.816,88	10.924.362,83	C. Verbindlichkeiten		
	11.013.561,88	10.925.604,83	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.578.859,01	9.535.960,66
B. Umlaufvermögen			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.972,57	150.022,27
I. Vorräte			3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	33.521,11	58.370,31
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.306,84	15.566,69	4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.594.734,28	1.258.291,23
2. fertige Erzeugnisse	15.290,90	1.913,00	5. sonstige Verbindlichkeiten	29.294,76	28.784,23
	33.597,74	17.479,69	(davon aus Steuern € 15.328,20; i. Vj. € 16.841,33)		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 13.883,56;		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	943.288,42	1.054.795,34	i. Vj. € 11.370,10)		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.848,52	2.079,79		11.303.381,73	11.031.428,70
3. Forderungen gegen Gesellschafter	1.123.540,84	1.247.503,41			
4. sonstige Vermögensgegenstände	352.684,45	323.730,95			
	2.424.362,23	2.628.109,49			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	930.382,21	624.039,09			
	3.388.342,18	3.269.628,27			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	42.002,18	36.646,26			
	14.443.906,24	14.231.879,36		14.443.906,24	14.231.879,36

SWS Entsorgungs GmbH, Stralsund
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	9.114.246,90	8.871.571,62
2. Erhöhung (i. Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen Erzeugnissen	13.377,90	-1.829,95
3. sonstige betriebliche Erträge	2.182.809,54	2.363.379,70
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	831.017,88	1.111.865,89
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.021.986,85	4.947.612,93
	5.853.004,73	6.059.478,82
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.735.819,87	1.762.615,25
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 1.657,60; i. Vj. € 3.720,00)	371.216,80	377.971,14
	2.107.036,67	2.140.586,39
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	998.337,41	999.366,42
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	775.027,75	761.735,97
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 10.576,34; i. Vj. € 71.481,90)	11.406,73	73.046,85
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 90,40; i. Vj. € 117,50)	475.391,00	479.255,26
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.113.043,51	865.745,36
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	60.920,65	44.061,91
12. sonstige Steuern	16.377,79	17.577,87
13. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	1.035.745,07	804.105,58
14. Jahresüberschuss	0,00	0,00

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des DMBilG wurden beachtet.

Soweit Posten vom gesetzlichen Wortlaut abweichen, wurde dies in Übereinstimmung mit § 265 Abs. 6 HGB von uns vorgenommen. Im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB wurde die Gliederung erweitert.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften, des GmbHG und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Die Gesellschaft weist zum Abschlusstichtag die Größenmerkmale einer mittelgroßen GmbH gemäß § 267 Absatz 2 HGB auf. Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen erfolgen für Software linear über drei Jahre.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet und, soweit abnutzbar, im Wesentlichen linear abgeschrieben. Der Wechsel von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode wird im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten genutzt. Die MBV-/EBS-Abfallbehandlungsanlage wird über die Nutzungsdauer von 15 Jahren abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr des Zuganges in voller Höhe abgeschrieben. Anlagengüter, deren Einlagewerte € 150,00, aber nicht € 1.000,00, übersteigen, werden ab 2008 in einen Sammelposten eingestellt und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Die Vorräte werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Das Niederstwertprinzip wird dabei beachtet.

Bei den Forderungen wurden in angemessenem Umfang Wertberichtigungen vorgenommen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sowie die liquiden Mittel sind zum Nominalbetrag bewertet. Das Körperschaftsteuerguthaben ist nach den steuerlichen Vorschriften zum Barwert bilanziert.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält gemäß § 250 Absatz 3 HGB die Unterschiedsbeträge aus dem Ausgabebetrag und dem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Unterschiedsbetrag wird durch planmäßige jährliche Abschreibungen getilgt. Im Übrigen werden alle Anforderungen erfasst, die bereits im abzuschließenden Geschäftsjahr im voraus bezahlt und gebucht wurden, aber wirtschaftlich das neue Geschäftsjahr betreffen.

Für die Pensionsrückstellung liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten vor. Die Bewertung der Verpflichtungen erfolgte zum Teilwert nach den steuerlichen Vorschriften gemäß

§ 6a EStG unter Beachtung der Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck, 2005 G, zu einem Rechnungszinsfuß von 6 % p. a.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist insgesamt im Anlagenspiegel (Anlage 3, Blatt 6) aufgezeigt.

III. Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben jeweils eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Lediglich in dem Steuererstattungsanspruch ist mit 181.410,00 € der abgezinsten Auszahlungsanspruch aus dem Körperschaftsteuerguthaben enthalten, das Guthaben wird beginnend mit dem 30.09.2008 in 10 gleichen Jahresraten ausgezahlt.

Die Forderungen gegen die Gesellschafter betragen 1.123.540,84 €, davon aus Lieferungen und Leistungen 110.366,00 €. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen mit 4.848,52 € resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge gemäß § 250 Absatz 3 HGB in Höhe von 4.447,64 €, vorausgezahlte Kraftfahrzeugsteuern für 2010 in Höhe von 2.622,18 €, bereits gezahlte Versicherungsprämien mit 30.349,03 € sowie eine Leasing-Sonderzahlung in Höhe von 4.583,33 € enthalten.

In den sonstigen Rückstellungen von 99.605,84 € sind Rückstellungen für Jahresabschlusskosten und Kosten für die Steuererklärung in Höhe von 18.000 € sowie Kosten für eigene Jahresabschlussarbeiten und Archivierungskosten mit 4.970 € enthalten. Für Arbeitnehmeransprüche wurden Rückstellungen von 46.087,23 € gebildet. Mit 24.000 € sind Rückstellungen für Tantiemeansprüche enthalten. Die Aufwandsrückstellungen enthalten mit 6.000 € den Werbebereich und mit € 548,61 Verwertungskosten.

Die Höhe von gebildeten Pensionsrückstellungen beträgt 129.840,00 €.

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich wie folgt:

Verbindlichkeit	insgesamt €	2010 fällig €	in 2011 - 2014 fällig €	nach 2014 fällig €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.578.859,01	983.462,58	3.859.016,00	4.736.380,43
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	66.972,57	66.972,57	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen)	33.521,11 (33.521,11)	33.521,11 (33.521,11)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (davon aus Lieferungen und Leistungen)	1.594.734,28 (463.608,60)	1.594.734,28 (463.608,60)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
5. sonstige Verbindlichkeiten	29.294,76	29.294,76	0,00	0,00
	11.303.381,73	2.707.985,30	3.859.016,00	4.736.380,43

Die Darlehen (9.579 T€) sind durch Grundschuldbestellungen bzw. Globalzessionen und Buchgrundschulden besichert.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 9.114,2 T€ enthalten 5.365,3 T€ Erlöse aus Verwertung und Beseitigung, 3.224,7 T€ Erlöse aus Transport, Behältermiete, Gestellungsleistungen und Sortierung sowie 524,2 T€ sonstige Erlöse.

Die sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Verpachtung der MBV-/EBS-Abfallbehandlungsanlage mit 1.564,4 T€ und aus Erträgen aus Anlageabgängen mit 84,8 T€. Weitere 27,7 T€ resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen mit 5.022,0 T€ beinhalten im Wesentlichen Fremdleistungen für Verwertung, Beseitigung und Transport in Höhe von 4.888,7 T€

Für die Folgejahre bestehen jährliche, langfristige Verbindlichkeiten aus Mietverträgen mit 24 T€, für Dienstleistungsverträge mit 195 T€ sowie aus Leasingverträgen mit ca. 184 T€.

IV. Ergänzende Angaben

Sämtliche wesentlichen im Geschäftsjahr getätigten Geschäfte mit nahe stehenden Personen können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Nahe stehende Person	Wesentliche Verträge	Aufwand (-)/ Ertrag (+) 2009 €
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	Kaufmännischer Betriebsführungsvertrag	-135.035,00
SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	IT-Dienstleistungsvertrag	-70.516,93
SWS Energie GmbH	Stromliefervertrag	-294.554,99
SWS Energie GmbH	Gasliefervertrag	-56.048,30
REWA GmbH	Lieferung Wasser/Entsorgung Abwasser	-20.172,56
REWA GmbH	Abfallentsorgung	15.397,70
SWS Telnet GmbH	Dienstleistungsvertrag Telefon	-7.683,00
SWS Seehafen Stralsund GmbH	Schiffsentsorgung	18.784,42
Hansestadt Stralsund, Amt 30	Abfallwirtschaftsvertrag	5.134.279,92
Hansestadt Stralsund, Amt 60	Abfallwirtschaftsvertrag	266.368,79
Hansestadt Stralsund, Amt 20	Mietverträge Recyclingplatz, Umschlagplatz	13.683,76
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nordost Betrieb Stralsund	Pachtvertrag MBV-/EBS-Anlage	1.564.356,34
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nordost Betrieb Stralsund	Verwertung Abfälle	-3.903.387,09
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nordost BS Neubrandenburg	Vertrag Containerwartung	10.956,41
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nordost BS Neubrandenburg	Abfallverwertung	-630.261,25
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nehlsen Plump	Beseitigung überwachungspflichtiger Abfälle	-76.382,65
Nehlsen GmbH & Co. KG NL Nordost BS Rügen	Werkstattleistungen lt. Vertrag	50.571,35

Im Jahresdurchschnitt waren 63 Mitarbeiter beschäftigt, davon 12 nichtgewerbliche Mitarbeiter und 51 gewerbliche Mitarbeiter.

Derivative Finanzinstrumente werden durch die Gesellschaft nicht genutzt.

Geschäftsführer sind Herr Ulf Klingenberg und Herr Jörg Pagels. Beide Geschäftsführer handeln gemeinsam.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen 36 T€.

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Mitglieder an :

Herr Rolf-Peter Zimmer (Vorsitzender)	Rentner
Herr Lutz Siewek (stellv. Vorsitzender)	Geschäftsführer Nehlsen GmbH & Co. KG
Herr Peter Hoffmeyer	Geschäftsführer Nehlsen GmbH & Co. KG (ab 08.05.2009)
Herr Dirk Peter	Geschäftsführer Nehlsen GmbH & Co. KG (bis 08.05.2009)
Herr Horst Engelbrecht	Rentner (bis 08/2009)
Frau Ute Nitz	(bis 26.11.2009)
Frau Kerstin Chill	Versicherungsfachwirtin (ab 26.11.2009)
Herr Kurt Pagels	Rentner (ab 26.11.2009)

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden Bezüge von insgesamt 4.600,00 € gezahlt.

Mutterunternehmen ist mit 51 % die SWS Stadtwerke Stralsund GmbH. Die SWS Entsorgungs GmbH wird in den Konzernabschluss der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH, der im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt wird, einbezogen.

Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der SWS Entsorgungs GmbH und der SWS Stadtwerke Stralsund GmbH.

Stralsund, den 22.02.2010

Ulf Klingenberg
Geschäftsführer

Jörg Pagels
Geschäftsführer

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen					Restbuchwert		
	Stand 31.12.2008	Zugang	Umbuchung	Abgang	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008	Zugang	Zuschreibung	Abgang	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008	
	€	€		€	€	€	€	€	€	€	€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Software	1.490,00	0,00	0,00	0,00	1.490,00	248,00	497,00	0,00	0,00	745,00	745,00	1.242,00
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.186.956,00	135.696,97	392.695,00	0,00	7.715.347,97	2.874.586,10	282.265,97	0,00	0,00	3.156.852,07	4.558.495,90	4.312.369,90
2. technische Anlagen und Maschinen	8.589.399,86	49.217,67	486.883,59	77.435,40	9.048.065,72	2.235.854,30	642.790,06	0,00	31.293,20	2.847.351,16	6.200.714,56	6.353.545,56
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung												
- Fuhrpark	3.013.753,69	0,00	0,00	586.297,67	2.427.456,02	2.954.574,85	29.254,00	0,00	584.758,61	2.399.070,24	28.385,78	59.178,84
- Behälter und Werkzeuge	1.014.853,55	0,00	0,00	24.117,64	990.735,91	942.434,60	15.086,00	0,00	24.114,99	933.405,61	57.330,30	72.418,95
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	768.866,34	105.495,38	0,00	10.680,89	863.680,83	678.026,49	28.444,38	0,00	10.680,38	695.790,49	167.890,34	90.839,85
	4.797.473,58	105.495,38	0,00	621.096,20	4.281.872,76	4.575.035,94	72.784,38	0,00	619.553,98	4.028.266,34	253.606,42	222.437,64
4. Anlagen im Bau	36.009,73	843.568,86	-879.578,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.009,73
	20.609.839,17	1.133.978,88	0,00	698.531,60	21.045.286,45	9.685.476,34	997.840,41	0,00	650.847,18	10.032.469,57	11.012.816,88	10.924.362,83
Insgesamt	20.611.329,17	1.133.978,88	0,00	698.531,60	21.046.776,45	9.685.724,34	998.337,41	0,00	650.847,18	10.033.214,57	11.013.561,88	10.925.604,83

SWS Entsorgungs GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.-31.12.2009

1. Situation der Branche und des wirtschaftlichen Umfelds

Die deutsche Entsorgungswirtschaft stand auch 2009 vor großen Herausforderungen. Der Konjunkturereinbruch ist auch an der Entsorgungs- und Recyclingbranche nicht spurlos vorübergegangen. Insbesondere Firmen, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt bei Industrie- und Gewerbeabfällen haben, mussten Margenrückgänge hinnehmen. Besser sah es bei Unternehmen aus, die überwiegend im Bereich der Entsorgung von Hausmüll tätig sind. Wenn auch, als Fortsetzung des langjährigen Trends, mit einem leicht rückläufigen Aufkommen an Abfällen je Einwohner zu rechnen war, die Geschäftsentwicklung war bei diesen Unternehmen stabiler.

Auch im Jahr 2009 haben die seit Jahren bekannten Probleme bzw. Fragen die Diskussionen in der Branche bestimmt. Daseinsfürsorge vs. freierer Marktzugang, die Zukunft der getrennten Erfassung, die Abgrenzung stofflicher Verwertung vs. energetischer Verwertung, wem gehört der zunehmend wertvollere Inhalt der Tonnen.

Der im 2. Halbjahr 2008 einsetzende Sinkflug bei vielen Rohstoffpreisen hatte auch noch 2009 große Auswirkungen in der Entsorgungs- und Recyclingbranche. Das Papiergewerbe hatte mit kräftigen zweistelligen Absatzeinbußen zu kämpfen. Damit sank der entsprechende Orderbedarf an Altpapier. Der Preisverfall war noch zu Beginn des Jahres 2009 dramatisch. Erst Mitte des Jahres erreichte das Preisniveau für Altpapier ca. 40,00 €/t. Analoge Entwicklungen waren auch bei den anderen Sekundärrohstoffen zu verzeichnen.

Zweifelsohne ist die breite mittelständische Firmenstruktur der deutschen Entsorgungswirtschaft entscheidend für die Tatsache, dass Deutschland heute, auch im internationalen Vergleich, eine technologisch führende und effiziente Entsorgung aufweist. Gegenwärtig stehen viele kleinere und mittlere Unternehmer der Branche vor der Frage, ob sie das Unternehmen mittelfristig in neue Hände geben. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere in der Hausmüllentsorgung die Intensivierung des Konsolidierungsprozesses zunehmen wird. Dies wird zur Folge haben, dass große Unternehmen der Branche wohl weiter wachsen werden.

Auch unter den Marktführern wird es zunehmenden Wettbewerbsdruck geben. So arbeitet der Berliner Familienkonzern Alba intensiv daran, über seine Beteiligung am deutlich größeren Konkurrenten Interseroh, seinen Abstand zum Marktführer Remondis deutlich zu verringern.

Kennzeichnend für die deutsche Entsorgungswirtschaft ist ein gespaltener Markt zwischen marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Verhältnissen und dem hoheitlichen Bereich, der durch die Überlassungspflicht gegenüber öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern gekennzeichnet ist.

Im Jahr 2008, als die Preise für Altpapier ein Rekordniveau hatten, entbrannte bundesweit ein regelrechter Kampf um das Altpapier und das Aufstellen der blauen Tonnen. In diesem

Zusammenhang wurde verstärkt die Frage diskutiert, ob auch die Restmüllentsorgung als gewerbliche Leistung ausgeführt werden kann.

Mit klaren Worten hat das Bundesverwaltungsgericht mit seiner Entscheidung vom 18.06.2009 die kommunale Entsorgungszuständigkeit für Abfälle aus privaten Haushalten bestätigt. Private Abfallbesitzer dürfen somit nicht gewerbliche Entsorger mit der Verwertung ihrer Abfälle beauftragen. Die Diskussionen zu dieser Problematik werden aber weiter gehen. Der Gesetzgeber wird spätestens mit der Umsetzung der EU – Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht die betreffenden Sachverhalte genauer und präziser definieren müssen.

Momentan sind private Unternehmen zu etwa 60 Prozent als so genannte beauftragte Dritte der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger tätig. Tendenziell gibt es aber in der Branche Bestrebungen der Körperschaften, Aufgaben zurückzuholen und wieder selbst auszuführen. In diesem Zusammenhang wird die interkommunale Zusammenarbeit zunehmen, dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass diese Form der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen nicht dem Vergaberecht unterliegt, so die Entscheidung des EuGH vom 09.06.2009.

Am 01.01.2009 ist die Fünfte Verordnung zur Novellierung der Verpackungsverordnung in Kraft getreten.

Wesentliche Ziele der Novelle sind die Sicherstellung der haushaltsnahen Entsorgung von Verkaufsverpackungen, das Schließen von Schlupflöchern für Trittbrettfahrer und die Schaffung von optimalen Bedingungen für einen fairen Wettbewerb. Zu diesem Zweck sieht die Novelle eine klare Trennung der Entsorgung von privaten Endverbrauchern sowie gewerblichen Endverbrauchern vor. Alle Verpackungen, die in den Verkauf gelangen und zur Abgabe an private Haushalte bestimmt sind, müssen bei einem dualen System lizenziert sein.

Für die Entsorgungsbranche gilt mit Bundesratsbeschluss vom 13.02.2009 und Gesetzesveröffentlichung das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. In den letzten Jahren war eine Entwicklung zu beobachten, dass im Rahmen von Ausschreibungen zunehmend gewerbliche Auftragnehmer aufgetreten sind, die ihre Mitarbeiter weit unter den geltenden Tariflöhnen und teilweise zu fraglichen Arbeitsbedingungen beschäftigt haben.

Seit dem 01.01.2010 gilt für die gesamte Abfallwirtschaft der Mindestlohn von 8,02 €/ Stunde.

Diese Maßnahme sollte mehr Fairness im Wettbewerb bringen.

Die seit Jahren bestehenden Risiken für klein- und mittelständische Entsorger nehmen infolge der weiteren Konzentrationsprozesse in der Branche zu.

Für die SWS Entsorgungs GmbH wirkt sich hier der Gesellschafterhintergrund durch die Nehlsen GmbH & Co. KG positiv aus.

Die SWS Entsorgungs GmbH versucht die Marktstellung erfolgreich zu sichern, indem sie weiterhin den Weg als Komplett Dienstleister, der den Kunden umfassende Leistungsketten von der Logistik über die Sortierung, Vorbehandlung und Aufbereitung bis hin zur Verwertung anbieten kann, beschreitet.

Die allgemeine Wirtschaftskrise war im Tätigkeitsbereich der SWS Entsorgungs GmbH im Jahr 2009 nicht so stark zu spüren wie an den großen Industriestandorten der Bundesrepublik.

Die Auftragslage war bei der Mehrzahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen, insbesondere auch bei den Handwerksbetrieben, überwiegend gut. Davon profitierte die SWS Entsorgungs GmbH.

Bei der Volkswerft Stralsund GmbH, als größtem gewerblichen Einzelkunden im Territorium, verschlechterte sich die Auftragslage im Jahr 2009 zunehmend. Die Beschäftigung der SWS Entsorgungs GmbH auf der Werft im bisherigen Leistungsumfang war jedoch noch gesichert. Eine wirtschaftliche Belebung ist mittelfristig durch die Aktivitäten im neuen Südhafen und die Vermarktung des maritimen Gewerbeparks zu erwarten.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Mengen an Siedlungsabfällen aus den Vertragsgebieten Hansestadt Stralsund, Hansestadt Greifswald und Landkreis Rügen bewegen sich auf Vorjahresniveau. Auch konnten Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen akquiriert werden.

Mit knapp 66.000 t Anlageninput wurden 5,7 % weniger Abfall als in 2008 behandelt. Ursache dafür ist der Anlagenumbau in den ersten Wochen des Jahres 2009.

Speziell bei den Stralsunder Abfallmengen sind leichte Zuwächse beim Hausmüll von 0,5 % zu verzeichnen, die Sperrmüllmengen liegen mit 20 % über dem Vorjahreswert.

Die Anzahl der aufgestellten blauen Tonnen im privaten Haushaltsbereich liegt bei ca. 2750 Stück. Die Mengen der PPK Fraktion sind aber mit 2,9 % leicht rückläufig.

Im Bereich Baumischabfallbehandlung/-verwertung ist eine Steigerung von 6,1 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die Annahme von Beton reduzierte sich um 8,8 %, der Verkauf von Betonbruch sank drastisch um 62,9 %. Dies ist eindeutig auf die Nachfrage am Markt zurückzuführen. Die Annahme von Ziegel erhöhte sich um 38,8 %, der Verkauf von Ziegelbruch reduzierte sich um 44,0 %. Diese Mengenänderungen stehen auch im Zusammenhang mit dem allgemeinen Baugeschehen in und um Stralsund.

Bei den Marktanteilen der SWS Entsorgungs GmbH im Territorium gab es keine nennenswerten Verschiebungen.

Die Umsatzerlöse von 9.114 T€ liegen mit 2,7 % über denen des Jahres 2008. Im Wesentlichen resultiert dies aus Preisanpassungen gemäß Preisanpassungsklauseln bei den Entsorgungsverträgen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen um 181 T€ bzw. um 7,6 % niedriger aus als im Vorjahr. Dies resultiert im Wesentlichen aus geringeren Weiterberechnungen für den Energiebezug an die Nehlsen GmbH & Co. KG und aus planmäßig verringerten Pachteinahmen. Die Auflösung von Rückstellungen fällt um 36 T€ geringer aus als im Vorjahr.

Die Summe von Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen bewegt sich mit einer Veränderung von 0,6 % fast auf Vorjahresniveau und liegt zusammen mit dem erzielten Ergebnis über den Planwerten.

Geplant war für das Geschäftsjahr 2009 eine Gesamtleistung in Höhe von 11.114 T€. Erreicht wurden 11.310 T€ als Gesamterlöse. Die Gewinnabführung beträgt 1.036 T€.

3. Produktion

Bei den Kernaufgaben der SWS Entsorgungs GmbH, der Erfassung von Hausmüll, Sperrmüll und Wertstoffen aus Haushalten, gab es keinerlei Störungen.

Auf Grund der Witterung in den Wintermonaten gab es im Bereich der Straßenreinigung kaum Beeinträchtigungen.

Personal, Infrastruktur, Fuhrpark und Ausrüstungen waren in diesen Bereichen für die Leistungserbringung ständig verfügbar.

Um den Fuhrpark auf einem entsprechenden technischen Niveau zu halten, wurden 4 Ersatzfahrzeuge angeschafft, die Finanzierung erfolgt über Leasing.

Für den Bereich der Baustellenabfallaufbereitung wird ein Platz in der Nähe des Betriebsgeländes genutzt. Es werden keine eigenen Anlagen zur Herstellung von Recyclingbaustoffen mehr betrieben. Hier wird bei Bedarf auf Dienstleister mit mobilen Anlagen zurückgegriffen.

Die Produktion in der verpachteten MBV-/EBS-Anlage war für den Pächter nicht mehr wirtschaftlich. Ein Grund dafür waren die gestiegenen Energiepreise. Es erfolgte der Beschluss, die Anlage in eine rein mechanische Behandlungsanlage umzubauen. Der biologische Teil der Anlage wurde außer Betrieb genommen. Zusätzlich wurde ein NIR-Abscheider installiert, um die Chlorwerte dauerhaft im Normalbereich zu halten. Durch den Anlagenumbau ist ein Anlagendurchsatz von bis zu 130.000 Tonnen pro Jahr denkbar.

Genehmigungsrechtlich könnte, bei veränderten Marktbedingungen, der biologische Teil der Anlage wieder in Betrieb genommen werden.

Abgesehen von den Umbauarbeiten produzierte die Anlage kontinuierlich und ohne nennenswerte Störungen Ersatzbrennstoffe für die Heizkraftwerke in Stavenhagen und Demmin. Die Behandlung der vertragsgemäß angelieferten Siedlungsabfälle war zu jeder Zeit abgesichert.

Die Zertifizierung des Unternehmens, einschließlich der MBV-/EBS-Anlage, zum „Entsorgungsfachbetrieb“ konnte wiederum erfolgreich abgeschlossen werden.

4. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 1.134 T€ investiert. Der wesentliche Teil der Investmittel betrifft den Umbau der MBV-/EBS-Anlage mit 515 T€, die Errichtung einer EBS-Lagerhalle mit 514 T€ und der Bau einer separaten Zufahrt für den Kleinanliefererplatz mit 51 T€.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen wurde ein Darlehen über 1.000 T€ aufgenommen. Der Pachtvertrag wurde entsprechend angepasst, sodass die Refinanzierung über die Restlaufzeit des Pachtvertrages gesichert ist.

Die übrigen Investitionen des Jahres 2009 betreffen Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 44 T€ sowie sonstige Investitionen mit 10 T€.

5. Personal- und Sozialbereich

Per 31.12.2009 beschäftigte das Unternehmen 66 (Vj. 64) Mitarbeiter(innen), sowie 5 Auszubildende, die zu Bürokaufleuten bzw. Kfz.-Mechatronikern ausgebildet werden.

Von den Beschäftigten verfügen 5 Mitarbeiter(innen) über einen Hochschulabschluss. Daneben sind zwei Meister und 49 Facharbeiter verschiedener Berufe tätig. Die restlichen Mitarbeiter wurden für ihre Tätigkeiten angelehrt.

Der Altersdurchschnitt liegt im gewerblichen sowie auch im Leitungs- und Verwaltungsbe- reich bei 48 Jahren.

Die Interessen der Belegschaft werden durch einen Betriebsrat vertreten, es gab regelmäßig Beratungen mit dem Betriebsrat, sodass die Mitbestimmungs- und Informationspflicht ge- währleistet war.

Qualifizierungsmaßnahmen finden kontinuierlich, z. B. für Verantwortliche im Sinne der Ent- sorgungsfachbetriebe-Verordnung, Beauftragte für Abfall, Immissionsschutz, Gefahrgut und Sicherheit sowie Beschäftigte, die mit Asbest, Sonderabfall und Gefahrgut umgehen, statt.

Die Gesellschaft hat eine externe Fachkraft für Sicherheit sowie einen Betriebsarzt bestellt. Die für die jeweiligen Tätigkeiten vorgeschriebenen Kontrolluntersuchungen werden regel- mäßig durchgeführt.

Die erforderlichen kollektiven und persönlichen Schutzausrüstungen für die im Unternehmen auszuführenden Tätigkeiten stehen zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr kam es zu 9 Betriebsunfällen ohne schwerwiegende Schäden.

Berufskrankheiten traten nicht auf.

Das gegenwärtige Lohnniveau der Mitarbeiter(innen) entspricht dem Stand von 2002, dem Zeitpunkt des Austrittes aus dem Arbeitgeberverband. Entsprechend der Gremienbeschlüsse erhalten die Mitarbeiter(innen) für 2009 eine Einmalzahlung von 500,00 €
Für das Geschäftsjahr 2010 wurde mit dem Betriebsrat eine allgemeine Lohnerhöhung von 3,6 % vereinbart.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Für das Auftragswesen, die Disposition und die Fakturierung ist bei der SWS Entsorgungs GmbH die Software Lewin im Einsatz. Beim Mitgesellschafter Nehlsen GmbH & Co. KG ist auch diese Software im Einsatz, jedoch mit einigen Erweiterungen bzw. entsorgungsspezifischen Zusatzfunktionen. Im Zusammenhang mit der zum 01.03.2010 geltenden Elektronischen Nachweisverordnung wurde in den Gremien der Beschluss gefasst, eine Umstellung auf das „Nehlsen Lewin“ vorzunehmen. Die Softwareumstellung ist zum 01.03.2010 geplant. EDV-Dienstleister für diesen Teil ist dann die Nehlsen GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsjahr erfolgte eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt für die Jahre 2004/2005. Die Steuernachzahlungen für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und der entsprechenden Verzinsung betragen ca. 45 T€

Zur besseren Nutzung der Werkstattkapazitäten wurde die Zusammenarbeit mit der Nehlsen GmbH & Co. KG erweitert. Es erfolgen Kfz-Reparaturarbeiten für den Rügener Betriebsteil der Firma.

Die Werkstatt wurde auf ein 2-Schichtsystem umgestellt.

Die im Jahr 2008, beim Bau des neuen Umschlagplatzes nicht realisierte Zufahrt für die Kleinanlieferer zum Wertstoffhof, wurde in diesem Jahr gebaut. Diese Maßnahme dient insbesondere der Erhöhung der Sicherheit auf dem Betriebsgelände.

7. Lage zum Bilanzstichtag 31.12.2009

Der Anteil des Anlagevermögens ist mit 76,3 % fast unverändert gegenüber dem Vorjahr (76,8 %). Eine langfristige Finanzierung des Anlagevermögens ist gesichert. Die Eigenkapitalquote ist um 0,3 % gegenüber 2008 auf 20,2 % gefallen. Insgesamt kann die Bilanzstruktur mit gut eingeschätzt werden.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 waren keine Vorgänge von besonderer Bedeutung zu verzeichnen.

9. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Entscheidung, in eine Abfallbehandlungsanlage zu investieren, kann nach wie vor als strategisch richtig eingeschätzt werden. Der Zugriff auf eigene Behandlungskapazitäten ist Basis und Sicherheit für alle anderen Aktivitäten der SWS Entsorgungs GmbH.

Der weitaus überwiegende Teil der im Territorium erfassten Abfallarten kann in der EBS-Anlage vor Ort behandelt werden.

Die Risiken, die zwangsläufig mit dem Betrieb einer Anlage dieser Art und dieser Größenordnung zusammenhängen, wurden vertraglich auf den Betreiber der Anlage übertragen. Durch den erfolgten Anlagenumbau ist es für den Pächter möglich, die Anlage wieder wirtschaftlich zu betreiben. Damit wurden auch die wirtschaftlichen Risiken für die SWS Entsorgung GmbH minimiert.

Langfristige Dienstleistungsverträge sind eine stabile Basis für die Tätigkeiten der SWS Entsorgung GmbH. Andererseits müssen Risiken aus der geplanten Verwaltungs- und Funktionalreform in Mecklenburg-Vorpommern betrachtet werden. Mögliche Auswirkungen auf die Vertragsverhältnisse sind zu untersuchen und entsprechende Lösungsansätze aufzuzeigen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Berliner Rechtsanwaltsbüro Graßner, Groth und Siederer. Neben möglichen Risiken der geplanten Funktionalreform können sich für die Gesellschaft auch Chancen ergeben.

Das Abfallaufkommen aus den Vertragsgebieten wird auch in den Folgejahren wegen der demographischen Entwicklung weiterhin leicht rückläufig sein.

Auf dem Sektor der Entsorgung im gewerblichen und privaten Bereich ist eine gesunde Kundenstruktur vorhanden. Es gibt keine Einzelkunden, deren Ausfall ernsthafte Probleme bereiten würde.

Durch die Probleme im Werftenbereich wird es in 2010 Reduzierungen im Leistungsumfang beim Dienstleistungsvertrag mit der Volkswerft geben. Dies wird zu Erlösschmälerungen führen.

Auch der extrem harte Winter zu Beginn des Jahres 2010 wird Auswirkungen auf das Jahresergebnis haben. So konnten die vereinbarten Dienstleistungen beim Straßenkehren witterungsbedingt nicht erbracht werden. In der Baubranche konnte kaum gearbeitet werden, dies hat Auswirkungen auf die Erlöse aus Transport, Containergestellung und Verwertung.

Risiken werden im bestehenden Risikomanagementsystem laufend erfasst. Sie werden regelmäßig neu bewertet. Die Kontroll- und Gegenmaßnahmen werden im Team festgelegt. Jedoch erfolgte auch in 2009 noch keine Umstellung auf das softwaregestützte Risikomanagementsystem des Stadtwerke Konzerns. Dies soll nun in 2010 realisiert werden.

Das praktizierte Forderungsmanagement hat sich bewährt. Die Zahlungsausfälle konnten gering gehalten werden.

Eine Bedrohung des Bestandes des Unternehmens wird nicht gesehen.

Chancen für die weitere positive Entwicklung des Unternehmens sieht die Geschäftsführung in der weiteren Optimierung der geschäftlichen Prozesse, insbesondere in der Verstärkung der vertrieblichen Aktivitäten in enger Zusammenarbeit mit der Nehlsen GmbH & Co. KG, insbesondere mit deren Niederlassungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gesellschaft geht auch künftig von einer angemessenen Gewinnerwartung aus. Durch die gegenwärtige Wettbewerbssituation und dem damit verbundenen Preiskampf sowie der allgemeinen schlechten Konjunkturschätzung werden die künftigen Ergebnisse unter dem Niveau von 2009 liegen.

10. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft ist nicht im Bereich Forschung & Entwicklung tätig.
Sie betreibt keine Zweigniederlassungen.

Stralsund, den 22.02.2010

Ulf Klingenberg
Geschäftsführer

Jörg Pagels
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

SWS Entsorgungs GmbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt

ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 12. März 2010

WIKOM Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Eysert
Wirtschaftsprüfer

Bottner
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates zum Geschäftsjahr 2009

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die SWS Entsorgungs GmbH wiederum erfolgreich im Entsorgungsmarkt behauptet.

Der Aufsichtsrat der SWS Entsorgungs GmbH hat sich während des Geschäftsjahres in ordentlichen Sitzungen sowie durch schriftliche Berichte regelmäßig und umfassend über die Geschäftslage, wesentliche Risiken und die strategischen Pläne informiert. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben die Geschäftsführung überwacht sowie die Aufgaben wahrgenommen und die Entscheidungen getroffen, die ihnen nach Gesetz und Satzung übertragen sind.

Insgesamt haben im Berichtsjahr vier Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Alle wichtigen Vorgänge, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden ausführlich erörtert und besprochen. Im Vordergrund standen neben dem Jahresabschluss vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft, der Betrieb der MBA/EBS Anlage, die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2010 und die mittelfristige Planung sowie die Personalentwicklung.

Der Jahresabschluss 2009 und der Lagebericht sind von der Wikom AG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfbericht hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 und stimmt dem Ergebnis der Abschlussprüfer zu.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2009 festzustellen, den Lagebericht zu genehmigen sowie der Geschäftsführung Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SWS Entsorgungs GmbH Dank und Anerkennung für die geleistete und erfolgreiche Arbeit aus.

Stralsund, 07. Mai 2010

Der Aufsichtsrat



Rolf-Peter Zimmer
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Jahresabschluss

2009

Wohlfahrtseinrichtungen der

Hansestadt Stralsund

gemeinnützige GmbH

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Beschluss des Hauptausschusses der Bürgerschaft

**Titel: Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund GmbH -
Jahresabschluss 2009
GH 0136/2010**

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung wie folgt zu beschließen:

1.
Der durch die Baltic Revisions- und Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 38.160,49 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 24.942.614,65 Euro wird festgestellt.
2.
Dem Vorschlag der Geschäftsführung und der Empfehlung des Verwaltungsrates zur Ergebnisverwendung, wird gefolgt. Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 38.160,49 Euro wird mit dem Verlustvortrag in Höhe von 56.589,26 Euro verrechnet. Damit verbleibt ein Verlustvortrag in Höhe von 18.428,77 Euro.
3.
Die Geschäftsführerin, Frau Schwanz, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
4.
Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für das Geschäftsjahr 2009 entlastet.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-08-0073

Datum: 24.08.2010


Hartlieb



Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2008 EUR		EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2008 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>				1. Festgesetztes Kapital	204.516,75		204.516,75
Software		1.587,23	4.017,23	2. Kapitalrücklagen	5.313.090,35		5.313.090,35
II. <u>Sachanlagen</u>				3. Gewinnrücklagen	1.359.583,01		1.543.980,98
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	19.902.739,09		20.398.165,22	4. Verlust-/Gewinnvortrag	-56.589,26		143,35
2. Technische Anlagen	2.530.748,15		2.781.072,55	5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	38.160,49		- 241.130,58
3. Einrichtungen und Ausstattungen	804.074,12		1.003.603,20			6.858.761,34	6.820.600,85
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	920.074,55	24.157.635,91	178.950,88	B. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		11.372.806,80	11.804.939,76
		24.159.223,14	24.365.809,08	C. Rückstellungen			
B. Umlaufvermögen				Sonstige Rückstellungen		92.957,00	39.440,00
I. <u>Vorräte</u>				D. Verbindlichkeiten			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		26.815,80	26.175,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	423.993,76		555.954,77
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 423.993,76 (i. V. TEUR 553,2)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	342.805,50		364.203,25	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.900.942,29		5.623.131,08
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 273.422,00 (i. V. TEUR 22,2)			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	43.643,96	386.449,46	45.591,31	3. Erhaltene Anzahlungen	130.022,63		146.359,07
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 130.022,63 (i. V. TEUR 146,4)			
III. Kassenbestand, <u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>		350.864,53	322.831,51	4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	1.163,93		0,00
		764.129,79	758.801,07	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.163,93 (i. V. TEUR 0,0)			
				5. Sonstige Verbindlichkeiten	95.442,54		86.466,29
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 95.442,54 (i. V. TEUR 86,4)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		19.261,72	16.967,24	6. Verwahrgelder	61.842,98		63.419,74
				7. Umsatzsteuer	4.681,38		1.265,83
						6.618.089,51	6.476.596,78
		24.942.614,65	25.141.577,39			24.942.614,65	25.141.577,39

Wohlfahrtseinrichtungen
der Hansestadt Stralsund gGmbH
Grünhofer Bogen 1a
18437 Stralsund

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009**

Vorjahres-
zahlen

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG	8.457.111,40		8.179.007,33
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	2.764.158,01		2.809.463,48
3. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.095.380,96		888.296,42
4. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	0,00		54.752,92
5. Sonstige betriebliche Erträge	<u>68.757,35</u>	12.385.407,72	61.778,99
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.205.903,68		5.995.453,81
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Personalaufwendungen - davon für Altersversorgung: EUR 206.570,25 (i. V. TEUR 200,3)	<u>1.481.919,04</u>	7.687.822,72	1.438.035,35
7. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Zusatzleistungen	64.528,86		61.142,13
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	575.380,33		559.436,92
c) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	<u>2.788.532,95</u>	3.428.442,14	2.822.610,78
8. Steuern, Abgaben, Versicherungen - davon Steuern vom Einkommen und Ertrag: EUR 2.485,37 (i. V. TEUR 4,9)	156.627,26		159.967,58
9. Mieten, Pacht, Leasing	<u>76.016,24</u>	<u>232.643,50</u>	<u>76.337,18</u>
Zwischenergebnis		1.036.499,36	880.315,39
10. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen		210.000,00	0,00
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		642.132,96	653.141,40
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten		210.000,00	0,00
13. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.032.052,50		930.278,71
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.728,59</u>	1.033.781,09	3.149,43
14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		352.369,96	302.292,43
15. Sonstige ordentliche Aufwendungen		<u>2.419,62</u>	<u>3.251,53</u>
Zwischenergebnis		290.061,65	294.484,69
16. Zinsen und ähnliche Erträge	4.403,39		25.033,88
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>309.268,19</u>	<u>-304.864,80</u>	<u>265.039,84</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-14.803,15	54.478,73
19. Außerordentliche Erträge	63.784,96		19.487,18
20. Außerordentliche Aufwendungen	10.821,32		352.096,49
21. Weitere Erträge	<u>0,00</u>		<u>37.000,00</u>
22. Außerordentliches Ergebnis		<u>52.963,64</u>	<u>-295.609,31</u>
23. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		<u><u>38.160,49</u></u>	<u><u>-241.130,58</u></u>

Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009

der

**Wohlfahrtseinrichtungen
der Hansestadt Stralsund gGmbH
Grünhofer Bogen 1a**

18437 Stralsund

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2009 der Wohlfahrtseinrichtungen Stralsund gGmbH, Stralsund, wurde entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) sowie den Bestimmungen der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) aufgestellt und gegliedert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Die Zuordnungsvorschriften der PBV wurden beachtet.

Die Wertansätze der Vorträge zum 01. Januar 2009 entsprechen denen des von uns geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Vorjahresabschlusses zum 31. Dezember 2008 der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH, so dass die Bilanzidentität gewahrt ist.

Die Bewertungsmethoden bleiben im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Bilanzkontinuität ist somit gewahrt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wird vom Grundsatz der Unternehmensfortführung (going-concern-Prinzip) ausgegangen.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände werden einzeln bewertet.

Das Realisationsprinzip sowie der Grundsatz der Vorsicht bzw. das Imparitätsprinzip werden beachtet.

1. Aktivseite

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die linearen Abschreibungen, bewertet. Die Anlagenzugänge des Berichtsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben. Zwischenfinanzierungszinsen werden in die Herstellungskosten mit einbezogen.

Entsprechend der Neuregelung durch das Unternehmenssteuerreformgesetz werden geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 Euro sofort abgeschrieben. Für abnutzbare, bewegliche und selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter zwischen 150 und 1000 Euro ist im Wirtschaftsjahr der Anschaffung ein Sammelposten zu bilden, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren zu jeweils einem Fünftel Gewinn mindernd aufgelöst wird.

Die Anlagennachweise gem. § 4 Abs. 1 PBV sind in dieser Anlage auf den Blättern 7 - 13 beigelegt; auf den Blättern 14 – 20 sind die Fördernachweise wiedergegeben.

Die Abgänge der Sachanlagen werden mit ihrem Restbuchwert zum Zeitpunkt des Ausscheidens ausgebucht.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu fortgeschriebenen Einstandspreisen bzw. zu letzten Einstandspreisen bewertet.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden erkennbare Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Die übrigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

2. Passivseite

Die Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens stellen Finanzierungsgegenposten zu den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen dar, die jährlich anteilig in Höhe der Abschreibungen auf gefördertes Anlagevermögen aufgelöst werden.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind ausreichend bemessen und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in der Höhe notwendig.

Die Verbindlichkeiten werden zum Nennwert bzw. mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet.

III. Angaben zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung des Gesamt-Anlagevermögens wird im Gesamt-Anlagennachweis auf Blatt 7 dieser Anlage gezeigt.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält ein Disagio in Höhe von 12.000 Euro.

Das festgesetzte Kapital beträgt 204.516,75 Euro.

Bei den Gewinnrücklagen handelt es sich ausschließlich um andere Gewinnrücklagen gemäß § 266 Abs. 3 HGB

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand am 01.01.2009 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
Abschlusskosten	12.000,00	12.000,00	0,00	12.000,00	12.000,00
Urlaubsrückstellung	12.500,00	12.500,00	0,00	20.600,00	20.600,00
Altersteilzeit	1.740,00	0,00	0,00	44.393,00	46.133,00
Berufsgenossenschaft	0,00	0,00	0,00	1.024,00	1.024,00
Archivierung	13.200,00	0,00	0,00	0,00	13.200,00
	<u>39.440,00</u>	<u>24.500,00</u>	<u>0,00</u>	<u>78.017,00</u>	<u>92.957,00</u>

Die Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

	Restlaufzeiten			
	gesamt EUR	bis 1 Jahr EUR	2 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	423.993,76	423.993,76	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.900.942,29	273.422,00	1.108.830,29	4.518.690,00
Erhaltene Anzahlungen	130.022,63	130.022,63	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	1.163,93	1.163,93	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	95.442,54	95.442,54	0,00	0,00
Verwahrgelder	61.842,98	61.842,98	0,00	0,00
Umsatzsteuer	4.681,38	4.681,38	0,00	0,00
	<u>6.618.089,51</u>	<u>990.569,22</u>	<u>1.108.830,29</u>	<u>4.518.690,00</u>

Die Verbindlichkeiten sind nicht durch Pfandrechte o. ä. gesichert.

IV. **Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die außerordentlichen und periodenfremden Aufwendungen und Erträge enthalten mit Ausnahme einer Prozesskostenerstattung von 18,0 TEuro keine wesentlichen Posten.

Das Jahresergebnis wird durch Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 2,5 TEuro belastet.

V. Sonstige Angaben

1. An Mitarbeitern wurden im Jahresdurchschnitt gemäß § 287 Nr. 7 HGB beschäftigt:

	<u>MA</u>
Leitung	10,00
Verwaltung	12,07
Pflegedienst	141,27
Betreuungsdienst	39,26
Wirtschafts-Versorgungsdienst	7,87
Technischer Dienst	7,49
Sonstige Dienste	<u>14,20</u>
	<u><u>232,16</u></u>

2. Geschäftsführerin war im Berichtsjahr Frau Sabine Schwanz. Es wird von der Möglichkeit gemäß § 286 Abs. 4 HGB, nähere Angaben zum Geschäftsführungsorgan zu unterlassen, Gebrauch gemacht.

3. Der Verwaltungsrat bis zum 05. Oktober 2009 gliedert sich wie folgt:

Kraska-Röll	Brigitte	Vorsitzende	ab 02/2009	Fraktionsgeschäftsführerin
Bien	Ilse	stellv. Vorsitzende		Rentnerin
Winkel	Christina	Mitglied		Opernsängerin
Scheffer	Siegfried	Mitglied		Versicherungsmakler
Prof. Dr. Eilsberger	Rupert	Mitglied		Rentner
Meyer	Jochen	Mitglied		Rentner
Schumann	Rolf	Mitglied		Rentner

Der Verwaltungsrat ab 05. Oktober 2009 gliedert sich wie folgt:

Bien	Ilse	Vorsitzende	ab 11/2009	Rentnerin
Völker	Nico	stellv. Vorsitzende	ab 11/2009	Zeitsoldat
Winkel	Christina	Mitglied		Opernsängerin
Schwarz	Maximilian	Mitglied		Zivildienstleistender
Meyer	Jochen	Mitglied		Rentner
Schumann	Rolf	Mitglied		Rentner
Bordert	Tino	Mitglied		Geschäftsführer
Ratffann	Burkhard	Mitglied		Angestellter

An den Verwaltungsrat wurde eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.850,00 Euro gezahlt.

4. Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 02. Dezember 2009 wird der Jahresfehlbetrag 2008 in Höhe von EUR 241.130,58, in Höhe von EUR 141.099,76 mit der Betriebsmittelrücklage und in Höhe von EUR 43.298,21 mit der freien Rücklage nach § 58 Nr. 7 Buchstabe a AO verrechnet. Der verbleibende Verlust in Höhe von EUR 56.732,61 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
5. Das von den Abschlussprüfern für das Geschäftsjahr berechnete Honorar für die Abschlussprüfungsleistung beträgt EUR 10.472,00. Für Steuerberatungsleistungen wurden EUR 1.960,13 und für sonstige Leistungen wurden EUR 238,00 abgerechnet.
6. Vorschlag für die Ergebnisverwendung
Die Geschäftsführung der Gesellschaft schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss in Höhe von EUR 38.160,49 mit dem Verlustvortrag zu verrechnen.

Stralsund, 16.4.2010


Sabine Schwanz
Geschäftsführerin

Entwicklung des Gesamt-Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am 01.01.2009	Zugang	Umbu- chungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 01.01.2009	Abschrei- bungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Software	214.807,22	0,00	0,00	0,00	214.807,22	210.789,99	2.430,00	0,00	213.219,99	1.587,23	4.017,23
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	24.119.607,15	15.669,87	0,00	0,00	24.135.277,02	3.721.441,93	511.096,00	0,00	4.232.537,93	19.902.739,09	20.398.165,22
2. Technische Anlagen	4.333.353,64	4.840,43	0,00	0,00	4.338.194,07	1.552.281,09	255.164,83	0,00	1.807.445,92	2.530.748,15	2.781.072,55
3. Einrichtungen und Ausstattungen	3.289.850,55	65.296,10	0,00	193.994,17	3.161.152,48	2.286.247,35	263.361,67	192.530,66	2.357.078,36	804.074,12	1.003.603,20
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	178.950,88	741.123,67	0,00	0,00	920.074,55	0,00	0,00	0,00	0,00	920.074,55	178.950,88
	<u>31.921.762,22</u>	<u>826.930,07</u>	<u>0,00</u>	<u>193.994,17</u>	<u>32.554.698,12</u>	<u>7.559.970,37</u>	<u>1.029.622,50</u>	<u>192.530,66</u>	<u>8.397.062,21</u>	<u>24.157.635,91</u>	<u>24.361.791,85</u>
	<u>32.136.569,44</u>	<u>826.930,07</u>	<u>0,00</u>	<u>193.994,17</u>	<u>32.769.505,34</u>	<u>7.770.760,36</u>	<u>1.032.052,50</u>	<u>192.530,66</u>	<u>8.610.282,20</u>	<u>24.159.223,14</u>	<u>24.365.809,08</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte			
	Stand am 01.01.2009	Zugang	Umb- chungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 01.01.2009	Abschrei- bungen	Umb- chungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Immaterielle <u>Vermögensgegenstände</u>												
Software	144.480,92	0,00	-9.722,23	0,00	134.758,69	140.463,69	0,00	-5.705,00	0,00	134.758,69	0,00	4.017,23
II. <u>Sachanlagen</u>												
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.048.477,28	0,00	0,00	0,00	3.048.477,28	870.590,52	55.024,00	0,00	0,00	925.614,52	2.122.862,76	2.177.886,76
2. Einrichtungen und Ausstattungen	224.171,39	0,00	-36.652,29	99.888,00	87.631,10	196.824,27	1.238,50	-12.007,18	98.424,49	87.631,10	0,00	27.347,12
3. geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	741.123,67	178.950,88	0,00	920.074,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	920.074,55	0,00
	<u>3.272.648,67</u>	<u>0,00</u>	<u>142.298,59</u>	<u>99.888,00</u>	<u>4.056.182,93</u>	<u>1.067.414,79</u>	<u>56.262,50</u>	<u>-12.007,18</u>	<u>98.424,49</u>	<u>1.013.245,62</u>	<u>3.042.937,31</u>	<u>2.205.233,88</u>
	<u>3.417.129,59</u>	<u>0,00</u>	<u>132.576,36</u>	<u>99.888,00</u>	<u>4.190.941,62</u>	<u>1.207.878,48</u>	<u>56.262,50</u>	<u>-17.712,18</u>	<u>98.424,49</u>	<u>1.148.004,31</u>	<u>3.042.937,31</u>	<u>2.209.251,11</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am 01.01.2009	Zugang	Umbu- chungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 01.01.2009	Abschrei- bungen	Umbu- chungen	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Software	21.541,45	0,00	9.722,23	0,00	31.263,68	19.669,10	2.430,00	7.577,35	29.676,45	1.587,23	1.872,35
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	751.366,40	0,00	0,00	0,00	751.366,40	124.015,10	12.589,00	0,00	136.604,10	614.762,30	627.351,30
2. Einrichtungen und Ausstattungen	336.028,38	1.953,14	36.652,29	0,00	374.633,81	272.058,98	25.776,17	3.006,65	300.841,80	73.792,01	63.969,40
	<u>1.087.394,78</u>	<u>1.953,14</u>	<u>36.652,29</u>	<u>0,00</u>	<u>1.126.000,21</u>	<u>396.074,08</u>	<u>38.365,17</u>	<u>3.006,65</u>	<u>437.445,90</u>	<u>688.554,31</u>	<u>691.320,70</u>
	<u>1.108.936,23</u>	<u>1.953,14</u>	<u>46.374,52</u>	<u>0,00</u>	<u>1.157.263,89</u>	<u>415.743,18</u>	<u>40.795,17</u>	<u>10.584,00</u>	<u>467.122,35</u>	<u>690.141,54</u>	<u>693.193,05</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am	Zugang	Umb- chungen	Abgang	Stand am	Abschrei- bungen	Abgang	Stand am	Stand am	Stand am	
	01.01.2009 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 EUR	EUR	EUR	31.12.2009 EUR	EUR	31.12.2008 EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Software	18.905,84	0,00	0,00	0,00	18.905,84	18.905,84	0,00	0,00	18.905,84	0,00	0,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	1.532.942,23	0,00	0,00	0,00	1.532.942,23	623.365,28	41.609,00	0,00	664.974,28	867.967,95	909.576,95
2. Technische Anlagen	148.414,62	0,00	0,00	0,00	148.414,62	55.498,95	7.367,83	0,00	62.866,78	85.547,84	92.915,67
3. Einrichtungen und Ausstattungen	281.148,99	16.950,44	0,00	35.495,12	262.604,31	208.645,10	15.262,54	35.495,12	188.412,52	74.191,79	72.503,89
	<u>1.962.505,84</u>	<u>16.950,44</u>	<u>0,00</u>	<u>35.495,12</u>	<u>1.943.961,16</u>	<u>887.509,33</u>	<u>64.239,37</u>	<u>35.495,12</u>	<u>916.253,58</u>	<u>1.027.707,58</u>	<u>1.074.996,51</u>
	<u>1.981.411,68</u>	<u>16.950,44</u>	<u>0,00</u>	<u>35.495,12</u>	<u>1.962.867,00</u>	<u>906.415,17</u>	<u>64.239,37</u>	<u>35.495,12</u>	<u>935.159,42</u>	<u>1.027.707,58</u>	<u>1.074.996,51</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am	Zugang	Umbu- chungen	Abgang	Stand am	Abschrei- bungen	Abgang	Stand am	Stand am	Stand am	
	01.01.2009 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR	
I. Immaterielle <u>Vermögensgegenstände</u>											
Software	12.897,36	0,00	0,00	0,00	12.897,36	12.897,36	0,00	0,00	12.897,36	0,00	0,00
II. <u>Sachanlagen</u>											
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	6.124.838,62	0,00	0,00	0,00	6.124.838,62	1.114.825,33	138.840,00	0,00	1.253.665,33	4.871.173,29	5.010.013,29
2. Technische Anlagen	1.482.517,20	0,00	0,00	0,00	1.482.517,20	802.782,34	98.814,00	0,00	901.596,34	580.920,86	679.734,86
3. Einrichtungen und Ausstattungen	864.159,18	20.487,83	0,00	0,00	884.647,01	680.000,18	84.018,88	0,00	764.019,06	120.627,95	184.159,00
	<u>8.471.515,00</u>	<u>20.487,83</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>8.492.002,83</u>	<u>2.597.607,85</u>	<u>321.672,88</u>	<u>0,00</u>	<u>2.919.280,73</u>	<u>5.572.722,10</u>	<u>5.873.907,15</u>
	<u>8.484.412,36</u>	<u>20.487,83</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>8.504.900,19</u>	<u>2.610.505,21</u>	<u>321.672,88</u>	<u>0,00</u>	<u>2.932.178,09</u>	<u>5.572.722,10</u>	<u>5.873.907,15</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand am 01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Umbu- chungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 01.01.2009 EUR	Abschrei- bungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2008 EUR
	I. Immaterielle <u>Vermögensgegenstände</u>									
Software	10.406,35	0,00	0,00	0,00	10.406,35	10.406,35	0,00	0,00	10.406,35	0,00
II. <u>Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	7.040.382,37	9.117,00	0,00	0,00	7.049.499,37	960.769,70	149.076,00	0,00	1.109.845,70	5.939.653,67
2. Technische Anlagen	1.560.123,42	0,00	0,00	0,00	1.560.123,42	682.786,80	103.218,00	0,00	786.004,80	774.118,62
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.086.935,95	9.592,82	0,00	42.081,90	1.054.446,87	687.215,46	93.504,00	42.081,90	738.637,56	315.809,31
	<u>9.687.441,74</u>	<u>18.709,82</u>	<u>0,00</u>	<u>42.081,90</u>	<u>9.664.069,66</u>	<u>2.330.771,96</u>	<u>345.798,00</u>	<u>42.081,90</u>	<u>2.634.488,06</u>	<u>7.029.581,60</u>
	<u>9.697.848,09</u>	<u>18.709,82</u>	<u>0,00</u>	<u>42.081,90</u>	<u>9.674.476,01</u>	<u>2.341.178,31</u>	<u>345.798,00</u>	<u>42.081,90</u>	<u>2.644.894,41</u>	<u>7.356.669,78</u>

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand am 01.01.2009	Zugang	Umbu- chungen	Abgang	Stand am 31.12.2009	Stand am 01.01.2009	Abschrei- bungen	Umbu- chungen	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2009	Stand am 31.12.2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<u>I. Sachanlagen</u>											
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.621.600,25	6.552,87	0,00	0,00	5.628.153,12	27.876,00	113.958,00	0,00	141.834,00	5.486.319,12	5.593.724,25
2. Technische Anlagen	1.142.298,40	4.840,43	0,00	0,00	1.147.138,83	11.213,00	45.765,00	0,00	56.978,00	1.090.160,83	1.131.085,40
3. Einrichtungen und Ausstattungen	390.614,66	10.381,69	0,00	0,00	400.996,35	233.459,39	25.499,76	0,00	258.959,15	142.037,20	157.155,27
4. GWG	96.810,45	5.930,18	0,00	0,00	102.740,63	4.428,00	23.587,00	0,00	28.015,00	74.725,63	92.382,45
5. Anlagen im Bau	178.950,88	0,00	-178.950,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	178.950,88
	<u>7.430.274,64</u>	<u>27.705,17</u>	<u>-178.950,88</u>	<u>0,00</u>	<u>7.279.028,93</u>	<u>276.976,39</u>	<u>208.809,76</u>	<u>0,00</u>	<u>485.786,15</u>	<u>6.793.242,78</u>	<u>7.153.298,25</u>

Gesamt-Fördernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte				Entwicklung der geförderten Abschreibungen				Rest-	
	Stand am 01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Umbu- chungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 01.01.2009 EUR	Abschrei- bungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
I. Immaterielle <u>Vermögensgegenstände</u> Software	31.207,57	0,00	0,00	0,00	31.207,57	31.207,57	0,00	0,00	31.207,57	0,00
II. <u>Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	11.750.605,48	0,00	0,00	0,00	11.750.605,48	2.029.026,63	276.186,00	0,00	2.305.212,63	9.445.392,85
2. Technische Anlagen	3.011.277,00	0,00	0,00	0,00	3.011.277,00	1.447.473,27	199.626,00	0,00	1.647.099,27	1.364.177,73
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.985.803,88	0,00	0,00	0,00	1.985.803,88	1.466.246,70	166.320,96	0,00	1.632.567,66	353.236,22
4. Fahrzeuge	17.747,20	0,00	0,00	0,00	17.747,20	17.747,20	0,00	0,00	17.747,20	0,00
5. Anlagen im Bau	0,00	210.000,00	0,00	0,00	210.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	210.000,00
	<u>16.765.433,56</u>	<u>210.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>16.975.433,56</u>	<u>4.960.493,80</u>	<u>642.132,96</u>	<u>0,00</u>	<u>5.602.626,76</u>	<u>11.372.806,80</u>
	<u>16.796.641,13</u>	<u>210.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>17.006.641,13</u>	<u>4.991.701,37</u>	<u>642.132,96</u>	<u>0,00</u>	<u>5.633.834,33</u>	<u>11.372.806,80</u>

Föndernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>					<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u>
	Stand am 01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Umbu- chungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 01.01.2009 EUR	Abschrei- bungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
i. Immaterielle <u>Vermögensgegenstände</u>										
Software	13.166,17	0,00	0,00	0,00	13.166,17	13.166,17	0,00	0,00	13.166,17	0,00
ii. <u>Sachanlagen</u>										
1. Einrichtungen und Ausstattungen	106.278,65	0,00	0,00	0,00	106.278,65	105.336,30	942,35	0,00	106.278,65	0,00
2. Fahrzeuge	17.747,20	0,00	0,00	0,00	17.747,20	17.747,20	0,00	0,00	17.747,20	0,00
3. Anlagen im Bau	0,00	210.000,00	0,00	0,00	210.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	210.000,00
	<u>124.025,85</u>	<u>210.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>334.025,85</u>	<u>123.083,50</u>	<u>942,35</u>	<u>0,00</u>	<u>124.025,85</u>	<u>210.000,00</u>
	<u>137.192,02</u>	<u>210.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>347.192,02</u>	<u>136.249,67</u>	<u>942,35</u>	<u>0,00</u>	<u>137.192,02</u>	<u>210.000,00</u>

Fördernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>				<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u>	
	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Zugang</u> EUR	<u>Umbu- chungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Abschrei- bungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR
I. <u>Immaterielle</u> <u>Vermögensgegenstände</u> Software	8.559,23	0,00	0,00	0,00	8.559,23	8.559,23	0,00	0,00	8.559,23	0,00
II. <u>Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.738,41	0,00	0,00	0,00	3.738,41	3.738,41	0,00	0,00	3.738,41	0,00
2. Einrichtungen und Ausstattungen	74.976,80	0,00	0,00	0,00	74.976,80	71.849,75	3.127,05	0,00	74.976,80	0,00
	<u>78.715,21</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>78.715,21</u>	<u>75.588,16</u>	<u>3.127,05</u>	<u>0,00</u>	<u>78.715,21</u>	<u>0,00</u>
	<u>87.274,44</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>87.274,44</u>	<u>84.147,39</u>	<u>3.127,05</u>	<u>0,00</u>	<u>87.274,44</u>	<u>0,00</u>

Fördernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>				<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u>	
	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Zugang</u> EUR	<u>Umbu- chungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Abschrei- bungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR
I. <u>Immaterielle</u> <u>Vermögensgegenstände</u>										
Software	9.482,17	0,00	0,00	0,00	9.482,17	9.482,17	0,00	0,00	9.482,17	0,00
II. <u>Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	505.672,92	0,00	0,00	0,00	505.672,92	150.863,09	19.548,00	0,00	170.411,09	335.261,83
2. Technische Anlagen	49.380,00	0,00	0,00	0,00	49.380,00	8.274,00	2.298,00	0,00	10.572,00	38.808,00
3. Einrichtungen und Ausstattungen	58.469,02	0,00	0,00	0,00	58.469,02	58.326,46	142,56	0,00	58.469,02	0,00
	<u>613.521,94</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>613.521,94</u>	<u>217.463,55</u>	<u>21.988,56</u>	<u>0,00</u>	<u>239.452,11</u>	<u>374.069,83</u>
	<u>623.004,11</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>623.004,11</u>	<u>226.945,72</u>	<u>21.988,56</u>	<u>0,00</u>	<u>248.934,28</u>	<u>374.069,83</u>

Fördernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>				<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u>	
	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Zugang</u> EUR	<u>Umbu- chungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Abschrei- bungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR
<u>I. Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grund- stücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließ- lich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.853.907,47	0,00	0,00	0,00	5.853.907,47	1.055.819,43	130.620,00	0,00	1.186.439,43	4.667.468,04
2. Technische Anlagen	1.464.570,46	0,00	0,00	0,00	1.464.570,46	789.240,56	97.638,00	0,00	886.878,56	577.691,90
3. Einrichtungen und Ausstattungen	744.595,07	0,00	0,00	0,00	744.595,07	601.849,87	74.478,00	0,00	676.327,87	68.267,20
	<u>8.063.073,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>8.063.073,00</u>	<u>2.446.909,86</u>	<u>302.736,00</u>	<u>0,00</u>	<u>2.749.645,86</u>	<u>5.313.427,14</u>

Förmernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

	<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>				<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u>	
	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Zugang</u> EUR	<u>Umbu- chungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 01.01.2009 EUR	<u>Abschrei- bungen</u> EUR	<u>Abgang</u> EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR	<u>Stand am</u> 31.12.2009 EUR
<u>I. Sachanlagen</u>										
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.387.286,68	0,00	0,00	0,00	5.387.286,68	818.605,70	126.018,00	0,00	944.623,70	4.442.662,98
2. Technische Anlagen	1.497.326,54	0,00	0,00	0,00	1.497.326,54	649.958,71	99.690,00	0,00	749.648,71	747.677,83
3. Einrichtungen und Ausstattungen	997.459,56	0,00	0,00	0,00	997.459,56	626.261,54	87.252,00	0,00	713.513,54	283.946,02
	<u>7.882.072,78</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>7.882.072,78</u>	<u>2.094.825,95</u>	<u>312.960,00</u>	<u>0,00</u>	<u>2.407.785,95</u>	<u>5.474.286,83</u>

Fördernachweis gemäß Pflege-Buchführungsverordnung

I. Sachanlagen
 Einrichtungen
 und Ausstattungen

<u>Entwicklung der geförderten Anschaffungswerte</u>					<u>Entwicklung der geförderten Abschreibungen</u>				<u>Rest-</u> <u>buchwerte</u>
Stand am 01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Umbu- chungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 01.01.2009 EUR	Abschrei- bungen EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2009 EUR	Stand am 31.12.2009 EUR
4.024,78	0,00	0,00	0,00	4.024,78	2.814,78	187,00	0,00	3.001,78	1.023,00



Lagebericht 2009

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2009 verlief überwiegend planmäßig und konnte mit einem positiven Ergebnis von rund 38 T€ abgeschlossen werden.

Die geplanten Erträge konnten Dank der wieder guten Belegung in den vergangenen Monaten erzielt werden.

Dabei musste kurzfristig auf für das Jahr 2009 nicht geplante Ereignisse reagiert werden.

Dies betrifft zu einem die kurzfristige Einstellung von 7 Mitarbeitern, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz nach dem neu eingeführten § 87 im SGB XI zu Beginn des Jahres 2009 aufnahmen.

Die Gesellschaft hatte hierfür insgesamt rund 300 T€ Mehreinnahmen von den Pflegekassen. Auf der Ausgabenseite bedeutet dies aber etwa auch die gleiche Summe Mehrkosten bei den Personalkosten.

Außerdem entschloss sich die Geschäftsleitung im Jahr 2009 kurzfristig, das Pflegeheim „Käthe Kern“ zum 01.09.2009 vollständig leer zu ziehen, damit der Ablauf der anstehenden Sanierung beschleunigt werden konnte.

Hierfür mussten zum einen die 35 Heimbewohner in andere Einrichtungen umziehen. Zum anderen wurden freiwerdende Heimplätze ab Juli nicht mehr belegt.

Hierdurch entfielen dann die geplanten Erträge für die letzten Bewohner im Pflegeheim „Käthe Kern“ im zweiten Halbjahr fast vollständig.

Das bis dahin im Pflegeheim „Käthe Kern“ tätige Personal wurde im gleichen Zeitraum in die anderen Einrichtungen schrittweise umgesetzt.

Mit dem Leerzug machte sich auch der Umzug der Zentralen Verwaltung notwendig. Für 12 Mitarbeiter mussten Büroarbeitsplätze als Zwischenlösung in den Pflegeheimen „Am Stadtwald“ und „Am Mühlgraben“ eingerichtet werden. Zahlreiche Archive mussten ebenfalls zwischenzeitlich ausgelagert werden.

Das erreichte Ergebnis für das Jahr 2009 zeigt, dass es uns gelungen ist, diese gravierenden Veränderungen für das Unternehmen ohne Verluste zu steuern.

Von besonderer Bedeutung war außerdem die Vorbereitung und der Beginn der Sanierung des ehemaligen Pflegeheims „Käthe Kern“. Die Vorbereitungsphase erforderte nicht nur einen relativ hohen Kostenaufwand im Jahr 2009, sondern auch einen großen zeitlichen Aufwand für alle an der Planung beteiligten Mitarbeiter.

Der Baubeginn erfolgte im September 2009 mit den ersten Abrissmaßnahmen, die zu 90 % durch ein Wohnumfeldverbesserungs-Programm gefördert werden.

Auch im Jahr 2009 wurde das Qualitätsmanagement weiter verbessert und intensiviert. Die Beschreibungen für alle wichtigen Prozesse im Unternehmen, die eine fundierte Basis für eine vereinheitlichte qualitätsgerechte Arbeit in allen Bereichen ist, wurden kontinuierlich aktualisiert.

Regelmäßige Schulungen und Audits haben die Qualitätssicherung weiter deutlich verbessert.

Alle Prüfungen der Gesellschaft und der einzelnen Pflegeheime verliefen im vergangenen Jahr wiederum mit ausschließlich positivem Ergebnis. So wurde sowohl dem Pflege- und Betreuungsbereich als auch dem Verwaltungsbereich eine gute Arbeit bestätigt.

Im März 2008 wurde das Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom Bundestag verabschiedet. Die Umsetzung dieses Gesetzes hat auch für die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH eine Vielzahl von Entscheidungen erfordert.

Mit Beginn des Jahres 2009 haben in allen Einrichtungen Mitarbeiter nach dem § 87b ihre Tätigkeit bei der Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz aufgenommen.

Die Abstimmung mit den Pflegekassen hierzu erforderte vor allem im ersten Halbjahr 2009 einen hohen Aufwand.

Änderungen in der Heimgesetzgebung und gesetzliche Änderungen für die Heimverträge wurden im Jahr 2009 umgesetzt.

In der Bürgerschaftssitzung im Januar 2009 wurde beschlossen, nach einem durchzuführenden Interessenbekundungsverfahren endgültig über eine Veräußerung oder andere Formen der Änderung der Gesellschafterverhältnisse für die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH zu befinden.

Ein Interessenbekundungsverfahren wurde im Juni 2009 eröffnet und wird nach weiteren Beschlüsse der Bürgerschaft im Jahr 2010 fortgeführt.

2 Ertragslage

Die Erträge konnten Dank der erreichten Belegung, die in allen Einrichtungen über den geplanten 98 % lag und die verhandelte Erhöhung der Pflegesätze, wie geplant erreicht werden. Dabei ist allerdings deutlich ein weiterer Rückgang bei der Einstufung in die Pflegestufe 3 zu verzeichnen.
(2009: - 12,62 %; im Vergleich 2008: - 13,89 %)

Die sonstigen Einnahmen blieben gegenüber dem Vorjahr stabil und konnten in geplanter Höhe erzielt werden.

Die Überschreitung der geplanten Erträge wurde, wie schon unter Punkt 1 erläutert, durch die Einnahmen für die neu eingestellten Mitarbeiter in der Betreuung erzielt, blieb aber auf Grund der dazugehörigen Personalkosten Ergebnis neutral.

Die Personalkosten - bereinigt um die Kosten für die zusätzlichen Betreuungskräfte - entwickelten sich vor allem durch die Reduzierung im Zusammenhang mit dem Leerzug des Pflegeheims „Käthe Kern“ leicht rückläufig.

Da auch in den im Jahr 2009 geführten Pflegesatzverhandlungen von Seiten der Kostenträger die Personalkosten nach wie vor nicht in vollem Umfang für die Berechnung der Pflegesätze anerkannt wurden, konnten nur durch die Anwendung des im Jahr 2008 abgeschlossenen Haustarifvertrages annähernd ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Da das Ergebnis zum Jahresende den Bemessungswert von 2 % der Erträge nicht erreichte, erfolgte - wie im Vertrag vereinbart - auch für das Jahr 2009 keine Auszahlung der zweiten Hälfte der Jahressonderzahlung.

Größere Investitionen wurden im Wirtschaftsjahr 2009 in den Einrichtungen zu Gunsten der Sanierung des Pflegeheims „Käthe Kern“ als Ersatzbau für das Pflegeheim „Franziska Tiburtius“ nicht vorgenommen.

Die laufenden Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten sowie die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen wurden planmäßig durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem durch erhöhte Instandhaltungsmaßnahmen im Pflegeheim Seniorenhaus Brunnenaue in Vorbereitung des 10-jährigen Jubiläums ein Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen.

Die Kosten für den Material- und Wirtschaftsbedarf verringerten sich gegenüber dem Vorjahresverbrauch auf Grund der Reduzierung der Platzkapazität im Pflegeheim „Käthe Kern“. Dass diese Reduzierung nicht deutlicher ausfiel, zeigt wiederum an, dass sich der Trend für den allgemeinen Preisanstieg fortsetzt, der von den vertraglich gebundenen Dienstleistungsunternehmen zunehmend eingefordert wird.

3 Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist zu 75,5 % aus Eigenmitteln und Sonderposten finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 27,5 % und die Quote aus Eigenkapital und Sonderposten liegt bei 73,1 %.

Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit hat einen Wert von 367,2 T€, der zusammen mit der Darlehnaufnahme von 300 T€ ausreichte, um die Investitionen aus Eigenmitteln und die Tilgungsleistungen zu finanzieren.

Liquiditätsprobleme haben sich zu keiner Zeit im Jahr 2009 ergeben.

Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen im Geschäftsjahr 2009 stets nach. Die mit der Sparkasse und der DKB vereinbarten Kreditrahmen mussten nicht in Anspruch genommen werden.

4 Hinweise auf Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Durch den lang anhaltenden Winter ergaben sich einige Verzögerungen im Bauablauf bei der Sanierung des Gebäudekomplexes des ehemaligen Pflegeheims „Käthe Kern“. Von einer Fertigstellung des neuen Gebäudes zum 01.10.2010 wird aber weiter ausgegangen, so dass zu diesem Zeitpunkt die Bewohner des Pflegeheims „Franziska Tiburtius“ umgezogen sein sollen.

Durch die zuständige Heimaufsicht wurde für das Pflegeheim „Franziska Tiburtius“ zwischenzeitlich die Ausnahmegenehmigung zur weiteren Betreibung nach Antrag durch die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH bis zum Jahresende 2010 verlängert.

Offen bleibt, wie mit dem im Wirtschaftsplan 2010 ausgewiesenen geplanten Verlust zu verfahren ist, der sich durch die Sonderabschreibung der abgerissenen Gebäudeteile des Pflegeheims „Käthe Kern“ nach Abschluss der Abrissarbeiten ergeben wird.

Ein schwer kalkulierbarer Faktor bleibt für die Planung jedes Jahr die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten. Es zeichnet sich bisher für das Jahr 2010 eine gleich bleibend gute Belegung ab. Bei der jetzigen Altersstruktur der Bevölkerung in Stralsund wird auch für die nächsten Jahre von einem gleichmäßig hohen Bedarf für Pflegeheimplätze ausgegangen, wobei die Kontrolle der Belegung und die damit verbundene Reaktion bei der Personalbesetzung weiterhin Schwerpunkt unserer monatlichen Auswertungen bleiben wird.

Wir hoffen, dass sich die sehr gute Qualität unserer Arbeit, die sich auch in den sehr guten Prüfungsergebnissen durch den MDK dokumentiert, weiter positiv auf die Belegung auswirkt. Auch durch die Möglichkeit, nach dem Abschluss der Sanierung noch mehr Einzelzimmer anbieten zu können, sehen wir eine Chance, weiterhin gute Auslastungen zu erreichen.

Da die Kosten für Strom, Energie und Wasser durch Gebührenerhöhungen voraussichtlich weiter ansteigen werden, müssen weiterhin Einsparpotentiale erschlossen werden. Wir werden außerdem unsere Bemühungen fortsetzen, durch Vertragsverhandlungen gemeinsam mit unseren Partnern für uns günstigere Bedingungen zu schaffen (z. B. ständige Vertragsanpassungen, Interesse an der Nutzung alternativer Energiegewinnung).

Es wird für alle Einrichtungen weiterhin monatlich eine Kostenkontrolle gemäß der vorgegebenen Kennziffern erfolgen.

Es trägt zu dem jeder Mitarbeiter Verantwortung, bewusst mit allen Ressourcen umzugehen.

Im Oktober 2007 fasste die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund im Rahmen eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes folgenden Beschluss:

„Als Grundvariante der Weiterführung dieser Gesellschaft ist die Veräußerung der Geschäftsanteile der Hansestadt Stralsund aufgezeigt worden. Diese Grundvariante ist im Zuge der Haushaltskonsolidierung umzusetzen.“

Vor diesem Hintergrund ist eine mittelfristige Planung für das Unternehmen nur unter großem Vorbehalt möglich.

5 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres

Im März 2008 wurde das Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom Bundestag verabschiedet. Die Umsetzung dieses Gesetzes hat auch für die Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH eine Vielzahl von Entscheidungen erfordert.

Im Jahr 2010 erfolgte in diesem Zusammenhang unter anderem eine Anpassung und Umstellung aller alten Heimverträge an das neu geltende WBGV.

Zum 01.04.2010 wird die Führung der Verwahrgeldkonten den Bewohnern als Zusatzleistung angeboten, für die ein monatliches Entgelt von 5,00 € berechnet wird. Die Zusatzleistung wurde den zuständigen Aufsichtsbehörden gemäß SGB XI ordnungsgemäß angezeigt.

Nach umfangreichen Vorgesprächen im Jahr 2009 wurden in enger Abstimmung mit der Dussmann AG die Verträge für Catering neu abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang wurde die Speiseproduktion in den Küchen der Pflegeheime „Franziska Tiburtius“ und „Rosa Luxemburg“ eingestellt.

Der Hol- und Bringedienst in den Pflegeheimen „Rosa Luxemburg“ und „Am Mühlgraben“ wird per 01.01.2010 durch Hauswirtschaftskräfte der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH geleistet. Hierzu wurden 7 Mitarbeiter im Bereich Hauswirtschaft zum Jahresbeginn eingestellt. Diese Maßnahme war im bestätigten Stellenplan für das Wirtschaftsjahr 2010 bereits berücksichtigt.

Zum 01.01.2010 wurde außerdem die geplante Stelle der Aufnahmekoordinatorin besetzt, die die Abläufe der Aufnahme aus pflegerischer Sicht weiter optimieren soll.

Zum 01.04.2010 erfolgte auch die Besetzung der Stelle Zentrumsleiterin für das Sozialzentrum Am Grünhofer Bogen, dass im Laufe des Jahres durch organisatorischen Zusammenschluss der drei Pflegeheime auf dem Gelände Am Grünhofer Bogen entstehen soll.

Die Besetzung erfolgte bereits zum 01.04.2010, damit die Zentrumsleiterin bereits in alle vorbereitenden Arbeiten rechtzeitig mit einbezogen werden kann.

Die Leitung des Pflegeheims „Am Stadtwald“ wechselte zum 01.04.2010. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, dass sich alle leitenden Pflegefachkräfte in den Einrichtungen der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH zukünftig Hausleiterinnen nennen.

6 Voraussichtliche Entwicklung

Das Hauptziel der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH wird es auch in den nächsten Jahren sein, in allen Einrichtungen der Gesellschaft die Heimbewohner qualitätsgerecht zu pflegen und zu betreuen.

Die Planung der Sanierung des Pflegeheims „Käthe Kern“ wird in den nächsten beiden Jahren hohe Anforderungen an die Gesellschaft und insbesondere alle verantwortlichen Leiter und Beschäftigte stellen.

Auch für das Wirtschaftsjahr 2010 wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Dies wird aber nur möglich sein, wenn wie in den Vorjahren eine Belegung von 98 % und mehr erreicht wird.


Offen bleibt, wie mit dem im Wirtschaftsplan 2010 ausgewiesenen geplanten Verlust zu verfahren ist, der sich durch die Abschreibung der abgerissenen Gebäudeteile des Pflegeheimes „Käthe Kern“ nach Abschluss der Abrissarbeiten spätestens im Jahr 2011 ergeben wird.

Die Arbeitsabläufe müssen in allen Bereichen weiter optimiert werden, und es müssen neue Wege beschritten werden, damit alle erforderlichen Qualitätskriterien eingehalten werden können. Dies setzt aber auch die Fortführung des Fortbildungsprogramms für alle Beschäftigte voraus, wofür auch in den nächsten Jahren ausreichend Mittel eingeplant werden müssen.

Die Geschäftsführung weist ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer schnellen Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse hinsichtlich der möglichen Veränderungen der Gesellschafterverhältnisse für das Unternehmen hin.

Nur durch klare Zielstellungen und die entsprechende Anpassung der notwendigen Rahmenbedingungen kann die Motivation aller Mitarbeiter weiter wachsen, damit das Unternehmen für die Vielfalt der vor uns stehenden Aufgaben noch besser gerüstet ist.

Stralsund, 16.04.2010


Sabine Schwanz
Geschäftsführerin

Wohlfahrtseinrichtungen
der Hansestadt Stralsund gGmbH
Grünhufer Bogen 1a
18437 Stralsund

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH, Stralsund, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) (und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften (und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, 07. Juni 2010



Baltic Revisions- und
Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Tiedgen
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

Werkstatt für behinderte Menschen

Stralsund gemeinnützige GmbH

**Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister**

Beschluss des Hauptausschusses der Bürgerschaft

**Titel: Jahresabschluss 2009 - Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund
gemeinnützige GmbH
GH 0112/2010**

Der Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung, beschließt:

Der bevollmächtigte Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Werkstatt für behinderte Menschen gemeinnützige GmbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung wie folgt zu beschließen:

1.
Der durch die PKF Fasselt Schlage, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, am 09. April 2010 geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 578,70 Euro und einer Bilanzsumme von 6.287.851,66 Euro wird festgestellt.
2.
Der Jahresüberschuss in Höhe von 578,70 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3.
Der Geschäftsführerin sowie dem Verwaltungsrat wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 erteilt.
4.
Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 der Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft ist die PKF Fasselt Schlage, Wirtschaftsprüfungs-/Beratungsgesellschaft, Rostock, zu bestellen.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-07-0064

Datum: 27.07.2010


Dr. Badrow



WfbM Werkstatt für
behinderte Menschen Stralsund
gemeinnützige Gesellschaft mbH
Stralsund

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2009
und Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2009

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.662,00		0
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.797.916,03			4.975
2. technische Anlagen und Maschinen	173.048,94			163
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	426.928,88			404
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00			36
		5.397.893,85		
III. Finanzanlagen Beteiligungen		3.067,75		3
			5.404.623,60	5.581
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	20.458,98			24
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	2.528,95			2
3. fertige Erzeugnisse	13.612,71			7
		36.600,64		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	96.600,79			127
2. sonstige Vermögensgegenstände	46.700,12			37
		143.300,91		
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		677.464,41		762
			857.365,96	959
C. Rechnungsabgrenzungsposten			25.862,10	30
			6.287.851,66	6.570

PASSIVSEITE

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00		26
II. Kapitalrücklage	569.669,12		569
III. Gewinnrücklagen andere Gewinnrücklagen	1.736.973,12		1.737
IV. Gewinnvortrag	250.189,83		249
V. Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)	+ 578,70		+ 1
		2.583.010,77	2.582
B. Sonderposten für Investitions- zuschüsse zum Anlagevermögen		2.556.041,97	2.728
C. Rückstellungen sonstige Rückstellungen		336.800,00	305
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	382.144,56		455
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58.553,10		58
3. sonstige Verbindlichkeiten	54.362,41		159
		495.060,07	672
E. Rechnungsabgrenzungsposten		316.938,85	283
		6.287.851,66	6.570

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse		5.053.750,90		4.881
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen		6.637,96		- 1
3. andere aktivierte Eigenleistungen		200,90		9
4. sonstige betriebliche Erträge		<u>1.977.369,94</u>		<u>1.948</u>
			7.037.959,70	<u>6.837</u>
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	- 69.003,06			- 60
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>- 18.118,18</u>			- 15
		- 87.121,24		
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	- 3.029.368,81			- 2.969
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>- 2.207.001,46</u>			- 2.161
		- 5.236.370,27		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		- 430.574,69		- 412
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>- 1.283.294,38</u>		- 1.300
			- 7.037.360,58	
			599,12	- 80
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		12.779,62		30
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>- 8.130,61</u>		- 10
			4.649,01	
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			5.248,13	- 60
12. sonstige Steuern			- 4.669,43	61
13. Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)			<u>+ 578,70</u>	<u>+ 1</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2009

1. Allgemeine Angaben zur Bilanzierung

- 1.1. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§ 238 ff.), des GmbH Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt.
- 1.2. Die Gesellschaft unterliegt für Aktivitäten hinsichtlich ihrer Betätigung im Bereich des SGB IX und XII dem „Landesrahmenvertrag für Mecklenburg-Vorpommern“ und für Aktivitäten innerhalb des Leistungsrechts der Bundesagentur für Arbeit den „Grundsätzen zur Beurteilung der Angemessenheit von Kosten in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation“ (KGS). Beide Vorschriften beruhen auf dem Kostendeckungsprinzip und haben Einfluss auf die Bilanzierung der Gesellschaft hinsichtlich der Ermittlung von Leistungsforderungen nach Leistungsentgelten sowie hinsichtlich der Abschichtung von Aufwendungen und Erträgen, die nicht der Kostenerstattung unterliegen und somit Bestandteile des Jahresergebnisses darstellen.

Die Vereinbarung von Leistungsentgelten nach § 75 SGB XII wird zwischen dem Träger der Werkstatt und dem Kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossen. Es wird ein leistungsgerechtes Entgelt – ein täglicher Kostensatz – vereinbart.

- 1.3. Die erhaltenen Investitionszuwendungen unterliegen Bindungsfristen hinsichtlich ihrer zweckbestimmten Verwendung. Die hieran geknüpften bedingten Rückgriffsrechte der Zuwendungsgeber sind befristet, zum Teil vermindern sie sich unterschiedlich im Zeitablauf.

Es bestehen keine Anhaltspunkte, die den Eintritt von Rückgriffsbedingungen erwarten lassen.

- 1.4. Die Gesellschaft ist als mildtätigen Zwecken dienend anerkannt (§§ 51 ff. AO).

Die Ausschüttung erzielter Gewinne ist unzulässig; Gewinne sind satzungsgemäß zu verwenden.

- 1.5. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 275 Abs. 2 HGB in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren unter Beachtung von § 275 Abs. 4 HGB.

2. Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätze

- 2.1. Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen, die als angemessen zu bezeichnen sind, aktiviert. Ein Sammelposten nach § 6 Abs. 2a EStG wurde gebildet.

- 2.2. Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 255 Abs. 1 HGB bewertet. Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse wurden retrograd mit 50 % (unfertige Erzeugnisse) bzw. 70 % (fertige Erzeugnisse) der kalkulierten Nettoverkaufspreise bewertet.
- 2.3. Die Forderungen aus Pflege- und Ausbildungsleistungen wurden zu vereinbarten Tagespflegesätzen und Fachleistungsstunden bilanziert. Bonitätsrisiken sind nicht erkennbar.
- 2.4. Die Forderungen aus Arbeitsleistungen der Werkstatt für behinderte Menschen Stral- und gemeinnützige Gesellschaft mbH wurden mit dem Nominalwert angesetzt.
- 2.5. Die Wertansätze der sonstigen Vermögensgegenstände entsprechen grundsätzlich den Nominalbeträgen. Bonitätsrisiken sind nicht erkennbar.
- 2.6. Die Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind, werden unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und planmäßig aufgelöst.
- 2.7. Die Zuschüsse für Investitionen im Sachanlagenvermögen wurden in einen Sonderposten eingestellt. Die Auflösung erfolgt nach dem Abschreibungsverlauf auf die Nutzungsdauer der jeweils bezuschussten Anlagegüter.
- 2.8. Sämtliche Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages passiviert, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist und somit den Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung trägt.
- 2.9. Als passiver Rechnungsabgrenzungsposten werden Vorauszahlungen von Pflegekosten und Kostenzuschüssen ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

3. Erläuterungen zur Bilanz

- 3.1. Zur Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird auf den Anlagenspiegel verwiesen, ausgehend von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten, die Zugänge und Abschreibungen des Berichtszeitraumes sind gesondert aufgeführt.
- 3.2. Die Vorräte bestehen aus Lebensmittelbeständen, Brenn- und Betriebsstoffen, Material der Produktion sowie fertigen und unfertigen Erzeugnissen.
- 3.3. Im Jahresabschluss 2009 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 578,70 ausgewiesen.
- 3.4. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 ist von der Gesellschafterversammlung noch festzustellen.

3.5. Der Sonderposten aus Zuschüssen hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>TEUR</u>
Stand 01. Januar 2009	2.728
Auflösung	<u>172</u>
Stand 31. Dezember 2009	2.556

3.6. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>TEUR</u>
Unterlassene Instandhaltungen	84
Rückstellungen für Altersteilzeit	234
Jahresabschlusskosten	10
Übrige	<u>9</u>
	337

3.7. Zu Restlaufzeiten und Sicherheiten der Verbindlichkeiten verweisen wir auf den beigefügten Verbindlichkeitspiegel.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten betreffen TEUR 38 Steuerverbindlichkeiten (im Vorjahr TEUR 39) und TEUR 11 Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit (im Vorjahr TEUR 10).

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse entfallen auf:

	<u>TEUR</u>
- Betreuungserlöse	4.222
- Werkstatterlöse	664
- Verpflegungserlöse	<u>168</u>
	5.054

Im Berichtsjahr wurden TEUR 172 Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen (im Vorjahr TEUR 175).

5. Ergänzende Angaben

5.1. Verbindlichkeiten aus Haftungsverhältnissen gem. § 251 HGB bestehen nicht. Es bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen in Höhe von TEUR 138, davon entfallen auf das folgende Geschäftsjahr TEUR 13.

5.2. Geschäftsführerin ist Frau Hannelore Waterstrat, Lehrerin, Stralsund.

5.3. Der Geschäftsführerin wurden weder Vorschüsse und Kredite gewährt, noch wurden zu ihren Gunsten Haftungsverhältnisse eingegangen. Von der Befreiungsvorschrift gem. § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

5.4. Mitglieder des Verwaltungsrates

Mit Beschluss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund Nr. 2009-V-02-0076 vom 10.09.2009 sowie Beschluss der Gesellschafterversammlung der WfbM Nr. G 3-2009 vom 05.10.2009 wurden die bislang bestellten Mitglieder des Verwaltungsrates:

Vorsitzender:

Uwe Stegen	Pfarrer	Groß Bisdorf
------------	---------	--------------

Stellvertretende Vorsitzende:

Helga Koch	Angestellte im Fraktionsbüro der Partei „Die Linke“	Stralsund
------------	---	-----------

Mitglieder des Verwaltungsrates:

Rolf Schumann	Meister für Elektrotechnik, jetzt im Ruhestand	Stralsund
---------------	--	-----------

Michael Philippen	Maler	Stralsund
-------------------	-------	-----------

Peter Stoltze	Elektromechaniker (im März 2009 verstorben)	Stralsund
---------------	---	-----------

abberufen und folgende Mitglieder in den Verwaltungsrat der WfbM bestellt:

Vorsitzender:

Michael Philippen	Maler	Stralsund
-------------------	-------	-----------

Stellvertretender Vorsitzender:

Rolf Schumann	Meister für Elektrotechnik, jetzt im Ruhestand	Stralsund
---------------	--	-----------

Mitglieder des Verwaltungsrates:

Simone Risch	Bereichsmanagerin Deutsche Rentenversicherung Bund	Stralsund
--------------	--	-----------

Tino Borchert	Dipl.-Sozialpädagoge	Stralsund
---------------	----------------------	-----------

Mirko Nehls	Gastronom	Stralsund
-------------	-----------	-----------

Die Verwaltungsratsmitglieder haben im Geschäftsjahr 2009 Sitzungsgelder in einer Gesamthöhe von 1.500,00 Euro erhalten.

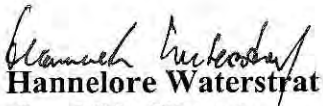
5.5. Das für das Geschäftsjahr 2009 vereinbarte Prüfungshonorar beträgt EUR 8.000,00.

5.6. Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführerin und ohne Betreute) betrug:

Angestellte	68
Arbeiter einschließlich geringfügig Beschäftigte	<u>21</u>
	<u>89</u>
Zivildienstleistende	9

5.7. Alleinige Gesellschafterin war im Geschäftsjahr die Hansestadt Stralsund.

Stralsund, 8. April 2010


Hannelore Waterstrat
Geschäftsführerin

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Stand 31.12.2009 EUR	kumulierte Abschreibungen				Buchwert 31.12.2009 EUR
	Stand 1.1.2009 EUR	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen		Stand 1.1.2009 EUR	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2009 EUR	
		EUR	EUR	EUR			EUR	EUR	EUR	
Anlagevermögen										
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	64.508,75	5.141,48	0,00	0,00	69.650,23	64.501,75	1.486,48	0,00	65.988,23	3.662,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.449.357,95	28.178,21	0,00	45.169,00	7.522.705,16	2.474.189,92	250.599,21	0,00	2.724.789,13	4.797.916,03
2. technische Anlagen und Maschinen	686.840,42	44.141,90	14.333,53	0,00	716.648,79	523.735,42	34.140,96	14.276,53	543.599,85	173.048,94
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.568.970,92	168.839,92	56.301,67	0,00	1.681.509,17	1.165.572,92	144.348,04	55.340,67	1.254.580,29	426.928,88
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	36.203,98	8.965,02	0,00	-45.169,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	9.741.373,27	250.125,05	70.635,20	0,00	9.920.863,12	4.163.498,26	429.088,21	69.617,20	4.522.969,27	5.397.893,85
III. Finanzanlagen										
Beteiligungen	3.067,75	0,00	0,00	0,00	3.067,75	0,00	0,00	0,00	0,00	3.067,75
	9.808.949,77	255.266,53	70.635,20	0,00	9.993.581,10	4.228.000,01	430.574,69	69.617,20	4.588.957,50	5.404.623,60

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2009

<u>Bilanzposten</u>	<u>Restlaufzeiten</u>			<u>Gesamtbetrag</u> EUR
	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern (im Vorjahr)	76.247,57 (75.338,74)	238.588,93 (299.601,04)	67.308,06 (79.763,69)	382.144,56 (454.703,47)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	58.553,10 (58.190,38)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	58.553,10 (58.190,38)
3. sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	54.362,41 (158.616,04)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	54.362,41 (158.616,04)
Summe (im Vorjahr)	189.163,08 (292.145,16)	238.588,93 (299.601,04)	67.308,06 (79.763,69)	495.060,07 (671.509,89)

Sicherheiten

zu 1.:

- Grundschulden in einer Gesamthöhe über TEUR 6.280 auf das Betriebsgrundstück in der Albert-Schweitzer-Straße 1, Stralsund, zugunsten der Zuwendungsgeber
- Grundschuld über TEUR 478 auf das Betriebsgrundstück Wohnheim für Behinderte im Waldweg 1, Neu-Lüdershagen, zugunsten der Zuwendungsgeber

**WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund
gemeinnützige Gesellschaft mbH**
Stralsund

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

1. Berichterstattung nach § 289 (1) HGB

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Allgemeines

Im Berichtsjahr 2009 waren im Durchschnitt in der WfbM sowie in den Außenstellen 1 Geschäftsführerin, 79 Kollegen in der Verwaltung, Betreuung, Wirtschaft, 10 Kollegen mit geringfügiger Beschäftigung sowie 9 Zivildienstleistende beschäftigt.

Von den 57 Betreuern in den Werkstätten, im Wohnheim, im ambulant betreuten Wohnen und Förderbereich haben 37 Mitarbeiter die sonderpädagogische Zusatzausbildung, 4 Mitarbeiter die Ausbildung zur Geprüften Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung sowie 1 Mitarbeiter die Ausbildung zum Gärtnermeister im Bereich Garten- und Landschaftsbau. Im Berichtsjahr 2009 befanden sich 8 Kollegen zur Sonderpädagogischen Zusatzausbildung.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Re-Zertifizierung

Im Juni 2009 konnten die Re-Zertifizierungen nach DIN EN ISO 9001 erfolgreich durchgeführt werden.

Kapazitätserhöhung und Anerkennung durch die Bundesagentur für Arbeit

Am 08.12.2008 wurde von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, die Kapazitätserhöhung in der Außenstelle Berufsförderungswerk von 12 auf 24 Plätze sowie in der Integrationswerkstatt für psychisch Kranke von 42 auf 54 Plätze bewilligt. Aufgrund der Kapazitätserhöhung in der Integrationswerkstatt für psychisch Kranke erfolgte die Auslagerung der dort tätigen 12 geistig behinderten Mitarbeiter aus der Landschaftspflege in angemietete Räume im nahegelegenen Flotthafen, Hafenstr. 18. Die Räume wurden den Anforderungen entsprechend modernisiert und renoviert. Der Standort Am Flotthafen, Hafenstr. 18, wurde von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, am 09.02.2009 anerkannt.

Ab 01.04.2009 arbeitet eine Gruppe mit 12 behinderten Mitarbeitern und einem Betreuer bei der Firma Getränke Nordmann, Am Feldrain 1 in Stralsund.

Belegung im Jahr 2009

Im Jahr 2009 wurden 398 Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen in der WfbM betreut. Davon:

	durchschnittliche Anzahl
im Produktionsbereich der WfbM	237
im Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich	23
in der Integrationswerkstatt Produktion	34
im Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich Integrationswerkstatt	16
im Wohnheim für Behinderte	35
im ambulant betreuten Wohnen	33
in den Fördergruppen	20
gesamt	398

B. Darstellung der Lage

Im Geschäftsjahr wurden folgende Umsatzerlöse erwirtschaftet:

	2009	2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Betreuungs- und Ausbildungserlöse	4.222	4.037
Arbeitslöhne der Werkstätten	664	687
Verpflegungserlöse	<u>168</u>	<u>157</u>
	<u>5.054</u>	<u>4.881</u>

Die Umsätze haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Hervorgerufen wurde die Entwicklung im Bereich der Betreuungs- und Ausbildungserlöse insbesondere durch gestiegene Betreuungstage und höhere Leistungsentgelte im Produktions- sowie Wohnheimbereich.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr 2009 ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 578,70 erwirtschaftet.

Die Vermögenslage kann als gut eingestuft werden. Die Einschätzung basiert vor allem auf einer unverändert hohen Anlagendeckung I von 95,1 %.

Die Finanzlage zeichnet sich durch eine weiterhin hohe Eigenkapitalquote von 81,7 % aus. Im Ergebnis kann von einer guten Eigenkapitalausstattung ausgegangen werden.

C. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Bedarfsermittlung in den einschlägigen Schulen sowie wissenschaftliche Erhebungen ergaben, dass ein weiterer großer Bedarf an Werkstattplätzen für behinderte sowie psychisch erkrankte Menschen besteht.

Durch steigende Qualitätsanforderungen sowie durch das Wirtschaftlichkeitsprinzip besteht für die zu betreuenden Mitarbeiter sowie für das Personal ein hoher Leistungsdruck.

Durch die ständig steigenden Kosten sowie die Erhöhung der Tarife nach TVöD VKA Ost waren die vorhandenen Leistungsentgelte nicht mehr ausreichend, so dass die WfbM diese gekündigt hat und für das Jahr 2009 neue Leistungsentgelte mit dem Kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesagentur für Arbeit für die Werkstatt und für das Wohnheim verhandelt hat, um auch hier die Risikofelder für die Zukunft auszuschließen.

2. Berichterstattung nach § 289 (2) HGB

Zur Deckung der Betriebskosten wurden auf der Grundlage des Landesrahmenvertrages für Mecklenburg-Vorpommern nach § 75 und § 79 SGB XII für das Jahr 2009 Leistungsentgelte und Verpflegungssätze für die Werkstatt, das Wohnheim, das ambulant betreute Wohnen sowie der Fördergruppen vereinbart.

Werkstatt 01.01.2009 – 31.03.2009 (318 Plätze)

Bundesanstalt f. Arbeit/Landesversicherungsanstalt	37,42	Euro/Tag
für übergeordnete Träger der Sozialhilfe	23,90	Euro/Tag

Werkstatt 01.04.2009 – 31.12.2009 (318 Plätze)

Bundesanstalt f. Arbeit/Landesversicherungsanstalt	34,19	Euro/Tag
für übergeordnete Träger der Sozialhilfe	26,18	Euro/Tag

Wohnheim 01.01.2009 – 31.07.2009

Pflegekosten	49,10	Euro/Tag
davon Bettenfreihaltgeld	45,55	Euro/Tag

Wohnheim 01.08.2009 – 31.12.2009

Pflegekosten	53,37	Euro/Tag
davon Bettenfreihaltgeld	49,47	Euro/Tag
Einzelvereinbarung für 1 Platz zzgl. zum Leistungsentgelt	7,78	Euro/Tag

Ambulant betreutes Wohnen 01.01.2009 – 31.12.2009

Pflegekosten	38,80	Euro/FL-Std.
--------------	-------	--------------

Integrationswerkstatt für psychisch Kranke 01.01.2009 - 31.03.2009

Bundesanstalt f. Arbeit/Landesversicherungsanstalt	37,42	Euro/Tag
für übergeordnete Träger der Sozialhilfe	23,90	Euro/Tag

Integrationswerkstatt für psychisch Kranke 01.04.2009 - 31.12.2009

Bundesanstalt f. Arbeit/Landesversicherungsanstalt	34,19	Euro/Tag
für übergeordnete Träger der Sozialhilfe	26,18	Euro/Tag

Fördergruppen 01.01.2009 – 31.12.2009

für die übergeordneten Träger der Sozialhilfe	44,94	Euro/Tag
Einzelfallvereinbarung (1 Platz)	78,10	Euro/Tag

Die vereinbarten Leistungsentgelte sind endgültig; ein Gewinn- oder Verlustausgleich findet nicht statt.

Die Liquidität der Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH war im Geschäftsjahr 2009 aufgrund der vereinbarten Leistungsentgelte gesichert.

Zum 31.05.2010 geht die Geschäftsführerin der WfbM in den Ruhestand. Die Bestellung eines neuen Geschäftsführers erfolgt durch den Gesellschafter, die Hansestadt Stralsund.

Falls die vereinbarten Leistungsentgelte aufgrund der ständig steigenden Kosten im Wohnheim und in der Werkstatt nicht mehr ausreichend sind, muss die WfbM diese mit dem Kommunalen Sozialverband Mecklenburg-Vorpommern sowie der Bundesagentur für Arbeit neu verhandeln.

Stralsund, 8. April 2010


Hannelore Waterstrat
 Geschäftsführerin

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der WfbM Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige Gesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Rostock, den 9. April 2010



PKF FASSELT SCHLAGE

Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


Diederich
Wirtschaftsprüfer


Dr. Harms
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft

der

Hansestadt Stralsund

mbH

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Beschluss des Hauptausschusses der Bürgerschaft

**Titel: Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund GmbH
- Jahresabschluss 2009
GH 0139/2010**

Der Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1.

Der von der Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH aufgestellte und von der Domus AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 58.305,26 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 35.398.421,30 Euro wird festgestellt.

2.

Dem Vorschlag des Geschäftsführers, den Bilanzgewinn (hier Jahresüberschuss zuzüglich Gewinnvortrag) in Höhe von 121.502,10 Euro als Vortrag auf neue Rechnung, wird zugestimmt.

3.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

4.

Dem Geschäftsführer, Herrn Habedank, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

5.

Die Gesellschafterversammlung bestellt die Domus AG als Wirtschaftsprüfungsunternehmen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010. Der Landesrechnungshof ist entsprechend zu informieren.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-08-0075

Datum: 24.08.2010



Hartlieb



**ANHANG DES JAHRESABSCHLUSSES
ZUM 31. DEZEMBER 2009
der
Liegenchaftsentwicklungsgesellschaft der
Hansestadt Stralsund mbH
Stralsund**

1. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Der Jahresabschluß der Liegenchaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes zu beachten.

Der Jahresabschluß ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung erstellt.

2. Angaben zur Bewertung und Bilanzierung sowie Erläuterung zu den einzelnen Posten

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften vorgenommen worden.

Das abnutzbare Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen, das nicht abnutzbare Anlagevermögen zu Anschaffungskosten bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und entsprechend den steuerlichen Vorschriften linear ermittelt. Erforderlichenfalls wurden bei dauerhafter Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Anschaffungskostenminderungen wurden passivisch abgesetzt. Hinsichtlich der Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1 – Anlagespiegel.

Der Ansatz des Vorratsvermögens erfolgte zu Anschaffungs- und Herstellungskosten. In die Herstellungskosten wurden die Material- und Fertigungseinzel- sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen. Das strenge Niederstwertprinzip wurde bei der Bewertung beachtet.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert ausgewiesen. Erkennbare Risiken hinsichtlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. In den ausgewiesenen Forderungen sind Forderungen in Höhe von T€ 2.132,0 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten (Vorjahr T€ 0,0)

Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde mit den anteiligen Ausgaben aus der Zeit vor dem Abschlussstichtag, die Aufwendungen für die Folgejahre darstellen, bewertet.

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklagen sind mit dem Nennbetrag angesetzt.

Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen beinhaltet erhaltene Investitionszuschüsse, welche als Sonderposten für Investitionszuwendungen passiviert wurden. Die passivierten Investitionszuwendungen werden nach wirtschaftlichen Grundsätzen entsprechend der ihnen zuzuordnenden Aufwendungen ertragswirksam aufgelöst.

Die „Sonstigen Rückstellungen“ berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen, sie sind ausreichend bemessen und nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in der Höhe notwendig.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Hinsichtlich der ausgewiesenen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Anlage 2 – Verbindlichkeitspiegel. Zur Absicherung möglicher Zinsrisiken bestehen in Verbindung mit Krediten vier Zinssatzwapgeschäfte. Die Zinsderivate weisen per 31.12.2009 einen Marktwert von T€ -95,0 (Vorjahr T€ -74,0) lt. Angabe des Kreditinstituts aus. Von den ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind T€ 12.388,9 (Vorjahr T€ 12.309,4) durch Grundschulden, Verpfändung von Bankguthaben und Abtretung von Ansprüchen aus Pachtverträgen besichert. Aus den sonstigen Verbindlichkeiten sind T€196,3 (Vorjahr T€ 180,2) durch Bankguthaben besichert. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verpflichtungen aus Steuern T€ 4,5 (Vorjahr T€ 36,2) und sozialer Sicherheit T€ 0,4 (Vorjahr T€ 0,0).

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit den anteiligen Einnahmen aus der Zeit vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für Folgejahre darstellen, bewertet. Eventuelle Verbindlichkeiten aus Haftungsverhältnissen sind nicht vorhanden. Aufgrund des Rahmen-Dienstleistungsvertrages mit der Hansestadt Stralsund vom 06.09./18.10.2005 wurde der Gesellschaft die treuhänderische Verwaltung von Parkraumflächen des ebenerdigen öffentlich-rechtlichen Straßenraumes übertragen. Zum 31.12.2009 beläuft sich der verwaltete Banksaldo auf € 160.559,84 (Vorjahr € 140.698,12).

Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

▪ Umsatzerlöse	€2.654.466,71 (Vorjahr €2.099.833,89)
Grundstücksverkäufe	€ 870.448,79 (Vorjahr € 401.250,13)
Mieten, Pachten u. Erbbaupachten	€1.625.655,72 (Vorjahr €1.541.240,51)
Verwaltertätigkeit	€ 158.362,20 (Vorjahr € 157.343,25)
▪ Sonstige betriebliche Erträge	
a) Erträge aus der Auflösung passivischer Sonderposten	€1.254.816,25
b) Investitionszuschuss	€3.861.316,40
c) Übrige sonstige betriebliche Erträge	€ 23.408,22
	<hr/>
	€5.139.540,87
▪ Aufwendungen für Altersvorsorge	€1.752,00 (Vorjahr €1.752,00)
▪ Außerordentliche Aufwendungen	€9.836,76 (Vorjahr €10.000,00)

3. Sonstige Pflichtangaben

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Über die in der Bilanz ausgewiesenen Schuldposten hinaus bestehen langfristige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen, langfristigen Dienstleistungsverträgen und Bauaufträgen mit geschätzten Belastungen im Folgejahr von:

aus bestehenden Verträgen T€ 1.159,6.

Darüber hinaus besteht aus der Einmalpacht ein Restbetrag i.H.v. T€370,2 für 2011. Zur Sicherung dieser Verpflichtung besteht ein Festgeldguthaben i.H.v. T€345,4.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist (Angaben gemäß § 285 Nr. 3, 3a und 21 HGB) liegen nicht vor bzw. sind nicht anzugeben.

Das im Geschäftsjahr berücksichtigte Gesamthonorar für den Jahresabschlussprüfer beträgt T€7,5. Weitere Leistungen wurden durch den Abschlussprüfer nicht erbracht.

Beeinflussung des Jahresergebnisses

Abschreibungen gem. § 254 HGB, die auf nur steuerrechtlich zulässigen Abschreibungen beruhen, wurden wie in Vorjahren nicht vorgenommen.

Zuschreibungen gem. § 280 Abs. 2 HGB wurden im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht vorgenommen.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt gem. § 285 Nr. 7 HGB

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter einschließlich Geschäftsführer betrug 7 (Vorjahr: 7).

Organe der Gesellschaft gem. § 285 Nr. 10 HGB

Organe der Gesellschaft sind der Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Mitglieder des Geschäftsführungsorgans

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Gesellschaft war im Berichtsjahr

Herr Dipl.-Ing. Gerd Habedank, Stralsund.

Auf die Angabe der Bezüge gem. § 285 Nr. 9a HGB wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mitglieder des Aufsichtsrates im Berichtsjahr

Herr Detlef Erbenbraut,	Finanzkaufmann, Stralsund, Vorsitzender –
Herr Andreas Mayer,	Controller, Stralsund, stellv. Vorsitzender bis 12.10.2009
Frau Ute Nitz,	Bauingenieur, Stralsund, stellv. Vorsitzender ab 12.10.2009
Frau Dorit Junge,	Staatl. Gepr. Wirtschaftsassistentin, Stralsund, bis 12.10.2009
Herr Jochen Meyer,	Rentner, Stralsund bis 12.10.2009
Herr Bernd Buxbaum,	Bundeswehr-Angestellter, Stralsund
Herr Paul-Ferdi Lange,	Rentner, Stralsund. bis 12.10.2009
Herr Thomas Schulz,	Goldschmied, Stralsund ab 12.10.2009
Herr Stefan Bauschke,	Student, Stralsund ab 12.10.2009
Herr Rolf Schumann,	Rentner, Stralsund ab 12.10.2009
Herr Frank-Michael John,	Student, Stralsund ab 12.10.2009

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden insgesamt T€ 7,0 (Vorjahr: T€ 4,8) als Sitzungsgelder gezahlt.

Stralsund, den 25. März 2010

Gerd Habedank

BILANZ

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH
Stralsund**

zum

31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

PASSIVSEITE

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		1.610.600,00	1.610.600,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,00	0,50	II. Kapitalrücklage		5.070.705,82	5.070.705,82
II. Sachanlagen				III. Bilanzgewinn		121.502,10	63.196,84
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.657.262,66		23.682.762,28	B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		14.931.241,44	12.324.741,29
2. technische Anlagen und Maschinen	28.510,50		63.597,50	C. Rückstellungen			
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	83.789,00		89.370,00	1. Steuerrückstellungen	0,00		0,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	22.769.562,16	20.378,15	2. sonstige Rückstellungen	<u>444.713,07</u>	444.713,07	444.550,00
B. Umlaufvermögen				D. Verbindlichkeiten			
I. Vorräte				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.388.945,64		12.309.445,27
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	4.299.371,92		3.674.732,62	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	227.749,07		117.135,54
2. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>140.842,90</u>	4.440.214,82	166.901,97				
Übertrag		27.209.776,98	27.697.743,02	Übertrag	12.616.694,71	22.178.762,43	31.940.374,76

BILANZ

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH
Stralsund**

zum

31. Dezember 2009

AKTIVSEITE

PASSIVSEITE

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		27.209.776,98	27.697.743,02	Übertrag	12.616.694,71	22.178.762,43	31.940.374,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	0,00		797.126,19
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	326.172,33		44.303,18	4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>570.254,59</u>	13.186.949,30	<u>599.581,93</u>
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00		0,00	- davon erhaltene Kautionen			
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.282.259,81</u>	2.608.432,14	100.324,83	Euro 196.257,78 (Euro 180.168,38)			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.160.130,54	969.691,54	E. Rechnungsabgrenzungsposten		32.709,57	71.178,40
- davon Kautionen Euro 196.257,78 (Euro 180.168,38)							
C. Rechnungsabgrenzungsposten		4.420.081,64	4.596.198,71				
		<u>35.398.421,30</u>	<u>33.408.261,28</u>			<u>35.398.421,30</u>	<u>33.408.261,28</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

**Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft
der Hansestadt Stralsund mbH
Stralsund**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		2.654.466,71	2.099.833,89
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		598.580,23	726.241,66
3. sonstige betriebliche Erträge		5.139.540,87	754.817,93
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.733.134,07		1.357.841,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>192.958,15</u>	1.926.092,22	150.849,25
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	259.105,14		245.940,96
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>54.014,36</u>	313.119,50	48.083,46
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.092.656,31	1.173.400,05
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		4.374.792,20	593.942,46
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		27.948,16	74.293,15
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>635.113,20</u>	<u>610.987,55</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		78.762,54	-525.859,00
11. außerordentliche Aufwendungen		9.836,76	10.000,00
12. sonstige Steuern		<u>10.620,52</u>	<u>28.500,11</u>
13. Jahresergebnis		58.305,26	-564.359,11
14. Gewinnvortrag		63.196,84	627.555,95
15. Bilanzgewinn		<u>121.502,10</u>	<u>63.196,84</u>

Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH, Stralsund

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Die LEG der Hansestadt Stralsund mbH ist ein kommunales Unternehmen in Privatrechtsform im Sinne des § 68 der Kommunalverfassung. Der Gegenstand des Unternehmens ist im Gesellschaftsvertrag geregelt und umfasst ein breites Spektrum von Betätigungsmöglichkeiten im Grundstücks- und Immobilienbereich, sowohl die planerische Entwicklung von Grundstücken als auch deren Bebauung und Vermarktung, den reinen Grundstückshandel wie auch Verwalter- und Projektsteuerungstätigkeiten.

Personal

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 7 Mitarbeiter beschäftigt.

Investitionstätigkeit / Auftragsvergabe

Sofern die LEG als öffentlicher Auftraggeber auftritt, wie z.B. im Zuge der Abarbeitung von Erschließungsverträgen mit Kommunen bzw. bei der Kofinanzierung mit Fördermitteln werden strikt die Vorgaben der VOB, VOL, VOF sowie EU-Regelungen beachtet. Bei Geschäften, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen werden grundsätzlich Konkurrenzangebote eingeholt, so auch für Kapitalaufnahmen oder Geldanlagen. Bei Auftragswerten unter T€1,0 erfolgt eine freihändige Vergabe.

Wirtschaftliche Beziehungen

Gemäß den Vorgaben des LRH wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates der LEG schriftlich aufgefordert eine Unabhängigkeitserklärung abzugeben. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstellung haben alle Aufsichtsratsmitglieder eine entsprechende Erklärung abgegeben. Danach ergaben sich keine bzw. keine ungewöhnlichen wirtschaftlichen Beziehungen.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Entwicklung der aus Vorjahren vorhandenen Liegenschaften

Hansa-Gymnasium

Es besteht mit der Hansestadt Stralsund ein langfristiger Mietvertrag. Die erzielten Mieterlöse in Höhe von T€468,6 entsprechen unverändert dem Vorjahreserlös.

Volkshochschule

Es besteht mit der Hansestadt Stralsund ein Mietvertrag. Die im Berichtsjahr erzielten Mieterlöse betragen T€45,2.

B 35.1 Wohngebiet westlich der Lübecker Allee

Im Wohngebiet westlich der Lübecker Allee – B – Plan 35.1 werden 7 Einzelhäuser in Reihe / Architektenhäuser errichtet. 5 Einzelhäuser in Reihe sind fertig gestellt und verkauft. In 2009 wurde ein weiteres Musterhaus errichtet. Die Vermarktungsaktivitäten für das Musterhaus sowie für das 7. Architektenhaus werden fortgeführt.

Hafen Nordmole

Die im Berichtsjahr erzielten Mieterlöse in Höhe von T€ 25,0 entsprechen den vertraglichen Regelungen. Der private Betreiber / Investor hat die im Mietvertrag enthaltene Kaufoption ausgeübt. Damit wird der Verkauf in 2010 rechts- und erfolgswirksam.

Schwedenschanze

Die langfristig geplante Vergabe eines Erbbaurechtes ist gescheitert. Der Investor ist zurückgetreten und der Vorvertrag wurde rück abgewickelt. Der Satzungsbeschluss zum B-Plan Nr. 38 der Hansestadt Stralsund hat Bestandskraft. Die planerische Vorbereitung der Projektentwicklung „Maritimes Gewerbegebiet Schwedenschanze“ ist erfolgt. Ein Erschließungsträgervertrag mit der Hansestadt ist in Vorbereitung. In Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung der Hansestadt Stralsund wurde die Einwerbung von Fördermitteln beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern eingereicht. Mit einer positiven Bescheidung wird in 2010 gerechnet.

Grundstücke im innerstädtischen Bereich

Das Grundstück „Ecke Wasser-, Baden-, Mauerstraße“ konnte im Rahmen der Stadterneuerungsmaßnahmen bis dato nicht verkauft werden. Mit Eröffnung des Ozeaneums ist eine Zunahme der Nachfragen zu verzeichnen.

Maritimer Industrie- und Gewerbepark

Die Gesellschaft ist als Erschließungsträger zur Errichtung eines „Maritimen Industrie- und Gewerbegebietes“ tätig. Im Geschäftsjahr ist die Erschließung im landseitigen Bereich des Gewerbegebietes nach Vorliegen des rechtsgültigen Zuwendungsbescheides vom 16.04.2009 im August 2009 angelaufen. Die im Berichtsjahr erzielten Pachteinnahmen betragen T€83,6 (Vorjahr T€114,6). Die Vermarktung der entstehenden Gewerbeflächen ist angelaufen und wird fortgeführt.

Carl-Heydemann-Ring/Barther Straße

Das in 2003 erworbene und freigeräumte Grundstück ist zum größten Teil mit einem B-Plan-Verfahren (B-Plan 55) belegt worden. Nach den im Oktober 2006 abgeschlossenen Erschließungsarbeiten konnte im Berichtsjahr 1 weiteres EFH-Grundstück verkauft werden. Nach Freizug der aufstehenden Berufsschule im Sommer 2007 wurde dieses Areal ebenfalls verwertet und die Abrissarbeiten abgeschlossen. Die Vermarktungsaktivitäten werden auf dem gesamten Areal fortgeführt, wobei sich die erforderliche B-Plan-Teiländerung in der Bearbeitung bzw. in der Erschließung befindet. Damit kann der zunehmenden Nachfrage nach kleineren Grundstückspartellen nachgekommen werden und die Verkaufsofferte wird optimiert.

In 2009 erfolgten keine Grundstücks- und Immobilienzugänge zum Anlagevermögen, die als Einlage seitens des Gesellschafters als Kapitalrücklage gebucht wurden.

EFH-Parzellen im Wohnpark Devin

Die durch Zwangsversteigerung ersteigerten unbebauten, ortsüblich erschlossenen Grundstücke im Wohnpark Devin wurden in 2006 bis auf ein Grundstück verkauft. Im Berichtsjahr wurde nochmals eine Doppelparzelle ersteigert. Die Vermarktung wird fortgeführt und zeigt einen positiven Trend.

Bakenberg

In 2003 wurden der Gesellschaft umfangreiche Liegenschaften im Norden Rügens übertragen. Eine Maßnahme der langfristigen Umgestaltung des gesamten Gebietes ist die Erstellung eines Rahmenplanes, welcher im Jahre 2006 Bestandskraft erlangte. Die Änderung des Flächen-Nutzungsplans ist seit 16.03.2009 gültig. Zur weiteren Vorbereitung der Investorenakquise wurde ein Exposé in mehreren Sprachen ausgearbeitet.

„Ehemalige KiGa Moorteich“

Dieses Grundstück befindet sich in exponierter Lage Stralsunds. Das Grundstück ist zur freien Vermarktung vorgesehen, welche aber durch das aufstehende denkmalgeschützte Gebäude erheblich behindert wurde. In 2009 erfolgte der Abbruch des Gebäudes. Die Vermarktung der Topflächen wurde intensiv betrieben. 2 der 3 Parzellen wurden im Berichtsjahr verkauft.

Diverse Grundstücke in Prohn

In 2005 wurden seitens des Gesellschafters diese Grundstücke in der Ortslage Prohn per Änderungsbescheid übertragen. Hier wurden in 2007 „kleinere Wohnparzellen“ erschlossen um somit die Angebotsofferte zu erweitern. Vermarktungsergebnisse konnten bislang nicht erzielt werden.

Diverse Objekte nördlich Stralsunds, auf Rügen und Hiddensee

Die Vermögenszugänge erfolgten im Jahr 2004. Hierbei handelt es sich um problembehaftete Grundstücke mit aufstehenden sanierungsbedürftigen Gebäuden. Um diese Objekte einer wirtschaftlichen Verwertung zuführen zu können, wäre ein erheblicher baulicher Aufwand nötig. Derzeit ist jedoch jegliches Baurecht auf Hiddensee ausgehebelt (Trinkwasserproblematik).

Tribseer Damm

In 2009 wurde dieses Grundstück im Zuge einer Zwangsversteigerung ersteigert. Hierzu wird eine Projektentwicklung erarbeitet.

Gewährleistung Wohnpark Devin

Die Rechtsstreite um Schadenregress und Mängelfeststellung dauern an. Der Jahresabschluss 2009 enthält für Gewährleistungsansprüche und Prozesskosten, die aus dem Bauvorhaben Devin entstehen können, Rückstellungen in Höhe von T€407,6.

Umsetzung des Zentralen Parkraumkonzeptes

Die Verwaltung der öffentlichen Parkflächen erfolgt problemlos. Die Pachtverträge zur Betreuung des Parkhauses „Am Meeresmuseum“ sowie des Parkhauses „Am Ozeaneum“ wurde geschlossen. Die Betreuung der Parkhäuser entwickelt sich entsprechend unserer Planungserwartung.

2. Aussagen zur Vermögenslage und Liquidität

Die Gesellschaft weist im Berichtsjahr Anlagevermögen i.H.v. T€22.769,6 (Vorjahr T€23.856,1) aus. Die Veränderung resultiert aus den Zugängen i.H.v. T€73,0 und Abgängen / Umbuchungen im Anlagevermögen der Restbuchwerte i.H.v. T€66,8, vermindert um die Regelabschreibungen i.H.v. T€1.092,7.

Das Umlaufvermögen hat sich um T€ 3.076,7 erhöht. Wesentlich hierfür ist eine Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände um T€ 2.181,9. Diese Veränderung resultiert aus den Vorsteuerforderungen des Investitionsvolumens des „Maritimen Industrie- und Gewerbegebietes Franzenshöhe“ sowie der Aktivierung der Restforderung aus dem Zuwendungsbescheid des vorab genannten Projektes bei gleichzeitiger Passivierung des Zuschusses. Die Vorräte, mit den in Ausführung befindlichen Bauaufträgen und den fertigen Erzeugnissen erhöhten sich um T€ 598,6. Die Forderungen sowie die liquiden Mittel erhöhten sich um T€ 472,3. Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten verminderten sich um T€176,1.

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft ist durch einen Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme von 64,3 % (Vorjahr 71,4 %) gekennzeichnet.

Die Gesellschaft weist ein buchmäßiges Eigenkapital in Höhe von T€6.802,8 aus.

Die Sonderposten weisen einen Saldo von T€14.931,2 aus.

Die sonstigen Rückstellungen veränderten sich marginal. Die Steuerrückstellungen weisen einen Saldo von T€0,0 aus. Zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung waren keine noch nicht veranlagten Steuern offen.

Die Verbindlichkeiten verminderten sich um T€636,4 auf T€13.186,9. Der prozentuale Anteil davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt 7,5 % (Vorjahr 13,2 %).

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

3. Ertragslage

Die Gesamtleistung des Unternehmens erhöhte sich während des Geschäftsjahres um T€ 427,0 auf T€3.253,0. Die Erhöhung der Sonstigen betrieblichen Erträge um T€4.384,7 ist auf die ertragswirksame Erfassung des Investitionszuschusses bei gleichzeitigen Aufwendungen aus der Einstellung in den Sonderposten sowie auf die erhöhte Auflösung zurückzuführen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um T€19,1 auf T€313,1. Die Veränderung resultiert aus der Beendigung der Elternzeit eines Mitarbeiters, welche im Vorjahr durch eine interne Umbesetzung eingespart wurde.

Die Veränderung der planmäßigen Abschreibungen ist nach Abzug der außerplanmäßigen Abschreibungen der Vorjahres i.H.v. T€80,0 marginal, von T€1.093,4 auf T€1.092,7. Den Abschreibungen des Geschäftsjahres stehen Auflösungen des Sonderpostens in Höhe von T€1.254,8 gegenüber.

Der sonstige betriebliche Aufwand ergibt nach Abzug der Einstellung des Sonderpostens in Höhe von T€3.861,3 eine Verminderung um T€80,4 auf T€513,5.

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge verminderten sich um T€46,4 und die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhten sich um T€24,2.

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von T€58,3 erwirtschaftet.

4. Hinweise auf wesentliche zukünftige Entwicklungen

Bei erfolgswirksamer Umsetzung der geplanten Projektentwicklungen wird das Unternehmen kurz- und mittelfristig positive Jahresergebnisse erzielen. Zahlreiche Vorbereitungen und Vorverhandlungen in 2009 zeigen im 1. Quartal 2010 ihre ertragwirksame Umsetzung.

Striktes Kostenmanagement steht weiterhin im Focus bei der Realisierung der einzelnen Projekte. Bei der Umsetzung der geplanten Vorhaben sowie eintreten der zugrunde gelegten Prognosen ist von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

In der Fortführung der Realisierung des Zentralen Parkraumkonzeptes wird in 2011 ein weiteres Parkhaus von der Hansestadt Stralsund angepachtet und bewirtschaftet. Auf Grund der Vertragsgestaltung mit der Hansestadt Stralsund konnte hierbei eine Risikoreduzierung erreicht werden.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt. Die dazugehörenden Grundgeschäfte weisen eine Valuta zum Stichtag von T€1.173,8 aus.

Das Unternehmen ist im Bereich Forschung und Entwicklung nicht tätig.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

Stralsund, den 25. März 2010

Gerd Habedank

Jahresabschluss

2009

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister

Beschluss des Hauptausschusses der Bürgerschaft

**Titel: Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft GmbH - Jahresabschluss 2009
GH 0138/2010**

Der Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, beschließt:

Der bevollmächtigte Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung wie folgt zu beschließen:

1.

Der durch die Domus AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2009 der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.579.827,68 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 242.683.270,64 Euro festgestellt.

2.

Der Einstellung in die gesellschaftsvertragliche Rücklage in Höhe von 157.982,77 Euro wird zugestimmt. Der Bilanzgewinn in Höhe von 1.421.844,91 Euro ist an die Gesellschafterin Hansestadt Stralsund auszuschütten.

3.

Dem Geschäftsführer, Herrn Dieter Vetter, wird Entlastung erteilt.

4.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird Entlastung erteilt.

5.

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Domus AG bestellt.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-08-0074

Datum: 24.08.2010



Hartlieb



1. Bilanz zum 31. Dezember 2009

	€	31.12.2009 €	31.12.2008 €
AKTIVSEITE			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		33.289,35	14.746,10
Sachanlagen			
Grundstücke mit Wohnbauten (davon Bodenwert: € 35.816.773,93)	207.477.722,09		207.819.404,00
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten (davon Bodenwert: € 1.342.145,80)	7.258.092,42		7.511.479,88
Grundstücke ohne Bauten	1.937.246,48		1.648.122,62
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter (davon Bodenwert: € 184.077,01)	331.023,57		301.515,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	293.352,78		280.829,21
Anlagen im Bau	<u>392.197,67</u>	217.689.635,01	794.302,25
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>76.700,00</u>	<u>76.700,00</u>
		217.799.624,36	218.447.099,99
Umlaufvermögen			
Grundstücke ohne Bauten	123.765,88		123.765,88
Grundstücke mit unfertigen Bauten	1.564.332,30		1.737.147,03
Unfertige Leistungen	11.512.773,54		11.202.259,01
Andere Vorräte	<u>65.986,56</u>	13.266.858,28	53.733,44
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	333.246,46		241.552,38
Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken	6.500,00		60.839,50
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	1.334,76		18.225,70
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,00		14.543,39
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17.681,11		3.804,29
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.550.780,94</u>	1.909.543,27	1.205.943,29
Flüssige Mittel			
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		9.514.724,10	11.753.177,35
Sonderverlustkonto			
aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		94.052,00	94.052,00
Rechnungsabgrenzungsposten			
Disagio	63.706,77		73.058,40
andere Rechnungsabgrenzungskosten	<u>34.761,86</u>	<u>98.468,63</u>	<u>39.933,84</u>
<u>Bilanzsumme</u>		<u>242.683.270,64</u>	<u>245.069.135,49</u>
<u>Treuhandguthaben</u>		<u>5.550.422,98</u>	<u>5.773.738,78</u>

	€	31.12.2009 €	31.12.2008 €
PASSIVSEITE			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		6.135.502,57	6.135.502,57
Kapitalrücklage		27.690.212,54	27.690.212,54
Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG davon gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG		50.169.356,80 (17.424.336,98)	50.169.356,80 (17.424.336,98)
Gesellschaftsvertragliche Rücklage		1.068.949,57	910.966,80
Bauerneuerungsrücklage		606.548,08	606.548,08
Bilanzgewinn		<u>1.421.844,91</u>	<u>1.403.487,01</u>
Eigenkapital insgesamt		87.092.414,47	86.916.073,80
Sonderposten für Investitions- zulagen zum Anlagevermögen		3.020.547,36	3.119.427,38
Sonderposten mit Rücklageanteil für Ersatzbeschaffung		47.900,00	259.234,86
Rückstellungen			
Pensionsrückstellungen	194.547,00		125.940,00
Steuerrückstellungen	19.660,00		39.740,00
Rückstellungen für Bauinstandsetzung	437.538,01		459.262,28
Sonstige Rückstellungen	<u>7.780.538,85</u>	8.432.283,86	8.456.004,53
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.789.187,97		131.721.365,31
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	205.744,23		215.566,78
Erhaltene Anzahlungen	11.836.056,69		11.602.858,30
Verbindlichkeiten aus Vermietung	371.773,13		322.223,45
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.803.122,04		1.758.326,63
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>73.545,71</u>	144.079.429,77	<u>62.302,78</u>
davon aus Steuern: € 44.119,88			(0,00)
Rechnungsabgrenzungsposten		<u>10.695,18</u>	<u>10.809,39</u>
<u>Bilanzsumme</u>		<u>242.683.270,64</u>	<u>245.069.135,49</u>
<u>Treuhandverbindlichkeiten</u>		<u>5.550.422,98</u>	<u>5.773.738,78</u>

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2009

	€	2009 €	2008 €
Umsatzerlöse			
aus der Hausbewirtschaftung	36.179.413,74		35.539.131,44
aus Verkauf von Grundstücken	217.947,29		554.016,03
aus Betreuungstätigkeit	373.651,67		388.325,60
aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>17.128,06</u>	36.788.140,76	<u>17.700,91</u>
Veränderungen des Bestandes			
an zum Verkauf bestimmten Grundstücken ohne Bauten und mit unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen		137.699,80	208.260,05
Andere aktivierte Eigenleistungen		94.504,54	87.832,17
Sonstige betriebliche Erträge		2.630.692,16	2.934.305,58
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	17.356.872,95		18.003.771,65
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	<u>3.722,84</u>	<u>17.360.595,79</u>	<u>6.055,67</u>
Rohergebnis		22.290.441,47	21.719.744,46
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	2.892.705,44		2.836.092,15
soziale Abgaben	<u>611.588,37</u>	3.504.293,81	<u>545.260,34</u>
davon für Altersversorgung: € 73.322,19			(19.415,64)
Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.021.953,90		6.569.320,87
auf Sonderverlustkonto	<u>0,00</u>	7.021.953,90	25.408,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.908.503,06	3.034.736,53
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag		17.681,11	3.804,29
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		398.815,15	673.034,22
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>6.881.430,75</u>	<u>6.934.408,10</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.390.756,21	2.451.356,98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		94.185,64	40.998,00
Sonstige Steuern		<u>716.742,89</u>	<u>728.706,75</u>
Jahresüberschuss		1.579.827,68	1.681.652,23
Einstellungen in Gewinnrücklagen			
in gesellschaftsvertragliche Rücklage		157.982,77	168.165,22
Vorabausschüttung an den Gesellschafter		<u>0,00</u>	<u>110.000,00</u>
Bilanzgewinn		<u>1.421.844,91</u>	<u>1.403.487,01</u>

3. ANHANG

des Jahresabschlusses 2009
der
Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Stralsund

A Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen vom 06.03.1987 unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches sowie des DM-Bilanzgesetzes, wobei für die Gewinn- und Verlustrechnung das Gesamtkostenverfahren Anwendung gefunden hat. Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich nicht.

B Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden sind, soweit diese der Gesellschaft zum 1. 7. 1990 übertragen worden sind, entsprechend ihrer Zuordnung in der festgestellten DM-Eröffnungsbilanz bilanziert. Die Gesellschaft ist bis auf wenige Ausnahmen als Eigentümer der ihr übertragenen Grundstücke im Grundbuch eingetragen.

1. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die Sachanlagen wurden zu den fortgeschriebenen Zeitwerten bewertet, wobei die Wohnobjekte um passivierte Bauinstandhaltungsrückstellungen der DM-Eröffnungsbilanz erhöht sind. Für die Berechnung der linearen Abschreibungen der Wohnbauten wurde grundsätzlich von einer Restnutzungsdauer von 60 - 80 Jahren, bei Neubauten von 50 Jahren, ausgegangen. Bei Wohngebäuden, die älter als 70 Jahre zum Stichtag der DM-Eröffnungsbilanz waren, wurde noch eine Restnutzungsdauer von 5 - 10 Jahren unterstellt. Nach § 253 (2) Satz 3 HGB wurden im Geschäftsjahr 2009 Abschreibungen in Höhe von € 840.659,74 auf Wohnbauten vorgenommen.
2. Die Restnutzungsdauer der Geschäfts- und anderen Bauten beträgt 20 - 40 Jahre.
3. Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung werden linear nach den Nutzungsdauervermutungen der steuerlichen Afa-Tabellen abgeschrieben. Für geringwertige Anlagegüter, die im Berichtszeitraum zugegangen sind, wurde ein Sammelposten eingerichtet, der über 5 Jahre abgeschrieben wird.
4. Auf die angefallenen Herstellungskosten für Anlagen im Bau wurden außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund der Inanspruchnahme des Sonderpostens mit Rücklageanteil nach § 6b EStG Satz 3 in Höhe von 211.334,86 € vorgenommen.

5. Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um die Stammeinlagen einer gegründeten Tochtergesellschaft mit 100%iger Beteiligung der SWG mbH. Am 18.11.2008 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit Wirkung zum 01.01.2008 abgeschlossen. Das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft beträgt am 31.12.2009 € 372.933,33. Das Jahresergebnis wird mit einem Gewinn von € 17.681,11 ausgewiesen. In Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB wurde auf die Aufstellung eines gesonderten Konzernabschlusses verzichtet.
6. Die zum Verkauf bestimmten Grundstücke ohne Bauten sind zu Anschaffungs- und Bauvorbereitungskosten, die Grundstücke mit unfertigen Bauten zu Herstellungskosten aktiviert.
7. Als Unfertige Leistungen werden die zum 31.12.2009 abrechenbaren Heiz- und Betriebskosten ausgewiesen.
8. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert ausgewiesen, uneinbringliche Forderungen wurden vor Bilanzerstellung abgeschrieben. Für zweifelhafte Forderungen wurden ausreichende Risikovor-sorgen getroffen. Sämtliche Forderungen sind bis auf sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von € 214.592,52 (Vorjahr: € 152.304,65) innerhalb eines Jahres fällig.

In den Forderungen sind € 476.334,36 gegenüber dem Gesellschafter enthalten (Vorjahr: € 265.383,66).

In den Sonstigen Vermögensgegenständen ist die Insolvenzversicherung wegen Altersteilzeit in Höhe von € 36.696,00 enthalten. Sie dient dem Schutz der Wertguthaben der in Altersteilzeit beschäftigten Arbeitnehmer.

9. Die Flüssigen Mittel sind zu Nominalwerten ausgewiesen.
10. Das in der Bilanz ausgewiesene Gezeichnete Kapital entspricht dem gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG am 05.12.1991 neu festgesetzten Stammkapital. Eine Kapitalanpassung in EURO wurde bisher nicht vorgenommen.
11. Der Bilanzgewinn des Vorjahres wurde gemäß Gesellschafterbeschluss in 2009 ausgeschüttet.
12. Die Sonderposten betreffen abgegrenzte Zulagen zum Anlagevermögen gemäß Investitionszulagengesetz und einen Sonderposten mit Rücklagenanteil für Ersatzbeschaffung gemäß R 6.6 EStR. Die Bildung erfolgte 2008 in Höhe von € 47.900,00.
13. Die Pensionsrückstellung wurde gemäß § 6a EStG nach dem Teilwertverfahren ermittelt. Der Berechnung wurden abweichend zum Vorjahr ein Rechnungszinsfuß von 5,25 %, ein Rententrend von 1 % und ein Anwartschaftstrend von 2 % zugrunde gelegt, die sich im Geschäftsjahr in Höhe von 47.776,00 € ausgewirkt haben.

Die Rückstellung für Bauinstandsetzung besteht in Anwendung des Wahlrechts nach § 10 Abs. 1 DMBilG i. V. m. § 249 Abs. 2 HGB für in früheren Jahren unterlassene Instandhaltungen, soweit diese in den nächsten Jahren nachgeholt werden sollen. Im Geschäftsjahr erfolgte eine Auflösung von 21.724,27 € durch den Verkauf eines Objektes.

Die Sonstigen Rückstellungen bestehen in Höhe vorsichtig eingeschätzter künftiger Verpflichtungen bzw. Aufwendungen.

14. Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen ausgewiesen.

In den Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr keine Beträge gegenüber dem Gesellschafter außer in den Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern und in sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 269.883,13 € (Vorjahr 241.637,68 €) enthalten.

C Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

1. Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus einem als Anlage 1 beigefügten Anlagespiegel ersichtlich.
2. Die Zusammensetzung und Entwicklung der Rücklagen ist in der beigefügten Anlage 3 dargestellt.
3. Durch die Änderung des Investitionszulagengesetzes wurden in 2009 keine Investitionszulagen mehr beantragt. Aufgrund der Abschreibungen der bereits aus früheren Jahren angeschafften Wirtschaftsgüter wurden € 98.880,02 des Sonderpostens für Investitionszulagen zum Anlagevermögen und € 211.334,86 aus dem Sonderposten mit Rücklagenanteil für Ersatzbeschaffung gewinnerhöhend aufgelöst.

4. Unter dem Posten Sonstige Rückstellungen werden folgende Rückstellungen mit nicht unerheblichem Umfang nicht gesondert ausgewiesen:

Die Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (4.701,4 T€) nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB wurde in 2009 angepasst.

Gemäß § 249 Absatz 1 HGB bestehen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen (680,2 T€) und zur Umsetzung der Energieeinsparverordnung 2009 (656,3 T€).

Aufgrund von abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen erhöhte sich die Rückstellung auf 624,1 T€.

5. In den Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.
6. Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist aus dem als Anlage 2 beigefügten Verbindlichkeitspiegel ersichtlich. Es sind zum Bilanzstichtag € 129.994.932,20 der Verbindlichkeiten durch Grundschulden bzw. € 456.077,44 durch eine Sicherheitseinlage in Form eines Festgeldkontos besichert.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind - soweit nicht vorstehend erläutert – keine nennenswerten periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten.

D Sonstige Angaben

1. Zum 31. 12. 2009 bestand außer den unter der Bilanz vermerkten Treuhandverpflichtungen eine Ausfallbürgschaft in Höhe von € 112.500,00 zugunsten der Tochtergesellschaft.

Die SWG mbH hält treuhänderisch eine Beteiligung an der Hansestadt Stralsund Arena GmbH & Co. KG mit einer Hafteinlage in Höhe von € 2.500,00 und einer weiteren Einlage in Höhe von € 9,0 Mio. als Kommanditistin.

Eine bilanzielle Erfassung der Beteiligungen wurde aufgrund des Treuhandverhältnisses nicht vorgenommen. Im Übrigen wird von § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB Gebrauch gemacht.

Besondere finanzielle Belastungen sind aus dieser Beteiligung für die SWG mbH nicht zu erwarten.

2. Zum 31.12.2009 war ein Auftragsvolumen in Höhe von € 4.384.086,21 für verschiedene Bauvorhaben vergeben. Aus langfristig bestehenden Vertragsverhältnissen ergeben sich jährlich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von € 68.896,32.
3. Auf die Angaben laut § 285 Nr. 9a und 11 HGB wurde gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 und Abs. 4 HGB verzichtet.
4. Für die Abschlussprüfung des Geschäftsjahres 2009 wurden Aufwendungen in Höhe von 85.000,00 € und für die steuerliche Beratung von 10.000,00 € als Rückstellung eingestellt.
5. Im Jahr 2009 sind keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen angefallen.
6. Die Zahl der im Geschäftsjahr (Vorjahr in Klammern) durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich Geschäftsführer betrug:

	<u>Anzahl Arbeit-</u> <u>nehmer</u>		<u>davon</u> <u>Teilzeitbeschäftigte</u>	
Angestellte inklusive				
Technische Mitarbeiter	60	(59)	5	(5)
Auszubildende	9	(10)	0	(0)
Gewerbliche Mitarbeiter	<u>9</u>	<u>(10)</u>	<u>0</u>	<u>(0)</u>
Gesamt	<u>78</u>	<u>(79)</u>	<u>5</u>	<u>(5)</u>

Zusätzlich waren per 31.12.2009 fünf (Vorjahr fünf) geringfügig Beschäftigte tätig.

Von den insgesamt 78 Mitarbeitern befanden sich am 31.12.2009 12 Mitarbeiter in der aktiven Phase der Altersteilzeit.

7. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt € 5.050,00 gezahlt.

Mitglieder des Aufsichtsrates waren im Geschäftsjahr:

Chill, Kerstin	Vorsitzende, Versicherungsfachwirt
Lewing, Waltraut	Stellvertreterin, Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro
Carl, Michael	EDV-Koordinator
Karnowski, Martina	EDV-Koordinator
Hülse, Peter	ab 12.10.2009 pensionierter Lehrer
Kindler, Anett	ab 12.10.2009 Leiterin einer Kindertagesstätte
Kühl, Andrea	ab 12.10.2009 Erzieherin
Nitschke, Eckehard	ab 12.10.2009 pensionierter Geschäftsführer eines Möbelwerkes
Völker, Nico	ab 12.10.2009 Bankkaufmann (zurzeit Bundeswehr)
Hölbing, Olaf	bis 11.10.2009 Lehrer
Mayer, Andreas	bis 11.10.2009 Mitarbeiter Beteiligungscontrolling eines städtischen Unternehmens
Meyer, Wolfgang	bis 11.10.2009 Wirtschaftsberater
Müller, Jürgen	bis 11.10.2009 Geschäftsführer eines städtischen Versorgungsunternehmens
Schüler, Margret	bis 11.10.2009 Chemielaborantin

8. Geschäftsführer der Gesellschaft:

Dieter Vetter Dipl.-Ing. für Informationstechnik, Stralsund

Stralsund, den 31.03.2010

Stralsunder
Wohnungsbaugesellschaft mbH

Geschäftsführer

Vetter

Anlage 1 zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Umgliederungen	Anschaffungs- und Herstellungskosten	
	01.01.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2009			
	€	€	€	€	€	€	
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	451.820,45	31.761,10	-	-	-	483.581,55	
<u>Sachanlagen</u>					./273.501,27		
Grundstücke mit Wohnbauten	338.302.088,27	4.894.767,55	4.521.459,31	2.047.598,11		340.449.493,35	
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	9.843.735,96	68.495,01	-	10.561,95		9.922.792,92	
Grundstücke ohne Bauten	1.700.115,45	42.893,39	365,53	./16.343,32 262.939,32		1.989.239,31	
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	426.494,76	22.960,76	-	16.343,32		465.798,84	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.415.536,89	138.192,95	227.580,51	-		1.326.149,33	
Anlagen im Bau	794.302,25	1.856.828,39	-	./2.047.598,11		603.532,53	
	<u>352.482.273,58</u>	<u>7.024.138,05</u>	<u>4.749.405,35</u>	<u>0,00</u>		<u>354.757.006,28</u>	
<u>Finanzanlagen</u>							
Anteile an verbundenen Unternehmen	76.700,00	-	-	-		76.700,00	
	<u>76.700,00</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>		<u>76.700,00</u>	
Anlagevermögen insgesamt	<u>353.010.794,03</u>	<u>7.055.899,15</u>	<u>4.749.405,35</u>	<u>0,00</u>		<u>355.317.287,83</u>	

Anlage 1 zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens 2009

	Abschreibungen kumuliert 01.01.2009 €	Abschreibungen Abschreibungen des Geschäftsjahres			Abschreibungen auf Abgänge €	Umgliederungen €	Abschreibung kumuliert 31.12.2009 €	Buchwerte 31.12.2009 €	Buchwerte 31.12.2008 €
		planmäßig €	technisch bedingt €	nach § 6b					
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	<u>437.074,35</u>	<u>13.217,85</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>450.292,20</u>	<u>33.289,35</u>	<u>14.746,10</u>
<u>Sachanlagen</u>									
Grundstücke mit Wohnbauten	130.482.684,27	5.513.496,07	840.659,74	-	3.865.068,82	-	132.971.771,26	207.477.722,09	207.819.404,00
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	2.332.256,08	332.444,42	-	-	-	-	2.664.700,50	7.258.092,42	7.511.479,88
Grundstücke ohne Bauten	51.992,83	-	-	-	-	-	51.992,83	1.937.246,48	1.648.122,62
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	124.978,83	9.796,44	-	-	-	-	134.775,27	331.023,57	301.515,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.134.707,68	101.004,52	-	-	202.915,65	-	1.032.796,55	293.352,78	280.829,21
Anlagen im Bau	-	-	-	211.334,86	-	-	211.334,86	392.197,67	794.302,25
	<u>134.126.619,69</u>	<u>5.956.741,45</u>	<u>840.659,74</u>	<u>211.334,86</u>	<u>4.067.984,47</u>	<u>0,00</u>	<u>137.067.371,27</u>	<u>217.689.635,01</u>	<u>218.355.653,89</u>
<u>Finanzanlagen</u>									
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-	76.700,00	76.700,00
	-	-	-	-	-	-	-	76.700,00	76.700,00
Anlagevermögen insgesamt	<u>134.563.694,04</u>	<u>5.969.959,30</u>	<u>840.659,74</u>	<u>211.334,86</u>	<u>4.067.984,47</u>	<u>0,00</u>	<u>137.517.663,47</u>	<u>217.799.624,36</u>	<u>218.447.099,99</u>

Anlage 2 zum Anhang

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:
(Vorjahreszeiten in Klammern)

Verbindlichkeiten	Insgesamt	davon Restlaufzeit			Besicherung
	€	unter 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.789.187,97 (131.721.365,31)	3.558.321,23 (6.206.605,82)	15.198.502,33 (13.807.375,80)	111.032.364,41 (111.707.383,69)	x1 129.789.187,97 (131.721.365,31) Grundschulden
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	205.744,23 (215.566,78)	10.007,92 (9.810,25)	42.141,16 (41.308,76)	153.595,15 (164.447,77)	x2 205.744,23 (215.566,78) Grundschulden
Erhaltene Anzahlungen	11.836.056,69 (11.602.858,30)	11.836.056,69 (11.602.858,30)			
Verbindlichkeiten aus Vermietung	371.773,13 (322.223,45)	371.773,13 (322.223,45)			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.803.122,04 (1.758.326,63)	1.506.027,43 (1.511.971,56)	297.094,61 (246.355,07)		
Sonstige Verbindlichkeiten	73.545,71 (62.302,78)	73.545,71 (62.302,78)			
Gesamtbetrag	144.079.429,77 (145.682.643,25)	17.355.732,11 (19.715.772,16)	15.537.738,10 (14.095.039,63)	111.185.959,56 (111.871.831,46)	129.994.932,20 (131.936.932,09)

x1 Grundschulden und Guthaben auf Festgeldkonto in Höhe von € 456.077,44 (Vorjahr € 1.122.500,00)

x2 Grundschulden

Anlage 3 zum Anhang

Entwicklung der Rücklagen 2009

	Bestand am Ende des Vorjahres €	Einstellung während des Geschäftsjahres €	Entnahme während des Geschäftsjahres €	Bestand am Ende des Geschäftsjahres €
Kapitalrücklage	<u>27.690.212,54</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>27.690.212,54</u>
	Bestand am Ende des Vorjahres €	Einstellung während des Geschäftsjahres €	Entnahme während des Geschäftsjahres €	Bestand am Ende des Geschäftsjahres €
Gewinnrücklagen				
Sonderrücklagen	50.169.356,80	-	-	50.169.356,80
Gesellschaftsvertragliche Rücklage	910.966,80	157.982,77	-	1.068.949,57
Bauerneuerungsrücklage	<u>606.548,08</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>606.548,08</u>
	<u>51.686.871,68</u>	<u>157.982,77</u>	<u>-</u>	<u>51.844.854,45</u>

L a g e b e r i c h t

der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH

für das Geschäftsjahr 2009

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Entwicklung der Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2009 zum ersten Mal seit sechs Jahren geschrumpft. Mit - 5,0 Prozent war der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts so stark wie noch nie in der Nachkriegszeit. Im Jahr 2008 war das BIP noch leicht um 1,3 Prozent, in 2007 um 2,5 Prozent und 2006 sogar um 3,2 Prozent gestiegen.

Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber 2008 um 0,4 Prozent gestiegen. Eine ähnlich niedrige Jahresteuersatzrate wurde zuletzt für 1999 mit + 0,6 Prozent ermittelt. Im Jahr 2008 war die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt mit + 2,6 Prozent relativ hoch gewesen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bisher in Mecklenburg-Vorpommern, mit einer ohnehin schon hohen Arbeitslosenquote, kaum Auswirkungen gezeigt. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der im bundesweiten Vergleich hohe Anteil von ALG-II-Beziehern weiter erhöht. Die Arbeitslosenquote bundesweit belief sich im Jahresdurchschnitt 2009 auf 8,2 Prozent (Ostdeutschland: 13 Prozent, Westdeutschland: 6,9 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,4 Prozentpunkte zu.

Die Immobilienwirtschaft stellt einen der größten Wirtschaftszweige in Deutschland dar. Ihre Bruttowertschöpfung summiert sich auf ca. 390 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von 18,6 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung. Damit ist die Immobilienwirtschaft von größerer Bedeutung als der Fahrzeug- oder der Maschinenbau.

Nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns per 30. Juni 2009 um 7.595 Personen (./. 0,5 Prozent) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 1.656.176 Einwohner weiter verringert. Der Anstieg der Wanderungsverluste (+ 12,3 Prozent), insbesondere in die Metropolregionen Hamburg und Berlin, sowie auch das anhaltende Geburtendefizit (- 3.125 Personen) sind Grund dieser Entwicklung.

Der Trend wird anhalten, da stagnierendes Wirtschaftswachstum den Arbeitsmarkt weiterhin negativ beeinflusst und teilweise sinkende Einkommen nach sich zieht. Dennoch zeigten sich die Wohnungsteilmärkte im Jahr 2009 stabil, wenn auch differenziert.

Landesweit hat sich die Qualität des Wohnens systematisch und deutlich sichtbar verbessert. Zusätzliche Serviceangebote rund um das Wohnen sowie aktive Beteiligungen an den Stadtumbaukonzepten bewirkten, dass sich der Anteil nicht vermieteter Wohnungen per 31. Dezember 2009 gegenüber dem Vorjahr landesdurchschnittlich weiter reduziert hat und voraussichtlich deutlich unter 8 Prozent liegt.

Das Niveau der Nettokaltmieten in MV konnte auf Vorjahresniveau gehalten werden. Tendenziell steigende Mietnebenkosten, insbesondere Heizkosten, begrenzen die ohnehin schon geringe Wohnkaufkraft und damit die Spielräume zur Entwicklung der Nettokaltmieten.

Nach vorläufigem Ergebnis ist zu erwarten, dass die für 2009 gesetzten Ziele der Wohnungsunternehmen im Investitionsgeschehen mit rund 240 Millionen Euro erreicht werden. Damit sichern die Unternehmen wiederum Wohnqualität und Wohnzufriedenheit für ihre Mieter und bleiben verlässlicher Auftraggeber für die Bauwirtschaft.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit verlagert sich, bei einem ohnehin hohen Sanierungsstand, mehr in Richtung altersgerechter Umbau der Wohnungen, um den Bedürfnissen der zunehmend älter werdenden Bevölkerung gerecht zu werden und ihnen ein Leben in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich zu erhalten.

Im Jahr 2009 wurden landesweit 3.040 Wohnungen im Rahmen des Programms Stadtbau Ost zurückgebaut und mit rund 9,8 Millionen Euro gefördert. Damit wurden seit 2002 insgesamt 71 Millionen Euro Rückbaufördermittel für 21.886 Wohnungen ausgezahlt. Die Wohnungsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sind an diesem Programm nach voraussichtlichem Ergebnis zu 66 Prozent beteiligt. Damit haben sie sich trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen weiter dieser Aufgabe gestellt und beeinflussen durch die Reduzierung nicht mehr benötigter Bestände positiv die städtische Entwicklung vor Ort. Ohne Altschuldenentlastung für alle rückgebauten Wohnungen ist der Erfolg bei der Weiterführung des Programms Stadtbau Ost 2010 - 2016 gefährdet.

2. Bestands- und Umsatzentwicklung

Die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 im Wesentlichen ihre Tätigkeit auf die Erhaltung und Bewirtschaftung des dauerhaft benötigten Wohnungsbestandes konzentriert.

Im Rahmen des "Stadtbauprogramms Ost" erfolgte die Abarbeitung der festgelegten Maßnahmen. So wurden bisher insgesamt 625 Wohnungen (davon 105 in 2009) durch Abriss vom Markt genommen. Die weitere Umsetzung des Programms ist in vollem Gang. Durch die Hansestadt Stralsund wird die Fortschreibung des Rahmenplanes und damit die Erweiterung der Zielgebiete für Abriss- und Rückbaumaßnahmen bearbeitet. Hierbei wird die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH einbezogen.

Die Entwicklung des Geschäftsverlaufes der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH wird positiv beurteilt.

Konkrete Schritte zum Abbau des Leerstandes, sei es durch Abriss oder Veräußerung von unrentablen Objekten, sind mittelfristig dargestellt und werden umgesetzt.

Die Mietpreisentwicklung stagniert entsprechend dem konjunkturellen Verlauf weiterhin.

Die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH hat eine Senkung der Leerstandsquote > 3 Monate bei Wohnungen auf 9,7 % gegenüber dem Vorjahr von 10,5 % zu verzeichnen.

Analysiert nach ihren Ursachen gliedern sich die Wohnungsleerstände wie folgt:

<u>Grund</u>	<u>Anzahl</u>	2009	<u>Anzahl</u>	2008
		darunter <u>> 3 Monate</u>		darunter <u>> 3 Monate</u>
Modernisierungsmaßnahmen	96	87	140	123
zum Abriss vorgesehen	256	230	290	265
zum Verkauf bestimmt	176	174	230	229
schwer vermietbar	412	376	372	343
Baumängel	27	27	29	29
Mieterwechsel	<u>115</u>	<u>-</u>	<u>113</u>	<u>-</u>
	<u>1.082</u>	<u>894</u>	<u>1.174</u>	<u>989</u>

Der Leerstand besteht überwiegend in unsanierten Gebäuden, die zum Abriss bzw. zum Verkauf vorgesehen sind. Außerdem existieren im Zusammenhang mit Modernisierungsvorhaben zeitweilig gewollte Leerstände. Demzufolge ergibt sich ein bereinigter Leerstand, der nur schwervermietbare sowie Objekte mit Baumängeln betrifft, von 403 Wohnungen (Vorjahr 372). Das entspricht einer Leerstandsquote von 4,9 %.

Die Marktbereinigung nimmt auch in den kommenden Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt in der Geschäftspolitik der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH ein. Die Planung sieht den Rückbau von weiteren 340 Wohnungen bis zum Jahr 2013 vor.

Daneben werden weiterhin Mittel in Neubau und auch in umfassende Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zur Aufwertung des dauerhaft benötigten Wohnungsbestandes fließen.

Die SWG mbH bewirtschaftete zum 31.12.2009 folgende eigene Bestände:

	31.12.2009		31.12.2008	
	Anzahl	m ²	Anzahl	m ²
Wohnungen	9.209	502.087	9.415	514.052
gewerblich genutzte Objekte				
- in Wohn- und Geschäftshäusern	95	5.817	97	5.952
- reine Gewerbeobjekte	10	5.369	10	5.367
Garagen/Stellplätze	1.332	-	1.309	-
	<u>10.646</u>	<u>513.273</u>	<u>10.831</u>	<u>525.371</u>

Die Bewirtschaftung umfasst darüber hinaus folgende eigene Objekte:

- 2 Verwaltungsgebäude – Eigennutzung – (1.873 m² Nutzfläche)
- 4 Gästezimmer, Clubräume u. a. (470 m² Nutzfläche) und
- 1 Bungalow

Die Veränderungen zum Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus Abriss und Verkauf von Objekten.

Folgende Mieterträge wurden durch die Hausbewirtschaftung erzielt:

	2009	2008	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Wohnräume	25.989	25.957	+ 32	0,1
Geschäftsräume	961	923	+ 38	4,1
Garagen, Stellplätze u. ä.	196	192	+ 4	1,9
sonstige	107	108	- 1	- 0,9
	27.253	27.180	+ 73	0,3
abzüglich				
Ertragsminderungen	<u>- 2.684</u>	<u>- 2.748</u>	<u>- 64</u>	<u>- 2,3</u>
	<u>24.569</u>	<u>24.432</u>	<u>+ 137</u>	<u>0,6</u>

Mieterhöhungen nach Neubau, Modernisierung und Neuvermietung führten zur Verbesserung des Ergebnisses. Die Wohnraummieten reduzierten sich insbesondere durch Abriss- und Verkaufsmaßnahmen, die gleichzeitig eine Senkung der Ertragsminderungen bewirkten.

Die Steigerung bei den Gewerbemieten resultiert aus der ganzjährigen Auswirkung der im Vorjahr fertig gestellten Sanierung eines Objektes.

3. Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Die Finanzierung der Investitionstätigkeit für das Jahr 2009 wurde sowohl aus Eigenmitteln als auch durch die Aufnahme von Fremdmitteln vorgenommen.

Investitionen in Komplexsanierungen einschließlich Außenanlagen wurden insgesamt in Höhe von 4.928 T€ getätigt. Die Modernisierungen wurden zu 85 % durch Eigenmittel und 15 % durch Fremdkapital finanziert.

Bei der Auswahl der zu modernisierenden Objekte spielten, wie in den vergangenen Jahren, folgende Kriterien die ausschlaggebende Rolle:

- gute Standortqualität
- vorwiegend monolithische Bauart
- Geschossanzahl der Gebäude

Der Bedarf und die Nachfragen sind in diesen Objekten hoch, dementsprechend ist eine 100%ige Vermietung gesichert.

Im Einzelnen sind folgende Objekte im Rahmen der Komplexmaßnahmen im Jahr 2009 modernisiert worden:

Stadtgebiet	Objekt	Anzahl WE
Knieper Nord	Friedrich-Naumann-Straße 50	7
	Kosegartenweg 2, 4	8
	Kosegartenweg 6, 8	8
	Lilienthalstraße 13	5
Knieper West III	Heinrich-von-Stephan-Straße 3/5	30
Tribseer Vorstadt	Elisabethweg 1	5
	Elisabethweg 12 a, 12 b	12

Die Modernisierungsmaßnahmen wurden in unbewohntem Zustand der Wohnungen durchgeführt. Die geplanten Investitionen wurden eingehalten. Nach Abschluss der Arbeiten wurde eine 100%ige Vermietung erreicht.

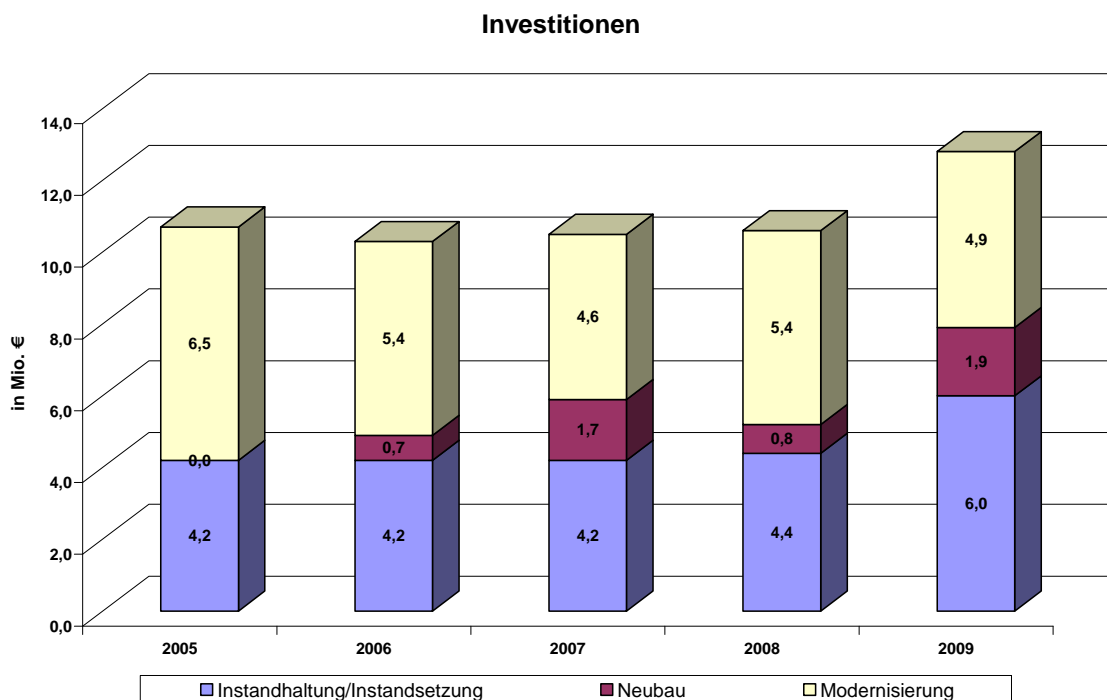
Die Modernisierungsmaßnahmen in der Friedrich-Naumann-Straße haben bereits Ende 2008 begonnen, die Fertigstellung erfolgte im Frühjahr 2009.

Im Rahmen der Neubautätigkeit wurden im Geschäftsjahr 2009 insgesamt T€ 1.857 investiert. Die Baumaßnahmen betreffen mit T€ 1.253 den Neubau von 2 Wohnobjekten in der Otto-Fock-Straße mit je 8 Wohneinheiten. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt hier 2.048 T€. Die Neubaumaßnahme erstreckt sich über die Jahre 2008 und 2009. Die Fertigstellung erfolgte im Juli bzw. August 2009. Die Objekte sind vollständig vermietet.

Für die Neubebauung des Frankenhofes wurden in 2009 T€ 604 investiert. Die Kosten betreffen im Wesentlichen Planungs- und Tiefbauarbeiten. Vorgesehen ist hier der Neubau von 3 Wohngebäuden mit insgesamt 63 Wohneinheiten und ca. 4.526 m² Wfl. mit Aufzügen ausgestattet. Das Gesamtvolumen für die drei Neubauten einschließlich einer Tiefgarage mit 109 Plätzen beträgt insgesamt T€ 9.640 und erstreckt sich über 4 Bauabschnitte über die Jahre 2009 bis 2012.

Im Rahmen der Untersuchung der Bodendenkmalpflege wurden Befunde sicher gestellt, die archäologische Ausgrabungen nach sich ziehen. Dies führt zu einer zeitlichen Verzögerung der Baumaßnahme sowie zu Mehrkosten durch die Grabungskosten in Höhe von ca. 440 T€. Durch die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH wurden Gespräche mit der Landesdenkmalpflege sowie der Hansestadt Stralsund bezüglich der Förderung der Grabungsmaßnahmen geführt. Von beiden Stellen wurden Fördermittel in Aussicht gestellt, die voraussichtlich 50 % betragen.

Für die bauliche Instandhaltung und Instandsetzung des Hausbesitzes wurden T€ 5.972,5 aufgewendet, dies entspricht einem Durchschnittssatz von rund 11,50 €/m² Wohn- und Nutzfläche.



4. Personal- und Sozialbereich

Der Personalbestand entwickelte sich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
Geschäftsführer	1	1
Angestellte (inkl. techn. Mitarbeiter)	55	53
Teilzeitbeschäftigte	5	5
Handwerker	9	11
Auszubildende	<u>9</u>	<u>10</u>
Gesamt	79	80

Zusätzlich waren am 31.12.2009 4 geringfügig Beschäftigte tätig.

Von den 79 Mitarbeitern befanden sich in

	<u>31.12.2009</u>	<u>31.12.2008</u>
einem befristeten Arbeitsvertrag	1	1
Mutterschaft/Elternzeit	2	2
Altersteilzeit (aktive Phase)	12	0

Im Geschäftsjahr wurden 12 Altersteilzeitverträge im Blockmodell abgeschlossen.

Aus- und Weiterbildung

Aktuelle und rechtssichere Fachinformationen zu den verschiedensten Bereichen, wie Recht, Steuern, Management, Bilanzierung/Rechnungswesen, Unternehmensführung, Bauwirtschaft, Wohnungswirtschaft, Lohn- und Gehaltsabrechnung und Arbeitsschutz, wurden den Mitarbeitern in Seminaren vermittelt.

Zwei Mitarbeiter qualifizieren sich zum Wirtschaftsfachwirt bzw. zum Bilanzbuchhalter weiter.

Die Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-frau beendeten 3 Auszubildende erfolgreich. Am 01.08.2009 nahmen 3 Auszubildende die Ausbildung zum/zur Immobilienkaufmann/-frau auf.

5. Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr haben sich nicht ergeben.

B. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

Vermögenslage

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderungen	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
mittel- und langfristiges Vermögen						
- Anlagevermögen	217.799	89,8	218.447	89,2	-648	-0,3
- Umlaufvermögen	1.175	0,5	1.208	0,5	-33	-2,7
	218.974	90,3	219.655	89,7	-681	-0,3
kurzfristiges Vermögen						
- Umlaufvermögen	23.615	9,7	25.320	10,3	-1.705	-6,7
Gesamtvermögen	<u>242.589</u>	<u>100,0</u>	<u>244.975</u>	<u>100,0</u>	<u>-2.386</u>	<u>-1,0</u>
Passiva						
Eigenkapital	90.043	37,1	90.071	36,8	-28	0,0
mittel- und langfristiges Fremdkapital						
- Rückstellungen	5.776	2,4	5.583	2,3	+193	+3,5
- Verbindlichkeiten/Sopo	126.748	52,2	126.097	51,5	+651	+0,5
kurzfristiges Fremdkapital						
- Rückstellungen	2.656	1,1	3.498	1,4	-842	-24,1
- Verbindlichkeiten	17.366	7,2	19.726	8,1	-2.360	-12,0
Gesamtkapital	<u>242.589</u>	<u>100,0</u>	<u>244.975</u>	<u>100,0</u>	<u>-2.386</u>	<u>-1,0</u>

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % verringert. Im Anlagevermögen, das als wesentlichsten Posten mit 89,8 % die Grundstücke mit Wohnbauten enthält, waren Investitionen in Höhe T€ 7.056 zu verzeichnen. Hiervon entfallen T€ 4.928 auf durchgeführte Modernisierungen von Bestandsobjekten inklusive Außenanlagen und T€ 1.857 auf Neubau. Den Investitionen stehen Abgänge zu Restbuchwerten (T€ 681) sowie planmäßige Abschreibungen (T€ 5.970) gegenüber. Außerplanmäßige Abschreibungen waren in Höhe von T€ 841 erforderlich. Diese sind begründet durch die Ertragswertermittlungen. Die Rücklage für Ersatzbeschaffung (§ 6 EStG) wurde in Höhe von T€ 211 in Anspruch genommen.

Das als langfristig gebundenes Vermögen ausgewiesene Umlaufvermögen betrifft im Wesentlichen einen Teil der in 2006 erschlossenen Grundstücksflächen, deren Verkauf in 2006 begonnen und in den nächsten Jahren fortgeführt werden soll.

Das mit T€ 23.615 ausgewiesene kurzfristige Vermögen beinhaltet mit T€ 11.513 die als unfertige Leistungen erfassten noch gegenüber den Mietern abzurechnenden Betriebs- und Heizkosten. Ferner sind hier u. a. enthalten mit T€ 782 zum Verkauf bestimmte Grundstücke mit unfertigen Bauten, mit T€ 1.336 sonstige Vermögensgegenstände sowie mit T€ 9.515 flüssige Mittel.

Beim Gesamtkapital erhöhte sich das mittel- und langfristige Kapital um T€ 816, wogegen sich das kurzfristige Fremdkapital um T€ 3.202 verringert hat. Die Eigenkapitalquote beträgt 37,1 %. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % erhöht.

Finanzlage

In der folgenden Kapitalflussrechnung wird die Entwicklung der Finanzlage dargestellt:

Finanzlage

	2009 T€	2008 T€	Veränderung T€
I. Laufende Geschäftstätigkeit			
Jahresüberschuss	+1.580	+1.682	-102
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf das Anlagevermögen	+7.022	+6.569	+453
Veränderung Sonderposten	-310	-51	-259
Abschreibung Sonderverlustkonto	0	+25	-25
Veränderung der mittel-/langfristigen Rückstellungen	+193	+514	-321
Cash-Flow	+8.485	+8.739	-254
Veränderung der kurzfristigen Rückstellungen	-842	+760	-1.602
Gewinne (-)/Verluste (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-324	-343	+19
Zunahme (-)/Abnahme (+) der übrigen Vermögensgegenstände	-500	+81	-581
Zunahme (+)/Abnahme (-) der übrigen Verbindlichkeiten	+30	+174	-144
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+6.849	+9.411	-2.562
- planmäßige Tilgungen	-2.965	-2.781	-184
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nach Tilgung	+3.884	+6.630	-2.746
II. Investitionsbereich			
Einzahlungen aus Abgang Anlagevermögen	+1.006	+1.244	-238
Auszahlung für Investitionen im Anlagevermögen vor Verrechnung	-7.056	-6.374	-682
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-6.050	-5.130	-920
III. Finanzierungsbereich			
- Ausschüttung an Gesellschafter	-1.403	-1.298	-105
- Entnahme durch Gesellschafter	0	-2.000	+2.000
+ Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	+2.294	+2.050	+244
+ außerplanmäßige Tilgungen	-963	0	-963
+ Investitionszuschüsse/Erstattungen	0	+143	-143
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-72	-1.105	+1.033
IV. Finanzmittelfonds			
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-2.238	+395	-2.633
+ Finanzmittelbestand am 01.01.	+11.753	+11.358	+395
= Finanzmittelfonds am 31.12.	+9.515	+11.753	-2.238
davon nicht frei verfügbar	-456	-1.123	+667
verwendbare Mittel	+9.059	+10.630	-1.571

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit vor planmäßiger Tilgung (T€ 6.849) hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.562 verringert. Durch den erwirtschafteten Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit konnten neben den Tilgungen (T€ 2.965) Investitionen in Höhe von T€ 3.884 gedeckt werden. Weitere Zahlungsmittelzuflüsse ergeben sich in 2009 aus dem Verkauf von Anlagevermögen (T€ 1.006) sowie aus der Valutierung von Krediten in Höhe von insgesamt T€ 2.294. Zusätzliche Mittelabflüsse erfolgten durch die Ausschüttung an den Gesellschafter (T€ 1.403).

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Finanzmittelbestände stehen grundsätzlich in diesem Umfang nur zeitlich befristet zur Verfügung, da für Modernisierungsmaßnahmen in 2010 bis 2014 aus Wirtschaftlichkeitsgründen ein Eigenmitteleinsatz von ca. 12,6 Mio. € vorgesehen ist. Dieser Bedarf ist im Wesentlichen aus dem derzeitigen Bestand an liquiden Mitteln zu decken.

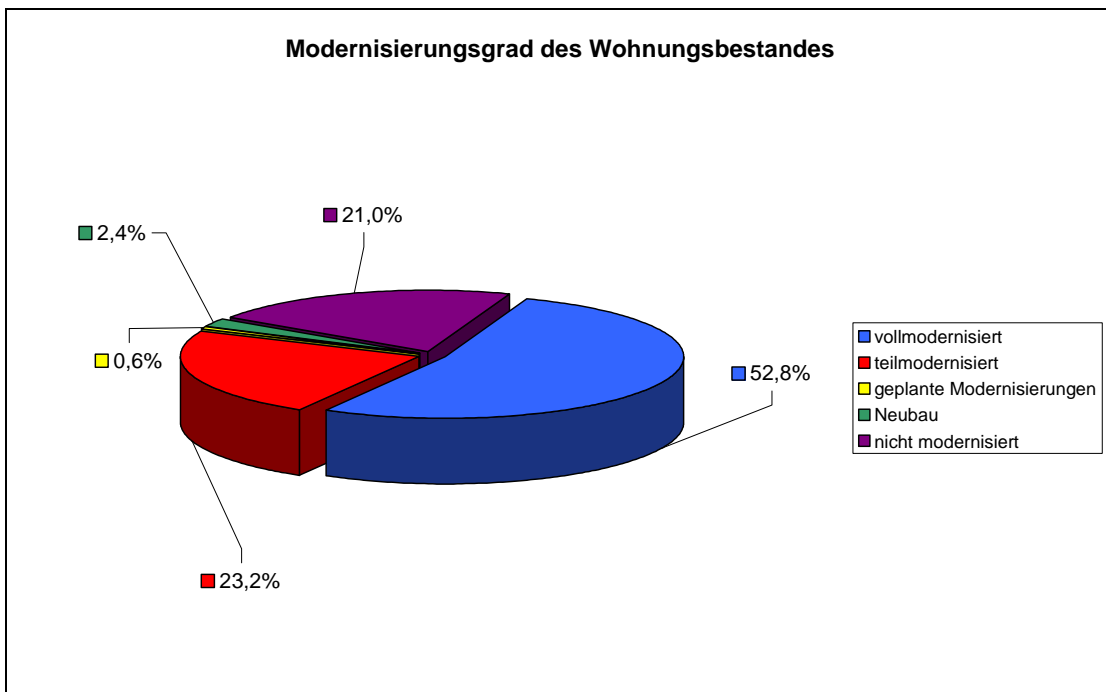
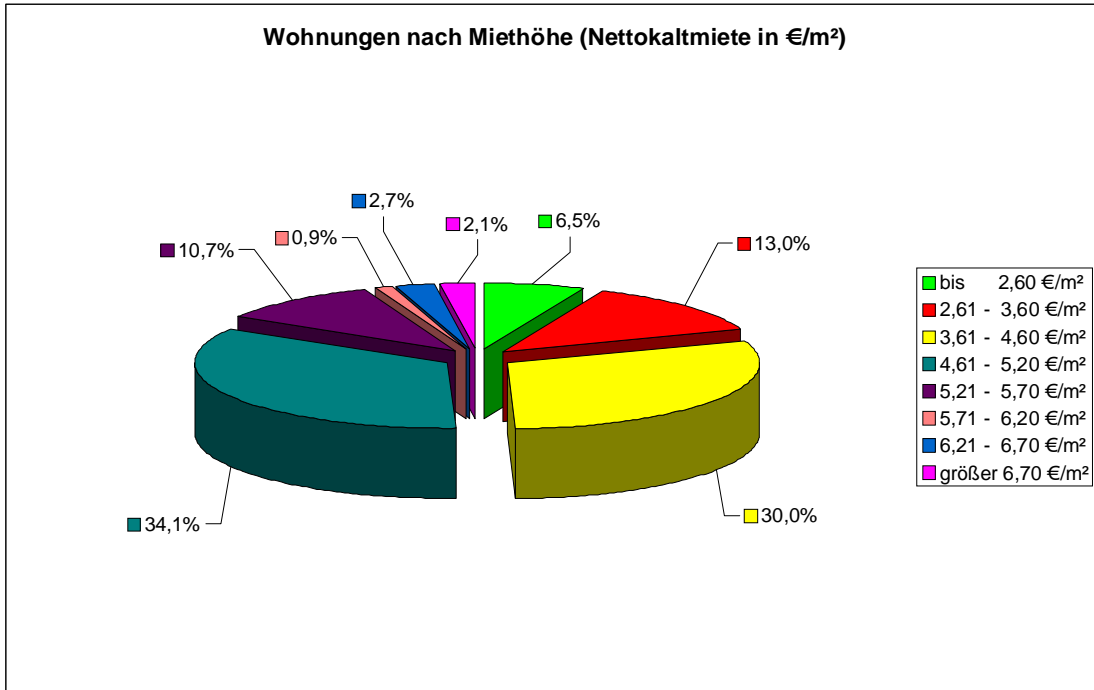
Ertragslage

Nach Geschäftssparten aufgegliedert ergibt sich folgende Entwicklung:

	2009 <u>T€</u>	2008 <u>T€</u>
Hausbewirtschaftung	+ 2.393	+ 1.606
Betreuungstätigkeit	-112	- 124
Bautätigkeit	-139	- 23
sonstige Tätigkeiten	<u>+6</u>	<u>+ 6</u>
<u>Betriebsergebnis</u>	+ 2.148	+ 1.465
Finanzergebnis	<u>+ 411</u>	<u>+ 676</u>
<u>Ordentliches Ergebnis</u>	+ 2.559	+ 2.141
Neutrales Ergebnis	<u>-979</u>	<u>- 459</u>
<u>Jahresergebnis</u>	<u>+ 1.580</u>	<u>+ 1.682</u>

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 683 verbessert. Wesentlichen Einfluss haben hier die höheren Erlöse im Rahmen der Vermietung und ein geringerer Instandhaltungsaufwand; begründet durch die Rückstellung für notwendige Instandhaltung im Vorjahr.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich durch das weit niedrigere Zinsniveau in 2009. Die Veränderung im Neutralen Ergebnis betrifft hauptsächlich die Zuführung zur Rückstellung für Auflagen der Energieeinsparverordnung 2009. Insgesamt hat sich dadurch das Jahresergebnis um T€ 102 verschlechtert.



C. Hinweise auf Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft hat eine Risikobetrachtung vorgenommen, die Maßnahmen enthält, um den Fortbestand der Gesellschaft bei sich abzeichnender gefährdeter Entwicklung zu sichern. Es werden sowohl externe als auch interne Beobachtungsbereiche in Betracht gezogen. Risiken einschließlich der Risikobewältigung mit Verantwortlichkeiten und Terminen sind in einem Risikohandbuch dargestellt.

Aufgrund der langfristigen Finanzierung unserer Immobilien ist akut eine Gefährdung der finanziellen Entwicklung nicht zu befürchten. Auf Dauer aber können wir nicht davon ausgehen, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten und die Finanzierungsbedingungen für unser Unternehmen nicht ungünstig entwickeln könnten. Der Finanzierungsbereich ist deshalb noch stärker als Schwerpunkt in unser Risikomanagement integriert, um rechtzeitig Liquiditätseingüssen und Zinsänderungsrisiken vorbeugen zu können.

Die Leerstandsquote hat sich in einzelnen Stadtgebieten gegenüber dem Vorjahr erhöht. Vor allem bei großen Wohnungen und in oberen Geschosslagen ohne Aufzug gestaltet sich die Vermietung immer schwieriger.

Durch gezielte Rückbaumaßnahmen soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Die Fortschreibung des Rahmenplanes im Zusammenhang mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept durch die Hansestadt Stralsund ist in Bearbeitung. Von Bedeutung ist die Erweiterung der Zielgebiete für Rückbaumaßnahmen auf dem Bereich Knieper West. Durch die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH sind Rückbaumaßnahmen in diesem Stadtteil vorgesehen.

Ein wesentlicher Bestandteil für die Durchführung von Rückbaumaßnahmen ist die rechtzeitige Information und Einbindung der Mieter in die Vorhaben, um eine weitere Vermietung innerhalb des eigenen Bestandes des Unternehmens zu realisieren.

Der Verkauf von unrentablen Objekten wird weiterhin vorgenommen, gestaltet sich aber entsprechend der Marktsituation schwierig.

Die Fluktuation im Wohnungsbestand hat sich geringfügig erhöht. Sie liegt stichtagsbezogen bei ca. 12,9 % (Vorjahr 12,7 %). Einfluss auf diese Größe hat auch der Freizug der zum Abriss und zur Modernisierung vorgesehener Objekte.

Die Bevölkerungsentwicklung in Stralsund ist im Jahr 2009 gegenüber 2008 leicht rückläufig. Als Risiken werden die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen sowie die geringer werdenden verfügbaren Nettoeinkommen gesehen.

Weiterhin werden die steigenden Kosten für Ver- und Entsorgungsleistungen als Risiko eingeschätzt.

Der Entwicklung der Altersstruktur entsprechend sind die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen anzupassen. Die Zusammenarbeit mit Sozialstationen wird weitergeführt und ausgebaut.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach Schluss des Geschäftsjahres 2009 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben bzw. sind bekannt geworden.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Der Erfolgsplan für 2010 und die Folgejahre endet ebenfalls mit einem positiven Ergebnis. Die Eigenkapitalentwicklung wird maßgeblich durch zukünftige Verpflichtungen gegenüber der Gesellschafterin bestimmt.

Die geplanten Investitionsmaßnahmen werden im Jahr 2010 sowohl durch Eigenmittel als auch durch Darlehen finanziert. Bei vorgesehenen Modernisierungsmaßnahmen handelt es sich um Objekte, die sich in guter Wohnlage befinden und vorwiegend monolithische Bauweise aufweisen.

Es wird davon ausgegangen, dass der Immobilienbestand auf Grund seines technischen Zustandes und der Belegenheiten auch künftig umfassend nachgefragt wird, so dass in den nächsten Jahren Modernisierungen und Neubaumaßnahmen vorgesehen sind.

Das Neubauvorhaben im Stadtteil Franken nahe der Stralsunder Altstadt befindet sich in der Bauphase.

Das Investitionsprogramm geht für 2010 von einem gleichwertigen Volumen aus. Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes werden, wenn Möglichkeiten vorhanden sind, genutzt.

Stralsund, 31. März 2010

Stralsunder
Wohnungsbaugesellschaft mbH

Geschäftsführer

Vetter

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir mit Datum vom 12. Mai 2010 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der

Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Stralsund,

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Schwerin, den 12. Mai 2010

DOMUS AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Schwerin

Kobarg
Wirtschaftsprüfer

Fietzek
Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

Stralsunder

Innovation Consult GmbH

Tochterunternehmen der
Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH

Stralsunder Innovation Consult GmbH
Bilanz zum 31.12.2009

AKTIVA

PASSIVA

Positionen	IST-2009 EUR	IST-2008 EUR	Positionen	IST-2009 EUR	IST-2008 EUR
A.I.1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,53	1,53	A.I.1. gezeichnetes Kapital	-76.700,00	-76.700,00
A.II.1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	688.046,12	708.048,12	A.II. Kapitalrücklage	-156.000,00	-156.000,00
A.II.2. technische Anlagen und Maschinen	8.011,71	9.869,20	A.VI. Gewinnvortrag auf neue Rechnung / Verlustvortrag auf neue Rechnung	-140.233,33	-140.233,33
A.II.3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.956,76	41.719,15	A. Eigenkapital	-372.933,33	-372.933,33
A. Anlagevermögen	724.016,12	759.638,00	E.3. sonstige Rückstellungen	-84.000,00	-126.000,00
B.II.1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.897,54	17.161,28	E. Rückstellungen	-84.000,00	-126.000,00
B.II.2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.615,10	0,00	F.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-365.733,31	-387.965,93
B.II.6. sonstige Vermögensgegenstände	8.896,49	69.092,11	F.4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-30.916,30	-20.533,70
B.III.3. sonstige Wertpapiere	20.123,45	11.901,96	F.6. Verbidl. geg. Gesellschafter	-17.681,11	-3.804,29
B.IV. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	342.534,30	326.105,14	F.8. sonstige Verbindlichkeiten	-214.880,14	-278.944,05
B. Umlaufvermögen	375.066,88	424.260,49	F.davon aus Steuern (12.555,84; VJ 13)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.061,19	6.282,81	F. Verbindlichkeiten	-629.210,86	-691.247,97
			G. Rechnungsabgrenzungsposten	-19.000,00	0,00
	1.105.144,19	1.190.181,30		-1.105.144,19	-1.190.181,30

Stralsunder Innovation Consult GmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1.1.2009 bis 31.12.2009

Positionen	IST-2009 EUR	IST-2008 EUR
1. Umsatzerlöse	-342.736,93	-336.655,59
2. sonstige betriebliche Erträge	-3.354.911,66	-4.516.781,35
3. Materialaufwand	60.181,19	60.179,80
4.a) Löhne und Gehälter	2.329.218,64	3.179.299,58
4.b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	484.112,51	657.124,23
(davon für Altersversorgung)	1.742,40	1.742,40
4. Personalaufwand	2.813.331,15	3.836.423,81
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	43.274,80	43.313,63
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	738.717,88	885.300,69
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-2.026,19	-3.296,90
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.935,29	20.735,13
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-24.234,47	-10.780,78
10. sonstige Steuern	6.553,36	6.976,49
11. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	17.681,11	3.804,29
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00

ANHANG
des Jahresabschlusses 2009
der
Stralsunder Innovation Consult GmbH

A) Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt, wobei für die Gewinn- und Verlustrechnung das Gesamtkostenverfahren angewandt wurde.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

B) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden wurden unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bilanziert.

1. Die Gegenstände des Anlagevermögens sind mit Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach den Nutzungsdauervermutungen der steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150,00 €, die im Berichtszeitraum zugegangen sind, wurden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und als Abgänge behandelt. Der GWG – Pool wurde gesetzmäßig mit 20 % abgeschrieben.
Die Gebäude wurden nach Fertigstellung linear pro rata temporis über 33 Jahre abgeschrieben.
2. Mit Vermögenszuordnungsbescheid vom 15.07.2002 wurde der Gesellschaft ein bebautes Grundstück in der Rostocker Chaussee übertragen. Der Zugang erfolgte zugunsten der Kapitalrücklage in Höhe des lt. Verkehrswertgutachten festgestellten Wertes (156 T€).
3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert ausgewiesen. Die Restlaufzeiten liegen sämtlich unter einem Jahr.
4. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten oder mit dem zum Bilanzstichtag niedrigerem beizulegenden Wert angesetzt.
5. Die flüssigen Mittel sind zu Nominalwerten ausgewiesen.
6. Die Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Verpflichtungen bzw. Aufwendungen gebildet.
7. Verbindlichkeiten sind zu Rückzahlungsbeträgen ausgewiesen.

C) Erläuterungen zur Bilanz

Bilanz

1. Das Stammkapital beträgt 76.700,00 € und ist voll eingezahlt. Gesellschafterin ist zu 100% die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Stralsund.
2. In den Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen.
3. Die Verbindlichkeiten und ihre Laufzeiten sind in nachfolgender Übersicht dargestellt:

Bilanzposition	gesamt	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	zwischen 1 und 5 Jahren	über 5 Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365.733,31 (387.965,93)	22.520,42 (23.725,82)	91.160,49 (94.265,49)	252.052,40 (269.974,62)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.916,30 (20.533,70)	30.916,30 (20.533,70)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	17.681,11 (3.804,29)	17.681,11 (3.804,29)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Sonstige Verbindlichkeiten	214.880,14 (278.944,05)	214.880,14 (278.944,05)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	629.210,86 (691.247,97)	285.997,97 (327.007,86)	91.160,49 (94.265,49)	252.052,40 (269.974,62)

4. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in Höhe von 355.302,99 € durch zwei gleichrangig eingetragene Grundschulden über jeweils 225.000,00 € und Verpfändung eines Festgeldguthabens von 20.000,00 € besichert, 8.904,02 € dienen der Finanzierung von drei Kraftfahrzeugen und sind durch Sicherungsübereignung der betreffenden Fahrzeuge besichert.
5. Seit dem 18.11.2008 besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der SWG mbH und der SIC GmbH, danach werden alle Gewinne und Verluste an die Muttergesellschaft abgeführt. Die Gesellschaft hat im Wirtschaftsjahr einen Gewinn vor Ergebnisabführung in Höhe von 17.681,11 € erzielt.

D) Sonstige Angaben

1. Vom Wertpapierdepot in Höhe von 20.123,45 € sind 10.000,00 € für Avalkredite als Sicherheit verpfändet worden. Avale in Höhe von 1.638,60 € sind z. Zt. in Anspruch genommen, die Laufzeit beträgt ein Jahr.

2. Vom Abschlussprüfer werden für Abschlussprüfungsleistungen im Geschäftsjahr ca. 9 T€ berechnet.
3. An die Mitglieder des Aufsichtsrates sind für das Jahr 2009 Sitzungsgelder in Höhe von 1.850,00 € ausgezahlt worden (VJ 3.200).

Mitglieder des Aufsichtsrates

Herr Detlef Lindner	Zollbeamter	Vorsitzender
Herr Peter Paul	Selbständiger Elektromeister	Stellvertretender Vorsitzender ausgeschieden am 5. November 2009
Herr Dr. Gerd-Erich Neumann	Politikwissenschaftler Rentner	
Herr Uwe Jungnickel	Jurist Fachberater im Außendienst	
Frau Sabine Ehlert	Leiterin Kindertagesstätte	
Herr Dr. Rüdiger Lösekrug	Geschäftsführer	
Herr Reinhard Kremser	Vertreter für Reinigungstechnik	ausgeschieden am 5. November 2009
Herr Maximilian Schwarz	Zivildienstleistender	ab 5. November 2009
Herr Stephan Bauschke	Student	ab 5. November 2009

4. Geschäftsführerin der Gesellschaft ist Frau Ariane Kroß. Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführerin wird gemäß § 286(4) HGB verzichtet.
5. In Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB unterbleibt die Einbeziehung in den Konzernabschluss der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH, Stralsund.

Stralsund, 26.02.2010

Kroß
Geschäftsführerin

Datum der Feststellung des Jahresabschlusses: 04. Oktober 2010

Lagebericht

der Stralsunder Innovation Consult GmbH

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Deutschland in hohem Maß beeinflusst. Sie hat einen zusätzlichen Beschäftigungsrückgang ausgelöst, der sich besonders negativ auf die Chancen für Langzeitarbeitslose in unserer Gesellschaft auswirkt. Für sie wird es für eine relativ lange Zeit sehr schwer werden, den Weg in den Arbeitsmarkt wieder zu finden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in seinem Nationalen Strategiebericht für 2008 bis 2010 die politischen Ziele der Bundesregierung klar umrissen: „Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt die zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung. Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung aller Gruppen zu konsolidieren und weiter zu verbessern. Die Umsetzung und Fortentwicklung der Arbeitsmarktreformen muss insbesondere auch den Langzeitarbeitslosen und den am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen zugute kommen.“ Das Ministerium geht besonders auf das SGB II ein und stellt fest: „Langzeitarbeitslosigkeit ist vielfach ein strukturell bedingtes Problem von Regionen, die bisher wenig vom Aufschwung profitiert haben. Die Bundesregierung verfolgt daher das Ziel, mit spezifischen gruppenbezogenen und regional ausgerichteten Programmen die Arbeitsmarktintegration auch in diesem Bereich zu verbessern.“ Konkret stellt die Regierung die Betreuung von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen und von MigrantInnen in den Vordergrund. Diesen Gruppen soll eine verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht werden.

Ein unerlässlicher Bestandteil bleibt nach wie vor die öffentlich geförderte Beschäftigung. Programme und Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwands- oder Entgeltvariante stehen weiter auf der Agenda. Für die Umsetzung und Durchführung werden wie in der Vergangenheit soziale Dienstleistungsunternehmen benötigt. Diese Beschäftigungsunternehmen, auch Kompetenzzentren genannt, nehmen noch immer eine wichtige beschäftigungs- und sozialpolitische Entlastungsfunktion ein, nicht zuletzt vor Ort für Kommunen und Gemeinden.

A.2 Situation der Stralsunder Innovation Consult GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Eingliederung und Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Arbeitnehmern durch Maßnahmen und Projekte, die vorrangig der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, insbesondere durch Tätigkeiten zur Verbesserung der Infrastruktur, der Umwelt und des Wohnumfeldes in Stralsund und im sozialen Bereich. Dabei werden die Förderung der beruflichen Qualifikationen und die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen miteinander verknüpft, immer am Unternehmensziel – „Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt“ – ausgerichtet.

Laut Gesellschaftsvertrag übt die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Rahmen von Fördermaßnahmen nach dem SGB sowie sonstigen öffentlichen Fördermaßnahmen aus. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen.

Mit Inkrafttreten des SGB II und den sich daraus ableitenden Aktivitäten, wie das Fördern und Fordern sowie den im § 16 (3) zu schaffenden Arbeitsgelegenheiten, wurde deutlich, dass bestehende Strukturen zur Umsetzung unabdingbar sind. Die SIC GmbH als soziales Dienstleistungsunternehmen der Hansestadt Stralsund ist ein wichtiger Partner der am 01.01.2005 von der Hansestadt Stralsund und der Bundesagentur für Arbeit nach gesetzlichem Auftrag gegründeten Arbeitsgemeinschaft.

In diesem Zusammenhang werden durch die SIC GmbH Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch, Zweites Buch, hier Maßnahmen nach § 16 (3) (Mehraufwandsentschädigung oder Entgeltvariante), in geringerem Umfang auch Maßnahmen nach dem Förderprogramm des Landes M-V „Arbeit durch Bildung und Innovation“ (ArBI), kofinanziert durch den Europäischen Sozialfonds, durchgeführt. Die

Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen werden aufgrund von Gesetzesänderungen nicht weitergeführt, vorhandene Maßnahmen laufen 2009 aus.

Da die Geschäftstätigkeit der SIC überwiegend durch Fördermittel finanziert wird, sind die von Bundes- und Landesregierung sowie von der Kommunalverwaltung gesetzten Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung für den Geschäftsverlauf. Änderungen in der Förderpolitik können existenzgefährdende Folgen haben.

Nach wie vor ist die SIC der größte Partner der ARGE der Hansestadt Stralsund in Bezug auf die Umsetzung und Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Zusammenarbeit mit der ARGE gestaltet sich nach wie vor partnerschaftlich. Probleme und Risiken werden konstruktiv besprochen und wenn möglich behoben. So konnte gemeinsam mit der ARGE eine Lösung entwickelt werden, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Die ARGE zahlt Abschläge auf die Pauschalen.

Arbeitsinhalte umzusetzen, die nicht an Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit gebunden sind, wurde auch in 2009 durch die Inanspruchnahme des § 16 e SGB II realisiert. Neue Handlungsfelder ergeben sich in diesem Zusammenhang auch zukünftig, wie z.B. die Bewirtschaftung des Seebades der Hansestadt Stralsund durch die SIC GmbH ab 1.1.2010.

A.3 Entwicklung der Gesamtleistung

Trotz abgestimmter und vorsichtig eingeschätzter Planzahlen für 2009 konnte die ARGE Stralsund ihre Zusagen nicht halten und beeinflusste damit die Gesamtleistung der SIC GmbH negativ. Standen im PLAN noch 450 MAE- Teilnehmer und 180 ABM- Teilnehmer zu Buche, ergab das IST im Durchschnitt 399 MAE und 99 ABM/EGV. Dies allein würde einen Rückgang der Gesamtleistung von ca. 1.410 T€ ausmachen. Ausgleichend konnten die teilweise höheren Entgelte in EGV sowie höhere Trägerpauschalen in MAE innerhalb des Jahres 2009 wirken.

A.4 Investitionen

Die Gesellschaft hat im ganzen Jahr 2009 nur 7,6 T€ für Investitionen ausgegeben. Dabei handelt es sich ausschließlich um GWG, wobei 5 T€ sofort abgeschrieben werden und 2,6 T€ über Sammel- GWG in fünf Jahren. Es ist weiterhin schwierig, das Betriebsmittel- Niveau zu halten, wenn die Gesellschaft nur von Trägerpauschalen gestützt wird. Für das kommende Jahr wurde mit dem Gesellschafter die Aufstockung des Eigenkapitals vereinbart, was der SIC GmbH wieder ein vernünftiges Wirtschaften ermöglicht.

A.5 Finanzierungsmaßnahmen und –vorhaben

Die Finanzierung des Unternehmens wurde wie in den Vorjahren ganz überwiegend über Förderprogramme sichergestellt.

Hauptsächlich waren das ABM-Projekte und Projekte und Maßnahmen nach § 16d SGB II, die jeweils zu 100 % durch die ARGE Stralsund finanziert wurden. In kleinem Umfang erhielt die Gesellschaft Fördermittel im Rahmen des ArBI.

A.6 Personal- und Sozialbereich

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die Gesellschaft 540 Mitarbeiter (Vorjahr 654), davon hatten 120 Mitarbeiter (Vorjahr 277) befristete Arbeitsverträge und 16 Mitarbeiter (Vorjahr 8) unbefristete Arbeitsverträge.

Im Bereich MAE- Beschäftigung waren zum Bilanzstichtag 404 (Vorjahr 377), im Bereich ABM/EGV und sonstige Projekte 126 (Vorjahr 226), im Sozialdienst 4 (Vorjahr 3) und in der Verwaltung 6 (Vorjahr 6) Beschäftigte eingesetzt.

Für weitere Mitarbeiter, die in den für den Betrieb des Unternehmens unabdingbar notwendigen Funktionen eingesetzt sind, wird eine - unabhängig von der jeweiligen Förderung - dauerhafte Beschäftigung angestrebt, um in diesen erfahrungsintensiven Tätigkeiten Know-how-Schwund zu vermeiden und reibungslose Betriebsabläufe zu gewährleisten.

Seit einigen Jahren erfolgt die Förderung der Personalkosten durch die Fördermittelgeber nicht mehr auf Grundlage von Tarifverträgen. Daher hat sich die Anzahl der Beschäftigten, die in Anlehnung an den ehemaligen BAT bzw. BMT vergütet werden, kontinuierlich vermindert. Für diesen Personenkreis erfolgte letztmalig 2005 eine tarifliche Anpassung der Vergütung.

Das im Jahr 2000 nach der ISO 9001 erstmalig zertifizierte Qualitätsmanagementsystem wird fortlaufend genutzt und weiterentwickelt. Das gesamte QMS des Unternehmens musste zwischenzeitlich den geänderten politischen Rahmenbedingungen (SGB II am 1. Januar 2005 in Kraft getreten) angepasst werden. Jährlich werden Audits vom TÜV durchgeführt. Die letzte Auditierung erfolgte im Dezember 2009 erstmalig auf der Grundlage der ISO 9001:2008. Nennenswerte Beanstandungen zum QMS gab es nicht. Somit ist das überarbeitete Handbuch gültig und für die Mitarbeiter verbindlich.

A.7 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Der Aufsichtsrat des Unternehmens fasste einen Beschluss, der eine Erhöhung der Kapitalrücklage um 100 T€ begründet. Ein dementsprechender Antrag wurde dem Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund vorgelegt.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

B.1 Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist um 85 T€ (7,1%) auf 1.105 T€ leicht gesunken, das bedeutet aber nicht, dass die Entwicklung in den Einzelpositionen der Bilanz unerheblich ist.

So stellen sich die Wertpapiere und die flüssigen Mittel auf der Aktivseite erhöhend dar und das Anlagevermögen und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände senkend.

Passiv sind Anzahlungen und Verbindlichkeiten L+L höher als im Vorjahr, dagegen Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstige Verbindlichkeiten niedriger.

Das Eigenkapital beträgt 373 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 33,7 %. Der Gewinn des Jahres 2009 (1 T€) wurde aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages als Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter ausgewiesen.

B.2 Finanzlage

Im Wesentlichen erfolgt nur die Deckung der laufenden Aufwendungen. Die hierzu notwendige Liquidität ist durch die Förderungsbedingungen der öffentlichen Hand und die Eigenerwirtschaftung der SIC gesichert.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit vor Tilgung beträgt 69 T€. Der Cashflow stellt eine rein stichtagsbezogene Betrachtung dar.

Die Gegenüberstellung der kurzfristigen Vermögensgegenstände und der kurzfristigen Verbindlichkeiten zeigt eine Überdeckung zum Bilanzstichtag in Höhe von 10 T€.

Das Anlagevermögen ist zu 51,5 % durch Eigenkapital und zu 101,4 % durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt. Hinsichtlich der Fälligkeiten des Fremdkapitals wird auf die diesbezüglichen Erläuterungen im Anhang verwiesen.

Die ausstehenden Zahlungsverpflichtungen konnten stets erfüllt werden.

B.3 Ertragslage

Das Betriebsergebnis beträgt 36 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -18 T€ konnte ein Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 18 T€ erzielt werden.

C. Nachtragsbericht

Besondere Vorgänge nach dem Abschluss des Geschäftsjahres lagen nicht vor.

D. Prognosebericht

Die Anzahl der vor Jahren noch genutzten Förderprogramme ist gegenwärtig extrem zusammengeschrumpft. Die angezeigte Konzentration auf das Hauptgeschäftsfeld „Arbeitsgelegenheiten“ ist 2009 erfolgt, alle anderen Förderprogramme sind leider nur noch in marginalem Umfang nutzbar. Damit fungiert die ARGE Stralsund praktisch fast allein als Fördermittelgeber der SIC. Im Juli 2009 veränderte die ARGE per interner Anweisung die Rahmenbedingungen: die Arbeitsgelegenheiten sollen wesentlich stärker für die Integration der Teilnehmer genutzt werden. Hier könnte ein Wechsel von reinen Beschäftigungs- und Erprobungsmaßnahmen zu Maßnahmen mit einem ganzheitlichen Ansatz erfolgen, wie er auch von der SIC immer befürwortet wurde. Die Umsetzung dieser Anweisung wurde allerdings bisher noch nicht begonnen.

Das Förderprogramm nach § 16e SGB II (Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung) wird zukünftig in verschiedenen Unternehmensbereichen verstärkt genutzt werden.

Die SIC GmbH rechnet lt. Wirtschaftsplan im Jahr 2010 mit einer ausgeglichenen Ertragslage und erwartet auch für die Folgejahre einen ähnlichen Trend.

E. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Das Unternehmen finanzierte sich überwiegend, d.h. zu ca.91 %, aus Mitteln der öffentlichen Hand. Ein Entfallen oder wesentliche Änderungen der genutzten arbeitsmarktpolitischen Programme könnten den Bestand der Gesellschaft als Ganzes oder in Teilen in Frage stellen. Hier ist die Wirkung politischer Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene besonders spürbar, da sie sich auf die Haushalte von Arbeitsagentur und ARGE auswirken und so den Umfang beschäftigungspolitischer Maßnahmen empfindlich reduzieren können. In der Folge wären einschneidende Veränderungen der Unternehmensstruktur oder Bestandsgefährdungen möglich.

Mit Inkrafttreten des SGB II und den sich daraus ableitenden Aktivitäten, wie das Fördern und Fordern sowie den im § 16d SGB II zu schaffenden Arbeitsgelegenheiten, wurde deutlich, dass bestehende Strukturen zur Umsetzung unabdingbar sind. Die SIC GmbH als soziales Dienstleistungsunternehmen der Hansestadt Stralsund ist ein wichtiger Partner der am 01.01.2005 von der Hansestadt Stralsund und der Bundesagentur für Arbeit nach gesetzlichem Auftrag gegründeten Arbeitsgemeinschaft.

Die Risikofrüherkennung erfolgt durch stetige Prüfung der jeweiligen politischen Situation, die erfahrungsgemäß bei Änderungen sehr schnell auf die Arbeitsmarktpolitik durchschlägt, sowie durch ständigen Kontakt zu den bewilligenden Körperschaften, um Änderungen unverzüglich zu erkennen und darauf zu reagieren.

Die Reduzierung auf einen großen Fördermittelgeber birgt ein neues wirtschaftliches Risiko in sich. Die Abhängigkeit der SIC von der ARGE Stralsund wird damit deutlich erhöht, Veränderungen in der aktiven Arbeitsmarktförderung der ARGE haben sofortige und prägende Auswirkungen auf die Arbeitsweise und die Finanzierung der SIC. Insbesondere die Veränderung der Teilnehmerzahlen und des Umfangs der Kostenerstattung können eine Bestandsgefährdung der SIC herbeiführen. Die derzeitige Maßnahmeplanung für das Jahr 2010 mit einem neuen Tiefstand bei den Teilnehmerzahlen bringt die SIC an die Grenze ihrer Möglichkeiten. Hier ist der gute Kontakt mit der ARGE notwendig, um unnötige Härten zu vermeiden und notwendige Veränderungen langfristig realisieren zu können. Außerdem muss auch die Hansestadt Stralsund ihren Einfluss in der Trägerversammlung der Arge geltend machen, um eigene Interessen (bspw. Arbeiten für das Gemeinwesen) zu sichern und die Verantwortung für ihre Bürger und ihr Unternehmen wahrzunehmen.

Zunehmend findet auch eine Prüfung und Auswahl der Träger schon bei der Antragstellung statt. Hier hat die SIC aufgrund ihrer hohen Qualität der Beschäftigungsförderung Wettbewerbsvorteile und trug diesem neuen Aspekt durch Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach ISO 9001 Rechnung. Durch die Ausgabendeckung ausschließlich aus laufenden Einnahmen kommt der Liquidität des Unternehmens eine besondere Bedeutung zu. Komplikationen der liquiden Verhältnisse werden vermieden durch zeitnahe Abrechnung von Subventionen, durch die Verteilung von größeren

finanziellen Belastungen über möglichst große Zeiträume und durch Budgetierung und Controlling von Projekten und Maßnahmen und die damit entstehende Möglichkeit, Verluste und Zahlungsrückstände unverzüglich zu erkennen und auszuschließen. Weiterhin existiert ein Mahnsystem, das den Forderungsbestand periodisch prüft und bei Zahlungsrückständen unverzüglich Maßnahmen ergreift. Die Finanzierung der laufenden Maßnahmen ausschließlich über monatliche Abrechnungen machte die Vorfinanzierung der laufenden Kosten durch die SIC notwendig, wodurch die liquide Lage weiter verkompliziert wurde. Die SIC hat dazu im Jahr 2009 eine Übereinkunft mit der ARGE erzielt, die monatlichen Kostenerstattungen wurden zum überwiegenden Teil zeitlich vorgezogen, um diese zusätzliche Belastung zu vermeiden. Als Mittel zur zusätzlichen Absicherung wurde weiterhin mit der Sparkasse Stralsund ein Kontokorrent vereinbart. Der Gesellschafter wird außerdem einen Zuschuss zur Kapitalrücklage in Höhe von 100 T€ geben, der die Liquidität verbessern wird.

Die Zweckentfremdung von Subventionen und die damit verbundene Gefahr der Rückforderung der gesamten Förderung wird durch die Kontrolle mehrerer Personen bei allen Ausgaben (mindestens „Vier-Augen-Prinzip“), durch aperiodische Kontrollen des Personaleinsatzes und der Anwesenheit durch übergeordnete Mitarbeiter, durch regelmäßige und dokumentierte Berichterstattung in den Leitungssitzungen und durch Regelung betrieblicher Abläufe in detaillierten Betriebsanweisungen, die Bestandteil des Qualitätsmanagement-Handbuches sind, sowie die Kontrolle der Einhaltung ausgeschlossen. Auch durch den Fördermittelgeber finden regelmäßig Kontrollen statt.

Die für das Unternehmen bestandsgefährdenden Risiken sind durch ein Risikofrüherkennungssystem erfasst. Dieses System benennt die Risiken, die jeweils verantwortlichen Mitarbeiter für die Risikoüberwachung, die Handlungsalternativen bei Erreichung kritischer Werte und das Kontrollintervall. Das Risikofrüherkennungssystem ist im Risikohandbuch beschrieben.

Neben den reinen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betreibt die SIC auch einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit vier Mitarbeitern.

Seit dem 01.01.09 ist die seit Jahren stufenweise reduzierte Stammkräfteförderung des Landes gänzlich entfallen. Damit verbunden war eine Reduzierung der Personalstruktur der SIC. Diese Umstrukturierung ist inzwischen abgeschlossen, die verbleibenden Personalkosten werden im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten überwiegend durch die ARGE Stralsund getragen. In der Umstellung der Finanzierung durch monatlich beginnende Maßnahmen unter Beachtung der Kostendeckung und gleichzeitiger Berücksichtigung der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigungsprojekte liegt ein weiteres Risiko, das durch umfangreichen Planungs- und Kontrollaufwand angemessen beachtet wird.

Stralsund, 26.2.2010

Kroß
Geschäftsführerin

Der Jahresabschluss wird unter Inanspruchnahme von Erleichterungen nur teilweise offengelegt, der Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den vollständigen Jahresabschluss.

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stralsunder Innovation Consult GmbH, Stralsund, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Durch § 15 KPG wurde der Prüfungsauftrag erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 15 KPG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft Anlass zu Beanstandungen geben. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des

Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse habe ich darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach meiner Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.“

Daneben erteile ich gemäß § 16 Abs. 4 KPG folgenden Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach meiner pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.“

Rostock, den 28. April 2010

Jörg Ketelsen

Wirtschaftsprüfer

Jahresabschluss

2009

Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum

GmbH

**Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister**

**Beschluss
des Hauptausschusses der Bürgerschaft**

**Titel: SIG GmbH - Jahresabschluss 2009
GH 0190/2010**

Der Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung erhält die Weisung, wie folgt zu beschließen:

1.
Der von der BTR Sumus GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2009 der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.481,91 Euro und einer Bilanzsumme von 2.604.306,75 Euro festgestellt.
2.
Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.481,91 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3.
Dem Geschäftsführer, Herrn Fürst, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-10-0103

Datum: 26.10.2010


Dr. Badrow



SIG Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH, Stralsund

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

	- EUR -	- EUR -	Vorjahr - TEUR -
1. Umsatzerlöse		160.419,96	147
2. Sonstige betriebliche Erträge		151.711,48	184
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-59.075,62	-61
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-54.372,78		-70
b) Soziale Aufwendungen	-11.599,81	-65.972,59	-14

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-151.922,82	-152
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-61.716,33	-50
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.167,78	6
		-----	-----
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-23.388,14	-10
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag		1,00	0
10. Sonstige Steuern		-5.094,77	-5
		-----	-----
11. Jahresfehlbetrag		-28.481,91	-15
		=====	=====

Anhang 2009

1. Allgemeine Angaben

Die SIG Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH, Stralsund (kurz „SIG“) ist mit Gesellschaftsvertrag vom 24. März 1997 errichtet worden.

Die Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichtes Stralsund erfolgte am 7. November 1997.

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und das Bewirtschaften eines Innovations- und Gründerzentrums in der Hansestadt Stralsund. Ziel ist die Förderung von innovativen Unternehmensgründungen, von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Gesellschafter der SIG GmbH: Hansestadt Stralsund
mit einer Stammeinlage in Höhe von € 905.000,00
(€ 567.747,36 Bareinlage/€ 337.452,64 Sacheinlage)

Geschäftsführung der SIG GmbH: Herr Peter Fürst, Velgast
alleinvertretungsberechtigt
Befreiung von § 181 BGB

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der vorliegende Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB (§§ 238 ff) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff HGB) aufgestellt worden.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Soweit im Berichtsjahr hinsichtlich der im Vorjahr von den Gliederungsvorschriften des HGB und des GmbHG abweichenden Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen vorgenommen wurden, wurde dem Prinzip der Darstellungstetigkeit (§ 265 Abs. 1 HGB) durch Anpassung der Vorjahreszahlen entsprochen.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen angesetzt.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter deren Anschaffungskosten mehr als € 150,00, aber nicht € 1.000,00 übersteigen, wurde ein Sammelposten gebildet der gemäß § 6 Abs. 2 a EStG mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wird.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Sonderabschreibungen nach § 7 g (1) EStG wurden nicht geltend gemacht.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert vermindert um Wertberichtigungen und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Flüssige Mittel werden zu Nominalwerten angesetzt.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1. Anlagevermögen

- vgl. beigefügter Anlagenspiegel A 4 -

3.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

3.3 Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Die Gesellschaft hat gemäß R. 6.5 EStR die erhaltenen Investitionszuschüsse (Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt.

Die Auflösung erfolgt in Höhe der verrechneten Abschreibungen und Abgänge.

3.4. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen ausstehende Rechnungen für Abschluss- und Prüfungskosten, Betriebskostennachzahlungen und sonstige ausstehende Rechnungen.

3.5. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

	Stand 31.12.2009	bis zu einem Jahr	ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.432,64	4.432,64		
Sonstige Verbindlichkeiten	39.707,96	9.614,84	30.093,12	
	<u>44.140,60</u>	<u>14.047,48</u>	<u>30.093,12</u>	

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Mietkautionen in Höhe von T€ 30 enthalten. Die Kauti-
onen haben eine durchschnittliche Restlaufzeit von einem bis fünf Jahren; je nach Dauer des
Mietverhältnisses. Die Laufzeit wurde geschätzt.

4. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

5. Organe der Gesellschaft


Zum Geschäftsführer der SIG Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH, Stralsund ist

Herr Peter Fürst, Velgast

bestellt.

Der Geschäftsführer ist alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB
befreit.

Stralsund, den 2010-06-30


.....
Peter Fürst
(Geschäftsführer)

**Stralsunder Innovations-
und Gründerzentrum GmbH
Heinrich-Mann-Straße 11**

18435 Stralsund

Telefon : 03831 367-500

Telefax : 03831 367-555

E-Mail: info@sig-hst.de

Internet: www.sig-hst.de

Lagebericht zum Geschäftsjahr 2009

- 0 Einleitung**
- 1 Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses**
- 2 Darstellung der Lage der Gesellschaft**
 - 2.1 Analyse der Vermögenslage**
 - 2.2 Analyse der Ertragslage**
 - 2.3 Analyse der Finanzlage**
- 3 Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung**
- 4 Sonstige Angaben**
 - 4.1 Risikomanagementziele und Finanzinstrumente**
 - 4.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**
 - 4.3 Forschung und Entwicklung**
 - 4.4 Zweigniederlassungen**

Stralsund, 30.06.2010



.....

**Peter Fürst
Geschäftsführer**

0 Einleitung

Seit dem 07.11.1997 ist die SIG GmbH unter der HRB- Nummer 4079 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Stralsund eingetragen.

Die Hansestadt Stralsund ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt alleiniger Gesellschafter der SIG GmbH mit einem Stammkapital von 905.000,00 €.

Auf dem Grundstück der Gesellschaft in der Heinrich-Mann-Straße 11 in der Hansestadt Stralsund in unmittelbarer Nähe zur Fachhochschule Stralsund, errichtete die SIG GmbH bis zum Herbst 1998 das Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum.

Das Innovations- und Gründerzentrum bietet Existenzgründern kleinen, mittleren Produktions- und Dienstleistungsunternehmen der Region Nordvorpommern freie Entfaltungsmöglichkeiten für neue Ideen und die Entwicklung ihrer Produkte bis zur Marktreife. Dazu gehören in einem 3-geschossigen Gebäude neben funktional gestalteten Büro- und Werkstatträumen zu günstigen Mietkonditionen auch ein mit moderner Technik ausgestatteter Sekretariatsservice. In das Gebäude integriert sind ein Konferenztrakt und eine Cafeteria.

Die Finanzierung des Investitionsvorhabens erfolgte auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides (90%-ige Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern für die Hansestadt Stralsund, der an die SIG GmbH durch den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der Hansestadt Stralsund weitergegeben wurde und durch das von den Gesellschaftern eingebrachte Stammkapital.

Für die formale Betriebsbuchführung hat die SIG GmbH mit der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH einen Verwaltungsvertrag zur Finanz- und Betriebsbuchführung abgeschlossen.

Durch die enge Kooperation mit dem Amt für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing der Hansestadt Stralsund besteht die Möglichkeit, umfassende Beratungsleistungen in Fragen Unternehmensgründung, Analyse des Marktes, Marketing, Finanzierung und öffentliche Fördermittel in Anspruch zu nehmen.

1 Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

Die Gesellschaft hat im Jahr 2009 ihr elftes volle Geschäftsjahr mit dem eigentlichen Geschäftsbetrieb des SIG (nach der ausschließlichen Bauherrenfunktion zur Durchführung der Investition beim Bau des Stralsunder Innovations- und Gründerzentrums) vollzogen. Die SIG GmbH hat im Jahr 2009 3 Mitarbeiter (1 Geschäftsführer ohne Bezüge, 1 Sekretärin und 1 haustechnischen Angestellten) beschäftigt, so dass hier Personal und Sachkosten angefallen sind. Betriebliche Aufwendungen entstanden durch Beiträge, Abgaben, Gebühren, Reparaturen und Instandhaltungsaufwendungen, Rechts- und Beratungskosten, Fremdarbeiten und Jahresabschlusskosten für die Gesellschaft.

Vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009 wurden durch die Gesellschaft **Umsatzerlöse** in Höhe von **160.419,96 €** und **sonstige betriebliche Erträge** in Höhe von **151.711,48 €** erzielt.

Das verbliebene Stammkapital der Gesellschaft wurde soweit wie möglich festverzinslich angelegt, so dass die Gesellschaft Zinserträge realisieren konnte.

Der **Jahresverlust** der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2009 beträgt **28.481,91 €**.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Investitionen getätigt.

2 Darstellung der Lage der Gesellschaft

Insgesamt wird die Geschäftsentwicklung der Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH im Jahr 2009 weiterhin als nicht positiv eingeschätzt. Hauptursachen sind zum einen die generell schlechten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Forderungsausfälle; schlechtes Klima für innovative, technologieorientierte Existenzgründungen etc.) und zum anderen die Verfügbarkeit preisgünstiger Büro- und Gewerbeflächen in der Hansestadt Stralsund und Umgebung.

2.1 Analyse der Vermögenslage

Die nachfolgende Übersicht ergibt sich nach Zusammenfassungen und Saldierungen, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurden, aus der Bilanz des Geschäftsjahres 2009 (Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind dabei als langfristig behandelt worden):

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	2.382	91,4	2.533	91,6	./ 151
kurzfristige Forderungen	13	0,5	26	0,9	./ 13
flüssige Mittel	207	8	205	7,4	+ 2
übrige Aktiva	3	0,1	3	0,1	0
	2.605	100	2.767	100,0	./ 162
Kapital					
Eigenkapital	699	28,8	727	26,3	./ 28
Sonderposten					
Investitionszuschüsse	1.843	70,7	1.981	71,6	./ 138
kurzfristige					
Verbindlichkeiten	63	2,4	59	2,1	+ 4
	2.605	100	2.767	100,00	./ 162

Es wird eingeschätzt, dass auf Grund des vorhandenen Anlagevermögens und der guten Eigenkapitalquote, die Vermögenslage der Gesellschaft kurz- und mittelfristig als (noch) gut bezeichnet werden kann.

2.2 Analyse der Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre ergibt sich nach Zusammenfassungen und Verrechnungen, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurden, die nachfolgende Ertragsübersicht:

	2009		2008		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	+ 160	100	147	100	13
Sonstige betriebliche Erträge	+ 152	+ 95	+ 184	+ 125	./.
Materialaufwand	./.	37	./.	41	1
Abschreibungen	./.	95	./.	103	0
Sonstiger Betriebsaufwand	./.	82,5	./.	95	8
Betriebsergebnis	./.	19,5	./.	12,5	./.
Beteiligungs- und Finanzergebnis	+ 3	+ 1,9	+ 6	+ 3,6	./.
Jahresergebnis	./.	18	./.	8,9	./.

Die Umsatzerlöse resultieren überwiegend aus der Vermietung der Gewerbe- und Büroflächen des Stralsunder Innovations- und Gründerzentrums. In der Auslastung der vermietbaren Fläche ist die Tendenz leicht rückläufig. Dies ist insbesondere auf die Insolvenz von zwei langjährigen Mietern zurückzuführen (Suite No. 3 GmbH und ALFOAMTEC GmbH). Der Jahresfehlbetrag ist vornehmlich auf die Mietausfälle durch Insolvenzen zurück zu führen.

2.3 Analyse der Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung aufgezeigt:

	<u>2009</u> TEUR	<u>2008</u> TEUR
1. Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Jahresergebnis	./ 28	./ 15
Abschreibung auf Anlagevermögen	+ 152	+ 152
Auflösung Sonderposten mit Rücklagenanteil	./ 138	./ 139
Cash-Flow i. e. S.	./ 14	./ 2
Veränderungen der kurzfristigen Forderungen Sowie andere Aktiva	+ 13	./ 17
Veränderungen der kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	+ 4	+ 21
	<u>+ 3</u>	<u>+ 2</u>
2. Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	<u>./ 1</u>	<u>./ 1</u>
3. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe 1 und 2)	+ 2	+ 1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+ 205	+ 204
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>+ 207</u>	<u>+ 205</u>
4. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	<u>+ 207</u>	<u>+ 205</u>

3 Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 wird die Gesellschaft weiterhin ihre Infrastrukturfunktion als Innovations- und Gründerzentrum ausfüllen; ein weiterhin negativer Geschäftsverlauf auf Grund der insgesamt schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für regionale innovative, technologieorientierte Unternehmensgründungen und des Überangebotes an vermietbaren Büro- und Gewerbeflächen in der Hansestadt Stralsund und der Region ist gegebenenfalls zu erwarten.

Es sind strategisch haltbare und umsetzbare Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage notwendig.

Durch die Geschäftsführung der SIG GmbH und die Gesellschafterin wird daraufhin gewirkt die Risiken der zukünftigen Entwicklung zu beherrschen und mit einem geänderten strategischen Ansatz die Chancen des Innovations- und Gründerzentrums für eine positive regionalwirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Es ist insbesondere auf die Nutzung von Synergien hinzuwirken, die sich aus der Kooperation von SIG GmbH, Verwaltung der Hansestadt Stralsund und regionalen Beratungsunternehmen ergeben.

Weiterhin wird die SIG GmbH sich zukünftig auf die Wachstumskerne der Stralsunder Wirtschaft und der Region konzentrieren.

Die SIG GmbH konnte im Geschäftsjahr 2009 konkrete Maßnahmen umsetzen.

Es wurden 2 Gründerzimmer mit einer Staffelmiete eingerichtet.

Die Kooperation mit der Technologiezentrum Vorpommern GmbH Greifswald wurde intensiviert.

Im Geschäftsjahr 2011 ist eine Erhöhung der Mieten geplant.

Geprüft wurde die Anschaffung einer Fotovoltaik-Solar-Anlage. Als Ergebnis der Prüfung stellte sich heraus, dass diese Investition wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

4 Sonstige Angaben

4.1 Finanzinstrumente und Risikomanagementziele

Von der Geschäftsführung wurden im Jahr 2009 keine Finanzinstrumente wie Kontokorrentkredite oder Darlehen in Anspruch genommen; es wurden und werden auch keine Termingeschäfte, keine Optionsgeschäfte und auch keine Anlagen in Finanzderivaten getätigt.

Aus diesem Grunde gibt es auch keine Risikomanagementziele (hinsichtlich Preisänderungs-, Ausfall-, Liquiditäts- und Cash-Flow-Risiken dieser Finanzinstrumente) und Risikomanagementmethoden zur Absicherung im Zusammenhang mit diesen grundsätzlich möglichen Finanzinstrumenten.

4.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2009 sind keine Geschäftsvorgänge bzw. Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung aufgetreten.

4.3 Forschung und Entwicklung

Die Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH betreibt selber keine Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zur Entwicklung neuer Produkte und Verfahren. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH bestrebt, ihre Services für die Mieter ständig zu optimieren, um somit den Kunden einen größtmöglichen Nutzen bieten zu können.

4.4 Zweigniederlassungen

Die Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH hat ihren Sitz in 18435 Stralsund, Heinrich-Mann-Straße 11. Das Unternehmen betreibt keine Büros bzw. Geschäftsstellen und hat keine Zweigniederlassungen.

Jahresabschluss

2009

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund

mbH

**Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister**

Beschluss des Hauptausschusses der Bürgerschaft

**Titel: Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH - Jahresabschluss 2009
GH 0159/2010**

Der Hauptausschuss der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber den städtischen Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen, beschließt:

Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH erhält die Weisung, in der Gesellschafterversammlung folgende Beschlüsse zu fassen:

1.
Der Jahresabschluss 2009 der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 36.391,97 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 1.091.436,79 Euro festgestellt.
2.
Der Bilanzgewinn in Höhe von 48.584,42 Euro wird wie folgt verwendet:

37.800,00 Euro werden nach Maßgabe der Kapitalanteile an die Gesellschafter am 02.11.2010 ausgeschüttet sowie die verbleibenden 10.784,42 Euro auf neue Rechnung vorgetragen.
3.
Der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
4.
Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2010 wird die Revisions- und Treuhand-Kommanditgesellschaft Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft bestellt.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-09-0091

Datum: 28.09.2010


Dr. Badrow



Bilanz zum 31. Dezember 2009
der Stadterneuerungsgesellschaft GmbH, Stralsund

AKTIVA

	Stand 31.12.2009 EUR	Stand 31.12.2008 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	57,00	459,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit fertigen Bauten	83.404,38	86.426,38
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.454,12	3.447,12
	<u>89.858,50</u>	<u>89.873,50</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Unfertige Leistungen	13.081,25	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Gesellschafter	385.846,46	369.545,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	11.612,54	51.007,97
	<u>397.459,00</u>	<u>420.553,53</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	590.837,04	643.749,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	144,00	0,00
	<u>1.091.436,79</u>	<u>1.154.635,30</u>
D. Treuhandvermögen	2.312.136,59	1.105.538,47

PASSIVA

	Stand 31.12.2009 EUR	Stand 31.12.2008 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	153.400,00	153.400,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	143.161,73	143.161,73
III. Bilanzgewinn	48.584,42	87.192,45
	<u>345.146,15</u>	<u>383.754,18</u>
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	9.567,39	20.323,00
2. Sonstige Rückstellungen	210.272,84	189.147,65
	<u>219.840,23</u>	<u>209.470,65</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	145.495,32	305.269,58
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.070,26	36.179,72
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	161.935,15	91.848,96
4. Sonstige Verbindlichkeiten	201.949,68	128.112,21
- davon aus Steuern: 201.382,58 (Vorjahr: EUR EUR 126.861,52)	<u>526.450,41</u>	<u>561.410,47</u>
	<u>1.091.436,79</u>	<u>1.154.635,30</u>
D. Treuhandverbindlichkeiten	2.312.136,59	1.105.538,47

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund GmbH, Stralsund**

	<u>EUR</u>	2009 <u>EUR</u>	2008 <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse			
a) aus Betreuungstätigkeit	1.269.763,91		1.220.512,03
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>236.938,19</u>	1.506.702,10	285.297,16
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen		13.081,25	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		6.563,38	10.143,16
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		654.517,14	670.116,05
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	485.291,42		423.196,20
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>90.752,67</u>	576.044,09	87.383,81
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.127,81	15.414,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		204.734,62	223.033,81
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.813,67	18.485,23
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>10.991,86</u>	<u>20.800,40</u>
10. Überschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		78.744,88	94.493,31
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		41.482,30	18.465,19
12. Sonstige Steuern		<u>870,61</u>	<u>777,99</u>
13. Jahresüberschuss		36.391,97	75.250,13
14. Gewinnvortrag		87.192,45	68.942,32
15. Gewinnausschüttungen		<u>75.000,00</u>	<u>57.000,00</u>
16. Bilanzgewinn		<u><u>48.584,42</u></u>	<u><u>87.192,45</u></u>

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH, Stralsund
Anhang für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2009 ist nach den geltenden Vorschriften des HGB aufgestellt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB auf.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Einzelnen wurden im Wesentlichen unverändert folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** sowie die **Sachanlagen** werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen auf der Grundlage steuerlich anerkannter Höchstsätze vermindert. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres beinhalten 537,00 Euro steuerliche Mehrabschreibungen nach § 7h EStG.

Die **unfertigen Leistungen** wurden zu Einzelkosten bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung der einzelnen Positionen des Anlagevermögens sowie die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres sind im nachfolgenden Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Anschließend sind die Verbindlichkeiten in einem Verbindlichkeitspiegel erläutert.

Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungskosten				Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 31.12.2008 €	Zugänge 2009 €	Abgänge 2009 €	Stand 31.12.2009 €	Stand 31.12.2008 €	Zugänge 2009 €	Abgänge 2009 €	Stand 31.12.2009 €	Stand 31.12.2009 €	Stand 31.12.2008 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.847,94	0,00	0,00	2.847,94	2.388,94	402,00	0,00	2.790,94	57,00	459,00
	2.847,94	0,00	0,00	2.847,94	2.388,94	402,00	0,00	2.790,94	57,00	459,00
II. Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	444.122,82	0,00	0,00	444.122,82	357.696,44	3.022,00	0,00	360.718,44	83.404,38	86.426,38
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.071,16	3.710,81	0,00	24.781,97	17.624,04	703,81	0,00	18.327,85	6.454,12	3.447,12
	465.193,98	3.710,81	0,00	468.904,79	375.320,48	3.725,81	0,00	379.046,29	89.858,50	89.873,50
	468.041,92	3.710,81	0,00	471.752,73	377.709,42	4.127,81	0,00	381.837,23	89.915,50	90.332,50

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o.ä. Rechte stellen sich zum 31.12.2009 wie folgt dar:
 (Die erforderlichen Vorjahreszahlen sind in Klammern vermerkt)

Verbindlichkeiten	Insgesamt €	Davon				
		Restlaufzeit			gesichert	
		unter 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	über 5 Jahre €	€	Art der Sicherung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	145.495,32 (305.269,58)	5.712,35 (5.431,75)	23.062,64 (24.451,49)	116.720,33 (275.386,34)	145.495,32 (305.269,58)	Grundpfandrecht
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.070,26 (36.179,72)	17.070,26 (36.179,72)				
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	161.935,15 (91.848,96)	151.847,83 (81.332,29)	1.806,19 (1.771,14)	8.281,13 (8.745,53)		
Sonstige Verbindlichkeiten	201.949,68 (128.112,21)	201.949,68 (128.112,21)				
Gesamtbetrag	526.450,41 (561.410,47)	376.580,12 (251.055,97)	24.868,83 (26.222,63)	125.001,46 (284.131,87)	145.495,32 (305.269,58)	

Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 165.465,90 Euro bestehen zweckgebunden zum Ausgleich von Umsatzsteuerverbindlichkeiten nach § 13b UStG.

Bei den **Forderungen gegen Gesellschafter** handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 348.130,96 Euro und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 37.715,50 Euro.

In der Position "Sonstige Vermögensgegenstände" sind 9.162,40 Euro mit einer Laufzeit über ein Jahr enthalten.

Der **Bilanzgewinn** zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 48.584,42 Euro setzt sich zusammen aus einem

Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2009	12.192,45
Jahresüberschuss 2009	36.391,97
Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2009	48.584,42

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 145.000,00 Euro sind durch Grundpfandrechte abgesichert. Das Darlehen in Höhe von ursprünglich 670.000,00 Euro zur Finanzierung des Bürogebäudes Fährstraße 22 wurde gemeinsam mit der BIG-STÄDTEBAU GmbH aufgenommen. Unabhängig von der persönlichen quotalen Haftung haften die Darlehensnehmer dinglich gesamtschuldnerisch.

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen im Wesentlichen Gewährleistungsrisiken sowie Kosten des Jahresabschlusses.

Bei den Verbindlichkeiten **gegenüber Gesellschaftern** handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 197.856,17 Euro, sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 18.744,83 Euro sowie saldiert Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 54.665,85 Euro.

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich für die Gesellschaft aus einem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BIG-STÄDTEBAU GmbH. Der Betrag richtet sich nach geleistetem Aufwand.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt und verteilen sich auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche wie folgt:

	2009 <u>T-Euro</u>	Vorjahr <u>T-Euro</u>
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	1.270	1.221
andere Lieferungen und Leistungen	<u>237</u>	<u>285</u>
	<u>1.507</u>	<u>1.506</u>

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Honorare des Abschlussprüfers für Prüfungstätigkeit in Höhe von 14.500,00 Euro sowie für Steuerberatung in Höhe von 1.162,50 Euro enthalten.

V. Sonstige Angaben

1. Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2009 wurden neben den beiden Geschäftsführern 12 kaufmännische Angestellte und ein Auszubildender (Vorjahr: 13 kaufmännische Angestellte und ein Auszubildender) beschäftigt, davon acht (Vorjahr: sieben) in Teilzeit.

2. Gesellschaftsorgane

Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte die Geschäftsführung der SES GmbH durch die Diplom-Ingenieure Peter Boie, Stralsund, und Klaus-Dieter Steuer, Havelberg.

Sie sind jeweils alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9a HGB unterbleibt in Anwendung der Schutzklausel des § 286 Nr. 4 HGB.

Mitglieder des Aufsichtsrates waren im Geschäftsjahr:

- Nico Völker, Stralsund – Bankkaufmann (Vorsitzender, ab September 2009))
- Frank Huftsch, Neumünster – Geschäftsführer einer Unternehmensgruppe für Wohnungs- und Städtebau (stellv. Vorsitzender, ab September 2009))
- Thomas Haack, Stralsund – Bankkaufmann (stellv. Vorsitzender)
- Herbert Gerisch, Neumünster – ehemals Geschäftsführer einer Unternehmensgruppe für Wohnungs- und Städtebau
- Jürgen Suhr, Stralsund – Geschäftsführer der Produktionsschulen gGmbH (seit September 2009)
- Paul Ferdí Lange, Stralsund – Pastor
- Kerstin Heinzel, Stralsund – Laborantin (bis August 2009)
- Gerhard Keil, Bordesholm – Dipl.-Volkswirt, ehemals Geschäftsführer eines Bauträgerunternehmens (bis August 2009)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bezogen für das Geschäftsjahr eine Gesamtvergütung in Höhe von 5.470,87 Euro.

3. Treuhandvermögen

Das nachrichtlich zur Bilanz vermerkte Treuhandvermögen in Höhe von 1.091.436,79 Euro ergibt sich aus den bei den Banken geführten Geldbeständen. Dem Vermögen stehen entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber.

Stralsund, den 27. Mai 2010

.....
Peter Bole

-Geschäftsführung-

.....
Klaus-Dieter Steuer

**Lagebericht
zum Jahresabschluss 2009 der Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH**

A. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

- 1. Allgemeine Lage der Städtebauförderung**
 - 1.1 im Land Mecklenburg-Vorpommern**
 - 1.2 in der Hansestadt Stralsund**

- 2. Lage des Unternehmens**
 - 2.1 Auftragssituation**
 - 2.2 Finanzsituation**

- 3. Tätigkeit 2009**
 - 3.1 Sanierungsgebiet Altstadt**
 - 3.2 Entwicklungsmaßnahme Kleiner Wiesenweg**
 - 3.3 Wohnumfeldverbesserung Knieper West**
 - 3.4 Wohnumfeldverbesserung/Soziale Stadt Grünhufe**

B. Wirtschaftliche Lage

- 1. Ertragslage**
- 2. Finanzlage**
- 3. Vermögenslage**

C. Voraussichtliche Entwicklung und Risikoeinschätzung

D. Ergebnisverwendung

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

A. Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird maßgeblich durch die Bereitstellung von Mitteln aus den staatlichen Programmen für die Städtebauförderung bestimmt.

1. Allgemeine Lage der Städtebauförderung

1.1 im Land Mecklenburg-Vorpommern

Das Gesamtvolumen der Städtebauförderungsprogramme des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2009 mit rd. 94,1 Mio. Euro ist gegenüber 2008 (rd. 93,6 Mio. Euro) leicht gestiegen. Am 24. März 2009 wurde das Städtebauförderprogramm 2009 bekannt gegeben. Die Städtebauförderung wird noch stärker auf historische Altstadtkerne und große Städte konzentriert. Aus diesem Grund wurde das Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortszentren“ aufgelegt. Es dient der Stärkung der zentralen Versorgungsgebiete, die durch Funktionsverlust, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht und betroffen sind.

Das Wohnumfeldprogramm, das es seit 1993 gibt, wurde 2002 durch das Programm Stadtumbau-Ost „Programmteil Aufwertung“ kompensiert. Im Rahmen des Programms Stadtumbau-Ost „Programmteil Aufwertung“ wurden zusätzliche Mittel für die Rückführung der städtischen Infrastruktur vorgesehen.

	Städtebau- förderungs- programm (A, D, L, SOS, AZ)	Wohnum- feldpro- gramm	Stadtumbau Ost „Pro- grammteil Aufwertung“	Integriertes Stadtent- wicklungs- konzept	Rück- führung städt- ische Infra- struktur	Summe
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
1995	157,3					157,3
1996	139,6	19,2				158,8
1997	117,8	19,2				137,0
1998	117,8	19,2				137,0
1999	104,5	19,2				123,7
2000	101,1	19,2				120,3
2001	100,1	14,8				114,9
2002	84,7	0,0	26,3	1,5		112,5
2003	74,6	0,0	26,3	0,0		100,9
2004	74,2	0,0	24,0	0,0		98,2
2005	72,6	0,0	23,8	0,0		96,4
2006	68,5	0,0	19,2	0,0	2,3	90,0
2007	66,4	0,0	21,9	0,0	2,0	90,3
2008	64,1	0,0	27,8	0,0	1,7	93,8
2009	55,4	0,0	38,0	0,0	0,7	94,1

Investitionsprogramm nationalen UNESCO-Welterbestätten

Im Rahmen des Konjunkturpaketes I - Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten 2009-2013 - reichte die Hansestadt einen Programmantrag mit dem Titel „Welterbe erhalten & Zukunft gestalten“ beim zuständigen Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ein. Dieser Programmantrag mit Gesamtkosten von ca. 44,8 Mio. Euro und beantragten Projektkosten in Höhe von ca. 18 Mio. Euro umfasst vier Projektbausteine, welche die Schwerpunkte innerhalb der Welterbekernzone darstellen. Die Hansestadt trägt einen Eigenanteil in Höhe von 10%.

Der Hansestadt Stralsund wurden Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 4.167 T-Euro mit Zuwendungsbescheid vom 2. Oktober 2009 bewilligt. Alle Teilprojekte konnten gemäß Zeit- und Finanzierungsplan noch im selben Jahr begonnen werden.

Bewilligte Projektbausteine/Teilprojekte:

Faszination Backsteingotik · erhalten & gestalten

- Kulturkirche St. Jakobi
- Klosteranlage St. Johannis · Dächer dicht!

Bürgerhäuser · retten & nutzen

- Welterbe-Begegnungsstätte · Ossenreyerstraße 1
- Bürgerhäuser in Gefahr!

Bedeutende Kulturschätze · sichern & erleben

- Barocke Stuckdecke im Landständehaus
- Kapellenschauwände und Inventar in den Pfarrkirchen St. Marien/ St. Nikolai.

Die Finanzierung stellt sich danach wie folgt dar:

Programmvolumen 2009-2013	100%	9.260 T-Euro
davon		
Bund/Konjunkturpaket I	45%	4.167 T-Euro
Land/Kofinanzierung	45%	4.167 T-Euro
Kommune/ Eigenanteil	10%	926 T-Euro.

Die Bereitstellung der Kofinanzierungsanteile 2009-2013 des Landes für das Programm erfolgt in den Doppelhaushalten 2010/2011 sowie 2012/2013, die der Hansestadt in den Haushalten 2010-2013.

1.3 in der Hansestadt Stralsund

Die für **Stralsund** relevanten Förderprogramme sind

a) für die Altstadt einschließlich Frankenvorstadt	Bisheriges Bewilligungsvolumen (1990 bis 2009)
BMBAU-Sonderförderung 1990 (Einmalförderung)	2.446 T-Euro
Modellstadtprogramm des Bundes (ausgelaufen)	44.953 T-Euro
Städtebauförderungsprogramm des Bundes	30.701 T-Euro
Landesstädtebauförderungsprogramm	2.045 T-Euro
Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz	35.605 T-Euro
Stadtumbau Ost „Programmteil Aufwertung“	26.544 T-Euro
Förderprogramm „Die Soziale Stadt“	2.384 T-Euro
Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortszentren“	720 T-Euro
EFRE-Mittel 2003 (Fährwall 1.BA)	439 T-Euro
EFRE-Mittel 2006 (Frankendamm)	1.991 T-Euro
Förderprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (Einmalförderung)	1.074 T-Euro
Städtische Haushaltsmittel Theater	14.956 T-Euro
Investitionsprogramm nationalen UNESCO-Welterbestätten 2009-2013	<u>259 T-Euro</u>
Zwischensumme Altstadt	173.117 T-Euro

b) für die **Wohnumfeldverbesserung**

- **Knieper West** 15.686 T-Euro
Programm des Bundes und des Landes zur
Förderung und Weiterentwicklung von
Neubaugebieten; Stadtumbau Ost
„Programmteil Aufwertung“;
Rückführung städtischer Infrastruktur

- **Grünhufe** 17.264 T-Euro
Programm des Landes zur Förderung und
Weiterentwicklung von Neubaugebieten;
Stadtumbau Ost „Programmteil Aufwertung“;
Soziale Stadt (inkl. Hebammenprojekt,
Nachbarschaftszentrum)

Investitionspakt zur energetischen
Erneuerung der sozialen Infrastruktur
In den Gemeinden in M-V
Turnhalle Grünthal 1.033 T-Euro

Integriertes Stadtentwicklungskonzept 73 T-Euro

c) für das **Entwicklungsgebiet Kleiner Wiesenweg**

Sonderprogramm des Bundes und des Landes
für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen
(Förderung ausgelaufen) 2.045 T-Euro

Zwischensumme Wohnumfeld und Entwicklung 36.101 T-Euro

Gesamtsumme der Förderung für Stralsund **209.218 T-Euro**

2. Lage des Unternehmens

2.1 Auftragsituation

Der Treuhänderauftrag der Hansestadt vom 2. Mai 1990 und die Ergänzungsverträge vom 10. Dezember 1993 und 6. Dezember 1996 umfassen vier städtebauliche Maßnahmen:

- Sanierungsmaßnahme Altstadtinsel einschließlich Frankenvorstadt
- Maßnahme Knieper West
- Maßnahme Grünhufe/Grünhufe Soziale Stadt
- Entwicklungsmaßnahme Kleiner Wiesenweg

2.2 Finanzsituation

a) Aus verschiedenen Förderprogrammen sind für die von der SES betreuten städtebaulichen Maßnahmen bisher Fördermittel in Höhe von rd. 209 Mio. Euro bereitgestellt worden.

In der Tabelle (Anlage I) sind die einzelnen Bewilligungen aus den verschiedenen Fördertöpfen sowie die kassenmäßige Bereitstellung der Fördermittel dargestellt.

b) Große Bedeutung für die Finanzierung haben immer noch Erlöse, insbesondere aus dem Verkauf von Grundstücken.

Bei der Sanierungsmaßnahme Altstadtinsel wurden in 2009 4.212,4 T-Euro, für die Wohnumfeldmaßnahmen 159,2 T-Euro und für die Entwicklungsmaßnahme, welche nur noch aus Erlösen finanziert wird, 417,0 T-Euro eingenommen.

3. Tätigkeit 2009

Grundlage der Tätigkeit war auch in 2009 das in Abstimmung mit der Verwaltung auf das Jahr 2007 ff. fortgeschriebene städtebauliche Maßnahmenprogramm, das die Bürgerschaft in ihrer Sitzung vom 17. Januar 2008 bestätigt hat.

Der Maßnahmenplan 2007 ff. für die Maßnahmen Grünhufe, Grünhufe Soziale Stadt und Knieper West wurde von der Bürgerschaft am 26. April 2007 bestätigt.

Die kassenwirksamen Ausgaben in 2009 sowie die Entwicklung und der Stand des Treuhandvermögens zum 31. Dezember 2009 für die von der Gesellschaft betreuten Maßnahmen ergeben sich aus den Finanzdaten (Anlage II).

3.1 Sanierungsgebiet Altstadtinsel

Die wichtigsten Schwerpunkte im Jahr 2009 waren:

- die Sanierung der Hafenstraße 8 als „Energiezentrale“ des OZEANEUMs
- der Beginn der Sanierung des letzten Bauabschnitts des Erdgeschosses und Gewölbekeller im Rathaus
- ein weiteren Bauabschnitt des Frankendamms
- die Erneuerung der Seestraße (Finanzierung mit EFRE-Mittel).

Arbeitsschwerpunkte 2009

a) Gebäudemodernisierung und -instandsetzung

- a1) 2009 wurden für insgesamt 36 private Maßnahmen 1.241,3 T-Euro Fördermittel ausgezahlt. Weitere Maßnahmen wurden für die Folgejahre vorbereitet, wie zum Beispiel die Mönchstraße 52. Bei diesem Gebäude handelt es sich um ein ursprünglich mittelalterliches, unter Denkmalschutz stehendes Giebelhaus. Als das Gebäude von Herrn Muhsal erworben wurde, befand es sich in einem äußerst desolaten Zustand. Es kann nur durch eine umfangreiche Modernisierung erhalten werden. Sie befindet sich zurzeit in Durchführung und wird voraussichtlich im Mai 2011 abgeschlossen sein.

Zurzeit liegen der SES eine Vielzahl von Anträgen privater Maßnahmen vor. Hierzu wurde in Abstimmung mit der Hansestadt, Abt. Planung und Denkmalpflege eine Prioritätenliste erstellt. Je nach Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel werden die Anträge entsprechend dieser Liste bearbeitet.

- a2) Für Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen wurden 2.525,6 T-Euro Fördermittel im Berichtszeitraum eingesetzt, für folgende Maßnahmen:

- Gerhard-Hauptmann-Schule/Türmchen
- Hafestraße 8
- Hafestraße 50/Lotsenhaus
- Katharinenberg 14-20/Werkstatt
- Kindertagesstätte Kleiner Diebsteig
- Kulturkirche St. Jakobi
- Ossenreyerstraße 1
- Rathaus 10.BA (Erdgeschoss und Gewölbekeiler)
- Schillstraße 26 Langhaus/Traufständlerhaus/Heller Gang/Ostflügel
- Stadtmauer mehrere Abschnitte
- St. Marien
- St. Nikolai.

Vorbereitet wurden:

- Badenstraße 17
- Goethegymnasium
- Landständehaus (Finanzierung soll über INTERREG IV A erfolgen)
- Seestraße 8/9 Sicherheitstechnisches Zentrum
- Stadtmauer/Stahlbetondecke.

b) Erschließungsmaßnahmen

Folgende Maßnahmen wurden mit einem Fördermittelanteil von 4.573,1 T-Euro realisiert bzw. begonnen:

- Am Langenkanal
- Frankenhof 1.BA
- Frankendamm zw. Wulflamufer und Otto-Voge-Straße
- Frankendamm zw. Otto-Voge-Straße und Hühnerberg
- Goethegymnasium/Schulhof
- Nördliche Hafensinsel 1.BA

- Mönchstraße/Bielkenhagen 1.BA
- Mühlenstraße 2.BA
- Parkhaus Am Ozeaneum
- Parkhaus Am Hafen
- Seestraße (EFRE-Mittel)
- Tribseer Damm/Geh- und Radweg 1.BA und 2.BA.

Weitere Maßnahmen wurden für eine Realisierung 2010 ff. vorbereitet:

- Alter Markt/nördlicher Nikolaikirchhof
- Frankenwall 1.BA, Baulos 1 und 2
- Hafenstraße
- Kleiner Diebsteig
- Mönchstraße/Bielkenhagen 2.BA, 3.BA, 4.BA
- Spundwand Ippenkaï.

c) Öffentlichkeitsarbeit

Am 3. April 2009 fand im Rathaus ein gemeinsames Pressefrühstück mit dem Oberbürgermeister, Verwaltungsfachleuten und der SES statt. Den Pressevertretern wurden ausführliche Informationen zu investiven Maßnahmen 2009 ff. in der Hansestadt Stralsund vorgestellt.

Die EGS Entwicklungsgesellschaft mbH besuchte am 28. Mai 2009 die Hansestadt Stralsund. Die SES konnte Erfahrungen im Bereich der Stadtsanierung anhand eines Rundgangs durch die Altstadt vermitteln.

Zur Aufwertung des neu gestalteten Frankendamms wurden lebensgroße Plastiken sowie eine Skulpturengruppe als „Kunst im öffentlichen Raum“ aufgestellt. Diese Kunstobjekte wurden am 11. Juni 2009 in Begleitung einer Performance von Stralsunder Tänzerinnen betantz und anschließend enthüllt.

Die Mitarbeiter des Ministeriums für Verkehr, Bau und Landesentwicklung des Landes M-V, Abt. Bau besuchten am 18. Juni 2009 die Altstadt und erhielten durch die SES Einblicke in den Stand der Sanierung sowie Informationen zu künftigen Projekten.

Zum Thema Soziale Stadt „Integration von Jugendlichen in Frankreich und Deutschland“ hielt die SES ein Referat am 18./19. Juni 2009 in Berlin und gab somit Erfahrungen aus der Projektarbeit im Rahmen des Programms „Die Soziale Stadt“ weiter.

Für den Bericht der Landesregierung zur Initiative „Baukultur in M-V“ hat die SES im Juli 2009 diverse Beiträge sowie Fotomaterial dem Ministerium zur Verfügung gestellt.

Für die EXPO 2010 in Shanghai sandte die SES in Zusammenarbeit mit dem Welterbemanagement der Hansestadt Stralsund diverse Ideen zur Landespräsentation Mecklenburg-Vorpommerns an das Innenministerium M-V. Eine konkrete Aussage zur Beteiligung der Hansestadt Stralsund gab es bis Ende 2009 jedoch noch nicht.

Erstmals hat die Organisation of World Heritage Cities (OWHC) einen internationalen Wettbewerb „Jean-Paul L'Allier-Preis der OWHC für Kulturerbe“ ausgeschrieben. An diesem Wettbewerb nahm die Hansestadt Stralsund als aktives Mitglied der OWHC unter Federführung der SES mit dem Beitrag „Welterbe erhalten & Zukunft gestalten“ im April 2009 teil. Die Welterbemanagerin der Hansestadt Stralsund konnte im Oktober 2009 auf dem Weltkongress der OWHC in Quito/Ecuador das Thema „Gestaltungsbeitrag in der Hansestadt Stralsund“ repräsentieren. Zu Präsentationszwecken hat die SES ein Poster konzipiert und hergestellt.

Im April 2009 nahm die SES am Bundeswettbewerb „Stadt bauen. Stadt leben“ mit dem Beitrag „Erfolgsgeschichte Nördliche Hafensinsel“ teil. Der Wettbewerbsbeitrag wurde u. a. mittels eines Posters dargestellt.

Am 24. Juni 2009 wurden in Essen die Preisträger des Wettbewerbs ausgezeichnet. Insgesamt nahmen 430 Projekte aus 221 Städten und Gemeinden aus Deutschland am Wettbewerb teil. Die Hansestadt Stralsund erhielt einen Preis in der Kategorie „Städte besser gestalten – Baukultur“.

Im Welt-Kultur-Erbe-Magazin 02/2009 wurde hierzu detailliert berichtet.

Zum Thema „Stadtentwicklung-Stadtsanierung-Stadtgestaltung“ hielt die SES einen Vortrag am 29. April 2009 im Rotary-Club.

Das Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten 2009-2013, Programm der Hansestadt Stralsund „Welterbe erhalten & Zukunft gestalten“ wurde in den städtischen Gremien sowie dem Welterbebeirat ausführlich vorgestellt. Am 16. Oktober 2009 fand im Rathaus die Auftaktveranstaltung zum Start des Investitionsprogramms in der Hansestadt Stralsund aus Anlass des Baubeginns der „Welterbe-Begegnungsstätte Ossenreierstraße 1“ medienwirksam statt.

Anlässlich einer Festveranstaltung in Schwerin zu „10 Jahre Soziale Stadt – der gemeinsame Weg für starke Stadtteile“ zeigte die SES am 9. September 2009 eine Präsentation ihrer Projekte.

Am 24. Oktober 2009 konnte erstmals im Büro der SES eine chinesische Delegation aus verschiedenen Welterbestätten begrüßt werden. Während eines Rundgangs durch die Altstadt wurden Sanierungsschwerpunkte u. a. das Heilgeistkloster besichtigt und die Sanierungsstrategie, die seit 1990 verfolgt wird, am Beispiel der Nördlichen Hafensinsel erläutert. Fragen zum Denkmalschutz sowie zu Neubauten in der historischen Altstadt wurden beantwortet. Die Gäste zeigten sich begeistert von der Hansestadt.

Im Dezember 2009 veröffentlichte die SES im Telefonbuch „Das ÖRTLICHE 2010/11“ einen Beitrag im informativen Bereich zum Thema „Hansestadt Stralsund Welterbe erhalten & Zukunft gestalten“.

Das Parkhaus „Am OZEANEUM“ erhielt am 15. Dezember 2009 die ADAC-Zertifizierung „Dieses Parkhaus wird vom ADAC empfohlen“.

Zur Besichtigung einer der umfangreichsten Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt lud die SES am 16. Dezember 2009. Im Gewölbekeller des Rathauses wurde Vertretern der Fraktionen der Bürgerschaft sowie der Presse der Stand der Bauarbeiten, insbesondere die Unterfangungen sowie die Freilegungsarbeiten und der weitere Bauablauf erläutert.

Die Hansestadt Stralsund nahm am Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2009 „Kommunen in neuem Licht“ teil. Die SES unterstützte das Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing bei der Erarbeitung des Wettbewerbsantrages „Welterbe erhalten · Mit Licht gestalten“. Der Antrag wurde im Dezember 2009 eingereicht.

Auch im Jahr 2009 wurden zu Einzelvorhaben im öffentlichen Raum (z. B. Parkhaus Am Hafen, Rathaus 10. BA, Erschließungsmaßnahmen Am Querkanal und Mühlenstraße) Bürgerversammlungen durchgeführt; entsprechende Pressemitteilungen herausgegeben bzw. Presseveranstaltungen veranstaltet.

d) Ordnungsmaßnahmen

Abbrüche:

- Hafenstraße 14/15
- Seestraße 8/9
- Tribseer Straße 2

Sicherungsmaßnahmen:

- Frankenstraße 29/Frankenwall 12
- Frankenstraße 30
- Mühlenstraße 24.

e) Bodenordnung/ Grundstücksverkäufe

In 2009 fanden Grundstücksverkäufe an private Erwerber bei 18 Grundstücken aus dem Sondervermögen für insgesamt 3.104,1 T-Euro statt.

Es wurden 485,4 T-Euro für Ausgleichsbeträge für das Sanierungsgebiet eingenommen.

Im Rahmen der Bodenordnung wurden 2 Grundstücke und Straßenflächen für 245,6 T-Euro erworben.

f) Quartiersmanagement

Teile der Frankenvorstadt wurden mit Bewilligung 2007 in das Programm „Die soziale Stadt“ aufgenommen.

Im Berichtszeitraum konnten enge Netzwerke im Stadtteil aufgebaut und erste Projekte vorbereitet werden. Eine räumliche Etablierung der Stadtteilkoordination in der Frankenvorstadt wurde in der Peter-Blome-Str. 19 gefunden. Die Einweihung des Stadtteilbüros in der Frankenvorstadt erfolgte am 16. April 2010.

Der am 14. März 2008 gegründete Beirat für die Stadtteilkoordination ist Aufsichts-, Kontroll- und Beratungsgremium und entscheidet u. a. über die Verfügungsfondsansträge, max. 20 T-Euro pro Jahr.

Das zweite Stadtteilfest der Frankenvorstadt, welches durch die Stadtteilkoordination mit Kooperationspartnern organisiert wurde, fand am 25. September 2009 statt und war ein voller Erfolg. Das Fest wurde von allen Generationen gut angenommen.

Mit dem Förderantrag 2010 wurden drei Modellansträge für die Frankenvorstadt eingereicht.

Für das Modellvorhaben "Kinder und Jugendwerft" und „Jahrgangsübergreifendes Gitarrenspiel – JAGGI“ von der Hansestadt Stralsund sowie „Jugendfirma – sozialer Jugendbetrieb“ vom Kreisdiakonischen Werk Stralsund e.V. liegen noch keine Genehmigungen vor.

In 2009 wurden für die Stralsunder Altstadtinsel 9,96 Mio. Euro eingesetzt.

3.2 Entwicklungsmaßnahme Kleiner Wiesenweg

B-Plan 41

Im 1. Bauabschnitt wurden bis auf ein Einfamilienhausgrundstück alle Grundstücke verkauft.

Im 2. Bauabschnitt stehen insgesamt 99 Grundstücke für die Bebauung mit Einfamilien- und Doppelhäusern zur Verfügung. Von November 2000 bis Mai 2010 wurden hiervon 88 Grundstücke verkauft.

Zur Entwicklung des 3. Bauabschnittes läuft derzeit ein Bebauungsplanänderungsverfahren.

B-Plan 44

Im Frühjahr 2010 wurde der Spielplatz fertig gestellt. Von den 88 Einfamilien- und Doppelhausgrundstücken sind bereits 33 verkauft. Derzeit liegen für 12 Grundstücke Reservierungen vor.

3.3 Wohnumfeldverbesserung Knieper West

Es wurden in 2009 die Abbrüche der ehemaligen Kita „Kinderland“ und der ehemaligen „Pestalozzi-Schule“ durchgeführt. Weiterhin erfolgte der Teilerückbau am Pflegeheim „Käthe Kern“ durch die Wohlfahrtseinrichtung der Hansestadt Stralsund gGmbH. Hier wurden Mittel aus dem Programm – Rückbau sozialer Infrastruktur (RSI) eingesetzt.

Insgesamt wurden bis zum Jahresende 631,2 T-Euro eingesetzt.

3.4 Wohnumfeldverbesserung/Soziale Stadt Grünhufe

a) Programmteil Stadtumbau-Ost „Aufwertung“

Im Jahr 2009 wurden keine Maßnahmen begonnen bzw. umgesetzt. Die Planung der Erschließungsmaßnahmen Parkstraße wurde fertig gestellt. Der Baubeginn ist für den Sommer 2010 vorgesehen.

b) Programmteil „Die Soziale Stadt“

Im Jahr 2009 wurden folgende Maßnahmen realisiert bzw. begonnen:

Erschließung

- Aktion Kunstprojekt mit Schülern der E.- von Haselberg-Schule (Schill-Schule)

Gemeinbedarfseinrichtungen

- Sanierung der Turnhalle der IGS Grünthal aus dem Programm „Energetische Erneuerung“
- Teilsanierung evangelische Auferstehungskirche 1. BA

Sonstiges

- Stadtteilkoordination Grünhufe
- Verfügungsfonds (jährlich 20.000 Euro)
- Modellvorhaben „Aufsuchende Sozialarbeit-Familienhebamme für Eltern und Mütter im Stadtteil Grünhufe“ endete zum 31. Dezember 2009.
Die Familienhebammen und Sozialarbeiter waren projektbezogen im Stadtteil Grünhufe eingesetzt.
- Modellvorhaben „Nachbarschaftszentrum“

Vorbereitet wurden:

- Sanierung der Parkstraße 9 (Stralsunder Tafel/Kindertisch)
- Verfügungsfonds (verschiedene Aktivitäten im Stadtteil)
- Außenanlage Montessori-Kinderhaus
- Außenanlagen der Turnhalle der IGS Grünthal
- Teilsanierung evangelische Auferstehungskirche 2. BA

In 2009 wurden für Grünhufe insgesamt 674,3 T-Euro eingesetzt.

B. Wirtschaftliche Lage

1. Ertragslage

Das im Geschäftsjahr 2009 erzielte Jahresergebnis setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2009 T-Euro	2008 T-Euro	Veränderung T-Euro	Veränderung %
Erlöse aus Betreuungstätigkeit	1.269,8	1.220,5	49,3	4,0
Erlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	236,9	285,3	./.	48,4
Bestandsveränderungen	13,1	0,0	13,1	100,0
Sonstige betriebliche Erträge	6,6	10,1	./.	3,5
Aufwendungen für bezogene Leistungen	./.	654,5	./.	670,1
Personalaufwand	./.	576,0	./.	510,6
Abschreibungen	./.	4,1	./.	15,4
Sonstige betriebliche Aufwen- dungen	./.	204,8	./.	223,0
Betriebssteuern	./.	0,9	./.	0,8
Betriebsergebnis	86,1	96,0	./.	0,1
Finanzergebnis	./.	8,2	./.	2,3
Ertragsteuern	./.	41,5	./.	18,4
Jahresüberschuss	36,4	75,3	./.	23,1
			./.	38,9
			./.	51,7

Die Umsatzerlöse betragen unverändert rd. 1,5 Mio. Euro.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit 86,1 T-Euro (Vorjahr: 96,0 T-Euro) im Wesentlichen durch erhöhte Personalaufwendungen verringert.

Nach Ertragsteuern in Höhe von 41,5 T-Euro und einem geminderten Finanzergebnis von ./.

2. Finanzlage

Aus der Gegenüberstellung der kurzfristigen Forderungen (399,0 T-Euro) und des kurzfristigen Fremdkapitals (427,9 T-Euro) ergibt sich unter Berücksichtigung der flüssigen Mittel (590,8 T-Euro) ein Deckungsüberschuss von 561,9 T-Euro (Vorjahr 725,9 T-Euro).

Im Rahmen des Finanzmanagements wird vorrangig darauf geachtet, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken termingerecht nachzukommen und Skontofristen zu nutzen. Darüber hinaus gilt es, die Zahlungsströme so zu gestalten, dass neben einer Dividende an die Gesellschafter ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, ohne die Eigenkapitalquote zu beeinträchtigen. Die Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich in der Euro-Währung, so dass sich Währungsrisiken in größerem Rahmen nicht ergeben. Die Fälligkeit der Verbindlichkeiten ergibt sich aus dem Verbindlichkeitspiegel des Anhangs. Swaps, Caps oder ähnliche Finanzinstrumente wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Fremdkapitalzinsen belaufen sich wie im Vorjahr unverändert auf 4,68 %.

Über die in Anspruch genommenen Kredite hinaus verfügt das Unternehmen über verbindliche Kreditlinien in Höhe von 51 T-Euro.

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen.

Die Zahlungsfähigkeit war im gesamten Berichtsjahr gegeben und wird auch zukünftig gegeben sein.

3. Vermögenslage

Die finanziellen Transaktionen wirkten sich wie folgt auf die Vermögens- und Kapitalstruktur des Unternehmens aus:

	31.12.09		31.12.08		Veränderung	
	T-Euro	%	T-Euro	%	T-Euro	%
Vermögen						
Sachanlagen	89,9	8,2	90,3	7,8	./. 0,4	./. 0,4
Sonstige Vermögensgegenstände	11,6	1,1	10,3	0,9	1,3	12,6
Langfristig gebundenes Vermögen	101,5	9,3	100,6	8,7	0,9	0,9
Vorräte	13,1	1,2	0,0	0,0	13,1	100,0
Forderungen gegen Gesellschafter	385,8	35,3	369,5	32,0	16,3	4,4
Sonstige Vermögensgegenstände	0,0	0,0	40,7	3,5	./. 40,7	./. 100,0
Flüssige Mittel	590,8	54,1	643,8	55,8	./. 53,0	./. 8,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,1	0,0	0,0	0,2	100,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	989,9	90,7	1.054,0	91,3	./. 64,1	./. 6,1
Vermögen insgesamt	1.091,4	100,0	1.154,6	100,0	./. 63,2	./. 5,5

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

1. Problem „Komplementärmittel“

Die Mittel aus den verschiedenen Städtebauförderungsprogrammen müssen zu 30 % von der Hansestadt komplementiert werden. Ausnahme bildet hier das Denkmalschutzprogramm, welches nur in der engeren Altstadt eingesetzt werden darf und lediglich mit 20 % städtischen Haushaltsmitteln komplementiert werden muss. Die Mittel der „Welterbe – Sonderförderung“ aus dem Konjunkturprogramm müssen nur mit 10 % komplementiert werden.

Seit Ende 2006 ist es zulässig, Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet als Komplementärmittel einzusetzen. Ein großer Teil der Bewilligungen wurde seitdem bereits auf diese Weise komplementiert.

Die SES geht davon aus, dass auch für die Bewilligung 2010 ff. sowie für zusätzlich beantragte Fördermittel aus den Konjunkturpaketen die notwendigen Eigenmittel aufgebracht werden können. Dies wird die Hansestadt durch entsprechende Prioritäten in der Haushaltsplanung sicherstellen, ein weiterer Aspekt hierbei ist die außerordentlich positiv verlaufende Grundstücksnachfrage in der Altstadt.

2. Zukunft des Unternehmens

Die aktuell vom Bundesbauministerium ins Auge gefasste Halbierung des Bundesanteils an der Städtebauförderung stellt die Zukunft dieses Fördersystems in Frage. Dies wird auch das Unternehmen treffen. Für 2010/11 kann aus derzeitiger Sicht die Situation allerdings noch als stabil angesehen werden.

Die SES ist mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt im Gespräch über denkbare andere Tätigkeitsfelder für die SES zur Vermeidung von größerem Stellenabbau.

Konkrete Schritte sind hier aber noch nicht eingeleitet.

3. Problem „Zwischenabrechnung“

Ein schwer einzuschätzendes Risiko für die Gesellschaft besteht darin, dass sich bei der nach dem Landeshaushaltsrecht und den Städtebauförderungsrichtlinien vorgesehenen Prüfung der Verwendungsnachweise durch das Landesförderinstitut ein Prüfungsrückstau aufgebaut hat.

Inzwischen wurde eine erste Zwischenabrechnung der Entwicklungsmaßnahme „Kleiner Wiesenweg“ für den Zeitraum 1994–2007 testiert.

Mit der Prüfung der Zwischenabrechnungen für Grünhufe und Knieper West wurde inzwischen begonnen.

D. Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den ausgewiesenen Bilanzgewinn von 48.584,42 Euro wie folgt zu verwenden:

1.	Ausschüttung einer Bardividende von	37.800,00 Euro	-
2.	Vortrag auf neue Rechnung	10.784,42 Euro	

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

An dieser Stelle muss noch einmal auf die aktuell vom Bundesbauministerium ins Auge gefasste drastische Kürzung des Bundesanteils an der Städtebauförderung hingewiesen werden, die spätestens ab 2012 ernst zu nehmende Konsequenzen für das Unternehmen bedeutet.

Stralsund, den 27. Mai 2010


.....
Peter Fole
Geschäftsführung


.....
Klaus-Dieter Steuer

Jahresabschluss

2009

Theater Vorpommern GmbH

Theater Vorpommern GmbH

BILANZ zum 31.12.2009

AKTIVA	31.12.2009		31.12.2008
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	2.816,00		5.498,00
<i>II. Sachanlagen</i>			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>911.602,42</u>	914.418,42	927.423,42
B. Umlaufvermögen			
<i>I. Vorräte</i>			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		37.212,79	35.206,75
<i>II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände</i>			
1. Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	5.587,41		45.424,30
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>17.549,64</u>	23.137,05	22.281,28
<i>III. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>		594.831,80	1.059.968,49
C. Rechnungsabgrenzungsposten		13.642,50	1.444,00
Aktiva		1.583.242,56	2.097.246,24

Theater Vorpommern GmbH

BILANZ zum 31.12.2009

PASSIVA

	31.12.2009		31.12.2008
	€	€	€
A. Eigenkapital			
<i>I. Gezeichnetes Kapital</i>		109.200,00	109.200,00
<i>II. Kapitalrücklage</i>		1.331.609,02	1.331.609,02
<i>III. Verlustvortrag</i>		-927.310,39	-988.653,69
<i>IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss</i>		-228.364,90	61.343,30
		<u>285.133,73</u>	<u>513.498,63</u>
B. Rückstellungen			
<i>1. Sonstige Rückstellungen</i>		461.600,00	761.753,56
C. Verbindlichkeiten			
<i>1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</i>	211.462,95		208.656,30
<i>2. Sonstige Verbindlichkeiten</i>	<u>302.962,25</u>	514.425,20	318.045,49
davon: aus Steuern	€ 171.917,65		
31.12.2008	€ 157.654,26		
im Rahmen der sozialen Sicherheit	€ 59.675,63		
31.12.2008	€ 55.658,95		
D. Rechnungsabgrenzungsposten		322.083,63	295.292,26
Passiva		<u>1.583.242,56</u>	<u>2.097.246,24</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr 2009

	<u>01.01. - 31.12.2009</u>		<u>01.01.-31.12.2008</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse		1.898.385,37	1.907.941,89
2. Öffentliche Zuschüsse		13.730.462,76	13.763.799,54
3. Sonstige betriebliche Erträge		351.196,40	426.171,81
4. Materialaufwendungen		706.099,23	784.016,87
5. Personalaufwendungen			
a) Löhne und Gehälter	10.422.714,73		10.117.161,77
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>2.450.783,32</u>	12.873.498,05	2.345.279,67
davon für Altersversorgung	€ 439.438,72		
Vorjahr:	€ 414.901,18		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		172.178,65	142.351,30
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.469.285,92	2.702.232,54
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>15.294,14</u>	<u>57.318,11</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-225.723,18	64.189,22
10. Sonstige Steuern		<u>2.641,72</u>	<u>2.845,92</u>
11. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u><u>-228.364,90</u></u>	<u><u>61.343,30</u></u>

Anhang
der Theater Vorpommern GmbH, Stralsund/Greifswald für den Zeitraum
01. Januar 2009 – 31. Dezember 2009

1. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften erstellt worden.

2. Angaben und Erläuterungen zu Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

2.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgt zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Bei den Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert.

Die Abschreibungen erfolgten auf im Berichtsjahr erworbene Vermögensgegenstände nach der linearen Methode.

Sonderabschreibungen gem. § 4 Fördergebietsgesetz wurden nicht in Anspruch genommen. Für Zugänge geringwertiger Wirtschaftsgüter wurde nach neuer Rechtsprechung ab dem 01.01.2008 § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet und die Nutzungsdauer auf fünf Jahre verteilt. Sofortabschreibungen wurden nicht getätigt. Die Vorräte sind zu ihren Anschaffungskosten bewertet. Davon abweichend sind im Bereich der Schneiderei ältere Stoffe entsprechend dem Niederstwertprinzip bis zu maximal 50 % abgewertet worden. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögensgegenstände und die liquiden Mittel sind mit dem Nennbetrag bewertet. Die Rückstellungen sind in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme entsprechend dotiert. Die Bilanzierung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Rückzahlungsbetrag.

2.2. Angaben zu Positionen der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt. Aus diesem Anlagespiegel sind die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres 2009 zu ersehen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 461,6 T€ enthalten

Rückstellungen für

- Urlaubsanspruch	40,0	T€
- Risiken Haustarifverträge	382,0	T€
- Altersteilzeit	3,6	T€
- Jahresabschluss	20,0	T€
- Prozesskosten	5,0	T€
- übrige Personalaufwendungen	11,0	T€

Verbindlichkeiten

Die zum Stichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben ausschließlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Sicherheiten wurden nicht gestellt.

2.3. Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt (§ 275 Abs. 2 HGB).

3. Ergänzende Angaben

Die Gesellschaft ist Mitglied der kommunalen Zusatzversorgungskasse Mecklenburg-Vorpommern (ZMV). Die ZMV gewährt Versorgungs- und Versicherungsrenten für Versicherte sowie Witwen- und Waisenrenten.

Die Summe der umlagefähigen Löhne und Gehälter belief sich 2009 auf € 3.684.016,26. Der Umlagesatz 2009 betrug 1,3% der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter.
Sterbegeld: 17762,44 €
Abfindungen: ATZ 4.146,48 €

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossenen Verträgen mit Gastkünstlern bestehen bis zum Ende der Spielzeit 2009/2010 in Höhe von € 188.800, bis 2013 ca. 89.000 € Miet- und Leasingverträge.

Außerbilanzielle Geschäfte (§ 285 Nr. 3 HGB) mit Bedeutung für die Finanzlage bestanden im Geschäftsjahr 2009 nicht.

Geschäfte zu marktüblichen Bedingungen mit nahestehenden Personen im Sinne von § 285 Nr. 21 HGB bestanden im Geschäftsjahr 2009 nicht.

Der Aufwand des Geschäftsjahres 2009 ist mit Gesamtkosten der DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft für die Jahresabschlussprüfung in Höhe von 20,0 T€ belastet.

Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beläuft sich auf:

Geschäftsführer	2,00	
Künstlerisches Personal	159,00	NV Solo/Chor/Tanz/TVK
Techn.-künstl. Personal	21,75	BTT
Technisches Personal	20,00	TVöD (ehem. BAT, BMTG)
Verwaltung	17,00	TVöD (ehem. BAT, BMTG)
Lohnempfänger	<u>67,375</u>	TVöD (ehem. BAT, BMTG)
	<u>287,125</u>	

Auszubildende

5

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführung, Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer:

Herr Prof. Anton Nekovar, Regisseur
Herr Dr. Hans Peter Ickrath, Dipl.Volkswirt

Bestellt bis
31.07.2012
31.07.2012

Die Eintragungen im Handelsregister sind erfolgt.
Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht (siehe Beck'scher Bilanz-Kommentar, 6. Auflage, Verlag C.H. Beck, § 286 Rz. 17 Abs. 2, 1. Satz).

Vertretung:

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam vertreten.

Prokura war im Jahr 2009 erteilt an Frau Martina Ehlert und Frau Martina Wienhold.
Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 15 Gesellschaftsvertrag aus elf stimmberechtigten Mitgliedern, die paritätisch aus beiden Hansestädten sowie einem Vertreter des Landkreises Rügen entsandt werden. Ferner gehört dem Aufsichtsrat ein stimmrechtsloses Belegschaftsmitglied an.

Der Aufsichtsrat setzte sich in der Zeit vom 01. Januar 2009 bis 07. Mai 2010 wie folgt zusammen:

Herr Dr. Rainer Steffens – Vorsitzender	Rechtsanwalt
Herr Hans-Walter Westphal - stellv. Vorsitzender	Rechtsanwalt
Herr Prof. Wolfgang Joecks	Universitätsprofessor
Herr Eckehard Nitschke	Dipl. Kaufmann (bestellt zum 20.10.09)
Herr Peter Multhauf	Lehrer a. D.
Herr Wolfgang Meyer	Fraktionsgeschäftsführer / Wahlkreismitarbeiter (bestellt zum 20.10.09)
Herr Maik Hofmann	Fachpfleger für Psychiatrie und forensische Psychologie (bestellt zum 20.10.09)
Herr Dr. Thomas Meyer	Physiker (bestellt zum 20.10.09)
Herr Gerhard Reese	Rentner
Herr Ulrich Lichtblau	Rechtsanwalt
Herr Peter Friesenhahn	Rechtsanwalt (bestellt zum 20.10.09)
Herr Andreas Otto (ohne Stimmrecht)	Musiker
Herr Peter Hülse	Lehrer (ausgeschieden zum 05.10.09)
Herr Andreas Mayer	Chefcontroller (ausgeschieden zum 05.10.09)
Herr Robert Schmidt	Rechtsanwalt (ausgeschieden zum 10.09.09)
Herr Siegfried Schefter	Versicherungskaufmann (ausgeschieden zum 05.10.09)
Herr Hans-Jörg Schüler	Rechtsanwalt (ausgeschieden zum 05.10.09)

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten 2009 Sitzungsgelder in Höhe von 4,9 T€.

Der Aufsichtsrat ist entsprechend dem Gesellschaftsvertrag besetzt und tagte neunmal im Berichtsjahr gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Es fanden vier Gesellschafterversammlungen im Jahr 2009 statt.

Greifswald/Stralsund, den 07. Mai 2010



Dr. Hans Peter Ickrath



Prof. Anton Nekovar

Theater Vorpommern GmbH

L a g e b e r i c h t für das Geschäftsjahr
01. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

Die wirtschaftliche Lage der Theater Vorpommern GmbH wurde zunehmend erschwert durch sehr hohe aktuelle Tarifabschlüsse einschließlich sehr hoher Ost-West Angleichungen (letzteres von bis zu 7,5 % noch im Jahr 2009) in den einzelnen Tarifgebieten bei nach wie vor (gedeckelten) Zuschüssen.

Dem Publikum der Theatergesellschaft konnte dennoch im Jahr 2009 künstlerisch hochwertige und attraktive Programme mit der gewohnten Ausstattungsvielfalt geboten werden. Insgesamt besuchten 177.075 Besucher Veranstaltungen an den Standorten Stralsund, Greifswald, Putbus sowie auch an den auswärtigen Gastspielorten.

Auch die Veranstaltungsanzahl von 951 großen und kleinen Aufführungen ist erfreulich hoch.

Darstellung der Lage
Kapitalflussrechnung im Geschäftsjahr

01.01. bis
31.12.2009
Tsd. €

Laufende Geschäftstätigkeit

Jahresdefizit	-228,4
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	172,2
Übrige zahlungsunwirksame Bestandteile des Jahresergebnisses	0,0
	<u>-56,2</u>

Cash-flow nach DVFA/SG

Gewinn aus dem Abgang von Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-0,5
Veränderungen der Rückstellungen	-300,2
des übrigen Umlaufvermögens einschließlich Rechnungsabgrenzung	30,3
der übrigen Verbindlichkeiten einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	14,6
	<u>-312,0</u>

Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit

Investitionstätigkeit

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-153,7
Einnahmen aus Abgang von Sachanlagen	0,5
	<u>-153,2</u>

Cash-flow aus Investitionstätigkeit

Veränderung des Finanzmittelbestandes

-465,1

Entwicklung des Finanzmittelbestandes

Stand 1. Januar	1.060,0
Veränderung	<u>-465,2</u>
Stand 31. Dezember	<u>594,8</u>

Der Jahresüberschuss 2008 betrug 61.343,90 €, welcher auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Lage der Gesellschaft blieb im Jahre 2009 stets stabil. Eine Personalrückstellung in Höhe von 382 T€ wurde zum 31.12.2010 beibehalten.

Ertragslage im Geschäftsjahr 2009

	<u>2009</u> Tsd. €
Umsatzerlöse	1.898,4
Öffentliche Zuschüsse	13.730,5
Übrige Erträge	<u>351,2</u>
	15.980,1
Materialaufwendungen	706,1
Personalaufwendungen	12.873,5
Abschreibungen	172,2
Übrige Aufwendungen	<u>2.472,0</u>
	16.223,8
<u>Betriebsergebnis</u>	-243,7
<u>Finanzergebnis</u>	15,3
<u>Jahresergebnis</u>	= -228,4

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2009 beträgt T€ 1.583,2 und die Eigenkapitalquote 18,0%.

Im Geschäftsjahr 01. Januar bis 31. Dezember 2009 beliefen sich die Erträge auf 15.980,1 T€ (davon Zuschüsse der Hansestädte 6.238,0 T€, und Land 7.262,5 T€, Landkreis Rügen 230,0 T€) und Aufwendungen auf 16.223,8 T€ (davon Personal 12.873,5 andere Aufwendungen 3.350,3 T€). Einschließlich Hausvermietungen sind 951 Veranstaltungen erfolgt. 289 feste Personalstellen weist der Stellenplan aus.

Die nach dem Verlust in der Spielzeit 1998/1999 begonnene erfolgreiche Konsolidierung muss ab dem Jahr 2010 verstärkt werden und führt unter anderem zu einem erheblichen Betriebsumbau:

- a) Verringerung sogar Streichung von größeren mehr risikostärkeren Veranstaltungen, wie etwa die beabsichtigte Verkleinerung der Ostseefestspiele in den Jahren 2010 und 2011,
- b) eine Fortsetzung der Haustarifverträge allerdings unter ökonomisch weitergehenden Bedingungen (zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschluss sind mit allen vier Gewerkschaften der Abschluss von Haustarifverträgen mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2011 zu Stande gekommen),
- c) weitere sorgfältige Beobachtung der Personalstrukturen (vgl. dazu Aussagen im Ausblick nachfolgend; im Vergleich dazu Mitarbeiteranzahl: 1989 530, im Jahr 1994 417 und im Jahr 2000 325, im Jahr 2007 294 und im Jahr 2008 289),
- d) weitgehender Verzicht auf Investitionen im Jahr 2010 und 2011 sowie Aufgaben von Theaterimmobilien und damit Einsparungen von Betriebskosten.

Ausblick

Auch noch zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses April 2010 besteht seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern noch immer keine Aussage über den Fortgang der mittelfristigen

Finanzierung nach dem Jahr 2009 für die Theater im Land. Erst zum Juli des Jahres 2010 wird mit einer Bekanntgabe durch die Landesregierung gerechnet.

Mit Kenntnisstand März/April 2010 wurde der im Dezember 2009 von den Gesellschafter-Kommunen bestätigte Wirtschaftsplan unter Beachtung eines weitreichenden Konsolidierungskonzeption überarbeitet.

Insgesamt betragen die Konsolidierungspläne im Vergleich zu anderen Theatern, die keinen besonderen Einsparungen unterworfen sind, für das Jahr 2010 1.405 T€ (Einsparungen Haustarifvertrags in Höhe von 955 T€ sowie Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 450 T€) und für das Jahr 2011 1.571 T€ (875 T€ Haustarifvertragsvolumen, sowie knapp 700 T€ weitere Konsolidierungsmaßnahmen).

Dieses große Konsolidierungsmaßnahmepaket wurde nötig aus zwei Gründen:

1. Zwar liegt zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Jahresabschluss noch immer kein gültiger FAG-Erlass für das Jahr 2010 vor, sondern lediglich ein den Kommunen zur Stellung abgegebener Entwurf. Die darin für die Theater Vorpommern GmbH aufgeführte Erhöhung der FAG-Mittel liegen weit unter den Erwartungen der Theater GmbH Geschäftsführung unter ihrer weiteren Organen.
2. Ferner sind auf Grund der jüngsten drastischen Tarifsteigerung in allen Tarifbereichen einschließlich Ost-West Anpassungen für den Zeitraum 2008-2011 mit Erhöhungen bis zu ca. 20 % wirtschaftliche Gegenmaßnahmen notwendig geworden. Die neben den Haustarifverträgen vorgenommenen Konsolidierungsmaßnahmen betreffen nahezu das gesamte Spektrum der Theaters in künstlerischen und nicht künstlerischen Bereich.

Als wichtige Maßnahmen sind hier unter anderem zu nennen:

1. Unter Beachtung der in den einzelnen Haustarifverträgen zugesicherten Mindeststellenangaben werden als Konsolidierungsmaßnahmen bzw. als weitere Personalkostenreduzierungen im Jahr 2010 ca. 108 T€ und im Jahr 2011 215 T€ eingeplant. Dies betrifft Stelleneinsparungen durch Weggänge, langfristige Krankphasen oder Elternzeitvertretungen, die nicht besetzt werden.
2. Reduzierung von Gästen und sonstigen Aushilfen. Durch eine Spielplanumgestaltung werden insbesondere Theaterstücke ausgewählt, die möglichst mit dem vorhandenen Personal auskommen können.
3. Eine weitere Konsolidierungsmaßnahme stellt eine beabsichtigte Eintrittspreiserhöhung von ca. 7 % in einzelnen Bereichen.
4. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wurde seitens der Geschäftsführung gebeten, das Risikovolumen bzw. das wahrscheinliche Defizit aus der Betreuung des Kaisersaals als Teil der Stadthalle zu übernehmen. Das Risiko aus der Betreuung hat sich für das Theater dadurch erhöht, dass nicht mehr damit zu rechnen ist, dass die Besucher der Stadthalle, die die zahlreichen nicht theatereigenen Veranstaltungen frequentieren werden, bei der Anrechnung des FAG-Leistungskriteriums Besucheranzahl berücksichtigt werden.

Greifswald/Stralsund, den 07. Mai 2010



Dr. Hans Peter Ickrath
Verwaltungsdirektor und Geschäftsführer



Prof. Anton Nekovar
Intendant und Geschäftsführer

Jahresabschluss

2009

Ostseeflughafen Stralsund-Barth

GmbH

**Beschluss
des Hauptausschusses der Bürgerschaft**

**Titel: Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH - Jahresabschluss 2009
GH 0135/2010**

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, weisungsbefugt gegenüber dem städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH beschließt wie folgt:

Nachstehende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vom 7. Juli 2010 - Reg.-Nr. BV/GV 02/10 werden bestätigt:

1.
Der geprüfte und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hanseatische Prüfungs- und Beratungsgesellschaft mbH mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2009 mit einem Jahresüberschuss nach Verlustübernahmen in Höhe von 16.968,53 Euro und einer Bilanzsumme in Höhe von 2.239.055,47 Euro wird festgestellt.
2.
Die mit dem Wirtschaftsplan 2009 vereinbarten und im Laufe des Geschäftsjahres gezahlten Vorschüsse der Gesellschafter Hansestadt Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und der Stadt Barth werden in Höhe von insgesamt 287.000 Euro als Erträge aus der Verlustübernahme ausgewiesen.
3.
Ohne Berücksichtigung der von den Gesellschaftern geleisteten Vorschüsse erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 270.031,47 Euro.
4.
Nicht für die Deckung des Jahresfehlbetrages benötigte Vorschüsse in Höhe von 16.968,53 Euro werden als Eigenanteil für die Sicherstellung der Finanzierung der Investition III. Ausbaustufe "Abfertigungsgebäude mit integriertem Tower" in die zweckgebundene Rücklage eingestellt.
4.
Die Gesellschafterversammlung beschließt, dem Geschäftsführer, Herrn Paul Wojtasik, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

5.

Der bevollmächtigte Vertreter in der Gesellschafterversammlung wird beauftragt, die Gesellschaft über die Ausräumung des Vorbehalts gemäß Ziffer 5 der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung zu informieren.

Beschluss-Nr.: GH 2010-V-09-0093

Datum: 28.09.2010



Dr. Badrow



OSTSEEFLUGHAFEN STRALSUND - BARTH GMBH
BILANZ ZUM 31. 12. 2009

AKTIVA	31.12.2009		31.12.2008		PASSIVA	31.12.2009		31.12.2008	
	€	€	€	€		€	€	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN					A. EIGENKAPITAL				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Stammkapital	30.060,00			30.060,00
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		184,50		3,00	II. Kapitalrücklagen	1.055.528,92			1.055.528,92
II. Sachanlagen					III. Gewinnrücklagen	371.360,55			339.328,04
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.749.690,61			1.830.978,71	IV. Jahresüberschuss	16.968,53			32.032,51
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.572,00			18.721,50	Eigenkapital - Gesamt	1.473.918,00			1.456.949,47
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	168.773,83	1.934.036,44		122.252,59	B. SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL				
				1.971.952,80	Sonderposten für Investitionszuschüsse	680.182,00			855.962,19
Anlagevermögen - Gesamt		1.934.220,94		1.971.955,80	C. RÜCKSTELLUNGEN				
					sonstige Rückstellungen	54.171,00			50.450,00
B. UMLAUFVERMÖGEN					D. VERBINDLICHKEITEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26.659,15			22.985,80
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.596,16			3.236,34	davon mit einer RLZ bis zu 1 Jahr € 26.659,15 (Vorjahr € 22.985,80)				
2. sonstige Vermögensgegenstände	1.951,19	8.547,35		5.016,60	2. sonstige Verbindlichkeiten	4.125,32			3.375,34
				8.252,94	davon mit einer RLZ bis zu 1 Jahr € 4.125,32 (Vorjahr € 3.375,34) davon aus Steuern: € 3.319,31 (Vorjahr € 2.379,33) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 619,24 (Vorjahr € 599,40)				
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten					Verbindlichkeiten - Gesamt	30.784,47			26.361,14
1. Kassenbestand	1.017,03			284,14					
2. Guthaben bei Kreditinstituten	285.046,53	286.063,56		398.186,40					
				398.470,54					
Umlaufvermögen - Gesamt		294.610,91		406.723,48					
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		10.223,62		11.043,52					
AKTIVA - Gesamt		2.239.055,47		2.389.722,80	PASSIVA - Gesamt	2.239.055,47			2.389.722,80

OSTSEEFLUGHAFEN STRALSUND-BARTH GMBH
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
	<u>€</u>	<u>€</u>
1. Umsatzerlöse	57.095,09	58.780,79
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>233.816,87</u>	<u>233.810,84</u>
davon aus Auflösung von Sonderposten € 176.457,09 (Vj.: € 191.363,87)		
Gesamtleistung	<u>290.911,96</u>	<u>292.591,63</u>
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	197.295,02	198.067,33
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	37.337,76	35.988,53
	<u>234.632,78</u>	<u>234.055,86</u>
davon für Altersversorgung € 3.752,-- (Vj.: € 3.935,51)		
4. Abschreibungen	<u>197.996,73</u>	<u>212.205,64</u>
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>130.811,88</u>	<u>118.652,50</u>
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.585,25	13.515,71
7. Finanzergebnis	<u>3.585,25</u>	<u>13.515,71</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-268.944,18</u>	<u>-258.806,66</u>

	<u>2009</u>	<u>2008</u>
	<u>€</u>	<u>€</u>
9. Sonstige Steuern	<u>1.087,29</u>	<u>1.160,83</u>
10. Erträge aus Verlustübernahme	<u>287.000,00</u>	<u>292.000,00</u>
11. Jahresüberschuss	<u><u>16.968,53</u></u>	<u><u>32.032,51</u></u>

**Lagebericht der Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH, Barth,
für das Geschäftsjahr vom 1.1. - 31.12.2009**

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die Gesellschaft arbeitet ständig daran, die Standardbedingungen eines leistungsfähigen Flughafens für die Region Stralsund/Nordvorpommern zu schaffen. Dazu wurden bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen, indem in der I. und II. Ausbaustufe die luftseitige Infrastruktur durchgehend modernisiert wurde.

Mit der Übergabe des Zuwendungsbescheides am 25 November 2009 erhielt der Landkreis Nordvorpommern als Zuwendungsempfänger eine rechtsverbindliche Zusage zur Finanzierung des Vorhabens III. Ausbaustufe Ostseeflughafen Stralsund-Barth (Abfertigungsgebäude mit Tower und Flughafentechnik) in Höhe von 2.674.200,00 €. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen gegeben, um den Flughafen in Barth weiter zu modernisieren. Die Region Stralsund/Nordvorpommern verfügt somit zum Ende des Planjahres 2011 über einen attraktiveren und leistungsfähigeren Flughafen.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft stagnierte im Geschäftsjahr 2009.

Die Gesellschaft erhält auch künftig die Zuschüsse der Gesellschafter im Rahmen des Wirtschaftsplanes. Um die Einnahmen zu erhöhen, bemühen sich Gesellschafter und Geschäftsführer um die Ansiedlung von Gewerbe.

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 17,0.

Das Eigenkapital setzt sich zu den nachfolgenden Stichtagen wie folgt zusammen:

	31.12.2009	31.12.2008
		<u>T€</u>
<u>T€</u>		
Stammkapital	30	30
Kapitalrücklage	1.153	1.056
Gewinnrücklage	274	339
Jahresüberschuss	17	32
	<u>1.474</u>	<u>1.457</u>

Die sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Stand 1. Januar 2009	T€	50,5
Zuführung	T€	54,2
Verbrauch/Auflösung	T€	50,5
Stand 31. Dezember 2009	<u>T€</u>	<u>54,2</u>

Die Gesellschaft ist nachhaltig aus eigenen Mitteln nicht in der Lage, ohne jährlich regelmäßig erfolgenden Verlustausgleich durch die Gesellschafter, aus eigener Wirtschaftskraft zu existieren.

Auf der Grundlage der Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn wurden bis zum 31.12.2009 im Rahmen der III. Ausbaustufe Investitionen in Höhe von T€ 160 getätigt, insbesondere für Planungsleistungen und den Ausbau des Nebengebäudes.

Bedingt durch die Gewährleistung der Zuschüsse in Höhe von T€ 287 war die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

B. Darstellung der Lage sowie voraussichtliche Entwicklung

Mit der Umsetzung der III. Ausbaustufe und damit der Vollendung der Gesamt-rekonstruktion des Flughafens werden Bedingungen geschaffen, um der weiteren Entwicklung die erforderliche Dynamik zu geben. Auch nach Abschluss der geplanten Baumaßnahme kann nicht mit der Erwirtschaftung von Überschüssen aus der Betriebstätigkeit gerechnet werden. Durch die Ansiedlung von Gewerbe und die daraus resultierenden Einnahmen könnte sich der Zuschussbedarf verringern.

Die Baumaßnahmen der III. Ausbaustufe haben

1. Abbruch und Neubau Flughafengebäude mit Tower
2. Ausbau der Flughafentechnik
3. Außenanlagen

zum Inhalt.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund hatte am 14. Dezember 2006 den Austritt als Gesellschafter mit einer Beteiligung in Höhe von 37,50 % beschlossen. Daraufhin hatte die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund den Oberbürgermeister beauftragt, entsprechende Schritte hierzu vorzubereiten. Dieser Beschluss wurde auch im Geschäftsjahr 2009 aufrechterhalten.

C. Risikobericht

Existenzbedrohende Risiken sind zur Zeit für den Fall erkennbar, dass weitere Verzögerungen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen eintreten und die verlustdeckende Kapitalzuführung durch die Gesellschafter unterbrochen wird, da die Flughafengesellschaft auch unter normalen und standardgerechten Voraussetzungen nicht in der Lage sein wird, verlustfrei zu wirtschaften.

Mit der im Berichtsjahr erfolgten Inangriffnahme der III. Ausbaustufe des Flughafens sind auch die Risiken geringer geworden, obwohl sie ihrem Inhalt nach fortbestehen und damit nach wie vor als bestandgefährdend einzustufen sind.

Technischen Risiken im Rahmen des Flugbetriebs wird mit einem ausgearbeiteten und erprobten Alarmplan, der der Flugbetriebsordnung entspricht, begegnet. Der Alarmplan liegt zur Einsichtnahme aus.

D. Prognosebericht

Für die operative Geschäftstätigkeit des Folgejahres bestehen neben den Investitionsmaßnahmen die Bedingungen der Vorjahres weitgehend fort, da die Effekte aus der Fertigstellung der III. Ausbaustufe erst im Laufe der Geschäftsjahre 2011 und 2012 zur Wirkung kommen.

Für das Folgejahr 2010 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da von den Gesellschaftern planmäßig – entsprechend dem Wirtschaftsplan – Zuschüsse bereitgestellt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nicht zu verzeichnen.

Barth, im Mai 2010

Ostseeflughafen Stralsund – Barth GmbH
Wojtasik
Geschäftsführer

ANHANG für das Geschäftsjahr 2009

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 ist nach den Vorschriften des HGB und den ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine „kleine Kapitalgesellschaft“ im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Die Bewertung des Vermögens und der Schulden entspricht den allgemeinen Bestimmungen der §§ 252-256 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften nach §§ 279-283 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde – wie auch im Vorjahr- nach den Gesamtkostenverfahren erstellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Veränderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr wurden nicht vorgenommen.

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten – vermindert um planmäßig lineare Abschreibungen – aktiviert. Bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wurden entsprechend den ab 01. Januar 2008 gültigen Rechtsvorschriften behandelt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen Vermögensgegenstände und die flüssigen Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird entsprechend der anteiligen Abschreibungen der bezuschussten Gegenstände des Anlagevermögens aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag passiviert.

III. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Bilanz

Die Aufgliederung des Anlagevermögens und die Entwicklung im Geschäftsjahr 2009 sind im beigefügten Anlagennachweis dargestellt.

Stammkapital

Das Stammkapital und die Gesellschafter setzen sich wie folgt zusammen:

	€	%
Hansestadt Stralsund	11.280,00	37,50
Landkreis Nordvorpommern	11.280,00	37,50
Stadt Barth	7.500,00	25,00
	<u>30.060,00</u>	<u>100,00</u>

Rückstellungen**Entwicklung der Rückstellungen für die Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH**

Gegenstand	Stand am 01.01.2009 in Euro	Verbrauch in Euro	Auflösung in Euro	Zuführung in Euro	Stand am 31.12.2009 in Euro
sonstige Rückstellungen					
ausstehende Rechnungen	4.150,00	1.721,64	2.500,00	10.271,64	10.200,00
Aufwendungen Herrichtung Nebengebäude	32.200,00	15.290,25	16.909,75	0,00	0,00
Vermarktungsstudie	0,00	0,00	0,00	25.000,00	25.000,00
Überstunden	0,00	0,00	0,00	1.871,00	1.871,00
Landeplatzhaftpflichtversicherung	0,00	0,00	0,00	5.800,00	5.800,00
Prüfungskosten	7.300,00	7.190,00	110,00	4.500,00	4.500,00
Abschlusskosten	6.800,00	6.800,00	0,00	6.800,00	6.800,00
Summe sonstige Rückstellungen	50.450,00	31.001,89	19.519,75	54.242,64	54.171,00

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit Ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Es ergibt sich nachstehender Verbindlichkeitspiegel:

	Stand 31.12.2009 (T€)	Bis zu 1 Jahr (T€)	Über 5 Jahre (T€)
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	26,7 (23,0)	26,7 (23,0)	0 (0)
2. Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	4,1 (3,4)	4,1 (3,4)	0 (0)

b) Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von T€ 233,8 setzen sich u. a. aus Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von T€ 175,8, aus Zuschüssen für die Flugleitung von T€ 28,6, Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 19,5, Sachbezügen von T€ 5,1 sowie Miete und Nebenkosten Wetterstation in Höhe von T€ 4,7 zusammen.

Personalaufwendungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 234,6 verursacht; davon Löhne und Gehälter von T€ 197,3 und soziale Abgaben von T€ 37,3.

Durch die Gesellschafter wurden – wie auch im Vorjahr – Erträge aus der Verlustübernahme planmäßig gezahlt. Für das Geschäftsjahr 2009 wurden T€ 287,0 vereinnahmt. Insgesamt schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem Jahresüberschuss von T€ 17,0 ab.

IV. Ergänzende Angaben

a) Organe der Gesellschaft

Die Gesellschafterversammlung wurde im Berichtsjahr wahrgenommen durch:

Herrn Dr. Stefan Kerth	Bürgermeister der Stadt Barth
Herrn Wolfgang Fröhling	Senator und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stralsund
Herrn Frank-Peter Lender	Dezernatsleiter des Landkreises NVP Grimmen

b) Personal

Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 5 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter beschäftigt.

Alleiniger Geschäftsführer ist Herr Paul Wojtasik.

Die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung unterbleibt unter Inanspruchnahme des § 286 Abs. 4 HGB.

c) Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt für das Berichtsjahr € 3.380,00. Neben der Jahresabschlussprüfung wurden keine weiteren Tätigkeiten durch den Abschlussprüfer für die Gesellschaft durchgeführt.

Barth, im April 2010

gez. Paul Wojtasik
Geschäftsführer

Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH
18356 Barth

ANLAGENSPIEGEL 2009

	Historische AHK	Zugänge	Umbuchung	Abgänge	Stand 31.12.2009	Abschreibungen				Buchwert 31.12.2009	Buchwert 31.12.2008
						Stand 1.1.2009	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2009		
						€	€	€	€		
Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.808,85	218,54	0,00	270,47	3.756,92	3.805,85	36,54	269,97	3.572,42	184,50	3,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.651.933,70	0,00	107.522,09	0,00	5.759.455,79	3.820.954,99	188.810,19	0,00	4.009.765,18	1.749.690,61	1.830.978,71
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	115.366,89	6.005,00	0,00	9.070,57	112.301,32	96.645,39	9.150,00	9.066,07	96.729,32	15.572,00	18.721,50
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	122.252,59	154.043,33	-107.522,09	0,00	168.773,83	0,00	0,00	0,00	0,00	168.773,83	122.252,59
Sachanlagen-Gesamt	5.889.553,18	160.048,33	0,00	9.070,57	6.040.530,94	3.917.600,38	197.960,19	9.066,07	4.106.494,50	1.934.036,44	1.971.952,80
Anlagevermögen - Gesamt	5.893.362,03	160.266,87	0,00	9.341,04	6.044.287,86	3.921.406,23	197.996,73	9.336,04	4.110.066,92	1.934.220,94	1.971.955,80

Jahresabschluss

2009

Eigenbetrieb

Städtischer Zentralfriedhof



Steuerberatungsgesellschaft mbH

JAHRESABSCHLUSS

zum
31. Dezember 2009

Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund

Heinrich Heine Ring 77

18435 Stralsund

Inhaltsverzeichnis

I.	Auftragsbescheinigung	3
II.	Bescheinigung	3
III.	Bilanz	4
IV.	Gewinn- und Verlustrechnung	6
V.	Anhang	8
VI.	Anlagenübersicht	14
VII.	Kontennachweis	15
VII.	Allgemeine Auftragsbedingungen	19

I. Auftragsbeschreibung

Wir sind beauftragt, den Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 für den

**Eigenbetrieb
Städtischer Zentralfriedhof der Hansestadt Stralsund**

**Heinrich Heine Ring 77
18435 Stralsund**

aus der durch uns geführten Buchführung und den ergänzenden Angaben der Geschäftsführung unserer Mandantin zu erstellen.

In Ausführung dieses Auftrages haben wir den Jahresabschluss unter Beachtung der handelsrechtlichen und steuerlichen Vorschriften erstellt. Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes haben wir nicht geprüft. Aufklärungen und Nachweise erhielten wir von der Geschäftsführung unserer Mandantin.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit liegen auch im Verhältnis zu Dritten die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften (Stand Februar 2009) zugrunde. Soweit in den für den Auftrag geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Haftungshöchstsumme nicht festgelegt ist, bestimmt sich diese nach Nr. 5 der Allgemeinen Auftragsbedingungen und ggf. ergänzenden schriftlichen Vereinbarungen.

II. Bescheinigung

Über die Erstellung des Jahresabschlusses erteilen wir folgende Bescheinigung unter Beachtung der Stellungnahme der Bundessteuerberaterkammer vom 22./23. Oktober 2001 zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen für Steuerberater:

Nachstehender Jahresabschluss wurde von uns auf der Grundlage der uns vorgelegten Bücher, der vorgelegten Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte der Geschäftsführung unserer Mandantin erstellt. Eine Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit dieser Unterlagen und der Angaben der Mandantin war nicht Gegenstand des Auftrages.

Stralsund, 25. März 2010

buda Steuerberatungsgesellschaft mbH

B I L A N Z
zum 31. Dezember 2009

(vorläufiger Stand: 25.03.2010)

AKTIVA				PASSIVA			
	31.12.2009		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2008
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		25.600,00	25.600,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.760,00	1,00	II. Kapitalrücklage		546.284,44	546.284,44
II. Sachanlagen				III. Gewinnvortrag		16.062,76	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.077.577,90		1.099.291,90	IV. Verlustvortrag		0,00	23.961,23
2. technische Anlagen und Maschinen	13.183,00		16.575,50	V. Jahresüberschuss		10.097,75	40.023,99
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.261,00		14.595,00			598.044,95	587.947,20
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	14.646,22		14.646,22	B. Rückstellungen			
		1.155.668,12	1.145.108,62	1. sonstige Rückstellungen		147.548,53	130.540,16
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	329.451,83		401.771,39
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	63.247,74		84.093,66	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
2. sonstige Vermögensgegenstände	1.991,62		1.287,73	EUR 3.534,66 (Vj: 1.517,54)			
		65.239,36	85.381,39	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren			
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		332.754,28	315.562,64	EUR 325.917,17 (Vj: 400.253,85)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.352,96	1.971,68	2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.655,59		1.905,59
Übertrag		1.558.774,72	1.548.025,33	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.714,66		8.951,63
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				EUR 5.714,66 (Vj: 8.951,63)			
				Übertrag	336.822,08	745.593,48	1.131.115,97

B I L A N Z
zum 31. Dezember 2009

(vorläufiger Stand: 25.03.2010)

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2009		31.12.2008			31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR	Übertrag	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag		1.558.774,72		1.548.025,33	Übertrag	336.822,08	745.593,48		1.131.115,97
					4. sonstige Verbindlichkeiten	47.160,16			45.670,24
					- davon aus Steuern				
					EUR 44,31 (Vj: 42,74)				
					- davon				
					mit einer Restlaufzeit				
					bis zu einem Jahr				
					EUR 47.160,16 (Vj: 45.670,24)				
							383.982,24		458.298,85
					D. Rechnungsabgrenzungsposten		429.199,00		371.239,12
		<u>1.558.774,72</u>		<u>1.548.025,33</u>			<u>1.558.774,72</u>		<u>1.548.025,33</u>

Stralsund,

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		988.731,30	962.330,59
2. Gesamtleistung		988.731,30	962.330,59
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	642,95		0,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.321,63		1.906,99
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46.141,78		54.517,11
		49.106,36	56.424,10
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		4.713,29	3.767,25
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	602.171,81		582.113,38
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 19.290,03 (Vj: 19.710,61)	140.554,97		148.133,93
		742.726,78	730.247,31
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	34.898,33		34.861,03
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	2.929,37		5.652,92
		37.827,70	40.513,95
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	95.701,61		59.443,02
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	649,93		584,80
c) Reparaturen und Instandhaltungen	2.942,74		1.785,30
d) Fahrzeugkosten	32.262,00		35.265,55
e) Werbe- und Reisekosten	1.895,65		1.669,93
f) verschiedene betriebliche Kosten	100.655,10		91.675,50
g) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	9,50		0,00
Übertrag	234.116,53	252.569,89	53.802,08

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	234.116,53	252.569,89	53.802,08
h) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufver- mögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	0,00		1.940,11
i) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.074,40		0,00
		235.190,93	192.364,21
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7.344,04	3.906,77
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		13.939,45	15.058,89
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		10.783,55	40.709,85
11. sonstige Steuern		685,80	685,86
12. Jahresüberschuss		10.097,75	40.023,99
13. Bilanzgewinn		10.097,75	40.023,99

Anhang

I. Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie unter Berücksichtigung der EigVO M-V aufgestellt.

Gemäß § 19 EigVO M-V finden die Vorschriften der großen Kapitalgesellschaften i.S. des § 267 Abs. 3 HGB Anwendung, so dass von den größenabhängigen Erleichterungen kein Gebrauch gemacht werden kann.

Der Jahresabschluss ist vor Ergebnisverwendung aufgestellt worden.

Für die Aufstellung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises finden die Formblattvorschriften der EigVO M-V Anwendung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt worden.

II. Angaben zur Bewertung und Bilanzierung

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten vermindert um die lineare Abschreibung bewertet.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um Abschreibungen vermindert.

Die Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und entsprechend steuerlichen Vorschriften linear vorgenommen. Für alle eigenständig nutzbaren Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 150,- EUR aber nicht mehr als 1.000,- EUR betragen, wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre gewinnmindernd aufgelöst wird. Der Abgang des Sammelpostens wird nach vollständiger Auflösung unterstellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert ausgewiesen. Erkennbare Einzelrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen, das allgemeine Kreditrisiko ist durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt worden.

Der Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden Aufwendungen ausgewiesen, die dem folgenden Wirtschaftsjahr zuzurechnen sind.

Das gezeichnete Kapital und die Rücklagen wurden zum Nennbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind ausreichend bemessen und nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in der Höhe notwendig.

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden Gebührenanteile ausgewiesen, die den folgenden Wirtschaftsjahren zuzurechnen sind.

III. Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz

1.1 Anlagespiegel

Die Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Abschreibungen des Geschäftsjahres ergeben sich aus dem nachfolgenden, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung M-V entsprechenden, Anlagenachweis. Bei Investitionsmaßnahmen, deren Herstellung einen mehrjährigen Zeitraum erfasst, werden die Zugänge zunächst innerhalb des Bilanzpostens „Anlagen in Bau“ erfasst und im Jahr der Fertigstellung auf den entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umgebucht.

1.2 Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 25.600,00 EUR. Es wurde durch die Einbringung von Anlagevermögen in Höhe von 25.564,59 EUR und durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 35,41 EUR erbracht.

1.3 Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage besteht aus Gewinnvorträgen in Höhe von 159.885,44 EUR und aus einer wertmäßigen Zuschreibung zum Grund und Boden aus dem Jahre 1999 in Höhe von 386.434,41 EUR. Im Jahr 2003 wurde aus der Kapitalrücklage ein Betrag von 35,41 EUR zur Erhöhung des Stammkapitals zum 01.01.2002 (Euro-Umstellung) verwendet. Seitdem weist die Kapitalrücklage einen identischen Saldo zu Beginn und zu Ende des Wirtschaftsjahres in Höhe von 546.284,44 EUR aus.

1.4 Gewinnvortrag / Verlustvortrag

Der Gewinnvortrag / Verlustvortrag hat sich wie folgt entwickelt:

		2009	2008
Stand 01.01.	Gewinnvortrag	16.062,76 EUR	
	Verlustvortrag		-23.961,23 EUR
+ Jahresüberschuss		10.097,75 EUR	40.023,99 EUR
= Stand 31.12.		<u>26.160,51 EUR</u>	<u>16.062,76 EUR</u>

1.5 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

Rückstellung für Grabpflege	65.096,00 EUR
nicht genommenen Urlaub	12.036,53 EUR
Altersteilzeit	57.082,68 EUR
Rückerstattung Grabmale	1.740,00 EUR
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	5.400,00 EUR
Berufsgenossenschaft	4.600,00 EUR
sonstiges	1.593,32 EUR
	<u>147.548,53 EUR</u>

1.6 Verbindlichkeiten

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen Erträge des Eigenbetriebes betragen 49.106,36 EUR (Vorjahr: 56.424,10 EUR). Darin sind periodenfremde Erträge in Höhe von 2.381,14 EUR (Vorjahr: 2.093,03 EUR) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.074,40 EUR (Vorjahr: 1.940,11 EUR) enthalten.

V. Sonstige Pflichtangaben

1.1 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres waren folgende nach Gruppen differenzierte Mitarbeiter beschäftigt:

	2009	2008
Angestellte	5	4
Arbeiter	<u>18</u>	<u>18</u>
Gesamt	<u><u>23</u></u>	<u><u>22</u></u>

1.2 Angaben zur Betriebsleitung

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die Betriebsleitung von Frau Eva Schubert, 18437 Stralsund, Nachtigalweg 2 wahrgenommen.

1.3 Angaben zum Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss setzte sich im Geschäftsjahr 2009 bis zum 15.07.2009 wie folgt zusammen:

- Vorsitzende	Frau Ute Nitz, Dipl.-Ingenieur
- 1. stellvertretender Vorsitzender	Herr Peter Hülse, Lehrer i.R.
- 2. stellvertretender Vorsitzender	Herr Paul-Ferdi Lange, Pastor i.R.
-	Herr Karl-Heinz Rojahn, Pensionär
-	Frau Magret Schüller, Chemielaborantin
-	Frau Helga Koch, Angestellte
-	Herr Peter Hess, Steuerberater
-	Herr Peter Stolze, Pensionär
-	Frau Birgit König, Angestellte

Der Betriebsausschuss setzte sich im Geschäftsjahr 2009 ab dem 16.07.2009 wie folgt zusammen:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| - Vorsitzende | Herr Claus-Dieter Philippen, Pensionär |
| - 1. stellvertretender Vorsitzender | Herr Christian Meier, |
| - 2. stellvertretender Vorsitzender | Herr Rolf Schumann, Pensionär |
| - | Frau Ute Nitz, Dipl.-Ingenieur |
| - | Frau Brigitte Kraska-Röll, |
| - | Herr Peter Hülse, Lehrer i.R. |
| - | Herr Frank-Michael John, |
| - | Herr Mathias Miseler, |
| - | Herr Axel Post, |
| - | Frau Birgit König, Angestellte |

1.4 Gesamtbezüge der Betriebsleitung

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung betragen im Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2009 42.920,85 EUR.

Stralsund, den 25. März 2010

Eigenbetrieb
Städtischer Zentralfriedhof
der Hansestadt Stralsund
18435 Stralsund

Betriebsleiter - Schubert

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse				
8200 Erlöse Bestattungswesen		915.860,50		877.738,23
8201 Erlöse Umbettungen		1.122,00		562,00
8202 Erlöse sonstige Bestattungsleistungen (Hallen)		26.721,00		25.116,00
8203 Erlöse Genehmigungsgebühren Bestattungswesen		20.208,00		30.116,00
8208 Erlöse Grabsteinentsorgung		10.025,00		13.141,30
8209 Erlöse Dauergrabpflege		2.386,60		2.286,19
8300 Erlöse Pflanzenlieferungen	7%USt	1.265,20		1.012,36
8400 Erlöse Fahr- und Wegegenehmigungen	19% USt	1.626,03		1.757,16
8401 Erlöse Grabpflege und Neuanlagen	19% USt	1.977,38		3.291,36
8402 Erlöse Dauergrabpflege	19% USt	2.882,85		2.541,75
8407 Erlöse Standgenehmigungen	19% USt	858,82		941,17
8409 sonstige Erlöse	19% USt	2.956,60		2.980,75
8450 Erlöse aus Vermietung		841,32		846,32
			988.731,30	962.330,59
2. Gesamtleistung			988.731,30	962.330,59
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen				
2730 Ertr.Herabs.PWB zu Forderungen		642,95		0,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen				
2735 Erträge Auflösung Rückstellung		2.321,63		1.906,99
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				
2520 Periodenfremde Erträge		59,51		186,04
2700 Sonstige Erträge		231,27		0,00
4150 Lohnkostenzuschuß		25.896,00		34.868,37
8210 Erlöse Unterhaltung Kriegsgräber		19.955,00		19.462,70
		46.141,78		54.517,11
= sonstige betriebliche Erträge			49.106,36	56.424,10
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				
3200 Gärtnerei/Pflanzen ohne USt		3.318,17		3.063,95
3300 Gärtnerei/Pflanzen	7% VSt	1.395,12		703,30
			4.713,29	3.767,25
Übertrag			1.033.124,37	1.014.987,44

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag		1.033.124,37		1.014.987,44
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
4100 Löhne und Gehälter	602.171,81			582.113,38
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
4130 Gesetzl. soziale Aufwendungen	115.330,98			120.597,14
4138 Beiträge Berufsgenossenschaft	5.638,42			7.387,35
4140 Freiw. soziale Aufwendungen LSt-frei	295,54			438,83
4165 Aufwendung f. Altersversorgung	19.290,03			19.710,61
	<hr/>			<hr/>
	140.554,97			148.133,93
- davon für Altersversorgung EUR 19.290,03 (Vj: 19.710,61)				
4165 Aufwendung f. Altersversorgung				
= Personalaufwand		742.726,78		730.247,31
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs				
4822 Abschreibung immat. Vggstd.	107,50			0,00
4830 Abschreib. AV ohne Kfz/Gebäude	33.408,36			34.702,69
4862 Abschreibung Sammelposten GWG	1.382,47			158,34
	<hr/>			<hr/>
	34.898,33			34.861,03
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten				
2430 Forderungsverluste	2.929,37			5.652,92
= Abschreibungen		37.827,70		40.513,95
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Raumkosten				
4230 Heizung Verwaltung	6.793,91			4.187,70
4235 Heizung Halle	10.081,77			4.732,00
4240 Wasser Verwaltung	1.541,28			1.380,47
4241 Strom Verwaltung	1.156,96			1.334,62
4245 Wasser Friedhof und Halle	6.378,93			7.783,07
4246 Strom Halle	2.985,54			3.004,18
4250 Reinigung Verwaltung	2.882,37			2.769,94
4260 Instandhaltung betriebl. Räume	10.593,64			1.496,09
4265 Instandhaltung Gebäude Halle	3.874,74			359,06
4273 Unterhaltung Wege	7.804,81			3.262,54
Übertrag	54.093,95	252.569,89		213.916,51

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	54.093,95	252.569,89	213.916,51
4274 Unterhaltung Friedhöfe (einschl.Miettoilette)	13.945,46		7.357,16
4276 Einrichtung und Instandhaltung Grabfelder	20.413,27		13.831,77
4281 Wartung Alarmanlage und Streife	7.248,93		7.944,42
	<u>95.701,61</u>		<u>59.443,02</u>
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben			
4360 Versicherungen	547,93		532,80
4380 Beiträge	102,00		52,00
	<u>649,93</u>		<u>584,80</u>
c) Reparaturen und Instandhaltungen			
4800 Reparatur/Instandh. Anl.,Masch	213,44		299,48
4805 Reparatur/Instandhaltung BGA	2.665,60		1.201,42
4806 Wartungskosten Hard-/Software	63,70		284,40
	<u>2.942,74</u>		<u>1.785,30</u>
d) Fahrzeugkosten			
4520 Kfz-Versicherungen	1.817,84		1.817,84
4530 Laufende Kfz-Betriebskosten	13.198,25		18.850,49
4540 Kfz-Reparaturen	17.245,91		14.597,22
	<u>32.262,00</u>		<u>35.265,55</u>
e) Werbe- und Reisekosten			
4630 Geschenke abzugsfähig	37,36		37,83
4640 Repräsentationskosten	734,46		252,07
4660 Reisekosten Arbeitnehmer	1.123,83		1.380,03
	<u>1.895,65</u>		<u>1.669,93</u>
f) verschiedene betriebliche Kosten			
4301 Nicht abziehbare Vorsteuer	7% 61,80		63,73
4306 Nicht abziehbare Vorsteuer	19% 7.680,46		4.833,93
4810 Mietleasing (bewegliche WG)	2.693,07		2.693,07
4811 Miete Maschinen	2.415,70		4.288,76
4900 Sonstige betriebl.Aufwendungen	35,73		344,16
4910 Porto	861,08		1.257,11
4920 Telefon	1.094,92		1.289,27
4930 Bürobedarf	1.423,84		1.095,49
4940 Zeitschriften, Bücher	198,26		78,79
4945 Fortbildungskosten	2.318,00		1.273,00
4955 Verwaltungskostenumlage	36.588,43		36.588,43
4956 Buchführungskosten	4.374,00		4.374,00
4957 Abschluss- und Prüfungskosten	5.400,00		6.365,00
4967 Aufwendungen für Kompostierung	9.361,43		6.716,18
4968 Aufwendungen für Steinentsorgung ohne VSt	1.370,88		1.504,16
4969 Aufw. für Abraum-, Abfallbes.	8.399,63		10.469,09
4970 Nebenkosten des Geldverkehrs	1.297,41		1.111,09
4980 Betriebsbedarf	5.951,78		152,28
Übertrag	224.978,35	252.569,89	60.980,04

	01.01.-31.12.2009	01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR
Übertrag	224.978,35	252.569,89
4981 Bewirtschaftung Friedhofshalle (Verbrauchsmit	3.296,05	2.391,67
4982 Dienst- und Schutzbekleidung	2.234,45	3.949,32
4984 sonstiger Betriebsbedarf	775,95	310,78
4985 Werkzeuge und Kleingeräte	2.822,23	526,19
	<hr/>	<hr/>
	100.655,10	91.675,50
g) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		
2310 Anlagenabgänge Sachanlagen BV	9,50	0,00
h) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufver- mögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen		
2450 Einst. in PWB zu Forderungen	0,00	1.940,11
i) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
2020 Periodenfremde Aufwendungen	1.074,40	0,00
= sonstige betriebliche Aufwendungen		235.190,93
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
2650 Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge		7.344,04
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
2110 Zinsaufw. kurzfristige Verb.	1.373,35	1.517,54
2120 Zinsaufw. langfristige Verb.	5.302,82	0,00
2122 Zinsen DG Hypo 89-827049-02-7	7.263,28	8.861,70
2123 Zinsaufwendungen KFW	0,00	1.480,23
2124 Zinsen DG Hypo 89-827049-00-1	0,00	3.199,42
	<hr/>	<hr/>
		13.939,45
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		10.783,55
11. sonstige Steuern		
4510 Kfz-Steuer		685,80
12. Jahresüberschuss		10.097,75
13. Bilanzgewinn		10.097,75
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>
		40.023,99
		40.023,99

Jahresabschluss

2009

Eigenbetrieb Tourismuszentrale

der Hansestadt Stralsund



Steuerberatungsgesellschaft mbH

JAHRESABSCHLUSS

zum
31. Dezember 2009

Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

**Alter Markt 9
18439 Stralsund**

Inhaltsverzeichnis

I.	Auftragsbeschreibung	3
II.	Bescheinigung	3
III.	Bilanz	4
IV.	Gewinn- und Verlustrechnung	7
VII.	Allgemeine Auftragsbedingungen	22

I. Auftragsbeschreibung

Wir sind beauftragt, den Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 für die

Firma
Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund

Alter Markt 9
18439 Stralsund

aus der durch uns geführten Buchführung und den ergänzenden Angaben der Geschäftsführung unserer Mandantin zu erstellen.

In Ausführung dieses Auftrages haben wir den Jahresabschluss unter Beachtung der handelsrechtlichen und steuerlichen Vorschriften erstellt. Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes haben wir nicht geprüft. Aufklärungen und Nachweise erhielten wir von der Geschäftsführung unserer Mandantin.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit liegen auch im Verhältnis zu Dritten die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften (Stand Februar 2009) zugrunde. Soweit in den für den Auftrag geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Haftungshöchstsumme nicht festgelegt ist, bestimmt sich diese nach Nr. 5 der Allgemeinen Auftragsbedingungen und ggf. ergänzenden schriftlichen Vereinbarungen.

II. Bescheinigung

Über die Erstellung des Jahresabschlusses erteilen wir folgende Bescheinigung unter Beachtung der Stellungnahme der Bundessteuerberaterkammer vom 22./23. Oktober 2001 zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen für Steuerberater:

Nachstehender Jahresabschluss wurde von uns auf der Grundlage der von uns geführten Bücher, der vorgelegten Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte der Geschäftsführung unserer Mandantin erstellt. Das Inventar haben wir auf Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen.

Stralsund, 23. April 2010

buda Steuerberatungsgesellschaft mbH

III. Bilanz

Bilanz vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	31.12.2009	EUR	31.12.2008	EUR	31.12.2009	EUR	31.12.2008
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			1.080,00	2.553,00				
II. Sachanlagen								
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			20.192,50	18.485,50				
B. Umlaufvermögen								
I. Vorräte								
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	29.351,35			16.782,93				
2. fertige Erzeugnisse und Waren	34.512,10		63.863,45	45.824,83				
				62.607,76				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände								
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	108.873,74			67.020,31				
2. sonstige Vermögensgegenstände	6.061,66		114.935,40	11.647,94				
				78.668,25				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			166.865,77	123.251,47				
C. Rechnungsabgrenzungsposten			862,00	346,08				
Übertrag			367.799,12	285.912,06				
A. Eigenkapital								
I. Gezeichnetes Kapital						25.600,00		25.600,00
II. Kapitalrücklage						388.166,51		382.996,54
III. Jahresfehlbetrag						222.769,34		217.830,03
							190.997,17	190.766,51
B. Rückstellungen								
1. sonstige Rückstellungen							68.679,25	38.092,24
C. Verbindlichkeiten								
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 80.419,16 (Vj: 29.471,98)	80.419,16							29.471,98
2. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern EUR 14.919,57 (Vj: 0,00) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 27.703,54 (Vj: 18.581,33)	27.703,54							18.581,33
							108.122,70	48.053,31
D. Rechnungsabgrenzungsposten							0,00	9.000,00
Übertrag							367.799,12	285.912,06

Bilanz vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	31.12.2009	EUR	31.12.2008		EUR	31.12.2009	EUR	31.12.2008
Übertrag			367.799,12	285.912,06	Übertrag			367.799,12	285.912,06
			<u>367.799,12</u>	<u>285.912,06</u>				<u>367.799,12</u>	<u>285.912,06</u>

Stralsund,

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

IV. Gewinn- und Verlustrechnung

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		766.536,43	582.769,19
2. Gesamtleistung		<u>766.536,43</u>	<u>582.769,19</u>
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	375,60		0,00
b) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	72.234,04		47.421,97
		<u>72.609,64</u>	<u>47.421,97</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	406.865,94		256.512,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	79.443,01		78.871,40
		<u>486.308,95</u>	<u>335.383,72</u>
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	366.140,65		322.124,27
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 10.472,24 (Vj: 10.554,06)	88.067,62		79.455,10
		<u>454.208,27</u>	<u>401.579,37</u>
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		7.581,26	7.590,40
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Raumkosten	36.419,26		37.209,18
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	5.782,62		5.248,79
c) Reparaturen und Instandhaltungen	894,83		3.486,63
d) Werbe- und Reisekosten	12.439,99		12.316,89
e) Kosten der Warenabgabe	15.561,44		7.057,57
f) verschiedene betriebliche Kosten	36.875,07		36.736,48
g) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	7.132,13		5.066,34
h) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	626,04		46,80
		<u>115.731,38</u>	<u>107.168,68</u>
Übertrag		-224.683,79	-221.531,01

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2009 bis 31.12.2009

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
Übertrag		-224.683,79	-221.531,01
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.925,71	3.770,55
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		11,26	69,57
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-222.769,34	-217.830,03
11. Jahresfehlbetrag		222.769,34	217.830,03
12. Bilanzverlust		222.769,34	217.830,03

V. Anlagenübersicht

Werte nach: Handelsrecht

Werte in: EUR

Bilanzposten	Buchwert	Zugang	-Abgang	Umbuchung	Abschreibung		Zuschreibung	Buchwert
	A H K 01.01.2009		- AHK-Abgang	AHK- Umbuchung	Geschäftsjahr	(kumuliert) -Korr.Abgang		A H K 31.12.2009
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.553,00 60.133,11	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	1.473,00	59.053,11	0,00	1.080,00 60.133,11
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	2.553,00 60.133,11	0,00	0,00 0,00	0,00 0,00	1.473,00	59.053,11	0,00	1.080,00 60.133,11
II. Sachanlagen								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.485,50 185.659,99	7.815,26	0,00 0,00	0,00 0,00	6.108,26	173.282,75	0,00	20.192,50 193.475,25
Summe Sachanlagen	18.485,50 185.659,99	7.815,26	0,00 0,00	0,00 0,00	6.108,26	173.282,75	0,00	20.192,50 193.475,25
Summe Anlagevermögen	21.038,50 245.793,10	7.815,26	0,00 0,00	0,00 0,00	7.581,26	232.335,86	0,00	21.272,50 253.608,36

VI. Kontennachweis

AKTIVA

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				
27	EDV - Software		1.080,00	2.553,00
II. Sachanlagen				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				
420	Büroeinrichtung	14.459,00		11.782,00
480	Geringwertige Wirtschaftsgüter	1.833,00		2.750,00
485	GwG zeitanteilige Abschreibung	3.628,00		3.541,00
490	Sonstige BGA	272,50		412,50
			20.192,50	18.485,50
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
3970	Bestand Roh-,Hilfs-,Betr.stoff	29.351,35		16.782,93
2. fertige Erzeugnisse und Waren				
3980	Bestand Waren	34.512,10		45.824,83
	= Vorräte		63.863,45	62.607,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				
996	Pauschalwertb. auf F. -1 Jahr	-915,87		-522,83
998	Einzelwertb. auf Ford. -1 Jahr	-2.795,84		-4.718,81
1400	Forderungen a. Lief. u. Leistg	107.959,89		64.444,80
1460	Zweifelhafte Forderungen	4.625,56		7.817,15
		108.873,74		67.020,31
2. sonstige Vermögensgegenstände				
1365	EC-Karten	458,70		583,20
1545	Umsatzsteuerforderungen	0,00		3.787,21
1549	Körperschaftsteuererstattung	0,00		1.128,81
1600	Verbindlichkeiten aus L.u.L.	5.602,96		6.148,72
		6.061,66		11.647,94
	= Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		114.935,40	78.668,25
	Übertrag		200.071,35	162.314,51

AKTIVA

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag		200.071,35		162.314,51
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
1000 Kasse	3.210,04			2.506,86
1200 Volksbank 41004174	10.004,58			6.406,27
1201 Volksbank 1041004174	452,07			433,43
1202 Volksbank 1141004174	958,41			1.577,98
1210 Sparkasse 100077412	2.035,57			3.335,42
1211 Sparkasse 100116558	79,69			79,69
1220 DKB 146936	150.125,41			67.206,66
1241 DKB 10115350 Termingeld	0,00			20.852,58
1242 DKB 10115343 Termingeld	0,00			20.852,58
		166.865,77		123.251,47
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
980 Aktive Rechnungsabgrenzung		862,00		346,08
= AKTIVA		367.799,12		285.912,06

PASSIVA

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
800 Gezeichnetes Kapital		25.600,00		25.600,00
II. Kapitalrücklage				
840 Kapitalrücklage	166.021,43			166.021,43
843 Kapitalrückl. durch Zuzahlung	222.145,08			216.975,11
		<hr/>	<hr/>	
		388.166,51		382.996,54
III. Jahresfehlbetrag				
		222.769,34		217.830,03
		<hr/>	<hr/>	
= Eigenkapital		190.997,17		190.766,51
B. Rückstellungen				
1. sonstige Rückstellungen				
970 Sonstige Rückstellungen	62.553,25			27.792,24
977 Rückst. f. Abschluss u.Prüfung	6.126,00			10.300,00
		<hr/>	<hr/>	
		68.679,25		38.092,24
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
1600 Verbindlichkeiten aus L.u.L.	80.419,16			29.471,98
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 80.419,16 (Vj: 29.471,98)				
1600 Verbindlichkeiten aus L.u.L.				
2. sonstige Verbindlichkeiten				
1361 Gutscheine	2.644,30			1.909,70
1400 Forderungen a. Lief. u. Leistg	1.891,19			3.504,02
1590 Übrige Tickets/Sonstige VA	2.640,70			5.967,80
1591 Nahverkehr	2.693,45			4.369,30
1592 Störtebeker	2.914,33			2.830,51
1736 Verb. aus Steuern und Abgaben	14.508,77			0,00
		<hr/>	<hr/>	
		27.292,74		18.581,33
1789 Umsatzsteuer laufendes Jahr	410,80			0,00
- davon aus Steuern EUR 14.919,57 (Vj: 0,00)				
1736 Verb. aus Steuern und Abgaben				
1789 Umsatzsteuer laufendes Jahr				
Übertrag	108.122,70	259.676,42		276.912,06

PASSIVA

	31.12.2009		31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag	108.122,70	259.676,42		276.912,06
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 27.703,54 (Vj: 18.581,33)				
1361 Gutscheine				
1400 Forderungen a. Lief. u. Leistg				
1590 Übrige Tickets/Sonstige VA				
1591 Nahverkehr				
1592 Störtebeker				
1736 Verb. aus Steuern und Abgaben				
1789 Umsatzsteuer laufendes Jahr				
= Verbindlichkeiten		108.122,70		48.053,31
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
990 Passive Rechnungsabgrenzung		0,00		9.000,00
= PASSIVA		<u>367.799,12</u>		<u>285.912,06</u>

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse			
8200 Erlöse Souvenirs ohne USt	0,00		247,00
8201 Erlöse Briefmarken ohne USt	12.148,25		10.273,60
8202 Erlöse Stadtf., Rundf. und Programme ohne USt	63.313,31		23.028,05
8204 Erlöse Lange Nacht ohne USt	60.081,04		68.578,22
8300 Erlöse Souvenirs	7% USt 17.348,05		15.877,82
8302 Erlöse Stadtf., Rundf. und Programme	7% USt 21.929,98		26.878,47
8400 Erlöse Souvenirs	19% USt 133.894,04		69.702,00
8401 Erlöse eigene Veranstaltungen	19% USt 261,34		3.973,73
8402 Erlöse Dienstleistungen	19% USt 1.710,77		1.696,55
8403 Erlöse Werbeagenturleistungen	19% USt 18.232,49		963,16
8404 Erlöse eigene Publikationen	19% USt 8.462,74		10.301,79
8405 Erlöse Veranstaltungen/Lesungen	19% USt 5.846,59		11.549,99
8406 Sonstige Erlöse	19% USt 1.499,10		11.974,46
8407 Erlöse Stadtf., Rundf. und Programme	19% USt 141.443,78		124.475,49
8408 Erlöse öffentliche Stadtführungen	19% USt 24.912,61		24.488,21
8409 Erlöse Zimmervermittlung	19% USt 103.137,29		75.056,94
8410 Erlöse Portoerstattung	19% USt 4.987,79		5.812,85
8411 Erlöse Klassifizierung	19 % USt 0,00		3.990,00
8412 Erlöse Werbung	19 % USt 5.950,00		8.025,84
8413 Erlöse 775-Jahrfeier	19 % USt 51.730,88		0,00
8451 Erlöse Werbeeinnahmen/Anzeigenverkauf	19% USt 74.868,92		70.980,75
8500 Provisionserlöse	19% USt 10.669,04		10.866,05
8501 Provisionserlöse ohne USt	4.058,84		3.723,22
8516 Provisionsumsätze	7% USt 34,58		0,00
8951 Erlöse Telefonkarten ohne USt	15,00		305,00
		766.536,43	582.769,19
2. Gesamtleistung		766.536,43	582.769,19
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen			
2735 Erträge Auflösung Rückstellung	375,60		0,00
b) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
2701 Sonstige Erträge ohne USt	24.700,00		2.960,00
2703 Fördermittel SeaSide	10.574,73		0,00
2704 Erträge Tour d` Allee	19% USt 3.285,69		2.764,66
2707 Einnahmen Kaffee-u. Telefongeld	288,33		361,47
2709 Zuschuß Arbeitsamt	31.462,32		37.859,00
2731 Ertr. Herabs. EWB zu Forderungen	1.922,97		3.476,84
	72.234,04		47.421,97
Übertrag	72.609,64	766.536,43	630.191,16

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag	72.609,64	766.536,43		630.191,16
= sonstige betriebliche Erträge		72.609,64		47.421,97
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren				
3200 Souvenirs ohne VSt	2.504,02			2.037,39
3201 Einkauf Briefmarken ohne VSt	14.245,15			19.422,60
3203 Publikationen ohne VSt	600,00			0,00
3204 Werbeagenturleistungen ohne VSt	0,00			610,00
3205 Aufwand Programme ohne VSt	53.870,41			22.012,50
3206 Aufwand Lesungen ohne VSt	0,00			830,32
3207 Aufwand Backstein ohne VSt	0,00			310,61
3208 Aufwand Lange Nacht ohne VSt	56.661,84			39.279,71
3209 Aufwand Brückenschlag ohne VSt	0,00			784,20
3210 Aufwand Schwedenstraße ohne VSt	500,00			0,00
3212 Aufwand eigene Veranstaltungen ohne VSt	1.220,00			975,00
3213 Aufwand SeaSide ohne VSt	13.869,94			1.022,49
3214 Aufwand 775 Jahrfeier ohne VSt	87.765,79			0,00
3300 Souvenirs 7% VSt	9.235,59			11.758,79
3301 Publikationen 7% VSt	348,31			500,00
3302 Aufwand eigene Veranstaltungen 7%VSt	78,66			850,00
3303 Aufwand Programme 7% VSt	24.389,54			32.266,55
3306 Aufwand Lesung 7% VSt	0,00			10.978,95
3307 Aufwand Backstein 7% VSt	0,00			8,35
3312 Aufwand Schwedenstraße 7% VSt	1,85			0,00
3400 Souvenirs 19% VSt	63.163,98			55.163,68
3402 Publikationen 19% VSt	21.428,16			11.857,55
3403 Werbeagenturleistungen 19% VSt	8.077,64			758,16
3404 Aufwand eigene Veranstaltungen 19% VSt	2.521,51			14.662,04
3405 Aufwand Programme 19% VSt	16.980,61			11.233,40
3406 Aufwand Lesungen 19% VSt	2.492,65			5.472,02
3407 Aufwand Backstein 19% VSt	7.132,93			1.009,00
3409 Aufwand Molenfeuer 19% VSt	0,00			2.048,68
3410 Aufwand Tour d ,lee 19% VSt	3.826,14			2.757,92
3411 Aufwand Klassifizierung 19% VSt	1.121,06			1.342,94
3412 Aufwand Schwedenstraße 19% VSt	948,87			989,80
3413 Aufwand Pilgerweg 19% VSt	119,34			146,03
3414 Aufwand 775 Jahrfeier 19% VSt	15.017,64			0,00
3960 Bestandsveränderung RHB-Stoffe	-1.255,69			5.423,64
	<hr/>			<hr/>
	406.865,94			256.512,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
3100 Sonstige Honorare	4.654,01			8.790,80
3101 Honorare Stadtführer	74.789,00			70.080,60
	<hr/>			<hr/>
	79.443,01			78.871,40
= Materialaufwand		486.308,95		335.383,72
Übertrag		352.837,12		294.807,44

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag		352.837,12		294.807,44
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter				
4120 Gehälter	327.580,83		283.522,43	
4121 Gehälter Förderung	38.559,82		35.693,97	
4190 Aushilfslöhne	0,00		2.907,87	
	<u>366.140,65</u>		<u>322.124,27</u>	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
4130 Gesetzl. soziale Aufwendungen	67.555,89		58.664,17	
4131 Gesetzl. soziale Aufwendungen Förderung	7.351,34		7.128,94	
4138 Beiträge Berufsgenossenschaft	2.346,99		2.414,03	
4140 Freiw. soziale Aufw. LSt-frei	341,16		693,90	
4165 Aufwendung f. Altersversorgung	10.472,24		10.554,06	
	<u>88.067,62</u>		<u>79.455,10</u>	
- davon für Altersversorgung EUR 10.472,24 (Vj: 10.554,06)				
4165 Aufwendung f. Altersversorgung				
= Personalaufwand		454.208,27		401.579,37
6. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs				
4822 Abschreibung immat. Vggstd.	1.473,00		2.743,16	
4830 Abschreib. AV ohne Kfz/Gebäude	4.063,48		3.273,66	
4860 Abschreibung GWG	917,00		688,00	
4862 Abschreibung Sammelposten GWG	1.127,78		885,58	
	<u></u>	7.581,26	<u></u>	7.590,40
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Raumkosten				
4210 Miete (unbewegliche WG)	29.896,41		28.655,28	
4240 Gas, Strom, Wasser	2.684,75		3.248,34	
4250 Reinigung	3.486,94		4.905,91	
4260 Instandhaltung betriebl. Räume	60,16		49,41	
4280 Sonstige Raumkosten	291,00		350,24	
	<u>36.419,26</u>		<u>37.209,18</u>	
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben				
4360 Versicherungen	962,59		581,79	
4380 Beiträge	4.715,00		4.667,00	
Übertrag	42.096,85	-108.952,41	-156.820,30	

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	42.096,85	-108.952,41	-156.820,30
4390 Sonstige Abgaben	105,03		0,00
	<u>5.782,62</u>		<u>5.248,79</u>
c) Reparaturen und Instandhaltungen			
4805 Reparatur/Instandhaltung BGA	450,07		701,10
4806 Wartungskosten Hard-/Software	444,76		2.785,53
	<u>894,83</u>		<u>3.486,63</u>
d) Werbe- und Reisekosten			
4600 Werbekosten	8.096,87		8.502,12
4630 Geschenke abzugsfähig	18,70		0,00
4640 Repräsentationskosten	68,73		55,00
4660 Reisekosten Arbeitnehmer	4.255,69		3.759,77
	<u>12.439,99</u>		<u>12.316,89</u>
e) Kosten der Warenabgabe			
4760 Provision Zimmervermittlung	15.561,44		7.057,57
f) verschiedene betriebliche Kosten			
4810 Mietleasing (bewegliche WG)	196,08		1.546,44
4900 Sonstige betriebl.Aufwendungen	1.886,67		1.643,39
4905 nicht abzugsfähige Vorsteuer	1.726,24		1.714,40
4910 Porto	9.497,84		8.061,65
4920 Telefon	2.675,20		2.638,78
4930 Bürobedarf	3.623,64		4.254,18
4940 Zeitschriften, Bücher	387,89		209,55
4945 Fortbildungskosten	1.568,43		975,75
4955 Buchführungskosten	4.214,40		4.214,40
4956 Verwaltungskosten Lohn	2.055,00		2.400,00
4957 Abschluss- und Prüfungskosten	6.462,00		6.300,00
4969 Aufw. für Abraum-, Abfallbes.	389,79		366,75
4970 Nebenkosten des Geldverkehrs	395,49		472,07
4971 Gebühr EC-Karten	1.430,62		964,99
4980 Betriebsbedarf	365,78		974,13
	<u>36.875,07</u>		<u>36.736,48</u>
g) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen			
2401 Forderungsverluste	7% USt	2,24	1,68
2405 Forderungsverluste	16% USt	6.736,85	5.052,62
2450 Einst. in PWB zu Forderungen		393,04	12,04
	<u>7.132,13</u>		<u>5.066,34</u>
h) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
2020 Periodenfremde Aufwendungen		626,04	46,80
Übertrag	115.731,38	-108.952,41	-221.531,01

	01.01.-31.12.2009		01.01.-31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
Übertrag	115.731,38	-108.952,41	-221.531,01
= sonstige betriebliche Aufwendungen		115.731,38	107.168,68
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
2650 Sonst. Zinsen u. ähnl. Erträge		1.925,71	3.770,55
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
2110 Zinsaufw. kurzfristige Verb.		11,26	69,57
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-222.769,34	-217.830,03
11. Jahresfehlbetrag		222.769,34	217.830,03
12. Bilanzverlust		222.769,34	217.830,03

VII. Allgemeine Auftragsbedingungen

Jahresabschluss

2009

Berufsförderungswerk

Stralsund

gemeinnützige GmbH

BERUFSFÖRDERUNGSWERK STRALSUND GMBH, STRALSUND**BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2009**

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2008	PASSIVA	31.12.2009	31.12.2008
	€	€		€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	664.679,45	664.679,45
1. EDV-Software	53.791,52	115.350,93	II. Kapitalrücklage	15.250.600,97	15.043.448,97
II. Sachanlagen			III. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	53.137.100,02	54.406.949,38	1. Rücklage für Ersatzbeschaffung	1.392.395,00	946.794,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.230.501,99	1.041.517,60	2. Betriebsmittelrücklage nach § 58 Nr. 6 AO	1.381.255,69	1.381.255,69
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	85.775,85	18.876,76	3. Sonstige Rücklagen	769.479,79	493.626,79
	54.453.377,86	55.467.343,74		3.543.130,48	2.821.676,48
III. Finanzanlagen			IV. Bilanzgewinn	1.733.909,76	678.180,12
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	445.000,00	445.000,00		21.192.320,66	19.207.985,02
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	387.759,20	404.000,00	B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN ZUM ANLAGEVERMÖGEN	21.168.279,69	21.612.919,77
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	332.862,83	320.486,38	C. RÜCKSTELLUNGEN		
	1.165.622,03	1.169.486,38	1. Steuerrückstellungen	8.160,00	28.305,00
	55.672.791,41	56.752.181,05	2. Sonstige Rückstellungen	2.728.160,00	2.895.400,00
B. UMLAUFVERMÖGEN				2.736.320,00	2.923.705,00
I. Vorräte			D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	43.957,97	50.800,03	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	488.049,12	306.096,09
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	880,00	13.670,33
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	568.743,85	621.021,43	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	15.348.571,94	15.906.564,58
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	75.275,54	27.853,60	4. Sonstige Verbindlichkeiten	16.354.682,13	17.181.813,92
3. Sonstige Vermögensgegenstände	150.911,66	484.828,42	- davon aus Steuern:		
	794.931,05	1.133.703,45	€ 90.411,06 (Vorjahr: € 91.721,17)		
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	20.688.416,60	19.118.786,95		32.192.183,19	33.408.144,92
	21.527.305,62	20.303.290,43	E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	352,24	407,24
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	89.358,75	97.690,47		77.289.455,78	77.153.161,95
	77.289.455,78	77.153.161,95			

BERUFSFÖRDERUNGSWERK STRALSUND GMBH, STRALSUND
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	15.079.759,55	13.181.632,37
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>2.076.497,97</u>	<u>1.942.492,81</u>
3. Gesamtleistung	17.156.257,52	15.124.125,18
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-533.713,79	-516.798,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-171.345,72</u>	<u>-141.096,01</u>
	-705.059,51	<u>-657.894,33</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-7.321.153,24	-6.597.547,17
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.484.091,48	-1.299.732,92
- davon für Altersversorgung: € 142.034,61 (Vorjahr: € 121.551,58)		
	<u>-8.805.244,72</u>	<u>-7.897.280,09</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.796.329,22	-2.087.725,30
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-3.677.126,70</u>	<u>-3.461.740,96</u>
8. Betriebsergebnis	<u>2.172.497,37</u>	<u>1.019.484,50</u>
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11.053,20	6.605,95
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	599.777,93	850.092,07
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.162.232,85</u>	<u>-1.207.733,26</u>
12. Finanzergebnis	<u>-551.401,72</u>	<u>-351.035,24</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.621.095,65	668.449,26
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-24.967,07	-11.342,22
15. Sonstige Steuern	<u>-14.786,88</u>	<u>-8.620,75</u>
16. Jahresüberschuss vor Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	1.581.341,70	648.486,29
17. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	<u>402.993,94</u>	<u>451.174,78</u>
18. Jahresüberschuss	1.984.335,64	1.099.661,07
19. Gewinnvortrag	678.180,12	183.601,56
20. Einstellung in Gewinnrücklagen	<u>-928.606,00</u>	<u>-605.082,51</u>
21. Bilanzgewinn	<u>1.733.909,76</u>	<u>678.180,12</u>

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009
ANHANG für das Geschäftsjahr 2009

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

Der Jahresabschluss der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH zum 31. Dezember 2009 wurde entsprechend den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde - wie auch im Vorjahr - nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Veränderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr nicht vorgenommen.

II. Angaben und Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten aktiviert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu Durchschnittspreisen bzw. niedrigeren Einstandspreisen bewertet.

Die Aktivierung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgte zum Nennwert. Mögliche Ausfallrisiken wurden durch Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen.

Die **Rückstellungen** decken alle Risiken und Verpflichtungen, soweit sie bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses erkennbar waren. Sie wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beteiligung notwendig ist.

Gewährte Investitionszuschüsse werden als **Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen** ausgewiesen und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst.

Die Bewertung der **Verbindlichkeiten** wurde zum Rückzahlungsbetrag vorgenommen.

2. Angaben und Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

Die Gliederung und Entwicklung des **Anlagevermögens** der Gesellschaft ist im beigefügten Anlagennachweis dargestellt.

Das Geschäftsjahr 2009 wird mit einem Jahresüberschuss von € 1.984.335,64 abgeschlossen.

Die **Kapitalrücklage** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 208 auf T€ 15.251. Die Erhöhung resultiert aus der Einstellung verwendeter Mittel für Investitionstätigkeiten in 2009.

Die **Gewinnrücklagen** werden in Höhe von T€ 3.539 ausgewiesen und erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 717. Die Rücklage für die Ersatzbeschaffung beträgt T€ 1.392 (Vorjahr: T€ 947) und die sonstigen Rücklagen T€ 766 (Vorjahr: T€ 494).

Die **sonstigen Rückstellungen** von T€ 2.728,2 setzen sich u. a. zusammen aus:

- T€ 782,0 - Altersteilzeit,
- T€ 507,4 - Tageskostensatzbindung,
- T€ 332,3 - Zinsen für Zuschüsse,
- T€ 202,6 - Zinsen auf Zuwendung,
- T€ 111,0 - Urlaubsverpflichtungen,
- T€ 587,9 - Personalkosten/ Bonuszahlungen,
- T€ 44,7 - IHK- Prüfungsgebühren,
- T€ 25,3 - unterlassene Instandhaltungen,
- T€ 72,0 - gesetzliche Aufbewahrung,
- T€ 63,0 - übrige sonstige Rückstellungen,

Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestanden in Höhe von T€ 15.348 (Vorjahr: T€ 15.906) davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahre T€ 12.200.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 16.355 (Vorjahr: T€ 17.182) beinhalten u. a. Darlehen in Höhe von T€ 15.774. Der Verbindlichkeitspiegel ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

3. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** von T€ 2.076,5 umfassen u. a. T€ 772,8 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, T€ 541,9 Mieten, T€ 203,0 Erstattungen für den Integrationsfachdienst und T€ 49,9 aus Unterkunft und Verpflegung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** von T€ 3.677,1 enthalten u. a. T€ 711,8 für Heizung, Wasser und Strom, T€ 531,1 für Wirtschaftsbedarf, T€ 417,9 für Instandhaltungen, Wartung und Ersatzbeschaffung, T€ 601,8 Verwaltungsbedarf, T€ 426,0 Abgrenzung Tagessatzbindung, T€ 427,6 Mieten und T€ 249,7 Ausbildungsbedarf.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** in Höhe von T€ 25 beinhalten die Aufwendungen für noch zu zahlende Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer für das Jahr 2009.

III. Ergänzende Angaben

a) Organe der Gesellschaft

Als Geschäftsführer war Herr Werner Semmelhack, Hansestadt Stralsund, bis zum 30. September 2009 bestellt. Er war alleinvertretungsberechtigt.

Herr Harald Kruse, Rangsdorf, war als Geschäftsführer bis zum 30. April 2009 bestellt. Mit Wirkung vom 01. Oktober 2009 wurde Herr Klaus Mohr, Kramerhof, zum Geschäftsführer bestellt. Herr Klaus Mohr ist alleinvertretungsberechtigt.

Der Aufsichtsrat setzt sich seit dem 10. Dezember 2009 aus nachfolgenden Mitgliedern zusammen:

	Vorname	Name	Ort		Entsendestelle	Beruf/ Tätigkeit
Herr	Hartmut	Renken,	Schwerin	Vorsitzender	Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern	Ministerialdirigent
Herr	Bernd	Thiele,	Lübeck	Stellvertreter	Deutsche Rentenversicherung Nord	Geschäftsführer
Herr	Dr. Marco	Streibelt,	Berlin	Mitglied	Deutsche Rentenversicherung Bund, Abteilung Rehabilitation	Dezernent
Herr	Klaus	Richter,	Schwerin	Mitglied	Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern	Referatsleiter
Herr	Harald	Nolting	Berlin	Mitglied	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung	Landesdirektor
Herr	Volker	Schulz	Stralsund	Mitglied	Deutscher Gewerkschaftsbund Region Vorpommern	Regionvorsitzender

Im Geschäftsjahr 2009 wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrates Vergütungen von € 2.544,31 gezahlt.

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt im Geschäftsjahr 2009 € 102.933,28.

b) Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte zum 31. Dezember 2009 - einschließlich Integrationsfachdienst (IFD) - insgesamt 215 Arbeitnehmer. Im Jahresdurchschnitt entsprach dies 183,450 Vollbeschäftigteinheiten, davon vier Auszubildende.

c) Vorschlag zur Gewinnverwendung

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn 2009 in Höhe von € 1.737.566,76 auf neue Rechnung vorzutragen.

d) Anteilsbesitz

Die Gesellschaft ist zu 100 % am Integrationsunternehmen Dienstleistungszentrum Stralsund gGmbH (DZS), Stralsund, beteiligt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2009 € 433.551,34 und der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2009 € 50.201,70.

Die Berufsförderungswerk Stralsund GmbH, Stralsund, ist nach § 293 Abs 1 HGB befreit, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen.

e) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von T€ 171.

Stralsund, 15. April 2010


Klaus Mohr
Geschäftsführer

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009
LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2009**

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf 2009 wird sehr positiv eingeschätzt und wurde mit einem Jahresüberschuss von T€ 1.984 abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2009 ist es gelungen, auf der Basis einer attraktiven Produktpalette eine hohe Belegung zu erzielen. Dies setzte die maximale Ausnutzung der personellen und räumlichen Kapazitäten des Unternehmens voraus.

Neben dem Hauptsitz in Stralsund leisteten die Außenstellen der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH in Rostock und Waren einen erheblichen Beitrag zum positiven Geschäftsergebnis.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden 258.350 (Vorjahr: 227.910) Leistungstage abgerechnet. Dies wirkt sich positiv auf die Ertragslage der Gesellschaft aus.

Zum 31. Dezember 2009 befanden sich insgesamt 802 (Vorjahr: 705) Rehabilitanden in der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH, die Außenstellen Rostock und Waren eingeschlossen.

Die rehapolitische Situation in den Agenturen für Arbeit hat sich gegenüber den Vorjahren deutlich verbessert. Hier ist eine Stabilisierung der Anmeldungen zu verzeichnen. In den Arbeitsgemeinschaften und in der optierenden Kommune (Landkreis Ostvorpommern) ist tendenziell ebenfalls eine Stabilisierung der Arbeitsabläufe zu erkennen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten realisieren diese Stellen der Arbeitsverwaltung notwendige Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation.

Die durchschnittliche Belegung in der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH im Jahr 2009 lag bei 717 Rehabilitanden gegenüber 631 Rehabilitanden in 2008. Dabei betrug der Anteil der Bundesagentur für Arbeit 26 %, der Deutschen Rentenversicherung Nord 49 %, der Deutschen Rentenversicherung Bund 17 %, der Berufsgenossenschaften 1 % und der sonstigen Träger 7 %. Aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern betrug der Anteil der Rehabilitanden 94 %.

Der Geschäftsführung ist es gelungen, mit 2 Rehabilitationskliniken und der Deutschen Rentenversicherung Nord einen Kooperationsvertrag zur Optimierung der Schnittstelle zwischen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation zu schließen. Nach einer entsprechenden Evaluation der erreichten Ergebnisse ist eine Ausweitung auf andere Rehabilitationskliniken im Bundesland geplant.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. Juni 2009 wurde der Gesellschaftsvertrag der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH neu gefasst. Dieser sieht insbesondere eine Verkleinerung des Aufsichtsrats von 12 auf 6 Mitglieder vor.

Neben Herrn Werner Semmelhack als Geschäftsführer war Herr Harald Kruse als 2. Geschäftsführer bis zum 30. April des Geschäftsjahres 2009 im Unternehmen angestellt. Anschließend wurde die Gesellschaft bis zum 30. September 2009 von Herrn Werner Semmelhack weiter geführt. Mit Wirkung vom 01. Oktober 2009 wurde Herr Klaus Mohr zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer bestellt.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft stellt sich anhand ausgewählter Kennziffern wie folgt dar:

Vermögenslage	2009 T€	2008 T€
Bilanzsumme	77.289	77.153
Langfristig gebundenes Vermögen	55.673	56.752
Kurzfristig gebundenes Vermögen	21.616	20.401
Langfristig gebundenes Fremdkapital	31.905	33.480
Kurzfristig gebundenes Fremdkapital	3.024	2.492

Das Eigenkapital in Höhe von T€ 21.192 setzt sich zum Bilanzstichtag zusammen aus:

Gezeichnetes Kapital	T€ 665
Kapitalrücklage	15.251
Gewinnrücklagen	3.539
Bilanzgewinn	1.737

	2009 T€	2008 T€
<u>Ertragslage</u>		
Umsatzerlöse	15.080	13.182
Sonstige betriebliche Erträge	2.076	1.942
Personalaufwand	8.805	7.897
Finanzergebnis	- 552	- 351
Jahresüberschuss	1.984	1.099

Das Jahresergebnis 2009, ohne Berücksichtigung der erfolgswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse, weist einen Jahresüberschuss von € 1.581.341,70 aus. Mit der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von € 402.993,94 ergeben sich ein Jahresüberschuss in Höhe von € 1.984.335,64 und ein Bilanzgewinn von € 1.737.566,76. Den Gewinnrücklagen wurden insgesamt € 924.949,00 zugeführt.

3. Personalbereich

Im Jahr 2009 betrug die Anzahl der Vollbeschäftigteneinheiten in der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH einschließlich des Integrationsfachdienstes (IFD) 183,450.

Die bestehenden vertraglichen Regelungen zur Altersteilzeit wurden 2009 planmäßig fortgeführt. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte die Vergütung entsprechend der Betriebsvereinbarung über ein einheitliches Vergütungsmodell. Eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern wurde weiterhin nach den Regelungen des BAT/O bezahlt.

4. Wesentliche Risiken und Prognosen im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise

a) Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende wirtschaftliche Risiken bestanden im Geschäftsjahr 2009 nicht und werden auch für das Geschäftsjahr 2010 nicht erwartet.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Anmelde- und Belegungssituation informiert.

Auf der Grundlage des Wirtschaftsplans erfolgt eine zeitnahe und monatliche Kostenüberwachung durch Soll-Ist-Vergleich. Kostenüberschreitungen werden dadurch rechtzeitig erkannt und es können zeitnah Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus findet regelmäßig eine Liquiditätsüberwachung statt. Die aktuelle Finanzkrise hat sich bislang nicht negativ auf die Tätigkeit der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH ausgewirkt. Eine negative Entwicklung wird von der Geschäftsführung mittelfristig auch nicht erwartet.

Die Liquidität der Gesellschaft wird 2010 ausreichen, um die anstehenden Verbindlichkeiten einschließlich solcher aus Darlehensverpflichtungen planmäßig zu begleichen.

b) Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die Geschäftsführung wird alle Potenziale ausschöpfen, um eine Belegung auf hohem Niveau sicherzustellen. Zentrale Aufgabe wird es deshalb sein, das Konzept RehaFutur auch weiterhin wirksam und nachhaltig in der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH zu implementieren. Dabei gilt es, Rehabilitanden durch individuelle und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen möglichst optimale Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes und der Rehabilitanden nach möglichst wohnortnaher Vermittlung werden in diesem Zusammenhang besonders berücksichtigt.

Um einen hohen Leistungsstandard im Unternehmen zu sichern, hat die Geschäftsführung mit der Planung des Dachgeschossausbaus im Gebäude A3 begonnen, um durch zusätzliche Raumkapazitäten die Ausbildungs- und Lernbedingungen für Rehabilitanden weiter zu verbessern. Der Ausbau soll insbesondere die Einrichtung eines Trainingszentrums ermöglichen. Damit könnte ein neuer wichtiger Qualitätsbaustein im Reha-Angebot des

Unternehmens entwickelt werden. Mit der Sanierung des Gebäudes W5 befindet sich des Weiteren ein bedeutendes Bauvorhaben im Unternehmen in Planung bzw. bereits teilweise in der Umsetzung. Damit wird ein Beitrag zur Erhaltung des hohen Internatstandards im Unternehmen geleistet.

Gemeinsam mit der Berufsförderungswerk Hamburg GmbH werden sinnvolle Kooperationsmöglichkeiten in den westlichen Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern geprüft. Dabei liegt der Schwerpunkt auf partnerschaftlichen Aktivitäten in der Region der Landeshauptstadt Schwerin.

c) Forschungsverhalten

Die Berufsförderungswerk Stralsund GmbH beteiligt sich an einem Evaluationsprojekt der Universität Aachen zum Thema: „Individueller Förderplan und Dokumentation des Rehabilitationsprozesses“.

d) Zweigniederlassung der Gesellschaft

Die Außenstellen in Rostock und Waren sind fester Bestandteil der beruflichen Rehabilitation der Berufsförderungswerk Stralsund GmbH.

Stralsund, 15. April 2010



Klaus Mohr
Geschäftsführer